Erzählungen

aus der

neuesten Geschichte.

(1815—1881.)

Von

Prof. Dr. Ludw. Stacke,

Professor a. D.

Oldenburg.

Druck und Verlag von Gerhard Stalling

1886.

Erzählungen

aus der

mittleren, neuen und neuesten Geschichte.

Von

Prof. Dr. Ludwig Stacke,
Prorektor a. D.

III. Teil.

Neueste Geschichte.

Fünfte verbesserte und vermehrte Auflage.

Oldenburg.
Druck und Verlag von Gerhard Stalling.
1886.

Erzählungen

aus der

neuesten Geschichte

(1815—1881.)

Von

Prof. Dr. Ludwig Stacke,
Prorektor a. D.

Abriß der Geschichte der neuesten Zeit.
(1815—1881.)

Fünfte verbesserte und vermehrte Auflage.

Oldenburg.
Druck und Verlag von Gerhard Stalling.
1886.

943
Stie5
v.3
Rattermann

Vorwort zur ersten Auflage.

Vorliegendes Bändchen behandelt die geschichtlichen Ereignisse von 1815 bis 1868 in ähnlicher Weise, wie dies mit der alten, mittleren und neueren Geschichte in den vorhergehenden Teilen geschehen ist, jedoch mit dem Unterschiede, daß, obgleich biographische Bemerkungen bei den ausgezeichnetsten Persönlichkeiten keineswegs fehlen, die biographische Form im ganzen aus einem für den Sachverständigen leicht ersichtlichen Grunde aufgegeben werden mußte. Der gewaltige Stoff zerfällt in drei nicht willkürlich gemachte, sondern — wenigstens für die uns zunächst angehenden Staaten Europas — von der Geschichte selbst gegebene Zeiträume, dergestalt, daß das Ende eines jeden durch eine Katastrophe gebildet wird, welche die vorige Ära abschließt und zugleich die neue einleitet. Diese Katastrophen sind die Julirevolution, die Februarrevolution und das Jahr 1866. Die wichtigsten Erscheinungen in den außereuropäischen Staaten sind teils bei den betreffenden europäischen Hauptstaaten, teils in einem eigenen Abschnitte am Schlusse des Buches berücksichtigt worden. Der Grad der Ausführlichkeit richtete sich nach dem höheren oder geringeren Interesse der zu erzählenden Begebenheiten. Eine zusammenhängende Darstellung der Periode von 1815 an kann nicht über das Jahr 1867 hinausreichen; doch habe ich es versucht, über die wichtigsten Momente von 1867 bis 1869 die notwendigsten Notizen zu geben, die freilich um so mehr unvollständig sein mußten, als hier die Grenze in der Auswahl des Stoffes noch schwankend ist. So steht dieses fünfte Bändchen meiner Erzählung auch selbständig als ein „Abriß der Geschichte der neuesten Zeit" da. Möge dem anspruchslos auftretenden Werkchen, bei dessen Bearbeitung anerkannte Hülfsmittel zu Grunde lagen, und für welches ich mir einerseits eine reifere Jugend höherer Lehranstalten, andrerseits Gebildete überhaupt, die ein allgemeineres historisches Bedürfnis zu befriedigen wünschen, als Leserkreis dachte, eine günstige Aufnahme finden! So viel steht fest, daß der geschichtliche Stoff der Zeit von 1815 bis 1867 jedem Darsteller größere Schwierigkeiten entgegenstellt, als irgend eine der früheren Perioden.

Rinteln. **Dr. Stacke.**

366395

Vorwort zur zweiten Auflage.

Die zweite Auflage dieses Buches, das sich einer Reihe günstiger Beurteilungen zu erfreuen hatte, ist durch eine bereits vor längerer Zeit nach verschiedenen größeren und kleineren Werken, wie nach dem „Staatsanzeiger“ abgefaßte Darstellung des letzten deutsch-französischen Krieges vermehrt worden. Daß der Erzählung eines kaum acht Monate umfassenden Krieges im Vergleich zu anderen von viel längerer Dauer ein unverhältnismäßig größerer Raum gewidmet ist, wird durch das hohe Interesse desselben jedenfalls gerechtfertigt; auf der anderen Seite ist eine Darstellung von sechs Bogen allzu gedrängt, um bei einem Kriege von so ausgedehnten Dimensionen in strategischer Beziehung den Anspruch auf Vollständigkeit und Genauigkeit im einzelnen befriedigen zu können. Doch glaube ich billigen Rücksichten Genüge geleistet zu haben. Innerhalb der gesteckten Grenzen ist der Krieg bis zu der Katastrophe von Sedan und der Einnahme von Straßburg und Metz ausführlicher als die folgenden Partieen geschildert. Bei Angabe numerischer Verhältnisse war ich selbstverständlich von meinen Hülfsmitteln abhängig. Das Buch geht nicht über den Krieg hinaus, da die Ereignisse der folgenden Jahre noch zu unentwickelt sind, als daß sie in einem Buche kompendiöser Art Platz finden könnten. Einzelne Notizen aus dem „Schluß“ der ersten Auflage sind als Anmerkungen zu dem Texte untergebracht worden.

Rinteln im Februar 1874. **Dr. Stacke.**

Vorwort zur dritten Auflage.

Infolge der weiteren Entwickelung der Ereignisse schien es zweckmäßig, statt der bisherigen Einteilung des Gesamtstoffes in drei Zeiträume eine Zerlegung in vier Zeiträume aufzustellen, von denen der erste von 1815—1830, der zweite von 1830—1848, der dritte von 1848—1863, der vierte von 1863—1871 reicht. Neu hinzugekommen ist Abschnitt XXIII. über Napoleons Machtstellung (nach Oskar Jäger). Im übrigen sind Irrtümer und Versehen berichtigt,

manche unhaltbare Angabe ist beseitigt, manche Erweiterung eingeschoben worden. Über das Jahr 1871 hinauszugehen halte ich bei der Unfertigkeit der Ereignisse und der kompendiarischen Beschaffenheit des Buches auch jetzt noch nicht für ratsam und finde diese Ansicht durch den Hinblick auf viel umfangreichere Arbeiten anderer nur bestätigt. Die nötigen Thatsachen nach 1871 sind geeigneten Ortes angegeben. Auf den Vorzug, es allen recht zu machen und Ansprüche zu befriedigen, auf die sogar weit angelegte Werke kaum eingehen, muß ich verzichten.

Rinteln im Februar 1877. **Dr. Stacke.**

Vorwort zur vierten Auflage.

Diese Auflage ist ein fast unveränderter Abdruck der vorigen. Auch jetzt halte ich es noch für verkehrt, in diesem Buche auf die Zeit nach 1871 einzugehen und der Jugend Fragen vorzulegen, die noch in ihrer völligen Unfertigkeit unabgeschlossen vor uns liegen. Übrigens halte ich die Bemerkung nicht für überflüssig, daß die Richtung des Buches nach jeder Seite hin eine durchaus gemäßigte ist. — Vom dritten Bogen an ist die neue ministerielle Orthographie befolgt worden.

Rinteln im Juni 1880. **Dr. Stacke.**

Vorwort zur fünften Auflage.

Ich bin bemüht gewesen, sachliche Irrtümer und Versehen, sowie formelle Unebenheiten zu beseitigen und den gemachten Ausstellungen möglichst Rechnung zu tragen. Um manchem Wunsche zu entsprechen, habe ich mich nun doch dazu verstanden, die Darstellung bis zum Jahre 1881 (bezw. 1882) fortzusetzen und nach den Werken von G. Weber und W. Müller die wichtigsten Momente des mit dem Jahre 1871 beginnenden Decenniums in äußersten Skizzen vorzuführen. Deutsch-

land, Frankreich, Italien und die Schweiz, Österreich-Ungarn, Rußland haben ihre besonderen Abschnitte gefunden; bezüglich der übrigen Staaten erschien es mir vorläufig genügend, die hauptsächlichsten Erscheinungen in geeigneten Anmerkungen, sowie im letzten Abschnitte (außereuropäische Staaten) in charakteristischen Sätzen hervorzuheben, bis dieselben vielleicht in einer folgenden Auflage sich zu ganzen Abschnitten erweitern.

Rinteln im Januar 1886. **Dr. Stacke.**

Inhalt.

Erster Zeitraum.

Die Zeit vom Wiener Kongreß bis zur Julirevolution. (1815—1830.)

Seite.

I. Der heilige Bund. Deutsche Zustände (1815—1830) . 1
II. Spanien und seine Kolonieen in Amerika 23
III. Portugal und Brasilien 33
IV. Italien. Revolution in Neapel und Piemont. Kongresse zu Troppau und Laibach 38
V. Griechenlands Erhebung und Wiedergeburt. — Rußland und die Türkei 49
VI. Großbritannien. — Emancipation der Katholiken (1829) 65
VII. Frankreich bis zur Julirevolution (1815—1830) . . 74

Zweiter Zeitraum.

Von der Julirevolution bis zur Februarrevolution in Frankreich. (1830—1848.)

VIII. Die Revolution in Belgien. Prinz Leopold von Sachsen-Koburg, König der Belgier 93
IX. Die polnische Revolution. Polen russische Provinz. Rußlands politisches Übergewicht 105
X. Die Revolution in der Schweiz. Der Sonderbund . 120
XI. Italien nach der Julirevolution 125
XII. Spanien nach Ferdinands VII. Tod. Portugal unter Maria da Gloria 130
XIII. Großbritannien seit der Emancipation der Katholiken . 138
XIV. Die Türkei. Sultan Mahmud II. und Mehemed Ali, Vicekönig von Ägypten. — Rußlands Panslavismus. Antagonismus zwischen Rußland und England . . . 148

Seite.

XV. Die revolutionären Bewegungen in Deutschland. — Österreich und Preußen 154

XVI. Die Julimonarchie bis zur Februarrevolution (1830 bis 1848) 177

Dritter Zeitraum.

Von der Februarrevolution bis zum Tode Friedrichs VII. von Dänemark.

(1848—1863.)

XVII. Deutschland im Jahre 1848. Revolution in Wien und Berlin. Das Frankfurter Parlament. Schleswig-Holstein. — Unterwerfung Ungarns. — Wiederherstellung des Bundestages 212

XVIII. Italien in den Jahren 1848 und 1849. Papst Pius IX. 253

XIX. Frankreich von der Februarrevolution bis zur Errichtung des Kaiserthrones unter Napoleon III. (1848—1852) 262

XX. Der orientalische Krieg (Krimkrieg) (1853—1856) . 279

XXI. Der Südosten Europas. Rußland. Der polnische Aufstand im Jahre 1863 292

XXII. Der Krieg in der Lombardei (1859). Kämpfe in Mittel- und Süditalien 300

XXIII. Napoleon III. auf seiner Machthöhe bis zum Beginn ihres Sinkens (1852—1863) 318

XXIV. Deutschland seit Wiederherstellung des Bundestages bis zum Fürstenkongreß (1863). Österreich und Preußen 330

Vierter Zeitraum.

Vom Tode Friedrichs VII. von Dänemark bis zum Jahre 1881.

(1863—1881.)

XXV. Der zweite Krieg in Schleswig-Holstein (1864). Die Zeit vom Wiener Frieden bis zur Auflösung des deutschen Bundes (14. Juni 1866) 344

Seite.

XXVI. Der Krieg im Jahre 1866. Gründung des norddeutschen Bundes. Preußens Hegemonie in Deutschland 359

XXVII. **Der deutsch-französische Krieg** (1870—1871).

Der Krieg bis zur Kapitulation von Sedan.

1. Ursache und Veranlassung des Krieges . . . 380
2. Deutschlands Erhebung. — Die beiderseitigen Streitkräfte 390
3. Beginn des Krieges. — Gefecht bei Saarbrücken 396
4. Das Treffen bei Weißenburg. Die Schlachten bei Wörth und Spichern 400
5. Die Stimmung in Paris 410
6. Der Vormarsch der deutschen Armee. — Besetzung von Elsaß und Lothringen 413
7. Die Kämpfe bei Metz: die Schlachten bei Courcelles (Pange), Mars la Tours (Vionville) und Gravelotte (Rezonville, St. Privat) 417
8. Die Schlachten bei Beaumont und Sedan. — Die Schlacht bei Noiseville 426

Der Krieg gegen die französische Republik.

9. Die Zustände in Paris. Erklärung der Republik 435
10. Die Belagerungen von Straßburg und Metz . 439
11. Die Belagerung von Paris 448
12. Der Volkskrieg. Die Kämpfe an der Loire, im Norden und Südosten 455
13. Die Kapitulation von Paris. Der Friede. Die Herrschaft der Kommune in Paris 466
14. Wiederaufrichtung des deutschen Kaisertums . 474

XXVIII. Das deutsche Reich. (1871—1881.)

1. Der Kampf zwischen Staat und Kirche (Kulturkampf) 478
2. Stellung des Reiches nach außen und weiterer Ausbau im Innern 500

XXIX. Frankreich, Italien und die Schweiz 518

XXX. Österreich-Ungarn 540

XXXI. Die orientalische Krisis. Der russisch-türkische Krieg (1877—1878). — Rußland 552

Seite.

XXXII. Die außereuropäischen Staaten. Asien. Aufstand der einheimischen Truppen in Indien (1857—1859). Afghanistan. Vorgehen der Russen. Die Holländer auf Sumatra. — Der Bürgerkrieg in Nordamerika (1861—1865). Verhältnisse der Union. Maximilians Kaisertum in Mexiko (1864—1867). Haiti. Die Republiken in Mittel- und Südamerika. — Die afrikanischen Staaten. Ägypten. Abessinien. König Theodorus (1868). Krieg gegen die Aschantis. Die Transvaal-Republik. Zanzibar. — Australien . . 583

Erster Zeitraum.

Die Zeit vom Wiener Kongreß bis zur Julirevolution. (1815—1830.)

I.

Der heilige Bund. Deutsche Zustände. (1815—1830.)

Durch den Pariser Frieden (30. Mai 1814) schien endlich Europa nach langen Stürmen wieder zur Ruhe gelangt zu sein. Es kam nun darauf an, die Verhältnisse und Grenzen der einzelnen Staaten neu zu bestimmen. Zu diesem Zwecke wurde am 1. Nov. 1814 zu Wien ein Kongreß eröffnet, bei welchem sich die Kaiser von Östreich und Rußland, die Könige von Preußen, Dänemark, Baiern und Würtemberg persönlich, und außerdem die Abgeordneten aller anderen Mächte Europas einfanden. Da es galt, die zahllosen alten Ansprüche und neuen Forderungen mit einander auszugleichen, so mußte notwendig ein Gewirre von Verwickelungen und einander durchkreuzenden Interessen zum Vorschein kommen.

Was Deutschland insbesondere betraf, so dachte man zunächst an die Wiederherstellung eines deutschen Reiches, das, mächtig nach außen und frei im Innern, die ihm gebührende Stellung unter den Hauptmächten Europas einnehmen könnte. Diesem Plane aber stand einerseits die Staatskunst der auswärtigen Mächte Europas, andrerseits die Eifersucht der deutschen Staaten unter einander im Wege. England, Frankreich und Rußland hatten kein Interesse, ein Deutschland in dem eben angegebenen Sinne aufkommen zu lassen, und was die

deutschen Staaten selbst anbelangt, so stieß die Frage, welche der beiden deutschen Großmächte an die Spitze des deutschen Reiches treten sollte, auf unlösbare Schwierigkeiten. Preußische Staatsmänner, namentlich Freiherr von Stein, die Seele der Befreiungskriege, und Fürst von Hardenberg, hatten dabei anfangs Preußens Hegemonie im Auge; aber das schnelle Wachstum dieser Monarchie im vorigen Jahrhundert hatte den Neid der übrigen Fürsten und den tiefen Groll des östreichischen Kaiserhauses erweckt, das sich niemals einer preußischen Spitze unterworfen haben würde. Hatte man doch an vielen Höfen die Demütigung Preußens mit unverhohlener Schadenfreude betrachtet! So mußte Stein's Idee, Preußen die Hegemonie zu verschaffen, auf allseitigen Widerspruch stoßen. Eben so wenig konnte sich aber auch Preußen bei seiner wiedergewonnenen Machtstellung der alten Hegemonie des Hauses Habsburg unterordnen. Dazu kam, daß die Mittel- und Kleinstaaten, welche durch Napoleon die Souveränität erlangt und ihr politisches Ansehen nicht unbedeutend erhöht hatten, am wenigsten Baiern und Würtemberg, nichts von ihren Souveränitätsrechten opfern wollten und der Herstellung einer einheitlichen Gewalt unter der Hegemonie einer der beiden Großmächte, welche die deutschen Staaten dem Auslande gegenüber zu einer Achtung gebietenden Macht verbunden hätte, den entschiedensten Widerstand leisteten. Ein norddeutscher Bund unter Preußens, und ein süddeutscher unter Östreichs Führung hätte ebenfalls die ersehnte Einheit nicht herbeigeführt. So kam denn die Wiederherstellung eines deutschen Reichs auf dem Wiener Kongreß gar nicht auf die Tagesordnung, und es blieb nur die deutsche Bundesakte übrig, welche den Einzelstaaten die Souveränität im Innern sicherte, nach außen aber die deutschen Stämme nicht zu einem Bundesstaat mit einheitlichem Oberhaupte, sondern nur zu einem Staatenbunde ohne Oberhaupt verband.*)

*) Der Staatenbund ist eine Verbindung von Staaten, in der die einzelnen Staaten ihre Selbständigkeit behalten, nur zu einem völkerrechtlichen Verein zusammentreten und nur nach außen als Gesamtstaat erscheinen; der Bundesstaat läßt die vereinten Staaten mit beschränkter Selbständigkeit fortbestehen, bildet aber aus dem großen Ganzen einen wirklichen Gesamtstaat, der nach innen und außen die staatliche Thätigkeit für die Bedürfnisse des nationalen Gesamtlebens erlaubt, wie das deutsche Reich seit 1874.

Noch aber war man auf dem Wiener Kongreß nicht zum Abschluß gekommen, als die Nachricht von Napoleons Flucht von Elba und seine Landung in Südfrankreich die Geister der Fürsten und Völker von neuem wie ein elektrischer Schlag durchzuckte und alles bis dahin durch Napoleons erste Besiegung Gewonnene von neuem in Frage stellte. Abermals erhoben sich die Monarchen gegen den Unterdrücker Europas und erließen gegen ihn eine förmliche Achtserklärung. Doch das Reich des Korsen sollte nur von kurzer Dauer sein: die Schlacht bei Waterloo (18. Juni 1815) warf zum zweiten Male den Gewaltigen zu Boden, und der gefesselte Titane verzehrte fortan auf dem Felseneilande St. Helena seine riesige Kraft in den Qualen der Trägheit und des Mißmutes.

Am 20. Novbr. 1815 wurde der zweite Pariser Friede geschlossen.

Die so schnell errungene Größe Napoleons, der zweimalige Fall des mächtigen Frankenkaisers, die Beseitigung eines politischen Systems, das mit solcher Energie Europa beherrscht, die Wiedereinsetzung so vieler vertriebener Fürsten hatte auf die christliche Welt einen tiefen sittlich-religiösen Eindruck gemacht. In diesem nie gesehenen Wechsel des Glückes und der Macht glaubte man mit Recht mehr als sonst das unmittelbare Eingreifen der alles leitenden göttlichen Vorsehung zu sehen. Überwältigt von den Ereignissen der Zeit, faßten die drei Monarchen, welche das eiserne Scepter des durch Gottes sichtbare Fügung niedergeschmetterten Giganten schwer genug empfunden hatten, den Gedanken zu einem Bündnisse, welches den Frieden der Welt auf einer von der seitherigen Weise durchaus abweichenden Grundlage feststellen sollte. Der Entwurf dazu ging von dem religiös gestimmten Kaiser Alexander von Rußland aus, in dessen reizbarem Gemüte die letzten Begebenheiten eine christliche, an Schwärmerei grenzende Richtung hervorgerufen hatten. Kaiser Franz von Östreich und König Friedrich Wilhelm III. von Preußen, wenn auch bei ihrer ruhigeren Denkweise von aller Übertreibung frei, waren durch gleiche Erfahrungen zu derselben Überzeugung gelangt und schenkten dem Entwurfe ihren Beifall. Am 26. Sept. 1815 wurde derselbe als Akte eines heiligen Bundes (heilige Allianz) vollzogen. In derselben erklärten die drei Monarchen im Angesichte der Welt ihren un-

erschütterlichen Entschluß, „zur einzigen Richtschnur ihres Verfahrens sowohl in der Regierung ihrer eigenen Völker, als in ihren Verhältnissen mit fremden Staaten die Lehren des Christentums zu nehmen, die Lehren der Gerechtigkeit, der Liebe und des Friedens, welche, weit entfernt, bloß auf das Privatleben anwendbar zu sein, unmittelbaren Einfluß auf die Entschlüsse der Fürsten haben und alle ihre Schritte leiten müßten, indem sie das einzige Mittel enthielten, die menschlichen Institutionen zu befestigen und den Unvollkommenheiten derselben abzuhelfen;" sie gelobten daher, „in brüderlicher Liebe vereinigt zu bleiben, sich gegenseitig Hülfe und Unterstützung zu leisten, sich gegen ihre Völker als Familienväter zu erweisen und dieselben dahin anzuleiten, daß sie sich alle nur als Glieder eines und desselben christlichen Gesamtvolkes ansehen möchten, wie sie sich selbst nur als Abgeordnete der Vorsehung betrachteten, um die ihnen anvertrauten Völker zu regieren." Zugleich wurden diejenigen Mächte zum Beitritt eingeladen, welche sich zu denselben Grundsätzen bekennen würden. Die meisten erklärten in den folgenden Jahren ihren Beitritt, nur Nordamerika, England und der Kirchenstaat schlossen sich aus; die beiden ersten, weil sie in diesem von unumschränkten Fürsten ausgehenden Bunde Gefahr vor Absolutismus erkannten, der Papst, weil es außer der von Gott selbst eingesetzten Kirche keines anderen heiligen Bundes bedürfe.

Der heilige Bund wurde von den einen mit freudigem Jubel, von den anderen mit maßlosem Tadel und Spott aufgenommen. Die Anhänger der unumschränkten Monarchie erkannten in diesem Vertrage die Verwirklichung des Ideals, die Politik mit den Lehren der Religion in Einklang zu bringen, die Gegner sahen darin nur einen Weg der Täuschung, ein Mittel, die Völker durch fromme Verheißungen in Schlummer zu wiegen. Daß die drei Monarchen es mit ihrer Erklärung aufrichtig und ernstlich gemeint haben, unterliegt keinem Zweifel. Da sie aber im Bewußtsein der Reinheit ihrer Absichten die oberste Entscheidung in der Leitung der Völker ihrem eigenen Ermessen, ihrem politischen Fühlen und Denken vorbehielten, so lag hierin zugleich der Grundsatz der Willkür, der den Gegnern Anlaß gab, im heiligen Bunde nur Keime des Absolutismus zu finden. Auch fehlte es nicht an Staats-

männern, welche die Ansicht aufstellten, daß die Regierung der Staaten von anderen Gesetzen, als denen der christlichen Religion abhängen müsse. Und in der That, einen ersprießlichen Einfluß auf die Regierung der Völker hat der heilige Bund niemals gehabt: er ist nur ein Zeichen der Zeit und ein bedeutungsvoller Ausdruck der inneren Stimmung der mächtigsten Monarchen, die jenes Ideal der Politik mit Bewußtsein aussprachen.

Inzwischen wurde der Wiener Kongreß am 9. Juni 1815 geschlossen. Seine Beschlüsse wurden durch den zweiten Pariser Frieden (20. Nov.) bestätigt. Die früheren Herrscher erhielten ihre Länder zurück. Die politischen Verhältnisse Deutschlands wurden im wesentlichen folgendermaßen geregelt: Östreich nahm Tirol und Salzburg zurück, erhielt in Italien die Lombardei, Venedig und Dalmatien, verlor aber seine niederländischen und oberrheinischen Besitzungen. Preußen ward in Rücksicht auf die gebrachten Opfer nur ungenügend entschädigt; es trat Anspach und Baireuth an Baiern ab, an Hannover Ostfriesland und Hildesheim, Goslar und Lingen und erlangte dafür die heutigen Provinzen Posen, Westfalen und die Rheinprovinz, sowie die größere Hälfte von Sachsen. Baiern erhielt für Tirol die auf dem linken Rheinufer gelegene Rheinpfalz und das Großherzogtum Würzburg. Von den freien Städten wurden vier, Hamburg, Lübeck, Bremen und Frankfurt a. M. wiederhergestellt; nicht aber die kleineren reichsunmittelbaren, fürstlichen, gräflichen und ritterschaftlichen Gebiete.

Der infolge des Wiener Kongresses errichtete deutsche Staatenbund umfaßte mit Einschluß der vier freien Reichsstädte neununddreißig selbständige Staaten, die unter dem Vorsitze Östreichs in dem Bundestage zu Frankfurt am Main durch besondere Gesandte vertreten wurden. Östreich und die fünf Königreiche hatten darin je vier Stimmen, die kleinsten wenigstens eine Stimme. Außer dem Plenum, der allgemeinen Versammlung, bestand ein engerer Rat, in dem die größeren Staaten je eine Stimme (Virilstimme), von den kleineren mehrere zusammen eine Kuriatstimme führten. So konnte der Fall eintreten, daß eine Großmacht durch das Zusammenhalten der kleineren Staaten bei der Abstimmung in der

Minorität blieb. Die deutsche Bundesakte ward am 8. Juni 1815 unterzeichnet. Von einer politischen Einheit Deutschlands war darin keine Rede; sie kannte keine deutsche Nation, kein deutsches Volk, sondern nur die einzelnen deutschen Volksstimmen. „Über Volksrechte, über Preßfreiheit, Handelsfreiheit, Landstände enthielt sie nur unbestimmte Phrasen," und in der Bundesversammlung war nicht ein Nationalwille, sondern nur der Wille der Einzelregierungen vertreten; die Vielstaaterei und der Dualismus der beiden Großmächte, Östreichs und Preußens, bestand ungeschwächt fort; die Einsetzung eines obersten Bundesgerichts, in dem sich noch immer ein Zeichen nationaler Zusammengehörigkeit bekundet hätte, war an dem Widerspruch der Rheinbundfürsten gescheitert, und der Artikel XIII, der von den Landständen in den deutschen Staaten handelte, und dem Preußen und die kleineren Fürsten eine für weitere Entwickelung empfängliche Fassung geben wollten, ward zu dem dürftigen Satze abgeschwächt, daß in allen deutschen Staaten eine landständische Verfassung stattfinden sollte.

Das unter dem Drucke der napoleonischen Herrschaft und während der Befreiungskriege im höchsten Grade erwachte Selbstgefühl des deutschen Volkes hatte ein Streben nach nationaler Selbständigkeit und politischer Freiheit hervorgerufen. Diesen mächtigen Drang der Nation konnte die Neugestaltung der Verhältnisse unmöglich befriedigen, da dem deutschen Vaterlande weder nach außen die ihm zukommende Stellung in der Reihe der europäischen Staaten, noch den einzelnen Stämmen der gewünschte Anteil an der Gesetzgebung und Regierung der Staaten zugesichert wurde. Da indessen der Artikel XIII der Bundesakte alle deutschen Staaten zur Einführung oder Wiederherstellung landständischer Verfassungen verpflichtete, so galt die nächste Aufgabe dem Aufbau von Verfassungen in den Einzelstaaten.

In Östreich bestanden zwar noch die alten Postulaten-Landtage, hatten aber zufolge der steigenden Alleinherrschaft der östreichischen Regenten dergestalt an Bedeutung verloren, daß sie, ohne ihr früheres Recht der Steuerbewilligung nur zum Um- und Ausschreiben der Steuern herangezogen wurden. Adel und Geistlichkeit hatten auf diesen Landtagen entschiedenes Übergewicht, die, oft an demselben Tage eröffnet und

geschlossen, zum bloßen Possenspiel herabgesunken waren. Auch den Tirolern wurden bei ihrer Rückkehr zum Kaiserhause die wesentlichsten Rechte ihrer alten Verfassung unter nichtigem Vorwande entzogen. Da Östreich keinen Fortschritt im Verfassungsleben wollte, so glaubte man dem Artikel XIII mit dem bloßen Scheine hinlänglich Rechnung getragen zu haben. Aber auch auf den verschiedenen Gebieten der Verwaltung trat völliger Stillstand ein. Die Polizei war zu einem drückenden Spioniersystem ausgeartet, das Volksschulwesen lag darnieder, der Besuch fremder Universitäten war ebenso verboten, wie der Eintritt auswärtiger Lehrer; gegen das Eindringen fremder Geistesprodukte und Litteratur war der Kaiserstaat so vollständig abgeschlossen, daß die Fortschritte auf dem Felde deutscher Wissenschaft ihn kaum berührten. Das gesamte Unterrichtswesen stand unter Aufsicht der Geistlichkeit, von deren Religionszeugnissen das Vorrücken auf Gymnasien und Universitäten abhing. Nur das Studium der orientalischen Sprachen war gestattet, und jene weiche Seite der Musik, welche die Sinne bethört, den Geist in Schlummer wiegt, ward mit Vorliebe betrieben. Unter dem herrschenden Geisteszwang war die Lage der Protestanten in Östreich eine sehr gedrückte, und auch Handel und Industrie mußten darunter leiden.

In Preußen waren die alten landständischen Verfassungen durch die Alleinherrschaft Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen am meisten in Vergessenheit geraten, und bei der Erweiterung des Staates durch neu erworbene Landesteile, bei der Zerstückelung desselben und der Verschiedenheit seiner Bevölkerung mußte ihre Wiederherstellung eben so schwierig als unrätlich erscheinen. Friedrich Wilhelm III., vom besten Geiste beseelt, hatte anfangs die Absicht, den Wünschen und Bedürfnissen seines Volkes im vollsten Maße zu genügen. Schon am 22. Mai 1815 erließ er von Wien aus eine Kabinettsordre, in welcher nicht nur die Einführung von Provinzialständen, sondern auch eine Verfassung für das ganze Reich, eine Vertretung des preußischen Volkes, in einer „schriftlichen Urkunde zu dauerhafter Bewährung niedergelegt," in Aussicht gestellt wurde. Der König, zu Wohlwollen und Dankbarkeit geneigt, wollte durch einen solchen Beweis von Vertrauen sein Volk für die opfer-

freudige, begeisterte Hingabe belohnen, mit der es sich in den Jahren der nationalen Erhebung um den Thron geschart hatte. Wenn es aber auch dem König mit Erteilung einer Verfassung, die dem Volke bestimmte Rechte und Freiheiten gewähren sollte, zweifellos Ernst war, so wurde doch bei seiner Bedenklichkeit und seinem Mangel an Selbstvertrauen deren Einführung durch die Besorgnis vor dem in Süddeutschland herrschenden Geist politischer Aufregung, durch die revolutionäre Gährung in Frankreich und anderen Staaten Europas immer weiter hingehalten, und als der Entwurf zu einer Reichsverfassung von der unter Hardenberg's Vorsitz eingesetzten Kommission vollendet war, hatten die Verhältnisse in Deutschland eine so bedenkliche Wendung genommen, daß der König zu ihrer Einführung erst ruhigere Zeiten abwarten zu müssen glaubte. So unterblieb denn die Sache, und statt der Reichs- erschien später eine Provinzialverfassung. Hatte auch der König für die Erfüllung seiner Zusage keine bestimmte Zeit festgestellt, so war es doch ein beklagenswertes Ereignis, daß Preußen, das so viel auf Belebung des nationalen Geistes gedrungen, und auf welchem die Hoffnung des deutschen Volkes beruhte, in verfassungsmäßiger (konstitutioneller) Entwicklung hinter anderen Staaten zurückblieb, und Östreich seinen verhängnisvollen Einfluß auf dasselbe geltend zu machen wußte.

Im Königreiche Sachsen, der Wiege der Reformation, war, durch zahlreiche Schulen verbreitet, mehr als anderswo eine gewisse geistige Bildung zu Einfluß gekommen, die aber mit den veralteten Staatseinrichtungen und den Formen des sozialen Lebens im Widerspruch stand. Die aus dem Mittelalter herübergenommene landständische Verfassung, die nur ein Bollwerk der bevorrechteten Stände war, konnte den Anforderungen einer von neuen Ideeen erfüllten Zeit nicht genügen. Vorläufig aber glich die Anhänglichkeit an den vom Unglück gebeugten, hochbejahrten König Friedrich August die herrschenden Übelstände aus.

Noch mehr als Sachsen war das Königreich Hannover, zu welchem, wie schon bemerkt, nach dem Wiener Kongreß die Gebiete von Hildesheim und Ostfriesland gekommen waren, im Verfassungsleben hinter den Anforderungen der Zeit zurückgeblieben. Seitdem seine Kurfürsten den englischen

Thron bestiegen, ward Hannover immer mehr als englische Kolonie behandelt. Die alten, im Jahre 1814 wieder berufenen Stände trugen einen völlig mittelalterlichen Charakter, und die aus dem Adel hervorgehenden, wegen der Entfernung des Souveräns fast allmächtigen Minister betrachteten die höchsten Hof- und Staatsämter als Erbgut ihres bevorrechteten Standes. Auch die vom Prinzregenten im Jahr 1819 gegebene Verfassung beseitigte diesen Übelstand nicht, ja sie befestigte sogar den Adel im Besitz seines entschiedenen Übergewichts, ohne den Ideeen des Fortschritts und der Freiheit nur das mindeste Zugeständnis zu machen.

In Kurhessen suchte der siebzigjährige, in mittelalterlichen Vorurteilen erstarrte Kurfürst Wilhelm I., der nach siebenjähriger Verbannung in sein Land zurückgekehrt war, diese sieben Jahre möglichst aus der Weltgeschichte zu streichen und Alles wieder auf den Standpunkt des Jahres 1806 zurückzuversetzen. Beim Militär kamen Puder und Zöpfe wieder auf, den Söhnen von Nichtstaatsdienern wurde das akademische Studium verboten, die Beamten traten wieder in ihre Stellung von 1806 ein, und die Käufer der unter der westfälischen Regierung veräußerten Domänen wurden zur Zurückgabe ohne Entschädigung angehalten. Auch die alten Stände, jedoch jetzt mit Hinzufügung des Bauernstandes, kehrten zurück, aber der Kurfürst bestritt ihnen fortwährend die Teilnahme an der Gesetzgebung und Regierung, indem er behauptete, ihre Befugnis erstrecke sich nur auf Herbeischaffung der Mittel zur Deckung der Staatsbedürfnisse. Bei seiner maßlosen Geldgier verlangte er die Erstattung von 4 Millionen für angeblich gegen Frankreich aufgewandte Kriegskosten, ließ sich aber zuletzt mit 1 800 000 Thalern abfinden. Ohne Einsicht in die Verwaltung der Finanzen zu erlangen, beschränkte sich die ständische Thätigkeit auf Zurückweisung der übertriebenen Forderungen der Regierung.

In den vier Freistädten trat die reichsständige Verfassung wieder ein, und die Regierung ward von einem Senate ausgeübt.

In den kleinen Staaten, mit Ausnahme Oldenburgs, das, obgleich ohne Verfassung, mit seiner Regierung zufrieden war, dauerten meist die mittelalterlichen Zustände fort. Nur Karl August, Großherzog von Sachsen-Weimar, zeichnete

sich vor anderen Fürsten rühmlichst aus. Wie er als Gönner und Beschützer der großen Dichter und Schriftsteller die geistigen Interessen der Nation förderte, so bekundete er auch durch die seinem Volke erteilte Verfassung, daß er auf der Höhe der Zeit stand und deren Ideeen in sich aufgenommen hatte. Diese Verfassung gestattete als wahrhafte Volksvertretung Anteil an der Gesetzgebung und Aufsicht über die Verwaltung der Finanzen. Es war ein Unglück für Deutschland, daß dem edlen Fürsten bei Durchführung seiner volkstümlichen Bestrebungen keine bedeutende Hausmacht zur Seite stand. So sah er sich infolge der drohenden Zeitverhältnisse genötigt, eine rückgängige Bewegung einzuschlagen und auch die schon gewährte Aufhebung der Censur wieder zurückzunehmen.

In Baiern, das als Rheinbundsstaat so lange mit Frankreich verbunden gewesen, hatte sich französischer Einfluß am stärksten geltend gemacht. Demgemäß waren unter der siebzehnjährigen Verwaltung des Grafen von Montgelas Veränderungen auf dem Gebiete des Staates, der Kirche und des öffentlichen Unterrichts eingetreten. Auch besaß Baiern seit 1811 eine Verfassung, die jedoch nie zu vollständiger Durchführung gelangte. Dem Artikel XIII der Bundesakte gemäß, erteilte König Maximilian I. am 26. Mai 1818 eine neue Reichsverfassung mit dem Zweikammersystem. Die Mitglieder der ersten Kammer erhielten ihre Würde lebenslänglich oder wurden vom König auf Lebenszeit ernannt; die Abgeordneten der zweiten Kammer bestanden aus den Vertretern des niederen Adels mit Gerichtsbarkeit, der Universitäten, der katholischen und evangelischen Geistlichkeit, der Städte und Marktflecken und der Landbesitzer ohne Gerichtsbarkeit. Die Verleihung dieser Verfassung, die Freiherr von Stein als bedeutsamen Fortschritt auf der konstitutionellen Bahn bezeichnete, ward in ganz Deutschland mit freudigem Jubel, in Baiern mit aufrichtigem Danke gegen König Max, den Guten, aufgenommen, der gerade ihr die große Popularität verdankte, in der er bei seinem Volke stand. Weniger befriedigte das im Jahre 1817 mit Papst Pius VII. abgeschlossene Konkordat, das der katholischen Kirche allzu günstig war, indem es ihr volle Selbständigkeit, den Bischöfen freien Verkehr mit Rom, ein weitgehendes Aufsichtsrecht über die Schulen und über angeblich schädliche Bücher gewährte, und

deshalb in der Folge schwierige Verwickelungen zwischen Staat und Kirche herbeiführte.

Übrigens geschah auch in Baiern dem monarchischen Prinzipe kein Abbruch, und der König ließ die Verschleuderungen im Hof- und Staatshaushalte fortdauern. Als er im Jahre 1825 starb, erhielt das Land in seinem Sohne, König Ludwig I., einen genialen, kunstliebenden Herrscher, und eine neue Ära schien für Baiern anzubrechen. Er verlegte die Universität Landshut nach München, vermehrte die Bildergallerie daselbst durch Ankauf neuer Kunstwerke und bereicherte München durch Prachtbauten, unter denen das neue Universitätsgebäude, die neue Bibliothek, die Pinakothek für Gemälde, die Glyptothek für die Antiken, die gotische Kirche, die byzantinische Ludwigskirche den ersten Rang einnehmen. Auch baute er bei Regensburg die sogenannte Walhalla, um die Büsten aller großen Deutschen aufzunehmen. München wurde eine Heimat der Künste, wie Berlin der Wissenschaften. Aber die Volksschule sank immer tiefer und König Ludwig, der in altdeutscher Tracht mit Künstlern verkehrte, auf Deutschlands Einheit trank und den aufständischen Griechen (vgl. V.) ein fröhliches Glückauf zurief, war zu sehr Romantiker und zu wenig Staatsmann, um selbständig regieren zu können, und überließ die Regierung seinen Ministern, die im Geiste des alten Systems den Staat verwalteten.

Im Königreiche Würtemberg herrschte Friedrich I. mit despotischer Willkür und Härte, nur darauf bedacht, seine Verpflichtungen gegen Napoleon zu erfüllen, um in ihm eine Stütze gegen sein eigenes Volk zu haben. Als Friedrich I. erkannte, daß unumschränkte Alleinherrschaft auf dem Wiener Kongreß keinen Anklang fand, eilte er in seine Hauptstadt und erließ am 15. März 1815 eine Verfassung, die freisinniger war, als man es von dem zur Willkür geneigten Herrscher hätte erwarten sollen. Es bestand nach ihr nur eine Kammer; Gesetzgebung und Besteuerung sollten an die Zustimmung der Stände geknüpft und die Freiheit der Beratung gesichert sein; auch war die jedesmalige Eröffnung gesetzlich bestimmt, und bei einem Thronwechsel der neue Regent zur Beschwörung der Verfassung verpflichtet. Aber die frühere Gewaltherrschaft des Königs hatte bei der Bevölkerung eine solche Verstimmung erzeugt, daß man die Ver-

fassung verwarf und die Behauptung aufstellte, ein solches Werk dürfe nicht einseitig vom Fürsten ausgehen, sondern müsse auf dem Wege der Vereinbarung mit der Volksvertretung ins Leben gerufen werden; ja die Stände sandten sogar eine Beschwerdeschrift an die Monarchen auf dem Wiener Kongreß mit der Bitte um Abhülfe, und drohten, das Volk von den Steuern zu entbinden. Noch dauerte die Gährung der Gemüter, als Friedrich I. in der Nacht auf den 30. Oktober 1816 starb. Es folgte ihm sein Sohn, Wilhelm I., gerecht und wohlwollend, und lange schon die Hoffnung des Landes, um so mehr, als er selbst die Härte seines Vaters bitter genug empfunden hatte. Aber bei der durch die vorige Regierung hervorgerufenen Erbitterung dauerte es doch geraume Zeit, bis eine Vereinbarung zustande kam, und nur durch wesentliche Verbesserungen in allen Zweigen der Verwaltung gelang es den aufrichtigen Bemühungen des Königs eine günstige Stimmung hervorzubringen. So wurde denn am 23. Sept. 1819 die neue Verfassung von den Ständen angenommen und vom König bestätigt. Sie hatte zwei Kammern, von denen die erste die ehemaligen Reichsstände, die zweite auch die Vertreter des ansässigen Adels umfaßte; sie gewährte ein ausgedehntes Wahlrecht und Schutz gegen Beamtenwillkür. Infolge dieser Verfassung entwickelte sich in Würtemberg mehr als irgendwo konstitutionelles Leben, und eine große Zahl parlamentarischer Talente tauchte empor.

Im Großherzogtum Baden, das aus der reformierten Rheinpfalz, dem katholischen Breisgau und sonstigen Gebieten früherer Reichsstände zusammengesetzt war, waren die alten Verfassungen während der Zeit des Rheinbundes untergegangen; der Großherzog Karl Friedrich hatte zwar unumschränkt, aber zur großen Zufriedenheit seiner Unterthanen regiert. Nach seinem Tode entstand aber durch Steuerdruck und Verschwendung des Hofes eine solche Mißstimmung unter der Bevölkerung, daß die Pfalz ihre Wiedervereinigung mit Baiern, der Breisgau die Rückkehr unter östreichische Herrschaft dringend verlangten; außerdem machten Unsicherheit in der Erbfolge den Bestand des Großherzogtums eine Zeit lang schwankend. Aber der Wiener Kongreß entschied sich aus politischen und militärischen Gründen für die Fortdauer desselben in seinem damaligen Umfang, um gerade an dieser Grenze

Deutschlands nach Frankreich hin einen zusammenhängenden Staat von einiger Bedeutung zu haben. Da sich das Volk für eine den Gesamtstaat umfassende Konstitution aussprach, so erteilte endlich nach langem Zögern Großherzog Karl am 22. August 1819 eine Verfassung mit zwei Kammern. Die erste Kammer gestattete zwar den Mediatisierten große Vorrechte, sicherte aber auch der zweiten Kammer das Recht der Steuerbewilligung und Anteil an der Gesetzgebung. So kam es, daß vorzugsweise in Baden der Kampf um politischen Fortschritt am heftigsten entbrannte.

Im Großherzogtum Hessen-Darmstadt verstand sich, um einem Ausbruch der allgemeinen Unzufriedenheit zuvorzukommen, Großherzog Ludwig I. am 28. März 1819 zur Erteilung einer Verfassung, die jedoch erst später einige freisinnige Bestimmungen, wie Steuerverwilligungsrecht und Verantwortlichkeit der Minister, erhielt.

Endlich bestand auch in Nassau seit dem 2. Sept. 1814 eine Verfassung, welche die wesentlichsten Volksrechte gewährleistete.

Nach dieser kurzen Rundschau über das Verfassungswesen in den Einzelstaaten folgen wir der Entwickelung der politischen Bewegung in Deutschland überhaupt.

Wenn die Welt gehofft hatte, daß nach Napoleons Sturz eine Zeit des Friedens und des Glückes eintreten werde, so sollte diese Hoffnung bitter getäuscht werden. Freilich der Kanonendonner auf den Schlachtfeldern war verstummt, aber statt dessen entbrannte ein nicht weniger heftiger Kampf zwischen den Dynastieen und den Völkern, zwischen den bevorrechteten Klassen und der Masse der Bevölkerung. Die Kriegsstürme, mit denen Napoleon den Erdkreis heimgesucht, hatten die Samenkörner von den guten Errungenschaften der französischen Revolution über Europa hingesäet und fast überall einen empfänglichen Boden gefunden. Die Bewegung der von ihr angeregten neuen Ideeen, von Napoleon mit eisernem Scepter niedergehalten, erhob sich um so mächtiger nach seinem Untergange und teilte sich den meisten Völkern Europas mit. Es handelte sich jetzt nicht mehr um den Ruhm und die Herrschaft eines Einzigen, es entwickelte sich vielmehr ein

gewaltiger Kampf zwischen den Interessen der Regierenden und Regierten, ein Widerstreit zwischen den Prinzipien der Dynastieen und Nationen, welcher die nächste Zeit nach Napoleons Fall ausfüllte. So bildeten denn Verheißungen der Fürsten und freudiges Vertrauen der Völker, Ruf nach konstitutioneller Freiheit und Reaktion, Revolutionen der Völker und ihre Unterdrückung durch fürstliche Gewalt den Grundcharakter der Zeit von 1815 bis 1830.

Die Hoffnung auf eine glückliche Zukunft wurde am lebhaftesten in Deutschland genährt. Wie gerade von Deutschland aus Napoleon am meisten durch die Macht der Ideeen besiegt worden war, so hatten diese Ideeen hier auch am tiefsten Wurzeln geschlagen, besonders in Preußen, das zur Zeit des napoleonischen Druckes ein Asyl des deutschen Patriotismus geworden war und durch seine kriegerische Erhebung und Opferwilligkeit das übrige Deutschland mit sich fortgerissen und das Ganze gerettet hatte. Leider behauptete sich Preußen nicht auf dieser Höhe.

Nach den Verheißungen der Fürsten und Erklärungen der Minister, wie nach dem Urteile der Patrioten erwartete man in Deutschland, wie bereits erwähnt, ein einheitliches Vaterland, stark nach außen und frei im Innern, ein gemeinsames deutsches Parlament und wahre Volksvertretung. Diese Erwartungen waren durch den Wiener Kongreß bitter getäuscht worden. Wenn einst die deutsche Reichsverfassung trotz ihrer Schwächen doch eine Blüteperiode aufzuweisen hatte, so war der deutsche Bund eine Notschöpfung des Wiener Kongresses, die, ohne einen einzigen Tag des Ruhmes, die Hoffnung der Völker zu Schanden machte. Je weniger dieser traurige Bau der Staatskunst befriedigte, um so mehr zog sich der gedrückte deutsche Geist auf die Universitäten zurück, die als Träger und Fortbildner der Wissenschaft jetzt in der studierenden Jugend, von der die Kläglichkeit der bestehenden Verhältnisse am lebhaftesten empfunden wurde, das Ideal einer politischen Neugestaltung Deutschlands hegten und pflegten. Waren doch so manche der berühmtesten akademischen Lehrer, so viele Glieder der studierenden Jugend dem preußischen Waffenrufe gefolgt! Zunächst schwanden auf den Universitäten die rohen, mittelalterlichen Formen, die oft so gröblich verstießen gegen alles, was in der übrigen Gesell-

schaft für Gesittung und Bildung galt. An die Stelle der früheren Landsmannschaften, die aus der Zersplitterung Deutschlands hervorgegangen, trat die allgemeine deutsche Burschenschaft, welche Hebung der Sitten und Wahrung deutscher Art bezweckte, aber auch zugleich das Ideal der deutschen Einheit zunächst geistig und theoretisch vertrat, das sich dann in einer freien staatlichen Einheit Deutschlands thatsächlich verwirklichen sollte. Der Mittelpunkt dieser Bewegung in den akademischen Kreisen war Jena. Mit dieser Bewegung hing eine Verbesserung der Jugenderziehung zusammen. Schon Ludwig Jahn, der Vater der Turnkunst, hatte durch diese Art der Gymnastik eine Hebung der Jugend in physischer und moralischer Hinsicht beabsichtigt und durch eine Umgestaltung der Jugenderziehung auch eine Neugestaltung Deutschlands in politischer Beziehung zu erreichen versucht. Auch jetzt wurde die Turnkunst als Mittel einer nationalen Wiedergeburt mit Eifer gepflegt. Neben Jahn wirkten Ernst Moritz Arndt durch die Eigentümlichkeit seiner kräftigen Sprache, durch seine tüchtige für alles Edele begeisterte Persönlichkeit, und Joseph Görres, Rheinländer und Katholik, durch die flammende Beredsamkeit, mit der er in seinem „rheinischen Merkur" den kläglichen Geist der deutschen Regierungen unmittelbar nach der großen Zeit der Erhebung geißelte, auf Erhebung und Kräftigung des nationalen Geistes hin. Auf diese Weise hätte allerdings mit der Zeit manches Ziel erreicht, manches Ergebnis gewonnen werden können, aber der Mangel eines bestimmten politischen Ziels bei den Führern, die Unbekanntschaft der studierenden Jugend mit der Welt und ihren wirklichen Verhältnissen, die Selbstüberschätzung und die Verblendung über die entgegenstehenden Hindernisse, die in ihrem vom Leben abgeschlossenen Kreise nur noch mehr genährt ward, und in der die Leiter und Förderer der neuen Ideeen befangen waren, dies alles mußte ein gänzliches Mißlingen des Unternehmens notwendig zur Folge haben. Je mehr die politische Begeisterung von oben her gehemmt wurde, um so tiefer glühte sie in den akademischen Kreisen und nahm hier allmählich den revolutionären Schein an, den insbesondere die Feinde Preußens geschickt benutzten, um im König vollends jeden Gedanken an eine Erhöhung Preußens auf Grund der Begeisterung von 1813 auszutilgen.

Zunächst erhielt die herrschende Stimmung bei der Bundesfeier der deutschen Burschenschaft einen entschiedenen Ausdruck. König Friedrich Wilhelm III. von Preußen wollte im Jahre 1817 die dritte Säkularfeier der Reformation in Wittenberg festlich begehen und hatte zugleich eine Vereinigung (Union) der beiden evangelischen Konfessionen, der Lutheraner und Reformierten, unter gemeinsamem Symbol und Kultus im Auge, die jedoch wegen der Streitigkeiten der Orthodoxen auf beiden Seiten das gewünschte Ziel nicht völlig erreichte (vgl. XV.). Wie die Fürsten in Wittenberg, so beging die Burschenschaft in Jena, die ihre Genossen von nah und fern berufen hatte, das Fest in ähnlicher Weise auf der Wartburg, an der Stätte, wo einst Luther seinem unsterblichen Werke der Bibelübersetzung so eifrig obgelegen hatte. Sie wählte dazu den 18. Oktober, den Jahrestag der Schlacht bei Leipzig, und stellte somit die religiöse und nationale Befreiung, die Erlösung vom Joche des Papstes wie von dem Napoleons, auf gleiche Linie. Man bedachte hierbei nicht, daß auf diese Weise trotz allem Streben nach Deutschlands Einheit die ganze katholische Bevölkerung des Vaterlandes als etwas Fremdes und außerhalb Deutschlands Stehendes erklärt wurde. So trug das Fest einen entschieden norddeutsch-protestantischen Charakter. Zu Anfang und zu Ende hörte man religiöse Lieder, und begeisterte Reden wurden gehalten über Vereitelung der deutschen Hoffnungen, über die Notwendigkeit der deutschen Einheit und über ferneres Ausharren im Kampfe darum. Zuletzt wurde ein eigentümliches Nachspiel geliefert. Einige Studenten blieben zurück und hielten in Nachahmung der Art und Weise, wie einst Luther die Bannbulle verbrannte, über einige den Vaterlandsfreunden anstößige Schriften, in denen die schon beginnende Reaktion verteidigt und das Verlangen nach Konstitutionen verdächtigt wurde, feierlich Gericht. Die Schrift Ancillons' über Souveränität und Staatsverfassung, Kamptz's Kodex der Gendarmerie, von Hallers Restauration der Staatswissenschaft, endlich die Schriften des Geheimrats Schmalz, der den Tugendbund angegriffen und die Behauptung aufgestellt hatte, das preußische Volk habe in seiner Erhebung von 1813 nur eine einfache Pflicht erfüllt, etwa wie ein zum Löschen herbeieilender Feuermann, und deshalb kein besonderes Verdienst zu beanspruchen, — alle

diese Schriften, dazu noch die Zeichen einer knechtischen Zeit, ein Zopf, ein Korporalstock und eine Schnürbrust, wurden unter Hohn und Spott dem Feuer übergeben.

Die Feier des Wartburgfestes rief die äußerste Aufregung hervor. Mehrere zu Weimar unter dem Schutze der Preßfreiheit erscheinende Tagesblätter, an denen sich die Professoren Oken und Luden beteiligten, verbreiteten ihre Ansichten über die Zeitereignisse in einer Weise, die mit den Ansichten der Regierungen in schroffem Widerspruch standen, im gesamten deutschen Publikum. Um so mehr mußte die Schrift eines walachischen Bojaren, des russischen Staatsrats Stourdza, Öl ins Feuer gießen. Dieser hatte im Auftrag des Kaisers Alexander eine Denkschrift über deutsche Zustände abgefaßt, in der er den Geist der deutschen Professoren und Studenten als überaus gefährlich schilderte und den Monarchen, denen die Schrift auf dem Aachener Kongreß 1818 übergeben wurde, das Schreckbild einer deutschen Revolution vor Augen hielt.*) Dazu kam noch, daß die russische Regierung den Staatsrat August von Kotzebue in Weimar als Aufpasser hinstellte, um dem Kaiser Alexander über den Stand der öffentlichen Meinung in Deutschland Bericht einzusenden. Dieser Mann trat nun als erbitterter Gegner der seit den Freiheitskriegen in Deutschland erwachten Ideeen auf und stellte oft genug die Zustände vor der französischen Revolution als das Ideal des Völkerlebens, als das Ziel politischen Strebens hin, von welchem allein der Bestand der Regierungen abhänge. Professor Luden in Jena wußte einen dieser Berichte in seine Hände zu bekommen und trug kein Bedenken, denselben in seiner Zeitschrift „Nemesis“ unter bitteren und beißenden Bemerkungen zum Abdruck zu bringen. Kotzebue, wegen seiner lockeren poetischen Erzeugnisse übel berüchtigt, wurde jetzt wegen der Anschuldigungen und Verleumdungen, die er noch dazu bei einem fremden Monarchen anbrachte, als Verräter des deutschen Vaterlandes der Gegenstand des grimmigsten Hasses von Seiten der Patrioten, besonders der

*) Als zwei junge Grafen den Bojaren als den Feind deutscher Freiheit forderten, erklärte derselbe, nur auf Alexanders Befehl die Schrift gedacht, geschrieben und ausgeführt zu haben, worauf jene erwiderten, daß sie von einer Denk-, Schreib- und Handlungsmaschine natürlich keine Genugthuung fordern könnten.

akademischen Jugend, und war gleichsam dem Banne der Nation verfallen.

Die tief gährende Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen, der Schmerz über die Nichterfüllung der deutschen Hoffnungen, der Drang nach Verwirklichung der freisinnigen Ideeen erzeugte unter der studierenden Jugend den Wunsch nach einer entscheidenden Wendung der Dinge, so wie bei einzelnen den traurigen Wahn, das deutsche Volk müsse durch ein erschütterndes Ereignis aus seinem Schlummer gerissen und die Gegenpartei mächtig erschreckt werden. Was bei anderen stiller, absichtsloser Wunsch blieb, das vollführte zu blutiger That Karl Ludwig Sand, gebürtig aus Wunsiedel im Fichtelgebirge, Studiosus der Theologie in Jena, der sich berufen fühlte, der Sache der deutschen Freiheit sein Leben zum Opfer zu bringen. Von jeher zu Einsamkeit und Schwärmerei geneigt, hatte er stets in seinem Wesen etwas Auffallendes und Übertriebenes an den Tag gelegt. Von hoher Sittenreinheit, aber unklaren und beschränkten Geistes, hatte er den Gedanken, es müsse etwas Außerordentliches geschehen, in sich zu einer Art von stillem Wahnsinn genährt und gesteigert, und sein entschlossener, furchtloser Wille schritt zur That. Als die hassenswürdigste Persönlichkeit, als der eigentliche Verräter der deutschen Freiheit erschien ihm Kotzebue: er sollte fallen.

Ohne von seinem Plane etwas merken zu lassen, reiste er von Jena nach Mannheim, wohin Kotzebue übergesiedelt war. Am 23. März 1819, um elf Uhr morgens, ließ sich Sand in Kotzebues Wohnung melden und ward auf den Abend zwischen 4 und 5 Uhr wiederbestellt. Er fand sich zur bestimmten Zeit ein und ward in ein Zimmer geführt, in das Kotzebue bald nachher eintrat. Sofort brachte ihm Sand mit den Worten: „Hier, Verräter des Vaterlandes!“ mehrere Dolchstiche bei, die nach einem kurzen Hülferufe alsbald den Tod des Opfers zur Folge hatten. Während die Familie des Gemordeten herbeistürzte, stieß der Mörder, die Treppe hinuntereilend, sich selbst den Dolch in die Brust, rief dann, auf der Straße angelangt: „Hoch lebe mein deutsches Vaterland!“ kniete nieder und stieß sich mit den Worten: „Ich danke dir, Gott, für diesen Sieg!“ zum zweiten Mal das Messer in die Brust. Von der herbeieilenden Wache wurde

er bewußtlos in ein Krankenhaus, dann in ein Gefängnis gebracht, wo er von seinen Wunden genas und einer strengen gerichtlichen Untersuchung unterworfen ward. So sehr man auch darauf ausging, einer angeblich weit verzweigten Verschwörung oder geheimen Vehme auf die Spur zu kommen*), so konnte man doch keine Mitwisser oder Mitschuldige entdecken, weil Sand keine solchen hatte. Dieser Unglückliche, der, ohne zur Erkenntnis seines Frevels zu kommen, bis zum letzten Augenblick für seine That begeistert blieb, in dem Wahne, Deutschland einen Dienst geleistet zu haben, wurde am 20. Mai 1820 zu Mannheim mit dem Schwerte hingerichtet.

Sands That hatte auf die Gemüter in Deutschland einen ungeheueren Eindruck gemacht, aber über die Verwerflichkeit seiner Handlung herrschte nur eine Stimme, und nur ein kleines Häuflein der Bevölkerung, die verblendete Jugend und die krankhaft überspannten Köpfe, suchten das Mittel durch den Zweck zu rechtfertigen. Auch in politischer Hinsicht war seine That ein Mißgriff. Einmal war Kotzebue keine so hohe Persönlichkeit, daß auf ihm Deutschlands Wohl oder Wehe beruht hätte, andrerseits rief dessen Ermordung, weit entfernt, die Reaktion niederzuwerfen, diese erst im vollsten Maße hervor.

An der Spitze der Reaktion stand Fürst Clemens Wenzel Lothar Metternich-Winneburg, Östreichs berühmtester Staatsmann im 19. Jahrhundert, zugleich der einflußreichste Lenker der europäischen Politik, der von 1809 bis zum März 1848 das auswärtige Ministerium leitete und 1821 auch die Würde eines Staatskanzlers erhielt. Ohne wahre staatsmännische Weisheit, frivolem Lebensgenusse und leichtfertigen Liebeshändeln ergeben, hielt er das Steuer Europas in Händen und regierte nicht nur den bunt zusammengewürfelten Kaiserstaat, sondern auch Deutschland nach den Grundsätzen seiner beschränkten Staatskunst. Bei großer Gewandtheit in mündlicher und schriftlicher Darstellung war seine

*) Bald nach Sands That machte ein junger Apotheker, namens Löhning, am 1. Juli 1819 einen erfolglosen Mordanfall auf den Staatsrat von Ibell, den Vorkämpfer der Reaktion in Nassau, und ermordete sich hierauf selbst. Dieser Fall mußte die Besorgnis vor einer geheimen Verschwörung noch steigern.

staatsmännische Befähigung gering und beruhte lediglich auf dem Grundsatze des starren Festhaltens am Alten und Hergebrachten, auf dem Gesetze des Stillstandes und der Trägheit, also auf dem Streben, jeden nationalen Aufschwung niederzuhalten. Das Volk, dem er jede Teilnahme an der Staatsverwaltung absprach, war in seinen Augen nur eine steuerzahlende Masse, über dessen Leben, Hab' und Gut die Fürsten frei schalten und walten durften.*) Er war der eigentliche Wortführer des heiligen Bundes und der Schiedsrichter über die Schicksale der Völker. Preußen gegenüber ging sein Bestreben dahin, diesen Staat von der Höhe politischer Bedeutung, die er durch die Freiheitskriege erstiegen, wieder herabzudrücken, und dazu schien der rechte Zeitpunkt ebensowohl gekommen zu sein, wie zur Niederhaltung der nationalen Bewegung in Deutschland.

Kotzebues Ermordung durch Sand gab dem Fürsten Metternich Gelegenheit, dem König Friedrich Wilhelm III. von Preußen fortwährend das Schreckbild einer deutschen Revolution vor Augen zu halten und diesen Monarchen mit der Besorgnis vor einer im Stillen schleichenden Macht des revolutionären Geistes zu erfüllen. Von Erteilung einer Verfassung in Preußen war nun keine Rede mehr; der König behielt zwar Wilhelm von Humboldt und Boien, der am Verfassungswerke gearbeitet, unter seinen Räten, wollte aber erst ruhigere Zeiten abwarten, und Hardenberg, der früher Steins patriotische und liberale Politik befolgt, schlug sich jetzt eben so leicht auf die andere Seite. Der König gab sich nun unbedingt den Ideeen Metternichs hin, und Preußen schloß sich allen politischen Maßregeln Östreichs an. Da in dem erstarrten östreichischen Kaiserstaat niemand zu belästigen war, so gewann Metternich, indem er bei der Verfolgung der „Demagogen" Preußen in den Vordergrund schob, noch den besonderen Vorteil, die öffentliche Meinung gegen diesen Staat, auf dem bis dahin die deutschen Hoffnungen beruht, zu verbittern und sein politisches Ansehen zu schwächen.

*) Er hatte sich zuletzt durch sein System so verhaßt gemacht, daß ein März-Minister im Jahre 1848 unter allgemeinem Beifall ausrufen konnte: „Die ganze Schmach der letzten Jahrzehnte fasse ich in dem einen Namen Metternich zusammen!"

Nun wurden im Jahre 1819 die preußischen Turnplätze geschlossen, ihr Gründer, Jahn, verhaftet, ebenso andere Professoren, wie auch Studierende, und ihre Papiere mit Beschlag belegt. In Berlin wurde gegen die „demagogischen Umtriebe", wie man sich ausdrückte, eine Untersuchungs-Kommission eingesetzt, an deren Spitze der Minister des königlichen Hauses, Fürst Wittgenstein, und Geheimrat Kamptz standen, der jetzt ein eifriger Verfolger seiner politischen Gegner wurde.

Doch Metternich ging noch weiter. Am 6. August 1819 wurde unter seinem Vorsitze ein Minister-Kongreß in Karlsbad eröffnet,*) dessen Beschlüsse auf folgende drei Punkte hinausliefen: Die Presse wird für Druckschriften unter 20 Bogen durch die Censur beschränkt, in Mainz eine Central-Untersuchungs-Kommission zur Bestrafung demagogischer Umtriebe eingesetzt, die Burschenschaften und Turnanstalten werden verboten und die Universitäten unter die Aufsicht von Regierungs-Bevollmächtigten gestellt. Gern hätte Metternich damals auch die Verfassungen der Mittelstaaten beseitigt, aber die Regenten derselben sahen in diesen von Anfang an ein Mittel, in der öffentlichen Meinung und bei ihren Völkern als populär zu erscheinen, und waren nicht geneigt, sie aufzuheben.

Die Karlsbader Beschlüsse konnten erst durch die Zustimmung der Bundesversammlung zur allgemeinen Geltung gelangen. Diese, die bis dahin kein Lebenszeichen von sich gegeben hatte, bestätigte dieselben nicht nur in ihrer Sitzung vom 20. September 1819, sondern legte sich auch das Recht bei, die Einzelstaaten zur Vollziehung ihrer Beschlüsse nötigenfalls mit Waffengewalt zwingen zu können.

Bald traten die Wirkungen der Karlsbader Beschlüsse ins Leben. Die Mainzer Untersuchungs-Kommission verfügte viele Verhaftungen, ihre Akten türmten sich zu Bergen auf, aber von einer Verschwörung war nichts zu entdecken, weil es eben keine gab. Äußerungen der Mißstimmung von

*) Das Protokoll führte der gewandte und talentvolle, aber genußsüchtige und frivole Hofrat von Gentz, der über des eigenen Systems Unhaltbarkeit die berüchtigten Worte aussprach: „Mich und den Metternich hält es noch aus!" wie denn auch Metternich selbst geäußert haben soll: „Après nous le déluge!"

jungen, überspannten Leuten in Briefen, Reden und Gedichten war alles, was man fand. Die verdächtigen Professoren wurden außer Dienst gesetzt; so der alte Patriot E. M. Arndt in Bonn, Fries in Jena. Oken sollte seine Zeitschrift „Isis" unterdrücken, zog es aber vor, mit ihr nach der Schweiz zu wandern. Görres erließ im Jahre 1819 eine flammende Flugschrift: „Deutschland und die Revolution," worin er die deutschen Fürsten warnte, durch ihr Verfahren nicht die wirkliche Revolution heraufzubeschwören. Seine Prophetenstimme, damals verlacht, ging dreißig Jahre später in Erfüllung. Görres entging dem gegen ihn erlassenen Verhaftsbefehl durch die Flucht nach der Schweiz.

Die Beschlüsse von Karlsbad erschienen dem Fürsten Metternich noch nicht ausreichend, den Geist der Demagogie vollends auszurotten. Am 25. November 1819 trat in Wien abermals ein Minister-Kongreß unter seinem Vorsitz zusammen, dessen Thätigkeit darauf ausging, in den Verfassungen der süddeutschen Staaten alle Elemente einer wirklichen Volksvertretung zu verbannen und sie zu bloßen Landständen herabzudrücken, indem Metternich die Ansicht aufstellte, daß, da die deutschen Staaten, mit Ausnahme der Reichsstädte, Monarchieen seien, die allgemeine und volle Regierungsgewalt in der Person des Souveräns vereinigt sein müßte. In diesem Geiste wurde eine Reihe von Bestimmungen entworfen, die unter dem Namen der Wiener Schlußakte am 16. Mai 1820 von den Bevollmächtigten der einzelnen Staaten unterzeichnet und am 8. Juni von der Bundesversammlung in gleicher Weise, wie die Bundesakte, als deutsches Grundgesetz bestätigt wurde.

In Preußen beschränkte man sich nur auf Einführung beratender Provinzialstände, die durch königliches Patent vom 5. Juni 1823 ins Leben traten. Dennoch wurde Preußen weniger als andere Staaten von der politischen Aufregung der Zeit berührt, da Friedrich Wilhelm III. durch seine edle Persönlichkeit die Liebe und Verehrung seines Volkes in vollem Maße besaß und eine treffliche Verwaltung von seiner landesväterlichen Fürsorge glänzendes Zeugnis ablegte. Auch schuf die allgemeine Wehrpflicht, die alle Unterthanen vom Höchsten bis zum Niedrigsten zu der würdigsten aller Pflichten vereinigt, dem Staate mit Blut und Leben zu dienen, all-

mählich eine echt volkstümliche Grundlage, indem sie ein Soldatenheer aufstellte, das zugleich ein Bürgerheer war, und die Bestrebungen für Handelsfreiheit, infolge derer zuerst die Wasser- und Binnenzölle innerhalb der preußischen Staaten beseitigt wurden (Juli 1816), dann im Mai 1818 ein neues Zollgesetz zustande kam, das sich durch einfachen übersichtlichen Tarif auszeichnete, endlich durch Vertrag vom 21. Juni 1821 zu Dresden die Elbuferstaaten sich für Aufhebung aller Zölle auf der Elbe aussprachen, legten den Grund zu einem deutschen Zollverein und damit zu einer kommerziellen, wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, die das sicherste Unterpfand dereinstiger politischer Einheit in sich trug. Die Verkehrsmittel wurden bedeutend verbessert, wie denn die Länge der preußischen Chausseeen in den Jahren 1817 bis 1828 bei einem Aufwande von 22 Millionen Thalern mehr als verdoppelt wurden. Anfangs war man über Preußens Vorgehen, in dem man eine Vergewaltigung Norddeutschlands sah, erbittert, aber bis zum Jahre 1828 hatten sich schon einige der kleinen und kleinsten Staaten an Preußen angeschlossen. Im übrigen Deutschland dagegen wurde durch die reaktionären Beschlüsse der Großstaaten das politische Parteiwesen, zumal da gleichzeitig auch religiöse Gegensätze sich regten, nur um so schärfer entwickelt. Durch das ganze Leben der Nation zog sich fortan eine gewisse Spaltung, unter der eine gleichmäßig fortschreitende Entwickelung des Staatslebens nicht gedeihen konnte.

II.

Spanien und seine Kolonieen in Amerika.

Zu einer Zeit, wo Spanien noch unter dem Joche napoleonischer Herrschaft schmachtete, hatten die Cortes von Cadix im März 1812 eine Verfassung entworfen, welche den König Ferdinand VII., der damals noch in französischer Gefangenschaft gehalten wurde, mancher Rechte beraubte und die königliche Gewalt überhaupt bedeutend be-

schränkte. Der Adel verlor seine Vorrechte, die Inquisition wurde abgeschafft, die Zahl der Klöster vermindert und ein Teil der geistlichen Güter als Nationalgut eingezogen. Die Cortes, welche der König weder auflösen noch vertagen konnte, bildeten eine Kammer und waren die eigentlichen Träger der politischen Gewalt; ein dreimaliger Beschluß derselben hatte auch ohne königliche Genehmigung Gesetzeskraft. Die Cortes bestimmten die Stärke der Land- und Seemacht, sowie die Höhe der Steuern; sie hatten das Recht, Gesetze vorzuschlagen und anzunehmen, und ohne ihre Genehmigung hatte kein königlicher Beschluß in bezug auf auswärtige Angelegenheiten Gültigkeit. Diese Verfassung von 1812, die Preßfreiheit und öffentliche Verhandlungen gestattete, war das Banner, um welches sich der gebildete Mittelstand und ein großer Teil des Heeres scharte, während Adel und Geistlichkeit als deren entschiedene Gegner auftraten und die Masse des Volkes sich gleichgültig und teilnahmlos verhielt.

Als nun Ferdinand VII., ein Fürst ohne höhere Würde und Staatsweisheit, grausam, treulos und feig, seiner Haft entlassen wurde, weigerte er sich entschieden, die Verfassung von 1812 zu beschwören, und erklärte von Valencia aus am 4. Mai 1814 deren Aufhebung, wobei er von dem unwissenden Volke, der Geistlichkeit und einem Teil des Heeres unter Elio unterstützt wurde. In der Nacht vor dem Einzug des Königs in seine Hauptstadt wurden etliche dreißig der angesehensten Männer der liberalen Partei in ihren Häusern überfallen und in schmutzige Kerker geworfen, um, wie die fanatische Presse verkündigte, darin zu verfaulen. Am 13. Mai zog dann der König in seine Hauptstadt Madrid ein, wo ihn der Pöbel unter dem begeisterten Zurufe: „Es lebe der unumschränkte König!“ mit freudigem Jubel begrüßte.*) Die Steuerfreiheit des Adels und der Geistlichkeit wurde wieder hergestellt, die Inquisition und Folter wieder eingeführt, die Jesuiten wurden zurückberufen und den Klöstern ihre früheren Gerechtsame und Besitzungen zurückgegeben. Zwar hatte der König das Versprechen erteilt, die alten Cortes zu berufen und eine freisinnige Verfassung zu geben,

*) Als der König zu einem seiner Begleiter sagte: „Siehst du, wie das Volk mir zujauchzt? wie die Taschentücher aus allen Fenstern flattern?“ gab dieser die feine Antwort: „Ja, aber wenige von Batist.“

aber ohne sich an dieses Versprechen zu binden, ließ er jetzt eine scheußliche Verfolgung der Liberalen durch das ganze Land ergehen, vor der nichts als servile Gesinnung schützen konnte. Die Anhänger der Cortes-Verfassung, die Josephinos, d. h. diejenigen, welche zur Zeit der Franzosenherrschaft Ämter bekleidet, sogar die Freiheitskämpfer, die einst, wie die Generale O'Donnoju, Alava, Calvo di Rosa für Ferdinand VII. gefochten hatten, ganz besonders aber die Freimaurer, mußten in den scheußlichen Kerkern der Inquisition schmachten. Bis zum Juli 1814 zählte man schon 50 000 Verhaftete. Bei den Untersuchungen wandte man die ärgsten Folterqualen an, um von den politisch Verdächtigen Geständnisse zu erpressen, und Hinrichtungen durch Beil, Strang, Pulver und Blei waren so häufig, daß die Henker erlahmten und man zu massenhaften Abschlachtungen schritt. Auf diese Weise wußten der König und seine Umgebung, die von den Gegnern Camarilla genannt wurde, und zum Teil aus Männern der niedrigsten Herkunft und der geringsten Bildung bestand, ihre Rache zu befriedigen. Tausende verließen ihr Vaterland, um in England oder Frankreich Schutz zu suchen. Die Finanzen gerieten in heillose Verwirrung, die Flotte lag abgetakelt und unbrauchbar in den Häfen, das Heer war ohne Sold, und barfüßige und zerlumpte Offiziere bettelten oft verschämt die Vorübergehenden um Almosen an. Landbau und Gewerbe sanken immer mehr, und Räuberbanden trieben frech ihr Wesen. Die Mißstimmung im Heere war allgemein, und Ferdinand suchte sie dadurch zu dämpfen, daß er die unruhigsten Regimenter nach Amerika übersetzen ließ, dessen abgefallene Kolonieen er wieder unterwerfen wollte.

Im Jahre 1819 sollte ein Heer von Cadix nach Amerika abgehen. Die Abreise verzögerte sich von Tag zu Tag: da erhob am 1. Januar 1820 der Obrist Rafael Riego die Fahne der Empörung und rief unter dem Jubel seiner Soldaten die Verfassung von 1812 aus.*) Der Obrist Quiroga, der ein Jahr vorher bei einem Aufstande gefangen, aber

*) In die Zeit von 1814 bis 1819 fallen überhaupt neun Erhebungsversuche, die aber leicht und meist mit blutiger Strenge unterdrückt wurden. So wurde Obrist Vidal durch Elio mit zwölf seiner Mitverschworenen hingerichtet (1818), General Lacy war aus gleichem Grunde 1817 erschossen.

seiner Haft entflohen war, stieß mit seinem Regimente zu ihm, andere Regimenter folgten und die meisten Städte erklärten sich für die Verfassung, aber die Besetzung der Stadt Cadix scheiterte an der Entschlossenheit des königlichen Befehlshabers. Während sich Riego in die Schluchten der Sierra Morena werfen mußte, hatte seine Erhebung ganz Spanien durchzuckt; General Mina kam aus Frankreich nach Navarra zurück, in Katalonien und Aragonien erhob sich der Aufstand, und der bisher zweideutige Graf Abisbal vereinigte sich in Ocanna (bei Aranjuez) mit seinem Bruder O'Donnel, gewann dessen Regiment nebst anderen, und erteilte sich den Titel eines Oberbefehlshabers des Nationalheeres.

Unter solchen Umständen sah sich Ferdinand durch eine in Madrid ausgebrochene Empörung genötigt, am 7. März die Cortes-Verfassung anzunehmen. Der Volkswut fielen nur wenige Opfer; der Wüterich Elio wurde in Valencia erdrosselt. An die Stelle der früheren traten liberale Minister; der König beschwor die Verfassung: die Gefangenen wurden entlassen, Preßfreiheit eingeführt, Inquisition und Folter abgeschafft, die Jesuiten verwiesen, die Klöster aufgehoben und Adel und Geistlichkeit von neuem besteuert.

Wenn auch anfangs im ganzen Lande Jubel über die Wiederherstellung der Verfassung herrschte, so war doch keineswegs eine dauernde Ruhe eingekehrt. Die Aufhebung der Klöster und Einziehung der Kirchengüter, sowie die Verbannung der den Verfassungseid weigernden Priester erregte beim Landvolke die größte Unzufriedenheit, während sich Adel und Geistlichkeit in ihren Interessen verletzt fühlten, und die Cortes dem König auch nicht die geringste Erweiterung seiner allzu eingeschränkten Königsgewalt gestatteten. Das ganze Land zerfiel in Absolutisten oder Servile und in Liberale oder Konstitutionelle, von welchen die Extremsten die Communeros oder Exaltados (Überspannten) mit ihren jakobinischen Grundsätzen, die Freimaurer und Descamisados (Ohnehemden) waren, die alle in ihren geheimen Klubs durch Mißbrauch der Presse, Aufhetzung des Pöbels und Einschüchterung der Gegner das Land gewaltig unterwühlten und in steter Aufregung erhielten. Eine sogenannte apostolische Junta (Regierung) und neue Guerillas traten auf zur Verteidigung der unumschränkten Königsgewalt und der Religion, Mönche

und Weltpriester an ihrer Spitze, und vereinigten sich zuletzt zu einem großen Glaubensheere, das dem sogenannten Nationalheere unter Mina gegenüberstand. Der Bürgerkrieg begann in ganz Spanien zu wüten. Im offenen Felde behauptete sich Mina, aber das Glaubensheer, an einem Orte geschlagen, löste sich nur auf, um an einem anderen desto mächtiger wieder aufzustehen, bis es endlich dem General Mina gelang, dasselbe in Catalonien völlig zu sprengen und seine Trümmer nach Frankreich zu jagen. Ein Aufstand der Garden, den unumschränkten Thron wieder herzustellen (7. Juli 1822), mißlang durch deren Besiegung, und der König mußte wie ein Gefangener auf dem Balkon erscheinen und mit gezwungenem Lächeln die Nationaltruppen begrüßen, die seine Garden niedergemacht hatten.

Die Zustände Spaniens hatten schon längst die Aufmerksamkeit der übrigen Mächte auf sich gezogen. Der im Oktober 1822 zu Verona eröffnete Kongreß erließ an die spanischen Cortes die Aufforderung, die Verfassung in einem mehr monarchischen Sinne umzuändern und dem Könige größere Gewalt einzuräumen, widrigenfalls er mit bewaffnetem Einschreiten drohte. Diese Aufforderung hatte keinen Erfolg; im Gegenteil wurde Ferdinand immer strenger als Gefangener behandelt, und der spanische Minister San Miguel wies jede fremde Einmischung zurück. Endlich schloß sich auch Frankreich den drei Mächten, Rußland, Östreich und Preußen an, und 100 000 Mann Franzosen überschritten am 7. April 1823 den Grenzfluß Bidassoa, um, wie Ludwig XVIII. erklärte, den spanischen Thron einem Enkel Heinrichs IV. zu erhalten. An ihrer Spitze stand der Herzog von Angoulême, dem Generale aus Napoleons Schule beigegeben waren.

Doch waren sich die liberalen Minister ihrer schlimmen Lage bewußt. Da das Heer in kläglicher Verfassung, die Finanzen erschöpft waren, so beschlossen die Cortes, gegen den eindringenden Feind einen Guerillakrieg zu führen, gaben Madrid auf und verlegten die Regierung nach Sevilla, wohin sie den König allem Widerstreben zum Trotz zu folgen zwangen. Aber die Masse des Volkes verhielt sich gleichgültig gegen die Cortes und war noch eher durch die Geistlichkeit für die Franzosen gewonnen, die in dem geldarmen Lande alle Lieferungen wohl bezahlten und auch Bestechungen der Führer

und Soldaten nicht verschmähten. Fast ohne Schwertstreich rückte das französische Heer in Begleitung einer spanischen absolutistischen Junta, über Saragossa, das einst Napoleons Kriegern den heldenmütigsten Widerstand geleistet hatte, bis Madrid vor, in welches der Herzog von Angoulème am 24. Mai seinen feierlichen Einzug hielt. Er setzte alsbald eine Regentschaft ein, an deren Spitze der Herzog von Infantado stand, um bis zur Befreiung des Königs das Land in absolutistischer Weise zu regieren. Infantado umgab sich mit einem Ministerium aus Anhängern des alten Königtums, und nun erfolgten Verhaftungen der Konstitutionellen und Gütereinziehungen, während der Pöbel seinen Widerwillen gegen die Verfassung und sein Wohlgefallen an einem Umschwung der Dinge durch Plünderung der Häuser der Konstitutionellen und Mißhandlung derselben in rohester Weise an den Tag legte. Die Franzosen zogen gegen Sevilla, von wo sich die Cortes bei Annäherung des Feindes nach Cadix begaben und den König gewaltsam mit sich führten. Aber schon am 23. Juni standen die Franzosen vor Cadix, während sich in den nördlichen Gegenden die Generale Morillo und Ballesteros den Franzosen bereits ergeben hatten. Bald begann zu Wasser und zu Lande der Sturm auf die Stadt, deren Besatzung nur 12 000 Mann ausmachte, und deren Befestigungswerke und Flotte sich in schlechtem Zustande befanden. Am 31. August wurde der Trocadero, eine Landzunge, welche den Zugang zu dem inneren Hafen beherrscht, mit Sturm genommen. Als nun auch (Septbr.) das Fort San Petri und die Insel Leon erobert wurden, und der Herzog von Angoulème, alle Unterhandlungen der Cortes ablehnend, auf unbedingter Ergebung bestand: da drang die Bevölkerung, Bürger und Soldaten, auf Übergabe. Nun blieb den Cortes nichts übrig, als sich aufzulösen und den König freizugeben. Am 1. Oktober begab sich letzterer ins französische Lager. Mit der Einnahme von Cadix war der Widerstand der Konstitutionellen in Spanien gebrochen, und nur Mina kämpfte gegen die Franzosen in einem blutigen Guerillakriege, bis er am 1. November einen Vertrag schloß, der Freiheit und Eigentum seiner Streiter sicherte. Er selbst ging nach England, wohin sich viele schon vor der Eroberung von Cadix geflüchtet hatten.

Nun begann eine Zeit des Schreckens. Gegen alle Anhänger der Konstitution erging die wütendste Verfolgung, und Tausende von Konstitutionellen wanderten in die Gefängnisse und aufs Schafott. Unter den zahlreichen Opfern war auch Riego. Er hatte nach Katalonien zu entkommen gesucht, war aber, auf der Flucht verraten und gefangen, unter argen Mißhandlungen nach Madrid geschickt worden, wo er erst in einem scheußlichen Kerker schmachtete und am 7. November nach kriegsrechtlichem Spruche hingerichtet wurde. Ferdinand erließ eine Proklamation, in der er alle seit März 1820 unter der konstitutionellen Regierung erlassene Verordnungen und Gesetze für ungültig erklärte. Dagegen bestätigte er alle Blutbefehle der reaktionären Regierung in einer Weise, daß ihm selbst der Herzog von Angoulême seine Mißbilligung darüber offen zu erkennen gab, ehe er nach Frankreich zurückkehrte, wo er am 2. Dezember in Paris einen prachtvollen Einzug hielt. Doch blieb noch ein großer Teil der französischen Truppen auf längere Zeit in Spanien zurück.

So blutgierig aber auch die Verfolgung war, die Ferdinand „im Namen des Thrones und des Altars“ über alle Konstitutionellen verhängte, so ging er darin doch der apostolischen Junta und ihrem Anhange noch lange nicht weit genug. Sie beabsichtigte daher, Ferdinands Bruder, Don Carlos, auf den Thron zu erheben, und in der That wurde dieser im Jahre 1827 in Katalonien unter dem Rufe: „Es lebe Don Carlos! Es leben die Mönche und die heilige Inquisition!“ zum Könige ausgerufen. Das königliche Heer wurde geschlagen, doch wußte Ferdinand den Aufstand zu dämpfen. Gleichwohl beruhte die Hoffnung der Apostolischen auf Don Carlos, dem bei der Kinderlosigkeit des Königs der Thron gesichert schien. Da starb im Mai 1829 des Königs dritte Gemahlin, und noch im Dezember desselben Jahres vermählte sich der sechsundvierzigjährige Ferdinand zum vierten Male, und zwar mit Marie Christine, der blühenden und lebenslustigen, aber auch ränkesüchtigen Tochter des Königs Franz von Neapel. Teils aus Liebe zu ihr, teils aus Abneigung gegen seinen Bruder hob er im März 1830 das seit 1713 in Spanien für die Erbfolge bestehende salische Gesetz, das die Frauen vom Throne ausschließt, durch die pragmatische Sanktion auf

und stellte die weibliche Thronfolge wieder her. Durch diese Anordnung verloren des Königs Brüder und deren Söhne alle Aussicht auf den Thron, da Christine am 10. Okt. 1830 eine Tochter, Isabella, gebar, deren Thronfolge am 10. Juni 1833 feierlich anerkannt wurde. Don Carlos und seine Partei, die Apostolischen und Absolutisten, bestritten feierlich die Gültigkeit der pragmatischen Sanktion; als aber Ferdinand am 29. September 1833 starb, folgte die dreijährige Isabella II. unter der Regentschaft und Vormundschaft ihrer Mutter Christine auf dem Thron. Nun entbrannte ein Bürgerkrieg, der sowohl von den Anhängern Don Carlos, den Carlisten, als denen der Regentin, den Christinos, mit der größten Wut geführt wurde und den Wohlstand des Landes vollends zu Grunde richtete.

In die Zeit von Ferdinands Regierung fällt auch der Abfall der spanischen Kolonieen in Amerika vom Mutterlande. Das spanische Amerika zerfiel in vier Vizekönigreiche: Mexiko oder Neuspanien, Neugranada, Buenos-Ayres oder Rio de la Plata und Peru, und in fünf Generalkapitanate: Guatemala, Venezuela, Chile, Havanna oder Cuba und Portorico. Diese Kolonieen dienten dem spanischen Mutterlande nur als Absatzplätze. Sie durften daher nur spanische Waren gegen hohe Zölle einführen, ihre Erzeugnisse nur in Spanien verkaufen und die Produkte nicht anbauen, an denen das Mutterland Überfluß hatte. Zu dieser Unselbständigkeit des Handels der Kolonieen gesellte sich auch die politische; der König von Spanien besetzte alle Staats- und Kirchenämter, und zwar nur mit Spaniern, die im Mutterlande geboren waren, da die in den Kolonieen geborenen Kreolen davon ausgeschlossen waren. Die Vicekönige und Generalkapitane übten in den amerikanischen Landen den ärgsten Despotismus und die scheußlichsten Erpressungen aus, so daß sich hier alle bösen Leidenschaften der südlichen Natur in entsetzlicher Weise entwickelten. Der Abfall Nordamerikas von England, der von Frankreich und sogar von Spanien selbst unterstützt wurde, sowie die Verbreitung der Lehren der französischen Republikaner von der natürlichen Freiheit und Gleichheit der Menschen mußte bei der schon herrschenden Mißstimmung das Streben nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit in den Kolonieen zum Ausbruch bringen. Die Gelegenheit dazu kam, als

Napoleon die königliche Familie vertrieben hatte. Seine Aufforderung, sich der Regierung seines Bruders Joseph zu unterwerfen, wurde zurückgewiesen, aber auch ihre Bitte an die Cortes in Cadix, welche eine Gesamtverfassung für die spanische Monarchie entworfen, um rechtliche Gleichstellung mit dem Mutterlande wurde zurückgewiesen. Darauf erklärten sie sich für unabhängig, und als Ferdinand VII. sie nach seiner Rückkehr unter das alte Joch beugen wollte, begann ein Krieg, der von beiden Seiten mit scheußlicher Grausamkeit geführt wurde und mit der Unabhängkeit der Kolonieen endete.

In Mexiko hatten schon im Jahre 1810 der Priester Hidalgo und andere Führer den Aufstand erhoben, aber ihre ungeordneten Scharen wurden leicht zersprengt, und die Urheber der Erhebung büßten mit dem Leben. Da rief im Jahre 1821 Iturbide, angeblich ein Sprößling des alten mexikanischen Kaiserhauses, seine Landsleute unter Zustimmung der Truppen zum Kampfe für die spanische Verfassung auf und wurde, da Ferdinand VII. die konstitutionelle Kaiserkrone ablehnte, im folgenden Jahre (1822) als Kaiser Augustin I. ausgerufen. Aber eine republikanische Partei unter General Santa Anna rief zu Vera Cruz die Republik aus und nötigte Iturbide zur Abdankung (1823). Dieser flüchtete nach Europa, kehrte zwar zurück, mußte aber seinen Versuch, den Thron wieder zu besteigen, mit dem Leben bezahlen (Oktober 1824). — Auch Guatemala machte sich 1821 unabhängig und bildete die Republik der vereinigten Staaten von Mittelamerika. — Die La Plataſtaaten verbanden sich seit 1816 zu einem Föderativstaate, der argentinischen Republik, und Montevideo, lange ein Zankapfel zwischen dieser und Brasilien, nahm 1830 den Namen einer östlichen Republik des Uruguay an. — Der ehemalige Jesuitenstaat Paraguay erklärte sich 1811 für unabhängig und übertrug (1812) dem Advokaten Dr. Francia als Diktator die Regierung, der sich in dieser Würde bis zu seinem Tode (1840) behauptete. — Chile, das sich schon 1810 aufgelehnt hatte, fiel 1814 unter spanische Herrschaft zurück und wurde für seinen Abfall schwer gezüchtigt. General San Martin unterstützte, indem er von den La Plataſtaaten aus die Anden überstieg, einen neuen Aufstand, und 1818 erklärte sich das Land zur Republik. — Columbia verdankt seine Freiheit der Thätigkeit

des reichen Kreolen Simon Bolivar, der deshalb den Titel eines Befreiers (libertador) erhielt. Venezuela riß sich 1811 vom Mutterlande los, kehrte aber schon 1812 unter dessen Herrschaft zurück, da die Priester ein furchtbares Erdbeben, das die Hauptstadt Caraccas fast gänzlich zerstörte und in Valencia 20000 Menschen, die an den Hochaltären knieten, unter den Trümmern der Kirchen begrub, als ein Strafgericht des Himmels darstellten. Aber der Druck der Spanier rief eine neue Erhebung hervor, als Bolivar die Fahne der Unabhängigkeit erhob und von Neu-Granada aus mit seinen Genossen in Venezuela einfiel. Nach einer Reihe kriegerischer Ereignisse kam 1819 die Vereinigung Venezuelas und Neu-Granadas zustande, zu denen 1822 noch Ecuador kam, welche drei nun die Republik Columbia bildeten. Bolivar verwaltete dieselbe bis an seinen Tod (1830) mit lobenswerter Uneigennützigkeit. Nach seinem Tode löste sich die Republik wieder in ihre drei Bestandteile auf, die sich aber 1832 wieder zu einer Union vereinigten. Lange dauerten die Kämpfe in Peru, und erst als Bolivar zum Schutze herbeikam, nahm die Sache durch den Sieg seines treuen Anhängers, des Generals Sucre, bei Ayacucho, eine günstige Wendung (1824). Der Boden von Peru war hiermit von Spaniern befreit. Ober-Peru nahm Bolivar zu Ehren den Namen Bolivia an. — Auf der Insel Haiti riefen die Neger den General Dessalines, einen Neger, als Jakob I. zum Kaiser aus (1804). Dieser wurde jedoch schon 1806 ermordet, und die Insel zerfiel nun in eine Negerrepublik unter Heinrich Christoph, und in eine Mulattenrepublik unter Pétion. Nach Heinrichs Tode wurde Pétions Nachfolger Präsident der ganzen Republik Haiti, die von allen Regierungen, im Jahr 1825 auch von Frankreich anerkannt wurde, nachdem dieses seinen ehemaligen Pflanzern Entschädigungen und seinen Schiffen einen günstigen Handelsvertrag ausgewirkt hatte.

III.
Portugal und Brasilien.

Der Sturz Napoleons hatte auch Portugal von französischer Herrschaft befreit. Nach dem Tode seiner wahnsinnigen Mutter Marie (1816) bestieg Johann VI. den Thron von Portugal und Brasilien. Das königliche Haus Braganza war 1807, als die Franzosen das Land besetzten, nach Brasilien geflohen. Während Heer und Volk dringend wünschten, daß der König mit dem Hofe nun wieder nach Portugal übersiedeln und von Lissabon aus Brasilien als Kolonie regiere, blieb Johann doch in dem letzteren und forderte sogar die Vornehmsten vom Adel und von den Kaufleuten zur Auswanderung nach Brasilien auf, indem er die Regierung des Mutterlandes dem englischen Lord Beresford überließ, der, obgleich eine Regentschaft bestand, alle Macht in Händen hatte. Es konnte daher nicht fehlen, daß die Verwaltung im englischen Interesse geführt wurde; das Heer murrte über den vorwiegenden Einfluß der Engländer, das Volk über drückende Steuern, über den Verfall des Handels und die großen Geldsummen, die nach Brasilien gingen, da die Portugiesen gezwungen waren, ihre Kolonialwaren von Brasilien zu kaufen, während die Brasilianer ihre Fabrikwaren kauften, wo sie wollten. Wenn auch die Aufhebung der Inquisition und die Verbannung der Jesuiten öffentliche Anerkennung fanden, so stieg doch die Unzufriedenheit des Volks, das seinen Handel zu Grunde gehen, und die Mißstimmung des Heeres, das sich durch die Fremdlinge zurückgesetzt sah, immer höher, und die Art und Weise, wie Beresford die Portugiesen behandelte, mußte das Nationalgefühl verletzen. Schon im Jahre 1817 versuchte daher der wackere General Freyre die Herrschaft der Engländer zu brechen, büßte aber seine Verschwörung nebst elf Genossen mit dem Leben.

Während der Haß gegen Beresford im Stillen fortglühte, und die spanische Revolution ihren Rückschlag auf Portugal äußerte, unternahm Beresford eine Reise nach Brasilien, um über die zu treffenden Maßregeln persönlich mit König Johann zu unterhandeln. Da erhob in seiner Abwesenheit (August 1820) Oberst Sepulveda, Portugals

Quiroga genannt, zu Oporto die Fahne der Empörung. Unter dem Rufe: „Es lebe König Johann VI. und die Verfassung!“ wurde eine provisorische Regierung (Junta) eingesetzt und die Cortes einberufen, um nach dem Muster der spanischen eine neue Verfassung zu entwerfen. Als Beresford zurückkam, wollte er zwar Gewalt brauchen, wurde aber zur Rückkehr nach England genötigt.

König Johann fand sich leicht in die neuen Verhältnisse und versprach nach Portugal zurückzukommen. Aber die revolutionäre Bewegung hatte sich auch dem entfernten Brasilien mitgeteilt. Auch hier verlangte man die portugiesische Cortesverfassung, und selbst des Königs Sohn, der ehrgeizige und nach Selbständigkeit strebende Don Pedro, begünstigte die Neuerung. Der schwache König sah sich genötigt, ihn als Vicekönig in Brasilien zurückzulassen, und erschien im Juli 1821 in Portugal, wo er die Verfassung bestätigte. Brasilien riß sich im folgenden Jahre ganz vom Mutterlande los; im Oktober 1822 wurde Don Pedro I. als Kaiser von Brasilien in allen Städten des neuen Reiches ausgerufen. Festlichkeiten jeder Art verherrlichten das wichtige Ereignis.

Während König Johann mit dem Hofe und den Ständen die Verfassung beschwor (Oktober 1822), verweigerte seine Gemahlin, die Königin Carlotta, entschieden den Eid und arbeitete, auf den Adel und die Geistlichkeit gestützt, am Sturze der Verfassung. Zwar mißlang die auf ihr Betreiben vom Grafen Amarante organisierte Gegenrevolution, aber ihr zweiter Sohn Don Miguel, der, äußerlich den Gebräuchen der katholischen Kirche ergeben, in Zügellosigkeit und Grausamkeit aufgewachsen war, gewann im Mai 1823 den größten Teil der Truppen, zog an ihrer Spitze in Lissabon ein und vertrieb die Cortes, „um den König und die Nation von dem schmählichen Joche der Konstitution zu befreien.“ Bald darauf ließ er seinen Vater unter dem Volksgeschrei: „Nieder mit der Konstitution! Es lebe der unumschränkte König!“ seinen Einzug in Lissabon halten. Der König wurde nun unter dem Einfluß seiner Gemahlin Carlotta zu den strengsten Maßregeln bestimmt, und ein Schreckenssystem, wie in Spanien, begann gegen die Anhänger der Konstitution. Als aber der milde und gerechte Johann, dem diese Herrschaft zuwider war, sich mit Männern einer gemäßigteren

Richtung umgab, wie Graf Palmella, Graf Subserra und Marquis von Loulé, fand man eines Morgens den letzteren im königlichen Vorzimmer ermordet, und die öffentliche Stimme äußerte sich offen über den Urheber der blutigen That. Dennoch sträubte sich Johann fortwährend gegen Herstellung der unumschränkten Gewalt. Don Miguel dachte daher an die Absetzung seines Vaters und bereitete in der Nacht vom 29. auf den 30. April 1824 einen furchtbaren Staatsstreich vor, der den König und die der Konstitution geneigten Offiziere und Minister treffen sollte. Der Palast wurde mit Truppen umringt, der König zum Gefangenen gemacht, mehrere Minister und einige hundert Liberale verhaftet. Aber einige Minister entkamen auf das englische Kriegsschiff Windsor-Castle, das im Tajo vor Anker lag, und bewogen den englischen Gesandten, sich des Königs anzunehmen. Drohend legte sich der Windsor-Castle vor Lissabons Mauern, während der englische Gesandte gegen die am Könige zu verübende Gewaltthat protestierte. Endlich gelang es dem König, seinen Wächtern zu entwischen und an Bord des englischen Schiffes zu entkommen, wo er von seinen Ministern und dem diplomatischen Corps ehrfurchtsvoll begrüßt ward, und die Kanonen aller im Tajo ankernden Schiffe salutierten. Don Miguel sah seine Sache verloren und begab sich auf die Aufforderung seines Vaters ebenfalls an Bord des englischen Schiffes, wo er die Teilnehmer seiner Verschwörung verriet und Verzeihung erlangte. Die Verhafteten wurden sofort freigelassen. Eine königliche Proklamation setzte das Volk vom Sachverhalt in Kenntnis, und dieses schmähte nun den Infanten, der indessen trotzig zu den Fenstern der Kajüte, wo er gefangen saß, herausschaute und seine Cigarre rauchend an den Vorübergehenden seinen Hohn ausließ. Um ihn der Volkswut zu entziehen, schickte ihn der König ins Ausland (Mai 1824). Die Königin, die sich krank stellte, wurde in einem Kloster bewacht. Der König berief nun die alten Cortes von Lamego,*) um mit ihnen

*) Alphons I. hielt 1143 zu Lamego den ersten Reichstag ab, ordnete auf demselben die Thronfolge, bestimmte die Rechte des Adels und gab eine ständische Verfassung, die unter dem Namen „Satzungen von Lamego“ Jahrhunderte lang das Grundgesetz der portugiesischen Monarchie blieb.

Verbesserungen im Staate zu beraten. Unter englischer Vermittlung kam auch eine Versöhnung zwischen dem König und Don Pedro zustande, und Johann verstand sich dazu, die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Kaisertums Brasilien auszusprechen (1825).

Schon im folgenden Jahre (10. März 1826) starb König Johann VI., nachdem er seine Tochter Isabella an die Spitze einer Regentschaft gesetzt hatte. Sein Sohn, Don Pedro, Kaiser von Brasilien, verzichtete auf die Krone Portugals zu Gunsten seiner siebenjährigen Tochter Maria da Gloria, unter der Bedingung, daß sie sich mit ihrem Oheim Don Miguel vermählen sollte. Zugleich verlieh er den Portugiesen eine freisinnige, nach dem Vorbilde der französischen entworfene Verfassung (carta de Lei), die auch Don Miguel in Wien beschwor. Zwar erhob auf Anstiften der verwitweten Königin die Gegenpartei einen Aufstand gegen die Konstitution, und rief Don Miguel als unumschränkten König aus, aber ein englisches Heer landete in Lissabon, und der Aufstand wurde bald unterdrückt. Im Februar 1828 erschien Don Miguel in Lissabon, wo er bei seiner Verlobung mit Donna Maria als Regent die Verfassung zum zweiten Male beschwor. Aber allen Eiden zum Trotz löste Don Miguel die Cortes auf und berief die alten Cortes von Lamego, die ihn seiner Verpflichtungen entbanden und als unumschränkten König ausriefen. Umsonst erhob Don Pedro Einsprache und hob die Verlobung seiner Tochter mit Miguel wieder auf; umsonst war der schwache Widerstand der Konstitutionellen: Don Miguels Sache hatte obgesiegt. Einige Jahre herrschte er nun mit eisernem Scepter unter blutigen Verfolgungen gegen die Konstitutionellen. Die politischen Verhältnisse waren der Art, daß der Tyrann von keiner Seite Widerstand zu befürchten hatte, und sogar England gab Portugal preis. So füllten denn allmählich 26 000 Liberale — in einem Monat einmal 16 000 — die Gefängnisse, und 13 000 mußten auswandern; Hinrichtungen waren an der Tagesordnung.*)

*) Als die Gefängnisse nicht ausreichten und man ihn fragte, was geschehen sollte, antwortete er: „Töten, töten, die übrigen nach Afrika schicken: ich brauche noch für viele Verbrecher Raum!“ Miguel selbst weidete sich an den Qualen der Unglücklichen, indem

Inzwischen glückte der Aufstand gegen das herrschende Schreckenssystem auf einer anderen Seite. Die kleine azorische Insel Terçeira hatte Don Miguel nie anerkannt und einen Angriff desselben abgeschlagen. Don Pedro sandte ihr den tüchtigen General Villaflores, der ein portugiesisches Geschwader jämmerlich zugerichtet heimschickte (1829). Unter seiner Leitung bildete sich für Donna Maria da Gloria eine Regentschaft, die sich auch der übrigen Azoren bemächtigte, als ein Ereignis in Brasilien eine Wendung der Dinge hervorbrachte. Durch eine Revolution war Don Pedro gezwungen worden, zu Gunsten seines Sohnes, Pedros II., auf die Krone zu verzichten und das Land zu verlassen. Er war nun entschlossen, die Krone Portugals für seine Tochter zu erkämpfen; Frankreich und England begünstigten sein Vorhaben, da Miguel durch Mißhandlung französischer und englischer Unterthanen die Geduld dieser Mächte endlich erschöpft hatte, und gestatteten Werbungen. Er landete im Juli 1832 bei Oporto, das ihm die Thore öffnete. Die Engländer leisteten ihm Hülfe, und ihr Admiral Napier vernichtete bei St. Vincent Miguels Flotte (Juli 1833). Am 24. Juli 1833 konnte Don Pedro unter dem Jubel der Bevölkerung seinen Einzug in Lissabon halten, wo Maria da Gloria als konstitutionelle Königin anerkannt ward. Miguels Scharen erlitten eine Niederlage nach der andern und lösten sich in Räuberbanden auf. Endlich schlug Villaflores, jetzt Herzog von Terçeira, seine Hauptmacht bei Thomar (Mai 1834), worauf Don Miguel den Vertrag von Evora unterzeichnete (26. Mai 1834), worin er auf Portugals Krone verzichtete und das Land nie wieder zu betreten versprach, dagegen ein Jahrgehalt von 100 000 Thalern zugesichert erhielt. Er ging nach Italien, wo er, vom Papst seiner Versprechungen entbunden, den Vertrag für erzwungen erklärte, dadurch aber weiter nichts erreichte, als daß ihm der Jahrgehalt entzogen ward.*)

Don Pedro setzte alle politischen Gefangenen in Freiheit und wieder in ihre Rechte ein, hob die Mönchsorden auf

---

er von oben herab in die mit Schmutz und Ungeziefer angefüllten Kerker schaute; ebenso weidete er sich häufig an dem Anblick der Hinrichtungen.

*) Er starb nach verschiedenen Irrfahrten im Jahre 1866 zu Heubach.

und zog die päpstlichen Güter ein; er berief die Cortes (1834) und stellte die freisinnige Verfassung von 1826 wieder her. Doch sollte er seinen Sieg nicht lange genießen; er starb den 24. Septbr. 1834, nachdem er seine Tochter Donna Maria, der er treffliche Ratgeber hinterließ, hatte für volljährig erklären lassen. Die junge Königin vermählte sich mit dem Herzog Augusť von Leuchtenberg (1835), und als dieser schon im März desselben Jahres starb, schloß sie eine zweite Ehe mit dem Prinzen Ferdinand von Sachsen-Koburg (1836).

IV.

Italien. Revolution in Neapel und Piemont. Kongresse zu Troppau und Laibach.

Kein Land hatte unter den tiefgreifenden Folgen der französischen Revolution zur Zeit der Republik und des Kaiserreiches eine vollständigere Umwälzung erfahren, als Italien. Von den früheren Regentenfamilien und ehemaligen Verfassungen war keine einzige geblieben, allenthalben war französische Gesetzgebung und Verwaltung eingeführt worden. Zwar hatte Napoleon Italien, als die Wiege seiner Größe, mit besonderer Gunst behandelt, in soweit sich dies mit den Plänen seiner Herrschsucht vereinigen ließ, aber die Wünsche und Hoffnungen der Nation auf politische Einheit und Selbständigkeit, die seit Jahrhunderten unter den Italienern lebten und zu Zeiten immer wieder von neuem zum Durchbruch kamen, waren von ihm nicht erfüllt worden. Und doch wäre bei der abgesonderten Lage Italiens, bei der Einheit der Religion und der damit zusammenhängenden Vorstellungen und Sitten, die Verwirklichung der nationalen Hoffnungen hier leichter als in irgend einem andern Lande gewesen. Im Gegensatz zu denselben gründete Napoleon nur zwei kleine Königreiche, Neapel und Italien, und vereinigte alles übrige unmittelbar mit Frank-

reich, wodurch er sich den Adel eben so sehr entfremdete, wie die Geistlichkeit durch seine Streitigkeiten mit dem Papste. Gleichwohl hatten die Italiener durch Napoleons Herrschaft die guten Errungenschaften der französischen Revolution, Gleichheit der verschiedenen Klassen vor dem Gesetze, Freiheit der Kulte, des Eigentums und der Gewerbe kennen gelernt; zahllose Mißbräuche und drückende Einrichtungen waren geschwunden, und das nationale Selbstgefühl in den gebildeten Ständen so gestiegen, daß man auch nach Napoleons Sturz eine gesunde politische Fortentwickelung hoffte.

Diese Hoffnung wurde durch die Wiedereinsetzung der von der Revolution und Napoleon gestürzten Regentenhäuser bitter getäuscht. Ohne Rücksicht auf die während ihrer Abwesenheit eingetretenen Verbesserungen knüpften sie unmittelbar an die alten Zustände an und ließen nur die Einrichtungen bestehen, die ihrer Herrschaft mehr Macht und Glanz verliehen. Während die einzelnen italienischen Regierungen ihren Völkern auch nicht den mindesten Anteil an der Staatsverwaltung gestatteten, war Östreich, im Besitz von Mailand und Venedig, entschlossen, eine unbedingte politische Suprematie über die Halbinsel auszuüben und hatte sogar durch besondere Verträge mit Sardinien und Neapel, den mächtigsten Höfen, die Erhaltung der unumschränkten Monarchie und die Fernhaltung der liberalen Richtung förmlich ausbedungen. So erschienen sämtliche Staaten Italiens als Östreichs Vasallen.

König Ferdinand IV. von Neapel, der sich nach seiner Rückkehr Ferdinand I., König beider Sicilien, nannte, hob die den Sicilianern im Jahr 1812 unter englischem Einfluß verliehene freisinnige Verfassung auf und führte die unumschränkte Regierungsgewalt wieder ein. Von den französischen Einrichtungen wurden die, welche Gesittung und Fortschritt hätten fördern können, beseitigt, diejenigen aber, welche, wie das Steuerwesen, der Regierung vermehrte Machtquellen zuführten, sorgfältig belassen, und das ganze Unterrichtswesen den Jesuiten überwiesen. In demselben Maße, wie aller Fortschritt hierdurch niedergehalten ward, blühte das Räuberwesen auf, so daß die Regierung mit einzelnen Häuptlingen förmliche Verträge abschließen mußte, um die Räuber durch ihre Anführer auszurotten.

Im Kirchenstaate schaffte Papst Pius VII. nach seiner Rückkehr (1814) alles ab, was an die Franzosenherrschaft erinnern konnte; das alte System trat wieder in Kraft, und mit ihm eine Reihe verjährter Mißbräuche. Die Inquisition und der Jesuitenorden kehrten zurück, und eine Unzahl von Klöstern tauchte auf; alle höheren Stellen in der Verwaltung und Rechtspflege kamen in die Hände der Prälaten; das Bettel- und Räuberwesen gedieh auch hier zur Blüte.

In Toskana stellte der Großherzog Ferdinand III. die früheren Einrichtungen zwar wieder her, aber der Geist der Bildung, Milde und Gerechtigkeit, der einst seinen Vater Leopold beseelt hatte, war auch auf den Sohn übergegangen. Die Unterthanen hatten keine Ursache zur Unzufriedenheit und schlossen sich deshalb später als andere italienische Staaten, den Bestrebungen für eine nationale und politische Wiedergeburt Italiens an.

Während Parma, wo Napoleons hinterlassene Gemahlin, die Erzherzogin Maria Luise, regierte, sich, wenn auch keiner liberalen, doch einer milden Verwaltung erfreute, schien es sich der Herzog von Modena zur Aufgabe gemacht zu haben, sein Volk durch despotische Härte zu erbittern.

Viktor Emanuel, der auf seiner Insel Sardinien die acht Jahre französischer Herrschaft verträumt hatte, verfolgte nach seiner Rückkehr (1814) alle französischen Einrichtungen mit dem unsinnigsten und wildesten Hasse, ließ aber den höheren Steuerfuß bestehen. Die Vorrechte der Geistlichkeit und des Adels wurden wieder hergestellt, die Bistümer von acht auf achtzehn vermehrt, der Unterricht den Jesuiten zurückgegeben, sogar die Todesstrafe durch das Rad wieder eingeführt. Die Juden wurden gezwungen, ihre unter der Franzosenherrschaft erworbenen Besitzungen zu veräußern und wieder in besonderen Stadtteilen zu wohnen. Der Ingrimm des Königs gegen alles Französische ging so weit, daß er Napoleons Straße über den Mont Cenis verfallen ließ, und wenig fehlte, so hätte er die herrliche Brücke, die dieser bei Turin über den Po hatte bauen lassen, der Zerstörung preisgegeben. Seine Reaktion, die einen durchaus geistlich-militärischen Charakter trug, mußte notwendig die größte Erbitterung gegen die Regierung hervorrufen.

Einen andern Weg schlug Östreich in der Regierung

seines lombardisch-venetianischen Königreichs ein. Das Andenken an die französische Revolution und Napoleon sollte beseitigt, aber die Bevölkerung durch eine geordnete Verwaltung und umsichtige Pflege der materiellen Interessen an die östreichische Herrschaft gewöhnt werden. Deshalb wurde die französische Gesetzgebung abgeschafft und nur die Gemeindeordnung beibehalten, dagegen die frühere Bevorrechtung einzelner Provinzen, Korporationen, wieder eingeführt, doch hatten Geistlichkeit und Adel nur mäßigen Einfluß. In Mailand und Venedig wurden zwei Central-Kongregationen gegründet, denen man einen schwachen Schimmer von Volksvertretung bewilligte. Da sie jedoch nur auf Beratung beschränkt war, blieb alles der Willkür der Regierung überlassen. Indessen mußte Östreichs Streben, seine italienische Bevölkerung zwar ohne Druck, aber auch ohne den Genuß irgend welcher politischer Freiheiten in Ruhe zu regieren, fehlschlagen, da gerade in diesem Teile der Halbinsel die Idee nationaler Einheit und Selbständigkeit am stärksten zum Bewußtsein gelangt war. Die Lombardei und Venedig hatten den eigentlichen Kern des Königreiches Italien ausgemacht; dieses hatte seine eigene Verfassung, seinen Senat, sein besonderes Heer gehabt, und Napoleon gab sogar nach seinem Sturze durch die Äußerung, daß er im Falle der Geburt eines zweiten Sohnes diesem Italien bestimmt gehabt, den nationalen Hoffnungen der Lombarden und Venetianer neue Nahrung. Anfangs gingen die Angriffe gegen das östreichische System von dem gebildeten Mittelstande aus, gegen welche man durch geschärfte Censur und gerichtliche Verfolgung einschritt. Als darauf der reiche und mächtige Adel den Kampf gegen die verhaßte Fremdherrschaft aufnahm, und dadurch eine schroffere Überwachung und Unterdrückung veranlaßte, flüchtete sich die politische Opposition in das Dunkel geheimer Gesellschaften.

In Italien, das seit Jahrhunderten das Land der Verschwörungen und im Verborgenen wirkenden Vereine gewesen, bestand seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts der geheime Bund der Carbonari oder Köhler, der von der Annahme gewisser Zeichen und Redeweisen dieses Gewerbes den Namen hatte. Die Zeit seiner Entstehung ist unsicher; er soll im 17. Jahrhundert dem wegen der über ihn verhängten Ver-

folgungen unter dem Namen Carbonari lebenden Freimaurervereine seinen Ursprung verdanken, von dem er die Ceremonien und all das Geheimnisvolle entlehnte, das besonders auf die Phantasie der Jugend einen so mächtigen Reiz ausübt. Anfangs dem hierarchischen Drucke entgegenstrebend, hatten sich die Carbonari infolge der französischen Revolution der Politik bemächtigt und wirkten für die nationale Einheit Italiens. Der Fremdherrschaft abgeneigt erhoben sie sich nicht, als Murat 1815 die Völker Italiens zur Unabhängigkeit aufrief, denn sie hingen damals noch an dem König Ferdinand, von dem sie Erfüllung ihrer Hoffnungen erwarteten. Die durch die schroffe Reaktion auf kirchlichem und politischem Gebiete erzeugte Unzufriedenheit verbreitete den Carbonarismus immer mehr über alle Teile Italiens, obgleich Neapel stets der eigentliche Sitz desselben blieb, und verlieh ihm mehr innere Ausbildung und eine festere Gliederung. Belebung und Förderung des italienischen Nationalgefühls war Zweck des Bundes, und das Geheimnis das alle umschließende Band, dessen Verletzung mit blutiger Rache gesühnt wurde. Die Carbonari in Neapel wollten keinen Umsturz des Thrones, wohl aber Herstellung einer freien Verfassung.

Während der Druck, der auf den höheren Klassen, und das Elend, das auf den anderen lastete, allgemeine Gährung verbreitet hatte, fiel die spanische Revolution von 1820 wie ein zündender Funke in den im Königreiche Neapel aufgehäuften Brennstoff. Um dem Ausbruch des Brandes vorzubeugen und zu zeigen, daß man gegen jede Erhebung gerüstet sei, ließ Ferdinand das Heer im Frühling 1820 angeblich zu Kriegsübungen zwischen Capua und Gaëta sich zusammenziehen. Dieser Schritt, weit entfernt, den drohenden Schlag abzuwenden, diente nur ihn zu beschleunigen. Die Carbonari fanden jetzt Gelegenheit, ihre Grundsätze unter den Offizieren und Soldaten zu verbreiten, und auch höhere Offiziere und Generale aus Napoleons und Murats Zeit gingen darauf ein, zumal sie sich durch die Ernennung eines östreichischen Oberbefehlshabers, des Grafen Nugent, verletzt fühlten. So lag alles zum Ausbruch bereit, als das Heer im Mai von seinen Übungen auseinander ging.

Am 2. Juli 1820 erschien der Kavallerie-Lieutenant Morelli in der Kaserne seines Regiments zu Nola, schilderte

seinen Soldaten die Schmach des Vaterlandes und forderte sie auf, dem glänzenden Beispiel Spaniens zu folgen. Sie jauchzten ihm Beifall zu, und ein Teil der Stadtbewohner schloß sich ihm an. Unter der dreifarbigen Fahne der Carbonaria (schwarz, rosenrot und himmelblau) wendet sich der bewaffnete Haufe, Soldaten, Bürger, Mönche, nach Avellino, der Hauptstadt der Provinz; hier geht der angesehene Obrist de Conciliis zu den Aufständischen über, ruft die Milizen der Umgegend zusammen und läßt auf dem Paradeplatze die spanische Konstitution verkünden. Die ganze Provinz gerät in Bewegung. General Wilhelm Pepe, schon aus Napoleons und Murats Zeit durch militärische Tüchtigkeit bekannt, zieht an der Spitze des Aufstandes nach Neapel, wo sich alsbald derselbe Geist erhebt, und kein Regiment mehr zuverlässig bleibt. Die Carbonari verlangen im Namen der Nation die Verkündigung der Verfassung. König Ferdinand erklärt, er werde in acht Tagen die Grundlagen einer Verfassung vorlegen, aber er wird zur augenblicklichen Anerkennung der spanischen Konstitution genötigt. Eine Krankheit vorschützend, ernennt er den Thronerben, Herzog Franz von Calabrien, zu seinem Generalstatthalter mit unbeschränkter Vollmacht; aber schon am 7. Juli muß dieser die spanische Verfassung verkünden, der König sie bestätigen und am 13. Juli beschwören. Nach Ablesung des Eides am Altare der Kirche fügte der König, die Augen auf das Kruzifix gerichtet, aus eigenem Antrieb die Worte hinzu: „Allmächtiger Gott, der du mit deinem unendlichen Blick in der Seele und in der Zukunft lieſest, wenn ich lüge oder den Eid brechen werde, so richte in diesem Augenblicke die Blitze deiner Rache auf mein Haupt!“ Der Prinz, der ganze Hof, Truppen und Bevölkerung trugen die Farben der Carbonaria. Ein neues Ministerium, zum Teil aus ehemaligen Anhängern Murats bestehend, wurde ernannt, und die Berufung eines National-Parlaments für den 1. Oktober verkündigt. Festlichkeiten aller Art folgten in rascher Eile. Die Revolution war auf keinen Widerstand gestoßen und ohne Blutvergießen abgegangen, aber die nächste Zukunft sollte auch lehren, daß sie noch keine festeren Wurzeln in dem Bewußtsein der Masse geschlagen hatte.

Am 14. Juli kam die Nachricht von der neapolitanischen

Revolution nach Palermo auf Sicilien. Sofort erhob sich die Bevölkerung der Insel gegen die aufgedrungene Ordnung der Dinge, aber nicht für die spanische Konstitution, die in Neapel verkündigt war, sondern für die Verfassung von 1812, die der Insel unter englischem Einflusse verliehen worden und als ein Zeichen ihrer Nationalität betrachtet wurde. Von Palermo aus verbreitete sich der Aufstand über die ganze Insel und hatte bei dem glühenden Temperamente der Sicilianer die blutigsten Ausschweifungen in seinem Gefolge; die Gefangenen wurden aus den Kerkern losgelassen, die Behörden mußten fliehen, ihre Paläste wurden niedergebrannt, und gegen 4000 Menschen auf der Insel getötet. Neapel, von jeher gewohnt, Sicilien als Kolonie zu behandeln, verlangte die Annahme der neapolitanischen Verfassung und schickte den General Florestan Pepe, Wilhelms Bruder, mit 6000 Mann zur Unterwerfung der Insel ab. Nach mehrtägigem Sturm zwang dieser die Bewohner von Palermo zur Kapitulation gegen das Versprechen, daß die Vertreter Siciliens über Trennung oder Vereinigung beider Königreiche entscheiden sollten. Aber dieser Vertrag wurde in Neapel verworfen, Florestan Pepe zurückgerufen, und statt seiner General Coletta abgeordnet. Da Pepe inzwischen die Palermitaner durch Entwaffnung zum Gehorsam gebracht, so konnte dieser die neapolitanische Verfassung einführen und die Wahlen zu einem gemeinschaftlichen Parlamente ausschreiben. Sicilien blieb nun zwar unterworfen, aber Neapel hatte keine Befugnis, die gleichberechtigte Insel wie ein unterthäniges Land zu behandeln, und beging noch dazu den argen Mißgriff, zu einer Zeit, wo Östreichs bewaffnete Intervention zu erwarten stand, die anderswo so nötigen Truppen in Sicilien lassen zu müssen, während von da statt eines Zuzugs begeisterter Kämpfer kein Mann aufzubieten war.

Bei der in einem großen Teile Europas herrschenden politischen Gährung, bei dem erbitterten Kampfe zwischen Legitimität und Volkssouveränität konnte Östreich die im Königreiche beider Sicilien ausgebrochene Revolution keineswegs mit gleichgültigen Augen ansehen. Bei dem Ingrimm, mit dem Lombarden und Venetianer die aufgedrungene östreichische Herrschaft ertrugen, war vorauszusehen, daß die Revolution, wenn sie in Neapel ihre Herrschaft behauptete, sich über die

ganze Halbinsel verbreiten und auch den Kaiserstaat in seinem Innern ergreifen werde. Der östreichische Staatskanzler Fürst Metternich war daher entschlossen, den neuen Zuständen im Königreich Neapel mit aller Macht entgegenzutreten und die frühere Ordnung der Dinge wieder herzustellen. Die Beherrscher von Rußland und Preußen wußte er durch sein bereits früher erprobtes Mittel, durch Vorspiegelung des Schreckbildes einer allgemeinen, auch ihre Staaten bedrohenden Revolution für sich zu gewinnen, und Englands und Frankreichs Einspruch glaubte er nicht berücksichtigen zu dürfen.

Im Oktober 1820 erschienen die Monarchen der drei Ostmächte und die Gesandten von England und Frankreich in Troppau im östreichischen Schlesien. Hier stieß Metternich anfangs auf den unerwarteten Widerstand des Kaisers von Rußland, da Alexander von einer bewaffneten Intervention in Neapel nichts wissen wollte und die Überzeugung aussprach, die Neapolitaner würden auch wohl auf friedlichem Wege zu einer Veränderung der Verfassung in monarchischem Sinne zu bewegen sein. Metternich geriet in Verlegenheit, als ihm auf außerordentlichem Wege Kunde von einer am 17. Oktober in St. Petersburg ausgebrochenen Meuterei eines Garderegiments zukam. Der Vorfall hatte seinen Anlaß darin, daß die Soldaten, durch die Härte ihres Obristen gereizt, diesem den Gehorsam verweigerten, und mit der Politik nicht die mindeste Gemeinschaft; dennoch wußte ihn Metternich zu seinen Gunsten auszubeuten und Kaiser Alexanders ängstliches und befangenes Gemüt durch die vorgehaltenen Gefahren einer Militärrevolution zu schrecken. Nun wurde zu Troppau ein Vertrag geschlossen, in dem sich Rußland, Preußen und Östreich zur Bekämpfung der revolutionären Bewegungen, namentlich auf der pyrenäischen Halbinsel und in Italien, verpflichteten. Zugleich wurde ein neuer Kongreß in Laibach verabredet, zu dem auch der König beider Sicilien eingeladen werden sollte.

Das Parlament in Neapel hatte inzwischen die spanische Konstitution mit einigen Veränderungen angenommen. Am 30. Januar 1821 wurde sie vom Prinz-Regenten bestätigt und zum Grundgesetz erhoben, worauf sich das Parlament auflöste.

Im Januar 1821 war auch der Kongreß zu Laibach,

der Hauptstadt des Herzogtums Krain, zusammengetreten. Metternichs Plan einer bewaffneten Intervention wurde, der Einsprache Englands und Frankreichs ungeachtet, unverändert angenommen. Auch der greise König Ferdinand von Neapel war erschienen. Er hatte vor seiner Abreise dem Parlamente feierlich gelobt, auf Erhaltung des Friedens und der Verfassung hinarbeiten zu wollen, an der er unverbrüchlich festhalten werde. In Laibach angekommen, nahm er alle seine Versprechungen zurück, da er nicht Herr seiner Entschlüsse gewesen und verpflichtete sich, Metternich gegenüber, zur unbedingten Wiederherstellung der früheren Zustände.

Im Februar rückte ein östreichisches Heer unter General Frimont vor und kam Anfang März an der neapolitanischen Grenze an. In Neapel war alles Feuer und Flamme. Aber während es an Begeisterung, an pomphaften Reden und Aufzügen nicht fehlte, herrschte Mangel an allem, was zur Kriegführung gehörte. Man zählte auf ein allgemeines Aufgebot der gesamten waffenfähigen Mannschaft, aber dieses war nicht eingeübt; es mangelte an Gewehren, an Geschütz, an Geld. Man brachte mit aller Not nur 25 000 Mann zusammen, die noch zum Teil schlecht bewaffnet und unzuverlässig waren. Am 7. März griff Pepe an der Spitze von 12 000 Mann die östreichische Vorhut bei Rieti an, warf sie anfangs, wurde aber dann, da es ihm an Reiterei zur Verfolgung gebrach, von den östreichischen Reserven auf zwei Seiten mit solchem Nachdruck gefaßt, daß sich sein Corps in wilde Flucht auflöste. Auf die Kunde von dieser Niederlage beschloß Carascosa, der die andere Hälfte des Heeres befehligte, sich auf Neapel zurückzuziehen, um nicht von der Hauptstadt abgeschnitten zu werden; aber kaum hatte er diesen Befehl ertheilt, als das ganze Heer ohne einen Schuß auseinander lief. Capua ergab sich, und am 24. März zogen die Östreicher in Neapel ein. Pepe, Carascosa und mehrere Parlamentsmitglieder waren geflüchtet.

Am 15. Mai kehrte Ferdinand unter den Freudenbezeugungen des niederen Volkes zurück und ward in seine früheren Rechte wieder eingesetzt. Nun begann der von ihm ernannte Polizeiminister Canosa an den Liberalen Rache zu üben. Der Bund der Carbonari wurde in die Acht erklärt, viele Teilnehmer auf Eseln durch die Straßen geführt und dann

öffentlich ausgepeitscht; viele flüchteten in die Wälder und ergaben sich dem Räuberleben. Canosa wütete mit heimtückischen Peinigungsmitteln und Folterkünsten so wild und zügellos, daß sogar Östreich auf seine Entfernung dringen und mehrere Jahre das Land besetzt halten mußte, um neuen Revolutionsversuchen vorzubeugen.

Neapel erhielt nach östreichischem Muster zwei Central-Kongregationen, deren Mitglieder der König selbst ernannte, ebenso Sicilien, dem aber eine getrennte Verwaltung verliehen wurde.

Die Revolution in Neapel hatte bewiesen, daß sie nur von dem gebildeten Teile der Bevölkerung, nicht von der Überzeugung der Menge getragen wurde, und daraus erklärt sich ihr rascher und kläglicher Ausgang. Nicht besser erging es der indessen in Piemont ausgebrochenen Bewegung.

In dem Königreiche Sardinien, das aus Savoyen, Piemont, Genua und Sardinien bestand, konnte längst Piemont als das eigentliche Hauptland betrachtet werden. Turin ward nicht bloß als Residenz des herrschenden Hauses, sondern als Hauptstadt des ganzen Reiches angesehen. Hier war der Brennpunkt aller höheren Bildung und alles geistigen Lebens. Viktor Alfieri, der kräftigste und originellste Geist des jungen Italiens, der zur Hebung des italienischen Nationalgefühls so viel beigetragen, und Silvio Pellico, der durch seine Freisinnigkeit und sein trauriges Schicksal bekannt geworden, gehörten der Provinz Piemont an. Während Savoyen durch Sprache und Abstammung den übrigen Landesteilen fremd blieb, während Genua sich in stolze Erinnerungen an seine hingeschwundene Republik versenkte und Sardinien durch seine insularische Lage und eigentümliche Sitten getrennt war: galt Piemont als der Herd revolutionärer Bewegungen und die eigentliche Stätte der italienischen Freiheitsbestrebungen im Norden der Halbinsel. Die Grundsätze der Carbonari, von Neapel aus hierher verbreitet, hatten die Lombardei, wo man Östreichs Herrschaft haßte, und Piemont einander näher gerückt. Von dem König Viktor Emanuel und seinem Bruder und Thronerben, Karl Felix, Herzog von Genevois, war keine Milderung des reaktionären Systems zu erwarten. Bei der Kinderlosigkeit beider richtete sich die allgemeine Hoffnung auf den jungen Prinzen Karl

Albert, aus der Seitenlinie Savoyen-Carignan, von dessen Thronbesteigung man freisinnigere Zustände erwartete.

Da beschleunigte der Aufstand in Neapel den Ausbruch der Revolution. In Verbindung mit der nationalen Partei der Lombarden sollte nach dem Abzug des östreichischen Heeres gegen Neapel die Bewegung losbrechen und sich über ganz Mittelitalien verbreiten. Prinz Carignan hatte im geheimen die Stelle eines Regenten bis zur Einführung einer neuen Ordnung der Dinge angenommen. Wenn er aber auf der einen Seite bereits in der Hoffnung schwelgte, König von Italien zu werden, so mußte ihn als mutmaßlichen Thronerben, auf der andern die Besorgnis eines Mißlingens seiner gewagten Unternehmung unsicher und schwankend machen, da der Verlust seines Erbrechtes auf dem Spiele stand.

Aber schon am 9. März 1821 hatte sich der Obrist Ansaldi in der Dunkelheit der Nacht der Citadelle von Alessandria bemächtigt, am andern Morgen eine Verwaltungs-Junta gebildet, die spanische Konstitution verkündet und im Namen des „Reiches Italien" die Bevölkerung zu den Waffen gerufen. In der Hauptstadt Turin entstand große Unruhe, aber keine begeisterte Teilnahme. Am 12. März ward auch hier die Citadelle von den Verschworenen besetzt, die dreifarbige Fahne aufgezogen und die spanische Konstitution verkündigt, worauf Carignans Artilleriecorps zu den Aufständischen überging. Infolge dieser Ereignisse dankte Viktor Emanuel zu Gunsten seines Bruders Karl Felix ab und ging nach Nizza. Bis der neue König, der sich damals gerade bei dem Herzog Franz in Modena aufhielt, nach Turin zurückgekehrt sein würde, sollte Prinz Carignan die Regentschaft übernehmen.

Der Prinz-Regent war aber nur durch Drohungen und nur unter der Bedingung einer Abänderung der Verfassung und der Zustimmung des Königs zur Einführung der spanischen Konstitution zu bestimmen. Eine Kommission zur Einberufung des Parlaments wurde eingesetzt, in der sich der Marquis von Santa-Rosa zwar als der edelste Charakter hervorthat, aber statt verstandesmäßiger Berechnung nur politische Begeisterung in sich trug. Der Prinz erkannte bald die Unmöglichkeit des Gelingens der anfangs von ihm begünstigten Unternehmung. Dazu kam aus Laibach die Nachricht, daß die Nordmächte entschlossen seien, jeden Versuch zu einer Ver-

änderung in den italienischen Zuständen mit Waffengewalt zu unterdrücken. Karl Felix verweigerte von Modena aus jede Zustimmung zur Beschränkung der ihm zustehenden Gewalt und erklärte die für Rebellen, welche die bisherige Ordnung der Dinge aufheben würden. Zugleich rückte der östreichische General Bubna von der Lombardei aus gegen die piemontesische Grenze vor. Prinz Carignan, der auf eine allgemeine Erhebung Italiens, auf eine Erklärung Frankreichs zu Gunsten der italienischen Bewegung gehofft hatte, sah sich in allen seinen Erwartungen getäuscht. In seiner gänzlichen Ratlosigkeit floh er aus Novara, legte die Regentschaft nieder und stellte sich dem von Karl Felix mit der Regentschaft betrauten General de la Torre zur Verfügung. So war sein Rücktritt von der Sache der Revolution eben so übereilt wie vordem sein Anschluß an dieselbe.

Santa-Rosa mußte nun an der Spitze seines kleinen Corps der Übermacht der vereinigten königlichen und östreichischen Truppen unterliegen, die am 10. April in Turin einzogen. Santa-Rosa entkam nach Frankreich, von den Aufständischen wurde nur ein einziger hingerichtet, eine Anzahl mit Gefängnis bestraft. Ein östreichisches Corps hielt noch 14 Monate lang Alessandria und die Umgegend besetzt, bis nach und nach die frühere Ordnung der Dinge wieder zur Herrschaft gelangte.

V.

Griechenlands Erhebung und Wiedergeburt. — Rußland und die Türkei.

Durch die Eroberung Konstantinopels (1453) hatte das bildungsfeindliche Volk der Osmanen, das schon vorher Teile der Balkanhalbinsel in Besitz genommen, sich in die Reihe der europäischen Staaten eingezwängt. Aber die beiden Volkselemente, Eroberer und Besiegte, waren niemals zu einem eigentlichen Staate verschmolzen, sie blieben getrennt durch Religion, Sprache, Sitte und Charakter; Barbarei und Despotismus auf der einen Seite,

Freiheitsdrang und Bildungstrieb auf der anderen mußten sich gegenseitig abstoßen. Mehr als viertehalb Jahrhunderte seufzten die Griechen, die, wenn auch mit Elementen slavischer Stämme vermischt, doch zum Teil als unmittelbare Nachkommen der Hellenen zu betrachten sind, unter türkischem Joche. Alles Rechtsschutzes beraubt, sahen sie Frauen und Töchter, Hab' und Gut der rohen Gewalt preisgegeben, ohne daß das Freiheitsstreben in ihnen erloschen wäre. Die Geschichte erwähnt mancher Befreiungsversuche des unglücklichen Volkes, das, oft ein Opfer täuschender Versprechungen und trügerischer Hülfe, seine Erhebungen stets unter schrecklichen Folgen scheitern sah, den Blick bald nach dem glaubensverwandten Rußland, bald nach dem in verjüngter Kraft erstehenden Frankreich und seinem jugendlichen Helden Bonaparte gerichtet.

Im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts faßte der Kaufmann Rhigas, aus Pherä in Thessalien gebürtig und in Bukarest ansässig, ein Freund der abendländischen Litteratur, den kühnen Gedanken, sein unterdrücktes Vaterland vom türkischen Joche zu befreien. Seine Hoffnungen waren dabei auf Bonaparte gerichtet, in dem damals noch viele Zeitgenossen den Vorkämpfer der Freiheit erblickten. Rhigas begab sich nach Wien, um die dort wohnenden Griechen für seinen Plan zu gewinnen, von da nach Triest, um mit Bonaparte persönlich zu unterhandeln. Aber ein feiger Freund verriet ihn der östreichischen Regierung, die in Rhigas nur „einen unruhigen Kopf" sah und ihn „seinem rechtmäßigen Herrn", dem Sultan, auslieferte. In Belgrad erlitt Rhigas eine entsetzliche Todesstrafe: er wurde zwischen zwei Brettern zersägt und der zerstückelte Leichnam in die Donau geworfen (1798). Das Verzeichnis seiner Mitverschworenen hatte er vorher verschluckt, damit es den Feinden nicht in die Hände fiele. Die letzten Worte des Unglücklichen waren: „Die Saat habe ich ausgesäet, und die Zeit muß kommen, wo mein Volk die süße Frucht ernten wird!"

Und die Saat keimte im Stillen.*) Um das Jahr 1814

*) Rhigas' begeisterter Ruf an die Palikaren war nicht umsonst erklungen:

„Heran, Palikaren, nicht länger geträumt,
Wie die Leuen in Klüften und Engen,

bildete sich der Verein der Philomusen, dessen Zweck war, das unter dem Drucke der Knechtschaft verkümmerte Volk durch christliche Sittigung und höhere Geistesbildung zu heben und zu fördern, wie auf dem Bundessiegel die Nachteule und der einen Knaben tragende Chiron, das Symbol der Erziehung bei den alten Hellenen, sinnvoll andeuteten. An der Spitze des Vereins, dessen Mitglieder sich bald auf 80000 beliefen, standen Graf Kapodistrias und viele Fürsten und Große Europas. Wie sich der Verein schnell über ganz Griechenland verbreitete, so nahm er auch bald den Charakter eines politischen Bundes an; es bildete sich eine Hetärie, die es sich zur Aufgabe machte, Griechenland durch einen allgemeinen Aufstand von der Herrschaft der Türken zu befreien, und deren Mitglieder sich durch einen feierlichen Eid verpflichteten, Gut und Blut für den heiligen Kampf einzusetzen. Die Zahl der Eingeweihten mehrte sich in überraschender Weise und belief sich bald in Konstantinopel allein auf 17000; der Bund hatte seine Kasse und geregelte Verwaltung und in Alexander Ypsilantis, der den Oberbefehl über das erst zu schaffende Heer übernehmen sollte, ein begeistertes Haupt.

Alexander stammte aus einem fürstlichen Geschlechte in der Moldau, das unter dem türkischen Despotismus schon mannigfache Drangsale erduldet hatte. Durch Tapferkeit und Geistesbildung ausgezeichnet, stand Ypsilantis damals als Generalmajor in russischen Diensten. Glühende Liebe zu seinem Vaterlande beseelte ihn, und der Gedanke, sein Volk aus der Knechtschaft von Jahrhunderten zu erlösen, erfüllte seine ganze Seele. Die Gelegenheit zum Aufstand schien günstig. Man hoffte auf die Hülfe Kaiser Alexanders von Rußland, der sich der schwerbedrängten Glaubensgenossen annehmen würde, und Michael Souzo, Fürst der Moldau, ließ sich von Ypsilantis für die Sache der Griechen gewinnen. Dazu kam, daß der Pascha von Janina in Albanien (Epirus) sich gegen die Pforte erhoben, und von dieser geächtet, sich für den Aufstand der Griechen erklärt hatte (1820), und auch von Mehemed Ali von Ägypten, den

---

Nicht länger in öden Verstecken gesäumt,
Die Sklavenketten zu sprengen.
Ein Tag der Freiheit ist viel mehr wert,
Als hundert Jahre mit Ketten beschwert!"

die Pforte ihrer Botmäßigkeit nicht hatte unterwerfen können, keine Beteiligung zu Gunsten der Türken zu erwarten stand.

Ypsilantis erschien in Jassy (6. März 1821) und erließ einen begeisterten Aufruf an die Hellenen, sich vom türkischen Joche zu befreien, ihr Vaterland und ihren Glauben zu rächen. Thatendurstige Jünglinge strömten ihm zu, Michael Souzo unterstützte ihn mit Geld und Kriegsbedürfnissen, und Alexander stiftete die heilige Schar. Aber in der Walachei stieß er auf Mangel an Kriegsbedarf, auf Unordnung und Verrat, als bereits türkische Truppen auf Befehl der Pforte unter entsetzlichen Greueln heranzogen, um den Aufstand niederzuschlagen. Da Kaiser Alexander seine Mißbilligung der griechischen Insurrektion offen ausgesprochen und Ypsilantis unter Androhung von schweren Strafen zur Rückkehr zu seinem Regimente aufgefordert hatte,*) so war es vergebens, daß die Hellenen unter Athanasios am Pruth mit wenigen Hunderten gegen viele Tausende der Türken fochten und Wunder der Tapferkeit verrichteten: sie erlagen der Übermacht und opferten sich im heiligen Kampfe (Mai 1821). Auch in der Walachei, wo Zwietracht und Meuterei im Heere der Griechen herrschte, war der Kampf bald entschieden; die Hellenen erlagen bei Dragaschan (19. Juni 1821) und die heilige Schar starb den Heldentod. Ypsilantis rettete sich mit wenigen Waffengefährten über die siebenbürgische Grenze, aber die östreichische Regierung hielt ihn als Revolutionär erst in Munkazs Kellern, dann in Theresienstadt beinahe sieben Jahre gefangen, wodurch der Grund zu seinem frühen Tode gelegt ward.

Auf die Kunde von dieser Erhebung entbrannte Sultan Mahmud in grenzenloser Erbitterung, um so mehr, da man jetzt auch in Konstantinopel der geheimen Hetärie auf die Spur gekommen war. Die christliche Bevölkerung wurde nun

*) Alexander erklärte in einem eigenhändigen Schreiben an den Fürsten Ypsilantis, es würde seiner unwürdig sein, den Grund des türkischen Reiches durch die schmähliche und schuldvolle Thätigkeit einer geheimen Gesellschaft zu unterwühlen. Daraufhin konnte Gentz schreiben: „Nach diesem unsterblichen Aktenstücke ist an dem vollständigen Sieg über die Revolution nicht mehr zu zweifeln. Gott streitet für uns und mit uns.“

der Wut des Volkes und der wilden Unbändigkeit der türkischen Soldaten preisgegeben, und das Hinschlachten der Ungläubigen im ganzen Reiche befohlen. Besonders hatten die reichen Fanarioten (so genannt von einem Stadtteil in der Hauptstadt) die Rache der Türken zu empfinden. Gregorius, der hochbejahrte Patriarch von Konstantinopel, mußte den Kirchenbann über Ypsilantis und die Empörer aussprechen, ward aber bald darauf selbst beschuldigt, die Entweichung einer griechischen Fürstenfamilie begünstigt zu haben, und konnte über das ihm bevorstehende Los nicht mehr in Ungewißheit sein. Doch verschoben die Türken die Rache bis zum christlichen Osterfeste.

Am ersten Ostertage (1821), als viele Christen in Konstantinopel schon nicht mehr wagten, in die Kirche zu gehen, begab sich Gregorius doch in seine Basilika, um in gewohnter Pracht das Hochamt zu halten. Bei seinem Austritt ergriffen die Janitscharen mit gezückten Säbeln den würdigen Greis und hingen ihn nebst anderen Priestern vor seiner Wohnung auf. Hier blieb der Leichnam bis zum Dienstag hängen, wo ihn Juden ins Meer schleiften.*)

Die Ermordung des Patriarchen war der Anfang zu einer ganzen Reihe von Greuelscenen. Der türkische Pöbel plünderte die Häuser der Griechen, schnitt ihnen Nasen und Ohren ab und warf sie dann aus den Fenstern auf die Straßen, wo sich die Wut der Türken mit jeder Stunde steigerte. Gefangene Griechen wurden an Stricken durch die Straßen geschleift und dann zerrissen, andere bei den Beinen aufgehängt und mit Messern und Gabeln durchstochen; viele dieser Unglücklichen lebten noch am folgenden Tage, und ihr gräßliches Jammergeschrei mischte sich mit dem Jubelrufe der Türken. Abends machten sie auf einem Platze ein großes Feuer an, bohrten den Griechen ihre glühenden Ladestöcke in den Leib, zogen ihnen glühenden Draht durch Nasen und Ohren, oder streckten ihnen unter kannibalischem Jauchzen Hände und Füße in die Flammen. Der neue Tag brachte

*) Da der Leichnam für 100 000 Piaster erkauft ward, wurde er nicht ganz versenkt; griechische Matrosen zogen ihn aus dem Wasser und brachten ihn nach Odessa, wo mit Erlaubnis des Kaisers Alexander sein Märtyrertum gefeiert und ein Totenamt mit einer trefflichen Leichenrede gehalten wurde.

neue noch gräßlichere Martern. Aller Orten sanken die christlichen Kirchen, und ihre Priester wurden dem Tode geweiht. Vergebens suchten die europäischen Gesandten den Divan zu milderen Maßregeln zu bestimmen; der russische Gesandte Straganoff protestierte gegen die Verletzung früherer Verträge zu Gunsten der Christen, aber Beleidigungen des Pöbels und Zerstörung eines russischen Gesandtschaftshotels waren die Antwort, und Straganoff mußte zuletzt nach Odessa flüchten und allen Verkehr mit der Pforte abbrechen.

Diese blutigen Greuel, weit entfernt, den Aufstand zu dämpfen, fachten allenthalben die Glut der Verzweiflung und der Rache an. Schon im März hatten die freiheitsstolzen, unbezwungenen Mainoten, die Nachkommen der alten Spartaner in Lakonien, unter Mauromichalis, Kolokotronis und anderen Führern die Fahne des Aufstandes aufgepflanzt und durch ein feierliches Hochamt die Eröffnung des heiligen Kampfes angekündigt. Vor allen war es Theodor Kolokotronis, dessen Willenskraft und entschiedene Persönlichkeit seinen Scharen unbedingtes Vertrauen einflößte. Den Mainoten folgten die Inseln Spezzia, Hydra und Ipsara, die gegen 200 größere und kleinere Fahrzeuge besaßen. Obgleich weniger als die übrigen Griechen vom türkischen Drucke heimgesucht und von manchen Lasten befreit, wollten sie doch ihre Abhängigkeit nicht länger ertragen und zogen durch ihren Freiheitssinn gleich im Anfang die Aufmerksamkeit der Hetärie auf sich. Frauen und Jungfrauen zogen in den Kampf, und das Beispiel der heldenmütigen Bobolina von der Insel Spezzia, die, nachdem sie ihren Gatten und zwei Söhne im heiligen Kriege verloren, ein Schiff ausrüstete, und, eine zweite Artemisia, es selbst befehligte, steht nicht vereinzelt da. Allenthalben wurden die Türken in den festen Plätzen eingeschlossen. Die Greuelthaten der Osmanen hatten auch die Wut der Griechen angefacht, die, wo sie siegreich auftraten, Männer, Weiber und Kinder der Türken ohne Erbarmen niedermetzelten. So sollen, als Tripolizza, die Hauptstadt Moreas, in ihre Hände fiel, 8000 Türken ermordet worden sein. Überhaupt trug der Krieg auf beiden Seiten einen barbarischen Charakter. Der eben so tapfere als listige Odysseus, der erst später sein Vaterland verriet, übernahm den Oberbefehl in Thessalien, Fürst Maurokordatos in

Albanien. Im mittleren und nördlichen Griechenland war das Glück entschieden auf türkischer Seite, da es dem Churschid Pascha gelang, den Pascha von Janina zur Übergabe zu zwingen, worauf derselbe sofort enthauptet ward (Januar 1822); aber ein Versuch Churschids, mit bedeutenden Streitkräften durch die Thermopylen zu dringen, scheiterte an der Tapferkeit des Odysseus, der, ein zweiter Leonidas, den überlegenen Angriff mit einer Hand voll Leute zurückschlug.

Die christlichen Mächte ließen den bedrängten Griechen keine Unterstützung zukommen. Unter Metternichs unseligem Einflusse sahen sie in dem griechischen Aufstande nur eine sträfliche Revolution gegen den rechtmäßigen Herrn, wie sie in Spanien und Italien damals auftauchte und niedergedrückt wurde. Um so höher stieg die Begeisterung für die unglücklichen Hellenen und ihre heldenmütige Erhebung bei den Völkern; in vielen Staaten bildeten sich Hellenenvereine, um mit Geld, Waffen und Bedürfnissen aller Art die Griechen zu unterstützen. Die Begeisterung ward getragen durch die aus den Werken der alten Hellenen geschöpfte Bildung; im Hinblick auf die erhabenen Gestalten eines Sokrates und Plato, eines Miltiades, Aristides und Themistokles widmete der geniale englische Dichter Lord Byron der griechischen Freiheit seine schwungvollen Lieder, sein Geld und seine Tapferkeit, der Genfer Eynard seine Geldsummen; der deutsche Dichter Wilhelm Müller riß durch seine klangvollen Griechenlieder das deutsche Volk hin, und der würtembergische General Normann führte die ersten Scharen der Philhellenen nach Griechenlands Boden und bildete daraus regelmäßige Truppen. Aber freilich eine gewisse Täuschung schlich sich hierbei ein: die Griechen waren nicht mehr jene Hellenen der echt klassischen Zeit; Habsucht, Eigennutz, Undank und Zwietracht waren herrschende Untugenden.

Die Schiffe der griechischen Inseln, welche das Meer von den Dardanellen bis nach Kreta und Kypros hin durchkreuzten, hatten bereits eine Reihe glücklicher und beutereicher Unternehmungen durchgeführt, als das entsetzliche Blutbad von Chios die Anfänge griechischer Unabhängigkeit auf der kleinasiatischen Küste wieder zerstörte. Die Bewohner der Insel Chios hatten bis dahin, im Bewußtsein der Unzulänglichkeit ihrer Kräfte, am Aufstande keinen Anteil genommen; erst im März 1822,

als eine kleine samische Flotte gelandet war, erhoben sich auch die Chioten, und die wenigen Türken, deren Moscheen in Brand gesteckt waren, zogen sich in die Festung zurück. Aber es folgte ein gräßlicher Umschlag.

Der Kapudan Pascha (Groß-Admiral) erschien mit der großen türkischen Flotte, während gleichzeitig ein anderes türkisches Heer von Kleinasien aus nach Chios übergesetzt war. Die Samier zogen sich zurück, die Chioten wurden nach einem Kampfe, der den Türken 5000 Mann kostete, überwunden, und nun begann ein entsetzliches Morden. Fast die ganze männliche Bevölkerung fiel unter den Säbeln der Osmanen, Frauen und Kinder wurden in die Sklaverei geführt, 20 000 Menschen sollen in wenigen Tagen umgekommen, 45 000 in die Knechtschaft fortgeschleppt sein. Weit und breit war das Meer von den Leichnamen der Gemordeten bedeckt, und selbst der englische Minister Castlereagh (vergl. VI.) schauerte zusammen, als die blutigen Schatten von Chios drohend vor seine Seele traten. Die herrliche Insel war in eine Wüste verwandelt. Bei der Kunde von diesen Greueln stieß die gebildete Welt einen Schrei des Entsetzens aus, und eine Zeitung in Konstantinopel schrieb damals: „Es giebt nicht genug Thränen, um das Schicksal von Chios zu beweinen!“

Kaum war diese Kunde nach Hydra gelangt, als Konstantin Kanaris und Georg Papinis mit 43 Freiwilligen einen feierlichen Schwur thaten, diese Blutschuld zu rächen. Der Kapudan Pascha lag nach seiner grauenvollen That im Hafen von Chios vor Anker, den großen Beiram zu feiern, als die Griechen, die sich dem Tode geweiht, in der Nacht auf den 19. Juni 1822 auf drei kleinen Schiffen heransegelten. Sie fuhren unter fremder Flagge, man ließ sie ruhig unter der türkischen Flotte liegen. Nachts näherte sich Kanaris mit seinem Brander dem Admiralschiff, das sofort Feuer fing, während die beiden anderen sich an zwei türkische Linienschiffe hingen. Da war bald alles Löschen vergeblich; das Feuer ergriff die Pulverkammer des Admiralschiffs, und unter entsetzlichem Krachen flog es in die Luft. Tödlich verwundet kam der Kapudan Pascha selbst auf Trümmern ans Land und gab bald den Geist auf. Die beiden anderen Linienschiffe sanken in den Meeresgrund, der Rest

der türkischen Flotte floh. Die kühnen Griechen kamen unter Siegeshymnen und Dankgebet nach Ipsara, um selbst die Kunde des gelungenen Wagestücks zu überbringen.

Inzwischen hatte sich der Krieg auch über das eigentliche Griechenland verbreitet. Athen war nach einer 14monatlichen Belagerung in die Hände der Griechen gefallen, die Einfälle türkischer Scharen im Osten waren glücklich zurückgeschlagen, aber im Westen, auf dem Boden des alten Akarnaniens, wo Maurokordatos und Markos Bozzaris anfangs mit Glück fochten, entspann sich ein hartnäckiger und blutiger Kampf. Das Treffen bei Peta, in der Nähe von Arta (16. Juli 1824), ging trotz der heldenmütigen Tapferkeit der Philhellenen durch den Verrat eines Häuptlings verloren, und General Normann ging verwundet nach Missolunghi, wohin sich die Reste der geschlagenen Truppen zurückzogen.

Missolunghi in Ätolien am Busen von Patras wurde im September 1822 von Pascha Omer Vrione angegriffen und Maurokordatos darin eingeschlossen. Dieser verteidigte sich auf das tapferste, zugleich waren die Griechen auch im Peloponnes glücklich, so daß Omer die Belagerung aufheben mußte, obgleich der neue Kapudan Pascha, Kara Mehemed, den Platz auch zur See blockiert hatte. Im Oktober 1823 nahte Omer mit einem neuen Heere gegen Missolunghi heran, aber Markos Bozzaris überfiel ihn und richtete unter seinen Truppen ein solches Blutbad an, daß er keinen Angriff auf die Stadt wagte; doch der tapfere Bozzaris war im Kampfe gefallen und ward in Missolunghi feierlich begraben.

Endlich hatte Mehemed Ali, Pascha von Ägypten, dem Ansuchen des hartbedrängten Sultan Mahmud willfahrt und ihm seinen Sohn Ibrahim mit einem Landheere von 20 000 Mann und einer Flotte von 150 Kanonen zu Hülfe gesandt.

Im März 1825 landete Ibrahim Pascha mit seinen Truppen im Peloponnes, erstürmte ungeachtet der Anstrengungen der Griechen Navarin, das von Maurokordatos verteidigt wurde, und unterwarf unter barbarischen Verwüstungen fast die ganze Halbinsel. Während unter den Führern Zwietracht und Zerwürfnisse herrschten, und die Regierungsmitglieder in Parteiungen zerfielen, war Reschid Pascha von Norden her eingedrungen, belagerte das heldenmütig verteidigte Missolunghi

und vereinigte sich im Anfang des Jahres 1826 mit Ibrahim. Wenn auch alle Stürme abgeschlagen wurden, und Kanaris und Miaulis den Feinden schweren Schaden zufügten und wiederholt Lebensmittel in die Stadt brachten, so gelang es doch Ibrahim im März 1826 den Belagerten die Verbindung mit der See abzuschneiden, und bald wütete in der Festung entsetzlicher Mangel. Was dem Türkenschwerte entging, erlag dem Hungertode. Als die Belagerten auf keiner Seite ein Mittel der Rettung sahen, faßten sie einen verzweifelten Entschluß. In der Nacht vom 23. auf den 24. April machten sie einen Ausfall in dichtgeschlossener Kolonne, Weiber, Kinder und Greise in der Mitte. Dem ersten, 3000 Mann starken Haufen gelang es, sich durch den Feind Bahn zu brechen, um das Gebirge zu erreichen; ein zweiter Haufe aber fiel unter dem Schwerte, und 4000 Weiber und Kinder wurden in die Sklaverei abgeführt. Als die Türken in die Stadt drangen, legten die Griechen Feuer an ihre Pulverminen und sprengten sich samt den Türken in die Luft.

Missolunghi war ein Schutthaufe, und Griechenlands Sache schien mit seinem Falle verloren. Da England unter seinem freisinnigen Minister Canning den Griechen noch immer die meiste Teilnahme geschenkt hatte, so beschlossen diese die Vermittelung des englischen Ministers anzurufen, als ein Ereignis eintrat, welches der weiteren Entwickelung der griechischen Erhebung eine andere Wendung gab.

Am 1. Dezember 1825 war Kaiser Alexander zu Taganrog am asowschen Meere, wohin er seine kranke Gemahlin begleitet hatte, plötzlich gestorben. Da er keine Kinder hinterlassen hatte, war sein Bruder Konstantin der nächste zur Thronfolge. Aber dieser Großfürst hatte schon im Januar 1822 eine Urkunde zu Gunsten seines jüngeren Bruders Nikolaus ausgestellt, in der er auf den Thron verzichtete. Nikolaus, obwohl von dieser Verzichtleistung unterrichtet, war doch der Erste, seinem Bruder zu huldigen, indem er von dessen Entsagung keinen Gebrauch machen wollte, da seine Gesinnung sich seitdem geändert haben könnte. So wurde denn Großfürst Konstantin in Petersburg und in ganz Rußland als Kaiser ausgerufen und eine Abordnung des Senats mit der Huldigungsakte an ihn nach Warschau gesandt. Doch Konstantin beharrte auf seinem früheren Entschlusse; Nikolaus übernahm die Krone

und sollte bald Gelegenheit finden, seinen Mut und seine Kraft in Behauptung derselben zu beweisen.

Auch in Rußland hatten freisinnige Ideeen Eingang gefunden, und namentlich hatte der Offizierstand, der während der Befreiungskriege Deutschland und Frankreich kennen gelernt, dieselben in sich aufgenommen. Seit längerer Zeit bestand ein zwiefacher Bund des Nordens und des Südens, dessen letztes Ziel kein geringeres war, als das Zarenreich in eine Föderativ-Republik umzugestalten und ihr eine Verfassung nach dem Muster der nordamerikanischen zu verleihen. An der Spitze des Nordbundes, der zu Petersburg seinen Sitz hatte, standen der schwache, aber ehrgeizige Fürst Trubetzkoi, und der energische Gardelieutenant Rylejef, an der Spitze des südlichen der Oberst Pestel und der Intendant Juschnewski. Eine dunkele Kunde von dem finstern Treiben dieses geheimen Doppelbundes verdüsterte die letzte Zeit von Alexanders Leben, erfüllte sein Gemüt mit Mißtrauen und trug dazu bei, daß er einem Kriege gegen die Türken zu Gunsten der Griechen immer abgeneigter ward, vielmehr sich ganz der Metternichschen Ansicht zuwandte, daß in allen Ländern ein den Monarchieen feindlicher Empörungsgeist im Verborgenen sein Wesen treibe.

Als nun nach Konstantins entschiedener Ablehnung die Hauptstadt am 26. Dezbr. 1825 dem Kaiser Nikolaus huldigen sollte, beschlossen die Leiter des nördlichen Bundes die Ausführung ihres Planes. Man hatte den Soldaten vorgespiegelt, die Thronentsagung Konstantins sei ein Betrug; Nikolaus werde den angemaßten Thron aufgeben, wenn er die Stimmung des Heeres kenne, dessen gerechte Wünsche dann erfüllt werden würden. Unweigerlich legten die Civilbehörden den Huldigungseid ab, aber ein Teil der Truppen, von den Verschworenen gewonnen, machte Schwierigkeiten und schritt zuletzt zu offener Empörung. Auf die Nachricht hiervon befahl Nikolaus die Garde-Sappeurs und Pioniers, auf deren Ergebenheit er rechnen konnte, zum Schutze des Palastes herbeizuführen. Um die Mittagsstunde rückten die Aufrührer unter dem Rufe: „Es lebe Konstantin!“ heran. Da sie die getroffenen Anstalten sahen, zogen sie vorüber und stellten sich auf dem Platze vor dem Senatspalaste auf, indem sich unter ihre Ausrufungen zu Gunsten Konstantins nun auch noch ein

anderer: „Es lebe die Konstitution!“ mischte.*) Der Gouverneur von Petersburg, General Miloradowitsch, versuchte es, die Soldaten durch die Beteuerung, daß sie getäuscht seien und daß Konstantin nicht Kaiser sein wolle, zu beruhigen, aber ein Pistolenschuß streckte ihn nieder. Auf diese Kunde setzte sich der Kaiser selbst zu Pferde und ritt nach dem Platze, wo die Aufrührer standen. Als wiederholte Vorstellungen bei ihnen nichts ausrichteten, gab endlich der Kaiser den Befehl zum Angriff; Kartätschenschüsse zersprengten bald die Rebellen, die von der einhauenden Reiterei nach allen Seiten hin verfolgt wurden. Abends 6 Uhr verkündete ein feierliches Te Deum den Sieg und die Thronbesteigung Nikolaus' I. Ebenso glücklich wurde auch der Aufstand im Süden gedämpft.

Die Untersuchung dieser Vorfälle ergab, daß eine weitverzweigte Verschwörung zum Sturz der kaiserlichen Familie bestanden hatte. Nur fünf der eigentlichen Häupter wurden durch den Strang am Leben bestraft (Juli 1826), die übrigen nach Sibirien verbannt oder mit geringeren Strafen belegt.**) Die verführten Garden wurden nach dem Kaukasus geschickt, um im Kampfe gegen die dortige Bevölkerung ihre Schuld zu sühnen.

Im unbestrittenen Besitze der Regierung lenkte Kaiser Nikolaus I., ein schöner Mann von imposanter Gestalt, entschiedener Willenskraft und rastloser Thätigkeit, die russische Politik in andere Bahnen und wandte besonders der Sache der Griechen, die schon so viele Jahre aus eigener Kraft den Kampf mit den Türken führten, seine Aufmerksamkeit und Teilnahme zu. Daher kam zwischen Rußland und England am 6. Juli 1827 ein Vertrag zu Gunsten der Griechen zustande, dem bald auch Frankreich beitrat, wobei freilich

*) Die Soldaten sollen bei der Aufforderung also zu rufen, gefragt haben, wer die Konstitution sei. Auf die Antwort, es sei Konstantins Gemahlin, ließen sie dieselbe sogleich hoch leben.

**) Ein in die Verschwörung verwickelter Jüngling zerfloß bei dem Verhör in Thränen und hatte kein Tuch, sich dieselben abzuwischen. Da reichte ihm der anwesende Kaiser sein eigenes Taschentuch. Als der Unglückliche sich die Augen getrocknet hatte und ihm das Tuch zurückgeben wollte, erwiderte Nikolaus: „Behalte es und erinnere dich dabei, daß es dein Kaiser war, der dir die Augen getrocknet hat.“

auch das durch den Krieg gefährdete Handelsinteresse ins Spiel kam.

Damals befand sich Sultan Mahmud II. in schwerer Bedrängnis. Er hegte die Überzeugung, daß die Erhaltung seines Reiches nur möglich sei durch eine Umgestaltung desselben im Geiste des europäischen Staatenwesens. Dabei stieß er auf den heftigsten Widerstand von Seiten der alttürkischen Partei. Am meisten verhaßt waren seine Reformen den Janitscharen, deren unbändigen Trotz noch kein Sultan gebrochen hatte, und die sich unter Plündern, Sengen und Brennen empörten, wo ihnen der Großherr nicht zu Willen war. Sie erhoben sich im Juni 1827; aber der Sultan entfaltete die heilige Fahne des Propheten, ließ die Aufrührer mit dem Fluche des Mufti belegen und rief das Volk gegen sie zu den Waffen. Nach einem furchtbaren zweitägigen Kampfe wurden die Janitscharen überwunden und in ihre Kasernen eingeschlossen, welche der Sultan in Brand stecken ließ. So kamen bei 15 000 um, und mehr als 30 000 wurden nach Asien abgeführt. Noch im Juni erklärte der Sultan diese alttürkische Nationalmiliz für aufgehoben. Aber durch die Vernichtung derselben hatte er sich auch seiner tapfersten Kriegsmacht gegen äußere Feinde beraubt, und der Ingrimm gegen seine Neuerungen und gegen den Steuerdruck dauerte im Volke fort.

Unter solchen Umständen hatte sich zwar der Sultan im Vertrage von Akjerman (Sept. 1826) bequemt, die Forderungen Rußlands in Betreff der Moldau und Walachei, wonach der Sultan die Hospodare dieser Fürstentümer nicht ohne Zustimmung des Zaren entlassen konnte, einzuräumen, wies aber in der griechischen Angelegenheit jede Vermittelung der drei Mächte, Rußlands, Englands und Frankreichs, beharrlich zurück.

Eine türkisch-ägyptische Flotte, 89 Segel stark, legte sich bei Navarin (dem alten Pylos in Messenien) vor Anker. Die drei verbündeten Mächte hatten ebenfalls ihre Flotten nach dem Archipel geschickt, eine englische unter Codrington, eine französische unter Rigny, und eine russische unter Heyden. Sie stellte sich am 20. Oktober 1827 in dem Hafen von Navarin der feindlichen gegenüber auf. Die Türken ließen alles ruhig geschehen, als plötzlich eine ägyp-

tische Fregatte auf das französische Admiralschiff feuerte und dafür eine volle Ladung erhielt. Nun eröffneten auch die türkischen Landbatterieen ihr Feuer auf die russischen Schiffe, wurden aber rasch zum Schweigen gebracht. Bald standen alle Flotten im Feuer; in wenigen Stunden war die Schlacht entschieden, und der größte Teil der stolzen türkischen Armada schwamm in Trümmern auf dem Meere.

Unbeschreiblich war der Eindruck, den die Nachricht von diesem Siege in Europa hervorrief. Der Sultan war außer sich vor Wut und drohte mit Ermordung aller Christen. Die Eifersucht der europäischen Mächte gestattete indessen nicht, einen Sieg zu benutzen, der Konstantinopel preisgegeben und den Untergang der Pforte herbeigeführt hätte. Der große Canning war gestorben (August 1827), und der Geist seiner Politik beseelte nicht mehr die englischen Staatsmänner. Man duldete ruhig die Barbareien der Ägypter, die Tausende von Gefangenen fortschleppten. Die englischen Kaufleute schrieen über Beeinträchtigung ihres Handels, und als nun gar im Januar 1828 Lord Wellington das Staatsruder ergriff, tauchten günstigere Gesinnungen für die Pforte auf, und König Georg IV. bezeichnete sogar in seiner Thronrede die Schlacht bei Navarin als ein „unerwartetes Ereignis“. Der hülflose Zustand der Türkei gegenüber dem eroberungssüchtigen Rußland, das seit der Kaiserin Katharina seine Blicke auf Konstantinopel richtete, erregte die Besorgnis Englands. Diese Wendung bestärkte den Sultan in seiner Hartnäckigkeit; er bestand auf seiner Forderung der unbedingten Unterwerfung Moreas und rief Dezember 1827 alle Moslemin zum Kampfe gegen die Ungläubigen auf, besonders gegen Rußland, das er den geschworenen Feind des osmanischen Volkes und Reiches nannte.

Die Griechen hatten inzwischen ihren früheren Gedanken an eine Republik aufgegeben; sie hatten auf einer Nationalversammlung zu Trözen (1827) den in russischen Diensten stehenden Grafen Kapodistrias zum Präsidenten gewählt und sich für eine konstitutionelle Monarchie unter einem fremden Fürsten erklärt. Im Anfang des Jahres 1828 erschien Kapodistrias in Nauplia, um an die Spitze der griechischen Angelegenheiten zu treten.

Die unbeugsame Starrheit des Sultans erschöpfte end-

lich die Langmut Rußlands, und der Krieg gegen die Pforte wurde beschlossen. Kurz vorher hatte der mit Persien abgeschlossene Friede zu Turkmantschai (Febr. 1828) dem russischen Reiche Eriwan und noch ein anderes Chanat erworben und bedeutende Entschädigungen verschafft.

Im Mai 1828 überschritten die Russen ohne Widerstand den Pruth und die Donau, besetzten die Moldau und Walachei und eroberten mehrere türkische Festungen, besonders Brailow, während General Paskewitsch, der Bezwinger der Perser, siegreich von Georgien aus vordrang. Das Hauptheer, bei dem sich Kaiser Nikolaus selbst befand, traf bei Schumla und Varna auf bedeutende türkische Streitkräfte; Varna fiel nach hartnäckigem Widerstand erst im Oktober, und im November zogen die russischen Heere nach erfolgloser Belagerung von Schumla und Silistria ab, da die Beschaffenheit des Bodens und ungünstiges Wetter den raschen Fortschritt des Krieges hemmten. Im folgenden Jahre (1829) übertrug der Kaiser den Oberbefehl über das Donauheer dem energischen Grafen Diebitsch, der den Großvezier am 12. Juni in der Nähe von Schumla schlug, worauf sich am 18. Juni Silistria ergab. Vier Wochen später überstieg er mit seinen Russen das Balkangebirge, das seit dem Dasein des Türkenreiches für dessen unersteigliche Grenzmauer galt, wofür ihn sein Kaiser mit dem Titel „Sabalkanski“ ehrte. Am 20. August erreichten die Russen Adrianopel; und die zweite osmanische Hauptstadt fiel ohne Schwertstreich in ihre Hände. Auch die russische Flotte hatte an der Küste des Schwarzen Meeres mehrere Punkte genommen, und Graf Paskewitsch Erzerum, die Hauptstadt des türkischen Armeniens, erobert. Der letzte Tag der osmanischen Herrschaft schien gekommen: da, als die Russen schon Konstantinopel bedrohten, schloß endlich der Sultan unter preußischer Vermittelung mit Rußland den Frieden zu Adrianopel (14. Sept. 1829). Die Pforte trat an Rußland die an der Donaumündung liegenden Inseln, in Asien die Stadt Achalzik mit einem kleinen Landgebiete ab und zahlte zur Entschädigung für die Kriegskosten eine bedeutende Summe; sie gestattete freie Fahrt auf der Donau und durch die Straße der Dardanellen. Die Moldau, Walachei und Serbien blieben zwar der Pforte zins-

pflichtig, traten aber unter Rußlands Protektorat, so daß wichtige Veränderungen stets an dessen Zustimmung geknüpft waren.

Hinsichtlich Griechenlands erklärte die Pforte, daß sie den Bestimmungen Rußlands, Englands und Frankreichs beitreten werde. Schon im Jahr 1828 war eine französische Flotte unter Marschall Maison im Peloponnes gelandet und hatte Ibrahim Pascha, nachdem er über drei Jahre diesen klassischen Boden barbarisch verwüstet, mit leichter Mühe nach Ägypten zurückgewiesen.

So war denn die Unabhängigkeit Griechenlands errungen. Der neue Staat umfaßte außer dem Peloponnes das ganze Hellas und einen Teil Thessaliens, nebst der Insel Euböa und den Cykladen. Leider aber erhob nun, wo die Freiheit errungen war, die Zwietracht im Innern des Landes ihr Haupt; man beschuldigte den Präsidenten Kapodistrias, der sich durch strenge Verwaltung verhaßt gemacht, des Strebens nach erblicher Herrschaft, und der ungebundene Trotz der Griechen machte sich in Aufständen Luft. Eine Konferenz der drei Mächte zu London (8. Febr. 1830) ordnete die Verhältnisse dahin, daß Griechenland zu einem erblich monarchischen Staate erklärt ward, und trug dem Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg die Krone an, der sie zwar anfangs annahm, dann aber Verzicht leistete (Mai 1830), als die Griechen mit den Grenzbestimmungen des neuen Staates unzufrieden waren, und die Mitteilungen des Grafen Kapodistrias über die griechischen Zustände ihn abschreckten. Neue Aufstände erhoben sich; die Stellung des Präsidenten wurde immer schwieriger, der Bürgerkrieg entbrannte zu Wasser und zu Lande; und Miaulis sprengte (August 1831) bei der Insel Poros (Kalauria) die griechische Flotte in die Luft, um sie nicht in die Hände der Regierung fallen zu lassen. Der Haß gegen den Präsidenten stieg immer mehr, und am 9. Oktbr. 1831 ward er zu Nauplia beim Gang in die Kirche durch die Brüder Konstantin und Georg Mauromichalis meuchlings getötet. Nach seiner Ermordung wüteten die Parteikämpfe noch ärger, und erst im Mai 1832 ernannten die Schutzmächte den Prinzen Otto von Baiern zum König, eine Kunde, die mit allgemeinem Jubel begrüßt ward. Doch erst im

Februar 1833 erschien der junge König mit der während seiner Minderjährigkeit eingesetzten Regentschaft und bairischen Truppen in Nauplia, wo ihm die griechische Nationalversammlung freudig huldigte.*)

VI.

Großbritannien. — Emancipation der Katholiken (1829).

Großbritannien hatte den Kampf gegen die französische Republik und das Kaiserreich mit geringer Unterbrechung fast einundzwanzig Jahre mit einer Kraft und Ausdauer geführt, wie kein anderer Staat Europas. Nicht allein durch die englischen Waffen, sondern auch durch englisches Gold waren die Franzosen während dieses Zeitraums überall, zu Wasser und zu Lande, wo nur irgend ein Angriff oder eine Verteidigung geboten ward, bekämpft worden. Wie aber England in diesem Kampfe die größte moralische und kriegerische Kraft entwickelt hatte, so mußte es natürlich auch von allen Staaten aus Napoleons Sturz die größten Vorteile ziehen. Die Rückkehr Hannovers unter die englische Krone sicherte ihm eine festere Stellung in Deutschland; die ihm verliehene Schutzherrschaft über die jonischen Inseln gewährte ein Bollwerk im mittelländischen Meere, wie die von Dänemark abgetretene Insel Helgoland in der Nordsee. Durch Kanada, die Inseln im Golf von Mexiko und den Anteil an Guyana übte Eng-

*) Die Schutzmächte gewährten der neuen Regierung eine Anleihe von 60 Mill. Fr. Die Regentschaft, zu welcher Graf von Armansperg, Staatsrat von Maurer und General Heidegg gehörten, suchte eine geordnete Verwaltung und einen gesetzlichen Zustand herbeizuführen. Am 1. Juni 1835 übernahm König Otto selbst die Regierung, und die Residenz ward nach Athen verlegt. Im Jahr 1843 wurde er zur Erteilung einer Verfassung gezwungen. Auch die kirchlichen Verhältnisse wurden geordnet, indem der Patriarch zu Konstantinopel die griechische Kirche als Schwesterkirche unter selbständiger Leitung der Synode zu Athen anerkannte. Die Versuche des fanatischen Mönches Christophoros Papulakis, das Volk gegen die Trennung der Kirche von Konstantinopel aufzuwiegeln, riefen 1852 hier und da Bewegungen hervor, aber Christophoros wurde in einer Höhle des Taygetos gefangen genommen und nach Athen gebracht.

land einen Einfluß auf den ganzen Kontinent von Amerika aus. Durch Verträge und Eroberungen hatte es sein Reich in Westindien erweitert, und in der Südsee eine Menge fester Punkte besetzt. So war die Erde mit einem Netze englischer Niederlassungen umspannt, die alle in dem Mutterlande, in der unabhängigen Lage Englands und Irlands, einen unerschütterlichen Mittelpunkt hatten. Wie England während der napoleonischen Gewaltherrschaft in seiner Unüberwindlichkeit die einzige Hoffnung für die Unabhängigkeit der Völker gewesen, so hatten seine Verfassung, seine politischen und rechtlichen Institutionen schon längst als Musterbilder einer liberalen Gestaltung des Kontinents geglänzt. Aber ungeachtet des Reichtums und der äußeren Macht, ungeachtet der Freiheit der Verfassung, die jedem Staatsbürger fast vollkommene Gleichheit vor dem Gesetze gewährte, fehlte es doch im englischen Staatsleben auch nicht an bedenklichen Schattenseiten.

Ein tiefgreifender Übelstand lag in dem schroffen Unterschiede des Vermögens und der Bildung der einzelnen Schichten der Gesellschaft. Wie einst im alten Rom, so war auch in England im Laufe der Zeit der meiste Grundbesitz an eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Familien gelangt, während der Stand der kleinen selbständigen Landbauern (Freeholder), durch deren Kraft einst die Freiheit errungen worden, im neunzehnten Jahrhundert entweder zum großen Teil verschwunden war, oder seine frühere Bedeutung verloren hatte. Es gab nur noch große Grundbesitzer, die ihre Ländereien auf einige Jahre verpachteten, die Feldarbeiten aber wurden durch wandernde Tagelöhner verrichtet. Auch die Entwickelung des Handels und des Kunstfleißes hatte die Geldmittel in verhältnismäßig wenige Hände gebracht. Alle Unternehmungen wurden in großartigster Weise angelegt, hinter denen der kleine Betrieb weit zurückbleiben mußte; das Fabrik- und Maschinenwesen hatte so bedeutende Fortschritte gemacht, daß das Bedürfnis der Menschenhand immer mehr abnahm, und in den Manufakturstädten ein großer Notstand hervortrat. So kam es, daß in der englischen Gesellschaft schließlich nur von Reich und Arm die Rede sein konnte, und ein beide vermittelnder Übergang allzuschwach vertreten war. In diesem traurigen Zustande lag ohne Zweifel ein Keim zu gewaltsamer Umwälzung, der in manchem anderen Staate zur Reife gekommen

wäre, aber der von Alters her an Gesetzlichkeit gewöhnte Sinn der Engländer, das Bewußtsein, auf dem Wege der Verfassung eine Verbesserung der Zustände erzielen zu können, schützten den Staat vor dem Ausbruche einer Revolution, obgleich es nicht an Äußerungen der Unzufriedenheit und Mißstimmung fehlte, und eine Zeit der Not und Unruhe zu ertragen war, ehe die vorhandenen Übelstände abgestellt werden konnten.

Die Schuldenlast des Landes hatte 1815 die ungeheure Höhe von 814 Millionen Pfund Sterling erreicht, und die jährlichen Staatsausgaben betrugen 114 Millionen. Die Folge davon war eine außerordentlich hohe Besteuerung, die besonders die mittleren und niederen Klassen der Bevölkerung drückte. Dazu kam, daß im Jahre 1814 eine Kornbill durchgegangen war, wodurch die Einfuhr von Korn entweder verboten, oder mit sehr hohen Zöllen belegt war. Dadurch mußten notwendig die Fruchtpreise im Innern und somit die Not der arbeitenden Klassen steigen, die sich dann durch Arbeitseinstellung, Zerstörung der Maschinen, auch wohl durch offenen Aufruhr zu helfen suchten.

Auch der Charakter der an der Spitze des Staates stehenden Persönlichkeiten war nicht ohne Einfluß auf die öffentliche Stimme. Bei der Geisteskrankheit des Königs Georg III. hatte sein ältester Sohn gleichen Namens als Prinz-Regent die Leitung des Staates übernommen. Dieser von der Natur reich ausgestattete Fürst hatte den Erwartungen, welche die Nation in seiner Jugend auf ihn gesetzt, nicht entsprochen, sondern durch groben Sinnesgenuß, Trägheit und Gleichgültigkeit gegen die öffentliche Wohlfahrt deren Achtung gänzlich verloren. Unziemlichen Liebschaften ergeben, hatte er sich sogar mit einer schönen Witwe, einer Katholikin, heimlich verheiratet, und sein Erbfolgerecht war bedroht, hätte er sich nicht bald wieder von ihr losgesagt. In seinen früheren Jahren ein Freund der Whigs, war er später zur Partei der Tories übergegangen und begünstigte, ein starrer Gegner jeder Reform, ausschließend die Aristokratie, in der er die einzige Stütze des Thrones erkannte. Der Prinz-Regent hatte sich ohne Neigung, auf Veranlassung seines Vaters, mit der Prinzessin Karoline von Braunschweig vermählt und von ihr eine Tochter, Namens Charlotte, erhalten, die als

mutmaßliche Erbin des britischen Reiches galt. Bald brach er jedoch allen Umgang mit seiner Gemahlin ab, entfernte sie später gänzlich und war so nicht ohne Schuld an ihrem anstößigen Wandel, der in sittlicher Hinsicht den Verdacht des Volkes erregte, obgleich sich die öffentliche Stimme doch immer noch mehr zu Gunsten der Prinzessin als des Regenten aussprach.

Der Minister des Prinz-Regenten war Castlereagh, schon seit 1809 der eigentliche Lenker der englischen Politik. Ein entschiedener Gegner aller politischen und kirchlichen Reformen, war er bei dem Volke ebenso verhaßt, als bei der Aristokratie beliebt. Unter dem Volke bestanden damals zwei Parteien, die Radikalen und die Reformer. Die ersteren verlangten einen gänzlichen Umsturz der englischen Verfassung: allgemeines Wahlrecht, Abschaffung aller Privilegien u. s. w., und stimmten im allgemeinen mit den Grundsätzen der französischen Demokraten überein. Ihr Führer war ein gewisser Hunt, ein Stiefelwichsfabrikant, der durch seine volkstümliche Beredsamkeit eine Zeitlang einen großen Einfluß auf die Menge ausübte. Die zweite Partei, die sogenannten Reformer, unter denen sich Sir Francis Burdett auszeichnete, ging nicht so weit, verlangte aber auch bedeutende Veränderungen in den Institutionen des Staates. Über diesen Parteien stand die eigentliche Parlaments-Opposition; im Oberhause von Lord Grey, im Unterhause von Brougham und Tierney geführt, bezweckte sie eine Ausdehnung des Wahlrechts und die Emancipation der Katholiken, war aber jeder tieferen Erschütterung des englischen Staatslebens abgeneigt. So sehr auch diese Parteien unter sich verschieden waren, so stimmten sie doch in der Verwerfung des damals herrschenden politischen Systems überein und riefen unter dem Volke eine gefährliche Gährung hervor. Als der Prinz-Regent im Jahr 1817 das Parlament eröffnete, wurde er und sein Gefolge von der Menge mit Drohungen und Verwünschungen empfangen, mit Steinen geworfen und nur mit Not vor weiteren Mißhandlungen geschützt. Darauf ward die Habeas-Korpus-Akte für eine Zeitlang aufgehoben, das Versammlungsrecht beschränkt und die Preßgesetzgebung verschärft. Gleichwohl vermochte diese Strenge, so lange Castlereagh am Ruder saß, die Ausbrüche der Unzufriedenheit nicht zu dämpfen.

Inzwischen hatten die inneren Verhältnisse der königlichen

Familie das größte Aufsehen erregt. Der Prinz-Regent hatte die Absicht, seine einzige Tochter, die Prinzessin Charlotte, mit dem Prinzen von Oranien, dem ältesten Sohn des Königs der Niederlande, zu vermählen. Die Verbindung scheiterte jedoch an dem Widerspruche der Prinzessin. Diese heiratete nun im Mai 1816 den Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg, starb aber schon im November 1817 nach der Entbindung von einem totgeborenen Kinde. Da sie die Hoffnung der Nation gewesen, so zerriß ihr Tod das letzte Band zwischen dem Prinz-Regenten und dem Volke. Das Verhältnis wurde noch schroffer, als bei einem durch die wachsende Nahrungslosigkeit in Manchester ausgebrochenen Volksaufstand gegen 500 Personen vom Militär verwundet oder getötet wurden (August 1819), ein Blutbad, das in England einen allgemeinen Schrei des Entsetzens und der Entrüstung gegen die Regierung hervorrief. Im Jahre darauf wurde eine Verschwörung entdeckt, die auf nichts Geringeres ausging, als auf Ermordung der Minister, Plünderung der Bank, Bewaffnung des Pöbels und Umsturz der Verfassung. Ein gewisser Thistelwood, ein Anhänger Hunts, gedachte hierbei die Rolle eines zweiten Catilina zu spielen, wurde aber verraten und mit vier seiner Genossen hingerichtet (Mai 1820).

Mitten in diese Aufregung fiel der Thronwechsel und der königliche Ehescheidungsprozeß. König Georg III. war am 29. Januar 1820 in Wahnsinn gestorben, und der Prinz-Regent ihm als Georg IV. gefolgt. Seine Gemahlin Karoline hatte seit 1814 in Italien, Frankreich, Deutschland, der Schweiz und sogar eine Zeitlang im Oriente gelebt, überall aber die Rücksichten des Anstandes und der Schicklichkeit, die sie gerade bei ihrem hohen Range hätte beachten sollen, schwer verletzt. Sie stand in einem vertraulichen Verhältnis zu einem Kammerdiener namens Bergami, der von ihr zum Baron und Kammerherrn erhoben wurde und ihr steter Begleiter war. Jetzt nach dem Tode Georgs III. kehrte sie im Juni 1820 zum Schrecken ihres Gemahls nach England zurück, entschlossen, ihre Rechte als Königin aufs äußerste zu verteidigen. Da ließ der König am 5. Juli eine Anklage beim Oberhause gegen sie vorbringen und beantragen, daß sie wegen Ehebruchs vom Könige geschieden und des Titels einer Königin von Eng-

land verlustig erklärt werden sollte. Zeugen aus allen Ländern, wo die Königin gelebt hatte, waren vorgeladen worden, und wenn auch die Aussagen derselben teils geradezu erfunden, teils sehr übertrieben waren, so stellten sich doch ärgerliche Scenen über König und Königin heraus, und ein großer Leichtsinn im Verhalten der letzteren blieb unzweifelhaft. Aber die Stimme des Volkes sprach sich, was ein Zeichen des tiefen Hasses gegen Georg IV. war, offen für die Königin aus, deren Name in jenen Tagen in ganz England hochgefeiert war. Der Jubel erreichte den höchsten Grad, als am 2. November 1820 die dritte Lesung der Bill nur mit einer Majorität von 9 Stimmen durchgegangen war, und die Minister nicht mehr wagten, sie vor das Unterhaus zu bringen, sondern zurücknahmen. Doch ward die Königin, da sie nicht förmlich freigesprochen war, nicht in die von ihr verlangten Rechte eingesetzt. Als sie im folgenden Jahre mit ihrem Gemahl zugleich gekrönt zu werden verlangte, wurde sie zurückgewiesen und nicht einmal ihre bloße Anwesenheit bei der Feierlichkeit geduldet. Infolge der unnatürlichen Aufregungen starb sie nach kurzer Krankheit am 7. August 1821, und sogar die Abfahrt ihrer Leiche, der das Volk in Menge das Geleite gab, veranlaßte noch blutige Unruhen. Sie ward in Braunschweig beigesetzt.

Die Unzufriedenheit des Volkes mit der Regierung, die sich auch in diesem Ehescheidungsprozesse so unleugbar zu erkennen gab, hatte ihren Grund einerseits in dem Übergewichte der Aristokratie, andrerseits in der bürgerlichen Beschränkung der Katholiken. Die Aristokratie hatte nicht nur die alleinige Herrschaft im Oberhause, sondern übte auch im Unterhause überwiegenden Einfluß aus. Der Grund dieses Mißverhältnisses lag in dem veralteten unhaltbaren Wahlgesetze, wonach alte verrottete Burgflecken, die kaum ein Dutzend Wähler hatten, das Recht besaßen, einen Abgeordneten ins Parlament zu senden, während Fabrikstädte von mehr als 100000 Einwohnern ohne Vertretung waren. Der Ruf nach Parlamentsreform, nach allgemeinem Stimmrecht, nach geheimer Abstimmung wurde daher immer dringender. Wenn sich nun auch sogar unter der freisinnigen Aristokratie immer noch Männer fanden, die das Staatsschiff zwischen den Klippen hindurch führten, so gingen doch die Tories auf keine eigent-

lichen Reformen ein, da sie in denselben den Übergang zum Radikalismus befürchteten. Am wenigsten war Lord Castlereagh dazu geneigt, der das reaktionäre System in England eben so verfocht, wie Metternich in Deutschland und dem übrigen Europa.

Da erscholl am 12. August 1822 die Kunde von dem Selbstmorde Castlereaghs, der sich, sei es im Wahnsinn, sei es infolge erwachter Gewissensbisse, mit einem Federmesser die Schlagader am Halse durchgeschnitten hatte. Nach dem Tode dieses Ministers, der in der letzten Zeit seiner Verwaltung den Titel eines Marquis von Londonderry geführt hatte, trat der durch seine Beredsamkeit und politische Einsicht ausgezeichnete Georg Canning ins Ministerium des Auswärtigen, obgleich er, freisinnigen Grundsätzen huldigend, dem Hofe nicht genehm war. Zwar suchten sich die Tories an den Premierminister, Graf Liverpool, anzuschließen, aber auch dieser neigte sich auf Cannings Seite, und so entwickelte sich denn bald in allen Zweigen der Verwaltung ein neuer und frischerer Geist. Während Castlereagh England zu einer Dienerin der Metternichschen Politik gemacht hatte, sollte es unter Cannings Leitung wieder eine selbständige Stellung einnehmen. Er stellte den Grundsatz auf, daß jedes Volk seine inneren Verhältnisse selbst zu ordnen habe und war deshalb ein Feind der europäischen Interventionen; die Anerkennung der südamerikanischen Freistaaten, die Absendung eines Hülfsheeres nach Portugal (1826), die Unterstützung der Griechen sind glänzende Beweise seiner völkerfreundlichen Politik. Aber auch im Innern zeigten sich Erleichterungen; er milderte die drückenden Korngesetze, er bestimmte hinsichtlich der Sklaverei in den englischen Kolonieen, daß die Sklaven durch geistige und sittliche Bildung ihrer gänzlichen Befreiung entgegengeführt, der Sklavenhandel aber der Seeräuberei gleich geachtet und mit dem Tode bestraft werden sollte. Eben so arbeitete er an der Emancipation der Katholiken und würde gewiß noch eine Reihe von Reformen ins Leben gerufen haben, wenn er nicht, von der Anstrengung der Arbeiten erschöpft, schon am 8. August 1827 dem Tode erlegen wäre. Er hinterließ den Ruhm, einer der besten und größten Staatsmänner der neueren Zeit gewesen zu sein.

Die Ministerien des Lords Goderich und des Grafen Lyndhurst bezeichnen nur kurze Übergangszustände; es folgte ihnen das toristische Ministerium des Herzogs von Wellington. Obschon Castlereaghs Grundsätzen huldigend, besaß er doch politische Einsicht genug, um sich dem durch Cannings Verwaltung ins Leben getretenen Geiste der Zeit nicht zu verschließen. Er schaffte nicht nur 1828 die Testakte ab, die alle Katholiken von allen höheren Staatsämtern ausschloß, sondern nahm auch die Lösung der Katholikenfrage in seine Hand.

Diese Frage war von besonderer Wichtigkeit für Irland, wo die Katholiken die überwiegende Mehrzahl bildeten. Die Iren, von den Engländern schon durch Stammesunterschied getrennt, befanden sich seit Jahrhunderten im Zustande der Unterdrückung und vergalten den Briten mit unversöhnlichem Hasse, da diese in den Augen der Eingeborenen stets als Fremde erschienen. Der Grund und Boden war frühe in die Hände verhältnismäßig weniger Familien gekommen, deren Pächter oder Tagelöhner die irische Bevölkerung bildete; kleines selbständiges Eigentum war sehr selten. Im Zeitalter der Reformation kam zur Stammesverschiedenheit noch die Trennung durch den Glauben, da die Iren der alten Kirche treu blieben, und vollendete die zwischen Iren und Engländern bereits bestehende Scheidewand. Das Eigentum der katholischen Kirche ging auf die Protestanten über, so daß die protestantische Kirche in England die reichste von der Welt ward und als vornehmste Versorgungsanstalt für die nachgeborenen Söhne der britischen Aristokratie galt. Der Irländer mußte einer Kirche, der er abhold war, den Zehnten zahlen und seine eigene noch dazu erhalten. So war es gekommen, daß die irische Bevölkerung zur ärmsten und elendesten in Europa gehörte. Während die höheren Klassen der irischen Bevölkerung auf friedlichem Wege durch Rede und Schrift eine Gleichstellung mit den Briten erstrebten, ging das niedere katholische Volk auf dem Lande darauf aus, in geheimen Vereinen (der Bandmänner, Weißburschen) an den protestantischen Grundherren und Pfarrern durch Mord und Brand Rache zu nehmen. Der Winter von 1821 und 1822 war besonders reich an solchen Unruhen gewesen, da sich die nächtlichen Versammlungen der irischen Bauern über das ganze Land ver-

breitet hatten. Die Protestanten suchten sich gleichfalls durch Gesellschaften, unter denen die der Oranienmänner am zahlreichsten war, obgleich vergeblich, gegen die meist geheimen und plötzlichen Angriffe ihrer Gegner zu schützen. Infolge dieser Unruhen wurde die Habeas-Korpus-Akte bis zur Wiederherstellung der Ordnung aufgehoben; die verschärfte Strenge vermehrte die Zahl der Hinrichtungen, ohne die Erbitterung zu dämpfen.

Die Sehnsucht der Iren nach Befreiung war schon mehrmals zum Ausbruch gekommen, aber es hatte ihr an der geeigneten leitenden Persönlichkeit gefehlt. Eine solche trat an die Spitze der Bewegung, als der Dubliner Advokat Daniel O'Connell, ein eifriger Katholik und von glühender Vaterlandsliebe, Vereine zur Abschaffung des auf seinen Glaubensgenossen lastenden Druckes gründete und mit seiner flammenden, alle Gründe der Moral und des Rechts aufbietenden Beredsamkeit die ganze Insel beherrschte. Unermeßlich war der Jubel der Iren, als O'Connell für die Grafschaft Clare, wo ein Parlamentssitz frei war, am 5. Juli 1828 mit großer Stimmenmehrheit zum Parlamentsmitglied ausgerufen wurde. Ebenso großes Aufsehen erregte diese Wahl in England. Wellington, der seinen geübten Feldherrnblick auf die Politik übertrug, erkannte alsbald, daß die Ausnahmegesetze gegen die Katholiken nicht mehr zu halten seien, daß man die Wahl habe zwischen Bürgerkrieg und Nachgeben, und er wählte das letztere. Der Kampf über die von ihm eingebrachte Emancipationsbill wurde von beiden Seiten mit großer Leidenschaft, aber auch mit seltener Gründlichkeit und Schärfe geführt. Endlich aber ward die Bill von dem Unterhause, bald darauf von den Lords angenommen, und am 13. April 1829 vom König unterzeichnet und zum Gesetz erhoben. Damit war die Gleichberechtigung der Katholiken mit den Protestanten ausgesprochen, nur konnte kein Katholik Lordkanzler von England oder Vicekönig von Irland werden; den katholischen Parlamentsgliedern wurde das eidliche Versprechen abgenommen, nichts gegen die protestantische Staatskirche zu unternehmen. Bald traten acht katholische Lords ins Oberhaus.

Mit der Emancipation der Katholiken trat in der englischen Verfassung eine große Veränderung ein, die zunächst auf konfessionellem Gebiete mit dem alten System

brach. Daß aber diese durchgreifende Umwandlung ohne Anwendung äußerer Gewalt, nur durch die Macht des Gedankens und des Wortes und durch die Entscheidung der Volksvertretung erreicht wurde, bleibt ein Glanzpunkt in der Geschichte des englischen Verfassungswesens.

VII.

Frankreich bis zur Julirevolution. (1815—1830.)

Die Schlacht bei Waterloo hatte die Bourbonen zum zweiten Male auf den französischen Thron geführt. Am 9. Juli 1815 hielt die königliche Familie ihren Einzug in Paris. Ludwig XVIII., ehemals Graf von Provence, hatte schon bei seiner ersten Rückkehr (1814) auf das Andrängen der fremden Mächte eine Verfassung (charte constitutionelle) erteilt, die viele freisinnige Bestimmungen enthielt. Es gab damals in Frankreich vier Parteien: die konstitutionelle, zu der Lafitte, Manuel, Lafayette, Beranger, Benjamin-Constant gehörten, umfaßte den größten Teil der Nation, insbesondere die Gebildeten. Zwei andere Parteien, die Republikaner und Bonapartisten, hatten nach den bitteren Erfahrungen der letzten Jahrzehnte nur geringe Bedeutung. Um so mächtiger regte sich die vierte Partei, die der ungemäßigten Royalisten oder Ultras, die nichts weniger als eine völlige Wiederherstellung der Zustände vor der Revolution von 1789 erwarteten und erstrebten. Herstellung der Privilegien des Adels und der Geistlichkeit als der alten bevorrechteten Stände, Rückgabe der veräußerten Adels- und Kirchengüter, Herrschaft durch die höchsten Hof-, Militär- und Civilstellen, so wie Beherrschung des gesamten Unterrichtswesens: das waren die Ziele, deren Erreichung sich die Partei der Ultras gesetzt hatte, zu der Adel und Geistlichkeit gehörten, und die im „Pavillon Marsan“ ihre dem Staate verderbliche Thätigkeit übte. An ihrer Spitze stand des Königs Bruder Karl, der achtundfünfzigjährige Graf von Artois, der den Oberbefehl über die

Nationalgarde führte und an der Spitze einer strengkirchlichen Genossenschaft, der Kongregation, stand. Bei der Kinderlosigkeit Ludwigs XVIII. war Graf Artois der nächste Erbe des Thrones. In seiner Jugend hatte er als vollkommener Kavalier gegolten, dem keine noble Passion fremd geblieben, und im Auslande war er die Seele der Emigration gewesen, die Blume oder der Spiegel der Ritterschaft; man sagte von ihm, er wisse auf das graziöseste sein Roß zu besteigen, auf das ritterlichste seinen — niemals von Feindesblut geröteten — Degen zu ziehen; um so kräftiger zuckte er das Jagdmesser, um so entzückender spielte er Theater. Nach einem ungebundenen Lebenswandel hatte er sich strengkirchlichen Übungen ergeben, haßte als Haupt der Ultras die Konstitution und hegte von der Würde eines unumschränkten Königs so überspannte Vorstellungen, daß er lieber Holz sägen als ein König nach englischem Muster sein wollte. Karls Söhne waren der Herzog von Angoulême und der Herzog von Berry, jener vermählt mit Marie Therese, der unglücklichen Tochter des hingerichteten Ludwig XVI., dieser mit der neapolitanischen Prinzessin Marie Karoline, Enkeltochter des Königs von Neapel und Sicilien; beide waren geistig unbedeutend, aber Berry gutmütiger und lebhafter. Bei seinem feurigen Wesen hatte man ihn an die Spitze der Truppen gestellt, aber durch unkluge Behandlung der alten napoleonischen Krieger und durch launenhaften Tadel in Kleinigkeiten hatte er sich deren Unwillen in hohem Grade zugezogen. Da auch Angoulêmes Ehe kinderlos war, so beruhte auf ihm die Hoffnung der Familie.

König Ludwig XVIII. war ein Mann von Geist, feiner Bildung und edlem Charakter, von dem Wunsche beseelt, sein Volk zu beglücken. Sein Streben, im Geiste der Zeit nach der von ihm gegebenen Verfassung zu regieren, mag aufrichtig gewesen sein, aber er besaß nicht die Energie, unter dem Kampfe der mit einander ringenden feindseligen Geister das Staatsschiff mit Glück und Sicherheit zu lenken. Seit dem 24. Septbr. 1815 stand Herzog Richelieu an der Spitze des Ministeriums, der, wenngleich Royalist, doch kein Ultra war. Dagegen bestand die neue Kammer, die am 7. Oktbr. 1815 zusammentrat, aus den wütendsten Ultras, die, königlicher als der König selbst, die Wiederherstellung

des alten Frankreichs und des Hofregimentes Ludwigs XIV. in Absicht hatten. Alle die für den Tod Ludwigs XVI. gestimmt oder während der hundert Tage Ämter angenommen hatten,*) so wie die Mitglieder der Familie Bonaparte, wurden durch die Kammern auf ewig aus Frankreich verbannt; besondere, wie Kriegsgerichte organisierte Prevotalhöfe für die Verbrechen aufrührerischer Rufe und Handlungen nahmen so massenhafte Verhaftungen vor, daß ihre Zahl sich bald auf 7000 belief. Ein solches Verfahren der Strenge und Rache unter der Herrschaft einer Königsfamilie, die in den Herzen der Nation keine Wurzeln geschlagen, eines aristokratischen Adels, den man längst beseitigt glaubte, erregte bedenkliche Unruhen im Volke, und in Grenoble, Lyon und Paris tauchten revolutionäre Bewegungen auf. Ludwig XVIII. selbst sah sich genötigt, am 5. Septbr. 1816 eine Kammer aufzulösen, die von ihren Anhängern im schmeichelnden, von ihren Gegnern im spöttischen Sinne la chambre introuvable (die unfindbare Kammer) genannt ward.

Die neue Kammer trat mit größerer Mäßigung auf; die Prevotalhöfe wurden aufgehoben, und ein freisinnigeres Wahlgesetz brachte viele Männer des gebildeten Mittelstandes in die Kammer. Auf dem Kongreß zu Aachen 1818 ward Frankreich als eine der fünf europäischen Hauptmächte in den heiligen Bund aufgenommen, und Richelieu setzte es durch, daß die Okkupationstruppen, die Ludwig XVIII. zurückgeführt hatten und seine Krone bewachten, schon jetzt, statt zwei Jahre später, aus Frankreich abzogen. War auch der Jubel über die Räumung des Landes von fremden Truppen groß, so hörten deshalb die Parteikämpfe nicht auf. Sowohl die Ultras, denen die Charte zu gewissenhaft gehandhabt ward, als die Republikaner und Bonapartisten setzten dem Ministerium Schwierigkeiten entgegen, und Richelieu legte endlich seinen Posten nieder. An die Spitze des neuen Ministeriums trat General Dessolles, aber die Seele desselben war der talentvolle Decazes, der durch seine feinen Manieren die Gunst des Königs erworben hatte. Freisinnigen Grundsätzen

*) Der berühmteste Fall war der des Marschalls Ney, der nach einer erschütternden Verhandlung zum Tode verurteilt und am 7. Dezember 1815 erschossen ward. Dasselbe Schicksal hatten Labedoyère und andere.

zugethan, rief er die Verbannten, sogar Königsmörder, zurück, und erteilte Preßfreiheit. Als aber der Bischof von Blois, Gregoire, der einst die Hinrichtung Ludwigs XVI. schriftlich gebilligt und geäußert haben sollte, „die Könige seien in der moralischen Ordnung, was die Ungeheuer in der physischen", in die Kammer gewählt ward, da widersetzte sich der König dieser Wahl mit solcher Entschiedenheit, daß, da Dessolles ihm widerstrebte, Decazes als erster Minister an die Spitze der Geschäfte gelangte (19. Nov. 1819). Sein Streben war, weder die Ultras noch die Liberalen allzu mächtig werden zu lassen, sondern einen Mittelweg einzuschlagen, um beide Parteien zu befriedigen. Bald aber sollte ihn ein erschütterndes Ereignis von der begonnenen Bahn abrufen.

Ein Sattlergehülfe, namens Louvel, durch das Lesen revolutionärer Schriften von glühendem Hasse gegen die Bourbonen entflammt, in denen er die Feinde und Unterdrücker Frankreichs erkannte, faßte den wahnsinnigen Entschluß, sein Vaterland durch Ermordung desjenigen Prinzen zu erlösen, auf welchem bei der Kinderlosigkeit Angoulèmes die Hoffnung der regierenden Linie beruhte. Der Herzog von Berry hatte sich am 13. Febr. 1820 mit seiner Gemahlin in die Oper begeben. Die Herzogin wünschte vor Beendigung der Vorstellung nach Hause gebracht zu werden. Der Herzog führte sie zu ihrem Wagen; aber in dem Augenblick nahte sich ihm Louvel und stieß ihm einen Dolch mit solcher Heftigkeit in die Brust, daß derselbe bis an den Griff eindrang. Der Mörder ward alsbald ergriffen. Als der Herzog nach der Wunde griff und das zurückgebliebene Eisen fühlte, rief er aus: „Ich bin ein Mann des Todes!" und ahnte sein Schicksal. Seine Gemahlin stürzte herbei und ihre Kleider wurden vom Blute ihres Gatten überströmt. Man brachte den Prinzen in einen an die königliche Loge stoßenden Saal, seine Verwandten eilten herbei. Um Unruhen zu verhüten, ließ man die Vorstellung fortdauern, und so begleitete denn die Musik der Oper und des Ballets den Todeskampf des Sterbenden, der, ergeben in den Willen der Vorsehung, eine seltene Großmut des Charakters bekundete. Er verlangte nach einem Priester und rief dann alle um Verzeihung an, die er in seinem Leben auf irgend eine Weise verletzt haben könnte. Er tröstete seine verzweifelnde Gattin und bat den

König um Begnadigung seines Mörders. Seine kleine Tochter segnend, sagte er: „Möchtest du glücklicher als deine Angehörigen sein!“ Sein letzter Seufzer war von dem einstimmigen Klagelaut seiner Familie begleitet. Als das erste Morgengrauen in das matt erleuchtete Gemach fiel, kniete der greise König an dem Lager seines Neffen und schloß ihm die Augen und den Mund.

Ein allgemeiner Schrecken verbreitete sich auf die Kunde von des Herzogs Ermordung in Paris und im ganzen Lande, aber die Hoffnung des Mörders wurde getäuscht. Die Gattin des Prinzen gebar im September einen Sohn, Heinrich, Herzog von Bordeaux, der mit dem Wasser des Jordan, das Herr von Chateaubriand mitgebracht, getauft und als mutmaßlicher dereinstiger Thronfolger betrachtet wurde. Louvel, der seine ruchlose That ohne Mitschuldige verübt hatte, ward am 6. Juni 1820 hingerichtet.

Jetzt aber erhoben die Ultras gegen Decazes die furchtbarsten Anklagen. Sie gaben ihm Schuld, durch Begünstigung des Liberalismus solche verbrecherische Gedanken im Volke erzeugt zu haben, ja sie bezeichneten ihn geradezu als Urheber des begangenen Frevels. Graf Artois und die übrigen Glieder der königlichen Familie bestanden auf Entlassung des Ministers, den sie den Urheber einer verderblichen „Schaukelpolitik“ nannten, der König mußte nachgeben, und am 20. Februar übernahm Richelieu wieder das Ministerium. Die Preßfreiheit ward aufgehoben, ein neues Wahlgesetz zu Gunsten der Aristokratie erlassen, die persönliche Sicherheit und die Lehrfreiheit beschränkt; überhaupt sollte ein streng monarchisches System den öffentlichen Geist in royalistische Bahnen zurückführen. Die Folge aber war, daß die feindlichen Parteien sich in geheime Klubs zurückzogen und Verschwörungen anzettelten, die jedoch unterdrückt wurden.

Frankreich befand sich im Zustande großer Aufregung, als die im Juli 1821 anlangende Kunde vom Ableben Napoleons die Aufmerksamkeit eine Zeit lang von den Tagesfragen ab und auf den großen Toten lenkte. Seine von St. Helena zurückgekehrten Gefährten verbreiteten die Nachricht von seinen Entbehrungen und Leiden in der Gefangenschaft, die von ihm verfaßten oder durch ihn eingegebenen Schriften entwickelten sich zu einer eigenen bonapartistischen

Litteratur, in welcher die Vorzüge des Eroberers erhoben, seine Schwächen verhüllt und das Urteil der Menge irre geleitet ward. Ein strahlengekrönter Napoleon trat in der Phantasie an die Stelle des wirklichen, und neue Begeisterung für den Hingeschiedenen ward in den Massen rege. Es bildeten sich Verschwörungen, deren Rädelsführer hingerichtet wurden, während die eigentlichen Häupter, wie Lafayette u. a., frei ausgingen und die geheimen Gesellschaften fortbestanden und der Gewohnheit des französischen Volkes, sich im Namen der Freiheit zu verschwören, stets neue Nahrung gaben. Diese Verschwörungen schienen das Verlangen der Ultras nach einer rein königlichen Regierung zu rechtfertigen. Sie frohlockten und wähnten sich ihrem Ziele nahe, aber der Kampf der Opposition gegen das Königtum tauchte mit neuer Stärke auf, und Richelieu, der keine Partei mehr befriedigte, zog sich vom Ministerium zurück, an dessen Spitze am 13. Dezbr. 1821 Graf von Villèle trat, der sich durch seine Kenntnisse in der Finanzverwaltung, durch Klarheit und Bestimmtheit im Vortrag, sowie durch kluge Mäßigung Anerkennung erworben hatte. Villèle entfernte aus den oberen Staatsstellen alle diejenigen, die ihm nicht zuverlässig genug schienen; die hohe Geistlichkeit ward begünstigt und die Regierung in streng kirchlichem Sinne geführt, um im Volke die Tugenden des Gehorsams und der religiösen Demut gegen die Kirche und das Königtum zu erwecken. Militär und Behörden mußten, welcher Kirche sie auch angehörten, bei Prozessionen an den Ceremonien des katholischen Kultus teilnehmen. Der Abgeordnete Manuel, der beifällig auf die Hinrichtung Ludwigs XVI. anzuspielen schien, wurde von der Mehrheit der Kammer ausgeschlossen und durch Gendarmen aus dem Sitzungssaal geschleppt, worauf 62 Mitglieder der Linken aus der Kammer schieden. Nach außen fand unter dem Ministerium Villèle der Zug gegen die in Spanien ausgebrochene Revolution statt, an deren Unterdrückung die Ultras ihre Hoffnungen, die Liberalen ihre Besorgnisse knüpften. Die Unternehmung wurde unter Anführung des Herzogs von Angoulème von einem glücklichen Erfolge gekrönt, und die Ultras erhoben die Thaten des Prinzen weit über die Napoleons. Die Liberalen verstummten immer mehr, während die klerikal-royalistische Partei in ihrer Unduldsamkeit immer weiter vor-

ging und die ihnen nicht genehmen Diener ihrer Stellen entsetzte. So kam es, daß die am 23. März 1824 zusammengetretene Kammer unter 430 Abgeordneten nur 17 Mitglieder der liberalen Partei zählte, und Villèle, um sich eine ihm so ergebene Kammer möglichst lange zu sichern, setzte es durch, daß deren Mitglieder auf sieben Jahre gewählt werden sollten. Ludwig XVIII., dessen Kräfte immer mehr hinschwanden, bekümmerte sich nicht mehr um die Regierung. Er starb am 16. September 1824, nachdem er seinem Bruder die ernste Mahnung hinterlassen: „Vergessen Sie nicht, daß Sie die Krone für Ihren Sohn und Ihren Enkel zu bewahren haben!“

Graf Artois, als König Karl X. (1824—1830), bestieg in einem Alter von siebenundsechzig Jahren den Thron. Er ließ sich im Mai des folgenden Jahres zu Rheims unter mittelalterlichen Formen krönen und mit dem heiligen Oele salben, womit Chlodwig und alle französischen Könige bis auf Ludwig XVI. gesalbt worden, und von dem, wie versichert ward, einige Tropfen aus den Stürmen der Revolution gerettet waren. Karl X., alt und kränklich, konnte kaum noch ein Pferd besteigen, und war durch altfränkische Tracht und Mangel an Haltung den Franzosen lächerlich. Er begann seine Regierung mit Gnadenakten, mit einer Amnestie politischer Verbrecher und Aufhebung der Censur. Karl X. hatte sich nach den Erfahrungen eines stürmischen Lebens der Andacht zugewandt, von der auch seine Nichte, die Dauphine Marie Thérèse, ganz erfüllt war. Sie, die Tochter Ludwigs XVI. und Marie Antoinettens, konnte wahrlich nicht mit dem Gefühl des Frohsinns in königlichem Glanze an der Stätte erscheinen, von wo ihr Vater und ihre Mutter unter jahrelangen Seelenleiden den Weg zum Blutgerüste gegangen waren, und ihre Stimmung hatte sich daher vom Irdischen und Eitelen auf das Ewige und Unvergängliche gerichtet. Aber die Art und Weise, wie sich diese fromme Richtung im Leben und im Staate kund gab, erregte den Anstoß der Nation. Karls X. Streben ging dahin, der Geistlichkeit ihr früheres Ansehen und ihre einflußreiche Stellung wiederzugeben, und Villèle begünstigte dieses Streben, um sich in seiner Stellung zu erhalten. Nachdem er eine Entschädigung der Emigranten von 1000 Millionen

Franken für ihre durch die Revolution erlittenen Verluste durchgesetzt, erfolgte ein strenges Gesetz wegen Kirchenfrevels (Sakrilegiengesetz), das auf Entweihung von Kirchen, Hostien und heiligen Gefäßen den Tod setzte. Ein Klostergesetz sollte im Falle der Herstellung der Majorate den Töchtern adeliger Familien die Möglichkeit einer standesmäßigen Versorgung schaffen. Der König zog nur strenggläubige Bischöfe in seine Umgebung; geistliche Vereine tauchten in großer Zahl auf, geleitet von Jesuiten, die, schon unter der vorigen Regierung heimlich zurückberufen, sich jetzt des gesamten öffentlichen Unterrichts zu bemächtigen suchten. König und Minister wohnten den Prozessionen bei, wie denn Karl X. im Jubeljahre 1826, das Miserere singend, im violetten Prälatengewande seinem Hofe durch die Straßen von Paris voranzog, und Staatsdiener, die von ihren Pfarrern kein günstiges Zeugnis über ihren kirchlichen Sinn erhielten, wurden entfernt oder zurückgesetzt.*) In der öffentlichen Meinung dagegen wurde dieses ganze Treiben heftig bekämpft und besonders vom Volksdichter Béranger mit reichlichem Spotte übergossen. Auch an politischen Mißgriffen fehlte es nicht. Um der fortschreitenden Demokratisierung des Volkes, die durch die zunehmende Teilung des Grundbesitzes gefördert ward, entgegenzuarbeiten und in der Wahrung des großen Grundbesitzes dem Throne eine Stütze zu schaffen, ward den Kammern im Jahr 1826 ein Erstgeburtgesetz vorgelegt, nach welchem bei einem Vermögen, von welchem 300 Francs Grundsteuer und mehr gezahlt würden, derjenige Anteil, welchen das Gesetz nicht als Pflichtteil den Kindern zuweise, von der Teilung unter die Kinder ausgeschlossen werden und vorzugsweise dem erstgeborenen Sohn zufallen sollte. Die Verkehrtheit dieses Entwurfes lag zu Tage. Wenn man aus den Erstgeborenen eine neue Aristokratie schaffen wollte, so bildete man zugleich aus den hintangesetzten Nachgeborenen eine gefährliche Demokratie; man versetzte ferner den Familienvater in eine schiefe, den Frieden der Familie untergrabende Stellung und schlug den Gewohn-

*) Der Abbé Tharin, der die Jesuiten für die von Gott eingesetzten Stützen der Monarchen erklärt hatte, wurde Lehrer des Herzogs Heinrich von Bordeaux, und Fürst de Croi, des Königs Großalmosenier, erklärte jede Civilehe für ungültig.

heiten und Anschauungen der Nation ins Angesicht. Die Pairs verwarfen den Entwurf, und ihr Beschluß ward in Paris, wie in der Provinz, durch Illuminationen und andere öffentliche Freudenbezeugungen gefeiert. Nun ging die royalistische Partei darauf aus, die Hauptmacht der Demokratie, die Presse, die man weder widerlegen noch durch eine bessere ersetzen konnte, zu vernichten. Der Kammer ward ein Preßgesetz vorgelegt, wonach jede Druckschrift vor ihrer öffentlichen Ausgabe bei der Direktion des Buchhandels deponiert werden sollte, und zwar fünf Tage vor Veröffentlichung, wenn sie unter, zehn Tage, wenn sie über 20 Bogen stark war; für den ersten Bogen sollte 1 Fr., für alle folgenden zusammen 10 Fr. Stempel bezahlt werden. Man wies nach, daß dieser Stempel alle Pariser Journale bis auf drei zu Grunde gerichtet haben würde. Zugleich ward der Begriff der Verleumdung so gefaßt, daß jedes freie Wort der Kritik als Verleumdung verfolgt werden konnte. Das Gesetz rief den heftigsten Widerstand hervor. Während der Deputierte Salaberry die Buchdruckerkunst verdammte, die einzige Plage, mit der einst Gott Ägyptenland nicht heimgesucht habe, und dies Gesetz noch zu schwach fand, die Feinde des öffentlichen Wohles, die auch zugleich die Feinde Gottes und des Königs seien, zu zügeln, erklärte Royer-Collard, in dem innersten Wesen des Gesetzes liege der Sinn, daß es am Tage der Schöpfung unklug gewesen sei, den Menschen als ein freies und vernünftiges Wesen in die Welt eintreten zu lassen, eine solche Verletzung der bürgerlichen Rechte sei ein Hohn gegen die göttlichen Gesetze, das Manifest einer furchtbaren Tyrannei, die alle anderen Unterdrückungen in ihrem Wesen einschließe. Die Kammer milderte die allzu schroffen Bestimmungen des Entwurfs einigermaßen und nahm ihn mit 233 gegen 134 Stimmen an, aber jede Aussicht, ihn auch bei den Pairs durchzusetzen, schlug fehl. Als die Minister dies merkten, zogen sie ihn vor der Beratung zurück. So gingen der politische Parteikampf und der Kampf des Kirchlichen und Gegenkirchlichen nebeneinander her, und während Buß- und Missionszüge veranstaltet wurden, verbreitete man Voltaires Schriften zu Spottpreisen in Massen unter dem Volke. Bei einer Revue, die Karl X am 27. April 1827 über die Pariser Nationalgarde abhielt, gab sich der tiefe

Widerwille gegen das herrschende System offen kund, denn statt des üblichen Lebehochs auf den König erscholl der Ruf: „Es lebe die Charte! Nieder mit den Ministern! Nieder mit den Jesuiten!“ Dafür wurde die Nationalgarde sofort aufgehoben und die Censur wieder eingeführt, aber Flugschriften und Witzblätter fuhren dennoch fort, das Verfahren des Ministeriums (le système déplorable) aufs furchtbarste zu geißeln, und der Minister sah sich endlich zur Abdankung genötigt.

An seine Stelle trat am 4. Januar 1828 das Ministerium Martignac. Die Presse erhielt eine freiere Bewegung, die Wahlen wurden vor Umtrieben gesichert, und die kirchlichen von Jesuiten geleiteten Schulen aufgehoben. Martignac legte der Kammer zwei Gesetze vor, ein Municipal- und ein Departementalgesetz. Das erstere betraf die Gemeindeverwaltung und enthielt wesentlich folgende Bestimmungen: in jeder Gemeinde sollte dem von der Regierung zu ernennenden Maire ein Gemeinderat beigegeben werden, den eine aus den höchstbesteuerten und angesehenen Bürgern bestehende Versammlung wählen würde, und dieser sollte mit dem Maire die Gemeindeangelegenheiten selbständig verwalten. Das Departementsgesetz verordnete, daß die Mitglieder der Arrondissements- und der Departementalräte, die bisher von der Regierung ernannt worden waren, künftighin gewählt werden sollten und zwar die Arrondissementsräte von den Kantonsversammlungen (d. h. den Höchstbesteuerten des Kantons oder Unterbezirks), die Departementalräte von der Arrondissementsversammlung (d. h. den Höchstbesteuerten des Arrondissements). Beide Gesetze sollten auf die Selbstverwaltung der Gemeinden und Departements hinarbeiten und wären, indem sie die Thätigkeit auf das unmittelbar Nächste und leichter zu Übersehende richteten, eine treffliche Übungsschule für richtige Ausbildung des politischen Urteils und der Ausübung politischer Rechte gewesen, und nur in solchen Gesetzen konnte, wenn irgendwo, die Rettung Frankreichs gesucht werden. Die Liberalen waren indessen mit den gemachten Vorlagen nicht zufrieden und suchten sie im demokratischen Sinne umzugestalten, worauf endlich der König die Zurückziehung beider Gesetzentwürfe befahl (7. April 1829). Da nun die der liberalen Partei gemachten Zugeständnisse, vom König mit Widerwillen

zugelassen, diese zu stets weiterem Vorgehen reizte, so entließ Karl X. Martignac, der zuletzt alle Parteien gegen sich hatte (8. Aug. 1829).

Fürst Julius von Polignac ward Präsident des neuen Ministeriums, das der ultra-royalistischen Richtung angehörte. Sein Name war im ganzen Lande verhaßt; eine düstere Stimmung lagerte auf dem Volke, die noch durch den Umstand gesteigert ward, daß General Bourmont, der kurz vor der Schlacht bei Waterloo das Heer Bonapartes verlassen hatte, das Kriegsdepartement leitete. Man erwartete täglich einen Staatsstreich gegen die Charte, und die Presse forderte zu gesetzlichem Widerstande auf; wo der König sich zeigte, empfing ihn verhängnisvolles Schweigen. Im ganzen Lande stieg die revolutionäre Gesinnung; es bildeten sich geheime Gesellschaften mit republikanischen Tendenzen, man sprach von Steuerverweigerung und suchte jede Regierung unmöglich zu machen, um die bestehende zu stürzen. Als der König bei Eröffnung der Kammern am 2. März 1830 in seiner Rede die Drohung aussprach, strafbare Umtriebe gegen seine Regierung mit Kraft niederhalten zu wollen, war seine Erregung so groß, daß ihm der Hut vom Kopfe fiel; daß ihn der Herzog von Orleans wieder aufhob, galt als schlimmes Vorzeichen für Karl X. Die Kammern erwiderten in ihrer Adresse, die mit 221 Stimmen gegen 181 durchging, daß die Übereinstimmung zwischen der Regierung und den Wünschen der Nation nicht mehr vorhanden sei, worauf der König sein Bedauern äußerte, aber auch erklärte, daß seine Entschlüsse unabänderlich seien. Der König vertagte nun die Kammern und löste sie am 16. Mai 1830 auf; die neue Kammer ward auf den 3. August einberufen. Man bot inzwischen alles auf, um die Wahlen im Sinne des Ministeriums zu lenken, namentlich aber sollte die auf den kriegerischen Ehrgeiz und die Ruhmsucht der Franzosen berechnete Unternehmung gegen Algier die Nation mit der königlichen Familie aussöhnen.

Der Dey von Algier hatte seit Jahren französische Schiffe ausplündern lassen und besonders dem französischen Handel großen Schaden zugefügt. Die Vorstellungen der Regierung waren ohne Erfolg geblieben, ja der Dey war in seiner Frechheit so weit gegangen, den französischen Ge-

neralkonsul wegen einer ihm unangenehmen Gegenrede mit dem Fliegenwedel ins Gesicht zu schlagen. Eine solche Beleidigung einer durch das Völkerrecht geheiligten Person bestimmte Polignac zur Kriegserklärung gegen Algier (20. April 1830). In Toulon wurde eine große Flotte ausgerüstet, und ein Landungsheer von 42 000 Mann betrat unter dem Oberbefehle des beim Volke mißliebigen Generals Bourmont die afrikanische Küste. Das feindliche Lager wurde sogleich erstürmt, und eine Reihe von Gefechten bewährte den Ruhm der französischen Tapferkeit. Von der Land- und Seeseite gedrängt, übergab der Dey am 5. Juli Stadt und Gebiet den Franzosen. Ein Schatz von mehr als 70 Millionen Franken, 1500 Kanonen und 70 Kriegsschiffe fielen in die Hände der Sieger.*) Auch die Beherrscher der benachbarten Raubstaaten mußten dem Seeraub und dem Tribut christlicher Mächte entsagen, sowie versprechen, keine Christen mehr zu Sklaven zu machen.

Es war eine glänzende Waffenthat, die der ganzen Christenheit zur Ehre und zum Segen gereichte, aber das Volk blieb bei der Nachricht von diesem Siege gleichgültig; um so größeren Eifer entwickelte dasselbe bei den Wahlen, die ganz zu Ungunsten des Ministeriums ausfielen, da von den 221 Abgeordneten, welche die Adresse unterzeichnet hatten, 207 wiedergewählt wurden, und noch 65 neue liberale Wahlen hinzukamen. Karl X. blieb nicht ungewarnt vor den Schrecknissen einer Revolution, und ein sicilianischer Prinz äußerte auf einem Hofballe: „Wir tanzen auf einem Vulkane!“ Aber Hof und Ministerium wiegten sich in sorgloser Sicherheit, und Polignac war entschlossen, die Sache auf die Spitze zu treiben und die Unumschränktheit des Königtums mit einem Schlage wiederherzustellen. Nach Artikel XIV der Verfassung erließ der König die zur Sicherheit des Staates notwendigen Ordonnanzen. Gestützt auf den vieldeutigen Ausdruck „Sicherheit des Staates“, und von Polignac bestimmt, erließ der König am 26. Juli die berüchtigten Ordonnanzen (d. h. Verordnungen, die ohne Mitwirkung der Kammern erlassen sind), von denen die erste die Preßfreiheit

*) Der Dey ward auf seinen Wunsch nach Neapel gebracht; später lebte er in Livorno und Paris und starb 1838 in Alexandrien.

aufhob, die zweite die Kammern noch vor ihrem Zusammentritt auflöste, die dritte ein neues Wahlgesetz enthielt, das die Zahl der Abgeordneten um die Hälfte verminderte und ihre Wahl den größeren Grundbesitzern und höheren Beamten in die Hände lieferte. Zugleich ward Marschall Marmont, dem das Volk grollte, weil er 1814 zu den Bourbonen übergegangen, zum Befehlshaber der Pariser Division ernannt.

Als der Moniteur am 26. Juli die Ordonnanzen veröffentlichte, zeigte sich alsbald die größte Gährung. Die Redacteure der kleineren Blätter entwarfen eine Protestation gegen die Ordonnanzen, die in mehreren Zeitungen erschien und vom Volke mit Heißhunger verschlungen ward. Der Tumult in den Straßen steigerte sich, als am 27. die Polizei die Druckereien der Zeitungen, in denen jene Protestation erschienen war, versiegelte oder zerstörte, und die entlassenen Arbeiter die auf den Straßen wogenden Gruppen durch Erzählung des Geschehenen zur höchsten Erbitterung entflammten. Am Abend des 27. gewährte Paris schon einen drohenden Anblick, und hier und da kam es bereits zum Kampfe mit den königlichen Truppen. Die Waffenmagazine wurden erbrochen, und Leute mit dreifarbigen Fahnen erschienen an der Spitze der unruhigen Haufen, die mit Flinten, Säbeln und Stangen auf die Truppen eindrangen. Vor dem Palais Royal, wo die Garde stand, kam es zuerst zum Gefecht, indem diese gewaltsam Platz und Gärten des Palastes säuberte. Die Garde fühlte sich aber zu schwach, dem Andrang des Volkes zu widerstehen, und Marmont sandte ihr fünf Bataillone Linie zu Hülfe. Aber die Linie weigerte sich anfangs von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, feuerte den Leuten über die Köpfe weg und wurde durch den Ruf: „Es lebe die Linie!“ in ihrer Treue wankend gemacht. In der Nacht vom 27. auf den 28. füllten sich die Straßen von Paris mit Barrikaden, und das Volk rüstete sich zum Kampf des morgenden Tages. Der König mit dem Hofe und den Ministern außer Polignac entfloh am 28. nach St. Cloud. Marmont, der den Oberbefehl über die 11 000 Mann starke Besatzung hatte, erkannte die Unhaltbarkeit seiner Lage, aber Polignac blieb unbekümmert und wiegte durch beruhigende Botschaften den König in die größte Sorglosigkeit. Paris

ward in Belagerungszustand erklärt. Die Masse der Volkskämpfer mehrte sich, Lebensmittel flossen ihnen in Fülle zu, während sich vor den Soldaten alle Pforten schlossen, und der hungrige Krieger nicht einmal für schweres Geld Brot und Wein bekommen konnte. Am 28. früh um 8 Uhr entspann sich ein gräßlicher Straßenkampf. Die Zahl der Angreifer erhielt Zuwachs durch die Studierenden der polytechnischen, der Rechts- und der Tierarznei-Schule, und auch die seit 1827 aufgelöste Nationalgarde erschien in ihren alten Uniformen auf den Kampfstätten. Die Reiterei wurde durch die Barrikaden in Unthätigkeit erhalten; Latten, Dachziegeln, ja ganze Schornsteine wurden auf die Truppen geschleudert, und Töpfe voll siedenden Wassers, Vitriolsäure und Scheidewasser aus den Fenstern gegossen. Schauerlich wimmerten von allen Türmen die Sturmglocken in das Gebrüll der Kanonen und das Knattern des Kleingewehrfeuers, während von den Barrikaden die Töne der Marseiller Hymne schmetternd die Lüfte durchzitterten. „Nieder mit den Bourbons!" hieß bald die allgemeine Parole. Der wütendste Kampf entstand um das Stadthaus, das die tapfere Garde zehnmal erstürmte und zehnmal an die Volkshaufen wieder verlor. Inzwischen hatte man Abgeordnete, unter denen sich der reiche Banquier Lafitte und Casimir Perrier befanden, an Marmont gesandt, um ihn auf die Seite des Volkes zu ziehen, aber obwohl von der Unzulänglichkeit seiner Mittel überzeugt, die er dem Könige offen schilderte und zum Nachgeben riet, beharrte er auf seinem Posten. Vergebens blieben auch Deputationen an Polignac, an den König selbst, die um Einstellung der Feindseligkeiten und um Zurücknahme der Ordonnanzen baten. König und Minister beharrten auf ihrem Willen, und die Wogen der Revolution rollten immer mächtiger daher, türmten sich immer höher empor, um zum zweiten Male das legitime Königtum zu überfluten und in ihrem Abgrunde zu begraben.

Auf dem vom Volke genommenen Stadthause trat ein Municipalausschuß zusammen, zu welchem Lafitte, Casimir Perrier und andere gehörten, die sämtliche Geschäfte leiteten. Der greise Lafayette, der sich der Revolution angeschlossen, erhielt den Oberbefehl über die bewaffnete Macht, und seine Erscheinung rief unendliche Begeisterung

hervor. Noch behaupteten die königlichen Truppen das Schloß der Tuilerien und den Louvre, und wiederholte Angriffe blieben ohne Erfolg. Das Militär bewies in seiner schwierigen Lage, von Durst, Hunger und Munitionsmangel bedrängt, eine heroische Ausdauer und Aufopferung, und erst auf die Nachricht, daß ein Haufe von 20 000 Streitern auf dem Wege nach St. Cloud sei, erteilte Marmont, besorgt um den daselbst weilenden König, den Befehl zum Rückzug, der durch das Boulogner Hölzchen nach St. Cloud führte. Das siegreiche Volk wachte über die Heiligkeit des Eigentums im Louvre und in den Tuilerien, die Kunstschätze wurden gesichert und Kostbarkeiten, Geld und wertvolle Gerätschaften kamen auf das Stadthaus in Verwahrung, während die Betten den zahlreichen Verwundeten zu Teil wurden. Wohl keine Revolution hatte je so viele Züge von Kampflust, von freiwilliger Aufopferung und Hingebung, von Ausdauer und Entsagung in den Reihen der Streiter auf beiden Seiten entwickelt, als die sog. „große Pariser Juliwoche.“ Die gefallenen Kämpfer wurden später unter der Julisäule bestattet.

Marmont hatte in St. Cloud einen sehr übelen Empfang und ward als Verräter bezeichnet. Indessen entschloß sich der König zum Nachgeben und schickte am 29. Abgeordnete nach Paris mit der Nachricht, er nehme die Ordonnanzen zurück, wolle die Kammern auf den 3. August berufen, die Nationalgarde wiederherstellen und ein liberales Ministerium ernennen. Aber seine Abgeordneten wurden von der Municipalbehörde und der neu eingesetzten provisorischen Regierung zurückgewiesen. „Es sei zu spät,“ hieß das Schreckenswort, „Karl X. sei nicht mehr König von Frankreich.“ Man sprach von Wiederherstellung der Republik, und die kampfesmutige Jugend und die Proletarier bauten auf sie ihre Hoffnung, aber den wohlhabenden Bürgerstand durchzuckte im Angedenken an die blutigen Greuel der ersten Republik ein nur zu wohlbegründetes Grausen. Daher brachte Lafitte den bei ihm versammelten Deputierten die Erhebung des Herzogs von Orleans in Vorschlag und wußte auch den einflußreichen Lafayette dafür zu gewinnen. Am 30. Juli wurde von etwa 60 Deputierten und 60 Pairs der Beschluß gefaßt, daß der Herzog von Orleans eingeladen werden solle,

die Stelle eines General-Statthalters des Königsreichs zu übernehmen und als solcher die Nationalfarben beizubehalten.

Ludwig Philipp, Herzog von Orleans, geboren am 6. Oktober 1773, war der Sohn des 1793 hingerichteten Philipp Egalité. Seine Erziehung hatte Frau von Genlis im Geiste jener Zeit geleitet und für die Entwickelung seiner körperlichen Thätigkeit und seines glänzenden Verstandes Sorge getragen. Nach dem Beispiel seines Vaters hatte er sich mit jugendlicher Leidenschaft in die Arme der Revolution geworfen und stand im Jakobinerklub in hohem Ansehen, wie er sich denn einst unterzeichnete: „Louis Philippe Egalité, durch Geburt französischer Prinz zu seinem Unglück, aber Jakobiner bis zu den Fußzehen.“ Er hatte bedeutenden Anteil an der Schlacht bei Jemappes, ward aber beim Beginn der Schreckensherrschaft in Dumouriezs Schicksal verwickelt und floh auf östreichisches Gebiet. Sodann begab er sich in die Schweiz, wo er als Lehrer der Mathematik an einem Privatinstitute zu Reichenau angestellt ward. Als die Stürme der Revolution auch dieses Land erreichten, hielt er sich hier nicht mehr sicher, gab seine Stelle auf und bereiste Dänemark, Schweden und Norwegen. Im Jahre 1796 schiffte er sich nach Nordamerika ein, dessen Institutionen er kennen lernte, und lebte seit 1800 in England, das ihm 2000 Pfund Jahrgelder bewilligte. Nach dem Tode seiner jüngeren Brüder ging er nach Sicilien, vermählte sich 1809 zu Palermo mit Maria Amalia, Tochter Ferdinands von Sicilien, und schwur „Treue dem legitimen Souverän und Haß dem revolutionären Wahnsinn.“ Nach der Restauration kehrte er nach Frankreich zurück, wo er als königlicher Prinz den Rang eines Generals erhielt und wieder in den Besitz seiner väterlichen Güter kam. Da er sich von Gelüsten nach der Krone fern zu halten wußte, fand er bei Hofe Aufnahme, ohne daß ihm der König, der ihm sogar den Titel „königliche Hoheit“ verweigerte, oder die Herzogin von Angoulême volles Vertrauen schenkten.*) Louis Philipp

*) Als einst die Herzogin von Berry den König bat, ihr ein Kabriolet zu geben, wie es der Herzog von Orleans habe, widerriet ihr der König ein so gefährliches Fahrzeug, und auf die Entgegnung der Berry, daß es auch für den Herzog gefährlich sei, sagte er, ob dieser den Hals breche, sei ihm ziemlich gleichgültig.

sah im Palais Royal die vornehmsten Künstler, Dichter und Industriellen von Paris bei sich, wußte seinem Leben einen gewissen bürgerlichen Anstrich zu geben und ließ seine Söhne in den öffentlichen Schulen erziehen. Während er auf seinem Landgute Neuilly nur den wirtschaftlichen Sorgen für seine Güter zu leben schien, unterhielt er im geheimen Verbindungen mit der liberalen Partei und ließ seinen Namen zum Hoffnungsanker der Unzufriedenen werden. Bei der Krönung Karls X. rief er mit lauter Stimme sein: „Vive à jamais Charles X.!“ und erhielt dafür eine bedeutende Schenkung. Mit hellem Blicke die Mißgriffe der Regierung erkennend, blieb er, ohne eine Partei zu bilden, ein ruhiger Beobachter der Ereignisse.

Diesen Herzog von Orleans wollte jetzt Lafitte auf den Thron erheben. Er sandte Boten nach Neuilly, um ihn aufzufordern, sich an seinen Posten zu begeben, und noch in der Nacht auf den 31. langte er verkleidet in Paris im Palais Royal an. Als man ihm vor seinem Schlosse ein Lebehoch brachte, versicherte er, er werde sich eher töten lassen, als die Krone annehmen. Als man ihm die Statthalterwürde antrug, schwankte er lange, bis endlich Talleyrands Wort: „Man soll annehmen!“ ihn dazu bestimmte. Nun erließ er die berühmte Proklamation, in der er verkündete, die Charte werde fortan eine Wahrheit sein; doch hatte er noch eine starke Partei gegen sich. Lafitte ging mit dem Herzoge in feierlichem Aufzuge nach dem Stadthause, um die Anerkennung desselben zu bewirken. Hier führte Lafayette selbst den Herzog ans Fenster, um ihn dem Volke vorzustellen. Louis Philipp schwenkte eine dreifarbige Fahne, und das Volk rief: „Es lebe Lafayette! Es lebe der Herzog von Orleans!“ Allmählich wußte Louis Philipp auch die Häupter der republikanischen Partei zu gewinnen, indem Lafayette dem Herzoge die Erklärung mitteilte, man wolle einen populären Thron, umgeben von demokratischen Institutionen, worauf dieser mit der Versicherung antwortete, er teile ganz die Ansichten der Bürger, ihre Vorschläge seien seine eigenen Gedanken, man möge ihm unbedingt vertrauen.

An demselben Tage (31.) verließ Karl X. mit seiner Familie St. Cloud und begab sich, von den Überresten seines Heeres und einer Anzahl Getreuer begleitet, nach Rambouillet.

Auf die Kunde von den in Paris gefaßten Beschlüssen entschloß er sich am 2. August zur Abfassung eines Schreibens, worin er und der Dauphin der Krone zu Gunsten des jungen Herzogs von Bordeaux (Sohnes des ermordeten Herzogs von Berry), der als Heinrich V. König werden sollte, entsagten und den General-Statthalter ersuchten, dem königlichen Kinde die Krone zu erhalten. Er wollte Rambouillet nicht verlassen, bis der neue König ausgerufen wäre; als er aber die Absendung von Truppen gegen ihn erfuhr, entschloß er sich zur Weiterreise und wandte sich der Küste zu, nicht ohne von Seiten der Bevölkerung laute Äußerungen des Mißfallens zu erfahren. Der König bewahrte auch im Unglück seine Würde, während die Herzogin von Angoulème in dumpfen Schmerz versunken war. Der Abschied von den treuen Garden war rührend; er nahm ihre Fahne in Empfang und sagte mit gehobener Stimme: „Meine Freunde, ich nehme diese Fahnen mit mir, ihr habt sie ohne Makel zu erhalten gewußt, und ich hoffe, daß einst mein Enkel das Glück haben wird, sie euch zurückzugeben.“ Am 16. August segelte die unglückliche Familie von Cherbourg nach England und ließ sich in Schottland auf dem Schlosse Holyrood bei Edinburg nieder, das Karl X. bereits in seiner früheren Verbannung bewohnt hatte.*)

Am 3. August eröffnete der Regent die neuen Kammern und teilte die Entsagungsurkunde Karls X. mit, ohne jedoch der Nachfolge Heinrichs V. Erwähnung zu thun, da er selbst Erbe der erledigten Krone zu werden hoffte. Zugleich erinnerte er an notwendige Verbesserungen, deren die Charte bedürfe. Den Auftrag zur Entwerfung dieser Verbesserungen erhielt der Abgeordnete Berard, und ihm verdankt sie ihre freisinnigen Bestimmungen. Aber Louis Philipp und sein Minister Guizot, der sich früher ebensowohl gegen das göttliche Recht der Könige wie gegen die Volkssouveränität erklärt hatte, wußten den Entwurf nochmals abzuändern, und auf Grund dieses abgeänderten Entwurfs wurden am 6.

*) Im Herbste 1832 siedelte Karl X. mit seiner Familie nach Prag über, dann nach Görz, wo er am 6. November 1836 im achtzigsten Jahre seines Lebens starb. Ebendaselbst starb am 3. Juni 1844 sein Sohn, Herzog von Angoulème; dessen Gemahlin, Marie Therèse, starb am 19. Oktober 1851.

August die Verbesserungen der Charte in Beratung gezogen. Darnach verschwand der Eingang, der die Charte als königliches Geschenk darstellte; die katholische Religion wurde nicht mehr als Staatsreligion, sondern als die der Mehrheit der Franzosen bezeichnet; die Freiheit der Presse wurde durch Aufhebung der Censur gesichert. Um neue Ordonnanzen zu verhindern, wurde bestimmt, daß der König niemals die Verfassung außer Kraft setzen und andere von deren Beobachtung entbinden dürfe. Das Recht, Gesetze vorzuschlagen, welches bisher nur dem Könige gehörte, wurde dem Könige, den Pairs und Deputierten gleichmäßig eingeräumt. Die Errichtung außerordentlicher Gerichtshöfe ward für ungesetzlich erklärt, die Verantwortlichkeit der Minister durch Erweiterung der Befugnis, sie vor der Pairskammer anzuklagen, erhöht. Am 7. August wurde die so veränderte Verfassung von der Mehrheit der Deputierten und den Pairs angenommen und zugleich trotz der glänzenden Rede Chateaubriands, der für die Rechte Heinrichs V. sprach, beschlossen, die erledigte Krone dem Herzog Louis Philipp von Orleans zu übertragen. Noch an demselben Abend zogen die Deputierten und die Pairs nach dem Palais Royal und übergaben dem Statthalter die Erklärung, die ihn zum Throne berief. Am 9. August beschwor Louis Philipp die Verfassung und bestieg als König der Franzosen — anstatt des bisherigen Königs von Frankreich — den Thron unter dem Donner der Geschütze und dem lebhaften Rufe: „Vive le roi!“ In seiner Rede äußerte er, daß er nach seinen früheren Erinnerungen gewünscht habe, den Thron nie zu besteigen, und daß er, indem er es dennoch thue, nur dem Gebote der Vaterlandsliebe gehorche.

Die meisten der von Karl X. ernannten Pairs verloren, da sie sich weigerten, dem „Bürgerkönige“ den Eid zu leisten, ihre Stellen. Lafayette ward Oberbefehlshaber der neu errichteten Nationalgarde. Die Minister Karls X. wurden wegen Abfassung und Unterzeichnung der Ordonnanzen vor Gericht gestellt.

So ward die Revolution des Juli 1830 geschlossen, und der Stern der Bourbonen war zum dritten Male untergegangen; wie lange aber die Sonne des Julithrones über Frankreich leuchten werde, lag im Dunkel der Zukunft.

Zweiter Zeitraum.

Von der Julirevolution bis zur Februarrevolution in Frankreich. (1830—1848.)

VIII.

Die Revolution in Belgien. Prinz Leopold von Sachsen-Koburg, König der Belgier.

Die Julirevolution in Frankreich hatte die erste tiefe Bresche in das Werk des Wiener Kongresses geschossen. Den Stoß, mit dem sie die Staaten Europas durchzuckte, fühlte zunächst das angrenzende Königreich der Niederlande.

Um gegen Frankreich im Norden eine stärkere Vormauer zu haben, hatte der Wiener Kongreß ohne Rücksicht auf die Wünsche und Gesinnungen der Bevölkerung die südlichen Provinzen, Belgien, mit den nördlicheren, Holland, zu einem Königreiche der Niederlande unter Wilhelm I. von Oranien vereinigt. Aber dem neuen Staate fehlte alle historische, nationale und konfessionelle Grundlage. Belgien hatte seit der Auflösung Burgunds immer zu einem der großen europäischen Reiche, erst zu Spanien, dann zu Östreich, zuletzt zu Frankreich gehört; Holland

hatte sich zur Republik erhoben und ein ausgedehntes Kolonialgebiet beherrscht. Die Vereinigung mit dem kleinen Holland erschien den Belgiern, die zwei Dritteile der Bevölkerung ausmachten, als Demütigung. In Belgien herrschte, wenn auch in den nördlicheren Teilen flämisch gesprochen ward, als Geschäftssprache und als Sprache der Gebildeten das Französische, während in Holland ein deutscher Dialekt die Landessprache bildet. In Belgien war der Katholizismus in die Überzeugungen und Sitten des Volkes übergegangen, und die Herrschaft eines Fürstenhauses, das durch Bekenntnis und Verteidigung des Kalvinismus zu Macht und Größe gelangt war, schien den katholischen Glauben zu gefährden. Statt mit einander zu verschmelzen, hatten sich die vorhandenen Gegensätze seit 1814 nur noch feindseliger gestaltet und ließen keinen Zweifel übrig, daß das Königreich der Niederlande eine erzwungene und unnatürliche, und deshalb unhaltbare Schöpfung der Politik war.

Besondere Übelstände kamen noch hinzu. König Wilhelm I. ließ das konstitutionelle Leben zu keiner vollen Entwickelung kommen. Das Ministerium war den Generalstaaten (Ständen) nicht verantwortlich, und ein Gesetz über Ministerverantwortlichkeit wurde vom König beharrlich verweigert. Die Belgier, um mehr als ein Dritteil zahlreicher als die Holländer, stellten in der zweiten Kammer nicht mehr Vertreter auf als die letzteren. Die Holländer, bei allen öffentlichen Anstellungen begünstigt, stimmten in den Generalstaaten für die Vorschläge der Minister, so daß die meist aus Belgiern bestehende Opposition stets im Nachteil war und Belgien kaum vertreten zu sein schien.

Da Wilhelm I. nicht ohne Grund die in Belgien gegen ihn und seine Dynastie herrschende Abneigung zum Teil der Geistlichkeit schuld gab, so machte er gegen die Kirche die Rechte des Staates in vollster Ausdehnung geltend. Der Bischof von Gent, aus dem Geschlechte der Broglie, hatte sich geweigert, das Grundgesetz zu beschwören, weil darin die politische Gleichberechtigung aller Konfessionen ausgesprochen war, blieb aber dabei nicht stehen, sondern verbot seiner Geistlichkeit die Erwähnung des Königs im Kirchengebete, ja er sprach in einer Schrift Grundsätze aus, die als Auflehnung gegen den Staat und die Dynastie erscheinen mußten. Er

ward der Majestätsbeleidigung schuldig erklärt und, da er entflohen war, sein Bild an einen Schandpfahl zwischen zwei zur Brandmarkung verurteilten Dieben gehängt. Wenn nun auch hierin gegen den Bischof nicht strenger als gegen jeden anderen vorgegangen war, so lag doch in diesem Falle in dem Verfahren der Regierung ein Mißgriff, der von den Belgiern als Verhöhnung ihres Glaubens betrachtet wurde und den tiefsten Haß des Klerus gegen den König hervorrief. Die Geistlichkeit fühlte sich in ihren innersten Interessen verletzt, als der König das gesamte Unterrichtswesen, in dem sie ein ihr mit Recht zukommendes Gebiet sah, unter weltliche Behörden stellte. Gymnasium und Elementarschule wurden dadurch gehoben und ein sogenanntes „philosophisches Kollegium" zu Löwen gegründet, dessen Vorlesungen jeder, der ein geistliches Amt beanspruchte, eine Zeit lang besucht haben mußte. Der König wollte hierdurch die öffentliche Erziehung verbessern und ein aufgeklärtes Geschlecht heranbilden, aber wenn auch in dem Kollegium nichts gegen das katholische Dogma gelehrt wurde, so war es der Geistlichkeit schon deshalb verhaßt, weil es von einem protestantischen Fürsten ausging, und diese wandte sich nur um so mehr der Richtung der Jesuiten und Ultramontanen zu. Das ganze Volk aber sah in der Weisung, das Holländische als amtliche Sprache zu betrachten, nur eine Abhängigkeit von Holland und eine Unterdrückung der belgischen Nationalität, und murrte laut, daß es zur Tilgung der holländischen Staatsschuld herangezogen und deshalb mit neuen Steuern belastet ward.

Als der König im Sommer 1829 eine Reise durch Belgien machte und überall mit großen Ehren und Freudenbezeugungen empfangen wurde, ließ er sich hierdurch über die wahre Stimmung des Volkes völlig täuschen. In Lüttich erklärte er den Staatsbehörden, er wisse nun, was er von den angeblichen Beschwerden zu halten habe, man danke das alles den Absichten einiger weniger, die ihre Sonderinteressen hätten, ein solches Betragen sei infam. Das Wort zündete, und in Flandern, dem Herde der klerikalen Opposition, bildete sich ein Orden „der Infamen" dessen Mitglieder eine Medaille trugen, die ein offenes Buch darstellte, mit der Aufschrift: „fidèles jusqu' à l'infamie!" mit An-

spielung auf den Wahlspruch der ehemaligen Geusen: „Getreu bis zum Bettelsack!“ (fidèles jusqu' à la besace!)

Der Geist des Widerstandes und der Abneigung gegen König und Regierung erreichte zuletzt eine solche Stärke, daß die Wahlen für die Generalstaaten im Jahre 1829 in Belgien durchgängig im liberalen, d. h. antiholländischen Sinne ausfielen. Besonders verhaßt war der damalige Justizminister van Maanen, gegen welchen sich der Ingrimm der Volksstimme in Belgien immer entschiedener richtete. Freiheit des Unterrichts, Verantwortlichkeit der Minister, Preßfreiheit, Geschwornengerichte, Unabhängigkeit des Richterstandes wurden jetzt von allen Seiten her verlangt, selbst von einem Teile der holländischen Abgeordneten. Einem solchen Sturme gegenüber verstand sich die Regierung zu einigen Zugeständnissen: die Censur wurde ermäßigt, das philosophische Kollegium aufgehoben und der Gebrauch der Sprache in amtlichen Angelegenheiten in Belgien freigegeben, — aber diese Zugeständnisse kamen zu spät; man setzte kein Vertrauen mehr in eine Regierung, die nicht lange zuvor liberale Beamte mit Absetzung und freisinnige Schriftsteller mit Gefängnis bestraft hatte.

Während Wilhelm I. bei rechtzeitigem Einlenken die Mehrheit der Liberalen für sich hätte gewinnen können, so verbanden sich jetzt die Parteien der Liberalen und Klerikalen zu einem anderswo unerhörten und unnatürlichen Bunde. Die katholische Partei, von unversöhnlichem Hasse gegen den König beseelt, drang auf konstitutionelle Institutionen, auf Preßfreiheit, Geschwornengerichte u. s. w., die von ihren Gesinnungsgenossen in anderen Ländern auf das heftigste bekämpft wurden; die Liberalen unterstützten den Klerus in seinem Streben nach Unterrichtsfreiheit und Unabhängigkeit der Kirche von der Staatsgewalt. Der eigentümliche Charakter dieser Verbindung zeigte sich besonders in der Stellung, welche der Schriftsteller de Potter eine Zeit lang einzunehmen wußte. Er führte eine äußerst scharfe und schneidende Sprache und hatte sich durch mehrere der päpstlichen Kirche feindliche Schriften bekannt gemacht. Später war er, als Verfechter der belgischen Nationalität, wegen einiger Zeitungsartikel zu einer Freiheitsstrafe verurteilt und suchte, wieder frei geworden, einen Verein zur Unterstützung abgesetzter Beamten zu bilden. Das Mini-

sterium leitete ohne hinreichenden Grund einen Hochverratsprozeß gegen ihn ein und de Potter wurde zu achtjähriger Verbannung verurteilt. Er ging nach Paris, und von hier aus wurde er der Regierung erst recht gefährlich. Dieser einflußreiche Mann wurde bei seinem nationalen Streben vom Klerus unterstützt und gab deshalb seinen Kampf gegen die katholische Kirche auf.

So lag denn reicher Brennstoff aufgehäuft, als die Julirevolution den zündenden Funken hineinschleuderte. Während der König verblendet blieb, las man mit Anspielung auf die Vorbereitungen zu dessen Geburtsfeste am Morgen des 22. Augustes zu Brüssel folgendes Programm: „Montag den 23. Feuerwerk, Dienstag den 24. Illumination, Mittwoch den 25. Revolution". Auffallender Weise ließ ein Hofbeamter am Abende des 25. August 1830 im königlichen Theater zu Brüssel die Oper: „Die Stumme von Portici" geben, in welcher die Erhebung der Neapolitaner gegen die spanische Herrschaft unter Leitung des Fischers Masaniello gefeiert wird. Die Stellen, welche den Haß gegen Unterdrückung und den Kampf für die Freiheit preisen, wurden von dem Publikum mit stürmischem Beifall aufgenommen. Aber vor dem Theater hatten sich große Haufen niederen Volkes versammelt, die nach beendigter Vorstellung in den Ruf ausbrachen: „Es lebe de Potter! Nieder mit van Maanen!" Vom Theater aus stürzte die Menge nach den Häusern des Ministers van Maanen, des Polizeidirektors und eines ministeriellen Journalisten, plünderte sie aus, steckte sie in Brand und würde ihre Wut auch an den Personen ausgelassen haben, wenn sich diese nicht zeitig gerettet hätten. Nachts wurden alle Waffenläden erbrochen und das Zerstörungswerk am folgenden Tage wiederholt. Statt der königlichen Wappen wurden die Farben des alten Herzogtums Brabant aufgesteckt.

Um der Zerstörungswut des Pöbels zu steuern, trat die Brüsseler Bürgerschaft zu einer Nationalgarde zusammen, und ein Bürgerausschuß übernahm bei der Ohnmacht der Behörden die öffentliche Gewalt. Man sandte am 29. August eine Deputation an den König nach dem Haag, um von ihm Änderung des bisherigen Regierungssystems, Entlassung der mißliebigen Minister und schleunige Berufung der General-

staaten zu verlangen. Inzwischen hatte sich mit Ausnahme Antwerpens, Mastrichts, wo starke Besatzungen lagen, die revolutionäre Bewegung über ganz Belgien verbreitet, und von allen Türmen wehten die brabantischen Fahnen. Der Pöbel beging allerlei Unordnung und Gewaltthätigkeit, wogegen die Bürgerschaften Nationalgarden bildeten. Der König wollte aber nicht den Schein eines ihm auferlegten Zwanges ertragen, erklärte, er lasse sich nicht die Pistole auf die Brust setzen und zur Entfernung van Maanens nötigen, und entließ die Deputation mit allgemeinen Versicherungen, die bei dem Heranrücken von Truppen gegen Belgien das Mißtrauen nur noch steigerten.

Wilhelm I. sandte seine beiden Söhne nach Belgien; der ältere, Wilhelm von Oranien, sollte bei seiner bekannten Volksbeliebtheit den Weg der Unterhandlungen versuchen, der jüngere Prinz, Friedrich, möglichst viele Truppen in der Nähe von Brüssel zusammenziehen. Wilhelm wollte an der Spitze eines Truppencorps in Belgiens Hauptstadt einrücken, aber die Vorstellungen einer Bürgerdeputation, daß es dann zu blutigen Auftritten kommen würde, ließen ihn davon abstehen, und er zog nur mit einigen Offizieren in Brüssel ein. Hier überzeugte er sich von der bedenklichen Lage der Dinge und bot in einer mit den belgischen Notabilitäten am 3. September abgehaltenen Konferenz die legislative und administrative Trennung Belgiens von Holland unter Beibehaltung der Dynastie an, mit dem Versprechen, dieselbe bei seinem Vater zu unterstützen.

Ohne sich damit einverstanden zu erklären, berief der König die Generalstaaten auf den 13. September nach dem Haag. Die Thronrede berührte zwar die Beratung über die Trennung Belgiens von Holland, stellte sie aber nicht als eine unvermeidlich gewordene Notwendigkeit dar. Diese Unentschiedenheit und der langsame Gang der Verhandlungen erzeugte neues Mißtrauen, und die Belgier glaubten sich vom Prinzen von Oranien nur getäuscht. Als endlich am 28. September die Trennung Belgiens von Holland von den Generalstaaten ausgesprochen und am 4. Oktober vom König bestätigt wurde, waren unterdessen Ereignisse eingetreten, welche diesem Beschlusse alle Wirkung benahmen.

Infolge des Schwankens der Regierung waren aus

den übrigen Provinzen, wo die Leidenschaften noch heftiger entflammt waren, ganze Scharen von Arbeitern nach der Hauptstadt gekommen, und aus Frankreich hatten sich viele Revolutionäre, die mit der Errichtung des Julithrones unzufrieden waren, nach Brüssel in Bewegung gesetzt. Diese stellten die Unentschlossenheit des Sicherheitsausschusses der Menge als Verrat an der gemeinsamen Sache dar. Die Nationalgarde ward entwaffnet und eine neue Behörde unter dem Namen „Centralausschuß" aus Ultramontanen und Radikalen eingesetzt (21. Sept.).

Auf die Kunde von diesen Vorgängen gab der König seinem Sohne den Befehl zur Besetzung Brüssels. Prinz Friedrich beging jetzt den Mißgriff, in einem Aufrufe von Antwerpen aus die Anstifter der ganzen Bewegung mit den härtesten Strafen zu bedrohen und die Ablegung der brabantischen Farben zu verlangen. Diese Haltung des Prinzen brachte alle Parteien, auch die Gemäßigten, gegen ihn in die Waffen. Als er nach einigen Gefechten in die Stadt eindrang, entstand ein furchtbarer Kampf. In den Hauptstraßen waren Barrikaden errichtet, aus allen Fenstern ward auf die Truppen gefeuert, Steine wurden geschleudert und siedendes Öl herabgegossen. Mehrere Gebäude gingen in Flammen auf. Von allen Seiten kam bewaffnete Hülfe herbei; französische Offiziere und der Spanier Juan van Halen hatten die Leitung der Menge übernommen, die auch mit Artillerie versehen war. Nach mehrtägigem erbitterten Kampfe mußte sich Prinz Friedrich in der Nacht vom 26. auf den 27. September mit großem Verluste zurückziehen.

Während des Kampfes war eine provisorische Regierung gebildet worden, in der außer anderen Führern der aus der Verbannung zurückgekehrte de Potter seinen Sitz hatte. Mit Kraft und Sicherheit ergriff sie die Zügel; ihren Anordnungen wurde pünktlich Folge geleistet, und eine einheitliche Richtung beseelte die ganze Bewegung. Auch die Belgier im holländischen Heere stellten sich unter die Nationalfahne. Die Wahlen zu einem belgischen National-Kongreß wurden ausgeschrieben.

Die Generalstaaten hatten unterdessen die Trennung Belgiens von Holland ausgesprochen, und der König sandte den Prinzen von Oranien als Statthalter der südlichen Provinzen,

der von Antwerpen aus (5. Okt.) den Belgiern alle ihre früher gemachten Forderungen bewilligte, sich den Beschlüssen des Kongresses unterwerfen und sogar selbst an die Spitze der Bewegung stellen wollte. Allein zu spät: die Dynastie Oranien war unmöglich geworden. Da außerdem der König die Zugeständnisse seines Sohnes mißbilligte, so traute man auch dem Prinzen nicht mehr. Dieser begab sich darauf nach London, wo eben die Minister der Großmächte zu einer Konferenz zusammentraten.

Ein belgisches Truppencorps unter den Generalen Mellinet und Nillon verfolgte die Holländer bis vor Antwerpen und setzte (26. Okt.) den Kampf in den Straßen der Stadt fort. Die Garnison zog sich in die Citadelle zurück, und als die Belgier sich zum Angriff rüsteten, ließ der holländische Gouverneur General Chassé die Stadt sieben Stunden lang aus dreihundert Kanonen beschießen. Über zweihundert Häuser wurden zerstört und für viele Millionen Waren verbrannt, unter denen sich auch viel fremdländisches Eigentum befand. Durch diese Katastrophe wurde jede Versöhnung und Ausgleichung unmöglich: „ein Strom von Blut und Thränen trennte nun Belgien von Holland und seinem Herrscherhause.“ Nach dem Falle von Venloo waren nur noch Mastricht, Luxemburg und die Citadelle von Antwerpen in der Gewalt der Holländer.

Der am 10. November eröffnete National-Kongreß sprach am 18. November die Unabhängigkeit Belgiens, vorbehaltlich des Verhältnisses Luxemburgs zum deutschen Bunde, und die Ausschließung des Hauses Oranien aus. Was die Verfassung des neuen Staates anbetraf, so fehlte es zwar nicht an einer republikanischen Partei, aber die konstitutionelle Monarchie hatte doch eine so feste Grundlage in der Bevölkerung, daß sich im Kongreß 174 Mitglieder gegen 13 dafür erklärten. Wie dieses Übergewicht des konstitutionellen Prinzips dem jungen Staate nach außen vorteilhaft war, so wurde dieser auch durch die damalige politische Lage Europas begünstigt: Rußland hatte mit der Bezwingung der polnischen Revolution vollauf zu thun, Östreich mußte Italien überwachen, und von den Westmächten, England und Frankreich, war keine Intervention zu erwarten.

Die neue Verfassung beruhte auf demokratischer Grund-

lage mit monarchischer Spitze. Die den Provinzen und Kommunen von alters her zustehenden Rechte waren sorgsam gewahrt, Kirche und Staat durchaus von einander unabhängig; es bestanden zwei Kammern, ein Senat, aber ohne Erblichkeit, und eine Repräsentantenkammer. Der König, der nicht als Herr alles Grundes und Bodens, sondern als erbliches Oberhaupt der Nation galt, hatte den Titel: König der Belgier. Diese Verfassung wurde am 7. Februar 1831 vom Kongreß einstimmig angenommen: ein Werk der Mäßigung und der Eintracht, das die Nation vor allen Stürmen der Folgezeit bewahrt hat.

Es kam nun darauf an, für den neuen Staat einen König zu wählen. Die Wahl fiel zunächst auf den Herzog von Nemours, den zweiten Sohn Ludwig Philipps. Allein der König der Franzosen sah voraus, daß die übrigen Mächte eine solche Vergrößerung des französischen Einflusses nicht dulden würden und lehnte ab. Da wandten sich die Blicke auf den Herzog von Leuchtenberg, den Sohn des ehemaligen Vizekönigs Eugen; aber Ludwig Philipp wollte keinen Enkel Napoleons zum unmittelbaren Nachbar und lenkte ein; er schien einer Wahl seines Sohnes, des Herzogs von Nemours, nicht mehr entgegen zu sein, und dieser wurde am 3. Februar 1831 mit schwacher Majorität zum König gewählt. Nun waren damals die Gesandten der Großmächte in London versammelt, um die Verhältnisse zwischen Belgien und Holland auf friedlichem Wege zu ordnen. Nachdem die Trennung beider Staaten ausgesprochen, waren durch die Protokolle vom 20. und 27. Januar 1831 die Grenzen des neuen Staates dahin bestimmt worden, daß das Großherzogtum Luxemburg, das zum deutschen Bunde gehörte, bei Holland verbleiben sollte. König Wilhelm nahm die Beschlüsse der Londoner Konferenz an, aber die Belgier verweigerten die Zustimmung unter dem Vorwande, daß das Großherzogtum sich mit ihnen gegen Holland erhoben habe und nicht wieder unter die Herrschaft des Hauses Oranien zurückkehren wolle. Diese Weigerung des belgischen National-Kongresses brachte neue Schwankungen hervor. Bei der Ungewißheit der Grenzfrage wünschte man wenigstens die Wahl des Königs gesichert zu sehen, und trug dem Herzog von Nemours zum zweiten Male die Krone an. Allein Ludwig

Philipp, der keine andere Absicht hatte, als nur den Herzog von Leuchtenberg zu beseitigen, schlug im Namen seines Sohnes die belgische Krone aus. Nun fiel die Wahl des Kongresses auf den Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg, den Gemahl der verstorbenen britischen Thronerbin, der sich seit dem Tode seiner Gemahlin, der Tochter Georgs IV., in England aufgehalten, und durch die Würde seines Auftretens und seine Einsicht einen hohen Ruf erlangt hatte. Durch die Vermählung seiner Schwester mit dem Herzog von Kent war er der Oheim der zur Königin von England bestimmten Prinzessin Viktoria. Nachdem er die griechische Krone ausgeschlagen (1830), weil er unter den gegebenen Verhältnissen nicht hoffen konnte, das Glück des griechischen Volkes zu begründen, nahm er jetzt die belgische an, da der belgische Kongreß sich indessen mit dem neuen Londoner Protokoll vom 26. Juni einverstanden erklärt hatte, wonach in Betreff Luxemburgs einstweilen der Statusquo beibehalten, und die endgültige Entscheidung der Zukunft überlassen werden sollte. Am 21. Juli hielt Prinz Leopold seinen feierlichen Einzug in Brüssel, beschwor unter freiem Himmel in Gegenwart einer unermeßlichen Volksmenge die Verfassung und wurde zum König der Belgier ausgerufen.

Aber König Wilhelms I. Unbeugsamkeit war noch nicht gebrochen. Im August 1831 rückten 70 000 Mann Holländer in Belgien ein, siegten bei Hasselt, Tirlemont und Löwen und hätten den Bestand des neuen Königreichs gefährdet, wenn nicht auf Leopolds Hülferuf und mit Englands Zustimmung ein starkes französisches Heer unter Marschall Gérard eingerückt wäre und die Holländer über die Grenze zurückgeworfen hätte. Indessen erreichte Wilhelm I. jetzt durch die Hülfe der Ostmächte, da die revolutionären Bewegungen in einem Teile Europas unterdrückt waren, so viel, daß Belgien, nach dem neuen Protokolle der 24 Artikel vom 6. Oktober, den deutschen Teil von Luxemburg samt der Festung, sowie einen Teil von Limburg an Holland überlassen und jährlich 8 400 000 Gulden als Anteil an der niederländischen Staatsschuld zahlen sollte.

Da König Wilhelm der Londoner Konferenz (den 24 Artikeln) seine Zustimmung fortwährend verweigerte, so schloß der König der Belgier mit England und Ludwig Philipp,

dem König der Franzosen, mit dessen Tochter Luise sich Leopold vermählt hatte, ein Bündnis, demzufolge abermals ein französisches Heer unter Marschall Gérard einrückte und die Citadelle von Antwerpen belagerte (Nov. 1832). Nachdem sich der tapfere General Chassé über einen Monat lang verteidigt hatte, übergab er am 23. Dez. die Citadelle. Chassé und seine Besatzung wurden als Kriegsgefangene nach Frankreich geführt, daselbst aber mit großer Auszeichnung behandelt. Doch Wilhelms Hartnäckigkeit war noch nicht überwunden; erst als eine französisch-englische Flotte die holländischen Küsten blockierte, und infolge des großen Schadens, den die Blockade dem holländischen Handel zufügte, auch die Generalstaaten in den König drangen, gab dieser endlich nach, nahm die 24 Artikel an (4. März 1838) und bewilligte die freie Schiffahrt auf der Schelde. Bald darauf legte der greise König die Krone zu Gunsten des Prinzen von Oranien nieder (7. Okt. 1840), der nun als König Wilhelm II. den holländischen Thron bestieg.*)

*) Unter Wilhelm II., dem es gelang, ein gutes Verhältnis mit Belgien herzustellen, verbesserten sich die holländischen Finanzen, und auch die Verfassungskämpfe führten zum Ziele, indem am 3. Nov. 1848 die neue Verfassung vollendet ward. Aber erst unter der folgenden Regierung Wilhelms III., der 1849 den Thron bestieg, kam die liberale Richtung zum Siege, als Thorbecke, der bedeutendste der liberalen Staatsmänner, durch eine Reihe von organischen Gesetzen das Land in einen befriedigenden Zustand versetzte. Die katholische Bewegung der letzten Jahre erstreckte sich auch auf Holland, aber der Posten für eine Gesandtschaft beim Papste fiel weg. Im April 1872 ward der Gedächtnistag der Loßreißung Hollands von Spanien, die Einnahme von Briel durch die Meergeusen am 1. April 1572, durch ein Nationalfest begangen. In demselben Jahre starb Thorbecke, der seit 1871 wieder am Ruder stand. Die Verbindung des Herzogtums Limburg mit Deutschland war 1867 gelöst worden. Im Jahre 1878 ward ein Elementarunterrichtsgesetz genehmigt, das, mit dem Prinzip der Konfessionslosigkeit, den Einfluß des Staates auf die Gemeindeschulen erhöhte. Nach mehrmaligem Ministerwechsel kam im August 1879 das gemäßigt-konservative Ministerium van Lynden zur Regierung. Holland zeigte seit längerer Zeit eine deutsch-feindliche Politik, als der verwitwete Prinz Heinrich sich im August 1878 mit Prinzessin Marie, Tochter des Prinzen Friedrich Karl von Preußen, vermählte. Der König vermählte sich (Jan. 1879) mit der Prinzessin Emma von Waldeck. Nach dem Tode des Prinzen Heinrich (Jan. 1879), und des Prinzen Wilhelm (Juni) hat die im August 1880 geborene Tochter der Königin Emma das nächste Anrecht auf den Thron.

König Leopold I., ausgezeichnet durch alle Tugenden des Regenten und des Staatsmannes, hat unter den schwierigsten Zeiten die Unabhängigkeit Belgiens behauptet und die von ihm angenommene Verfassung mit gewissenhafter Treue beobachtet. Durch Einsicht und Geschick wußte er dem belgischen Handel und Kunstfleiß neue Quellen zu eröffnen, so daß sich das Land unter ihm in geistiger und materieller Hinsicht ungestört entwickeln konnte. Obgleich Protestant, verstand er es doch, sich inmitten der heftigsten Kämpfe der Parteien durch Gerechtigkeit, Weisheit und Besonnenheit die Achtung des gesamten Volkes im höchsten Grade zu erwerben. So groß war das Vertrauen auf seine Weisheit, seine politische Erfahrung und seinen edlen Charakter, daß die Stürme des Jahres 1848 den belgischen Staat unberührt ließen. Er starb, von einem freien Volke betrauert, am 10. Dezember 1865. Es folgte ihm sein Sohn Leopold II.*)

*) Von den beiden Parteien im Lande, den Klerikalen und Liberalen, hatte keine ein so entschiedenes Übergewicht, daß sie das Regiment auf die Dauer in ihrem Sinne hätte führen können. Beide Parteien hielten sich die Wage, und Leopold I. hatte den Grundsatz, kein Gesetz zu bestätigen, welches die Herrschaft der einen Partei über die andere festgestellt haben würde. Im Jahr 1856 wurde vom 21.—24. Juli das 25jährige Bestehen der Verfassung mit großer Pracht gefeiert. Die Klerikalen wußten auf dem Gebiete des höheren Schulwesens ihren Einfluß insofern geltend zu machen, als die Ansprüche für die Staatsprüfungen herabgesetzt und die Maturitätsprüfungen für die Universitäten beseitigt wurden, so daß für den Besuch der letzteren ein Certifikat genügte, welches geistliche Privatschulen ebenso ausstellen konnten, wie die Staatsgymnasien. Dagegen endete der Kampf über das Wohlthätigkeitsgesetz, d. h. um Beseitigung der Staatsaufsicht über die Stiftungen zu wohlthätigen Zwecken, die nach dem Gesetz den Klerikalen in die Hände gegeben werden sollte, unter lebhafter Aufregung des Volks, das über die Zunahme der Klöster murrte, mit dem Siege der Liberalen (1857). — Im Januar 1869 starb der mutmaßliche Thronfolger. Mit Juni desselben Jahres kam das klerikale System zur Herrschaft, und das Ministerium Frère-Orban trat nach fast 13jähriger Thätigkeit zurück. Der Klerus gelangte zu einer ungeheueren Macht und errichtete sogar ein Bankgeschäft, um die Kapitalien der Masse an sich zu ziehen, das dann zum Verderben für tausende von Familien mit gänzlichem Bankerott endete. Die Bischöfe erlaubten sich in ihren Hirtenbriefen Angriffe auf die deutsche Reichsregierung, und der Kesselschmied Duchesne aus Seraing durfte sich in einem Briefe an den Erzbischof von Paris gegen eine Geldsumme zur Ermordung des Fürsten

IX.

Die polnische Revolution. Polen russische Provinz. Rußlands politisches Übergewicht.

Alexander I. hatte zu einer Zeit, wo er, von der Reaktion noch unbeeinflußt, für freisinnige Ideeen empfänglich war, den Polen aus eigenem Antriebe eine Verfassung gegeben (1815). Sie hatten einen eigenen Reichstag und Senat, ihre eigenen Finanzen, ein Nationalheer, eine besondere Verwaltung, also eine selbständige politische Existenz. In der Folge jedoch, als in Alexander Mißtrauen und Argwohn gegen jedes unabhängige Volksleben auftauchten, hatte er sich in Hinsicht auf Censur und Öffentlichkeit der Verhandlungen im Reichstage zu manchen Beschränkungen der Verfassung veranlaßt gefunden. Indessen war die russische Regierung zu Alexanders Zeit immer noch mit einer gewissen Mäßigung verfahren; anders aber gestaltete sich das Verhältnis, als Kaiser Nikolaus den Thron bestieg, der zwar die äußeren Formen der Verfassung bestehen ließ, aber ihre einzelnen Bestimmungen öfters verletzte.*) Was übrigens

---

Bismarck erbieten. Erst das Einschreiten der deutschen Reichsregierung hatte zur Folge, daß ein Gesetz-Paragraph „Duchesne" vorgelegt ward. Dieser Zustand dauerte, bis im Jahre 1878 die Liberalen nach gewaltigen Anstrengungen einen vollständigen Sieg errangen. Frère-Orban trat wieder an die Spitze der Regierung, welche die Macht der Kirche durch ein freisinniges Unterrichtsgesetz ermäßigte. Als der Papst den Bischöfen prinzipiell seine Billigung ihres Widerstandes aussprach, der belgischen Regierung gegenüber aber vorgab, diese zur Ruhe und Mäßigung ermahnt zu haben, nahm diese von dieser Zweideutigkeit Anlaß, den diplomatischen Verkehr mit dem Vatikan abzubrechen. Im Jahre 1880 ward der 50jährige Bestand des Staates in glänzender Weise gefeiert. — Im letzten Kriege stellte die belgische Bevölkerung ihre Sympathieen für Frankreich und ihren Ärger über die deutschen Siege offen zur Schau. Der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht, der sich auch hier infolge dieses Krieges regte, kam nicht zur Durchführung.

*) In die Verschwörung beim Regierungsantritt des Kaisers waren auch einige hundert vornehme Polen verwickelt. Sie wurden einer Militärkommission überwiesen, und erst auf die Beschwerden der Polen, deren Verfassung hierdurch verletzt war, vor den polnischen Senat gestellt. Die öffentliche Meinung sprach sich zu Gunsten der

äußeres Glück, Ruhe und Wohlstand anbetrifft, so befand sich Polen unter russischem Scepter wohler, als zur Zeit seiner früheren Selbständigkeit. Es herrschte Ordnung in der gesamten Verwaltung, und Unparteilichkeit in der Rechtspflege. Volksunterricht, Ackerbau, Handel und Kunstfleiß erfreuten sich der Begünstigung der Regierung. Aber alle diese Wohlthaten vermochten in den Polen die Erinnerungen an die verlorene Unabhängigkeit nicht zu erlöschen. Man fühlte, daß die verliehene Freiheit nur die Gnadenerweisung eines fremden Gebieters, kein sicher erworbenes Recht sei. Mit bitterem Schmerze gedachten die Polen ihrer früheren Selbständigkeit, der Macht und Größe ihres alten Reiches und der glorreichen Thaten ihrer Ahnen; der Gedanke an die Teilungen ihres Staates, an Rußlands Gewaltthätigkeiten erfüllten den Geist der zertretenen Nation und forderte sie, wie ein blutiger Schatten, zur Wiederherstellung der alten Herrlichkeit auf.

Wenn aber auch in allen Schichten der Gesellschaft eine russenfeindliche Gesinnung herrschte, so war man doch über Mittel und Wege, zu einer politischen Wiedergeburt Polens zu gelangen, verschiedener Meinung. Eine Partei, die besonders im höheren Adel ihre Stütze hatte und deshalb die aristokratische genannt wurde, wollte einen gewaltsamen Bruch mit Rußland vermeiden, von dem sie nur einen unglücklichen Ausgang fürchtete; sie hoffte vielmehr durch Beförderung des konstitutionellen Lebens das Nationalgefühl nicht nur im eigenen Volke zu erhalten, sondern auch über die anderen früher zum alten Polenreiche gehörigen Teile zu verbreiten. Die Wiederherstellung Polens sollte, wie eine langsam aber sicher reifende Frucht, durch eine allgemein-nationale Verbreitung, durch weise und zweckmäßige Reformen aller Art, zur Blüte und Reife gedeihen. An der Spitze dieser Partei stand Fürst Adam Czartoryski, der einst in seiner Jugend unter Kosciuszko auf den Trümmern des alten Polens gefochten hatte.

Eine andere Partei, zu welcher der kleinere Adel, die wissenschaftlich gebildeten Klassen und die Offiziere gehörten, hegte die Absicht, die erste sich darbietende Gelegenheit zu einer Losreißung von Rußland zu benutzen. Von glühender

---

Angeklagten aus, und der Senat, eben so gesinnt, sprach sie frei. Diese Freisprechung rief den größten Unwillen in Nikolaus hervor, so daß er mißtrauischer und strenger gegen die Polen wurde.

Vaterlandsliebe beseelt, aber ohne alle Erwägung der Umstände und der politischen Lage Europas, übersah sie die bei einem Kampfe mit Rußland in Betracht kommende Ungleichheit der Kräfte und wiegte sich im Gefühle ihrer Tapferkeit und ihres Hasses in den verwegensten Hoffnungen. Wenn auch zum größten Teil dem niederen Adel angehörig, war doch diese unmittelbar auf Volk und Heer wirkende Partei demokratischen Grundsätzen ergeben. Unter ihr ragte als bedeutenderes Mitglied Joachim Lelewel hervor, der Professor an der Universität Wilna gewesen war und nach Aufhebung seines Lehrstuhls in Warschau lebte, wo er die innigste Verbindung mit allen unterhielt, die nach einer nationalen Erhebung gegen Rußland dürsteten.

Die demokratische Partei hatte schon im Jahre 1828, als die russischen Streitkräfte gegen die Türken fochten, an ein Losschlagen gedacht, ja einige Fanatiker waren entschlossen gewesen, den Kaiser Nikolaus bei seiner Anwesenheit in Warschau (1829) mit den ihn begleitenden Familiengliedern zu ermorden, hatten sich aber, da die Aristokraten die Mithülfe versagten, allein zu schwach gefühlt. So glomm im ganzen Lande gleichsam das Feuer unter der Asche, als die Kunde von der Julirevolution, von dem Aufstande in Brüssel wie ein Blitz einschlug und das Feuer der Begeisterung zu hellen Flammen anfachte. Die alte Hoffnung der Polen auf Frankreichs Unterstützung steigerte die Kampflust. Da erschien im Oktober 1830 ein Befehl des Kaisers, das polnische Heer auf den Kriegsfuß zu setzen. Man fürchtete, daß dasselbe als Vorhut gegen Frankreich verwandt, und Polen von russischen Truppen besetzt werden sollte. Die Verschworenen, der Bevölkerung der Hauptstadt gewiß, beschlossen die Ausführung ihres Planes.*)

Zwar hatte man eine dunkle Kunde von der Verschwörung, und der Großfürst Konstantin war nicht ohne Warnung geblieben. Am 29. November abends sechs Uhr wollte man losschlagen. Die Russen waren in der größten Sorglosigkeit. Während ihre Offiziere sich in Theatern oder in Gesellschaften befanden, und die Soldaten in den Kasernen sich selbst über-

*) Wie unvorsichtig man dabei verfuhr, beweist der Umstand, daß am Lustschlosse des Großfürsten ein Zettel angeschlagen ward: „Von Neujahr an zu vermieten!“

lassen waren, hatte der Großfürst Konstantin den Abend in seiner gewohnten Umgebung auf seinem Lustschlosse Belvedere heiter begonnen, ohne die mindeste Gefahr zu ahnen, als sich plötzlich das Ungewitter entlud. Die Verschworenen hatten die Rollen verteilt; ein Teil hatte die Ermordung des Vicekönigs, ein anderer die Erstürmung des Zeughauses, ein dritter die Überrumpelung der Kaserne übernommen. Das Anzünden eines am Ende der Stadt gelegenen Brauhauses sollte das Signal sein. Unter dem Rufe: „Tod dem Tyrannen!“ stürzten gegen zwanzig Verschworene nach dem Belvedere, töteten den Vicepräsidenten und einen General, der dem Großfürsten ähnlich sah, und wollten schon in Konstantins Gemach dringen, als dieser durch die Geistesgegenwart seines Kammerdieners gerettet ward, der die Thür verriegelte und seinen Gebieter in einer Dachkammer in Sicherheit brachte. Konstantin, von dem Vorfall aufs äußerste erschreckt, verließ auf geheimen Wegen das Schloß und die Stadt. Während die Verschworenen die Rettung Konstantins als ein Unglück ansahen, scheiterte auch die Entwaffnung der russischen Regimenter, die sich vor ihren Kasernen in Schlachtordnung aufgestellt hatten. Aber die Hauptsache, die Erstürmung des Zeughauses und die Aufregung des Volkes gelang, und vierzigtausend Gewehre wurden unter die Menge verteilt, die nun den Kampf gegen das russische Militär aufnahm, wobei viele höhere Offiziere, die auf die Kunde von dem Vorgefallenen zu ihren Corps eilen wollten, unterwegs vom Volke erschossen wurden. Die Nacht unterbrach den Kampf. Am anderen Morgen sahen sich die Russen von allen Seiten eingeschlossen; Konstantin, der das Ganze anfänglich nur für einen Pöbelaufstand gehalten, erteilte nun den Truppen den Befehl zum Abzug und erreichte, nachdem die polnischen Regimenter nach Warschau zurückgekehrt, unangefochten die russische Grenze.

Nun gab sich die Bevölkerung in Warschau einem grenzenlosen Freudenjubel hin, und bei der Schnelligkeit, mit der sich die Nachricht von dem Geschehenen im ganzen Lande verbreitete, erhob sich ein Sturm der Begeisterung, von den Palästen der Großen bis in die ärmste Hütte hinab. Ohne alle Besorgnis für die Zukunft, herrschte in aller Brust nur das eine Gefühl, endlich des verhaßten Joches ledig zu sein.

Als sich der Freudentaumel etwas gelegt hatte, galt es, weitere Entschließungen und Maßregeln zu fassen. Fürst Lubecki, das einflußreichste Mitglied des Verwaltungsrates, der obersten Behörde für die inneren Angelegenheiten Polens, stimmte dahin, einige populäre Aristokraten in den Verwaltungsrat aufzunehmen, die er nach der ersten Aufregung wieder zu entfernen hoffte, um eine rückgängige Bewegung einzuleiten. Er drang indessen nicht durch; der Verwaltungsrat wurde am 4. Dezember aufgelöst, und eine provisorische Regierung gebildet, in der außer Lelewel, nur aristokratische Namen saßen, und an deren Spitze Fürst Czartoryski trat.

Die Meinungsverschiedenheit, welche zwischen der aristokratischen und demokratischen Partei von jeher bestand, trat nach dem 29. November wieder mit größerer Entschiedenheit hervor. Da der Aufstand von der demokratischen Partei und ihrem Anhang nun einmal ins Werk gesetzt war, so mußte jeder Rückschritt unmöglich werden, vielmehr war der Kampf jetzt in rücksichtslosem Vorgehen unter Aufbietung aller Kräfte so lange zu führen, bis die liberalen Mächte, Frankreich und England, Gelegenheit zu Unterhandlungen oder zu einer Dazwischenkunft zu Gunsten Polens erlangt haben würden. In der That forderte die demokratische Partei, von der die Schilderhebung ausgegangen, eine Kriegserklärung an Rußland, das Einrücken aller zur Verfügung stehenden Truppen in Litthauen, eine Aufforderung an die Bevölkerung von Volhynien, Podolien und der Ukraine zur Rückkehr unter den polnischen Staatsverband und eine allgemeine Bewaffnung des Volkes. Zunächst fühlte man das Bedürfnis eines tüchtigen Heerführers, und diese Stelle wurde dem sechzigjährigen General Joseph Clopicki übertragen, der einst an Kosziuscos Seite für Polens Freiheit gefochten, dann unter Napoleon gegen Spanien gedient und später Divisionsgeneral geworden war, aber von Konstantin beleidigt, die Stelle aufgegeben hatte. Wenn aber auch Clopicki den größten Ruf im Heere besaß, so war er doch ohne allen staatsmännischen Blick, und an strategischen Talenten wurde er von einigen jüngeren Offizieren übertroffen; er hatte stets nur auf höheren Befehl gehandelt und niemals eine selbständige Rolle gespielt. Von jeher nur an Befehlen oder Gehorchen gewöhnt, faßte er gegen die nach dem 29. November auftauchenden demokratischen Elemente,

gegen die zahlreichen politischen Zeitschriften und Klubs, gegen das Auftauchen übertriebener Meinungen, den tiefsten Widerwillen, und diese Übelstände erschienen ihm größer als die von außen drohenden Gefahren. Er ließ sich daher am 5. Dezember bis zur Wiederherstellung der Ordnung von der provisorischen Regierung zum Diktator ernennen, und machte diese, aus der nun Lelewel ausscheiden mußte, zu seinem Ministerium. Da die polnischen Großen, die in dem übereilten Aufstand ein Übel sahen, ihrem Vaterlande den Krieg ersparen und den Weg der Unterhandlung einschlagen wollten, an deren Gelingen jedoch bei dem bekannten Charakter des Kaisers Nikolaus nicht zu denken war, so ließ sich Clopicki durch den Fürsten Lubecki bestimmen, diesen und den Grafen Jezierski nach Petersburg zu schicken. Die beiden Abgeordneten sollten nichts als die ungeschmälerte Ausführung der Verfassung von 1815 verlangen, und nur zum Schein, um das Volk zu befriedigen, sollte der Übertragung dieser Verfassung auf die altpolnischen Provinzen Rußlands Erwähnung geschehen, ohne daß man auf dieser Forderung bestehen wollte.

Nikolaus hatte unterdessen einen Aufruf an die Polen erlassen, worin er ihnen, mit Ausnahme der Anstifter des 29. November, Verzeihung des Geschehenen versprach, wenn sie den Verwaltungsrat wiederherstellten, die aus dem Zeughause genommenen Waffen ablieferten und alle gefangenen Russen wieder auf freien Fuß setzten. Die Hauptsache war aber die Bestimmung, daß das polnische Heer sich bei Plock zusammenziehen und die Befehle des Kaisers erwarten sollte. Es stand zu vermuten, daß diese Befehle entweder in der Auflösung des Nationalheeres oder in dessen Verlegung nach dem Innern Rußlands bestehen würden.

Als nun die beiden Abgeordneten nach Petersburg kamen, wies sie der Kaiser mit ihren Forderungen ab, bezog sich auf seinen Aufruf und drohte im Weigerungsfalle mit Polens Vernichtung. Lubecki, der seinen Auftrag nur angenommen, um mit Sicherheit aus Polen zu entkommen, blieb in Petersburg; Jezierski kehrte mit traurigen Ahnungen nach Warschau zurück.

Clopicki suchte noch immer den Kaiser versöhnlich zu stimmen; er hatte die politischen Vereine geschlossen, die Tages-

presse unter Aufsicht gestellt, die aus den altpolnischen Provinzen herbeieilenden Freiwilligen zurückgewiesen und erklärt, auf dem Boden der Wiener Verträge und der Verfassung von 1815 stehen bleiben zu wollen. Aber seine Mäßigung und Halbheit schwächte die Widerstandskraft der Polen, ohne Rußlands Angriff zu verhindern. Der am 18. Dezember versammelte Reichstag erklärte den Aufstand vom 29. November für den Ausdruck des Volkswillens, worauf Clopicki, da diese Erklärung jede Aussöhnung mit dem Zaren unmöglich machte, die Diktatur niederlegte. Er ließ sich jedoch zur Wiederannahme seines Amtes bewegen, mußte aber gestatten, daß ihm ein Aufsichtsrat zur Seite gesetzt und ein Manifest erlassen wurde, das die Volkserhebung rechtfertigte. Clopicki ernannte nun ein Ministerium, in welchem auch Lelewel saß, und einen Nationalrat unter der Präsidentschaft Czartoryskis, sah sich aber fortwährend den Angriffen der Demokraten ausgesetzt, die ihm Unthätigkeit, ja Verrat vorwarfen. Sie suchten seine Stellung zu untergraben, und als er Lelewel und andere verhaften ließ, mußte er sie wieder freigeben. Nun war auch das Manifest des Kaisers angekommen, das unbedingte Unterwerfung forderte und den Einmarsch der russischen Truppen ankündigte, und auch Graf Jezierski meldete, daß der Kaiser Unterwerfung auf Gnade und Ungnade verlange oder mit Krieg drohe. Nun wurde die polnische Streitmacht in und um Warschau aufgestellt, zu welcher Freiwillige aus allen Teilen des Landes mit Begeisterung herbeiströmten. Die Bewegungspartei verlangte jetzt, daß Clopicki mit allen verfügbaren Truppen gegen Litthauen zöge. Die Besetzung dieser großen Provinz konnte die polnische Streitmacht verdoppeln, und den Anschluß von Samogitien, Podolien und Volhynien nach sich ziehen, da alle diese Gegenden damals (Jan. 1831) von den Russen nur schwach besetzt waren. Allein Clopicki, immer noch in dem Wahne befangen, es lasse sich dem Zaren gegenüber noch eine friedliche Vermittelung auffinden, weigerte seine Zustimmung. Man enthob ihn deshalb der Diktatur, wollte ihn aber verpflichten, den Oberbefehl über das Heer noch beizubehalten. Er lehnte dies ab, versprach aber dem neuen Oberbefehlshaber seinen Rat und dem Kampfe fürs Vaterland seinen Arm nicht zu entziehen.

Der Reichstag erklärte am 25. Januar 1831 auf Antrag des Grafen Soltyk das Haus Romanow des polnischen Thrones verlustig, setzte eine Regierung von fünf Männern ein, in welcher Czartoryski Präsident und Lelewel der einzige Demokrat war, und übertrug dem Fürsten Radziwill den Heerbefehl. Wie Clopickis Versäumnis, zur rechten Zeit in Litthauen einzurücken, durch nichts wieder auszugleichen war, so ließen auch die folgenden, meist der demokratischen Partei angehörigen Führer, in einem Kampfe, der mit dem Mute der Verzweiflung geführt werden mußte, unter diplomatischen Rücksichten die kostbarste Zeit zum Handeln ungenützt verstreichen. Das polnische Heer war trefflich gerüstet und von Begeisterung erfüllt; tödlicher Haß gegen Rußland beseelte die Offiziere und Soldaten, die vor Ungeduld brannten, sich mit den Russen zu messen. Aber unter den Generalen war kein einziger, der die Stelle eines Generalissimus vollkommen auszufüllen vermocht hätte, und dazu kam noch ihre Uneinigkeit, die alle Tapferkeit des Heeres und Begeisterung des Volkes erfolglos machte.

Die Russen hatten inzwischen Zeit gehabt, ihre Streitkräfte zusammenzuziehen. Im Februar 1831 überschritt der russische Feldmarschall, Graf Diebitsch-Sabalkanski, mit 120 000 Mann und 400 Kanonen die polnische Grenze und ließ seine Truppen in verschiedenen Abteilungen die Richtung nach Warschau nehmen. Jetzt erst dachten die Polen an die Befestigung der Hauptstadt und der jenseits der Weichsel gelegenen Vorstadt Praga und betrieben eine größere Volksbewaffnung, ohne sich jedoch zu dem hochherzigen Entschlusse zu erheben, durch Freigebung der Leibeigenen der Nationalkraft mehr Nachdruck zu geben. Die Polen hatten ihre Streitmacht, höchstens 45 000 Mann, auf dem rechten Weichselufer versammelt. Mehrere für die Polen günstige Gefechte gingen den größeren Kämpfen voran. Am 14. Februar überraschte der polnische General Dwernicki bei Stoczecki die Russen und nahm ihnen Gefangene und Geschütze ab. Am 15. und 17. Februar fochten Skrzynecki und der tapfere General Zymirski mit Erfolg gegen russische Corps. Um aber nicht von der russischen Hauptmacht umgangen zu werden, zogen sich die Polen langsam und in vollkommener Ordnung nach Wawer zurück, wo es am 19. Februar zu einer Schlacht

kam, die zwar unentschieden blieb, den Russen aber große Verluste verursachte. Am 24. Februar stießen die Polen unter den Generalen Jankowski und Malachowski bei Bialolenka auf die Russen, mußten aber nach dem tapfersten Widerstande dem zahlreicheren Feinde das Schlachtfeld überlassen. Die Polen nahmen hierauf bei Grochow eine feste Stellung, wo es am 25. Februar zur Schlacht kam. Die Polen hatten 45 000 Mann, die Russen 70 000, mehr als noch einmal so viel Geschütz und schwere Reiterei, woran es den Polen gänzlich fehlte. Die Polen fochten mit dem Gefühle der Rache für so viele an ihrer Nation begangene Frevel; Infanterie und Lanzenreiter entwickelten die ausgezeichnetste Tapferkeit. Ein Erlenwäldchen vor Grochow, der Schlüssel der polnischen Stellung, wurde von den Polen mehrmals verloren und wiedergewonnen, und die schwere Reiterei der Russen von der polnischen Artillerie mit großem Verluste zurückgewiesen, aber endlich mußten sie vor der Übermacht das Schlachtfeld räumen, auf dem sie 8000, die Russen 12 000 Tote und Verwundete zurückließen.*) Nun legte Fürst Radziwill, welchem der schwer verwundete Clopicki, bisher die Seele der militärischen Bewegungen, nicht mehr zur Seite stehen konnte, den Oberbefehl nieder; an seine Stelle trat Skrzynecki.

Dieser, bedeutend jünger als Clopicki, übertraf ihn an Geist und Bildung, besonders an diplomatischer Gewandtheit, stand ihm aber an militärischen Erfahrungen nach und war, wie alle polnischen Generale, mehr zum Divisionsgeneral als zum eigentlichen Feldherrn geeignet. Skrzynecki, ein frommer Katholik, führte auch das religiöse Element in den Kampf, indem er dem polnischen Volke die Russen nicht bloß als Feinde, sondern auch als Unterdrücker ihres Glaubens darstellte. Da er übrigens, wie Clopicki, von der Unmöglichkeit überzeugt war, den Russen auf die Dauer mit den alleinigen Mitteln Polens widerstehen zu können, so ließ er sich mit Diebitsch in Unterhandlungen ein. Aber Diebitsch verlangte

*) Übrigens zeigte sich auch in dieser Schlacht wieder die leidige Uneinigkeit der polnischen Generale. Wollte doch der General Krukowiecki dem Befehle Clopickis nicht gehorchen, da dieser keine eigentliche Charge besaß! Und doch wußte das ganze Heer, daß er der eigentliche Generalissimus war.

zunächst die Zurücknahme der Ausschließung des Hauses Romanow, Skrzynecki dagegen Bürgschaften und Sicherheiten für Polen, die der russische Feldmarschall ohne Genehmigung des Zaren nicht gewähren konnte. So zerschlugen sich die Unterhandlungen, und Skrzynecki hatte die beste Gelegenheit versäumt, die Blößen Diebitschs, der sein Heer in kleinere Abteilungen zersplitterte und auf das linke Weichselufer übergehen wollte, zu benutzen, die einzelnen Korps anzugreifen und zu vernichten. Zwar vereinigte Skrzynecki auf den Rat des ihm in strategischer Hinsicht überlegenen Prondzynski seine Truppen und gewann innerhalb zehn Tagen eine Reihe von Gefechten, die dem Feinde, außer den Toten und Verwundeten, 10000 Gefangene kosteten, aber diese Vorteile vom 31. März bis zum 10. April, die in ganz Europa mit Freuden begrüßt wurden, waren auch die letzten Siegesblitze, die dem für seine Freiheit kämpfenden Volke leuchteten.

Nun folgte eine Reihe von Unfällen. Die Versuche, die früher versäumten Einfälle in die altpolnischen Provinzen nachzuholen, schlugen fehl. Dwernicki, der in Volhynien den Aufstand unterstützen sollte, erlag einer dreimal stärkeren Macht der Russen unter Rüdiger und mußte sich mit 6000 Mann auf östreichisches Gebiet retten, wo er entwaffnet und gefangen wurde. Zwar erhob sich in Volhynien, Podolien, in der Ukraine, sogar in Samogitien der polnische Adel an der Spitze seiner Bauern, unterlag aber beim Mangel einer regelmäßigen Truppenmacht den Russen, oder rettete sich nach Polen.

Indessen konnte Skrzynecki infolge der ungeheuren Anstrengungen der Polen wieder über 75000 Mann mit 140 Geschützen verfügen; er hätte die zwischen dem Narew und dem Bug stehenden 22000 Mann russischer Garden erdrücken können, schickte aber aus Furcht vor einem Überfall Warschaus bedeutende Streitkräfte dahin ab und ließ Diebitsch Zeit, den Garden zu Hülfe zu kommen. So führte er denn die unglückliche Schlacht bei Ostrolenka herbei (26. Mai), wo die heldenmütigste Tapferkeit die begangenen Mißgriffe nicht wieder gut machen konnte. Die Polen verloren hier 7000, die Russen 9000 Mann.

Diebitsch sollte seinen Sieg nicht lange überleben; er starb am 9. Juni bei Pultusk, bald darauf am 27. Juni

der Großfürst Konstantin bei Witepsk, beide an der Cholera. Jener hatte in diesem Kriege, den er mit anderen Augen als ein Nationalrusse ansehen mochte, nicht die frühere Energie bewiesen; dieser soll über die Tapferkeit der Polen, als ob sie sein Werk wäre, seine Freude geäußert haben. Der plötzliche Hintritt beider Männer veranlaßte das Gerücht, daß ihr Tod kein natürlicher gewesen sei.

Eine noch niederschlagendere Wirkung auf die Hoffnungen der Polen als die Schlacht bei Ostrolenka brachte die Nachricht von dem Fehlschlagen der Unternehmung auf Litthauen, wohin General Gielgud Anfang Juni mit 12 000 Mann abgeschickt war. Auch hier zeigte sich die Uneinigkeit und Unfähigkeit der polnischen Führer. Ein rasches Vordringen gegen Wilna, wo nur 3000 Russen standen, würde diese Stadt und einen Teil der Provinz den Polen in die Hände geliefert haben, aber Gielgud, der als geborener Litthauer mehr Sorge für seine Güter in diesem Lande als für die Sache des Vaterlandes hatte, vergeudete in Unthätigkeit die kostbare Zeit, wurde, als er endlich vor Wilna ankam, von den inzwischen verstärkten Russen zurückgeschlagen und genötigt, am 12. Juli bei Memel über die preußische Grenze zu gehen, wo sein Korps die Waffen streckte. In demselben Augenblick wurde Gielgud von einem aus den Reihen hervorsprengenden Offizier mit den Worten: „Stirb, Verräter!" erschossen. Dagegen schlug sich sein Untergeneral Dembinski mit 4000 Mann durch die Russen durch und erreichte glücklich Warschau.

Nach Diebitschs Tode hatte Graf Paskewitsch-Eriwanski, durch seine Kriegführung gegen Persien und in Kleinasien berühmt, den Oberbefehl über die russischen Truppen übernommen. Er faßte den Plan, den Krieg an die untere Weichsel zu verlegen und ging auf das linke Ufer, um Warschau von seiner schwächsten Seite aus anzugreifen. Hier waren Schrecken und Verwirrung in stetem Steigen. Skrzyneckis Thatenlosigkeit, die Unzufriedenheit über die Maßregeln der Regierung, welche die Verteidigung des Vaterlandes preis zu geben schien, der Verdacht eines Verrates, die Lähmung aller Kräfte brachten am 16. August einen Aufstand hervor. Der Pöbel erbrach unter der Leitung des Priesters Pulawski die Gefängnisse und ermordete

einige dreißig Personen, die hier wegen wirklicher oder vermeintlicher Verräterei saßen, Schuldige und Unschuldige, sogar Frauen. Nachdem Skrzynecki am 10. August den Oberbefehl abgegeben, war dieser einstweilen an Dembinski und Prondzynski übertragen worden, aber bei dem Erlöschen aller Begeisterung und Thatkraft nahm die Anarchie immer mehr überhand. Die provisorische Regierung löste sich auf; Czartoryski entfloh verkleidet ins polnische Lager. Der vom Pöbel eingeschüchterte Reichstag ernannte den ränkesüchtigen General Krukowiecki zum Präsidenten, der treuloser Weise die Verwirrung mehrte, um sich für den Verrat des Vaterlandes beim Kaiser einen Dank zu verdienen.

Als Paskewitsch gegen die Hauptstadt vorrückte, schickte Krukowiecki, angeblich um Lebensmittel zu suchen, den Genuesen Romarino mit 20 000 Mann weit von Warschau weg, so daß in der Stadt nur noch 34 000 Mann blieben. Am 6. und 7. September begannen die Russen den Sturm auf die polnischen Verschanzungen, aber auch jetzt in der äußersten Bedrängnis fehlte unter den polnischen Generalen alle Einheit des Planes und alles Ineinandergreifen der Bewegung. Trotz der schlechten Führung kämpfte das polnische Heer mit dem Mute der Verzweiflung, und 11 000 Russen fielen auf dem Platze. Krukowiecki ließ sich vom Reichstage ermächtigen, mit Paskewitsch in Unterhandlung zu treten, in der Polens Unterwerfung versprochen wurde, und erteilte Befehl, das polnische Heer nach Praga überzuführen. Als aber der unterhandelnde General in die Stadt zurückkam, um mit Krukowiecki die letzten Verabredungen zu treffen, fand er, daß letzterer inzwischen von der entschlossenen Partei des Reichstags abgesetzt und ein neuer Präsident ernannt war. Ein Waffenstillstand von 48 Stunden ward geschlossen, während dessen der Reichstag und das polnische Heer, noch 22 000 Mann stark, Warschau verließen und sich nach Modlin wandten. Am 8. September zogen die Russen in Polens Hauptstadt ein.

Das polnische Heer dachte indessen noch immer an die Fortsetzung des Krieges, ja an einen Angriff auf Warschau, wo die Russen bei der erbitterten Bevölkerung einen schweren Stand gehabt haben würden. Aber Polen eilte seinem Schicksal unaufhaltsam entgegen. Als in Modlin Malachowski,

von kühnen Generalen bestimmt, das Korps des Generals Romarino an sich ziehen wollte, gehorchte dieser nicht, zog gegen Galizien, überschritt die östreichische Grenze und streckte am 16. September die Waffen. General Rozycki mußte nach tapferer Gegenwehr gegen das überlegene Korps Rüdigers am 23. September nach Krakau gehen und dort ebenfalls die Waffen strecken. General Rybinski, der in Modlin dem alten Malachowski im Oberbefehl gefolgt war, war mit Paskewitsch in Unterhandlung getreten. Da dieser unbedingte Unterwerfung forderte, so war zwar das Heer bereit, noch einmal seinen Rachedurst im Blute der Russen zu kühlen, aber bei der gewissen Aussicht auf Erfolglosigkeit zog Rybinski mit dem Reste des Heeres, 24000 Mann mit 95 Kanonen, über die preußische Grenze, wo er nach feierlichem Proteste gegen Polens Behandlung die Waffen streckte. Bald darauf hatte der polnische Aufstand durch den Fall der Festungen Modlin und Zamock sein Ende erreicht.

Nun verhängte der Zar Nikolaus über das unglückliche Polen ein furchtbares Strafgericht und führte ein System der Unterdrückung ein, die sich immer mehr steigerte und im Vergleich mit welcher die türkische Herrschaft über die Griechen noch für mild gelten mußte. Diejenigen Mitglieder des Reichstages, die für die Thronentsetzung des Hauses Romanow gestimmt hatten, wurden im Betretungsfalle nach Sibirien geschickt, gegen die Generale eine Untersuchung eingeleitet.*) Die Güter der Ausgewanderten wurden eingezogen, was bei Czartoryski allein an 30 Millionen polnischer Gulden betrug. Die Entflohenen und Geächteten, deren man an 4000 rechnete, wandten sich unter allgemeiner Teilnahme der Völker an ihrem Geschicke über Deutschland nach der Schweiz, nach Frankreich und England, um in der Verbannung, das Brot der Trübsal essend, günstigerer Zeiten zu harren. Noch größer war das Unglück, das über das Land als solches verhängt wurde. Alle Klassen des Volkes wurden einer unerhörten Militär- und Polizeityrannei unterworfen. Das ganze Land wurde entwaffnet und den Bauern alle schneidenden Werkzeuge, mit Ausnahme der zum Ackerbau notwendigen, abge-

*) Der elende Krukowiecki wurde in eine kleine Stadt im Innern Rußlands verwiesen, wo er mit Verachtung beladen endete.

nommen. Verheimlichung von Waffen ward mit dem Tode bestraft. Die russischen Behörden wetteiferten in Grausamkeit, Habsucht und Treulosigkeit in der Behandlung der Unterworfenen. Die Konstitution von 1815 wurde aufgehoben, dagegen das Land zu einer russischen Provinz mit gesonderter Verwaltung gemacht, in deren einzelnen Palatinaten durch ein sogenanntes organisches Statut beratende Versammlungen eingesetzt wurden, die ohne alle Bedeutung waren. Paskewitsch, der für die glückliche Beendigung dieses Krieges den Titel: „Fürst von Warschau“ erhalten, wurde als Statthalter an die Spitze der Militär- und Civilgewalt gestellt. Die Polen bildeten kein selbständiges Heer mehr, sondern wurden den russischen Regimentern einverleibt und in die entferntesten Gegenden, besonders nach dem Kaukasus geschickt. Die Universitäten zu Warschau und Wilna wurden geschlossen, die Schulen auf russischen Fuß eingerichtet und russische Sprache und Geschichte zu den wichtigsten Lehrgegenständen erhoben. Der Übung der katholischen Religion suchte man die größten Hindernisse entgegenzustellen. So ließ Kaiser Nikolaus in steigender Härte und Gewaltsamkeit kein Mittel unversucht, um die polnische Nationalität mit ihren Wurzeln auszurotten, ohne daß in dem zertretenen Volke jemals die Sehnsucht und der Glaube an die Wiedergeburt eines selbständigen Polens völlig erloschen ist.

Durch die Unterwerfung Polens sah sich Rußland in den Stand gesetzt, auf die europäische Politik, besonders auf Östreich, Preußen und das übrige Deutschland einen viel unmittelbareren und zwingenderen Einfluß als früher auszuüben. Von da an betrachtete sich Kaiser Nikolaus als den Beschützer, ja als den Vormund der kleineren deutschen Mächte, und die Reaktion hatte an ihm den mächtigsten Rückhalt.

Aber sein gebietender Einfluß sollte sich nicht bloß über die Staaten Europas erstrecken; auch gegen Asien war seine Eroberungssucht gerichtet. In den Gebirgen des Kaukasus wohnten Völkerschaften zweifelhaften Ursprungs, die Tscherkessen, die für Ureinwohner des Kaukasus galten, die Tschetschenzen, Nachkommen der Albanen, die Lesghier, wahrscheinlich mit den alten Hunnen verwandt, und andere mehr. Alle diese Völker sind tapfer und freiheitsliebend und führen ein Hirten- und Jäger-, am liebsten ein Räuberleben. Nachdem

schon Katharina II. hier Eroberungen gemacht und eine Reihe von Festungen angelegt hatte, trat die Pforte im Frieden von Adrianopel 1829 an die Russen den ganzen Küstenstrich ab, der von der Mündung des Kuban nördlich bis zur südlichen Grenze von Imerethi reicht. Auf diesen Friedensschluß in trügerischer Weise sich stützend, erhob Rußland jetzt Ansprüche auf das Binnenland bis zur Küste des kaspischen Meeres, obgleich die Türkei diese Gebiete niemals besessen, sie also auch nicht abtreten konnte. Jahre lang dauerte schon der Kampf der Russen gegen die kaukasischen Völker, als der Engländer Urquhart, ein Gegner Rußlands und Freund der Türkei, im Gebirge erschien (1834), der, durch längeren Aufenthalt in Konstantinopel mit den Sitten und Verhältnissen des Morgenlandes vertraut, ihnen ein Symbol der Vereinigung gab; er wählte Grün, das Kleid der Berge, die Farbe des Glaubens von Mekka. Darauf zeichnete er ein Bündel Pfeile, die Waffe des Volkes, und einen Sternenkranz, damit sie im nächtlichen Bivouac das Zeichen ihrer Unabhängigkeit am Himmel wiederfinden möchten. Nun erhob sich vom Pontus Euxinus bis zum Kaspischen Meere der Ruf nach Einheit, und eine neue Nation war ins Leben gerufen. Man lernte Pulver bereiten, Waffen lieferten die erstürmten Festungen und die Leichen der Feinde. Begeisterte Führer traten an die Spitze, vor allen Schamyl, der furchtbare Anführer der Tschetschenzen. Rastlos, von unüberwindlicher Klugheit und todverachtender Kühnheit, gleichsam allgegenwärtig, wußte er die Stämme zum ausdauerndsten Kampfe anzuspornen. Die Russen erlitten bedeutende Verluste, auch unter Fürst Woronzow, der 1845 den Oberbefehl übernahm, aber trotz eines Heeres von 160 000 Mann unglücklich kämpfte. Manch tapferer Stamm verblutete sich in diesem langen Kriege, andere wurden durch die Verheerungen der Russen nach Persien und der freien Tartarei getrieben. Auch Schamyl, lange Zeit der Schrecken der Feinde und die Bewunderung Europas, mußte sich endlich, im Felsennester Gunib von hundertfacher Übermacht eingeschlossen und dem Hungertode preisgegeben, dem russischen General Fürsten Baryatinski (Sept. 1859) ergeben. Er wurde edelmütig behandelt und behielt Waffen und Schätze; Kaiser Alexander II. wies dem 63jährigen Helden einen

ehrenvollen Aufenthalt in Kaluga an. Erst im Jahre 1864 konnte Großfürst Michael, Statthalter im Kaukasus, seinem kaiserlichen Bruder zur völligen Beendigung des Krieges Glück wünschen.

Auch der englischen Politik gegenüber suchte Rußland seinen Einfluß geltend zu machen und in Persien und Turan vorzudringen. Aber die in Orenburg mit dem größten Eifer und im tiefsten Geheimnis betriebene Expedition schlug völlig fehl. General Perowsky zog mit einem Heere von 20 000 Mann und 10 000 Kamelen durch die Steppen zwischen dem Aralsee und dem Kaspischen Meere; aber bald fielen unter Kälte und Schneegestöber die Kamele, und nur geringe Trümmer des Heeres kamen nach Orenburg zurück (1840). Doch hat seitdem die russische Politik in Turan und in der östlichen Mandschurei gegen China hin, am Amu und am Amur bedeutende Fortschritte gemacht.

X.

Die Revolution in der Schweiz. Der Sonderbund.

Auch in der Schweiz hatten die Beschlüsse des Wiener Kongresses keine befriedigenden Zustände herbeigeführt. Die Verfassungen in den einzelnen Kantonen, von der Erbaristokratie in Bern an bis zur Demokratie in Uri, stimmten darin überein, daß überall eine Oligarchie die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten an sich genommen hatte. In allen Kantonen war es gewissen Geschlechtern gelungen, einen vorherrschenden Einfluß zu gewinnen und ihrem Kreise zu erhalten; sogar in den demokratischen Kantonen befanden sich einzelne Familien, wenn auch freilich durch Wahl, im Besitz der bedeutendsten Ämter, indem durch regelmäßige Erneuerungen der Wahlen sich stillschweigend ein anerkanntes herkömmliches Recht entwickelt hatte. Nach dem Wiener Kongreß sollten zwar die einzelnen Kantone in ihren inneren Angelegenheiten von einander unabhängig sein,

zugleich aber auch eine staatliche Gesamtheit bilden. Aber der Patriciat suchte die verschiedenen Kantone möglichst auseinander zu halten, um sich durch diese Zerrissenheit in seiner einflußreichen Stellung zu erhalten, und die fremden Mächte, besonders Östreich, begünstigten das Streben der Aristokratie, um die Idee einer Gesamtschweiz nicht aufkommen zu lassen. In der Schweiz herrschte dieselbe Reaktion wie in den übrigen Staaten Europas, und Metternichs Ratschläge galten auch den Machthabern dieser Republik wie Orakelsprüche, seine Winke wie Befehle. So verschloß die Tagsatzung ihre Verhandlungen der Öffentlichkeit, und verkaufte auch noch im neunzehnten Jahrhundert Kraft und Blut der einheimischen Jugend an fremde Regierungen nach Frankreich und Neapel, um einer Menge junger Patricier Offizierstellen zu verschaffen, während die Soldaten von jeder Beförderung ausgeschlossen und einer entehrenden Disciplin preisgegeben waren. Indessen lebte, ungeachtet der Herrschaft bevorrechteter Klassen, die Vorstellung von einer rechtlichen Gleichheit aller Eidgenossen im Volke, und die Überzeugung von der Notwendigkeit einer Neugestaltung der Schweiz gewann in dem gebildeten Mittelstande immer mehr Raum. Von der Volksvertretung im sogenannten großen Rate war ein großer Teil der Bevölkerung durch zu hohen Census ausgeschlossen, und der kleine Rat, die eigentliche Regierungsbehörde, wurde vom großen Rate aus dessen Mitgliedern gewählt. So konnten Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege in denselben Händen vereinigt sein. Der Geist der Unzufriedenheit regte sich daher fast überall in der Schweiz, und die Julirevolution beschleunigte den Ausbruch der Bewegung.

Den Anfang machte Aargau, wo das Landvolk den oligarchischen Rat zur Aufstellung einer demokratischen Verfassung zwang. Ähnlich ging es in Zürich, Thurgau, St. Gallen, Solothurn, Schaffhausen, Luzern, Freiburg und im Waadtland. Bern, dessen Regierung am meisten aristokratisch war, benutzte seine Stellung als Vorort und erließ im September 1830 ein Kreisschreiben an die Kantonsregierungen, welches zur Aufrechthaltung der alten Verfassungen aufforderte. Dadurch wurde die Aufregung erst recht allgemein, an deren Spitze ein Doktor Schnell stand. Es kam zwischen dem Volk und der Regierung zur Entscheidung durch die Waffen, letztere

wurde besiegt und eine neue Verfassung verwischte die letzten Spuren der alten aristokratischen Institutionen Berns (Febr. 1831), dessen Patriciat einst durch seine Weisheit und Kraft berühmt gewesen, aber längst den alten Ruhm verloren hatte.

In Wallis, Graubünden, Genf und Neuenburg, wo sich die Aristokratie noch nicht so vom Volke abgeschlossen hatte, blieb vorläufig noch im ganzen die alte Ordnung der Dinge, und in Schwyz, Uri, Unterwalden, Zug, Glarus und Appenzell herrschte der Form nach bereits die Demokratie.

In Basel aber sollte der Streit zwischen der aristokratischen und demokratischen Partei entscheidende Folgen haben. Im großen Rate war die Stadt mit 90, die Landschaft mit 60 Mitgliedern vertreten, obgleich letztere ungleich bevölkerter war. Im Oktober 1830 forderten die Unzufriedenen volle politische Gleichheit. Die aristokratische Partei ging nicht sogleich darauf ein, und entschied sich erst im Dezember dahin, daß Stadt und Land im großen Rate mit gleicher Stimmenzahl vertreten sein sollte. Dies genügte nun der Bewegungspartei nicht mehr; auf einer Versammlung in Liestal verlangte sie von Basel allgemeines Wahlrecht und Vertretung nach der Kopfzahl, worauf der große Rat nicht einging. In Liestal bildete sich nun eine provisorische Regierung, die das Landvolk zu den Waffen rief. In einem Kampfe mit den Truppen der Regierung siegten die letzteren, und die Aufständischen büßten mit strengen Strafen. Aber bald (August 1831) erhob sich das Landvolk von neuem, und das städtische Militär wurde geschlagen. Jetzt mischte sich die Tagsatzung ein, forderte die streitenden Parteien zu einem Vergleich auf und ließ Truppen einrücken. Basel zog es aber vor, sich lieber ganz von der Landschaft zu trennen (Februar 1832), als eine Vertretung nach Kopfzahl zuzugeben, und so trennte sich der Kanton in Basel-Stadt und Basel-Land, welches letztere eine demokratische Verfassung und Liestal zum Regierungssitz bekam.

Da aber die Anhänger des Alten die Hoffnung auf Wiederherstellung der früheren Zustände nicht aufgaben und die Parteien einander noch immer feindlich gegenüber standen, so schlossen die demokratischen Kantone Bern, Aargau, Thurgau, St. Gallen, Solothurn, Zürich und Luzern das soge-

nannte Siebener-Konkordat, worin sie einander das Festhalten am Grundsatze der Volkssouveränität angelobten, und setzten es bei der Tagsatzung durch, daß ein Ausschuß zur Durchsicht der Bundesakte niedergesetzt wurde (Juli 1832). Nun genehmigte zwar die Tagsatzung des Jahres 1832 die Trennung von Basel-Stadt und Basel-Land, entschied aber dahin, daß beide zusammen doch nur als ein Kanton gelten und auf der Tagsatzung nur eine gemeinsame Stimme haben sollten. Diese Entscheidung erregte die größte Unzufriedenheit, und Basel-Stadt, Neuenburg, Wallis, Schwyz, Unterwalden und Uri traten (November 1832) zu Sarnen in einem Bündnis zusammen, worin sie beschlossen, keine Tagsatzung mehr zu beschicken, auf welcher Abgeordnete von Basel-Land erscheinen würden.

Inzwischen hatte der Ausschuß der Tagsatzung einen Verfassungs-Entwurf für die gesamte Eidgenossenschaft ausgearbeitet, in dem konfessionelle und politische Gleichberechtigung und demokratische Wahlformen ausgesprochen waren. Da aber dieser Entwurf keine Partei befriedigte, so gab dessen Verwerfung den Anhängern des Sarner Bündnisses den Plan zu einer Gegenrevolution an die Hand. Alt-Schwyz, wo der reaktionäre Oberst Abyberg den Schild erhob, suchte sein abgefallenes Außer-Schwyz, Basel-Stadt sein untreues Basel-Land mit Waffengewalt wiederzugewinnen. Aber die Tagsatzung traf Maßregeln, diesem Treiben entgegenzutreten und hatte bald 20 000 Mann unter Waffen. Basel-Stadt und Alt-Schwyz mußten sich unterwerfen und der Sarnerbund sich auflösen. Am 17. August 1833 wurden Basel-Stadt und Basel-Land als besondere unabhängige Kantone anerkannt, und das Staatsvermögen, das Kriegsmaterial, selbst das Universitätsgut unter ihnen geteilt. Zwischen Alt-Schwyz und Außer-Schwyz wurde die frühere Einheit hergestellt.

In der Folge wurde das Heeres- und Zollwesen für die Gesamtheit der Kantone geordnet. Sonst kam es zu keiner Neugestaltung der Bundesakte, und Ruhe und Eintracht fanden auch jetzt in der Schweiz keinen Boden. Religiöse Gährung zwischen der orthodoxen und rationalistischen Partei des Protestantismus, die von den Ultramontanen genährt wurde, ließen keinen Frieden aufkommen; dazu kamen Zerwürfnisse mit den Nachbarstaaten wegen der Aufnahme so

vieler politischer Flüchtlinge, welche die Schweiz zu einem Herde revolutionärer Umtriebe machten.

Die religiösen Kämpfe nahmen ihren Fortgang. Da die Jesuiten in Freiburg und Wallis bedeutende Erziehungsanstalten hatten, durch welche die Spannung erhöht wurde, so beschlossen sieben Kantone in einer Konferenz zu Baden, die Kirche der Staatsgewalt unterzuordnen, und diesem Beschlusse gemäß wurden die Klöster in Aargau unter weltliche Verwaltung gestellt.*) Als dagegen von Seiten der Ultramontanen Widerstand erhoben wurde, verfügte die radikale Regierung im Jahre 1841 die Aufhebung sämtlicher Klöster in Aargau, unter denen sich auch das reiche Kloster Muri befand, und bestimmte deren Güter zu Zwecken des Unterrichts und der Wohlthätigkeit. Dieses rücksichtslose Vorgehen rief unter den Katholiken die größte Erbitterung hervor. Die sieben katholischen Kantone Luzern, Schwyz, Uri, Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis verbanden sich zu gemeinschaftlicher Verteidigung, stürzten in Luzern die liberale Regierung und zogen zur Kräftigung des konservativen Elementes die Jesuiten heran. Ein unternehmender Bauer, Leu, und Sigwart-Müller, der bisher zu den Radikalen gehalten, standen an der Spitze. Nun verbanden sich die Radikalen der übrigen Kantone zur Vertreibung der Jesuiten aus der Schweiz. Aber ein Freischarenzug unter Anführung Ochsenbeins aus Bern schlug fehl (1845). Die sieben Kantone forderten nach ihrem Siege von der Tagsatzung nicht nur die Bestrafung der Kantone, die jenen Freischärlern den Auszug nicht gewehrt hatten, sondern auch Wiederherstellung der Klöster, und schlossen, da ihnen nicht willfahrt wurde, gegen etwaige Angriffe den sogenannten Sonderbund. Dagegen faßte die Tagsatzung im Juli 1847 den Beschluß, der Sonderbund sei mit dem Bundesvertrage unvereinbar, und bald darauf wurde die Execution gegen denselben und die Ausweisung der Jesuiten verfügt.

Da die Sonderbündler, von Sigwart-Müller angefeuert

*) In Zürich veranlaßte die Berufung des Dr. Strauß, des Verfassers des „Leben Jesu“ (eines Werkes, in dem die in den Evangelien überlieferte Lebensgeschichte Jesu als Mythe dargestellt wird), als Lehrer der Dogmatik an der Universität solche Aufregung (1839), daß die Berufung sistiert werden mußte.

und von den auswärtigen Mächten, die ihren Bund begünstigten, heimlich mit Geld und Waffen unterstützt, dem Bundesbeschlusse den Gehorsam weigerten, so kam am 4. November 1847 der Religions- und Bürgerkrieg zum Ausbruch. Der Bund, der auf Englands Rat den Krieg rasch zu beendigen suchte, übertrug dem Genfer General Dufour den Oberbefehl über das Bundesheer. Dieser überzog mit überlegener Macht die Kantone Freiburg*) und Zug und nahm nach dem Siege bei Gislikon über das Sonderbundsheer (23. Nov.) Luzern ein. So war der Krieg binnen neun Tagen zu Ende. Die besiegten Kantone mußten die Kriegskosten zahlen, ihre Regierungen mit liberalen oder radikalen vertauschen, den Sonderbund auflösen und die Jesuiten verweisen.

Nun folgte eine Revision der Schweizer-Bundesverfassung und 1848 wurde der neue Bundesstaat gegründet. An der Spitze desselben steht ein beständiger aus sieben Mitgliedern bestehender Bundesrat mit einem von den Kantonalregierungen gewählten Ständerat (erste Kammer) und mit einem frei aus der ganzen Volkszahl gewählten Nationalrat (zweite Kammer), der zu Bern seinen Sitz hat.**)

XI.

Italien nach der Julirevolution.

Die Ereignisse des Jahres 1821 (vgl. IV.) hatten den Bruch zwischen den Regierungen und Völkern Italiens noch erweitert. Die Fürsten übten, der Hülfe Östreichs sicher, gegen ihre Unterthanen den ärgsten Druck aus, und diese, ohne Anhänglichkeit und Vertrauen zu jenen, hielten

*) Dufour nahm diese Stadt durch Kapitulation, aber seine Soldateska verübte so schändlichen Unfug an Personen und Gebäuden, daß Dufour selbst klagte, die Aufführung seiner Truppen sei eine Schande, die er einer verlorenen Schlacht gleich setze.

**) Der Kanton Neufchatel riß sich damals von Preußen los und trat dem Schweizerbunde ganz und gar bei. — Im August 1864 kam zu Genf eine internationale Konvention in Betreff der Organisation des Dienstes der Kranken und Verwundeten im Kriege zustande.

jedes Mittel für erlaubt, sich an ihren Drängern zu rächen und sie zu stürzen.

Die alten Mißbräuche der italienischen Regierungen, Willkür und Unordnung in der Verwaltung, Bestechlichkeit der Gerichte und Einmischung der Geistlichkeit in die weltlichen Verhältnisse waren wieder überall zur Herrschaft gelangt. Im Königreiche beider Sicilien wurde auch nach Besiegung der Revolution die Ruhe nur durch Schweizertruppen aufrecht erhalten. Ungeachtet eines Netzes von Spähern, das über das Land ausgebreitet war, trieben die geheimen Gesellschaften ihr Wesen fort, allen Hinrichtungen und Kerkerstrafen zum Trotz. Der nichtswürdige Ferdinand I. war 1825 gestorben. Sein Sohn und Nachfolger Franz I. regierte im Geiste seines Vaters fort, und der Chef der Gendarmerie galt für den Grundpfeiler der Regierung. Im Jahre 1830 folgte ihm sein Sohn Ferdinand II., der bald in dieselbe Willkürherrschaft verfiel, wie sein Vater.

In Sardinien war auch nach Überwältigung der Revolution der Druck nur noch gestiegen, ohne die geheimen Verbindungen und die freisinnige Richtung unterdrücken zu können. Karl Felix, durch Viktor Emanuels Abdankung zur Krone gelangt, betrachtete den Prinzen Karl Albert von Savoyen-Carignan wegen seiner Teilnahme an der Revolution von 1821 mit Mißtrauen, doch folgte ihm dieser im April 1831 in der Regierung und rechtfertigte durch eine Reihe von Verbesserungen in der Staatsverwaltung die von ihm gehegten Erwartungen. Aber die Abhängigkeit Italiens von Östreich nötigte ihn, noch eine Zeit lang im absoluten Sinne zu regieren. Erst in der Folge führte er das konstitutionelle System ein und begann den Kampf für Italiens Unabhängigkeit gegen Östreich.

Die wegen der Persönlichkeit ihres Fürsten verhaßteste Regierung war die des Herzogs Franz IV. von Modena, der ein wahres Schreckenssystem eingeführt hatte, ohne daß sein zahlreiches Militär und seine Späher die geheimen Gesellschaften auszurotten vermochten.

Aus einem andern Grunde stand die päpstliche Regierung im Kirchenstaate als die schlechteste oben an. Hier war an die Stelle lebendiger Entwickelung allgemeine Ver-

sumpfung getreten. Schlechte Rechtspflege und Verwaltung hatten nicht allein Mißvergnügen in allen Kreisen der Bevölkerung, sondern auch oft Unsicherheit des Besitzes und steigende Verwirrung in allen bürgerlichen Verhältnissen und Geschäftsbeziehungen hervorgerufen. Aber auch die Gebiete des Kirchenstaates hatten unter der Herrschaft der Franzosen die Wohlthat einer geordneten Rechtspflege und Verwaltung kennen gelernt, und besonders war die Bevölkerung in den Legationen und in Ancona durch das päpstliche Regiment nicht so tief, wie in Rom und der Umgegend, verderbt und verweichlicht worden. Durch die Nachbarschaft mit Modena und Parma ward die Aufregung gegenseitig vermehrt.

Die Julirevolution forderte die Mißvergnügten im Kirchenstaate und in Modena zur Abschüttelung des verhaßten Joches auf. Man gab sich der Hoffnung hin, daß Frankreich die Einmischung Östreichs in die inneren Angelegenheiten Italiens nicht dulden werde, und mit den einheimischen Regierungen hoffte man schon fertig zu werden. Im Kirchenstaate schien das nach dem Tode des Papstes Pius VIII. (30. Nov. 1830) eingetretene Interregnum zum Losschlagen günstig.

An der Spitze der Bewegung in Modena stand Menotti. Aber Franz IV. hatte ihn durch den Schein, den er sich gab, als ginge er auf alle Entwürfe zu einer nationalen Erhebung Italiens ein, in arglistiger Weise umstrickt. Noch ehe Menotti losbrechen konnte, ließ ihn der Herzog am Abend des 3. Febr. 1831 mit anderen Verschworenen verhaften. Da sich aber bald das ganze Land erhob und der Herzog zugleich die in Bologna ausgebrochene Bewegung erfuhr, so entfloh er am 5. Februar, Menotti mit sich schleppend, nach Mantua, worauf sich in Modena eine provisorische Regierung bildete. Als in Bologna die Verhaftung Menottis bekannt wurde, griffen die geheimen Gesellschaften zu den Waffen und nötigten den päpstlichen Statthalter zur Unterzeichnung eines Beschlusses, durch welchen eine provisorische Regierung und eine Bürgergarde errichtet wurde. Am 8. Februar erklärte erstere unter großem Jubel des Volkes den Papst der weltlichen Herrschaft über Bologna für verlustig, und bald verbreitete sich der Aufstand mit Blitzesschnelle über den ganzen Kirchenstaat. Überall tauch-

ten die grün-rot-weißen Nationalfahnen auf und ein Freudenrausch ergriff die gesamte Bevölkerung. Den 13. Februar erhob sich auch Parma, und Marie Luise, Napoleons Witwe, weder geliebt noch gehaßt, floh nach Piacenza. Auch in Parma ward eine provisorische Regierung gebildet. In Bologna trat am 26. Februar eine gesetzgebende Versammlung ins Leben, welche die Entsetzung des Papstes von seiner weltlichen Herrschaft aussprach und die ihm noch treu gebliebenen Landesteile zum Anschluß an die Revolution aufforderte. Die Grundzüge einer Verfassung wurden beraten, und die abgefallenen Gebiete nannten sich die „vereinigten italienischen Provinzen." Doch hielten sich Modena und Parma davon getrennt, um den Östreichern keine Gelegenheit zum bewaffneten Einschreiten zu bieten.

Inzwischen hatte zu Rom Papst Gregor XVI. den Stuhl Petri bestiegen, ein Mann von finsterem Glaubenseifer, der, unbekannt mit den Staatsgeschäften, sich an diejenigen seiner Kardinäle anschloß, welche den Bedürfnissen der Zeit alle Zugeständnisse hartnäckig verweigerten. In einer Proklamation forderte er die aufgestandenen Provinzen zur Unterwerfung auf und versprach Vergessenheit des Geschehenen, aber von einer Abstellung der Mißbräuche war keine Rede. Seine Aufforderung hatte keinen Erfolg, eben so wenig wie der Versuch des Kardinals Benvenuti, eine Gegenrevolution zu veranstalten. Dagegen war Östreich, dem Prinzip der Reaktion getreu, entschlossen, die revolutionären Bewegungen in Italien auch diesmal zu unterdrücken, um so mehr, da man recht gut wußte, daß Ludwig Philipp, der König der Franzosen, auf dessen Hülfe die Bewegungspartei ihre Hoffnungen setzte, sich wegen Italiens in keinen Krieg mit Östreich einlassen würde. Lafitte, der an der Spitze des französischen Ministeriums stand, war mit den absolutistischen Sympathieen Ludwig Philipps keineswegs einverstanden und nahm seine Entlassung; das französische Kabinett aber begnügte sich der Form halber eine Verwahrung gegen die östreichische Einmischung beim römischen Hofe einzulegen.

Der östreichische General Frimont, der schon 1821 die neapolitanische Revolution besiegt hatte, rückte in Parma ein, schlug die Aufständischen am 25. Februar bei Firenzuola und

besetzte ganz Parma. Die Modenesen wurden unter General Zuchi bei Novi vom östreichischen Befehlshaber Geppert nach tapferer Gegenwehr besiegt, und am 9. März rückten die Östreicher in Modena ein. Die provisorische Regierung floh nach Bologna, wohin ihr Zuchi folgte, der jetzt den Oberbefehl über die bewaffnete Macht in den abgefallenen Provinzen des Kirchenstaats übernahm. Von Bologna zog sich Zuchi nach Ancona zurück, worauf die Östreicher in die erstere Stadt einzogen (21. März) und nach dem blutigen Gefecht bei Rimini (25. März) Ancona besetzten (29. März). Zuchi und andere Flüchtlinge hatten bereits die Schiffe bestiegen, wurden aber durch nachgeschickte Fahrzeuge eingeholt und nach Venedig gebracht.*)

Auf den Rat Ludwig Philipps, der von der Opposition in der Deputiertenkammer und von der Presse mit Vorwürfen über die Zulassung der östreichischen Intervention überhäuft wurde, benahm sich die päpstliche Regierung nach Bewältigung der Revolution mit mehr Mäßigung, als man erwartet hatte. Eine Amnestie wurde erlassen, von der nur die Häupter der Revolution ausgenommen waren, und mehrere Verbesserungen in der Verwaltung traten ins Leben. Dagegen überließ sich Franz IV. von Modena, der einzige Fürst, der Ludwig Philipp nicht anerkannt hatte, also auch auf seine Vermittelung nicht einging, ohne Scheu dem ihm zur anderen Natur gewordenen Hange zur Grausamkeit. Er ließ Menotti, den er selbst erst hintergangen, dann gefangen fortgeschleppt, am 28. Mai 1831 durch den Strang hinrichten und verhängte über andere Einkerkerung und Gütereinziehung.

Kaum hatten die Östreicher (Juli 1831) den Kirchenstaat verlassen, als die Unzufriedenheit in den Legationen, wo man in die Ausführung der von der päpstlichen Regierung versprochenen Reformen kein Vertrauen setzte, von neuem einen Aufstand hervorrief. Da überschwemmte der Kardinal Albani mit einem zum Teil aus bewaffnetem Gesindel zusammengesetzten Heere die Legationen, ließ seine zuchtlosen Banden in Forli ein Blutbad unter den Einwohnern anrichten und Räubereien und Kirchenfrevel verüben (Januar 1832). Die

*) Zuchi, zum Tode verurteilt, wurde vom Kaiser zu lebenslänglicher Festungshaft begnadigt. Im Jahre 1849 trat er wieder hervor und stand auf Seiten des Papstes gegen die extreme Revolution.

Östreicher kamen zum zweiten Male und wurden im Gegensatz zu Albanis Horden als Befreier aufgenommen.

Dieser zweite Einmarsch der Östreicher in den Kirchenstaat kam der französischen Regierung so ungelegen, daß sie in aller Eile in Toulon ein Geschwader ausrüsten und in der Nacht zum 23. Februar die Citadelle von Ancona besetzen ließ. Die päpstliche Regierung war zwar über diesen Schritt entrüstet und belegte Ancona mit dem Interdikt, ließ sich aber schließlich die Überrumpelung gefallen in der Erwägung, in der Anwesenheit der Franzosen ein Gegengewicht wider Östreichs vorherrschenden Einfluß zu haben.

Hatte auch diese Bewegung einen traurigen Ausgang genommen, so ging damit die Hoffnung der Nation auf dereinstige Befreiung nicht unter, und der Kampf zwischen Liberalismus und Absolutismus dauerte ununterbrochen fort.

XII.

Spanien nach Ferdinands VII. Tod. Portugal unter Maria da Gloria.

Nach dem Tode Ferdinands VII. übernahm dessen Witwe Christine die Vormundschaft und Regentschaft für ihre dreijährige Tochter Isabella II., ohne durch den ihr beigegebenen Regentschaftsrat besonders beschränkt zu sein (vergl. II.). Anfangs regierte sie durch das Ministerium Zea Bermudez im Geiste des aufgeklärten Despotismus, indem sie durch Einführung administrativer Reformen den Karlisten widerstehen zu können meinte, ohne den Liberalen Zugeständnisse machen zu dürfen.

Don Karlos hatte sich schon nach dem Tode Ferdinands VII. zu seinem Neffen Don Miguel nach Portugal begeben, von dem er nach Ferdinands Ableben Unterstützung seiner Ansprüche auf den spanischen Thron erwartete. Don Karlos ward aber in Don Miguels Sturz verwickelt und mußte auf einem britischen Kriegsschiff nach England flüchten, von wo ihn seine Partei, die besonders in den baskischen Provinzen ihre Stärke hatte, zur Rückkehr nach Spanien ein-

lud. Die Basken hatten, da die kastilische Krone die Herrschaft über sie nicht durch Eroberung, sondern durch Verträge erlangt, ihre alten Rechte (fueros, vom lateinischen forum) ungeschmälert erhalten*) und bildeten gleichsam einen eigenen Staat unter spanischer Oberhoheit. Diese Provinzen (Biscaya, Guipuzcoa und Alava), welche ihrer bevorzugten Stellung wegen sogar in einem besser organisierten Spanien nicht aufgehen wollten, machte die Partei des Don Karlos zum Mittelpunkte ihrer Macht, um von hier aus die Thronerhebung desselben durchzusetzen und jede Neugestaltung Spaniens zu bekämpfen.

Am 3. Oktober 1833 brach in Bilbao, der Hauptstadt von Biscaya, und am 7. Oktober in Vittoria, der Hauptstadt von Alava, ein Aufstand aus, in dem Don Karlos zum König ausgerufen wurde. Zwar wurden die Karlisten wieder zur Flucht genötigt, aber bald stand im ganzen Baskenlande die Bevölkerung unter Waffen, und Zumalacarregui, ein Mann von bedeutendem Organisationstalente, führte unter den zusammengelaufenen Scharen eine feste Ordnung ein. Die Erhebung verbreitete sich über Navarra und Teile von Katalonien und Aragonien, und Don Karlos fand, als er im Juli 1834 hier erschien, eine regelmäßige Streitmacht vor.

Unter solchen Umständen sah sich die Königin-Regentin, Christine, genötigt, um ihrer Tochter Isabella den Thron zu sichern, sich der Partei der Liberalen und Konstitutionellen, die sich Christinos nannten, in die Arme zu werfen. Zea Bermudez mußte daher seine Entlassung nehmen (Jan. 1834), und der freisinnige Martinez de la Rosa trat an die Spitze der Verwaltung. Am 10. April 1834 wurde unter der Benennung „königliches Statut" eine Verfassung verliehen, nach welcher die Kortes aus zwei Kammern bestanden, um über Budget und Gesetzgebung mitzuberaten, von Preßfreiheit aber, Geschwornengerichten, Verantwortlichkeit der Minister keine Rede war. Da diese Verfassung, die im Vergleich mit Ferdinands Willkürherrschaft ein bedeutender

*) Sie waren den spanischen Zollgesetzen nicht unterworfen, zahlten dem König jährlich eine Summe, die sie nach den Bestimmungen ihres Landtags unter sich aufbrachten, hielten ihre eigene Miliz, ohne Rekruten zu stellen, hatten ihr eigenes Gesetzbuch u. s. w.

Fortschritt war, einem Teile der Liberalen nicht genügte, so erhob sich an mehreren Punkten des Landes der Geist der Unzufriedenheit, und die Kortes im Juli 1834 waren so stürmisch, daß Martinez de la Rosa schon im Juni 1835 dem Grafen Toreno weichen mußte. So waren die Christinos im eigenen Lager gespalten, indem die extremere Partei, die Exaltados (Überspannten) oder Progressisten, (Fortschrittsmänner) die fast republikanische Verfassung von 1812 verlangte, die Moderados oder Gemäßigten aber eine Konstitution nach dem Muster der französischen Charte Ludwig Philipps im Auge hatten. Christine mußte sich natürlich mehr zu den letzteren hingezogen fühlen, und die Westmächte, Portugal, England und Frankreich, hatten schon am 22. April 1834 eine Quadrupelallianz geschlossen, deren Zweck war, den konstitutionellen Thron Isabellas in Spanien, und Maria da Glorias in Portugal aufrecht zu erhalten.

So war aus dem Thronfolgestreit ein Principienkampf und Bürgerkrieg geworden, der von beiden Seiten mit maßloser Leidenschaft und furchtbarer Grausamkeit geführt wurde. Die Anwesenheit Don Karlos, der seinen Hof in der kleinen Stadt Onate in Guipuzcoa hielt, erhöhte den Eifer der Basken. Ihr General Zumalacarregui entwickelte eine solche Thätigkeit und solches Kriegsgeschick, daß die Christinos trotz ihrer Überlegenheit nichts ausrichteten, und einer ihrer Generale nach dem andern, Sarsfield, Quesada, Valdez, sogar Mina, in ihren Unternehmungen scheiterten. Bei der Belagerung von Bilbao fiel der rastlose Zumalacarregui (14. Juni 1835), und sein Tod war ein unersetzlicher Verlust für die Karlisten. Indessen mißlangen auch jetzt noch alle Anstrengungen der christinischen Generale, und der rastlose Cabrera, einer der gewandtesten karlistischen Guerillaführer, durchbrach mehrmals die entgegenstehenden feindlichen Linien und zog plündernd und brandschatzend umher. Unter seiner Führung nahm der Krieg einen so unmenschlichen Charakter an, daß nicht nur die Gefangenen regelmäßig niedergemacht wurden, sondern dasselbe auch an bejahrten Frauen und unmündigen Knaben geschah. Cabreras Grausamkeit hatte ihren Grund darin, daß die Christinos seine zweiundsiebzigjährige Mutter hatten erschießen lassen. Da die Karlisten vor allem danach trachteten, eine bedeutendere Stadt in ihre Gewalt zu be-

kommen, so unternahmen sie wiederum die Belagerung Bilbaos, stießen aber hier zum ersten Mal auf erfolgreichen Widerstand. Der Oberbefehlshaber der Christinos, Espartero, brachte ihnen in der mörderischen Schlacht bei Luchana (24. Dez. 1836) eine so empfindliche Niederlage bei, daß sie sich in ihre Gebirge zurückziehen mußten. Mit diesem Siege war Isabellas Thronfolge gerettet, und Espartero leitete von da an die Sache der Christinos.

Wie die Führer im Heere der Christinos, so wechselten auch die Minister in schneller Folge. Da das königliche Statut den Forderungen der Exaltados nicht entsprach, so brachen in mehreren Städten, und im August 1835 auch in Madrid Aufstände gegen die Regierung aus. Toreno konnte sich nicht mehr auf das Militär verlassen und mußte, da er keinen festen Boden mehr hatte, seine Entlassung einreichen (15. Septbr. 1835). Sein Nachfolger Mendizabal, der von den Kortes ein unbedingtes Vertrauensvotum erhielt, suchte die zerrütteten Finanzen durch Aufhebung von etwa 900 Klöstern zu heben, aber die hierbei von der Bevölkerung an den Mönchen verübten blutigen Frevel erregten die Unzufriedenheit der Gemäßigten, ohne daß die Finanznot aufhörte. Die Steuern mußten im voraus bezahlt werden, der Krieg gegen die Karlisten blieb ohne Erfolg, und Mendizabal sah sich zur Abdankung genötigt (Mai 1836). In ganz Spanien herrschte die vollständigste Anarchie, und die Königin wußte eben so wenig durch ihre politische Haltung wie durch ihr Privatleben die Liebe und Achtung der Spanier zu gewinnen. Bald nach dem Tode Ferdinands hatte sie einem jungen schönen Leibgardisten, Namens Munoz, aus niederem Stande, ihre Gunst zugewandt und eine geheime Ehe mit ihm eingegangen; später erhob sie ihn zum Herzog von Rianzares. Durch dieses Verhältnis sank sie in der Achtung des Volkes, und die extreme Partei behauptete sogar, Christine habe durch diese Verbindung ihr Recht auf die Regentschaft verwirkt. Als nun auf Mendizabal der neue Minister Isturiz an die Spitze der Verwaltung trat, verbreitete sich im Lande die Meinung, er gehe damit um, die Freiheit zu unterdrücken und mit den Karlisten zu unterhandeln. Da brachen in allen größeren Städten Unruhen aus, und die Wiederherstellung der Konstitution von Cadix wurde allgemein verlangt. Die

Regierung erklärte Madrid in Belagerungsstand und löste die Nationalgarde auf. Plötzlich aber empörte sich ein Garderegiment im königlichen Lustschlosse La Granja in der Nähe von Madrid, wo sich Christine den Sommer über aufzuhalten pflegte. In der Nacht zum 13. August 1836 drang eine Militärdeputation bis in das Schlafgemach der Regentin ein und zwang sie, die Einführung der Verfassung von 1812 zu versprechen. Die Minister waren bereits entflohen. Die Konstitution von Cadix wurde einstweilen anerkannt, bis unter dem neuen Ministerium Calatrava die Verfassung von 1837 zustande kam, welche zwar den Grundsatz der Volkssouveränität aussprach, aber das Zweikammersystem bestehen ließ und dem Throne ein absolutes Veto gegen die Beschlüsse der Kortes einräumte.

Die Karlisten hatten ihre Verluste indessen ersetzt, aber in ihrem eigenen Lager erhob sich Zwietracht. Don Karlos, dessen Unfähigkeit als Staats- und Kriegsmann erkannt ward, war von einer Camarilla abhängig, welche die fähigsten Generale entsetzte und ihre Günstlinge anstellte. Als die Karlisten im Frühjahr 1837 unter mehreren Führern gegen Madrid vorrückten, eilte Espartero, inzwischen von Christine an die Spitze der Regierung gestellt, zum Entsatze der erschreckten Hauptstadt heran und schlug endlich die Karlisten bei Huerta del Rey (14. Okt.) dermaßen aufs Haupt, daß sich ihr Heer in wilder Flucht auflöste. Dennoch setzten sie den Kampf fort. Aber Maroto, der die Unfähigkeit Don Karlos immer mehr durchschaute und die Camarilla haßte, erkannte wohl, daß die Kraft der baskischen Provinzen erschöpft und der Eifer für Don Karlos erkaltet war. Er schloß daher, als Espartero im Jahre 1839 siegreich in ihrem Lande vordrang, mit diesem am 31. August 1839 den Vertrag von Bergara (in Guipuzcoa), wonach die aufgestandenen Provinzen die Bestätigung ihrer Fueros erhielten, und dagegen Isabella II. und die Verfassung von 1837 anerkannten. Don Karlos floh nach Frankreich, wo ihm Bourges zum Aufenthalte angewiesen wurde.*) Cabrera setzte den Widerstand bis zum Juli 1840 fort, wo er von

*) Im Jahre 1845 begab er sich nach Italien und starb 1855 in Triest.

Espartero, der zum Siegesherzog (Herzog von Vittoria) erhoben war, überwältigt wurde und ebenfalls nach Frankreich floh.

Damals war Espartero die glänzendste Erscheinung in ganz Spanien. Als die Regentin Christine im Jahre 1840, auf die Partei der Moderados gestützt, ein Gesetz über die Gemeinderäte erlassen hatte, das der Regierung ihren Einfluß auf die Korteswahlen sicherte, entstand in Madrid und anderen Städten ein Aufruhr, und der eben als Sieger heimkehrende Espartero erhielt von der Königin den Auftrag, denselben zu dämpfen. Der Herzog hatte sich aber schon öffentlich für die Partei der Progressisten erklärt; er verlangte die Auflösung der moderadistischen Kortes und die Zurücknahme des Gesetzes über die Gemeinderäte. Sie ernannte ihn am 16. September 1840 zum Ministerpräsidenten. Espartero wählte lauter Progressisten in sein Ministerium, hielt am 29. September unter dem begeisterten Jubel des Volks seinen Einzug in Madrid und legte am 5. Oktober der Regentin sein Programm vor, das die oben bezeichneten Forderungen enthielt. Christine aber, ohne Anhang im Volke und von den Truppen verlassen, zog es vor, die Regentschaft niederzulegen und ging nach Frankreich (Okt. 1840), wo sie von Ludwig Philipp mit Auszeichnung aufgenommen wurde.

Espartero wurde von den neuen Kortes zum Regenten von Spanien ernannt (Mai 1841). Der Siegesherzog zeigte sich seiner hohen Stellung würdig. Mit Umsicht und Kraft führte er Verbesserungen in allen Zweigen der Staatsverwaltung ein und behauptete dem römischen Hofe und der Geistlichkeit gegenüber entschiedene Selbständigkeit. Aber die Finanznot konnte auch er nicht heben, und Anleihen über Anleihen wurden gemacht; Christine arbeitete ihm durch ihre zahlreichen Anhänger und ihr Geld entgegen, und Espartero hatte mit Verschwörungen zu kämpfen. Da er Barcelona, den Sitz der extremen Demokraten, bombardieren ließ (1842), so verlor er auch das Vertrauen der Progressisten, die ihn emporgehoben hatten. Von der französischen Regierung mit Abneigung angesehen, suchte er sich England zu nähern, zog sich aber dadurch Seitens seiner Feinde den Vorwurf zu, daß er die spanischen Handelsinteressen an England verkaufe. Moderados und Progressisten traten zu seinem Sturz zu-

sammen. General Narvaez, der feindseligste seiner Nebenbuhler, landete in Valencia und übernahm den Oberbefehl über die Truppen. Am 26. Juli 1843 mußte der bisherige Regent sich in Cadix einschiffen, um nach England zu flüchten.

Im November ließ Narvaez*) die dreizehnjährige Isabella für volljährig erklären und rief Christine an den Hof zurück, wo sie denn bald wieder den entscheidendsten Einfluß ausübte. Die Verfassung von 1837 erlitt bedeutende Veränderungen: die Preßfreiheit wurde beschränkt, die Nationalgarde aufgelöst, und die Kortes sanken zu einer mehr scheinbaren als wirklichen Volksvertretung herab. Um den französischen Einfluß auf Spanien zu sichern, brachte es Ludwig Philipp dahin, daß Isabella sich mit ihrem Vetter, Franz von Assisi, Herzog von Cadix, und die Infantin Luise sich mit dem Herzog von Montpensier, jüngstem Sohne des Königs der Franzosen, vermählte (16. Oktober 1846). Diese Doppelheirat sollte jedoch für Ludwig Philipp ein gespanntes Verhältnis mit England herbeiführen, das ihm seitdem allenthalben entgegentrat.

In Portugal nahmen die Ereignisse, wenn auch in verkleinertem Maßstabe, einen ähnlichen Verlauf wie in Spanien. Die Kunde von der Militärrevolution in La Granja veranlaßte eine Erhebung gegen die Regierung, bei der es jedoch nicht auf den Sturz der Königin Maria da Gloria, sondern auf Wiederherstellung der Konstitution von 1822 abgesehen war (September 1836). Aber die konservative Partei machte eine Gegenbewegung und Don Pedros Carta de Ley (vergl. III.) wurde wieder eingeführt, doch nur auf kurze Zeit, denn ein Aufstand der Lissaboner Nationalgarde (1836) verschaffte der Verfassung von 1822 die Oberhand. Die Anhänger der letzteren hießen von ihrer Erhebung im Sep-

*) Narvaez behauptete sich im ganzen von 1841 bis 1851 im Ministerium. Im Januar 1851 sah er sich durch die Herrschsucht der Königin Christine verdrängt, die nun in absolutistischem Sinne regierte, bis sie durch eine Militärrevolution unter den moderadistischen Generalen O'Donnel und Serrano (Juli 1854) gestürzt wurde. Da im September 1859 in Marokko wilde Gebirgsstämme die kleinen spanischen Plätze Gibraltar gegenüber bedrängten, unternahm O'Donnel einen Feldzug, begnügte sich aber nach einigen siegreichen Kämpfen mit Abtretung eines kleinen Küstenstrichs von Marokko (April 1860).

tember 1836 „Septembristen," die Anhänger der Carta de Ley „Cartisten." Die konstituierende Versammlung der Kortes stellte im April 1838 eine Verfassung in gemäßigtem Sinne auf, die jedoch dem König und den Prinzen von Geblüt den Oberbefehl über das Heer nicht gestattete. Doch trug die im Jahre 1841 erfolgte Anerkennung der Königin Maria II. seitens des Papstes und der Monarchen von Östreich, Preußen und Rußland zur Befestigung des Thrones bei, dessen Fortdauer auch durch die Geburt mehrerer Prinzen gesichert zu sein schien. Im Jahre 1842 brachen in Oporto und Lissabon Bewegungen aus, infolge deren die Konstitution Don Pedros wieder hergestellt wurde, und der König den Oberbefehl über das Heer erhielt. Die Leitung der Geschäfte übernahm der zum Grafen von Thomar erhobene Costa Cabral, ein Mann von ausgezeichneter Befähigung, aber zu Härte und Willkür geneigt, und nicht ohne Selbstsucht. Sein Stolz und der vermehrte Steuerdruck erbitterte das Volk. Im Sommer 1847 brach die lange zurückgehaltene Gährung aus. Der Hof sah sich zu bedeutenden Zugeständnissen genötigt, und nur die Dazwischenkunft Englands, Frankreichs und Spaniens verhinderte eine gefährlichere Bewegung. Als unter Saldanhas kräftiger Regierung die Ruhe hergestellt war, starb am 25. November 1853 die fünfunddreißigjährige Königin. Ihr Gemahl, Ferdinand von Koburg, führte die Regentschaft für seinen noch unmündigen Sohn, welcher am 17. Dezember 1855 als Don Pedro V. die Regierung antrat. Nach seinem Tode 1861 folgte ihm sein Bruder Luis, der eben so wie sein Vorgänger von Eifer für die liberale Entwickelung Portugals beseelt ist.*)

*) Im Februar 1869 erfolgte die Aufhebung der Sklaverei in den Kolonieen durch königliches Dekret. Die Regierung widmete den Kolonieen große Aufmerksamkeit und suchte namentlich ihren Einfluß auf den portugiesischen Handel in Südafrika zu steigern. Doch bereitet das Deficit große Verlegenheit, und ein Ministerium löst das andere ab.

XIII.

Großbritannien seit der Emancipation der Katholiken.

Nachdem durch die Emancipation der Katholiken eine Reform des englischen Verfassungswesens zunächst auf konfessionellem Gebiete erzielt war, konnte auch eine weitere Reform, die Beseitigung der aristokratischen Wahlart, auf die Dauer nicht ausbleiben (vgl. VI.).

Die alte, noch von den Stuarts herrührende Wahlordnung war unhaltbar geworden. Dieser gemäß hatte ein Teil der Städte ein ausgedehntes Wahlrecht, während dasselbe in anderen nur einer kleinen Anzahl von Einwohnern zustand. Städte, vor Alters unbedeutend, aber im Laufe der Zeit groß und reich geworden, waren im Unterhause gar nicht oder nur sehr schwach vertreten. Dagegen waren viele Ortschaften, ehemals bevölkert und wohlhabend, herabgesunken, übten aber ihr altes volles Wahlrecht aus. Von solchen „verfaulten Burgflecken" (rotten borough), deren man 204 zählte, konnten nur wenige mehr als einige hundert, manche auch nur einige Dutzend Hauseigentümer aufweisen. Dennoch übten sie durch ihr Wahlrecht einen bedeutenden Einfluß auf die Wahlvertretung aus. Dazu kam noch, daß die Bewohner der kleinen Städte und Burgflecken von den benachbarten Grundherren abhängig waren, die ihnen die zu wählenden Personen vorschrieben. So berechnete man, daß 294 Sitze im Unterhause mehr oder weniger unmittelbar von der Aristokratie vergeben wurden.

Das Verlangen nach Parlamentsreform war daher im Volke allgemein, die Whigs waren dafür, die Tories dagegen, als zwei Ereignisse eintraten, welche die Hoffnungen der „Reformer", d. h. derjenigen, welche auf Verbesserung der Wahlordnung für das Unterhaus drangen, hoben und stärkten; der Tod des reformfeindlichen Georg IV. (26. Juni 1830) und bald darauf die Julirevolution in Frankreich, die in England mit Freuden begrüßt wurde und die Begeisterung zur Durchführung der Parlamentsreform aufs höchste steigerte. Von dem Nachfolger Georgs IV., dem bisherigen Herzog von

Clarence, der als Wilhelm IV. den Thron bestieg, fürchtete man keinen so starren Widerstand gegen eine Erweiterung der Volksrechte. Dem Brauche gemäß wurde unter dem neuen König auch ein neues Parlament gewählt, dessen Eröffnung am 2. November 1830 stattfand. Während alles auf eine Reform des Unterhauses gerechnet hatte, war in der Thronrede des Königs, in der übrigens die Thronveränderung in Frankreich anerkannt wurde, von Reform kein Wort zu hören, ja ein jeder Versuch dazu ward als ein Streben nach dem Umsturz der Verfassung bezeichnet. Da kündigte Lord Brougham im Unterhause einen umfassenden Reformplan an, „nicht zum Umsturz der Verfassung," sagte er, „sondern zur Herstellung ihrer ursprünglichen Reinheit."

Der Haß gegen Wellington und sein Ministerium stieg infolge der getäuschten Hoffnungen auf den höchsten Grad. In London und anderen Städten kam es zu Ausbrüchen der Volkswut, die durch militärische Maßregeln niedergehalten werden mußten. Die Minister wagten es nicht, den König an dem vom Londoner Gemeinderat veranstalteten Gastmahl teilnehmen zu lassen, wegen eines auf Wellington beabsichtigten Attentats. Laut wurde die Entlassung dieses Ministers gefordert, der erklärt hatte, in keine Reform willigen zu wollen. Darauf verwarf das Unterhaus eine Bill, welche Bestimmungen über die Civilliste des Königs enthielt und das Ministerium Wellington nahm am 16. November seine Entlassung.

Graf Grey bildete, vom König beauftragt, ein neues Ministerium, in welchem außer anderen die Namen Brougham, Palmerston*), Russel und Melbourne glänzten.

---

*) Lord Palmerston (geb. 1784, gest. 1865), aus altangelsächsischem Adel, ein Nachkomme Sir W. Temples, ein echter Whig, der sich aber auch rechtzeitig an die Tories zu halten wußte, hatte sich die Aufgabe gestellt, „die Weltstellung Englands dem Auslande gegenüber" zur Geltung zu bringen. Von Canning zum Minister des Auswärtigen berufen (1830—1841), bekämpfte er mit Erfolg den Sklavenhandel und förderte die Katholiken-Emancipation wie das konstitutionelle Leben im Auslande. Von 1841—1846 unter dem Tory-Ministerium Peel gehörte er zur Unterhaus-Opposition, bis er unter seinem persönlichen Gegner Russel zum zweiten Mal ins Ministerium des Auswärtigen trat (1846—1851). Seit 1848 begünstigte er fast

Inzwischen hatten sich im ganzen Lande Reformvereine gebildet, und die Parlamentsreform war zu einer allgemeinen Angelegenheit der Nation geworden. Da erhob sich im Unterhause am 1. März 1831 Lord John Russel und trug einen Gesetzentwurf vor, der von den Whigs mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde. Das Ministerium erklärte, mit der Reformbill stehen oder fallen zu wollen. Der Vorschlag war keineswegs radikal, sondern nur darauf berechnet, die Mißbräuche und Ungerechtigkeiten der bestehenden Wahlordnung zu beseitigen. Die Aristokratie behielt noch immer das Übergewicht, nur sollte dem gebildeten Mittelstande das Unterhaus nicht länger verschlossen bleiben. Daher wurde nicht nur den „verrotteten Burgflecken", sondern auch den Städten unter 2000 Einwohnern das Wahlrecht entzogen, den Städten

---

überall die freisinnigen und nationalen Bestrebungen. Wegen seines kühnen Einschreitens nannte ihn der liberale Roebuck „Lord Feuerbrand", oder noch witziger „das diplomatische Allerweltsschwefelholz." Als er wegen der Forderung eines jonischen Juden, also eines englischen Staatsbürgers, an die griechische Regierung Athen mit einem Bombardement bedroht hatte, verhinderte er seinen Sturz durch eine fünfstündige Rede, die er mit den Worten: „Civis Romanus sum" schloß, denn wie diese Worte einst auf der ganzen Erde Schutz gewährten, so sollte auch jenem Juden die Hinweisung auf sein englisches Bürgertum gleichen Schutz gewähren. Allgemeiner Beifall ward ihm zu Teil, und sein Gegner Robert Peel erklärte: „Wir alle sind stolz auf ihn!" Als er übereilt, wie ein Diktator, die Billigung des Staatsstreiches in Frankreich vom 2. Dez. 1851 aussprach (vgl. XIX.), ehe seine Regierung einen Beschluß gefaßt hatte, mußte er aus dem Ministerium ausscheiden. Bald übernahm er das Ministerium des Innern, das er mit gleicher Gewandtheit wie früher das des Auswärtigen leitete (1852—1855). Im Krimkriege folgte er auf Aberdeen als Premier-Minister (1855—1858) und rettete als solcher die Türkei (vgl. XX.), wie er den Bund mit Frankreich bewahrte. Als er nach Orsinis Attentat auf Napoleon III. (vgl. XIX.), das Asylrecht politischer Flüchtlinge durch die Verschwörungsbill beschränken wollte, mußte er vor Derby zurücktreten. Aber der Nationalkampf in Italien führte Palmerston von neuem an die Spitze (1859—1865), und er blieb Premier bis zu seinem Tode (18. Oktober 1865). Während er für Italien die höchste Sympathie zeigte, opferte er die Rechte Schleswig-Holsteins der öffentlichen Meinung in England und dem Andringen der Großmächte in der Londoner Konferenz (1852). Er bekämpfte den Aufstand in Indien (1857) und unternahm zweimal den Kampf gegen China (1856—1858 und 1860) und sicherte den Frieden während des amerikanischen Unionskrieges (vgl. XXXII.).

mit 4000 Einwohnern ein Vertreter, denen von mehr als 20 000 je zwei Vertreter zugestanden. In den Städten sollte jeder Einwohner, der zehn Pfund Sterling Steuern zahlte, eine Stimme bei der Wahl haben, in den Grafschaften jeder, der wenigstens 50 Pfund entrichtete. Die Sitzungen des Parlaments waren sehr stürmisch; die Whigs kämpften mit dem Gewichte ihrer Gründe, die Tories setzten ihnen die größte Leidenschaftlichkeit entgegen. Aber die Bill ging nicht durch, und am 22. April 1831 wurde das Parlament aufgelöst. Am 21. Juni legte Lord Russel dem neuen Parlamente, in dem das Unterhaus eine reformistische Majorität hatte, die Bill mit einigen Abänderungen zu Gunsten der großen Grundbesitzer vor. Nach harten Kämpfen wurde die Bill am 21. August vom Unterhause mit einer Mehrheit von 109 Stimmen angenommen, aber im Oberhause am 21. Oktober mit einer Mehrheit von 41 Stimmen verworfen.

Nun aber erreichte die Unzufriedenheit und Aufregung in ganz England einen furchtbaren Grad. Wellington, der entschiedene Gegner der Bill, konnte kaum sein Leben retten; Aufstände brachen aus, die nicht ohne Blutvergießen unterdrückt wurden; man sprach von Aufstellung eines eigenen Heeres, wie zur Zeit Karls I. Am 12. Dezember wurde die Reformbill dem Parlament nochmals vorgelegt und das Oberhaus verwarf sie auch diesmal. Graf Grey zog darauf die Bill ganz zurück und erbat sich vom König die Ermächtigung durch Kreierung neuer Pairs im Sinne der Whigs dem Ministerium im Oberhause die Majorität zu verschaffen. Aber der König, teils aus Furcht vor einer Revolution, teils aus Besorgnis, die monarchische Gewalt zu gefährden, auch von seiner Gemahlin, einer meiningischen Prinzessin, bestimmt, verweigerte die Ermächtigung. Graf Grey trat ab, und Wellington erhielt den Auftrag zur Bildung eines Ministeriums (Mai 1832). Diese Nachricht erregte einen furchtbaren Ingrimm im Volke. Der König selbst wurde mit Verwünschungen und Steinwürfen empfangen, in allen Volksversammlungen hieß es von Wellington nur: „An den Galgen mit ihm!“ Trauer legte sich über die Hauptstadt, und von allen Kirchtürmen klang Geläut, als sollte die Monarchie zu Grabe gebracht werden. Die Schotten waren bereit, mit bewaffneter

Macht die Bill zu unterstützen. Unter solchen Umständen konnte Wellington kein Ministerium bilden, da die bedeutendsten Tories die Übernahme verweigerten. Graf Grey kehrte ins Ministerium zurück mit der Vollmacht, so viele Pairs zu ernennen, als zur Erlangung der Majorität für die Annahme der Bill nötig sein würden. Der Widerstand der Tories war gebrochen; am 4. Juni 1832 ging mit einigen Änderungen die Reformbill auch im Oberhause durch und wurde am 7. Juni vom Könige bestätigt. Damit war, wie Graf Grey selbst sagte, eine Endmaßregel durchgeführt, da die neue Volksvertretung alle künftig erforderlichen Reformen auf dem Wege des Gesetzes herbeiführen werde.

Mit dem Siege der Reformbill waren aber die Leiden Irlands noch nicht geheilt. Hier erbte der Haß der katholischen Bevölkerung gegen ihre protestantischen Unterdrücker von Geschlecht zu Geschlecht; die Iren konnten es nicht vergessen, daß der Acker, von welchem sie jetzt einen schweren Zins erlegen mußten, einst das Eigentum ihrer Voreltern gewesen war. Sie fühlten dies um so drückender, da der Ackerbau unter solchen Umständen die starke Bevölkerung der Insel, die keine andere Erwerbsquelle kannte, nicht ausreichend ernährte. Die schreiendste Ungerechtigkeit aber war, daß die englische Staatskirche allmählich alles katholische Kirchengut an sich gerissen und zu ihren Zwecken verwendet hatte. Dabei blieb es jedoch nicht. Die katholische Bevölkerung war zur Unterhaltung der protestantischen Kirchen- und Pfarrgebäude verpflichtet, mußte den protestantischen Pfarrern den Zehnten und bei Taufen, Hochzeiten und Begräbnissen die Gebühren zahlen. Während die Iren also zur Unterhaltung einer fremden Kirche beitragen mußten, hatten sie außerdem noch ihre eigene Kirche und Geistlichkeit zu erhalten. Die irischen Zustände nahmen mehrere Jahre lang die Thätigkeit der englischen Minister in Anspruch, indem die Whigs auf Mittel zur Erleichterung der Iren ausgingen, die Tories ihr protestantisches Übergewicht zu behaupten suchten. O'Connell stiftete schon vor Einbringung der Reformbill einen Verein, der sich die Aufhebung der legislativen Union Irlands mit England und die Wiederherstellung eines eigenen irischen Parlaments zur Aufgabe stellte. Bald war die ganze Insel mit einem Netze von Repeal-Vereinen bedeckt, welche die Ver-

einigung mit England aufzulösen (repeal, widerrufen) suchten. Das Ministerium erklärte zwar die Bewegung für aufrührerisch und ließ sogar O'Connell und einige seiner Anhänger verhaften; sie wurden aber bald wieder frei, und O'Connell setzte nun seine Bestrebungen mit um so größerem Eifer fort; die Masse des Volkes vereinigte sich zu Riesenversammlungen (Monster-meetings) von mehr als 100000 Menschen; dabei aber mahnte O'Connell stets zum Frieden und warnte vor Aufruhr und Gewaltthat. Dennoch war er nicht mehr Herr der Bewegung. In Irland nahmen Unordnung und Gewaltthätigkeit überhand, und die Bevölkerung weigerte sich, der englischen Kirche den Zehnten zu entrichten. Ein Gewinn für Irland war die Auflösung des Bundes der Oranienmänner, an deren Spitze des Königs Bruder, der Herzog von Cumberland, stand, die in ihrem sträflichen Übermute so weit gingen, daß sie in absichtlich hervorgerufenen Streitigkeiten alljährlich das Blut ihrer katholischen Mitbürger vergossen. Da man ihnen sogar hochverräterische Absichten schuld gab, indem sie nach dem Tode Wilhelms IV. ihrem Oberhaupte die Thronfolge verschaffen wollten, so sah sich der Herzog selbst genötigt, die Auflösung des Bundes zu bewirken.

Am 20. Juni 1837 starb Wilhelm IV. Es folgte ihm seine achtzehnjährige Nichte Viktoria, die Tochter seines verstorbenen Bruders, des Herzogs von Kent. Sie vermählte sich am 10. Februar 1840 mit ihrem Vetter, dem Prinzen Albert von Koburg, einem durch Talent, feine Bildung und Charakter ausgezeichneten Fürsten.*) Die neue Königin, mit liberalen Grundsätzen vertraut, näherte sich der Partei der Whigs, und im Jahr 1838 setzte das aus ihnen gebildete Ministerium Melbourne zu Gunsten der Irländer die Zehntablösungsbill durch. Der Zehnten wurde in eine Geldsteuer verwandelt, die der Grundbesitzer zu tragen hatte; die überflüssigen Bischofssitze wurden abgeschafft. Als aber Lord Russel die Überschüsse der irischen Kircheneinkünfte zu Zwecken der Er-

*) Er starb am 14. Dezember 1861 zum großen Kummer seiner Gemahlin, ohne die von ihm angeregte Weltausstellung zu London (1. Mai 1862) zu erleben. — Der Thronerbe, Albert Eduard, ist am 9. November 1841 geboren.

ziehung und des Unterrichts verwendet wissen wollte, stieß er auf den hartnäckigsten Widerstand der hochkirchlichen Tories. Daher konnte der Ruf nach Repeal auf der Insel auch nach O'Connells Tode*) nicht verstummen. Jetzt erhob sich die Partei des „jungen Irlands" und trat mit der Forderung völliger Trennung von England hervor, aber die Regierung schritt mit Waffengewalt ein, und Smith O'Brien, der Hauptführer der Partei, wurde mit anderen nach Australien deportiert, später aber begnadigt.**)

---

*) Im Jahr 1843 war er wegen Verschwörung und Aufreizung zum Aufruhr vor Gericht gezogen. Er und seine Anhänger wurden zu einjährigem Gefängnis verurteilt, aber nach vier Monaten freigegeben. Er starb den 16. Mai 1847 zu Genua.

**) Er starb 1864 in seiner Heimat. — Viele in neuester Zeit nach Amerika ausgewanderte Iren dienten im Unionsheere gegen die Konföderierten (1861), und traten dann mit dem schon länger in England ausgebreiteten Geheimbunde der „Fenier" (Alt-Iren — „Phönizier"? — oder „Helden") in Verbindung, der nichts Geringeres als die Losreißung Irlands von England bezweckte. Im Sommer 1865 hörte man überall in Irland von nächtlichen Waffenübungen, und es bedurfte auch in den folgenden Jahren der größten Wachsamkeit gegen dergleichen Umtriebe. Im Mai 1867 wurde den gefangenen Häuptern der Fenier der Prozeß gemacht. Nachdem am 15. August 1867 eine Ausdehnung des Wahlrechts, eine Fortsetzung des Werkes von 1832, zum Gesetz erhoben war, die im wesentlichen eine Herabsetzung des Census für die Wähler von 50 auf 15 Pf. St. bestimmte, erfolgte die Beseitigung der anglikanischen Staatskirche in Irland (Juli 1869). Von Dezember 1868 bis Februar 1874 saß das liberale Ministerium Gladstone am Staatsruder. Dasselbe befolgte in Europa die Politik der Nichtintervention, mit Ausnahme des Krimkrieges (vgl. XX.), und gab auch im schleswig-holsteinischen Kriege Dänemark preis (1864). Während des deutsch-französischen Krieges blieb England zwar neutral, unterstützte aber doch die Franzosen mit Waffen, Munition und Kohlen (vgl. XXVII, 2.). Auf der Londoner Konferenz (März 1871) machte sich Rußland von einigen Bestimmungen des Pariser Friedens, betreffend Beschränkungen im Schwarzen Meere, los, was England geschehen lassen mußte. Über die Alabamafrage vgl. XXXII. In der Streitfrage über den Besitz der San-Juan-Inseln sprach Kaiser Wilhelm die Inselgruppe den vereinigten Staaten von Nordamerika zu (21. Okt. 1872). Von 1874 bis April 1880 stand Disraeli, im Jahre 1876 zum Grafen von Beaconsfield ernannt, an der Spitze eines konservativen Ministeriums. Immer größere Schwierigkeiten veranlaßte der englischen Regierung die Haltung der Iren. Von den Feniern hatten sich 1872 die Homeruler getrennt, welche eine selbständige Verwaltung (home-rule) der Insel mit irischem Parlamente verlangten.

Wichtige Verbesserungen, die aus der Parlamentsreform geflossen waren, sind die Freigebung des Handels nach Ostindien und China, der bisher ein Monopol der englischen Compagnie gewesen, für alle englischen Schiffe, und die Abschaffung der Sklaverei in allen britischen Kolonieen (vom 1. August 1834 an), wogegen den Sklavenbesitzern eine Entschädigung von 20 Millionen Pfund Sterling bewilligt wurde.

An die Durchführung der Reformbill schlossen sich die von den sogenannten Chartisten erregten Unruhen. Durch die allgemeine Einführung der Maschinen war die arbeitende Klasse in Not und Elend versunken; sie nährte fortwährend die Überzeugung, daß nur durch die Teilnahme aller an der Berechtigung zum Parlament dem Elende dauernde Abhülfe gewährt werden könne. Da die Reformbill diesen Klassen nicht genügte, so trennte sich die Partei der Radikalen von den gemäßigten Reformern und rief die Volksmassen auf. Neben den politischen Fragen traten nun die socialen auf; es bildete sich eine social-politische Partei, die

Um den ihnen von England geraubten Boden wieder zu gewinnen, bildete sich in Irland die Landliga und entwickelte bald eine Macht, der die Regierung kaum gewachsen war. Jeder englische Grundbesitzer, der die Pacht einforderte, wie jeder Pächter, der sie bezahlte, ward mit dem Tode bedroht. Die Verbrechen mehrten sich in schreckenerregender Weise, aber ihre Urheber blieben fast immer unentdeckt. Im März 1881 erließ das Ministerium die Zwangsbill, die den Vicekönig von Irland ermächtigte, jeden, den er des Hochverrats für schuldig hielt, zu verhaften und in Gewahrsam zu halten. Die Waffenbill bestimmte den Ankauf und das Tragen von Waffen in Irland. Hierauf erschien die Landbill, welche das Verhältnis zwischen Grundbesitzern und Pächtern in billiger Weise regelte und den letzteren von Seiten der Regierung Zuschüsse zum Ankauf und zur Urbarmachung von Grundbesitz gewährte (Aug. 1881). Diese Bill hatte günstige Erfolge, stellte aber die Ruhe nicht her. Die Landliga beharrte auf ihrer Forderung: „Keine Pachtzahlung!“ Ihr Führer Parnell und andere wurden verhaftet, aber wieder freigegeben. Die agrarischen Verbrechen, die Mordthaten mehrten sich. Lord Cavendish und Unterstaatssekretär Bourke wurden im Phönixparke bei Dublin angefallen und ermordet (6. Mai 1882), und der irische Agitator O'Donovan-Rossa sprach in seinem New-Yorker Preßorgane „von der Niederbrennung der größten Städte Englands, von der Vernichtung seiner Flotte und der Ermordung der hervorragendsten Männer“. — Seit 1880 ist Gladstone wieder am Staatsruder.

in einer sogenannten Volkscharte, von der sie den Namen Chartisten erhielt, allgemeines Stimmrecht, Einteilung des Landes in Wahlbezirke nach der Kopfzahl, jährliche Parlamente mit geheimer Abstimmung bei der Wahl, Tagegelder für die Abgeordneten, Einführung einer Einkommensteuer u. dgl., als Forderungen aufstellte. In London trat 1839 ein Nationalkonvent zusammen, in Birmingham ein geheimer Ausschuß; eine Petition mit 1 285 000 Unterschriften, die auf einem Lastwagen gefahren werden mußte, um Einführung der Volkscharte, wurde an das Parlament gerichtet. Als sie zurückgewiesen ward, geriet das ganze Land in die größte Aufregung. Sie wurde gedämpft und die Anführer der Chartisten wanderten in die Verbannung. Eine neue Erhebung fand 1841 statt; wiederum gelangten Petitionen mit Millionen von Unterschriften an das Unterhaus, wiederum kam es zu Aufständen, und O'Connor, der Hauptlenker der Bewegung, wurde verhaftet. Doch verabscheute der gesetzliche Sinn des Volkes im allgemeinen eine Revolution, und zum Glück trat 1841 Robert Peel an die Spitze des Ministeriums, der zur Erleichterung der Armen eine Einkommensteuer einführte und die Ausfuhrzölle wie einen Teil der Einfuhrzölle aufhob, bis endlich 1846 die völlige Aufhebung der Kornzölle erfolgte. Für die Durchführung dieser bedeutenden Erfolge war besonders Richard Cobden thätig, ein eifriger Vorkämpfer des Freihandelssystems, dem England seitdem treu geblieben ist. Diesen Erfolgen verdankt es England, daß die Stürme des Jahres 1848 glücklich an ihm vorübergingen.*)

In diesem Zeitraum nahm die englische Herrschaft in Asien ungemein zu. Durch das Vordringen Rußlands (vgl. IX.) und die dadurch zwischen beiden Mächten hervorgerufene Eifersucht wurden die Engländer zu einem Kriege gegen die Afghanen veranlaßt, unter denen sie (April 1839) den von seinen Feinden vertriebenen und zu ihnen geflüchteten Schah Sudscha einsetzten. Infolge russischer Wühlereien erhoben sich 1841 die Afghanen in einem allgemeinen Aufstande und rieben ein englisches Heer am Flusse Kabul vollständig auf,

*) Der große Peel fand 1850 durch einen Sturz vom Pferde seinen Tod.

wobei sich alle Schreckniſſe der Flucht Napoleons aus Rußland wiederholten. Im folgenden Jahre (1842) unternahmen die Engländer einen Rachezug, zerſtörten Kandahar, Kabul und alle nur erreichbaren Dörfer, verwüſteten Fruchtfelder, Weinberge und Gärten und metzelten nicht nur die Krieger der Afghanen, ſondern auch Weiber und Kinder nieder. Dann verließen ſie dieſe entlegeneren Gebiete, unterwarfen aber das Gebiet der Emirs von Sind am Ausfluſſe des Indus, und nach ſchweren Kämpfen das Pendſchab, das Land der Sikhs, mit der Stadt Lahore, wodurch das britiſche Oſtindien eine feſtere Grenze im Nordweſten bekam.

Ungefähr um dieſelbe Zeit verwickelte die Opiums-Frage England in einen Krieg mit China, das den von England begünſtigten Opiumhandel verboten hatte. Da der Kaiſer von China die Engländer aus Kanton verwieſen und allen Handel mit ihnen unterſagt hatte, ſo erklärten die Engländer den Krieg (1840), eroberten Kanton und drangen bis Nanking vor, worauf die chineſiſche Regierung zum Frieden von Nanking (1842) genötigt wurde, in welchem ſie die Inſel Hongkong an England abtrat, 6 Millionen Pfund Sterling Kriegskoſten zahlte und fünf Häfen, darunter Kanton, dem Handel aller Nationen öffnete.

Da jedoch dieſe Verträge nicht geachtet wurden und der rückſichtsloſe Gouverneur Yeh von Kanton die Europäer vielfach beleidigte, ſo erfolgte ein gemeinſamer Angriff der Engländer und Franzoſen. Kanton wurde bombardiert, die Verbündeten drangen ſiegreich vor und bedrohten den Kaiſer in ſeiner Hauptſtadt Peking. Im Juni 1858 wurde der Friede von Tientſin geſchloſſen, der China dem Chriſtentume und dem europäiſchen Verkehr eröffnete. Da die Chineſen neue Feindſeligkeiten übten, wurde ein neuer Krieg Englands und Frankreichs nötig, um den Übermut und die Treuloſigkeit „des himmliſchen Reichs der Mitte“ noch ſchärfer zu züchtigen (1860). Die Verbündeten eroberten die Peiho-Forts und drangen bis Peking vor, wo die Franzoſen den kaiſerlichen Sommerpalaſt ausplünderten,*) und erzwangen

*) Der franzöſiſche Oberbefehlshaber Montauban erhielt von ſeinem Siege bei Palikihao (Sept. 1860) den Titel eines Grafen von Palikao.

einen Frieden, der das abgeschlossene Reich in den europäischen Verkehr hineinzog. Japan hatte bereits 1854 seine Häfen den Engländern und bald darauf auch anderen Nationen geöffnet.

Auch in Amerika, Afrika und Australien nahm das britische Kolonialwesen einen günstigen Fortgang. Unter-Canada, dessen Bevölkerung zum großen Teil französischen Stammes ist, drohte mit Losreißung, wurde aber durch die den Kanadiern verliehene Verfassung von 1840 zur Ruhe gebracht. Im Kaplande erweiterte sich die britische Herrschaft immer mehr und evangelische Missionsstationen sorgten für die Verbreitung des Christentums. In Neuholland, Vandiemensland erfreuen sich die britischen Kolonieen einer raschen Entwickelung, nur tritt die Entdeckung der reichen Goldschätze den Fortschritten höherer Bildung störend in den Weg.

XIV.

Die Türkei. Sultan Mahmud II. und Mehemed Ali, Vicekönig von Ägypten. — Rußlands Panslavismus. Antagonismus zwischen Rußland und England.

Nach dem Frieden von Adrianopel (vgl. V.) hatte sich Sultan Mahmud II. (1808—1839) die Aufgabe gestellt, das Heer nach europäischer Weise zu organisieren und eine durchgreifendere Ordnung in allen Zweigen der Verwaltung einzuführen, in der Überzeugung, daß ohne solche Reformen das türkische Reich seiner Auflösung unaufhaltsam entgegengehen müsse. Zunächst galt es, die aufrührerischen Albanesen und Bosnier, die ihm im Kriege gegen Rußland nur geringe Hülfe geleistet hatten, zu unterwerfen. Das gelang endlich seinem Großvezier Reschid Pascha, der eben so durch Schlauheit wie durch Tapferkeit zu seinen Zielen zu gelangen wußte (1831 und 1832). Ungleich größer aber war die Gefahr, die dem Sultan von Ägypten aus drohte.

Hier hatte sich Mehemed Ali aus einer unbedeutenden Stellung zu einer Macht emporgeschwungen, wie sie noch von keinem türkischen Statthalter ausgeübt worden. Während er das Volk zu einer recht- und besitzlosen Masse herabdrückte, wußte er Handel und Fabrikwesen so zu heben, daß ihm unermeßliche Geldmittel zuflossen, die er dazu benutzte, seine Land- und Seemacht durch Heranziehung europäischer, meist französischer Offiziere und Ingenieurs nach europäischem Muster zu organisieren. Mehemed Ali, Vicekönig von Ägypten, hatte als Lohn für seine dem Sultan gegen die Griechen geleisteten Dienste die Insel Kandia erhalten. Hiermit nicht zufrieden, verlangte er Damaskus und die Umgegend, indem er nach dem Besitz des reichen Syriens strebte, um von da aus die übrigen asiatischen Provinzen zu erobern. Da ihm der Sultan seine Forderung abschlug, so hielt Mehemed Ali den Zeitpunkt, wo die europäischen Kabinette durch die Folgen der Julirevolution hinlänglich beschäftigt schienen, für geeignet, über die Grenzen Ägyptens hinauszugehen und in Syrien festen Fuß zu fassen. Er fand leicht eine Ursache zum Kriege mit Abdallah, der als Paschah von St. Jean d'Acre eines der vier syrischen Paschaliks regierte, und am 29. Oktober 1831 überschritt sein Sohn Ibrahim Paschah, durch seine barbarische Kriegführung im Peloponnese übel berüchtigt, mit einem nach europäischer Art eingerichteten Heere die Grenze Ägyptens. Ohne Schwertschlag besetzte er Gaza, Jaffa, sogar Jerusalem, und belagerte die von Abdallah verteidigte Festung Acre zu Wasser und zu Lande. Der Sultan schlug die erneuerten Forderungen des Vicekönigs ab und erklärte ihn und seinen Sohn in die Acht. Aber Ibrahim eroberte am 25. Mai 1832 Acre mit Sturm und unterwarf sich bald ganz Syrien. Ein türkisches Heer unter dem Oberbefehle Hussein Paschas, das ihm entgegenzog, wurde am 27. Juli bei Beylan gänzlich geschlagen. Der Sultan schickte jetzt den Großvezier Reschid Pascha mit einem Heere gegen Ibrahim, aber das türkische Heer wurde bei Konieh (Iconium) auseinander gesprengt und der Großvezier selbst gefangen genommen (20. Dezember). Ibrahim brachte seine Streitkräfte auf 100 000 Mann, der Weg nach Konstantinopel lag ihm offen.

Während England und Frankreich den Sultan ohne

Hülfe ließen, suchte Rußland aus der Bedrängnis der Pforte seinen Vorteil zu ziehen. Kaiser Nikolaus bot dem Sultan seine Hülfe an, und dieser sah sich in die drückende Notwendigkeit versetzt, die russische Unterstützung gegen seinen siegreichen Vasallen in Anspruch zu nehmen. Bald schlug ein russisches Heer bei Skutari, an der kleinasiatischen Küste, sein Lager auf. England und Frankreich konnten diese Einmischung Rußlands in die Angelegenheiten der Türkei nicht gleichgültig mit ansehen; der französische Botschafter machte den Sultan auf die Gefährlichkeit der russischen Hülfe aufmerksam, versprach Frankreichs Beistand und bot dessen Vermittelung mit dem Vicekönig an. Der Sultan, der sich nur mit äußerstem Widerstreben Rußland hingegeben hatte, nahm diese Vorschläge an. Aber Mehemed Ali verlangte die Abtretung von ganz Syrien und ließ die Drohungen Englands und Frankreichs unbeachtet, da keine Macht bereit stand, ihnen Nachdruck zu geben. Um nur Rußlands Einfluß bei Seite zu schieben, wußten der französische und englische Botschafter, denen sich auch Östreich anschloß, den Sultan zu dem Frieden von Kutajah zu bewegen (6. Mai 1833), durch den der Vicekönig Syrien und das Gebiet von Adana (am Taurus) in Kleinasien erhielt.

Rußland zog nun freilich seine Truppen zurück, bewog aber den Sultan zum Vertrage von Unkiar-Skelessi (8. Juli 1833), dem zufolge die Pforte im Falle der Not russische Hülfe zu Wasser und zu Lande beanspruchen konnte, sich aber verpflichten mußte, die Dardanellen allen fremden Kriegsschiffen zu verschließen. Durch die Sperrung der Dardanellen wurde das Schwarze Meer in einen russischen Binnensee verwandelt, und die Türkei den Angriffen Rußlands preisgegeben, das seit Peters I. Zeiten auf den Besitz Konstantinopels seine lüsternen Blicke richtete.

Indessen brannte Mahmud II. von Rachedurst gegen Mehemed Ali. Er suchte ihm in seinen neuen Erwerbungen Gegner zu erwecken, wozu dieser durch Steuerdruck und starke Aushebungen Veranlassung gab. Dagegen unterhielt Mehemed Ali im türkischen Reiche geheime Verbindungen und suchte, während Mahmud seine Reformen im Innern fortsetzte, sich den Feinden derselben als Anhänger des strengen Islams zu empfehlen. Zwar zahlte er den der Pforte schuldigen Tribut,

sann aber fortwährend auf völlige Unabhängigkeit, unterwarf sich die Länder an beiden Küsten des roten Meeres und dehnte seine Macht bis zum persischen Meerbusen aus. Die Vereinigung von Ägypten, Syrien und Arabien in seiner Hand brachte dem englischen Ostindien Gefahr. England schloß 1838 einen Handelsvertrag mit der Pforte, der die Aufhebung aller Monopole und die freie Ausfuhr aus allen Teilen des türkischen Reiches bestimmte, zu welchem die Besitzungen des Vicekönigs dem Namen nach noch immer gehörten. Da sich Mehemed Ali diesen Bestimmungen nicht sofort fügte, so entsetzte ihn Mahmud aller seiner Würden und erklärte ihn in die Acht. Die türkischen Truppen rückten in Syrien ein, aber auch diesmal blieb das Glück den Fahnen Ibrahims getreu; die Schlacht bei Nisib am rechten Euphratufer (24. Juni 1839) sprengte die türkischen Truppen in wilder Flucht auseinander, und elf Tage darauf ging der türkische Kapudan (Großadmiral) Achmed Pascha, statt die ägyptische Seemacht anzugreifen, mit der ganzen Flotte zum Vicekönig über.

Mahmud II. erlebte die Kunde von diesem furchtbaren Schlage nicht mehr. Er war am 30. Juni 1839 gestorben. Während seiner Regierung hatte die Pforte die Moldau, Walachei und Serbien dem russischen Einfluß preisgeben müssen, sie hatte Griechenland verloren und sah Ägypten, Syrien und Arabien in der Gewalt eines abtrünnigen Vasallen.

Es folgte in der Regierung der erst siebzehnjährige Sohn Mahmuds, Abdul Medschid (1839—1861). Der schon bejahrte, aber in Staatsgeschäften erfahrene Chosrew Pascha, wegen seiner Vorsicht und Schlauheit von den europäischen Diplomaten „der türkische Ulysses" genannt, wurde zum Großvezier erhoben. Chosrew, die Schwäche des Reiches kennend, wandte sich an die Großmächte um Beistand und Vermittelung. Aber Mehemed Ali verlangte jetzt den erblichen Besitz der ihm unterworfenen Länder. England, Frankreich und Östreich suchten vor allem die ausschließliche Einmischung Rußlands in der türkischen Angelegenheit abzuschneiden. Sie erließen daher unter Preußens Anschluß eine Kollektivnote an die Pforte (27. Juli 1839), worin sie erklärten, die Entscheidung der orientalischen Frage selbst in die Hand nehmen

zu wollen. Rußland, das den Vicekönig nicht allzumächtig werden lassen wollte, und in der schwachen Pforte seine zukünftige Beute sah, trat dieser Erklärung nach einigem Bedenken bei.

Über die Art und Weise, wie das Verhältnis zwischen dem Sultan und dem Vicekönig zu ordnen sei, waren England und Frankreich verschiedener Meinung. Sie waren zwar darin einig, Rußlands Übergewicht im Oriente herabzudrücken, aber Frankreich suchte dieses Ziel dadurch zu erreichen, daß der Vicekönig im vollen Besitze seiner erworbenen Macht bliebe, wobei es selbst die Herrschaft auf dem Mittelmeere zu gewinnen hoffte; England, und mit ihm Östreich, fürchtete von einer Machterweiterung Mehemed Alis eine zu große Schwächung der Türkei, die dieses Reich endlich Rußland in die Arme werfen müsse. Letzteres aber besorgte, an Mehemed Ali einst einen gefährlichen Gegner zu haben. Da Frankreich auf seinen Ansichten beharrte, so traten die übrigen Mächte, denen sich auch Preußen anschloß, zu dem Londoner Vertrag vom 15. Juli 1840 zusammen, worin Mehemed Ali die erbliche Herrschaft von Ägypten, aber unter türkischer Oberhoheit, und einen Teil Syriens auf Lebenszeit erhalten, die übrigen Eroberungen aber nebst Kandia und der zu ihm übergegangenen türkischen Flotte an die Pforte zurückgeben sollte.

Da sich der Vicekönig diesen Beschlüssen nicht unterwarf, so begannen die Feindseligkeiten der verbündeten Mächte. Zwar hatte der Londoner Vertrag im französischen Volke den tiefsten Haß gegen England erweckt und ein Krieg schien seinem Ausbruche nahe, aber die Großmächte kannten Ludwig Philipps Friedensliebe und kümmerten sich nicht um die Stimmung der Franzosen. Eine englisch-östreichische Flotte segelte nach der Küste Syriens; Acre wurde erstürmt, Alexandria von dem englischen Commodore Napier bombardiert, so daß sich die Bevölkerung daselbst gegen den Vicekönig erhob. Dieser mußte sich jetzt zur Räumung von Syrien, Arabien und Kandia verstehen und mit dem erblichen Paschalik von Ägypten unter türkischer Oberhoheit begnügen.

Die Pforte war somit gerettet, hatte aber durch Anrufung der fremden Mächte den offensten Beweis ihrer Ohnmacht abgelegt. Frankreich hatte, indem es Mehemed Ali fallen ließ und sich dem Londoner Vertrag unterwarf, allen

Einfluß im Oriente eingebüßt, während England seine Absichten in Betreff der Landenge Suez weiter verfolgen konnte. Das gute Einverständnis zwischen Frankreich und England war aufgelöst, zur größten Befriedigung Rußlands, das überhaupt aus dieser orientalischen Angelegenheit den größten Gewinn zog. Durch den Vertrag vom 15. Juli 1840 waren die Dardanellen wiederum für fremde Kriegsschiffe geschlossen worden, und Rußland, im Besitz des Schwarzen Meeres, konnte von der Höhe von Sebastopol aus auf Konstantinopel wie auf eine Beute herabsehen, die ihm seiner Zeit sicher zufallen werde.

Seit diesem Ausgange der orientalischen Wirren trat Rußlands Macht und politisches Ansehen immer stärker hervor. Frankreich war durch den Parteikampf im Innern gelähmt und mit England in gespanntem Verhältnisse; Deutschland, durch die Gegenbestrebungen Östreichs und Preußens und politische Meinungskämpfe geschwächt, sah mit Mißtrauen auf seinen westlichen Nachbar. Rußland dagegen hatte seit der Bezwingung Polens seine Heeresmassen immer mehr vergrößert und vervollkommnet, und seine sich in alles einmischende Diplomatie trug überall die größten Erfolge davon. Zugleich wußte es nationale und religiöse Mittel in Bewegung zu setzen, um auf andere Völker einzuwirken. Von ihm ging die Idee des Panslavismus aus, welche eine Verbindung der einzelnen slavischen Stämme beabsichtigte, die durch die Stammverwandtschaft mit Rußland zu diesem herangezogen werden sollten. Wie diese Idee durch Schriften unter den slavischen Völkerschaften verbreitet wurde, so suchte man nicht weniger auch eine religiöse Idee in den Vordergrund zu schieben und für Rußlands Interessen auszubeuten. Dieser Idee zufolge ist die morgenländische Kirche, zu welcher die russische gehört, die einzig wahre und rechtmäßige, der Zar der Nachfolger der oströmischen Kaiser, jener Konstantine, die einst über Glaubenssachen entschieden. Nach dem Untergange des oströmischen Reiches ist Moskau der Mittelpunkt der griechischen Kirche, der Zar das Oberhaupt aller ihrer Bekenner geworden und sein Beruf, die durch Nationalität und Religion verwandten Slavenstämme zu einem Ganzen zu vereinigen. Solche Ideeen, wenn auch zum größten Teile der Phantasie angehörig, mußten doch bei der damaligen Weltlage beunruhigend wirken und Unsicherheit und Besorgnis bei

den Regierungen hervorrufen, die aus Furcht vor der Revolution der russischen Politik zugeführt wurden. Rußlands Übergewicht auf dem Kontinente war entscheidend.

Auf ganz anderen Grundlagen beruhte Englands Größe. Durch seine geographische Lage, seinen Reichtum, seine Seemacht, durch seine freie Verfassung, die in das Wesen der Bevölkerung übergegangen war, bildete es dem russischen Absolutismus gegenüber einen natürlichen Gegensatz. England und Rußland mußten einander notwendig überall entgegentreten. Im Kaukasus, in Canada und Afghanistan bekundeten sich die Äußerungen eines Antagonismus, der früher oder später zu einem entscheidenden Zusammenstoß führen mußte.

XV.

Die revolutionären Bewegungen in Deutschland. — Östreich und Preußen.

Die Julirevolution wurde auch für Deutschland ein folgenschweres Ereignis. Ihre größte Bedeutung lag indessen darin, daß sie auf den Umschwung der Ideeen wirkte; thatsächlich wurden nur einige deutsche Staaten zweiten und dritten Ranges davon berührt.

Der Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig, der am 16. Juni 1815 in der Schlacht von Quatre Bras fiel, hatte zwei minderjährige Söhne, Karl und Wilhelm, hinterlassen, von denen der ältere ihm in der Regierung folgen sollte. Der damalige Prinz-Regent von England, nachmalige König Georg IV., der zugleich König von Hannover war, hatte als Haupt des welfischen Hauses die Vormundschaft über die Prinzen und die einstweilige Regierung des Herzogtums Braunschweig übernommen. Die früh hervortretenden üblen Seiten im Charakter des Herzogs Karl, wie Hang zur Willkür, Leichtsinn und Gleichgültigkeit gegen die Meinung anderer, waren Ursache, daß ihm die Regierung seines Landes erst im Jahr 1823 und auch da nur unter der Bedingung übergeben wurde, an den bestehenden Einrichtungen während der ersten Jahre keine Abänderung treffen zu wollen. Bald sollten die Hoffnungen seines Volkes, das

ihn mit Liebe empfing, getäuscht werden. Er kehrte sich an keine Gesetze und Einrichtungen, behandelte verdienstvolle Männer mit schnöder Geringschätzung und legte in allen seinen Handlungen einen schrankenlosen Hang zu Ungerechtigkeit und Willkür dar. Er erhöhte die Steuern ohne Zustimmung der Stände, die er gar nicht einberief, stieß die Erkenntnisse der Gerichte um, hielt die Besoldung ihm mißfälliger Beamten zurück und bot die Staatsgüter zum Verkaufe aus. Er verfolgte die während seiner Minderjährigkeit mit der Landesverwaltung beauftragten Beamten und forderte den hannoverschen Minister Grafen von Münster, der an der Spitze der Regierung gestanden, sogar zum Zweikampfe heraus. Er brachte zuletzt alle Klassen seiner Unterthanen gegen sich auf.

Im Jahre 1830 hatte der Herzog eine Reise nach Paris unternommen und war dort von der Julirevolution überrascht worden. Voll Entsetzen eilte er nach Hause, indem er an Karl X. den Mangel an Zwangsmaßregeln tadelte und erklärte, daß er vorkommenden Falles ganz anders auftreten würde. Da er seine Willkürherrschaft fortsetzte, so verlangte eine Bürgerdeputation Abstellung der Beschwerden und Berufung der Stände. Darauf hin ließ der Herzog die Wachen verdoppeln und vor der Kaserne 16 Kanonen auffahren. Da brach am Abend des 7. September 1830 ein Aufstand aus, wobei sein Schloß bis auf die Mauern niederbrannte, und er selbst, auch von seinem Militär verlassen, zur Flucht gezwungen wurde. Von London zurückgewiesen, begab sich der Herzog nach Frankfurt a. M., von wo aus er den Braunschweigern, wenn sie unter seine Herrschaft zurückkehren wollten, Abstellung der Beschwerden, Volksvertretung nach Kopfzahl, ja sogar fast gänzliche Steuerfreiheit versprach. Aber Niemand traute seinen Verheißungen. Sein Bruder, Herzog Wilhelm, der gleich nach dem Ausbruch der Unruhen von Berlin nach Braunschweig geeilt war, übernahm vorläufig die Regierung. Ein Versuch des flüchtigen Fürsten, den verlorenen Thron wieder zu gewinnen, schlug gänzlich fehl (November 1830)*). Am 2. Dezember 1830 erklärte die Bun-

*) Er ging nach Paris und trieb sich dann wie ein fahrender Ritter umher. Nach Deutschland kam er nicht wieder. Er starb am 18. August 1873 zu Genf.

desversammlung den Herzog Karl für unfähig zur Regierung und übertrug dieselbe seinem Bruder Wilhelm, der unter Zustimmung sämtlicher Agnaten am 25. April 1831 die Herrschaft antrat. Eine neue freisinnige Verfassung ward ausgearbeitet und diese am 12. Oktober 1832 als Grundgesetz des Landes bekannt gemacht.

In Kurhessen, wo das Volk die Rückkehr seines alten Fürstenstammes wie eine Befreiung von fremdem Joche begrüßt hatte, herrschte seit langer Zeit allgemeine Mißstimmung. Kurfürst Wilhelm I., der so gerne alle Erinnerung an die französische Herrschaft ausgelöscht hätte, war 1821 gestorben. Das Volk hoffte von seinem Sohne und Nachfolger Wilhelm II. durchgreifende Verbesserungen, aber seine Lage ward nur noch schlimmer. Wilhelm II. stand seinem Vater an Hang zur Willkür gleich, überbot ihn aber an Härte und Mißtrauen. Die Steuerlast steigerte sich, die öffentlichen Einnahmen wurden von ihm beliebig verwandt. Ohne alle Not, einzig zu seinem Vergnügen, hielt er eine stärkere Kriegsmacht, als es sein Bundesverhältnis verlangte; der polizeiliche Druck stieg aufs höchste, und ein förmliches Späthersystem breitete sich über das ganze Land aus. Während seine Gemahlin, die Kurfürstin Auguste, eine Schwester des Königs Friedrich Wilhelm III. von Preußen, von ihm gänzlich vernachlässigt wurde, lebte er öffentlich mit seiner zur Gräfin von Reichenbach (Lessonitz) erhobenen Geliebten (geb. Ortlepp), die auf die Regierung einen verderblichen Einfluß ausübte.

Unter solchen Umständen mußten die von der Julirevolution ausgehenden Funken einen empfänglichen Zündstoff finden. Die ersten Unruhen entstanden in Kassel infolge einer Brotteuerung (6. Sept. 1830), nahmen aber bald einen politischen Charakter an. In Kassel bewaffnete sich die Bürgerschaft, und die Aufregung teilte sich dem ganzen Lande mit. Auf das Militär konnte sich der Kurfürst nicht unbedingt verlassen. Am 15. September ward er zu dem Versprechen genötigt, die Landstände einzuberufen, was er nie gethan hatte. Eine neue Verfassung, die einen bedeutenden Fortschritt bildete, ward entworfen, und am 5. Januar 1831 die Verfassungsurkunde vom Kurfürsten unterzeichnet. Dieser zufolge gab es seitdem eine Ständeversammlung, welcher Teilnahme an der Gesetzgebung, der Steuerbewilligung und an

der Verwaltung der Staatseinnahmen zugesichert ward. Die Presse war, mit einigen Beschränkungen in der Ausübung, für frei erkannt. Da der Kurfürst sich an die Schmälerung seiner Gewalt nicht gewöhnen konnte, und ein Versuch, die Gräfin Reichenbach nach Kassel kommen zu lassen, beinahe einen Aufstand hervorrief, so verließ er seine Residenz, ging nach Hanau und von da nach Frankfurt a. M., um mit der Reichenbach ungestört leben zu können. Seinen Sohn, den Kurprinzen Friedrich Wilhelm, ernannte er (Septbr. 1831) zum Mitregenten, da er nach der Verfassung sein Land von einem fremden Gebiete aus nicht regieren durfte, und dieser übernahm von jetzt an allein die Regierung.

Im Königreich Sachsen war es nicht die Unzufriedenheit mit den Sitten und dem Wandel der regierenden Personen, was den Ausbruch von Unruhen hervorrief, sondern der Verfall der öffentlichen Zustände. Das Gerichtsverfahren war schleppend und verworren. Die Städte standen unter sich selbst ergänzenden Magistraten, die nach oben hin eine sehr unvollständige, nach unten hin gar keine Rechenschaft ablegten. Die meist adeligen Besitzer der Rittergüter besaßen Vorrechte, welche das Landvolk in tiefster Abhängigkeit von ihnen erhielten. Die Willkür der Polizei gegen die unteren Klassen war grenzenlos. Die Strenge der Censur beeinträchtigte den Leipziger Buchhandel, eine der vornehmsten Erwerbsquellen des Landes. Die Industrie war durch hohe Abgaben niedergehalten und die Steuern drückten durch ungleiche Verteilung den durch den großen Krieg schon ohnedies heruntergekommenen Mittelstand. So war die Mißstimmung allgemein.

In Leipzig und Dresden kam es im September 1830 zu Straßentumulten; in der Hauptstadt wurde das Rathaus und das Polizeigebäude erstürmt, eine Bürgergarde errichtet und von dem Könige Entlassung des Ministeriums Einsiedel, Einführung einer Repräsentativverfassung, Umgestaltung des Gemeindewesens, Aufhebung der Censur und Entfernung der Jesuiten verlangt, da König Anton, welcher 1827 seinem Bruder Friedrich August gefolgt war, in dem Rufe stand, mitten in der durchaus protestantischen Bevölkerung den Katholicismus zu begünstigen. Der König mußte nachgeben und nahm seinen Neffen, den beim Volke belieb-

ten Prinzen Friedrich August, zum Mitregenten an. Im September 1831 trat die von den Landständen beratene Verfassung ins Leben. Auch in den sächsischen Herzogtümern siegte die liberale Bewegung.

Im Königreich Hannover gab es der Mißbräuche und der Anlässe zur Unzufriedenheit eben so viele wie in Sachsen und Kurhessen. Hier stand das Junkertum in vollster Blüte. Der Landmann war wieder in Abhängigkeit unter die Gutsherren geraten, die Steuern waren in stetem Wachsen, die Städte in Verarmung begriffen. Das Volk rechnete so wenig auf Abhülfe durch die Kammern, daß ihm die Wahl der Abgeordneten ganz gleichgültig geworden. Nachdem schon im September 1830 wegen Teuerung der Lebensmittel und Steuerdrucks in mehreren Städten Unruhen entstanden waren, die leicht unterdrückt wurden, kam die lange verhaltene Gährung endlich in Göttingen zum Ausbruch (8. Jan. 1831). Einige Privatdocenten an der Universität und einige Advokaten, Doktor von Rauschenplatt und Advokat Seidensticker an der Spitze, rissen die unzufriedene Bürgerschaft zu einer allgemeinen Bewaffnung, zur Absetzung des Polizeidirektors und des Gemeinderates und zur Unterzeichnung einer Adresse fort, in der Abstellung der Beschwerden und Erteilung einer neuen Verfassung verlangt wurde, zu welchem Zwecke eine Deputation an den Herzog von Cambridge, Bruder Wilhelms IV. und Generalgouverneur von Hannover, abgesandt wurde. Die Regierung schickte indessen ein ansehnliches Truppenkorps nach Göttingen, dem es gelang, die Bewegung schnell zu unterdrücken. Die Urheber derselben hatten sich meist durch die Flucht gerettet. Infolge der zahlreichen Petitionen, die an König Wilhelm IV. nach London einliefen, fand sich dieser bewogen, den Grafen Münster zu entlassen und den Entwurf zu einer neuen Verfassung mit zwei Kammern beraten zu lassen, deren Schöpfer wesentlich Karl Bertram Stüve war, und die allem Widerstreben der Adelspartei zum Trotze im Jahre 1833 eingeführt wurde.

In den süddeutschen konstitutionellen Staaten trat infolge der französischen Julirevolution keine gewaltsame Unterbrechung der bestehenden Verhältnisse ein. In Hessen-Darmstadt riß der Notstand das Landvolk zu Unordnungen hin, die an den Bauernkrieg des 16. Jahrhunderts erinnern

konnten, aber keinen politischen Charakter trugen. Nur in Rheinbaiern erhob sich eine demokratische Bewegung, deren Ziel mit deutschen Zuständen unvereinbar war.

Der Rheinkreis hatte sich nie an das altbaierische Wesen gewöhnen können. Am 24. Mai 1832, dem Jahrestage der baierischen Verfassung, wurde auf dem Bergschlosse Hambach bei Neustadt an der Hardt, eine große Volksversammlung abgehalten, zu der aus allen Gegenden Deutschlands bei 30 000 Menschen mit schwarz-rot-goldenen Farben herbeiströmten. Die Redner, wie Dr. Wirth, Redacteur der deutschen Tribüne, und Dr. Siebenpfeiffer, Redacteur des Westboten, stellten in kraftvollen und begeisterten Reden nichts Geringeres als Republikanisierung und Einheit Deutschlands mit Volkssouveränität in den Vordergrund, ohne zu erwägen, daß es ihnen an allen Mitteln, solche Absichten zur Ausführung zu bringen, fehlen werde. Sie bewiesen in ihrer Verblendung nur die politische Unfähigkeit ihrer Partei. Es gelang daher dem baierischen Feldmarschall, Fürsten Wrede, mit wenigen Truppen ganz Rheinbaiern ohne Widerstand zu unterwerfen.

Die Reaktion benutzte diese Verirrungen und Übertreibungen der demokratischen Partei, um neue Ausnahmezustände für Deutschland zu schaffen, und Metternichs Diplomaten waren eifrig bemüht, den Repräsentativstaat als gleichbedeutend mit Revolution den deutschen Fürsten vor Augen zu stellen. Der Bundestag aber erließ unter dem 28. Juni und 5. Juli 1832 eine Reihe von Beschlüssen, von denen einige nur Wiederholung des 1819 in Karlsbad und 1820 in Wien Geschehenen waren. Neu und im Widerspruch mit den Verheißungen von 1813 und 1815 war die Bestimmung, daß die Ständeversammlungen in keinem Falle das Recht in Anspruch nehmen dürften, die Steuern zu verweigern, wodurch die Regierungen thatsächlich unumschränkt wurden.

Das Großherzogtum Baden, wo seit 1830 der freisinnige Großherzog Leopold auf dem Throne saß, hatte eine bedeutende Anzahl politischer Notabilitäten aufzuweisen, und Namen wie Rotteck, Welcker, Dutlinger, Mittermaier, Winter, Itzstein, waren in ganz Deutschland bekannt. Professor Welcker, Abgeordneter der Universität Freiburg

am badenschen Landtage, hatte den Antrag gestellt, neben dem deutschen Bunde eine Nationalrepräsentation zu schaffen, bestehend aus Mitgliedern der Ständeversammlungen, um über alle ganz Deutschland betreffende Angelegenheiten mitzuwirken und zu entscheiden, eine Institution, die das monarchische Princip nicht gefährdet haben würde, da die Bundesversammlung Mittel genug hatte, etwaigen Überschreitungen der Volkskammer entgegenzutreten. Der Antrag ward aber als revolutionär bezeichnet, Baden gezwungen, sein freies Preßgesetz zurückzunehmen und die Censur für Druckschriften unter zwanzig Bogen einzuführen. Die Bundesbeschlüsse wurden überall zur Ausführung gebracht. Rotteck und Welcker, welche als Redner und Schriftsteller eine weit über ihr engeres Vaterland hinausreichende Berühmtheit besaßen, wurden ihrer Professuren entsetzt, und die Universität Freiburg einige Zeit geschlossen. Die Reaktion hatte einen neuen Sieg erfochten. Gleichwohl ließen sich die Ständeversammlungen in mehreren Ländern nicht abhalten, gegen die Bundesbeschlüsse von 1832, als die innere Unabhängigkeit der Staaten verletzend, Verwahrung einzulegen.

Der immer fühlbarer werdende Druck der Reaktion und das verführerische Beispiel revolutionärer Bewegungen in anderen Staaten veranlaßte eine Anzahl meist junger Männer, die, ohne Kenntnis der wahren Lage der Dinge, über die Unzulänglichkeit ihrer Mittel völlig verblendet waren, zu einem bestimmten Unternehmen, in dem Wahne, dem Volke dadurch den Anstoß zu einer entscheidenden Erhebung zu geben. Frankfurt a. M., wo die radikale Partei Anhang hatte und nur eine schwache Besatzung lag, war zum Mittelpunkte der Verschwörung ausersehen. Die Verschworenen hofften die Bundesversammlung auseinander zu sprengen, sich der Bundeskasse zu bemächtigen und dadurch die Losung zu einem allgemeinen Aufstand in Süd- und Westdeutschland zu geben.

Am 3. April 1833 abends um halb 10 Uhr griffen die Verschworenen, nicht über 70 Mann stark, die Hauptwache und die Konstablerwache an, unter Anführung des Dr. Gärth und des von den Göttinger Unruhen her bekannten Dr. v. Rauschenplatt, warfen die Frankfurter Soldaten über den Haufen, wurden aber, als diese Verstärkung

erhalten, zurückgeschlagen und teils zersprengt, teils gefangen, da die Aufforderungen an das Volk zum Anschluß ohne Erfolg blieben.

Man konnte der Reaktion keinen größeren Dienst leisten, als durch dieses Frankfurter Attentat, welches die Verblendung und Ohnmacht der radikalen Partei so recht an den Tag legte. Die Bundesversammlung war sogar im voraus völlig davon unterrichtet, ließ es aber geschehen, um, wie Metternich selbst schrieb, diese sobald vielleicht nicht wiederkehrende Gelegenheit zur Bekämpfung des Zeitgeistes nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen. Man setzte, wie 1819 zu Mainz, so jetzt in Frankfurt a. M., eine Central-Untersuchungs-Kommission gegen demagogische Umtriebe ein. Gegen 1800 Personen wurden in den verschiedenen Bundesstaaten wegen politischer Vergehen oder verdächtiger Gesinnung eingezogen, und manche von ihnen durch grausame Behandlung, wie der darmstädtische Pfarrer Weidig durch seinen rohen Untersuchungsrichter Georgi, zum Selbstmorde, andere zum Wahnsinn und ins Irrenhaus getrieben. Die Überführten wurden zu mehr oder weniger langer Einkerkerung verurteilt; die eigentlichen Leiter der Verschwörung waren entflohen.

Im Sommer 1833 kamen die Minister von Östreich, Preußen und Rußland in Teplitz zusammen, um gegen den deutschen Liberalismus gemeinsame Maßregeln zu treffen, und im Herbst fand in München-Grätz, ebenfalls in Böhmen gelegen, eine Besprechung zwischen den drei Mächten statt, wo über die Stellung der drei nordischen Mächte gegen die Revolution überhaupt und gegen Frankreich insbesondere beraten wurde. Endlich wurde im Januar 1834 in Wien eine Minister-Konferenz eröffnet, zu der die deutschen Regierungen ihre Bevollmächtigten geschickt hatten. Die Ergebnisse dieser mehrfachen Verhandlungen liefen, teils frühere bestätigend, teils neue hinzufügend, auf folgende Beschlüsse hinaus: In allen deutschen Bundesstaaten bleibt die oberste Gewalt ungeteilt in der Person des Regenten vereinigt, welche nur bei einzelnen Regierungshandlungen an die Mitwirkung der Stände gebunden ist. — Die Stände dürfen die Bewilligung der Steuern nicht an Bedingungen knüpfen, nicht bestimmte Summen für vorkommende Ausgabeposten festsetzen,

sondern können das Budget nur im allgemeinen aufstellen. — In keinem Falle können der Regierung die Mittel zur Erfüllung ihrer Bundespflichten verweigert werden. — Die Stände dürfen nicht über die Gültigkeit der Bundesbeschlüsse beraten oder sie gar verwerfen. — Alle Verordnungen der Regierung haben für die Unterthanen verbindliche Kraft, und hängen weder von der Einsprache der Gerichte noch von der Anerkennung der Stände ab.

Nachdem durch diese Bestimmungen die Mitwirkung der Ständeversammlungen so gut wie aufgehoben war, wurde zur Schlichtung der nun noch allein möglichen Streitigkeiten zwischen Regierung und Ständen, über den Betrag der Steuern zum Zweck der inneren Ausgaben, ein Schiedsgericht eingesetzt, das aus 34 von sämtlichen Bundesregierungen ernannten Mitgliedern bestehen sollte. Da die Regierungen nur entschiedene Anhänger beriefen, so mußte es diesem Gerichte an der nötigen Unabhängigkeit seiner Mitglieder fehlen. Die beschränkenden Preßgesetze wurden dahin verschärft, daß nun auch die Verhandlungen der Stände und der Geschwornengerichte der Censur unterliegen sollten. Diese Bestimmungen wurden von der Bundesversammlung angenommen und auf sechs Jahre als für alle Bundesstaaten verbindlich erklärt.

Während unter dem stets weitergreifenden Druck die Unzufriedenheit der Masse immer mehr zunahm, sollte wenige Jahre nach diesen Beschlüssen der hannöversche Verfassungsstreit eine neue Bewegung herbeiführen.

König Wilhelm IV. von England, zugleich König von Hannover, war am 20. Juni 1837 gestorben. Da in den Stammlanden des welfischen Hauses das salische Gesetz galt, so ward Hannover von Großbritannien, wo jetzt Viktoria den Thron bestieg, getrennt, und Ernst August, Herzog von Cumberland, Sohn Georgs III. und Oheim der Königin Viktoria, wurde König von Hannover (1837—1851). Unvolkstümlich und verhaßt, schien er, obwohl in England geboren und nicht einmal des Deutschen vollkommen mächtig, in seinem ganzen Wesen den Briten an die absolutistischen Höfe des Kontinents zu erinnern. Während er sich in England an die Partei anschloß, welche die freien Grundsätze der Verfassung bekämpfte, so waren doch auch die Tories

dem Herzoge nie hold gewesen, indem sie in ihm mehr einen Absolutisten als Aristokraten erkannten. Er hatte an der Spitze der Oranienmänner gestanden, und die von der ihm feindlichen Presse verbreiteten nachteiligen Gerüchte über sein Privatleben fanden im Publikum Glauben.

Am 28. Juni 1837 hielt der neue König seinen Einzug in seine Residenz Hannover, und am 5. Juli erklärte er, daß er die Verfassung von 1833 nicht anerkenne, da sie, ohne seine, des damaligen Thronerben, Zustimmung zustande gekommen, die Regierungsrechte verletze, und er dieselbe für das Wohl seiner Unterthanen nicht für zuträglich halte. Und doch war die Verfassung ein zwischen Krone und Stände vereinbartes Staatsgrundgesetz, das von Niemanden einseitig aufgehoben werden konnte. Die wahre Ursache dieses Gewaltstreiches war aber die Bestimmung der Verfassung von 1833, welche die Domänen für Staatsgut erklärt und dafür eine Civilliste eingeführt hatte. Der König hatte sich in England eine solche Schuldenlast zugezogen, daß er die reichen Einkünfte dieser Domänen, die er sogleich an sich zog, zur Befriedigung seiner englischen Gläubiger brauchte. Da dies in der Ständeversammlung schwerlich durchzusetzen war, so mußte die Verfassung von 1833 aufgehoben werden.

Als der König den Huldigungseid verlangte, verweigerten ihn manche Beamte, andere leisteten ihn nur mit ausdrücklicher Hinweisung auf das Grundgesetz, oder reichten freiwillig ihre Entlassung ein. Sieben ausgezeichnete Professoren der Göttinger Universität: Jakob und Wilhelm Grimm, Dahlmann, Gervinus, Ewald, Albrecht und Weber, verweigerten die verlangte Huldigung, indem sie sich durch ihren auf die Verfassung von 1833 geleisteten Eid für gebunden erklärten. Sie wurden ihrer Stellen entsetzt, und Jakob Grimm, Dahlmann und Gervinus mußten außerdem, weil sie ihre Protestation veröffentlicht hatten, binnen drei Tagen das Land verlassen. Wie die Willkür der hannoverschen Regierung eine große Gährung der Gemüter in ganz Deutschland hervorbrachte, so fand die Charakterfestigkeit der sieben Professoren den verdienten Beifall. Einer im Februar 1838 mit großer Mühe vollzählig gemachten Ständeversammlung wurde der Entwurf zu einer neuen Verfassung vorgelegt, nach welchem die Krone so gut wie unumschränkt gewesen wäre. Die Stände

lehnten den Entwurf ab, beschlossen eine Eingabe an den Bundestag um Schutz für die Verfassung von 1833 und wurden vertagt. Erst die Ständeversammlung von 1840 nahm den Regierungsentwurf mit einigen Abänderungen an; indessen hatte der König seine Absichten, den Besitz der Domänen und die Beschränkung der Volksrechte, erreicht. Obgleich das Verfahren des Königs von Hannover nicht einmal von allen Regierungen gebilligt, von Baden, Würtemberg, Baiern sogar als gefährlich befunden wurde, so wies doch der Bundestag die Klage der hannöverschen Stände mit 9 gegen 7 Stimmen ab und erklärte, wie auch in anderen Fällen der Art, „keine bundesgesetzlich begründete Veranlassung zur Einmischung in innere Landesangelegenheiten zu finden."

Der östreichische Kaiserstaat lieferte in politischer Hinsicht das Bild gänzlichen Stillstandes. Während unter der Leitung des Staatskanzlers Fürsten von Metternich an eine Änderung des absoluten Systems nicht zu denken war, führte Kaiser Franz I. ein eigentlich patriarchalisches Regiment. Er liebte es, die Leute aus dem Volke persönlich an sich herantreten zu lassen, sie vertraulich zu empfangen und wohlwollend zu beraten, wie ein Vater seine Kinder. Unzählig ist die Menge derer, denen er allwöchentlich an bestimmten Tagen in der Wiener Hofburg Audienz erteilte. Dabei entwickelte er eine unversiegbare Geduld, ließ sich in die kleinlichsten Einzelheiten ein und erteilte endlich in nicht politischen Dingen gewöhnlich einen freundlichen, wenn auch wohl nichtssagenden Bescheid. Diese Audienzen, in denen der Kaiser im breiten gemütlichen Volksdialekte redete, verschafften ihm den Ruf biederer Menschenfreundlichkeit, wie ihn denn das Volk den guten Kaiser Franz nannte. Im Regierungssystem blieb alles beim alten, und des Kaisers Haß gegen Neuerungen ging in Mißtrauen gegen sich selbst über, daß das Neue unvermerkt in seine eigensten Handlungen sich einschleichen könne. Inzwischen blieb die Reaktion der böhmischen, ungarischen und italienischen Nationalitäten eine wunde Stelle des Kaiserstaates. Am 2. März 1835 schloß Franz I. seine Laufbahn in dem Wahne, seinem Sohne und Nachfolger Ferdinand I.

(1835—1848) einen wohlorganisierten Staat und eine festgegründete Macht zu hinterlassen.

Der neue Kaiser bestieg den Thron in einem Alter von zweiundvierzig Jahren, ein Fürst von unbegrenzter Gutmütigkeit, aber wegen geistiger und körperlicher Schwäche — er war epileptischen Anfällen ausgesetzt — ganz unfähig, an die Spitze der Regierung zu treten. Treu dem Rate seines Vaters, hielt er an dessen System fest und überließ sich ganz der Führung des Fürsten Metternich. Doch trat in der ersten Zeit der Regierung Ferdinands eine Beschleunigung des Geschäftsganges ein, und in allen Fächern der Verwaltung entwickelte sich eine größere Regsamkeit, wie eine erhöhte Sorge für Handel und materielle Interessen; der Polizeidruck wurde milder und eine Amnestie für zahlreiche politische Verbrecher erteilt. Aber die ständische Vertretung sank immer mehr; nur Ungarn hielt an seiner Repräsentativverfassung fest und bildete mit der Zeit eine gefährliche Opposition; in Italien ward der nationale Geist nur gewaltsam niedergehalten, und auch in Polen regte sich der Geist des Aufstandes. In dem Freistaat Krakau stürzte eine sogenannte patriotische Partei die bestehende Ordnung der Dinge, setzte eine provisorische Regierung ein und rief das übrige Polen zum Anschluß auf (1846). Östreichische und russische Truppen, zu denen bald auch preußische stießen, besetzten ohne Widerstand die Stadt. In Galizien hatten die Beamten, die sich persönlich bedroht sahen, die Bauern gegen den Adel aufgereizt, diese wandten sich nun gegen ihre adeligen Grundherren und verübten die furchtbarsten Greuel. Infolge dieser Vorgänge in einzelnen Teilen des früheren Königreiches Polen glaubten sich die Ostmächte berechtigt, den Freistaat Krakau als einen Herd von Verschwörungen und Unruhen dem Kaiserstaate einzuverleiben. (Nov. 1846.)

Einen anderen Gang nahm die Entwickelung in Preußen. Dieser Staat hatte seit dem großen Kurfürsten dadurch eine über seine materiellen Mittel weit hinausgehende Bedeutung behauptet, daß er, dem Fortschritte huldigend, die in jeder Zeit herrschenden Ideeen zur Geltung zu bringen suchte. Durch die Befreiungskriege war der Drang nach politischer Einheit und Freiheit gewaltig angeregt worden. Eine freie Verfassung wäre damals für Preußen ein dringendes Bedürfnis

und ein wahrer Segen gewesen. Indessen bildete sich bald nach dem Wiener Kongreß unter der Macht des östreichischen Einflusses eine Partei, welche langsam und unvermerkt alles auf die Zustände, wie sie vor 1806 gewesen, zurückführen wollte. Während ganz Deutschland mit Hoffnung auf Preußen hinsah, gelang es dieser reaktionären Partei, in der Stimmung und den Ansichten Friedrich Wilhelms III. allmählich eine große Veränderung hervorzubringen, und die Vorfälle auf der Wartburg, die Ermordung Kotzebues machten auf den König einen so tiefen Eindruck, daß er sich, wie viele Souveräne, der Meinung hingab, das konstitutionelle System sei der Anfang zum Umsturz der Throne. So nahm er die Verheißung vom 22. Mai 1815 zwar nicht zurück, ließ aber den Gedanken an Reichsstände fallen und führte durch das Patent vom 5. Juni 1823 nur Provinzialstände ein (vgl. I.). Diese besaßen nur eine beratende Stimme über die ihnen vom Ministerium vorgelegten Gegenstände, und ihre Sitzungen waren der Öffentlichkeit entzogen. Der Adel und die Grundbesitzer waren darin so überwiegend vertreten, daß sie über die große Mehrheit der Nation fast immer den Sieg davon trugen. Seitdem sank die Hoffnung der freisinnigen Partei in Deutschland, durch Preußens Vorgang die politische Wiedergeburt der Nation zu erringen.

Im übrigen geschah auch jetzt in Preußen viel Gutes. Der öffentliche Unterricht, Wissenschaft und Kunst erfreuten sich einer gedeihlichen Pflege; auf Hebung des Landbaues, der Gewerbe und des Verkehrs wurde viel verwandt, und der im Jahre 1828 angebahnte Zollverein wurde mit unermüdlicher Thätigkeit weitergeführt. Die Regierung erkannte, daß der politischen Einheit Deutschlands die Einigung desselben in Betreff des Handels und Verkehrs unbedingt vorausgehen müsse, und ging, ohne sich um den aller schöpferischen Kraft entbehrenden Bundestag zu bekümmern, selbständig auf dieser Bahn immer weiter vor, indem sie mit den einzelnen Staaten in Unterhandlungen trat und Verträge abschloß. Am 25. August 1831 sagte sich Kurhessen von dem mitteldeutschen Handelsverein los und trat, wie Hessen-Darmstadt drei Jahre früher, dem preußischen Zollverbande bei, ein für das deutsche Leben überaus wichtiger Schritt, der auch die beiden Hessen einander wieder näherte, indem

er die verderblichen Zollschranken hinwegräumte. Durch einen Vertrag vom 22. März 1833 trat der preußisch-hessische und der bairisch-würtembergische Verein zu einem Ganzen zusammen, alsbald folgten Sachsen und die kleinen thüringischen Staaten; am 12. Mai 1835 das Großherzogtum Baden, am 10. Dezember desselben Jahres das Herzogtum Nassau, am 2. Januar 1836 die freie Stadt Frankfurt. So wußte Preußen in stiller, geräuschloser Wirksamkeit ein großes Ziel zu erreichen, und man hatte wenigstens nach dieser Seite hin die hohe Befriedigung, sich eines geeinigten Deutschlands zu erfreuen. Der deutsche Zollverein umfaßte jetzt ein zusammenhängendes Gebiet von 8252 Quadratmeilen mit mehr als 25 Millionen Deutschen, die sich in der Freiheit des Handels und Verkehrs zu einem Volke vereinigt sahen, wogegen der von dem eifersüchtigen Hannover mit Oldenburg, Braunschweig, Schaumburg-Lippe gestiftete niedersächsische Steuerverein zu keiner Bedeutung gelangte.

Dem Handels- und Gewerbswesen wurde hiedurch ein vorher ungekannter Aufschwung gegeben, und eine Menge neuer industrieller Unternehmungen tauchte auf. Durch Gründung und Erweiterung des deutschen Zollvereins errang Preußen einen friedlichen Sieg, der von Östreich mit Neid und Mißtrauen betrachtet wurde. Auch ließ es Metternich an Warnungen vor dem Anschluß bei den Regierungen nicht fehlen, aber die Furcht vor den Folgen der Julirevolution drängte diese Fragen den politischen gegenüber in den Hintergrund. Überhaupt war Metternichs glänzende Periode schon vorüber; er war der gewaltigen Bewegung der Zeit nicht mehr gewachsen und hielt die Geschicke von Europa nicht mehr in seiner Hand. Die großartigen Erfolge des Zollvereins entwickelten sich immer mehr, und die Vereinsstaaten traten unvermerkt in ein näheres Verhältnis zu Preußen, das auch in politischer Hinsicht nicht ohne Gewinn blieb. Auch eine weitere Aufgabe des preußischen Staates, die neuerworbenen deutschen Gebiete, besonders die schwierig zu behandelnden Rheinlande, für deutsches Leben von neuem zu gewinnen, war seit 1815 im allgemeinen glücklich gelöst, obgleich es noch geraume Zeit dauerte, bis diese Provinzen, insbesondere die rheinische, sich in die Straffheit des preußischen Verwaltungs-Mechanismus fügten, und man dort noch

nach Jahrzehnten „von den Preußen“ wie von fremden Eroberern sprach. Indessen gedieh das Land zu hoher Blüte, und zu dem materiellen Fortschritt trat als Leuchte der Wissenschaft die am 26. Mai 1818 gegründete Hochschule zu Bonn, die ihre erwärmenden Strahlen weithin verbreitete.

Was die religiösen Bewegungen unter der Regierung Friedrich Wilhelms III. anbetrifft, so war es des Königs innigster Wunsch, zwischen den beiden Konfessionen innerhalb des Protestantismus, den Lutheranern und Reformierten, eine Union zu begründen, und schon die Kabinettsordre vom 27. September 1817 suchte bei Gelegenheit der Jubelfeier der Reformation auf dieses Ziel hinzuwirken (vgl. I.), aber die Ausführung, besonders die Annahme einer gemeinsamen Agende, rief Zerwürfnisse hervor, die zur Bildung sogenannter altlutherischer Gemeinden führte.

Bedenklicher war der zwischen der Staatsgewalt und der katholischen Kirche entstandene Streit. Der König hatte nämlich durch Kabinettsordre vom 17. August 1825 eine in den östlichen Provinzen der Monarchie schon längst bestehende Verordnung, wonach die konfessionelle Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen von dem Willen des Vaters abhängig gemacht wird, auch in den westlichen Landesteilen eingeführt, so daß also der katholische Geistliche auch ohne das Versprechen der katholischen Kindererziehung einer gemischten Ehe die Einsegnung gewähren sollte. Dadurch wurde der Priester zur Bestätigung eines Ehebundes gezwungen, bei welchem ein Teil die Pflichten seiner Kirche verletzte und sich thatsächlich von ihr lossagte. Die Ausführung der Kabinettsordre erregte daher große Unzufriedenheit. So lange indessen der damalige Erzbischof von Köln, Graf Spiegel zum Desenberg lebte, der einer freieren Ansicht huldigte, blieb alles ruhig. Papst Pius VIII. erließ über diese Angelegenheit ein Breve, welches als ein Zugeständnis angesehen wurde, aber eine doppelte Auslegung zuließ. So kam zwischen der preußischen Regierung und den rheinisch-westfälischen Bischöfen eine Übereinkunft zustande (19. Juni 1834), in welcher letztere versprachen, sich in Bezug auf die gemischten Ehen den Staatsgesetzen fügen zu wollen. Als aber im Jahr 1835 Graf Spiegel zum Desenberg starb, wurde der bisherige Weihbischof von Münster, Baron Droste von Vischering, sein Nachfolger auf

dem erzbischöflichen Stuhle zu Köln, ein Mann von geringer Befähigung, aber ein entschiedener Anhänger seiner Kirche.*) Er hatte die Übereinkunft vom 19. Juni 1834 angenommen und eine Zeit lang befolgt, als plötzlich der römische Stuhl die Einsegnung jeder gemischten Ehe ohne vorheriges Versprechen der katholischen Kindererziehung entschieden verbot. Droste von Vischering glaubte sich dem Willen des Papstes unterwerfen zu müssen. Eine Vereinbarung der protestantischen Staatsgewalt mit den Tendenzen der Hierarchie schien unmöglich. Nach fruchtlosen Unterhandlungen wurde er auf königlichen Befehl am 20. November 1837 verhaftet und als Staatsgefangener nach der Festung Minden abgeführt. Dasselbe Schicksal traf in der Folge aus gleichem Grunde auch Martin von Dunin, Erzbischof von Posen und Gnesen, der am 6. Oktober 1839 auf die Festung Kolberg abgeführt wurde.

Dieses Verfahren brachte allenthalben ein der preußischen Regierung nachteiliges Aufsehen hervor. Der Papst legte gegen die dem Erzbischof von Köln widerfahrene Behandlung eine feierliche Verwahrung ein, die an alle katholischen Höfe versandt wurde. Die preußische Regierung hatte fast alle Parteien gegen sich; von den Ultramontanen ward sie als protestantisch, von den Liberalen als absolutistisch angegriffen, und selbst die Gemäßigten vermochten nicht sich zu der Ansicht zu erheben, daß die Regierung in ihrem Rechte sei.

Friedrich Wilhelm III. sollte indessen die Beilegung des zwischen seiner Regierung und dem römischen Stuhle ausgebrochenen Streites nicht mehr erleben. Er starb am 7. Juni 1840 nach einer zweiundzwanzigjährigen Regierung, in der Glück und Unglück einander in wunderbarem Wechsel folgten, die aber, einzelner Mißgriffe ungeachtet, für Preußen heilsam war.**) Mit ihm sank eine wichtige Epoche nicht nur der preußischen, sondern auch der deutschen Geschichte ins Grab.

*) Um dieselbe Zeit wurden die Schriften des verstorbenen Professors Hermes, der, ohne der katholischen Glaubenslehre entgegen zu treten, diese mit der Vernunft in Übereinstimmung zu bringen suchte, vom Papste verboten.

**) Der edle König fühlte sich in seinen letzten Jahren vereinsamt und ohne die Pflege der Familie. Er ging daher eine zweite (morganatische) Ehe mit der Gräfin Auguste von Harrach ein, die er zur Fürstin von Liegnitz und Gräfin von Hohenzollern

Mit seinem Sohne und Nachfolger brach eine neue Zeit an. Friedrich Wilhelm IV. war ein Fürst von natürlichem Wohlwollen, von echter Frömmigkeit und Gottesfurcht. Sein reicher, durch gründliches und umfassendes Studium ausgebildeter Geist war fruchtbar an lebendigen Gedanken, die von einer großen Leichtigkeit des Ausdrucks getragen wurden. Er besaß eine entschiedene Richtung für die Kunst und vereinigte poetische Auffassung mit technischem Urteil. Er hatte als Knabe den furchtbaren Schlag erlebt, der die Monarchie seines Vaters niederwarf, und die darauf folgende Zeit der Demütigung; er hatte den Schlag erlebt, der durch den Tod der edlen Königin Luise die königliche Familie und das ganze Land traf; sein Jünglingsalter war in die Zeit von Preußens nationaler Wiedergeburt und Erhebung gefallen, und sein reicher und tiefer Geist hatte jene großartigen Eindrücke im vollsten Maße in sich aufgenommen. Im Jahr 1813 war er seinem Vater nach Breslau und in den Krieg gefolgt.

Als Friedrich Wilhelm IV. nach seines Vaters Tode im zweiundvierzigsten Jahre, in voller Manneskraft, die Zügel der Regierung ergriff, waren die Blicke seines gesamten Volkes, ja die Blicke von ganz Deutschland auf den neuen Herrscher gerichtet. Er begann seine Regierung mit Handlungen der Gerechtigkeit und der Milde, die ihm alle Herzen gewannen. Er rief den freisinnigen General von Boyen in den Staatsrat zurück und übertrug ihm bald nachher das Kriegsministerium. Ernst Moritz Arndt, Professor an der Universität Bonn, wurde unter ehrenvoller Anerkennung seiner

---

erhob, und der es gelang, den ernsten und sorgenvollen König aufzuheitern und in seinem Alter zu beglücken. — „Er war ohne alle Tünche eines schimmernden Berufs unendlich mehr als er schien. Nur nach und nach erkannte man dies, wenn man ihn oft sah und hörte. Er blieb sich immer gleich: eine grundehrliche Natur; — offen und klar lag sein ganzes Wesen da, — schlicht und einfach. Nie hat man ihn, weder im tiefsten Unglück noch im höchsten Glück, außer sich gesehen, er war immer bei sich. Er herrschte, weil er sich selbst beherrschte; er behielt das Ganze im Auge, weil er sich selbst nicht aus den Augen verlor. Seine Ruhe ging mit der Zunahme der Jahre nicht in Schwäche über; der äußere Mensch verfiel zwar, aber der innere erneuerte sich (vorzüglich im Auge) alle Tage bis an den letzten.“ (Dittmar nach Eilert.)

Verdienste seinem Berufe zurückgegeben; Ludwig Jahn, der bekannte Turnmeister, wurde der Internierung zu Freiburg an der Unstrut enthoben. Ein königlicher Erlaß (10. August 1840) kündigte eine vollständige Amnestie für alle politischen Verbrechen und Vergehen der letzten Jahre an, wodurch eine Menge von Personen ihren Familien und früheren Stellungen wiedergegeben wurde. Die Erzbischöfe von Köln, von Posen und Gnesen wurden freigegeben und der katholischen Kirche unter Hintansetzung der staatlichen Rechte eine freiere Bewegung gestattet.

Als der König sich nach Königsberg begeben hatte, um die Huldigung der Stände entgegen zu nehmen, beschloß der bei dieser Gelegenheit versammelte Landtag, in einer Denkschrift den König um Einführung einer allgemeinen Landesvertretung zu bitten, wobei die Verheißung vom 22. Mai 1815, die Errichtung von Reichsständen betreffend, zu welchen die Provinzialstände als Vorbereitung dienen sollten, in Erinnerung gebracht wurde (7. September 1840). Aber in der königlichen Erwiderung wurde nur der Fortbestand der Provinzialstände, nicht die Einführung von Reichsständen zugesichert. Die Huldigung ging unter dem Jubel und der Begeisterung der Menge vor sich, wozu die Ansprache des Königs viel mitwirkte, der in herrlichen Worten eine gerechte, milde und gottesfürchtige Regierung gelobte. Am 15. Oktober erfolgte die Huldigung in Berlin, bei welcher Gelegenheit die Verschiedenheit zwischen den Ansichten des Königs und den Anhängern des konstitutionellen Systems ebenfalls hervortrat. Von da an begann sich eine Mißstimmung zu erzeugen, die im Volke selbst immer weiter um sich griff, aber erst später zu einem bedenklichen Ausbruch kam.

Während in zwei Broschüren, von denen die eine, von dem Oberpräsidenten Schön: „Woher und Wohin?“, die andere, von dem Königsberger Arzte Jacoby: „Vier Fragen“ betitelt war, die Notwendigkeit allgemeiner Vertretung und das Recht darauf, das sich das Volk durch die Befreiungskriege erworben habe, nachgewiesen wurde, zogen demnächst die Provinzialstände die Aufmerksamkeit des Volkes auf sich. In Petitionen und Adressen wurden dieselben angegangen, auf Erlangung weiterer Freiheiten hinzuwirken. Die Censur für Bücher über 20 Bogen wurde abgeschafft, und ein Ober-

censurkollegium gegründet. Der König hegte so viel Vorliebe für die Provinzialstände, daß er sie fortan alle zwei Jahre einberufen wollte und die Bildung von Ausschüssen anordnete, um „die ständischen Institutionen durch ein Element der Einheit zu ergänzen" (1842). Diese sollten zu einer Versammlung vereinigt, auch über allgemeine Staatsangelegenheiten beraten.

Die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. war von ganz Deutschland mit Hoffnung begrüßt worden. Der König, obwohl mit fremder Bildung vertraut, war durchaus von volkstümlicher Gesinnung durchdrungen und fühlte sich ganz als Deutscher. Eine festere Begründung deutscher Einheit lag dem König sehr am Herzen; es war sein ausgesprochenes Ziel, deutsches Wesen und deutschen Sinn zu stärken, und er erklärte gleich anfangs, er habe den festen Willen, dem deutschen Bunde neues Leben einzuhauchen. Bei der Grundsteinlegung des Kölner Dombaues (4. Sept. 1842), als er in ahnendem Geiste schon „die Thore einer neuen großen Zeit vollendet" sah, sprach er diesen Gedanken mit einer Begeisterung aus, die in ganz Deutschland ihren Widerhall fand. Bekannt mit den Mängeln der deutschen Bundesverfassung, suchte er sich über eine Verbesserung derselben schon im August 1841 persönlich mit dem Fürsten Metternich zu verständigen. Aber der östreichische Staatskanzler, der an dem System der Unterdrückung aller Freiheit und Öffentlichkeit festhing, betrachtete gerade die Übelstände des Bundes mit Wohlgefallen, weil nur so Östreichs Übergewicht gesichert werden konnte. So kam es denn nur zu einer Verbesserung des Bundesheerwesens, wozu die Drohungen Frankreichs in Betreff der Rheingrenze dringend aufforderten.*) Wenn aber das Streben des Königs einerseits am Widerstande Östreichs scheiterte, so ergriff er andrerseits auch nicht die geeigneten Mittel, um die deutschen Völker für sich zu gewinnen und eine größere Suprematie zu erlangen, die allem Widerstande zum Trotz auch zu einer staatlichen Oberleitung geführt haben würde. Dazu konnte nur eine wahrhafte Repräsentativverfassung mit freisinnigen Institutionen hinwirken. Der König aber, nicht frei

*) Damals war Beckers Lied: „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein!" im Mund des Volks (vgl. XVI.).

von inneren Widersprüchen und Gegensätzen, mystisch-romantischer Richtung, mehr dem Mittelalter als der Neuzeit, mehr der Vergangenheit als der Gegenwart zugewandt, verkannte den Geist der Zeit, indem er das konstitutionelle Princip mit dem revolutionären verwechselte und nur dem historisch Hergebrachten Geltung einräumte.

Der Gegensatz zwischen den Forderungen der Zeit und der persönlichen Überzeugung des Königs trat zum ersten Mal auf den Provinziallandtagen von 1843 hervor. Das Verlangen, die Ausschüsse in Reichsstände verwandelt zu sehen, sprach sich mehrfach und offen aus, daneben hörte man Beschwerden über Beschränkung der Gewissens- und Lehrfreiheit und über Verbreitung einer von obenher begünstigten pietistischen Richtung. Es bestanden nämlich neben den politischen Fragen auch die religiösen Gegensätze der Orthodoxie und des Rationalismus, von denen jene an der Lehre der Kirche festhält, dieser eine freiere Auslegung der biblischen Wahrheiten in Anspruch nimmt. Der König war persönlich der kirchlichen Richtung zugethan und suchte, ebenso wie sein Kultusminister Eichhorn, auf Wahrung und Kräftigung des positiven Glaubensgehaltes hinzuwirken und die entgegenstrebenden Tendenzen fernzuhalten. Daher wurden Männer, welche der christlichen Richtung aus Überzeugung angehörten und ihrer ganzen Bildung und Anschauung nach auf echt historischem Boden standen, zu den einflußreichsten Ämtern in Staat, Kirche und Schule berufen. Dagegen ward der Breslauer Professor Hoffmann von Fallersleben wegen seiner „Unpolitischen Lieder" abgesetzt, freisinnige Zeitungen wurden unterdrückt oder verboten, der Dichter Herwegh wegen eines freilich höchst taktlosen „Offenen Briefes" an den König ausgewiesen. Auf Seiten der Kirchgläubigen zeichnete sich Hengstenberg, Professor der Theologie in Berlin, durch seine evangelische Kirchenzeitung aus; unter den Lichtfreunden, wie sich damals die Anhänger der unkirchlichen Richtung nannten, thaten sich Rupp in Königsberg, in Sachsen Uhlich und Wislizenus hervor, die in mittelmäßiger, der Menge zusagender Darstellungsgabe ein gehaltloses Vernunft-Christentum aufstellten und Gründer der sogenannten freien Gemeinden wurden, die sich von der Landeskirche lossagten. Sie erhielten im Jahr 1847 die bürgerlichen Rechte.

Auch auf dem Gebiete der katholischen Kirche zeigte sich große Bewegung. Im August 1844 ließ der Bischof Arnoldi zu Trier in der Hauptkirche „den heiligen Rock" der Verehrung der Gläubigen ausstellen, den der Sage nach der Heiland während der letzten Jahre seiner irdischen Laufbahn getragen hatte. Über eine halbe Million Menschen wallfahrtete zu der Reliquie. Die Festlichkeit würde, da Ähnliches in allen katholischen Ländern vorkommt, keine besondere Aufmerksamkeit erregt haben, wenn ihr nicht die damals in den Gemütern herrschende Unruhe und Gereiztheit weitere Folgen gegeben hätte. Ein junger katholischer Geistlicher in Oberschlesien, Johannes Ronge, erließ an den Bischof Arnoldi ein offenes Sendschreiben „gegen das Götzenfest zu Trier an den dasigen Bischof als den Tetzel des 19. Jahrhunderts!" Dieser Rongesche Absagebrief, an und für sich ein sehr mittelmäßiges Werk, fand außerordentliche Verbreitung und gab Anlaß zur Gründung der sogenannten deutschkatholischen Sekte, die einen freisinnigen aufgeklärten Glauben einzuführen suchte. Anfangs machte Ronge großes Aufsehen, verfiel aber bald wegen Hohlheit und wirklichen Mangels an christlichem Gehalt samt seiner Gemeinde der verdienten Vergessenheit anheim. Zu gleicher Zeit sagte sich der katholische Pfarrer Czerski zu Schneidemühl in Posen von seiner Kirche los und gründete eine auf gleicher Flachheit beruhende „christkatholische" Gemeinde. Alle diese religiösen Richtungen hatten damals auch eine politische Färbung, indem die Anhänger der strenggläubigen Richtung der unumschränkten Monarchie, die Nationalisten dem konstitutionellen System oder der Demokratie huldigten. Wie sehr übrigens die fortdauernde Gährung auf politischem und religiösem Gebiete das sittliche Gefühl getrübt und abgestumpft hatte, beweist der Mordanfall, den der Bürgermeister Tschech (26. Juli 1844) durch Abfeuerung zweier Schüsse auf den König versuchte,*) der indessen völlig unverletzt blieb und die größte Kaltblütigkeit bewahrte. In Posen wurde eine Verschwörung entdeckt, die am 21. Februar 1846 ausbrechen sollte und mit den bereits erwähnten Unruhen in Krakau und Galizien zusammen-

*) Tschech, der keine Reue über sein Verbrechen zeigte, wurde mit dem Tode bestraft.

hing. Viele Verhaftungen fanden statt, unter denen die des polnischen Offiziers Miroslawski zu nennen ist.

Während die freisinnige Partei fortwährend auf die Verheißung vom 22. Mai 1815 und deren dauernde Verbindlichkeit für die Krone hinwies, erschien am 3. Februar 1847 ein königliches Patent, in welchem die Einberufung eines „Vereinigten Landtages" auf Grundlage der bisherigen Provinzialstände angekündigt wurde. Dieser Landtag war in zwei Kurien geteilt, von denen die erste die volljährigen Prinzen des königlichen Hauses, die Mediatisierten und Standesherren, die zweite die Abgeordneten der Ritterschaft, der Städte und der Landgemeinden umfaßte. Der vereinigte Landtag war, abgesehen von der Errichtung einer ersten Kurie oder Kammer, nur eine Zusammenstellung der bisherigen Provinzialstände. Die Zustimmung desselben sollte nur bei Einführung neuer oder Erhöhung der bestehenden Steuern und bei Abschließung von Staatsanleihen erforderlich sein; bei der Gesetzgebung sollte er, wie die Provinzialstände, nur eine beratende Stimme haben. Das Patent erregte große Mißstimmung, und seine schwachen Seiten wurden in einer Broschüre: „Annehmen oder Ablehnen?", die den Breslauer Juristen Simon zum Verfasser hatte, scharf hervorgehoben. Man wünschte eine wirkliche Repräsentativverfassung und keine Nachahmung eines veralteten mittelalterlichen Ständewesens.

Am 11. April wurde der vereinigte Landtag von Friedrich Wilhelm IV. mit einer glänzenden Rede eröffnet, die jedoch den Widerspruch zwischen seinen Überzeugungen und dem Geiste der Zeit klar hervorhob. Indem er mit Rücksicht auf die kirchlichen Verhältnisse die Worte Josuas aussprach: „Ich und Mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen!" — legte er auf der anderen Seite sein ganzes politisches Glaubensbekenntnis darin nieder: „Keiner Macht der Erde", erklärte er feierlich „soll es je gelingen, mich zu bewegen, das natürliche Verhältnis zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles umzuwandeln, und nun und nimmermehr werde ich es zugeben, daß sich zwischen unsern Herrn Gott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine zweite Vorsehung eindränge, um die alte heilige Treue zu ersetzen." — „Die Krone kann und darf

nur nach den Gesetzen Gottes und des Landes und nach eigener freier Bestimmung herrschen, nicht aber nach dem Willen von Majoritäten. Preußen kann diese Zustände nicht ertragen."

Die Verstimmung und Unzufriedenheit über die in der Eröffnungsrede geäußerten Grundsätze war so groß, daß die Abgeordneten der Provinz Preußen, weitere Verhandlungen für zwecklos haltend, Berlin sofort wieder verlassen wollten und nur durch ihre rheinischen Gesinnungsgenossen zu bleiben bewogen wurden, um auf Grundlage der bewilligten Rechte auf die Gründung eines wahrhaften Verfassungswesens hinzuwirken. Bei den Beratungen über die Adresse trat der Gegensatz zwischen den politischen Anschauungen des Königs und denen der Mehrheit der Versammlung unzweideutig hervor, und die Ansichten von Beckerath, Hansemann, Camphausen, Alfred von Auerswald, Vincke wurden überall mit Beifall aufgenommen. In der Adresse sprach sich die Erwartung aus, daß „das Patent vom 3. Februar der Anfang, nicht das Ziel der ständischen Entwickelung des Königreiches sein werde." Der König, der auf Dank gerechnet hatte und durch den erfahrenen Widerspruch unangenehm berührt war, erklärte auf die ihm übergebene Adresse, daß er dem vereinigten Landtage im allgemeinen keine weiteren Befugnisse zuzuerkennen vermöge, im einzelnen aber die Gesetzgebung nicht für abgeschlossen halte. Indessen war die Opposition gegen die Regierung auf dem vereinigten Landtage so bedeutend, daß derselbe am 26. Juni 1847 ohne erhebliches Resultat geschlossen wurde. Am 29. Dezember begannen wieder die Sitzungen der vereinigten ständischen Ausschüsse in Berlin, aber noch waren ihre Beratungen nicht zu Ende, als die Februarrevolution in Frankreich das Zeichen zu ernsteren politischen Kämpfen gab.

XVI.

Die Julimonarchie bis zur Februarrevolution (1830—1848).

Die Julimonarchie war aus einem Siege der Volksmacht über das alte Königtum hervorgegangen und hatte im ersten Augenblick unter den Massen großen Beifall gefunden. Doch schon in ihrem Entstehen lagen die Keime ihres Unterganges, die im Laufe der Zeit sich immer mehr entwickelten und endlich ihren Sturz herbeiführten. Ludwig Philipp war weder durch Geburt noch durch Wahl zum Throne gelangt. Während das Erbfolgerecht, das für den Herzog von Bordeaux sprach, durch seine Annahme der Krone verletzt wurde, hätte ein neues Königtum nur durch eine allgemeine Wahl der Nation gegründet werden können. Durch Einsetzung der Orleansschen Dynastie war weder dem monarchischen noch dem demokratischen Princip Genüge geleistet, und es entstand daraus eine Halbheit und Unsicherheit, die sich durch die ganze Ära der Julimonarchie hindurchzog.

Ludwig Philipp hatte ein vielbewegtes, an den stärksten Kontrasten reiches Leben hinter sich. Entsprossen aus königlichem Geschlechte, war er dem Jakobinerklub nicht fern geblieben und hatte der Republik seine Dienste geliehen. Später sah er sich genötigt, sich durch Arbeit seinen Unterhalt zu verschaffen, als ihn das Geschick zum Schwiegersohne eines Königs machte. So hatte ein überaus wechselvolles Leben in ihm einen Charakter entwickelt, der sich in jede Lage des Lebens zu fügen wußte, und seinen natürlichen Scharfsinn zu einem hohen Grade von Feinheit ausgebildet, mit dem er eine ausgebildete Welt- und Menschenkenntnis verband. Zeuge des höchsten Steigens und des tiefsten Falles menschlicher Größe, hatte er, wenn auch persönlich ohne Furcht, sich einer gewissen Vorsicht und Bedächtigkeit des Handelns hingegeben und den Geist des Zweifels und des Mißtrauens in irdisches Glück in sich aufgenommen. Ohne entschiedene Überzeugung und Richtung huldigte er einer klugen Berechnung der jedesmaligen Verhältnisse, war aber zugleich ein

Gegner aller Unordnung und Gewaltsamkeit und stets zu Milde und Menschlichkeit geneigt. Obgleich den ältesten Regentenfamilien angehörig, war er in den Augen des Volkes nur ein Emporkömmling, ohne jede Kraft und Größe, die das Heer oder die Massen mit sich hätte fortreißen können, und die der Franzose von je her von seinen Herrschern zu fordern geneigt war. Wenn auch Ludwig Philipp weder die bevorrechteten Stände, die ihm jedoch meist feindlich gegenüber standen, noch die Massen, die aber erst für das politische Leben heranzubilden waren, von sich entfernt hielt, so stützte er doch seinen Thron vorzugsweise auf den gebildeten und wohlhabenden Mittelstand, die sogenannte Bourgeoisie. Kaufherren, Bankiers, Gutsbesitzer und Großindustrielle kamen zur Geltung; Handwerker, Bauern, kleine Leute sahen sich in eine Linie mit dem Arbeiter und Tagelöhner versetzt und besaßen kein Wahlrecht. In den ersten Jahren seiner Regierung gab Ludwig Philipp viel auf die Gunst der Nationalgarde, in der er die vornehmste Stütze seiner Krone erkannte. Er richtete keinen Hof ein, der zwischen ihm und der Nation gestanden hätte, und sein Privatleben blieb dasselbe wie zu der Zeit, wo er nur der erste Prinz von Geblüt gewesen. Seine jüngeren Söhne wurden nach wie vor in den öffentlichen Anstalten erzogen. Er entließ die Schweizerregimenter und führte keine Haustruppen ein, suchte aber das stehende Heer dadurch an sich zu ziehen, daß er abwechselnd alle Regimenter zur Besetzung von Paris und der Umgegend herbeirief. Überall, wo Ludwig Philipp, der seine Ehre darein setzte, Bürgerkönig zu sein und zu heißen, sich öffentlich zeigte, wurde er in der ersten Zeit mit Begeisterung aufgenommen, und alles, mit Ausnahme der Anhänger Karl X., überließ sich der Überzeugung, an dem Ziele der mit 1789 begonnenen Umwälzungen angelangt zu sein.

Nachdem sich der Rausch der Begeisterung etwas gelegt hatte, traten allmählich die Parteien wieder hervor. Die Legitimisten oder die Anhänger der vertriebenen Dynastie zogen sich aus dem Staatsdienste zurück, ohne ihre Hoffnung auf Wiederherstellung des rechtmäßigen Thrones aufzugeben. Auch die höhere Geistlichkeit und die Mehrheit der niederen war dem Julithrone abgeneigt und schloß sich um so enger an die Kirche an, während ein geringer Teil zur Demokratie

überging, den Abbé de Lammenais an der Spitze, der aber nach manchen Irrfahrten mit der Welt und mit seiner Kirche zerfiel. Die Legitimisten in Verbindung mit der Geistlichkeit arbeiteten durch die Presse dem neuen Thron allenthalben entgegen. Die republikanische Partei war eigentlich beim Ausbruch der Revolution für Beseitigung des Königtums gewesen, hatte sich aber durch Lafayette bewegen lassen, unter Gewährleistung demokratischer Institutionen zum Julithrone überzugehen. Aber der wenn auch ermäßigte Census zum Wahlrechte, das Zweikammersystem und die Centralisation der Verwaltung erregte die Erbitterung der republikanischen Partei, die durch den Einfluß ihrer feindlichen Presse und der zahlreichen geheimen Gesellschaften endlich den Sturz des Julithrones herbeiführte. Eine dritte Partei, die schon unter der Restauration entstanden war, wurde, da sie alle bedeutenden Erscheinungen im Staats- und Volksleben auf allgemeine historisch-politische Doktrinen oder Lehren zurückzuführen suchte, Doktrinäre genannt. Sie hatte sich der neuen Dynastie angeschlossen, als zwischen ihr und der Republik keine andere Wahl blieb. Die Doktrinäre verwarfen ebensowohl die Lehre vom göttlichen Rechte des Königtums, die zum Despotismus, als auch die der Volkssouveränität, die zur Anarchie führen könne, und stellten bei Behandlung der politischen Verhältnisse den Grundsatz der richtigen Mitte (juste milieu) auf, der in der That der Natur des Julithrones gemäß war und von Ludwig Philipp zum Programm seiner Regierung erklärt ward. Die Doktrinäre hoben in der Stellung Ludwig Philipps den Umstand hervor, daß er eben so wie Karl X. ein Bourbon sei, der Julithron also vom Stamm Heinrichs IV. nicht abgegangen sei, und verfochten so das Princip einer Quasilegitimität, dessen Aufrechthaltung übrigens für die Dauer nicht möglich war.

Obgleich der Sieg der Revolution und die Thronbesteigung Ludwig Philipps das seit Napoleons Sturz bestehende Princip der Legitimität bis in seine Grundlagen erschüttert hatte, so waren doch die europäischen Mächte, die den Ausbruch eines Brandes in ihren eigenen Ländern zu fürchten hatten, bereit, die neue Regierung in Frankreich anzuerkennen, zumal dieselbe das Princip der Nichtintervention hervorhob und die Erhaltung der Verträge von 1815 ver-

sicherte. Nur Rußland zögerte und hätte gern ein Bündnis gegen Frankreich zustande gebracht. Als sich Kaiser Nikolaus endlich zur Anerkennung bequemte, that er dies, indem er dem König der Franzosen den üblichen Titel eines „Bruders“ versagte.

Der neue Thron mußte sich bei der Unsicherheit seiner Stellung auf die Deputiertenkammer stützen, von welcher er errichtet worden. Diese war ihrer Mehrheit nach für eine beschränkte Monarchie, und auch diejenigen Mitglieder, welche der revolutionären Idee am meisten anhingen, waren durch Errichtung eines von demokratischen Institutionen umgebenen Thrones befriedigt. Aber über dessen Beschaffenheit, Befugnisse, sein Verhältnis zur Nation tauchten verschiedene Fraktionen auf, die sich durch die ganze Julimonarchie hinzogen. Dasselbe Schwanken zeigte sich auch in dem am 11. August ernannten Ministerium, in dem alle vorhandenen Orleanistischen Parteien vertreten waren. An der Spitze desselben stand der Siegelbewahrer und Justizminister Dupont de l'Eure, ein entschiedener Demokrat, wie Lafayette, der sich aber in Hoffnung auf demokratische Institutionen dem Julithrone angeschlossen hatte. Graf Molé, auf Erhaltung der inneren Ruhe und Frankreichs Stellung zum Auslande bedacht, hatte die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten erhalten; dieselbe Tendenz hatten die Generale Gerard und Sebastiani, von denen jener Kriegs-, dieser Marineminister ward. Die Doktrinäre waren durch Guizot und den Herzog von Broglie, welche das Ministerium des Innern und des öffentlichen Unterrichts verwalteten, vertreten. Die Finanzen hatte Baron Louis, Talleyrands vertrauter Freund, übernommen. Minister ohne Portefeuille wurde Lafitte, der zur Linken, Dupin der Ältere, Casimir Perier und Bignon, die zum Centrum der Deputiertenkammer gehörten und ihr politisches Glaubensbekenntnis dahin aussprachen, Ludwig Philipp sei nicht, weil er ein Bourbon, sondern obgleich er ein Bourbon sei, zum Throne berufen, und dieser, da man eine Monarchie gründen wollte, seiner Familie erblich übergeben worden. Die Doktrinäre bildeten gleichsam die Rechte, welcher Männer von den Grundsätzen Lafittes und Lafayettes als Linke gegenüberstanden. In allen wichtigen Fällen war Talleyrand geheimer Ratgeber des Königs.

Dieses Ministerium, das, ohne innere Übereinstimmung, seinen Parteicharakter nicht verleugnen konnte, mußte zum Zweck der Wiederherstellung der inneren Ordnung der königfeindlichen und unkirchlichen Richtung der Massen manche Zugeständnisse machen. Auch erhielten die Witwen und Waisen der Julikämpfer Unterstützungen. Zur Erleichterung des Handelsstandes wurde ein Kredit von 30 Millionen Francs und zur Beschäftigung der notleidenden Arbeiter 5 Millionen bewilligt, wobei sich Ludwig Philipp aus seinem Eigenen mit mehreren Millionen beteiligte. Auf der anderen Seite wurden aber auch kräftige Maßregeln ergriffen, um der Zügellosigkeit der Tagespresse und den Unordnungen des Proletariats zu steuern. Mehrere Klubs, die zu Ausschweifungen aufgefordert hatten, wurden geschlossen.

Während sich in der Deputiertenkammer eine Partei bildete, welche die Grundsätze von 1789 folgerecht zu entwickeln suchte, und dieser eine Partei des Widerstandes entgegentrat, die nicht über die Konstitution vom August 1830 hinausgehen wollte, tobte die Gährung in den Massen weiter und trat besonders gefahrdrohend hervor, als der Prozeß gegen die gefangenen Minister Karls X. herannahte. Es waren dies der Fürst von Polignac, Graf Peyronnet, Guernon de Ranville und Chantelauze. Das Volk verlangte den Tod derjenigen, welche durch Unterzeichnung der Ordonnanzen die Revolution und so viel Blutvergießen veranlaßt hatten, und zog, da es argwöhnte, die Regierung wolle deren Verurteilung zum Tode hintertreiben, nach dem Schlosse Vincennes (19. Okt.), um an den Gefangenen Rache zu nehmen. Die Festigkeit des Gouverneurs vereitelte diesen Anschlag. Auch im Schoße des Ministeriums trat eine Spaltung ein; das Ministerium vom 11. August löste sich auf, und am 2. November übertrug der König Lafitte die Bildung eines neuen. Die Pairskammer verurteilte die Exminister zu lebenslänglichem Gefängnis (21. Dez. 1830).*) Dieses milde Urteil rief eine ungeheure Bewegung in Paris hervor, und nur die Erhebung Lafittes zum Ministerpräsidenten hinderte einen offenen Ausbruch.

---

*) Sie wurden auf der Festung Ham anständig behandelt und im Oktober 1837 entlassen.

Bei dem überwiegenden Einfluß, den Lafayette bei dieser Gelegenheit auf die Nationalgarde ausübte, kam es dem König bedenklich vor, eine Macht von etwa zwei Millionen Bewaffneter in der Hand eines einzelnen zu lassen. Da andrerseits Lafayette an Popularität wegen seiner zu Gunsten der Exminister bewiesenen Großmut verloren hatte, durfte Ludwig Philipp es wagen, in der Kammer den Vorschlag machen zu lassen, die Stelle eines Oberbefehlshabers der Nationalgarde in Frankreich aufzuheben. Da reichte Lafayette seine Entlassung ein. Bald darauf gab Dupont de l'Eure das Justizministerium auf; den Odilon Barrot ließ man noch eine Zeit lang als Seine-Präfekten, um den Bruch mit der Demokratie noch zu verdecken.

Lafitte hatte durch den Rücktritt Duponts und Lafayettes seine Stütze verloren. Das neue Gemeindegesetz, das die Wahl der Maires ganz von dem Minister und den Präfekten abhängig machte, wurde erst unter dem folgenden Ministerium durch ein verbessertes Wahlgesetz wieder ausgeglichen, wodurch der Census erniedrigt und die Zahl der Wähler von 80 000 auf 200 000 erhöht ward. Übrigens hatte sich die Gährung der Bevölkerung kaum gelegt, als sich eine neue Veranlassung zu Gewaltthätigkeiten darbot. Am 13. Februar 1831, dem Tage, an welchem elf Jahre vorher der Herzog von Berry ermordet worden war, wurde von einer Anzahl Legitimisten ein Trauergottesdienst veranstaltet. An dem Katafalk hatte man das Bildnis des jungen Herzogs von Bordeaux, des sogenannten Heinrich V., befestigt. Nach beendigtem Gottesdienste wurde das Bildnis in feierlichem Umzug durch die Kirche getragen. Dieser Vorgang erregte die Wut des Pöbels in solchem Grade, daß er das Innere der Kirche gänzlich verwüstete und den Palast des Erzbischofs von Paris (von Quelen) in einen Trümmerhaufen verwandelte. Die Behörden verhielten sich bei dem Tumulte ruhig und schritten erst gegen das Ende desselben ein. Odilon Barrot mußte bald nachher seine Stelle niederlegen. Indessen hatte Lafitte, der wegen seiner Ungeübtheit in den auswärtigen Angelegenheiten nur dem Namen nach Ministerpräsident war, immer mehr an Einfluß verloren. Als die Östreicher zur Unterdrückung der Unruhen in Bologna einrückten, forderte Lafitte, daß wegen Verletzung des Princips der Nichtintervention der

Krieg an Östreich erklärt werde. Allein sein Antrag wurde von Ludwig Philipp verworfen, und Lafitte reichte am 10. März seine Entlassung ein (vergl. XI.).

Sein Nachfolger war Casimir Perier (31. März). Banquier, wie Lafitte, übertraf er diesen an politischem Talent und Energie und bot auch dem persönlichen Einflusse des Königs die Spitze, indem er nicht bloß die Verantwortlichkeit haben wollte, sondern die wirkliche Leitung des Ministeriums beanspruchte. Er wußte den Grundsatz: „Le roi règne, mais ne gouverne pas," sein ganzes Ministerium hindurch aufrecht zu halten. Sein Ziel war: Ruhe und Ordnung im Innern und Frieden nach außen, obgleich er in letzterer Hinsicht mit mehr Kraft und Selbstgefühl auftrat, als bisher der Fall gewesen. In den Kammern bekämpfte er alle demokratischen Anträge und verschaffte der Reaktion die Oberhand. Einen furchtbaren, teils durch Nahrungslosigkeit, teils durch die Revolutionspartei erregten Aufstand von 40 000 Seidenarbeitern ließ er durch den Kriegsminister Soult mit Waffengewalt unterdrücken (November 1831). Während die italienische Revolution dem Einschreiten Östreichs erlag, ließ Perier auf den Hülferuf Leopolds, Königs der Belgier, ein französisches Heer unter Gerard in Brüssel einrücken, um die Unabhängigkeit des neuen Königreiches zu verteidigen (vergl. VIII.). Zu den wichtigsten inneren Angelegenheiten gehörte die Umbildung der Pairskammer. Die Erblichkeit derselben wurde aufgehoben, und die Ernennung neuer Pairs aus gewissen Klassen des höheren Civil- und Militärdienstes dem Könige überlassen (Dezember 1831).

Die Nachricht von dem Falle Warschaus (vergl. IX.) erregte in Paris und anderen Städten Tumulte, in denen das Volk seine Unzufriedenheit mit der von der Regierung in der polnischen Revolution befolgten Politik in lauten Verwünschungen der Machthaber Luft machte. Noch schroffer zeigte sich der feindselige Geist im Volke und in den Kammern, als Ludwig Philipp, der bei seiner Thronbesteigung erklärt hatte, ein Bürgerkönig habe an sechs Millionen Civilliste übrig genug, deren Erhöhung auf 18 Millionen verlangte. Die Kammer bewilligte 12 Millionen. Zu diesem Geiste des Widerstandes gesellte sich in den unteren Volksklassen und in einem Teile der Jugend der verderbliche Hang, die Träger

der Dynastie bei jeder Gelegenheit herabzusetzen und zu verspotten, und diese Gesinnung war um so unwürdiger, als das Privatleben der königlichen Familie der Nation als Muster gelten konnte, und auch deren nächste Umgebung damals durchaus keinen Tadel zuließ. Mit Pasquillen und Karikaturen, die gegen die königliche Familie und die Staatsmänner, besonders aber gegen den König selbst gerichtet waren, wurde damals ein förmlicher Handel getrieben, der viel dazu beitrug, den Haß und die Verachtung gegen die Regierung zu steigern. Doch hielt Casimir Perier durch alle ihm zu Gebote stehenden Mittel die staatliche Ordnung und äußere Ruhe aufrecht.

Die herrschende Gährung wurde noch durch die religiös-philosophische Sekte der Saint-Simonisten vermehrt, die auf eine gänzliche Umgestaltung aller socialen Verhältnisse hinarbeitete, diese aber nicht mit den Waffen in der Hand, sondern auf dem friedlichen Wege der Belehrung durchzusetzen suchte. Ein im Jahr 1825 verstorbener Graf von St. Simon hatte ein neues sociales System ausgebildet, indem er durch Aufhebung des Privatbesitzes, der Erb- und Familienrechte eine Wiedergeburt der bürgerlichen Gesellschaft erzielen zu können wähnte. Unter den Stürmen des Kaiserreichs war seine Lehre nur wenig beachtet worden, aber nach der Restauration hatte sie die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Als nach der Julirevolution eine Zeit lang unbeschränkte Meinungsfreiheit herrschte, traten einige überspannte junge Männer zu einer Gesellschaft zusammen, in welcher sie den Saint-Simonistischen Ideeen eine praktische Anwendung zu geben suchten. Der Grundsatz gemeinsamen Eigentums, der Verteilung des Ertrags der Arbeit nach Verdienst und Befähigung wäre, als leeres Hirngespinst, an der Unmöglichkeit der Durchführung gescheitert, aber die Lehre von der Aufhebung der Ehe und der sogenannten „freien Frau" griffen die sittlichen Grundlagen des Staates und der Gesellschaft an. Uneinigkeit unter den St. Simonisten selbst führte zu einer gerichtlichen Klage, infolge deren ihre Versammlungen verboten und die Häupter bestraft wurden. Zwar verschwand nun der St.-Simonismus bald, muß aber doch als Vorläufer der späteren social-kommunistischen Richtung betrachtet werden, da seine praktischen Lehren von einer Um-

wälzung der Eigentumsverhältnisse und von der Aufhebung der Erblichkeit des Eigentums fortwährend auf die niederen Kreise des Volkes einen starken Einfluß übten, den Haß der Parteien steigerten und die französische Gesellschaft in feindliche Lager zerrissen.

Periers letzte politische That war die Besetzung Anconas (vergl. XI.), welche der Übermacht der Östreicher in Italien das Gegengewicht bieten sollte. Sie dauerte sieben Jahre, eben so lange als die Östreicher in der Romagna blieben. Als im Frühjahre 1832 die Cholera zum ersten Male Paris heimsuchte, und der Pöbel die neue Krankheit einer Brunnenvergiftung zuschrieb, einige Menschen sogar als vermeintliche Vergifter zerriß, besuchte der König mit Perier die Choleraspitäler, um das Volk zu ermutigen. Einige Tage darauf wurde Perier selbst, dessen Gesundheit durch den steten Kampf mit den Parteien geistig und körperlich angegriffen war, von der Cholera befallen und starb am 16. Mai 1832. Sein Tod verursachte mehr stille Freude, als aufrichtige Trauer. Selbst Ludwig Philipp, den die gewaltige Haltung des Ministers etwas in den Hintergrund gedrängt hatte, sprach diese gemischte Stimmung in den Worten aus: „Die Zukunft wird lehren, ob Periers Tod ein Glück oder ein Unglück ist.“ Und doch war es die Energie dieses Staatsmannes, die dem Julithrone nicht allein während seiner Verwaltung Ruhe und Ordnung, sondern auch seinen ferneren Bestand auf Jahre hinaus gesichert hat.

Nach Periers Tode übernahm Ludwig Philipp selbst den Vorsitz im Ministerrate, als der „unwandelbare Gedanke“ (la pensée immuable), wie man den König zu nennen pflegte, d. h. nach dem Grundsatze, seine Macht auf die wohlhabenden Mittelklassen zu stützen und die Kammer als den eigentlichen Ausdruck der Nation zu betrachten. Darüber wurden die Interessen der Minderbegüterten zurückgesetzt, die sich um so leichter der demokratisch-republikanischen und kommunistisch-socialen Richtung anschlossen.

Die eingetretene Veränderung veranlaßte hundertvierzig Mitglieder der Kammer-Opposition zu einer öffentlichen Erklärung, worin sie die Julimonarchie des Abfalls von den Grundsätzen von 1789 und 1830 beschuldigten. Zu den

Unterzeichnern dieses „Rechenschaftsberichtes“ (compte rendu), welcher unter dem Vorwande, das Volk über die Thätigkeit seiner Vertreter aufzuklären, das Ministerium und den König selbst hart angriff, gehörten der Marschall Clauzel, der General Lamarque, Dupont de l'Eure, Odilon Barrot, Franz Arago, die bedeutendste wissenschaftliche Größe Frankreichs, und vor allen Lafayette und Lafitte, die schon damals mit dem System der Regierung vollkommen gebrochen hatten. Dieser Schritt hatte zur Folge, daß sich die Erhaltungspartei (Konservativen) noch enger mit dem Julithrone verband, die Gegner der Regierung aber und die geheimen Gesellschaften in die größte Aufregung versetzt wurden.

Wenige Tage nach Bekanntmachung des Rechenschaftsberichtes starb General Lamarque an der Cholera. Die Leichenfeier desselben am 5. Juni 1832 wurde von der republikanischen Partei zu einem Aufstande benutzt, der zu einem Barrikadenkampfe führte und von 60 000 Mann Linientruppen und Nationalgarden erst nach verzweifeltem Widerstande unterdrückt wurde. Darauf wurde Paris in Belagerungszustand erklärt, und Kriegsgerichte traten zusammen zur schnellen Aburteilung der Gefangenen. Wenn aber auch der besitzende Bürgerstand von Paris, der durch republikanische Tumulte in seinen Geschäften beunruhigt wurde, auf strenge Maßregeln gedrungen hatte, so erregten doch der Belagerungszustand und die Kriegsgerichte als Ausnahmezustände die Unzufriedenheit der Menge in solchem Grade, daß die Regierung den Belagerungszustand nach elf Tagen wieder aufheben und die überführten Teilnehmer des Aufstandes den ordentlichen Gerichten überlassen mußte.

Der Widerstand, welchen die Julimonarchie bei jeder Gelegenheit erfuhr, die Gleichgültigkeit der Massen gegen dieselbe, nachdem der erste Taumel der Begeisterung verraucht war, nährte in der älteren Linie der Bourbonen die Hoffnungen auf ihre Wiederherstellung. Karl X., der von England nach Görz übergesiedelt war, unterhielt Verbindungen mit seinen Anhängern in Frankreich, den Legitimisten, und hegte Pläne zur Wiederherstellung seines Hauses, wollte jedoch den Gang der Ereignisse abwarten. Aber seine Schwiegertochter, Marie Karoline, Witwe des 1820 ermordeten Herzogs von Berry und Mutter des Herzogs von Bordeaux,

den die Legitimisten Heinrich V. nannten, ließ sich von ihren Anhängern, die sich in Modena bei ihr einfanden, überreden, daß ihr persönliches Erscheinen in Frankreich einen Umschwung der Verhältnisse zu Gunsten ihres Sohnes herbeiführen werde. Mit wenigen Getreuen landete sie in Marseille, durchzog, da sie keine allgemeine Bewegung der Legitimisten hervorrufen konnte, Frankreich von Süden nach Westen und trat in der Vendée im Namen ihres Sohnes als Regentin von Frankreich auf. In einigen Gefechten wurden die Legitimisten, tapfer kämpfend, von der Übermacht zersprengt. Die Herzogin hätte sich noch retten können, aber unerschrocken, wie sie war, gefiel sie sich in den Gefahren der Flucht von Schloß zu Schloß, bis sie in Nantes einen verborgenen Aufenthalt fand und von da aus die Verbindung mit den Legitimisten unterhielt. Allein ein Jude, Namens Deutz, der ihr Unterhändler für die Pariser Legitimisten war, verriet sie für 500 000 Francs. Sie wurde gefangen genommen. Ludwig Philipp war in Verlegenheit, welches Verhalten er gegen sie zu beobachten habe, als sie im Gefängnis (Mai 1833) von einer Tochter entbunden ward, indem sie mit dem sicilianischen Grafen Lucheſi-Palfi heimlich vermählt zu sein erklärte. Dieser Umstand bewog den König, sie ihrer Haft zu entlassen und nach Sicilien zu schicken. Ihre Familie war über diese Vorgänge sehr unzufrieden und söhnte sich erst später mit ihr aus; die Legitimisten gaben aber ihre Hoffnung auf eine Wiederherstellung der älteren Dynastie in der Person Heinrichs V. noch nicht auf.

Inzwischen war mit dem 11. Oktober 1832 ein neues Ministerium eingetreten, an dessen Spitze Marschall Soult stand. Guizot, Protestant und als Geschichtsschreiber und geistreicher Doktrinär hervorragend, übernahm das Unterrichtswesen, Thiers das Innere und Broglie das Auswärtige. Durch die Unterdrückung des republikanischen Aufstandes und der legitimistischen Bewegung war die Stellung des Julithrones befestigt worden. Ludwig Philipp unterließ nicht durch die den Belgiern geleistete Hülfe, welche die Einnahme von Antwerpen zur Folge hatte, wie durch kräftige Kriegführung in Algerien dem Gefühl der Nation für Größe und Ruhm Befriedigung zu gewähren. Zwei wichtige Gesetzentwürfe wurden der Kammer vorgelegt, ein Gesetz über die

Departementalverfassung, welches das gescheiterte Werk Martignacs (vergl. VII.) wieder aufnahm und auch diesmal nicht zustande kam, und ein Unterrichtsgesetz, das verdienstvolle Werk des vom Geiste protestantischer Wissenschaft durchdrungenen Guizot. Dieses Unterrichtsgesetz von 1833 ordnete höhere und niedere Volksschulen in Frankreich an und sorgte dadurch für die geistige Entwickelung der Nation. Da jedoch der Schulbesuch nicht, wie in Deutschland, zu einer allgemeinen Staatspflicht gemacht wurde, so wirkte es weniger als man gehofft hatte, und doch wäre gerade der Schulzwang, gegen den sich ein verkehrter Freiheitsdünkel sträubte, für das in Sittenlosigkeit und Parteileidenschaft versunkene französische Volk die kostbarste Wohlthat gewesen. Außerdem hatte sich das Ministerium die Herstellung einer starken Regierungsgewalt zur Aufgabe gemacht und suchte daher durch alle ihm zu Gebote stehenden Mittel die Majorität in der Deputiertenkammer zu erlangen. Während dieses Ziel vollständig erreicht wurde, entging es freilich der Regierung, daß die Kammer immer mehr aufhörte, Ausdruck der Volksstimmung zu sein. Die Feindseligkeit der republikanischen Partei aber steigerte sich von Tag zu Tag, einerseits gereizt durch die vielen gegen ihre Preßorgane und ihre Häupter verhängten Verfolgungen, andrerseits ermutigt durch die fast regelmäßig freisprechenden Urteile der Geschworenen. Vor die Schranken der Kammer selbst gefordert, hielten die Redakteure der Linken, Godefroy Cavaignac und Armand Marrast, ihren Ausdruck, daß die Kammer „eine feile Körperschaft" sei, in der verwegensten Sprache aufrecht; sie bewiesen, daß bei den Börsenspekulationen diejenigen Abgeordneten begünstigt seien, welche durch ihre Verbindung mit der Regierung einen Tag früher als andere von den Konjunkturen unterrichtet seien; sie erinnerten an die ungeheure für geheime Ausgaben bestimmte Summe, an die Ausgangszölle und Einfuhrprämien, welche ausschließlich den großen Häusern und der privilegierten Klasse der Wähler zu gute kämen. Die Kraft der republikanischen Partei konzentrierte sich in dem neu gegründeten Verein „der Menschenrechte", der das alte Napoleonische Gesetz umging und in Sektionen von weniger als 20 Mitgliedern zerfiel, deren Zahl in Paris bis zur Mitte des Jahres 1833 auf 163 anwuchs. Unter den Häuptern befanden sich Generale

(Lafayette), Advokaten, Abgeordnete, Journalisten; man übte sich in den Waffen und eine gemeinsame Kasse ward gebildet. Der Verein breitete sich über ganz Frankreich aus und führte in der Presse eine eben so verführerische als aufreizende Sprache. „Unter $32\frac{1}{2}$ Millionen Einwohnern," hieß es, „zählt Frankreich 500000 schwelgende Müßiggänger, eine Million glücklicher Sklaven, 31 Millionen Heloten, Parias, große Seelen, die bei der Geburt allen Qualen des Körpers und Geistes geweiht sind. Das Königtum kann das Glück und die Leiden nur von einer Stelle an die andere setzen, die Republik allein vermag deren Quelle auszutrocknen, jedem Einzelnen seinen Anteil an Genuß und Glück zu geben. Die Republik allein kann eine Regierung führen, die keinen großen Aufwand fordert; sie wird nur Bürger zu Soldaten haben; geringe Steuern; der Arbeiter wird seinen Lohn mit dem Unternehmer festsetzen: der Fiskus wird dem Proletarier nicht mehr jedes Stück Brot und jedes Glas rotgefärbtes Wasser zuzählen." In einer solchen Sprache buhlten Männer, wie Lafayette, Cavaignac, Garnier-Pagès um die Gunst der großen Masse, während auf der anderen Seite eine Regierung stand, die zur Heilung der tiefen sittlichen Schäden des Landes kein inneres Heilmittel versuchte und zu einer Partei herabsank, welcher die Republik als andere Partei gegenüberstand. In den Jahren 1833 und 1834 wurde das Feilbieten von Journalen an öffentlichen Orten verboten und der Fortbestand von Vereinen jeglicher Art und die Gründung neuer von der Erlaubnis der Behörden abhängig gemacht. Die Zuwiderhandelnden sollten nicht vor die Geschworenen, sondern vor die Zuchtpolizei, und bei einem Angriff auf den König und die Verfassung vor die Pairskammer, als Staatsgerichtshof, gestellt werden. Diese neuen Gesetze erregten unter der republikanischen Partei, insbesondere bei den Fabrikarbeitern, die größte Erbitterung. Am 9. April 1834 brach in Lyon ein Aufstand aus, der mehrere Tage dauerte und von den Truppen erst nach einem blutigen Kampf und großen Verlusten auf beiden Seiten überwältigt werden konnte. Dieses Beispiel fand an mehreren Orten, besonders in Paris Nachahmung, wo es nicht ohne Greuelscenen ablief.

Die Regierung benutzte diese revolutionären Bewegungen, um in den Kammern ein Gesetz durchzubringen, dem zufolge

kein Privatmann ohne polizeiliche Erlaubnis Waffen haben sollte. Die Verheimlichung derselben war mit schwerer Strafe belegt, und bewaffnete Teilnahme an einem Aufstande mit dem Tode bestraft *).

Am 5. Mai 1835 wurde von dem Pairshofe der April-Prozeß eröffnet, d. h. der Prozeß gegen die Teilnehmer an den im April (1834) stattgehabten Aufständen, der den Republikanern Gelegenheit gab, gegen das Regierungssystem Ludwig Philipps die schärfsten Beschuldigungen auszusprechen. Die Bedeutendsten unter den Angeklagten, Jakob Cavaignac und Marrast, waren nach England entkommen, die übrigen wurden zu längeren oder kürzeren Freiheitsstrafen, Niemand zum Tode verurteilt. Aber dieser beispiellosen Milde ungeachtet verbreitete sich unter den niederen Volksklassen der tödlichste Haß gegen den König.

Einen Schrecken erregenden Beweis von diesem mordgierigen Grimme gab die sogenannte Höllenmaschine. Am 28. Juli 1835, dem Gedächtnistage der Julirevolution, ritt der König, von seinen beiden Söhnen und einem glänzenden Generalstabe begleitet, nach den Boulevards, um die Nationalgarde und die Besatzung von Paris zu mustern. Bei seiner Ankunft auf dem Boulevard du Temple erfolgte eine furchtbare Explosion, und aus den Fenstern eines gegenüberliegenden Hauses flog ein Hagel von Kugeln auf die Menge. Im Augenblick lagen über sechzig Personen verschiedenen Alters und Standes tot oder verwundet auf der Straße. Marschall Mortier und mehrere andere Personen aus der Umgebung des Königs waren getötet; Ludwig Philipp selbst, auf den es abgesehen, war durch Annahme einer Bittschrift, die ihm überreicht wurde, ein wenig zurückgeblieben und nicht in die Schußlinie gekommen. Er bewies dabei die größte Unerschrockenheit, ließ sogleich für die Verwundeten sorgen und setzte die Heerschau fort, aber der Ausdruck seines Antlitzes verriet den tiefen Schmerz des menschlich fühlenden Königs. Der Urheber dieser gräßlichen Unthat war ein korsischer Soldat, Namens Fieschi, und wurde am 19. Februar 1836

*) Während der Verhandlungen über diese Gesetze starb Lafayette, 77 Jahre alt, am 20. Mai 1834. Sein Leben hatte alle Phasen der französischen Revolution durchlaufen.

mit noch zwei Mitschuldigen, Pepin, einem mißvergnügten Demokraten, und Morey, einem Mitgliede der „Gesellschaft der Menschenrechte", hingerichtet.

Da man das Attentat vom 28. Juli, wenn auch ohne Grund, der republikanischen Partei überhaupt schuld gab, so beschloß das Ministerium, dasselbe zur Beschränkung der verfassungsmäßigen Rechte zu benutzen. Alle Preßvergehen, wenn sie eine Beleidigung gegen den König oder einen Angriff gegen die Regierung enthielten, sollten nicht mehr, wie nach der Verfassung von 1830, vor die Geschwornen, sondern vor die Pairskammer gebracht werden, und schon die Majorität einer einzigen Stimme zur Verurteilung hinreichen. Die Geldbußen, wie die von den Herausgebern von Tagesblättern zu stellenden Kautionen wurden bedeutend erhöht. Kein Theaterstück, kein Kupferstich oder Steindruck durfte ohne höhere Erlaubnis vor die Öffentlichkeit kommen. Obgleich die Anträge den größten Widerstand hervorriefen, und Royer Collard in beredten Worten den Satz aufstellte, daß Erscheinungen, wie das Attentat vom 28. Juli, durch sittliche Mittel, nicht durch Verfassungsverletzungen überwunden werden müßten, so gingen doch die Regierungsentwürfe mit großer Stimmenmehrheit durch (Sept. 1835). Durch diese sogenannten Septembergesetze war die Reaktion vollendet.

Seitdem gestaltete sich das Verhältnis der Julimonarchie zu den auswärtigen Mächten, besonders zu Rußland, Östreich und Preußen immer freundlicher, da sie infolge der Septembergesetze die Hoffnung faßten, es werde Ludwig Philipp gelingen, die Revolution vollständig zu Boden zu schlagen. Als dessen Söhne, der Herzog von Orleans, der Thronerbe, und der Herzog von Nemours eine Reise nach Berlin und Wien unternahmen (1836), wurden sie an beiden Höfen mit Auszeichnung und Wohlwollen aufgenommen. Jener vermählte sich 1837 mit der Prinzessin Helene von Mecklenburg-Schwerin, und ein aus dieser Ehe hervorgegangener Sprößling erhielt den Titel eines Grafen von Paris. Die Kammer bewilligte für den Herzog von Orleans eine Erhöhung seiner Apanage auf drei Millionen und für die Königin der Belgier eine Million Brautschatz, obgleich man die Habsucht des Königs tadelte, der trotz seines Reichtums für seine Kinder stets neue Apanagen verlangte.

Bei der damaligen gesicherten Stellung des Julithrones mußte ein Angriff auf denselben schon von vorn herein mißlingen. Ludwig Napoleon Bonaparte, Sohn des ehemaligen Königs von Holland und der Hortensia Beauharnais, der mit seinem älteren bereits verstorbenen Bruder bei den Unruhen im Kirchenstaate in den Reihen der Karbonari gekämpft hatte (1831), erschien im Vertrauen auf den Zauber seines Namens am 30. Oktober 1836 in Straßburg, wo er mit einigen Offizieren der Garnison geheime Verbindungen unterhielt. Er hoffte die Besatzung zu gewinnen und eine allgemeine Bewegung des französischen Militärs zu seinen Gunsten hervorzurufen. Zwar empfing ihn die Artillerie mit dem Rufe: „Vive l'empereur!“ aber bei der Infanterie fand er nicht die gleiche Aufnahme, und der Gouverneur General Voirol wußte die Soldaten in ihrer Pflicht zu erhalten. Ludwig Napoleon wurde mit mehreren seiner Teilnehmer verhaftet und nach Paris gebracht, aber Ludwig Philipp war großmütig genug, den Eindringling, der in jedem andern Staate kriegsrechtlich erschossen worden wäre, ohne weitere Untersuchung auf einem französischen Schiffe nach Nordamerika zu schicken. Nun wurden auch die Teilnehmer an dem Straßburger Attentat freigesprochen, da man es für unbillig hielt, die untergeordneten Gehülfen zu bestrafen, während der berühmte Urheber des Unternehmens frei ausging.

Obgleich die Kammern infolge des schrecklichen Attentats vom 28. Juli auf die Anträge der Regierung eingegangen waren, so wurde doch auch von der Majorität das herrschende System keineswegs gebilligt, und es brachen bei manchen Gelegenheiten unzweideutige Zeichen des Mißtrauens und der Unzufriedenheit hervor. Die Opposition aber warf der Julimonarchie offen den Abfall von den Grundsätzen von 1830 und Untreue gegen ihren revolutionären Ursprung vor. Sie übte dadurch einen mächtigen Einfluß auf die Stimmung der Massen aus, und zahlreiche geheime Pressen, die sich der Wachsamkeit der Polizei entzogen, verbreiteten in den untersten Klassen die gehässigste Gesinnung gegen den König und die Regierung und arbeiteten unausgesetzt am Sturze der bestehenden Ordnung. Daher kam es, daß nach Fieschis Vorgang eine Reihe von Mordversuchen folgte, denen jedoch der

König, oft in nächster Nähe bedroht, aber von höherer Hand beschützt, ohne alle Verletzung entging.*)

Um dem auf- und abwogenden Sturme der Meinungen in der Kammermajorität gerecht zu werden, sah sich Ludwig Philipp zu einem häufigen Wechsel der Minister genötigt. Doch gehörten sie außer Dupont de l'Eure und Lafitte entweder der Doktrinaire oder dem Tiersparti an, die in ihren Ansichten verschieden, doch beide der Republik entgegen und zur Erhaltung der Julimonarchie bereit waren. Der König suchte seine selbständige Stellung über beiden Teilen zu bewahren und die Lenker derselben, Guizot und Thiers, für seine Zwecke zu benutzen.

Das neue Ministerium Thiers (seit Februar 1836) ließ eine mildere Praxis in Beziehung auf politische Verfolgungen eintreten und die Septembergesetze ruhen, ohne sie aufzuheben. Zugleich that es einen Schritt zu einem freisinnigeren Handelssystem, indem der Handelsminister Passy eine Reihe von Zollherabsetzungen beantragte und damit den Anfang machte, aus dem engherzigen Prohibitivsystem, welches die Großindustrie oder vielmehr einzelne Zweige derselben auf Kosten der Masse des Volkes begünstigte, herauszukommen. So kam damals auch in der französischen Kammer die große Frage des Jahrhunderts, ob Schutzzoll oder Freihandel, zur Erörterung. Die Ansichten gingen je nach den Interessen der Beteiligten auseinander; schließlich wurden jedoch die Zollherabsetzungen angenommen. Doch auch das Ministerium Thiers war nicht von langem Bestand. Nachdem er es hatte geschehen lassen, daß der Freistaat Krakau, die Zufluchtsstätte vieler zersprengten Polen nach dem letzten Aufstand, von den Schutzmächten militärisch besetzt wurde, löste er auf Ansuchen des russischen Gesandten das polnische Komité in Paris, den

*) Am 25. Juni 1836 schoß Alibaud, ein Handlungsreisender, auf den König und wurde hingerichtet; am 27. Dezember 1836 that ein Handwerker, Meunier, dasselbe und wurde deportiert. Der Elsässer Hubert wollte durch eine großartige Höllenmaschine bei Eröffnung der Kammern den König und sein Gefolge töten und wurde zur Deportation verurteilt. Am 15. Oktbr. 1840 schoß ein Arbeiter, Darmès, am 16. April 1846 ein ehemaliger Forstbeamter Lecomte auf den König, ebenso am 29. Juli desselben Jahres der Stahlwarenfabrikant Henry. Darmès und Lecomte wurden hingerichtet, Henry zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt.

Mittelpunkt der versprengten Polen, auf, und machte mit den übrigen Mächten gemeinsame Sache, um von der Schweiz die Ausweisung der politischen Flüchtlinge zu verlangen, unter denen sich auf Betreiben des italienischen Agitators Mazzini ein europäischer Geheimbund gebildet hatte, der sich das junge Europa nannte und der sich nach den Nationalitäten in ein junges Italien, ein junges Deutschland, ein junges Polen, eine junge Schweiz und ein junges Frankreich abzweigte. Wie Thiers hierdurch das Nationalgefühl des Volkes verletzte, so war es auf der anderen Seite nicht nach dem Sinne des Königs, als er eine Einmischung Frankreichs in die spanischen Angelegenheiten allzu energisch zu betreiben sich anschickte. Das Ministerium nahm am 25. August 1836 seine Entlassung.

Ein glänzendes Feld kriegerischer Thätigkeit gewährte der Julimonarchie die Eroberung und Kolonisation Algeriens, von der manche Verwickelungen mit der Pforte, die ihre Oberhoheit geltend machen wollte, und mit England erwarteten, das mit der neuen Niederlassung der Franzosen unzufrieden war. In der ersten Zeit hatten die Kämpfe in Algerien aus Mangel an hinreichenden Mitteln keinen Erfolg, und es dauerte einige Zeit, bis die französischen Generale die Natur des afrikanischen Krieges kennen lernten, und die Soldaten sich an Lebensart und Witterung im fremden Lande gewöhnten. In der Folge aber gewährte der Krieg mit den Beduinen und Kabylen den unberechenbaren Vorteil, daß sich eine Menge talentvoller Offiziere und abgehärteter Soldaten heranbildete, die zu den größten Unternehmungen geeignet waren. Unter den Arabern ragte der Emir Abd-el-Kader hervor, der den sogenannten heiligen Krieg gegen die Ungläubigen predigte und bei den Seinen ein unbegrenztes Vertrauen genoß. Unter Marschall Clauzel wurde 1835 Mascara, Abd-el-Kaders Residenz, erobert, aber sein Sturm auf Konstantine (das alte Cirta) mißlang. Erst bei einem erneuerten Feldzuge im Jahre 1837 wurde die Stadt, nachdem General Damremont am ersten Tage des Sturmes gefallen war, am 13. Oktober von General Valée erstürmt. Aber die fortgesetzten Kämpfe mit Abd-el-Kader, der von den eifersüchtigen Engländern heimlich mit Waffen und Kriegsbedarf unterstützt wurde, rafften Jahre lang viele Opfer hinweg. Im Jahre 1841 erhielt Marschall

Bugeaud den Oberbefehl, der den Emir durch unablässige Verfolgung aus Algerien verdrängte und im Mai 1843, nachdem der Herzog von Aumale, des Königs vierter Sohn, das wandelnde Hoflager (die Smalah) desselben erbeutet hatte, nötigte, seine Zuflucht bei dem Kaiser Abderrhaman von Marokko zu suchen, den er durch Aufstachelung des Religions- und Nationalhasses zum Kriege gegen Frankreich aufreizte. Aber während der Prinz von Joinville mit der französischen Flotte die Festungswerke von Tanger und Mogador zerstörte, erfocht Bugeaud am Flusse Isly am 14. August 1844 einen glänzenden Sieg und zwang den Kaiser zum Frieden. Der Krieg wurde von dem rastlosen Abd-el-Kader unter schrecklichen Grausamkeiten auf beiden Seiten fortgeführt. So ließ einst Obrist Pelissier (nachmals Herzog von Malakoff) eine große Anzahl Araber mit Weib und Kind in einer Höhle, in welche sie sich geflüchtet hatten, ersticken. Endlich mußte sich Abd-el-Kader, von allen Seiten bedrängt, ergeben und wurde nach Frankreich geführt.*) Als Bugeaud das Gebiet Algeriens unterworfen hatte, bemühte er sich, die Kolonie durch geregelte Verwaltung für Frankreich zu befestigen und fruchtbar zu machen.

Inzwischen hatte zwar die Strenge der Septembergesetze und die Wachsamkeit der Regierung die äußere Ordnung aufrecht erhalten, aber die geheimen Gesellschaften zogen sich um so mehr in ein den Behörden unerreichbares Dunkel zurück und setzten ihr dem Throne verderbliches Treiben unablässig fort. Zwei Versuche, die äußere Ruhe zu stören, sollten beweisen, daß in verborgenen Kreisen Kräfte lauerten, welche die Zukunft der Julimonarchie bedrohten.

Aus den Überresten der aufgehobenen republikanischen „Gesellschaft der Menschenrechte“ hatte sich eine geheime „Gesellschaft der Jahreszeiten“ gebildet, die diesen unschuldigen Namen zu aufrührerischen Zwecken benutzte. An der Spitze dieser Verbindung standen zwei talentvolle, aber fanatische junge Männer, Barbès und Blanqui, die eine neue Revolution als ein Mittel zur Verwirklichung socialistischer Ideeen

*) Der Kaiser Napoleon ließ ihn 1852 gegen das Versprechen frei, in der Stadt Brussa in Kleinasien zu leben, und gab ihm einen Jahrgehalt.

anstrebten und auf den Untergang des Julithrones ausgingen. Mit einigen hundert Genossen überfielen sie am 12. Mai 1839 die Wachen des Justizpalastes und des Stadthauses, riefen die Republik aus, fanden aber nicht den geringsten Anklang und mußten den Truppen weichen. Barbès und einige Zeit darauf auch Blanqui wurden gefangen genommen und vom Pairshof zum Tode verurteilt. Ludwig Philipp verwandelte das Urteil in lebenslängliches Gefängnis ohne Zwangsarbeit.

Der zweite Versuch, die öffentliche Ruhe zu stören, ging von Ludwig Napoleon aus, der, von Nordamerika zurückgekehrt, eine Zeit lang in der Schweiz gelebt hatte, dann aber, da die Eidgenossenschaft eine Verwickelung mit Frankreich befürchtete, nach England gegangen war. Der Gedanke, durch sein bloßes Erscheinen, wie sein großer Oheim im Jahr 1815, sich zum Herrn Frankreichs zu machen, veranlaßte ihn zu einem neuen Abenteuer. Er kleidete einige fünfzig Leute in die Uniform der alten Kaisergarde, landete mit ihnen an der französischen Küste und zog in Boulogne ein (6. August 1840), wo er in einer Proklamation erklärte, „daß die Bourbons-Orleans aufgehört hätten zu regieren", der französischen Nation ihre alte Größe wieder verhieß und eine provisorische Regierung ernannte. Als Symbol des Kaiserreichs ließ er einen lebendigen Adler, den er mitgebracht, in die Luft steigen. Als aber die Zollsoldaten auf ihn eindrangen, warf er sich in das Boot, auf dem er gelandet war. Dieses schlug um, und er ward gefangen. Der Pairshof verurteilte ihn zu lebenslänglichem Gefängnis, das er zu Ham antrat, von wo er 1846 wieder nach England entfloh. Waren auch die beiden Attentate Ludwig Napoleons mißlungen, so haben doch die Ereignisse von Straßburg und Boulogne seinen Namen vor Vergessenheit geschützt und zu seiner nachmaligen Erhebung beigetragen.

Wenn auch Ludwig Philipp den Belgiern gegen Holland kräftige Hülfe leistete, so ist es doch besonders seine Haltung gegen das Ausland, welche die Julimonarchie bei der Nation verhaßt machte. Ludwig Philipp führte bisweilen gegen schwächere Staaten eine drohende Sprache, aber den Groß-

mächten gegenüber bewies er eine Schwäche und Nachgiebigkeit, wie sie der Größe und Bedeutung Frankreichs keineswegs entsprach. Dazu kam noch, daß seine Politik nach außen nicht einmal aufrichtig war. Er erregte in der liberalen Partei im Kirchenstaate, in den Polen, in der Partei der Konstitutionellen in Spanien Hoffnungen auf französische Unterstützung und ließ sie dann der Reihe nach im Stiche. Seine Politik in dem Kampfe der Pforte mit dem Vicekönig von Ägypten mußte der Nation vollends verächtlich erscheinen. Sein Ministerium begünstigte anfangs eine Zeit lang die Sache Mehemed Alis. Als sich nun die Großmächte zu Gunsten des Sultans erklärten und die Quadrupelallianz bildeten, durch welche Frankreich isoliert wurde, unternahm der Ministerpräsident Thiers (seit März 1840) gewaltige Rüstungen und drohte mit einem Angriff auf den Rhein, so daß in ganz Frankreich die größte Gährung entstand. Plötzlich aber gab Ludwig Philipp den Vicekönig auf und trat, auf Guizots Rat, den Beschlüssen der Quadrupelallianz bei. Thiers mußte aus dem Ministerium ausscheiden, und ein Ministerium Soult-Guizot unterzeichnete den Vertrag vom 15. Juli 1840, welcher der Pforte das Recht sicherte, in Friedenszeiten die Dardanellen und den Bosporus für die Kriegsschiffe aller Nationen zu schließen (vgl. XIV.).

Infolge dieses Verhaltens der Regierung in der orientalischen Frage überließ sich die oppositionelle Presse den maßlosesten Ausbrüchen gegen das neue Ministerium, das nicht anders als das Ministerium „des Auslandes" genannt wurde, besonders gegen Guizot, der, da er sich während der hundert Tage zu Ludwig XVIII. nach Gent begeben hatte, für einen Verräter an Frankreich erklärt und mit dem Spottnamen „der Überläufer von Gent" bezeichnet wurde. Der Kampf, der sich von jetzt an zwischen Guizot und Thiers immer schärfer entwickelte, sollte für die Julimonarchie die traurigsten Folgen haben.

Unter dem Ministerium Thiers (vom 1. März bis 28. Okt. 1840) war, um dem Julithrone die öffentliche Meinung zu gewinnen, beschlossen worden, die irdischen Überreste Napoleons von St. Helena nach Frankreich herüberzuholen. Der dritte Sohn des Königs, Prinz von Joinville, landete auf der Fregatte „la belle Poule" mit der teuren Last glücklich

in Cherbourg, und am 15. Dezember 1840 wurden die Gebeine des großen Kaisers in einem prachtvollen Sarkophag, von einem glänzenden Triumphwagen gezogen, unter dem Zuströmen einer ungeheueren Menschenmenge nach dem Dome der Invaliden gebracht, wo sie später ein besonderes Denkmal erhielten. Diese Feierlichkeit hatte indessen nicht die gewünschte Wirkung. Während man gehofft hatte, das Nationalbewußtsein durch sie zu stärken, wurden vielmehr gefährliche Vergleiche zwischen einer ruhmvollen Vergangenheit und der unbefriedigenden Gegenwart hervorgerufen, und unter den Ruf: „Es lebe der Kaiser!“ — mischte sich der andere: „Nieder mit den Ministern! Nieder mit Guizot! Es lebe Thiers!“ *)

Da Thiers Kriegsrüstungen eine Mehrausgabe von 185 Mill. Fr., die Befestigung von Paris weitere 140 Mill. Fr. verursacht hatte, so sollte der Ausfall in den Finanzen durch eine Erweiterung der Personensteuer gedeckt werden. Eine neue Volkszählung wurde angeordnet, nach welcher neue Listen für die Personalsteuer angelegt werden sollten. Eine große Zahl von Handwerksgesellen, Fabrikarbeitern, Tagelöhnern, u. s. w. hatte sich bisher dieser Steuer entzogen, und empfand deren Beitreibung als unerträglichen Druck. Unordnungen und Gewaltthätigkeiten kamen an vielen Orten Frankreichs vor. In Paris machte sich die innere Gährung in einem Mordanfall auf den Herzog von Aumale Luft, den vierten Sohn des Königs Ludwig Philipp. Als dieser aus Algerien zurückkehrend am 13. September 1841 an der Spitze seines Regiments in Paris einzog, erscholl in der Vorstadt St. Antoine das Geschrei: „Nieder mit Ludwig Philipp! Nieder mit Guizot!“ Zugleich fiel ein Schuß auf den Herzog von Aumale, der nur durch eine zufällige Bewegung seines Pferdes

*) Es hatte auch nicht an Stimmen gefehlt, die aus ästhetischen Gründen die Herüberholung der Leiche Napoleons mißbilligten: „Kein Denkmal der Kunst könne das Schicksal des außerordentlichen Mannes so treffend bezeichnen, wie seine Grabesstätte auf dem erloschenen Vulkane von St. Helena. Der neue Prometheus hätte für immer auf dem Felsen gelassen werden sollen, an welchen er von der Furcht und dem Hasse seiner Feinde geschmiedet worden, und wo Gram und Stolz, wie der Geier an den Eingeweiden des Titaniden an seinem Leben genagt hatten.“

gerettet wurde. Der Thäter Namens Queniſſet, früher Soldat im Regimente des Herzogs, und wegen eines groben Vergehens zu Kettenſtrafe verurteilt, hatte ſich dieſer zu entziehen gewußt und ſeine Verurteilung am Herzoge rächen wollen. Er wurde zum Tode verurteilt, von Ludwig Philipp aber zur Deportation nach Nordamerika begnadigt.

Der Prozeß gegen Queniſſet ließ einen Blick in das Treiben der dämoniſchen Kräfte werfen, die an der Zerſtörung der ſtaatlichen und geſellſchaftlichen Ordnung der Dinge arbeiteten. Es war nicht zu leugnen, daß ſich die Regierung und Geſetzgebung in den Händen des Reichtums befand, und daß die herrſchenden Klaſſen keineswegs, wie es ihre Pflicht verlangte, bemüht waren, diejenigen Klaſſen, die, weil ſie zur Friſtung ihrer Exiſtenz nur auf den Ertrag ihrer Tagesarbeit angewieſen ſind, uneigentlich genug, die arbeitenden genannt werden, in ſittlicher, geiſtiger und materieller Hinſicht ſo weit emporzuheben, daß ſie durch Fleiß, Sparſamkeit und häuslichen Sinn zu einem Daſein gelangen können, wo das Leben den Einzelnen wie den Familien einen höheren und würdigeren Genuß bietet. In den Kammern, wo nur die Großinduſtrie, der Großgrundbeſitz und das Beamtentum ſaßen, war dieſer ſogenannte vierte Stand nicht vertreten, und die Regierung dachte nicht daran oder wollte nicht daran denken, daß es außer der verfaſſungsmäßigen Volksvertretung berechtigte Wünſche, dringende Bedürfniſſe gebe, die nach Befriedigung, und jammervolle Notſtände, die nach Abhülfe und Beſeitigung rangen. Unter ſolchen Umſtänden fehlte es nicht an demagogiſch-ſocialiſtiſchen Führern, welche die Leidenſchaft der Maſſen erhitzten und mit verkehrten Ideeen füllten. Hatte auch der St.-Simonismus mit der Verurteilung ſeines Oberhauptes Enfantin, eines Schülers Saint-Simons, aufgehört (1832), ſo waren ſeine Lehren nicht verſchwunden, fanden vielmehr durch ſeine Nachfolger weitere Entwickelung und Verbreitung. Zunächſt überbot Fourrier ſeine Vorgänger, wurde aber ſelbſt noch durch Cabet überholt, der in einem Werke: „Reiſe nach Icarien“ den Grundſatz des Kommunismus, des gemeinſamen Eigentums und gleichen Anteils an den Früchten der Arbeit in populärer Form darſtellte, ſo daß ſeine Anſichten, die an Radikalismus die vorausgehenden übertrafen, in den unterſten Schichten die weiteſte Verbreitung fanden.

Das Grundthema war Aufhebung aller Religion als einer Pest der Menschheit, der Ehe und der Familie als der eigentlichen Quellen der Selbstsucht, und die Einführung der Gütergemeinschaft. Der Schriftsetzer Proudhon stellte noch den Satz auf, daß alles Eigentum Diebstahl und jede Art von Auktorität eine Tyrannei sei. Der Journalist Louis Blanc empfahl in einem Werke über die Einrichtung der Arbeit die Einführung von Nationalwerkstätten, in welchen alle Arbeiter Beschäftigung und genügenden Lohn finden sollten. Die Einführung der Nationalwerkstätten ist einen Augenblick lang ins Leben getreten, hat sich aber als gefährlich und unmöglich erwiesen. Ludwig Philipp erkannte den bodenlosen Abgrund nicht, der seinen Thron und alle Ordnung zu verschlingen drohte, glaubte vielmehr für seine Dynastie am besten zu sorgen, wenn er die Interessen des Reichtums wahrte, ohne zu bedenken, daß die Kluft zwischen seinem Throne und der Masse, für deren Bedürfnisse er von vornherein nicht gesorgt hatte, dadurch immer mehr erweitert wurde.

Ludwig Philipp hatte seit seiner Thronbesteigung durch Klugheit und Beharrlichkeit wie durch die Gunst des Glückes über alle ihm entgegenstehenden Hindernisse und Gefahren obgesiegt, und hoffte seinem Nachfolger einen befestigten Thron zu hinterlassen, als ihn ein furchtbarer Schlag an den Unbestand menschlicher Dinge erinnerte. Der Herzog von Orleans fuhr am 13. Juli 1842 nach dem Schlosse Neuilly, um sich vor seiner Abreise nach dem Lager in St. Omer von seiner Familie zu verabschieden. Unterwegs wurden die Pferde scheu, er sprang aus dem Wagen, wurde aber ausgleitend so heftig gegen das Pflaster geschleudert, daß er, aller ärztlichen Hülfe ungeachtet, abends um 6 Uhr den Geist aufgab. Er war zweiunddreißig Jahre alt, hinterließ eine Witwe, Helene, geborene Prinzessin von Mecklenburg-Schwerin, und zwei Söhne, von denen der Graf von Paris erst vier, der Herzog von Chartres kaum zwei Jahre alt war. Der König ließ das Haus, in dem der Prinz gestorben, ankaufen, niederreißen und an seine Stelle eine dem heiligen Ferdinand geweihete Kapelle errichten.

Der Schmerz der königlichen Familie über den Tod des allgemein geachteten und beliebten Prinzen war grenzenlos und erregte in den weitesten Kreisen aufrichtiges Mitgefühl.

Auch blieb dieser Trauerfall nicht ohne politische Folgen. Da für den Fall des Ablebens des schon 69jährigen Königs eine lange Vormundschaft in Aussicht stand, so wurde ein Regentschaftsgesetz in Antrag gebracht, das die Regentschaft aber nicht der Mutter des Minderjährigen, der Herzogin Helene von Orleans, der angeblich ihr Protestantismus im Wege stand, sondern dem beim Volke unbeliebten Herzog von Nemours übertrug. Das Gesetz wurde von der Kammer genehmigt, der Antrag auf eine Dotation für den Herzog aber zurückgewiesen.

Inzwischen gewann die Opposition gegen die Regierung in der Kammer wie noch mehr in der Tagespresse fortwährend an Macht und Umfang. Thiers war immer bereit, die Blößen des Ministeriums in seiner inneren und auswärtigen Politik, wirkliche wie vermeintliche, zu benutzen, und seine Reden, wenn auch in der Kammer widerlegt, ließen immer einen Eindruck auf die Massen zurück. Odilon Barrot warf der Regierung Unterdrückung im Innern und Ohnmacht nach außen vor. Auch Lamartine, früher Anhänger der Restauration, war unter dem Einflusse der Zeitereignisse in die Reihen der Opposition getreten. Wie seine lyrischen Poesieen, durch Vollendung der Form ausgezeichnet, etwas Unbestimmtes und Verschwommenes an sich tragen und seine nebelhaften Bilder nur dunkle Eindrücke zurücklassen, so fehlte auch seinen politischen Reden ungeachtet alles Glanzes die Schärfe und Klarheit des Gedankens. Er klagte die Julimonarchie an, die Hoffnungen zur Zeit ihrer Gründung nicht erfüllt zu haben; er sprach von einer weisen und wachsenden Demokratie, von einer Wiedergeburt des Volkes, von einer Regierung der Arbeit, und je unbestimmter seine Meinungen waren, um so tiefer und einschneidender war die Wirkung, die sie auf die Menge äußerten.*) Seine „Geschichte der Girondisten" verlieh den Ereignissen jener Zeit einen verklärenden Schein und fachte durch den Zauber der Darstellung die Erinnerungen an die Republik von neuem zu hellen Flammen an. So

*) Als die Befestigung von Paris vollendet und nur noch mit schwerem Geschütz auszurüsten war, wofür 18 Mill. Franks verlangt wurden, warf Lamartine in stärkeren Ausdrücken als je der Regierung ihren Abfall von den Ideeen der Julirevolution vor. Dennoch wurden die 18 Millionen bewilligt.

wurde unter dem französischen Volke eine Umwälzung in den politischen und socialen Ansichten angebahnt, die schließlich in eine Revolution der Thatsachen übergehen mußte. Zwar erfocht Guizot durch die Gediegenheit seiner Beweisführung und den Umfang seiner geschichtlichen Studien glänzende parlamentarische Siege, aber sie blieben ohne Erfolg auf die öffentliche Meinung, um so mehr, da es ihm an Schwung und Feuer fehlte, die Menge zu erwärmen und mit sich fortzureißen. Die Opposition wurde nicht müde, ihn bei jeder Gelegenheit schonungslos anzugreifen, und ihre Angriffe trafen zuletzt nicht ihn, sondern den König selbst, der im wesentlichen die Anschauungen seines Ministers teilte.

Um dem Nationalstolz Befriedigung zu gewähren, hatte Ludwig Philipp ein Geschwader unter dem Befehl des Admirals Dupetit-Thouars nach dem stillen Ocean geschickt. Nachdem die Franzosen im Mai 1842 die Marquesas-Inseln in Besitz genommen, segelte das Geschwader nach den Gesellschaftsinseln, und nötigte die Königin von Otahaiti, namens Pomare, sich unter französischen Schutz zu stellen. Aus dieser Besitznahme und infolge ungerechter Behandlung der Königin Pomare entstanden blutige Streitigkeiten mit den Eingeborenen, die zu Verwickelungen mit England führten (1844). Der englische Missionar Pritchard, der zugleich die Stellung eines britischen Konsuls einnahm, ward wegen seiner den Franzosen feindseligen Haltung verhaftet und auf ein englisches Handelsschiff gebracht. Als das französische Ministerium von diesen Vorgängen Kunde erhielt, war es bereit, den Engländern Genugthuung und dem Missionar Pritchard Entschädigung zu leisten, aber die Kammeropposition sah in dieser Bereitwilligkeit eine Verletzung der Ehre Frankreichs; auch in einem Teile der Bevölkerung erhob sich lauter Unwille, und die Mitglieder des Ministeriums wurden unter dem Namen Pritchardisten dem Hohne und Spott preisgegeben. Die Königin Pomare übernahm schließlich nach zweijähriger Abwesenheit die Herrschaft über ihre Insel unter französischer Oberhoheit.

Im Jahre 1846 trat in der Stellung der Parteien in der Kammer eine Wendung ein. Ledru-Rollin, ein talentvoller Advokat, der bis dahin ohne Bedeutung gewesen, erhob jetzt, um eine politische Rolle zu spielen, das Banner

des Radikalismus. Alle bisherigen Angriffe auf die Regierung waren ihm zu schwach gewesen, und alle bestehenden Parteien wurden von ihm auf dieselbe Linie gestellt. Ledru-Rollin wollte an die Stelle der konstitutionellen Monarchie die demokratische Republik gesetzt wissen, und wenn er auch dieses Ziel in den Kammern nicht offen aussprechen durfte, so sorgte die Tagespresse für weitere Erklärung und Verbreitung seiner Ideeen unter der Masse. Thiers blieb Ledru-Rollin gegenüber Anhänger der konstitutionellen Monarchie, aber seine Äußerung, daß er sich von dem herrschenden Systeme getrennt fühle, hatte eine der Regierung verderbliche Tragweite. Weit entfernt, wie der demagogische Ledru-Rollin, den Untergang der Monarchie zu beabsichtigen, wollte er nur den Sturz des Ministeriums, um den König zu nötigen, ihn selbst wieder an die Spitze desselben zu stellen. In Verbindung mit Odilon Barrot brachte Thiers eine Veränderung des Wahlgesetzes in Vorschlag, das auf eine Erweiterung des Wahlrechts durch Ermäßigung des Census und auf Ausschließung einzelner Beamtenklassen hinauslief. Aber trotz der glänzenden Rede, mit welcher Thiers seine Ansichten entwickelte (17. März 1846), wurde sein Antrag zurückgewiesen. Die Kammer wurde, nachdem sie alle Gesetzentwürfe der Regierung angenommen hatte, aufgelöst, und die neuen Wahlen sicherten dem Ministerium eine noch größere Stimmenmehrheit.

Bei der Wiedereröffnung der Kammern (Januar 1847) teilte Ludwig Philipp denselben die Vermählung seines jüngsten Sohnes, des Herzogs von Montpensier, mit der Schwester der Königin von Spanien, der Infantin Luise Ferdinande, mit. Durch dieses Bündnis wurde aber das gute Verhältnis zwischen der französischen und englischen Regierung, das sich zu einer entente cordiale gesteigert hatte, in empfindlicher Weise gestört, indem Englands Eifersucht den künftigen Einfluß Frankreichs auf Spanien fürchtete. Das gespannte Verhältnis zu England, das nun eintrat, ermutigte die Hoffnungen der Opposition im Innern.

Thiers, der im Stillen den Angriff gegen die Regierung leitete, brachte durch einen vertrauten Freund, Duvergier d'Hauranne, einen neuen Wahlreformplan vor, nach welchem der Census von 200 Fr. auf 100 Fr. ermäßigt und die Zahl der Abgeordneten um 79 vermehrt werden sollte. Der An-

trag fiel abermals durch (26. März 1847), hatte aber in hohem Grade die Aufmerksamkeit der Nation erregt. Nun wurde zu Chateaurouge, einem Lustorte bei Paris, ein sogenanntes Reformbankett veranstaltet, bei dem sich über 1200 Personen, lauter Gegner der Regierung, einfanden (9. Juli 1847), von dem sich aber Thiers selbst fern hielt. Der Zweck der Versammlung war die Unterzeichnung einer Petition für Veränderung des Wahlgesetzes. Bei diesem Festmahl wurde der übliche Trinkspruch auf den König ausgelassen, dagegen der Revolutionen von 1789 und 1830 mit Begeisterung gedacht. Zugleich wurde die Volkssouveränität als Prinzip des Staatslebens aufgestellt und auf das Elend der arbeitenden Klassen und die Notwendigkeit einer Staatsverbesserung hingewiesen. Im ganzen Lande wurden solche Reformbankette gehalten, in denen die Mitglieder der Opposition die Regierung auf das maßloseste angriffen und sie des Verrates im Innern, der Schwäche nach außen und der moralischen Fäulnis beschuldigten.

Die Regierung sah dieser immer weiter greifenden Bewegung ruhig zu und glaubte in der Stimmenmehrheit in den Kammern die festeste Stütze zu besitzen. Dagegen wußte die oppositionelle Presse nicht nur den der Regierung feindlichen Geist fortwährend zu nähren, sondern auch eine Stimmung des Mißtrauens und des Hasses gegen die höheren Kreise der Gesellschaft und der Bevölkerung hervorzubringen, die durch mehrere von der sittlichen Verdorbenheit der höheren Stände zeugende Verbrechen die reichste Nahrung erhielt. Zwei ehemalige Minister des Königs, General Cubières, früher Kriegsminister, und Teste, vormals Minister der öffentlichen Arbeiten, wurden der Bestechlichkeit während ihrer Amtsführung überwiesen, zu einer Geldbuße und zum Verlust der bürgerlichen Ehren, Teste außerdem noch zu einer dreijährigen Haft verurteilt. In die fieberhafte Aufregung der Menge fiel die Ermordung der Herzogin von Praslin, der Tochter des Marschalls Sebastiani, durch ihren eigenen Gemahl, der sich im Gefängnis der Verurteilung durch Gift entzog. Wenn auch die Regierung mit aller Strenge des Gesetzes einschritt, so faßte die Menge solche Fälle nicht als einzeln dastehende Vergehungen, sondern als einen Beweis von der Schlechtigkeit der höheren Stände auf, und die feind-

selige Presse leitete sie geradezu aus der sittlichen Verkommenheit des herrschenden Systems ab.

Nach der Entlassung des hochbejahrten Marschalls Soult wurde Guizot zum Ministerpräsidenten mit Beibehaltung des Ministeriums des Auswärtigen ernannt (19. Septbr. 1847). Guizot galt als vornehmste Stütze der Julimonarchie. Der moralische Einfluß, den er einem tadellosen Wandel und seinem hohen Rufe als Schriftsteller verdankte, seine aus innerster Überzeugung hervorgehende Beredsamkeit machten ihn für die Leitung der Kammern wie für die Aufrechterhaltung der konstitutionellen Monarchie besonders geeignet. Aber ein Übelstand war die große Unpopularität, in der er bei dem Volke stand, das für seine großartige, auf tiefen geschichtlichen und philosophischen Studien beruhende politische Anschauung, wie für den streng folgerichtigen Zusammenhang seiner Reden keine Empfänglichkeit besaß. Während Thiers mit seiner mehr blendenden als überzeugenden Beredsamkeit, mit seinem stets zur Schau getragenen Patriotismus ein Liebling des Volkes war, lagerte sich auf Guizot der tödlichste Haß der Opposition und der radikalen Presse ab.

Am 28. Dezember 1847 eröffnete Ludwig Philipp zum letzten Male die Kammern. Die Thronrede sprach von den „feindlichen oder blinden Leidenschaften" der Opposition, ließ sich aber auf keine Reform des Wahlgesetzes ein. Alsbald trat in den Kammern, besonders gegen Guizot, eine Leidenschaftlichkeit und Zügellosigkeit der Sprache hervor, die an die schlimmsten Zeiten der Revolution von 1789 erinnerte. Als der zwölfte Stadtbezirk von Paris Anstalten zu einem Reformbankett traf, erließ der Polizeipräfekt ein Verbot dagegen. Die Opposition, welche die Bankette als eine ganz unschuldige Sache, als einen ungefährlichen Austausch der Meinungen darstellte, erhob einen furchtbaren Sturm. Lamartine äußerte, ein ähnliches Verbot habe die Revolution von 1789 zum Ausbruch gebracht, und Ledru-Rollin nannte die Charte von 1830 „eine unreife Geburt". In den Blättern ihrer Partei erließ die Opposition eine Bekanntmachung, in der das Versammlungsrecht als ein durch alle gesetzlichen Mittel aufrechtzuhaltender Teil der Verfassung dargestellt wurde. Zugleich kündigte sie für den 22. Februar 1848 in Paris selbst ein großartiges Reformbankett an und lud die

Nationalgarde ein, unbewaffnet, aber in Uniform, unter dem Vorwande, die Ordnung aufrechtzuerhalten, auf dem zum Bankett führenden Wege Spalier zu bilden. Als aber der Minister des Innern, Graf Duchatel, der Nationalgarde eine solche Teilnahme untersagte und mit militärischem Einschreiten drohte, gab die Opposition, deren gemäßigter Teil keinen bewaffneten Zusammenstoß wollte, dies Bankett auf, zufrieden, einen zündenden Blitz unter die Massen geschleudert zu haben, und überreichte der Deputiertenkammer eine Schrift, wonach das Ministerium wegen Verrats an den Grundsätzen von 1830 in den Anklagestand versetzt werden sollte.

Die Aufregung unter den Massen hatte den höchsten Grad erreicht. Schon am 21. Februar hatten sich große, aber unbewaffnete Volkshaufen gezeigt, die unter dem Rufe: „Es lebe die Reform! Nieder mit Guizot!“ die Marseillaise absangen. Aber alle Mitglieder der geheimen Gesellschaften waren mit Waffen versehen und in voller Thätigkeit, das Feuer des Aufruhrs zu schüren; man wollte nur erst sehen, wie weit das Volk von selbst vorgehen und welche Partei die Nationalgarde ergreifen werde. Am 22. und 23. Februar kam es schon an vielen einzelnen Punkten der Stadt zu Barrikadenkämpfen zwischen dem Volke und den Truppen, wobei letztere von der Nationalgarde nicht unterstützt wurden, die vielmehr in den Ruf: „Es lebe die Reform! Nieder mit Guizot!“ einstimmte. Endlich entschloß sich der König, Guizot zu entlassen und den Grafen Molé an dessen Stelle zu setzen. Dieser Wechsel wurde mit solcher Freude begrüßt, daß am Abend des 23. Februar ein großer Teil der Stadt erleuchtet war. Die Ruhe schien hergestellt, aber die Wahl Molés befriedigte die geheimen Leiter der Bewegung nicht, und eher hätte Odilon Barrot, der zur Reformpartei gehörte, den immer mächtiger andringenden Strom beschwören können.

Das auf den erleuchteten Boulevards hin- und herwogende Volk schien zu keiner Fortsetzung des Kampfes geneigt, als ein unerwarteter Vorfall einen neuen Ausbruch hervorrief. Ein verwegener Demagoge, Charles Lagrange, der schon bei dem Lyoner Aufstand von 1834 sein Talent zur Leitung revolutionärer Bewegungen bekundet hatte, zog an der Spitze eines wilden Haufens, dem eine rote Fahne und Fackeln vorangetragen wurden, abends um 10 Uhr vor

die Wohnung des Justizministers Hebert. Hier wurden die Fenster eingeworfen, dann ging es nach dem Ministerium des Auswärtigen, wo man Guizot vermutete. Dort aber stand eine Truppenabteilung, die der wütenden Rotte den Weg versperrte. Plötzlich fiel aus derselben, vielleicht von Lagrange selbst, ein Schuß, welcher das Pferd des Befehlshabers verwundete. Alsbald gab der Posten eine volle Salve, und eine große Zahl der Aufrührer lag tot oder verwundet am Boden. Bestürzt floh der Haufe auseinander, die Kunde von dem Vorfalle verbreitete sich mit Blitzesschnelle, überall erscholl der Ruf: „Wir sind verraten! Man mordet das Volk! Zu den Waffen!“ Kurze Zeit darauf kam Lagrange mit seiner Rotte zurück, lud die noch daliegenden Toten auf einen Karren und fuhr damit durch die Straßen, um das Volk aufzureizen. Neue Banden schlossen sich an und um Mitternacht ertönte die Sturmglocke, deren drohender Klang an die Septembertage von 1792 erinnerte. Der Aufstand griff immer weiter, und zahllose Barrikaden, die von den Leitern der geheimen Gesellschaften mit Geschick und Umsicht angelegt wurden, erhoben sich an allen Hauptpunkten der Stadt.

Erschreckt durch die Kunde von diesen Vorgängen, übertrug Ludwig Philipp dem Marschall Bugeaud den Oberbefehl über die Pariser Nationalgarde und die Truppen, und beauftragte Thiers mit der Bildung eines neuen Ministeriums. So brach der 24. Februar an. Bugeaud entwarf mit Energie und Umsicht den Angriffsplan, aber seine Anordnungen wurden nicht befolgt. Sogar tapfere und erfahrene Generale, wie Bedeau, ließen sich mit den Leitern des Aufstandes in Unterhandlungen ein, schlossen Waffenruhe ab und ließen sich sogar ihr Geschütz abnehmen. Den Truppen, die durch Bivouaquieren erschöpft waren, fehlte es an Lebensmitteln und an hinreichendem Schießbedarf. Dennoch hätte wohl Bugeaud mit den unmittelbar unter ihm stehenden Truppen den Aufstand überwunden, wenn nicht indessen Ludwig Philipp auf den Rat eines israelitischen Advokaten, Cremieux, der plötzlich in den Tuilerien, wo die größte Ratlosigkeit und Verwirrung herrschte, erschienen war, Bugeaud den Oberbefehl entzogen hätte, um ihn dem Marschall Gérard, dann wieder dem Marschall Lamoricière zu übertragen. Die Bewegung hatte inzwischen in dem Maße überhand genommen, daß nun

auch eine Bekanntmachung des Ministeriums Thiers-Barrot keine beruhigende Wirkung auf das Volk übte, da dieses auch auf Thiers mißtrauisch geworden war. Endlich erschien der König selbst zu Pferde mit seinen beiden älteren Söhnen und hielt Heerschau über die im Hofe der Tuilerien stehende Linie und Nationalgarde; aber seine Anwesenheit machte keinen Eindruck, und er zog sich in gedrückter Stimmung in seine Gemächer zurück.

Der Menge war es bereits gelungen, das Palais royal, Privateigentum der Familie Orleans, zu nehmen und alle Kostbarkeiten daselbst zu zertrümmern. Immer höher schlugen die Wogen des Aufstandes, mit jedem Augenblick stieg die Ratlosigkeit und Verwirrung des Königs. Da drängte sich der Herausgeber eines Journals, Emil Girardin, in die Tuilerien und riet dem Könige zur Abdankung, weil das Volk das neue Ministerium nicht anerkenne, und die Massen im Anzug gegen die Tuilerien seien. „Wenn Ew. Majestät nicht auf der Stelle entsagen", rief Girardin, „so giebt es in einer oder zwei Stunden in Frankreich kein Königtum mehr!" Die Königin widerriet; Bugeaud wollte noch einen Kampf auf Leben und Tod; der König schwankte, setzte die Feder an und ab, und schrieb endlich, in der Meinung, den Thron wenigstens seiner Familie retten zu können, die Abdankung zu Gunsten seines Enkels, des Grafen von Paris.

Durch diesen Schritt war jeder geregelte Widerstand gegen den Aufstand unmöglich geworden; es gab keine Regierung mehr. Die Nachricht von der Abdankung des Königs verbreitete sich rasch, konnte aber die einmal entfesselten Leidenschaften nicht mehr bändigen. Das Volk drang unaufhaltsam vor, um seine Wut an den Tuilerien auszulassen; man riet dem König zur Flucht. Als der König dann in bürgerlicher Kleidung seiner Gemahlin den Arm reichte, um in seinem Alter aus der Fülle des Glücks in das Elend der Verbannung zu wandern, sagte die Königin zu dem daneben stehenden Thiers: „Das ist Ihr Werk, mein Herr! Sie haben es so weit gebracht! Sie verdienten nicht, einen so guten König zu haben!" — indem sie mit richtigem Gefühl erkannte, daß sein Antrag auf Wahlreform den ersten Anstoß zum Ausbruch der Revolution gegeben hatte. Thiers entfernte sich

schweigend; er hatte nur Guizot, nicht den König stürzen wollen, und sah nun den Sturz des Julithrones und sich in den eigenen Schlingen gefangen. — Hierauf schickte sich der König an zu gehen und sagte zur Herzogin von Orleans, die schluchzend mit ihren Händen das Gesicht bedeckte: „Helene, Sie bleiben mit ihren Kindern!“ Nun begab er sich mit seiner Gemahlin, von dem Herzog von Montpensier, der Herzogin Clementine und der Herzogin von Nemours mit ihren Kindern begleitet, nach den auf der Place de la Concorde bereit stehenden Wagen, die ihn über St. Cloud und Versailles nach dem Schlosse Dreux brachten.

Ludwig Philipp hatte die Herzogin von Orleans mit ihren Kindern, dem Grafen von Paris und dem Herzog von Chartres, zurückgelassen, in der Hoffnung, daß sie unter dem Schutze der vor dem Schlosse aufgestellten Truppen keiner persönlichen Gefahr ausgesetzt sei, und daß die Kammern den Grafen von Paris als König anerkennen würden. Nach seiner Entfernung erschien Dupin der Ältere, einst vertrauter Ratgeber des Hauses Orleans, und bat die Herzogin, ihm mit ihren Kindern in die Deputiertenkammer zu folgen. Es geschah, und auch der Herzog von Nemours begleitete sie dahin. Im Palast Bourbon, wo die Deputiertenkammer ihre Sitzungen hatte und etwa noch 300 Mitglieder versammelt waren, wurde die Herzogin von der Mehrheit derselben mit großem Beifall aufgenommen und ihr mit ihrer Familie ein Sitz vor der Rednerbühne eingeräumt. Als Dupin der Ältere die Abdankung Ludwig Philipps zu Gunsten des Grafen von Paris mitteilte, unter der Regentschaft der Herzogin von Orleans, erhob die konservative Partei den wiederholten Ruf: „Es lebe der Graf von Paris! Es lebe Ludwig Philipp II.! Es lebe die Herzogin von Orleans!“ aber die demokratischen und legitimistischen Mitglieder erklärten offen ihren Widerspruch. Der Abgeordnete Marie schlug die Einsetzung einer provisorischen Regierung vor, was die Aufhebung des Königtums zur Folge haben mußte. Der Antrag wurde von Demokraten und Legitimisten wie von der Gallerie mit Beifall aufgenommen. Die auf Rührung berechneten Worte Odilon Barrots: „Die Julikrone ruht auf dem Haupte eines Kindes und einer Frau!“ machten keinen Eindruck, die konservativen Mitglieder wagten keine Unterstützung. Der legitimistische

Abgeordnete La Rochejacquelin drang auf Abstimmung durch das Volk.

Unterdessen hatten die Aufständischen die Tuilerien eingenommen und verwüstet. Alles, was an die königliche Familie erinnerte, Portraits, Büsten, Sessel, Spiegel u. s. w. wurde zertrümmert, der Thronsessel nach dem Bastilleplatz geschleppt und am Fuße der Julisäule verbrannt. Die eigentlichen Kostbarkeiten, wie Juwelen, Gold- und Silbergeräte blieben jedoch unberührt, und einige Leute, die sich davon etwas angeeignet hatten, wurden alsbald erschossen. Von den Tuilerien aus zog die Menge nach dem Palast Bourbon, und ein Teil der bewaffneten Banden drang in den Sitzungssaal. Bei dem Eindringen der wilden Rotte zog sich die Herzogin, die bis dahin eine feste Haltung bewahrt hatte, mit ihren Kindern durch die entgegengesetzte Thür aus dem Saal zurück. Aus den Massen erscholl unaufhörlich der Ruf: „Keine Regentschaft! Keinen König mehr! Keine Bourbonen! Auf der Stelle eine provisorische Regierung!" Ledru-Rollin fordert die Errichtung einer solchen und die Einberufung eines Konvents, der die Volksrechte wahren soll. Lamartine spricht sich, der Menge schmeichelnd, in demselben Sinne aus, als plötzlich ein furchtbarer Tumult entsteht und in unmittelbarer Nähe Gewehrschüsse fallen. Eine zweite Bande von noch wilderem Aussehen als die erste, stürmt herein, die Gesichter von Pulverdampf geschwärzt, die Kleider von Blut befleckt, trunken von den in dem Schloßkeller geplünderten Weinvorräten. Von allen Seiten scholl es: „Es lebe die Republik! Nieder mit der Kammer! Keine Deputierten mehr!" Nun zog sich auch der Präsident der Kammer, Sauzet, zurück: die Kammer hatte aufgehört, die Todesstunde der Julimonarchie hatte geschlagen.

Die provisorische Regierung, die nun gewählt wurde, bestand aus den Deputierten Dupont de l'Eure, Lamartine, Ledru-Rollin, Cremieux, Marie, dem Astronomen Arago und Garnier-Pagès, zu denen nachher auf dem Stadthause noch die Journalisten Armand Marrast, Flocon, Louis Blanc und der Mechanikus Albert kamen, damit alle Farben der republikanischen Partei vertreten wären. Am Morgen des 25. Februar erfuhr Paris und ganz Frankreich, daß die Monarchie aufgehört habe und die Republik an deren Stelle getreten sei.

Die Herzogin von Orleans hatte sich von dem Palast Bourbon nach dem Hotel der Invaliden begeben und rettete sich einige Tage nachher mit ihren Kindern über die belgische Grenze nach Deutschland. Die Herzöge von Nemours und Montpensier schifften sich nach England ein. Der Prinz von Joinville und der Herzog von Aumale befanden sich gerade im Auslande, dieser in Algerien, jener als Flottenführer im Mittelmeer; auch sie zogen sich auf die Kunde von der Errichtung einer Republik nach England zurück, wo anfangs Mai die Familie Orleans versammelt war.*)

Am 25. Februar wurde von der provisorischen Regierung die Einführung der Republik unter Vorbehalt der Genehmigung durch das Volk bekannt gemacht. Die Ministerien wurden besetzt: Lamartine übernahm das Äußere, Ledru-Rollin das Innere. Alle Staatskörper, geistliche und weltliche Behörden, die Befehlshaber der Land- und Seemacht erklärten die Anerkennung der provisorischen Regierung. Am 4. Mai sollte eine konstituierende Versammlung eintreten.

Frankreich aber war durch den Zusammenbruch des Julithrones einem Zustande der Anarchie preisgegeben, und der Wiederhall des furchtbaren Donners, der ihn zertrümmerte, sollte weithin die Völker Europas durchzucken.

---

*) Ludwig Philipp erhielt noch in Dreux die Nachricht von der Errichtung der Republik und eilte darauf, tief erschüttert, mit der Königin nach der Küste der Normandie. Hier wollte er auf einem Fischerboote nach England übersetzen, wurde aber durch das stürmische Wetter verhindert. Er ging nach Havre, wo ihm der englische Vicekonsul ein Schiff zur Verfügung stellte, das ihn und seine Gemahlin unter falschen Namen an die englische Küste brachte. Er nahm seinen Aufenthalt auf dem seinem Schwiegersohne, dem Könige der Belgier, gehörigen Schlosse Claremont in der Nähe von London, wo er als Graf von Neuilly am 26. August 1850 in einem Alter von 77 Jahren starb, ohne Hoffnung auf Wiederherstellung seiner Dynastie.

Dritter Zeitraum.

Von der Februarrevolution bis zum Tode Friedrichs VII. von Dänemark. (1848—1863.)

XVII.

Deutschland im Jahre 1848. Revolution in Wien und Berlin. Das Frankfurter Parlament. Schleswig-Holstein. — Unterwerfung Ungarns. — Wiederherstellung des Bundestages.

In Deutschland hatte sich infolge einer vieljährigen Reaktion ein reicher Brennstoff aufgehäuft und schon im Jahre 1847 war das Gefühl allgemein, daß es bald zu einem Ausbruche kommen werde. Besonders im Großherzogtum Baden, dem in politischer Hinsicht beweglichsten Staate Deutschlands, gab es schon vor 1848 eine radikale Partei, in der sich ähnliche Gesinnungen und Bestrebungen regten, wie sie später in der Februarrevolution in Frankreich zum Durchbruch kamen. Der Advokat Hecker und der Journalist von Struve hielten im September 1847 zu Offenburg eine Versammlung, in der schon von der Selbstregierung des Volkes, allgemeiner Bewaffnung und Garantie der Arbeit von Seiten des Staates die Rede war. Im Oktober ward auf einer Zusammenkunft liberaler Oppositionsmitglieder aus verschie-

denen Kammern, die der badische Abgeordnete von Itzstein nach Heppenheim berufen hatte, über Volksvertretung am Bundestage in lebhafter Weise verhandelt, und am 12. Februar 1848, vierzehn Tage vor der Februarrevolution, stellte Bassermann aus Mannheim in der Kammer der Abgeordneten einen Antrag auf Volksvertretung beim Bundestage mit der Bemerkung, daß es die dringendste Aufgabe der Fürsten sein müsse, die Abneigung der Nation gegen den Bundestag in Vertrauen umzuwandeln, weil sonst die Kluft immer größer werden würde. Zugleich sprach Bassermann die prophetischen Worte aus: „An der Seine und der Donau neigen sich die Tage!“ — Da schleuderte die Revolution des Februar zu Paris den zündenden Funken in den allgemeinen Gärungsstoff und gab den Anstoß zu einer Bewegung, die früher oder später, in dieser oder jener Weise doch zum Ausbruch gekommen wäre.

Die deutschen Regierungen waren durch diesen Schlag im ersten Augenblicke wie gelähmt. Die beiden Großmächte, Preußen und Östreich, kamen dahin überein, am 15. März in Dresden einen Fürstenkongreß zur Beratung über die deutschen Angelegenheiten zu halten, der aber durch die Macht der Thatsachen verhindert wurde, auch schwerlich etwas Befriedigendes zu stande gebracht hätte. Die freisinnige Partei entwickelte eine außerordentliche Thätigkeit. Schon am 27. Februar wurde bei Mannheim auf freiem Felde unter Itzsteins Vorsitz eine große Versammlung gehalten, wo die Forderung eines deutschen Parlamentes, der Preßfreiheit, der Volksbewaffnung, der Schwurgerichte in eine dem Großherzog zu überbringende Adresse zusammengefaßt wurden. Struve, der noch weit über diese Forderungen hinausging und socialistische Ideeen an den Tag legte, veranstaltete einen Massenzug nach Karlsruhe, wo das Ministerium alle Forderungen bewilligte. Auch in anderen Staaten, in Würtemberg, Darmstadt, Nassau, erhob sich die Bewegung; überall mußten die Regierungen dem allgemeinen Drange nachgeben. Der Kurfürst von Hessen setzte anfangs den Volkswünschen hartnäckige Weigerung entgegen und ließ Truppen gegen Hanau marschieren, wo sich eine Volkskommission gebildet hatte, mußte aber endlich, da er alles ringsum schwanken sah, nachgeben und alle Forderungen bewilligen (11. März), die ganz mit den badischen überein-

stimmten. Ähnliches geschah in Frankfurt a. M., in Hannover, Oldenburg, Hamburg und Bremen.

In Baiern hatte die Bewegung sogar einen Thronwechsel zur Folge. Eine Abenteurerin, die Ballet-Tänzerin Lola-Montez, hatte den bereits sechzigjährigen König Ludwig, der aus einem Romantiker für deutsche Freiheit ein Werkzeug der Ultramontanen geworden war und durch sein Kniebeugungsedikt viel Anstoß erregt hatte, durch ihre Reize so zu fesseln gewußt, daß er sie im Februar 1847 zur Gräfin Landsfeld erhob und ihr einen bedeutenden Einfluß auf die Regierung gestattete. Im September kam der Landtag zusammen, der die Vorfälle am Hofe so schonungslos besprach, daß Ludwig sein Ministerium Abel, das ihn nicht zu decken vermochte, entließ und ein der Gräfin wohlgefälliges Ministerium Berks-Wallerstein (das „Lola-Ministerium") berief. Aber die Entrüstung der Studenten und der Bürgerschaft stieg infolge der politischen Aufregung der Februarrevolution immer höher, bis der König die Lola aus Baiern verbannte und endlich den Entschluß faßte, die Regierung niederzulegen (20. März 1848), worauf sein Sohn Maximilian II. (1848—1864) den Thron bestieg.

Im südwestlichen Deutschland stellte sich die altliberale oder konstitutionelle Partei an die Spitze der Bewegung. Am 5. März traten einundfünfzig Männer, meist aus den Führern der bisherigen Kammeropposition bestehend, zu Heidelberg zusammen, erließen einen Aufruf an die deutsche Nation, worin sie eine Nationalvertretung für dringend notwendig erklärten und eine Kommission von sieben Männern ernannten, welche Vorschläge zu einem Parlamente machen und zu einem Vorparlamente einladen sollten. Zu den Sieben gehörten Gagern, Itzstein, Welcker und Römer. Unter solchen Umständen hielten es die Regierungen für das Beste, die Führer der Bewegung an sich zu ziehen, und die früher zurückgestoßenen, zuweilen selbst verfolgten Liberalen in die Ministerien zu berufen, um sich mit Hülfe der Konstitutionellen der Demokraten erwehren zu können. So kamen in Würtemberg Römer, Pfitzer, im Großherzogtum Hessen Heinrich von Gagern an die Spitze der Verwaltung; Welcker, früher wegen seiner freisinnigen Richtung seiner Professur enthoben, wurde als badischer, Jordan, aus gleichem Grunde in langer Haft

gehalten, als kurhessischer Gesandter nach Frankfurt geschickt. Sogar der Bundestag, von Anfang an nur zur Unterdrückung der Volksfreiheit thätig, zwang sich jetzt zu einer patriotischen Haltung und erklärte den alten deutschen Reichsadler und die einst so verpönten sogenannten deutschen Farben, schwarz-rot-gold, zu Wappen und Farben des Bundes (9. März). Zugleich lud er sämtliche Regierungen zur Abordnung von Vertrauensmännern ein, welche bei Revision der Bundesverfassung „auf wahrhaft nationaler und zeitgemäßer Grundlage" mitwirken sollten. So wurde denn für jede der 17 Stimmen des engeren Rates der Bundesversammlung je einer abgeschickt, und diese Siebzehner, unter denen Schmerling, Dahlmann, Gagern, Uhland, Gervinus, Droysen, Bassermann und Jordan zu nennen sind, hielten am 30. März ihre erste Sitzung gemeinschaftlich mit dem Bundestag.

Während der Bundestag auf diese Weise ein Scheinleben und einen Schatten von Auktorität fristete, indem er alle seit den Karlsbader Beschlüssen erlassenen Ausnahmegesetze aufhob, war das Vorparlament am 31. März in der Paulskirche zu Frankfurt a. M. unter dem Vorsitze des Heidelberger Professors Mittermaier eröffnet worden. Die Mehrheit der Versammlung war konstitutionell-monarchisch gesinnt; ihr stand eine nicht zahlreiche, aber leidenschaftlich erregte Partei gegenüber, an deren Spitze Hecker und Struve standen, deren Absichten auf nichts Geringeres als auf Beseitigung der Monarchieen und republikanische Gestaltung Deutschlands hinausliefen. Nach stürmischen Debatten, in denen sich die Unversöhnlichkeit der Meinungsverschiedenheiten schroff genug ausprägte, wurden die Anträge dieser Partei verworfen und der Beschluß gefaßt, daß bei den Wahlen zu der konstituierenden Versammlung auf je 50 000 Seelen ein Abgeordneter kommen sollte. Die Wahl sollte ferner eine direkte und von Census, Glaubensbekenntnis und Standesverhältnissen unabhängige sein. Unter allen Beschlüssen war aber keiner verhängnisvoller, als daß die zu wählende deutsche Nationalversammlung die künftige Reichsverfassung allein, ohne Zustimmung der einzelnen Regierungen feststellen sollte. Indem man also den Grundsatz der Volkssouveränität aussprach, ließ man einerseits die Rechte der Fürsten, andererseits den Ge-

danken außer acht, daß es an jeder Möglichkeit, die zur Durchführung einer solchen Stellung nötige materielle Macht zu schaffen, gänzlich fehle, und legte somit den Grund zum künftigen Mißlingen des Verfassungswerkes. Am Schluß wählte das Vorparlament einen Fünfzigerausschuß, mit der Aufgabe, bis zum Zusammentritt der konstituierenden Versammlung mit dem Bundestage selbständig zu beraten und auf Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung bei den Regierungen hinzuwirken.

Da die republikanische Partei ihre Grundsätze in Frankfurt nicht hatte zur Geltung bringen können, versuchte sie durch Aufwieglung des Volkes ihre Zwecke zu erreichen. Hecker und Struve hielten in Baden Volksversammlungen, in denen die Republik ausgerufen wurde. Ein hessendarmstädtisches Corps unter dem Befehl des Generals Friedrich von Gagern erhielt den Auftrag, die Ruhe wieder herzustellen. Am 20. April stieß Gagern bei Kandern auf Hecker und seine Freischaren. Gagern suchte dieselben durch persönliche Ansprache zur Niederlegung der Waffen und Unterwerfung unter die Gesetze zu bewegen. Als er unverrichteter Sache zu seinen Truppen zurückkehrte, ward von den Freischaren verräterischer Weise auf ihn geschossen, und er sank, von drei Kugeln durchbohrt, entseelt nieder. Seine Soldaten, den Tod des Führers rächend, trieben die Freischaren mit leichter Mühe in die Flucht. Die republikanische Bewegung nahm ein schnelles Ende. Als der Dichter Herwegh mit einer deutschen Freischar aus Frankreich ankam, ward er bei dem Dorfe Dossenbach von einer kleinen Abteilung würtembergischer Infanterie fast ohne Widerstand zurückgeschlagen. Verschieden von dieser republikanischen Schilderhebung waren die Aufstände im Odenwald, wo sich das Landvolk gegen die Grundherrschaften erhob, Schlösser zerstörte, Archive mit den Kontrakten und Zehntbüchern vernichtete und den Adel zur Flucht in die Städte nötigte. Doch fiel kein Mord vor, und die Ruhe ward bald wieder hergestellt.

Unterdessen waren alle Hoffnungen in Deutschland auf die Eröffnung der konstituierenden Versammlung in Frankfurt a. M. gerichtet. Eine echt nationale Begeisterung im edelsten Sinne des Wortes durchdrang alle Gauen des deutschen Vaterlandes, die schwarz-rot-goldenen Fahnen riefen die Er-

innerungen an die glorreichen Zeiten ferner Vergangenheit wach und schienen die nahe Wiedergeburt des alten deutschen Reiches zu verkünden.

Am 18. Mai nachmittags um 3 Uhr traten gegen 330 Abgeordnete der deutschen Nation zu Frankfurt a. M. im Kaisersaale des Römers zusammen und begaben sich dann in feierlichem Zuge, mit entblößtem Haupte, nach der Paulskirche, wo sie sich unter dreimaligem Lebehoch für konstituiert erklärten. Am folgenden Tage wurde Heinrich von Gagern zum Präsidenten der Versammlung gewählt, ein Mann, der durch Persönlichkeit, Charakter und Talent zu dieser Stelle berufen war. Niemals hat eine politische Versammlung eine reichere Fülle von geistvollen, wissenschaftlich gebildeten Männern, von charakterfesten und opferwilligen Persönlichkeiten aufzuweisen gehabt. Die große Mehrheit der Versammlung gehörte, wie der Präsident, der konstitutionellen Partei an, die demokratische Richtung war nur schwach vertreten. Bei aller Auszeichnung in geistiger Beziehung fehlte es aber der Versammlung an der nötigen politischen Einsicht. Da es außer ihrer Macht lag, in dem seit Jahrhunderten in so viele Staaten geteilten Deutschland ein einheitliches Ganze herzustellen, so wäre es das allein Angemessene gewesen, die Neugestaltung des Vaterlandes im Einverständnis mit den deutschen Fürsten in Angriff zu nehmen; statt dessen sprach sie, wie das Vorparlament, die Idee der Volkssouveränität aus, ohne zu bedenken, daß die Fürsten sich von der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten nicht würden ausschließen lassen. Das Streben des Parlaments, eine Verfassung aus eigener Kraft aufzustellen, mußte fehlschlagen und hatte den Untergang der Versammlung und im deutschen Volke den bitteren Schmerz über getäuschte Hoffnungen in seinem Gefolge.

Die nächsten Beschlüsse waren, daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit der allgemeinen Reichsverfassung nicht übereinstimmen würden, ungültig sein, und daß an Stelle des Bundestages eine provisorische Centralgewalt gebildet werden sollte. Nach achttägigen Debatten, in denen sich die verschiedenartigsten Auffassungen kund gaben, wurde der Erzherzog Johann von Östreich, einer der ausgezeichnetsten und populärsten Fürsten, aber schon sechsundsechzig Jahre alt und an Selbstregierung nicht

gewöhnt, zum Reichsverweser gewählt (29. Juni). Kanonendonner und Glockengeläute verkündete der Bevölkerung das wichtige Ereignis, zu welchem vorher insgeheim die größeren Höfe ihre Zustimmung gegeben hatten. Am 11. Juli hielt der Reichsverweser unter allgemeinem Jubel seinen Einzug in Frankfurt, und bildete am folgenden Tage ein Ministerium, in welchem der bisherige östreichische Präsidialgesandte, Ritter von Schmerling, das Auswärtige, der preußische General von Peucker den Krieg und der hamburger Advokat Heckscher die Justiz übernahmen. Die Minister wurden für verantwortlich, der Reichsverweser selbst für unverantwortlich erklärt. Der Bundestag legte seine Gewalt in die Hände des Reichsverwesers nieder, und schien nach einem mehr als dreißigjährigen ruhmlosen Dasein für alle Zukunft überwunden zu sein.

Der Nationalverfassung fehlte es indessen von vorn herein an einer vollziehenden Gewalt. Die provisorische Centralgewalt, ohne Schatz, ohne Heer, besaß durchaus keine Mittel, die Landesregierungen, wofern dieselben nicht aus freien Stücken bereitwillig waren, zur Mitwirkung am allgemeinen nationalen Werke zu nötigen, da der Heeresbefehl ausschließlich in den Händen der Fürsten lag. Die Reichsgewalt, im Auslande ohne Anerkennung, bewies auch in Deutschland selbst wenige Wochen nach ihrer Einsetzung ihre Schwäche. Das Reichskriegsministerium erließ an sämtliche Bundestruppen den Befehl, dem Reichsverweser am 6. August durch Abhaltung einer Parade und Ausbringung eines dreimaligen Lebehochs zu huldigen. Aber nur die kleineren Staaten kamen dieser Weisung nach; in Östreich mit Ausnahme der Wiener Besatzung, in Preußen und Hannover geschah gar nichts, in Baiern fand der Akt nur in ganz bedeutungsloser Weise statt. Während es der Nationalversammlung an jeder Exekutivgewalt zur Durchführung ihrer Beschlüsse fehlte, beschäftigte sie sich lange Zeit in kleinlicher, unpraktischer Gründlichkeit, wie sie nun einmal dem deutschen Geiste eigen ist, mit Aufstellung der „Grundrechte" des deutschen Volkes. Unter den auswärtigen Angelegenheiten, die in der Nationalversammlung zur Sprache kamen, war nur die schleswig-holsteinische von politischer Bedeutung, mit welcher es folgende Bewandtnis hatte.

Die beiden Herzogtümer Schleswig und Holstein, von denen letzteres mit Lauenburg zum deutschen Bunde gehörte, waren mit dem Königreiche Dänemark nur durch Personalunion, d. h. durch einen gemeinsamen Regenten aus dem oldenburgischen Hause, verbunden, unter sich aber durch eine besondere deutsche Verwaltung unlösbar vereinigt gewesen. Als nach dem Tode Friedrichs VI. sein Vetter Christian VIII. auf dem dänischen Throne folgte (3. Dezember 1839), der nur einen einzigen kinderlosen Sohn Friedrich hatte, so stand zu erwarten, daß nach dem Tode dieses Sohnes Dänemark, wo nach dem Königsgesetz von 1665 auch die weibliche Linie succession sfähig war, an die Kognaten, dagegen die Nachfolge in Schleswig und Holstein, wo nur der Mannsstamm erbberechtigt war, an die Agnaten oder männlichen Seitenverwandten, also an die herzoglich Holstein-Sonderburg-Augustenburgsche Linie, fallen würde. Damit wäre die Trennung der Herzogtümer von Dänemark ausgesprochen und dieses auf sich selbst beschränkt gewesen. Aber der Übermut der an Mißhandlung und Ausbeutung der einträglichen Herzogtümer gewöhnten Dänen wollte von einer Verkleinerung ihres Königreichs nichts wissen und bestand auf der Einverleibung Schleswig-Holsteins mit solcher Leidenschaftlichkeit, daß dadurch in der Bevölkerung der Herzogtümer das Bewußtsein ihrer alten Selbständigkeit und Zusammengehörigkeit auf das lebhafteste erwachte und die gereizte Stimmung zwischen den Schleswig-Holsteinern und den Dänen den höchsten Grad erreichte. Da erließ im Jahre 1846 König Christian VIII. den sogenannten „Offenen Brief", in dem die weibliche Erbfolge auch auf die Herzogtümer ausgedehnt wurde. Diese gerieten hierdurch in die größte Aufregung, und sogar der deutsche Bund konnte nicht umhin, in einem Protest vom 17. September 1846 zu Gunsten der Erbansprüche der Agnaten und der Rechte Deutschlands einzutreten, aber ohne Erfolg. Als nun nach Christians VIII. Tode am 20. Januar 1848 König Friedrich VII. sofort mit dem „Entwurf einer Gesamtverfassung" hervortrat, verlangten die Herzogtümer eine gemeinsame Verfassung für sich allein. Die Februarrevolution wirkte aufregend auf beide Teile. Die Dänen in Kopenhagen drangen dem Könige ein aus sogenannten Eiderdänen, zu denen Graf Moltke, Orla Lehmann gehörten, bestehendes Mini-

sterium auf, das Schleswig bis zur Eider dem dänischen Königreiche einverleiben wollte. Dagegen errichteten die Schleswig-Holsteiner, da sich der König in der Gewalt des Ministeriums befände, eine provisorische Regierung, zu der Beseler und Graf Reventlow gewählt wurden, und erkannten den Augustenburgischen Prinzen Friedrich als ihren Herzog an. Die Schleswig-Holsteiner, durch deutsche Freiwillige unterstützt, zogen gegen die Dänen aus, erlagen aber der Übermacht bei Flensburg (9. April). Die Stände der Herzogtümer baten nun um Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund und baten auch in Berlin um bewaffnete Hülfe. Das Vorparlament bewilligte die Aufnahme und beauftragte Preußen, das inzwischen auch in die Märzbewegung hineingezogen war, in Verbindung mit dem zehnten Bundesarmeecorps die Herzogtümer zu besetzen. Nun begann die Begeisterung für die Rechte der Schleswig-Holsteiner alle Schichten des deutschen Volkes zu durchdringen, und das Nationallied: „Schleswig-Holstein, stammverwandt" erscholl, von tausenden von Stimmen getragen, durch die deutschen Lande.

Der preußische General Wrangel ging als Bundesfeldherr über die Eider und besiegte am 23. April die Dänen bei Schleswig, die am folgenden Tage von den Truppen des 10. Armeecorps bei Oversee nochmals geschlagen wurden. Wrangel drang tief in Jütland ein, schrieb eine (übrigens nicht erhobene) Kriegssteuer von zwei Millionen Thalern aus und wollte bei dem Mangel einer deutschen Kriegsflotte diese Provinz besetzt halten, bis die Dänen, welche durch die Blockade der deutschen Häfen dem Handel großen Schaden thaten, für diese Verluste Entschädigung gegeben hätten. Da aber Rußland, England und Schweden, die an der Nord- und Ostsee kein starkes Deutschland aufkommen lassen wollten, eine drohende Stellung einnahmen, so bekam Wrangel den Befehl zum Rückzuge, schlug aber die Dänen nochmals bei Düppel (5. Juni) und auch der baierische Freischarenführer von der Tann unternahm mit seinem Freicorps noch einige kühne Streifzüge. Doch wurde der Krieg von Preußen jetzt lässig geführt, und am 26. August kam unter schwedischer Vermittlung zwischen Dänemark und Preußen der Waffenstillstand zu Malmö (in Schweden) auf sieben Monate

zustande, der für die Herzogtümer eine gemeinschaftliche Regierung einsetzte, deren Mitglieder zur Hälfte von Dänemark, zur Hälfte vom deutschen Bunde ernannt werden sollten, der aber auch alle Akte der bisherigen provisorischen Regierung für ungültig erklärte und die Trennung der schleswigschen Truppen von den holsteinischen bestimmte. Der Waffenstillstand von Malmö rief in der Nationalversammlung einen Sturm von Unwillen und Erbitterung hervor. Dahlmann, der für die Herzogtümer so viel gewirkt, erklärte die Ehre Deutschlands für verletzt, und in der Sitzung des 5. September wurde der Vertrag verworfen, in dem man den Vorläufer zu einem Preisgeben der Herzogtümer befürchtete. Da aber die gemäßigte Partei erwog, daß ohne Preußen die Fortsetzung des Krieges unmöglich sei, und daß ein Bruch mit dieser Macht einen Bürgerkrieg und die Entfesselung der wildesten Leidenschaften in der ohnehin demokratisch erregten Menge nach sich ziehen werde, so wurde der Waffenstillstand von Malmö am 16. September von der Mehrheit der Versammlung nachträglich genehmigt.

Dieser Schritt entflammte den Ingrimm und die Wut der Radikalen aufs äußerste, besonders in Frankfurt und dessen Umgebung, wo die Gärung alles Maß überschritt. Am 17. September wurde auf der Pfingstweide, einem großen Anger in der Nähe der Stadt, eine Volksversammlung von wenigstens 20 000 Menschen gehalten, in der die Leiter schon offen zum Kampf aufforderten. Der radikale Abgeordnete Zitz aus Mainz sagte: „Jetzt wollen wir Fraktur schreiben!“ Die gemäßigte Partei der Nationalversammlung wurde für Verräter am deutschen Volke erklärt; die geheime Absicht der Führer war, im Falle des Gelingens ihres Treibens, Sprengung des Parlaments und Ausrufung der Republik; äußerlich gaben sie sich den Schein, als wollten sie nur die Zurücknahme des Beschlusses in Betreff des Waffenstillstandes durch eine Sturmpetition beim Parlamente durchsetzen. Das Reichsministerium aber, von dem Plane der Demokraten unterrichtet, hatte einige Bataillone Östreicher und Preußen aus Mainz herbeigerufen. Als nun am 18. September die Petition überreicht werden sollte, fand die Menge die Umgebungen der Paulskirche von Truppen besetzt. Es kam zu einem Zusammenstoß, Barrikaden wurden erbaut, aber von

den Truppen mit einem Verlust von nur acht Mann genommen. Im Kampfe unterlegen, stürzte sich eine blutgierige Rotte auf die beiden Abgeordneten General Auerswald und Fürst Lichnowsky, von denen besonders der letztere den Haß der Demokraten auf sich gezogen hatte, als dieselben einen Spazierritt aus der Stadt unternommen hatten, und ermordete sie auf unmenschliche Weise. Auerswald blieb auf der Stelle tot, während Lichnowsky erst in der folgenden Nacht verschied. Nach diesen Greuelscenen erklärte der Reichsverweser die Stadt in Belagerungszustand, hob die Vereine auf und ergriff strenge Maßregeln zur Wiederherstellung der Ruhe. Mit diesen Freveltaten gingen die goldenen Hoffnungen der Märzrevolution zu Grabe,*) um so mehr, da auch in Wien und Berlin die Bewegung den Charakter der zügellosen Demokratie angenommen hatte.

Die östreichische Regierung war seit langer Zeit bemüht gewesen, jede geistige Erhebung unter ihren Völkern niederzuhalten, den Kaiserstaat von allen Einflüssen aus der Fremde abzusperren und das ganze Leben in einen toten Mechanismus zu verwandeln. Dennoch war es ihr nicht möglich gewesen, dem Strome deutscher Wissenschaft und Literatur alle Wege zu verschließen und alle Berührungen mit den liberalen Institutionen des Auslandes fern zu halten. Das Streben des herrschenden Systems, einen Zustand völliger Erstarrung und Versumpfung zu schaffen, war gescheitert. Die gebildeten Klassen fühlten die Demütigung der politischen Nichtigkeit, zu der sie verurteilt waren, die Massen waren gereizt durch die herabwürdigende Behandlung, der sie von Seiten der Polizei und Verwaltung unterworfen waren. So glomm das Feuer unter der Asche. Der Sturm der Februarrevolution

*) Um dieselbe Zeit überschritt der Demagog Struve mit einem Freischarenzug von Basel aus die badische Grenze und rief die deutsche Republik aus. Nachdem er starke Leistungen auferlegt, die öffentlichen Kassen in Beschlag genommen und öfters die Beamten mißhandelt hatte, wurde er von dem badischen General Hoffmann bei Staufen geschlagen (24. Sept.) und gefangen nach Bruchsal abgeführt. Auch an anderen Orten zeigten sich solche Ausbrüche gemeiner Demagogie. Hecker hatte sich, am Gelingen seiner revolutionären Pläne verzweifelnd, nach Nordamerika eingeschifft.

entflammte den verborgenen Brand zur hellen Lohe an, die um so greller leuchtete, je schwerer und länger der Druck hier gewährt hatte. Dazu kam die Gärung im benachbarten Ungarn, wo Ludwig Kossuth, der geistvolle und beredte Agitator der Magyaren, im Reichstag zu Pesth (3. März) in einer ebenso glänzenden als leidenschaftlichen Rede „über den erstickenden Dampf des tödlichen Windes" redete, „der aus den Bleikammern des Wiener Regierungssystems, alles niederdrückend, lähmend, vergiftend einherwehe".

In Wien erhob sich die akademische Jugend, die sich bis dahin kaum um politische Angelegenheiten bekümmert hatte, jetzt aber ein Hebel der neuen Bewegung wurde. Am 12. März wurde dem Kaiser eine Petition überreicht, in der die Forderungen der Zeit, besonders Preß-, Lehr- und Lernfreiheit, ausgesprochen waren. Auch unter den zahlreichen Fabrikarbeitern herrschte die größte Gärung. Am 13. März wurde der niederösterreichische Landtag eröffnet; zugleich versammelten sich gegen 2000 Studenten der verschiedensten Nationalitäten in der Universität (Aula), um zu erfahren, wie der Kaiser die Petition vom vorigen Tage aufgenommen habe. Da erscholl unter der aufgeregten Menge der Ruf: „Nach dem Landhaus!" (Ständehaus). Der Zug wurde sogleich angetreten, dichtgedrängte Scharen strömten nach, das Volk mehrte sich fortwährend, Unruhe und Spannung wuchsen. Man verlangte den Rücktritt Metternichs und Einführung freisinniger Institutionen. Während der Hof mit der Gewährung der Forderungen zögerte, begann die erbitterte Menge im Landhause alles zu zerschlagen und zu verwüsten. Darüber kam es zu einem Zusammenstoß mit dem Militär, wobei eine Anzahl von Personen getötet und verwundet wurde, ohne daß es gelang, die unruhige Menge zu zerstreuen. Unterdessen folgte eine Deputation nach der anderen, um den Erzherzögen Franz Karl und Ludwig Vorschläge zur Wiederherstellung der Ruhe zu machen. Metternich, der sich längst überlebt hatte und wie gelähmt fühlte, mußte seine Stellung niederlegen, entfernte sich heimlich von Wien und kam glücklich nach England. Die Bürgergarde trat jetzt hervor, die Waffen im städtischen Zeughause wurden unter das Volk verteilt, das nun dem Militär gegenüber eine drohende Haltung annahm. Endlich bewilligte Kaiser Ferdinand, der weiteres Blutver-

gießen scheute, Volksbewaffnung und Preßfreiheit und versprach auch die Verleihung einer zeitgemäßen Verfassung für den östreichischen Staat (mit Ausnahme Ungarns und seiner Nebenländer). Als der Kaiser am 15. März in offenem Wagen eine Spazierfahrt durch die Stadt machte, wurde er von der Menge mit Bezeugungen der wärmsten Anhänglichkeit empfangen. Das Patent mit den gemachten Zugeständnissen wurde vor der Hofburg verlesen und in unzähligen Exemplaren unter das Volk verteilt. Am Abend desselben Tages kam eine ungarische Deputation, um die Forderungen der Ungarn dem Kaiser vorzulegen. Kossuth, dessen Name seit dem 3. März in aller Munde war, wurde unter Fackelschein und Musik wie ein Triumphator empfangen. Seine Rede rief eine grenzenlose Begeisterung hervor. Die Bürgerwehr und das Studentencorps brachten dem Kaiser vor der Hofburg eine Huldigung dar; der Jubel war unermeßlich.

Die Regierung hatte von da an alle Kraft und Haltung verloren, die Führer der freisinnigen Partei waren über die anzustrebenden Ziele voll Unklarheit und Verwirrung, und die leidenschaftliche Menge ergab sich allen Ausbrüchen der Rohheit und Zuchtlosigkeit. Überall herrschte Planlosigkeit und Verworrenheit. Die bedeutendsten Persönlichkeiten und besseren Elemente zogen sich zurück und die Demagogen, die unreife akademische Jugend, und der Pöbel gelangten zur Herrschaft. Seit Anfang Mai waren Straßenaufläufe und Barrikadenbauten an der Tagesordnung. Am 25. April wurde die neue Verfassung verkündigt, die keine Partei befriedigte, da sie eine erste Kammer, Census und indirekte Wahlen bestimmte. Ein aus Abgeordneten der Bürgerwehr und der akademischen Legion bestehendes Centralkomité forderte von der Regierung Beseitigung der oktroyierten Verfassung und Einberufung einer konstituierenden Versammlung. Als das Ministerium sich anschickte, diesem Ansinnen mit Waffengewalt zu widerstehen, rückte am Abend des 15. Mai die akademische Legion vor das Gebäude, wo das Ministerium beriet; zugleich erhoben sich Barrikaden, die Stadt ward erleuchtet und Gerüchte von einer allgemeinen Volkserhebung durchliefen die Menge. Der Hof geriet in Bestürzung; um Mitternacht wurde die Aprilverfassung für aufgehoben erklärt und eine aus allgemeinem Wahlrecht zu berufende konstituierende Reichsversammlung

bewilligt. Der Kaiser aber, durch die häufigen Tumulte erschreckt, verließ mit seiner Familie am 17. Mai Wien und flüchtete nach Innsbruck. Die Wiener waren über die Abreise des Hofes betroffen, und zahlreiche Deputationen luden ihn zur Rückkehr ein. Das Centralkomitee wurde aufgelöst, und eine gewisse Ruhe trat ein. Aber das Ministerium wußte die günstige Stimmung nicht zu benutzen; es erhoben sich neue Barrikaden, und der Minister des Innern, von Pillersdorf, gestattete die Bildung eines Sicherheitsausschusses, der aus Gemeinderäten, Nationalgarden und Studenten bestand und eine wahre Volksdiktatur ausübte.

Der Kaiserstaat schien in seiner Auflösung begriffen. Während die italienischen Provinzen abgefallen waren, Ungarn eine drohende Stellung einnahm, regte sich in Böhmen unter den Czechen der Haß gegen die deutsche Bevölkerung. Am 2. Juni wurde unter Palackys Vorsitz zu Prag ein Slavenkongreß eröffnet, bei denen alle Slavenstämme, die Russen durch Michael Bakunin, vertreten waren. Die Czechen wollten mit Mähren und dem östreichischen Schlesien zu einem Königreiche unter selbständiger Verfassung vereinigt werden, und ließen durch Rieger eine Konstitution entwerfen, die vom Hofe zu Innsbruck abgelehnt ward. Im Gegensatze zu dem deutsch gesinnten Ministerium in Wien wurde eine provisorische Regierung eingesetzt, um czechische Zwecke zu verfolgen, zugleich auch dem Scheine nach die Gesinnung der Treue zu bekunden. Da die Böhmen die Versetzung des Fürsten Windischgrätz, des Befehlshabers der kaiserlichen Truppen in Prag, durchsetzen wollten, so kam es am 12. Juni zu einem Zusammenstoß zwischen den Truppen und der czechischen Partei, wobei die am Fenster lauschende Gemahlin des Fürsten tödlich getroffen wurde. Einige Kanonenschüsse reichten hin, die Aufständischen zu unterwerfen, und der Slavenkongreß verschwand ohne jede Spur seines Daseins.

Am 22. Juni fand zu Wien die Eröffnung der konstituierenden Versammlung statt. Das Ministerium hatte in dem Reichstage keine Partei und war ohne Einfluß auf denselben. Die Rückkehr des Kaisers am 12. August trug nichts zur Beruhigung der Gemüter bei. Die Stockung des Verkehrs hatte eine Schreckensherrschaft der brotlosen Arbeiter zur Folge, die von der akademischen Legion zu demagogischen

Zwecken benutzt wurden. Am 21. August kam es zwischen der Nationalgarde und dem Proletariat zum offenen Kampfe, weil das neue Ministerium Wessenberg, das inzwischen auf Pillersdorf gefolgt war, den Lohn für die öffentlichen Arbeiten herabgesetzt hatte. Die Proletarier wurden besiegt, und der Sicherheitsausschuß aufgelöst. Mitten unter diese Wirren fiel die vom Kaiser bestätigte Aufhebung des ländlichen Unterthanenverhältnisses und Entlastung des bäuerlichen Besitzes (9. September).

Auf die Wiener Bewegung waren die Vorgänge in Ungarn von großem Einfluß, zumal Kossuth es verstand, durch seine Unterhändler auf die Tagespresse und die öffentliche Meinung mächtig einzuwirken, und Stürme zu erregen und zu beschwichtigen, je nach den Erfordernissen seiner Politik. Durch reiche Geldspenden übte er auf den Wiener Pöbel und die Klubs und Versammlungen einen bedeutenden Einfluß aus. Indessen trat der längst drohende Bruch zwischen Ungarn und der kaiserlichen Regierung ein. Ein Teil der Wiener Besatzung sollte am 6. Oktober gegen Ungarn marschieren. Als ein Grenadierbataillon den Gehorsam verweigerte und durch Reiterei zum Abmarsch gezwungen werden sollte, kam es zu einem Gefechte, in dem es von Nationalgarden, Arbeitern und Studenten unterstützt wurde. Zwei höhere östreichische Offiziere wurden getötet und einige Kanonen vom Volke genommen. Ein Teil der Nationalgarde wollte das Sturmläuten auf dem St. Stephansturme verhindern, ein anderer setzte es durch, und in der Kirche selbst floß Blut. Besonders verhaßt war der Kriegsminister Graf Latour, dessen Maßregeln in Bezug auf Italien und Ungarn dem Geiste der Wiener Demokratie widerstreben mußten. Eine wilde Rotte drang in das Gebäude des Kriegsministeriums ein. Die übrigen Minister waren entflohen, Latour ward aufgefunden, mit Hammerschlägen und Messerstichen ermordet, der Leichnam an einen Laternenpfahl gehängt und verstümmelt. Diese Greuelthat entschied den Untergang der Wiener Demokratie.

Die Kaiserfamilie hatte unter solchen Umständen Wien verlassen und kam unter starker Militärbedeckung am 14. Oktober in Olmütz an. Der Kaiser ernannte den Fürsten Windischgrätz zum Oberbefehlshaber aller Truppen, mit

Ausnahme der italienischen, und dieser setzte sich von Prag her in Bewegung, während der Banus von Kroatien, Jellachich, von der Raab aus gegen Wien vorrückte. Der Kommandant, Graf Auersperg, hatte die Wiener Besatzung aus der Stadt geführt. Am 23. Oktober war die Hauptstadt von 80 000 Mann Truppen umstellt. In der Stadt soll es eben so viele Bewaffnete gegeben haben, denen es aber an Einheit und planmäßiger Leitung fehlte. Wien war in Belagerungszustand erklärt, man forderte unbedingte Unterwerfung. Darauf gingen die Demokraten, die sich auf ungarische Hülfe verließen, nicht ein. An der Spitze der Verteidigung stand Messenhauser, ein ehemaliger östreichischer Offizier, aber ohne militärisches Talent; der polnische General Bem sollte die äußeren Linien verteidigen. Zwei Reichstagsabgeordnete, Julius Fröbel und Robert Blum, traten unter den Freischaren ein. Ungeachtet der hartnäckigsten Verteidigung drangen die Kaiserlichen am 29. Oktober bis zur inneren Stadt vor, und Messenhauser erklärte am Abend, daß die Munition ausgegangen und eine weitere Verteidigung unmöglich sei. Am 30. Oktober war die Mehrheit schon zur Unterwerfung unter die von Windischgrätz gestellten Bedingungen bereit, als man am Nachmittage vom Stephansturme aus die Ankunft eines ungarischen Heeres bemerkte. Sogleich griff ein Teil der Wiener wieder zu den Waffen. Aber die Ungarn traten bald den Rückzug an, und am 31. Oktober nahmen die Kaiserlichen die letzten Barrikaden und drangen in das Innere der Stadt ein. Am 1. November war von den bewaffneten Verteidigern der Stadt nichts mehr zu sehen. Der Reichstag mußte nach Kremsier übersiedeln; ein schrankenloser Militärdespotismus begann und die Hinrichtungen schienen kein Ende zu nehmen. Fröbel wurde entlassen, Robert Blum aber,*) der nicht schuldiger war, am 9. November in der Brigittenau erschossen. Auch Messenhauser, der sich freiwillig stellte, erlitt den Tod, und in den nächsten Wochen

*) Er hatte zuletzt auf den Barrikaden mitgekämpft und so wurde seine Berufung auf seine Eigenschaft als Frankfurter Parlamentsmitglied nicht anerkannt. Sein Tod versetzte die Demokratie aller Orten in Wut, und die deshalb veranstalteten Totenfeiern spornten eine Zeit lang die Kräfte der Demokraten zu neuen, jedoch vergeblichen Anstrengungen in ihren Vereinen und Versammlungen an.

folgte die Hinrichtung von Schriftstellern, Führern von Freicorps, Nationalgarden in bunter Reihe.

Nachdem ein neues Ministerium gebildet worden, in welchem Fürst Felix von Schwarzenberg und Graf Stadion die ersten Rollen spielten, wurde der Reichstag zu Kremsier eröffnet und dabei die Absicht kundgegeben, die Bestandteile des Kaiserstaates zu einem Staatskörper mit gleicher Verfassung und Gesetzgebung zu verbinden. Am 2. Dezember 1848 legte der körper- und geistesschwache Ferdinand I. die Krone nieder, um sie dem Sohne seines Bruders Franz Karl, der auf die Thronfolge verzichtete, dem achtzehnjährigen Franz Joseph zu übergeben. Um dem Oppositionsgeist des Reichstags entgegenzutreten, löste ihn Schwarzenberg auf und oktroyierte eine neue Verfassung (4. März), in welcher die Einheit und Unteilbarkeit der östreichischen Monarchie festgestellt war. Doch ist die Verfassung vom 4. März nie ins Leben getreten und nach der Unterwerfung Ungarns zurückgenommen worden (1851).

Einen ähnlichen Verlauf, wenn auch kein so gewaltsames Ende, nahm die Revolution in Berlin. Obgleich in Preußen die Regierung zu keiner Zeit die geistige Entwickelung des Volks gehemmt hatte, so war es doch versäumt worden, politische Institutionen zu schaffen, in denen sich die Fülle von Bildung, die im Volke lebte, in freier Thätigkeit verwirklichen konnte. So hatte sich allmählich ein Widerspruch zwischen der Höhe der geistigen Bildung und den staatlichen Einrichtungen herausgestellt, der eine innere Unruhe und Unzufriedenheit mit dem Bestehenden hervorrief. Zwar bot die Verwaltung viele ausgezeichnete Seiten dar, aber um so tiefer wurde es empfunden, daß Preußen, der größte reindeutsche Staat, sich noch mit mittelalterlichen Provinzialständen begnügen mußte, während Mittel- und Kleinstaaten konstitutionelle Verfassungen besaßen. Die Februarrevolution förderte auch hier den Ausbruch der lange verhaltenen Mißstimmung.

In der ersten Hälfte des März wurden in Berlin vor den Zelten Versammlungen abgehalten, um über die Wünsche des Volkes zu beraten, die in einer Petition an den König ausgesprochen werden sollten. Beim Nachhausegehen aus der letzten Versammlung (13. März) kam es zwischen einzelnen Volkshaufen und Militärpatrouillen zu einem Zusammenstoß,

der nicht ohne Verwundungen ablief. Solche Auftritte wiederholten sich, und am 15. März machte das Militär zum ersten Male von der Schußwaffe Gebrauch, während das Volk sich mit Steinwürfen zur Wehr setzte. Die Erbitterung der Menge gegen das Militär stieg, und die Nachricht von der am 13. März stattgehabten Erhebung Wiens zündete wie ein Blitzstrahl. Am 16. März kam es abermals zu einem blutigen Zusammenstoß, und die Wahrscheinlichkeit eines heftigen Kampfes trat immer drohender hervor. Am 17. März traf eine Deputation aus Köln in Berlin ein, welche Umgestaltung des preußischen Staatslebens im Sinne der Freiheit verlangte. Der König erklärte sich mit den vorgetragenen Wünschen einverstanden. Eine neue Deputation von Berlin am 18. März ward vom König mit Geneigtheit empfangen und brachte die Gewährung ihrer Wünsche zurück. Die Volksmenge nahm vor dem Schloßplatze und in dessen Nähe von Stunde zu Stunde zu. Gegen zwei Uhr hieß es, die vom Könige gemachten Zusagen würden in zwei Patenten als Extrablatt der Allgemeinen Preußischen Zeitung ausgegeben. Sie enthielten Aufhebung der Censur, Einberufung des Vereinigten Landtags zum 2. statt zum 27. April, Umgestaltung des deutschen Bundes in einen Bundesstaat und freie Verfassung. So waren alle Wünsche des Volkes vom König bewilligt. Die freudig bewegte Menge drückte dem König ihre Dankbarkeit durch ein Lebehoch aus; dieser erschien zweimal auf dem Balkon und wurde von einem tausendstimmigen Jubel begrüßt. Da erregte plötzlich der Anblick des Militärs, mit dem die Eingänge des Schlosses besetzt waren, in dem Volke die Erinnerung an die Toten und Verwundeten der letzten Tage; der Ruf „Militär fort!“ erscholl immer dringender, da man einen Angriff der Soldaten wie am 15. und 16. befürchtete. Kavallerie und Infanterie rückte vor, um das Volk zu zerstreuen. In diesem Augenblick fielen zwei, wahrscheinlich durch ein Versehen losgegangene Schüsse, ohne jemand zu verwunden. Die Menge wollte darin ein Zeichen zur Niedermetzelung des Volkes sehen und flog unter dem Rufe: „Wir sind verraten! Zu den Waffen!“ nach allen Seiten auseinander. Alsbald erhoben sich an allen Teilen der Stadt Barrikaden, von denen die schwarz-rot-goldene Fahne wehte. Nach drei Uhr begannen die Truppen den Angriff, von fünf

bis sieben Uhr räumten Kartätschenschüsse den größten Teil der Königstraße. Die ganze Nacht durch dauerte der Kampf unter schauerlichem Sturmläuten; die Artillerieschuppen vor dem oranienburger Thore gerieten in Brand, und die Feuerlohe wälzte sich in langen Streifen über die Stadt hinweg am Himmel hin. Das Militär erstürmte Straßen und Häuser, aus deren Fenstern geschossen oder mit Steinen geworfen wurde, und machte keinen Unterschied zwischen Bewaffneten und Unbewaffneten. Mit Munition und Geschützen reichlich versehen, war es überall im Vorteil, fühlte sich aber am Morgen des 19. März durch den strengen Dienst der letzten Woche und die Anstrengungen der Nacht erschöpft. Der König, vom tiefsten Schmerz über solche Auftritte durchdrungen, erließ in der Nacht eine Bekanntmachung im herzlichsten Tone, man möge den unseligen Irrtum erkennen, er gebe sein königliches Wort, die Truppen zurückzuziehen, wenn echte Berliner Bürger in geziemender Weise sich an ihn wendeten. Am Morgen empfing er eine Deputation, auf deren Bitten er das Militär abziehen ließ. Am Nachmittag erschien die königliche Verordnung, welche die Bildung eines freisinnigen Ministeriums unter Vorsitz des Grafen Arnim-Boytzenburg verkündigte. Die neu errichtete Bürgerwehr erhielt Waffen aus dem königlichen Zeughause. Die Leichen der 216 gefallenen Barrikadenkämpfer wurden teils auf Bahren, teils auf offenen Wagen, die Häupter mit Blumen und grünen Zweigen geschmückt, nach dem Schloßhof gebracht; König und Königin erschienen tief bewegt auf der Gallerie, wo in ihrer Gegenwart der Choral: „Jesus, meine Zuversicht!“ angestimmt wurde. Am 20. März wurden die seit dem Aufstande in Posen von 1846 in Berlin gefangen gehaltenen Polen in Freiheit gesetzt, an deren Spitze der polnische Revolutionär Mierosławski, auf einem Wagen stehend, durch die Stadt zog und von einer Verbrüderung des deutschen und polnischen Volkes und der Wiederherstellung Polens als eine Vormauer gegen Rußland deklamierte.

Am 21. März erließ der König eine Proklamation „An die deutsche Nation“, in der erklärt wurde, daß Preußens Friedrich Wilhelm IV. sich zur Wiedergeburt Deutschlands an die Spitze des Gesamtvaterlandes stellen werde, und gegen Mittag hielt der König, von Prinzen, Ministern und Gene-

ralen umgeben, einen Umritt durch die Stadt, wobei er und sein Gefolge schwarz-rot-goldene Schleifen am Arme trugen und die deutsche Reichsfahne dem Zuge vorangetragen wurde. Vor dem Universitätsgebäude hielt der König eine begeisterte Rede, daß er Deutschlands Einheit und Freiheit wiederherstellen wolle. Als der Ruf erscholl: „Es lebe der Kaiser von Deutschland!", wies der König diese Huldigung mit Unwillen zurück. An demselben Tage erließ der König noch den Aufruf: „An mein Volk und an die deutsche Nation!", in welchem das berühmte Wort: „Preußen geht fortan in Deutschland auf" — vorkam. Weiterhin wurden die Forderungen des badenschen Programms und Vereidigung des Heeres auf die Verfassung gewährt. Am 22. März fand die Beerdigung der Barrikadenleichen auf dem Friedrichshain vor dem Landsberger Thore statt. Als der an 20000 Köpfe starke Zug am Schlosse vorbeikam, stand der König entblößten Hauptes auf dem Balkon, bis die Särge vorüber waren.

Um den neuen Gang der Dinge an das Bisherige gesetzlich anzuknüpfen, wurde im April nochmals der vereinigte Landtag berufen, und der Beschluß gefaßt, daß die neue konstituierende Versammlung nach allgemeinem Stimmrecht zu bilden sei. Am 22. Mai ward die preußische konstituierende Nationalversammlung eröffnet.*) In dieser Versammlung, die weniger bedeutende Fähigkeiten als die Frankfurter enthielt, entwickelten sich von vorn herein die widerstrebendsten Kräfte, und Maßlosigkeit in den Forderungen, Haß gegen das Bestehende und zügellose Parteiwut traten schroff zu Tage. Nach Entfernung des Militärs kam die Versammlung sehr bald unter die Herrschaft des demagogischen Pöbels. Ein von dem Ministerium Camphausen vorgelegter Verfassungsentwurf, der, wenn auch nicht ganz zeitgemäß, doch viel Brauchbares enthielt, ward gänzlich bei Seite geschoben, und die Versammlung ging an die Ausarbeitung eines ganz neuen Entwurfs. Zwischen dem Ministerium und der Volks-

*) Schon vor ihrem Zusammentritt war ein Aufstand in Posen unter Mierowslawski, wo man mit einer Ablösung des östlichen Teils des Großherzogtums unter nationaler Verwaltung nicht zufrieden war, vielmehr das ganze Großherzogtum verlangte, durch preußische Truppen unterdrückt worden (April und Mai).

vertretung fehlte das rechte Zusammenwirken. Die Zeit ging hin mit Interpellationen an die Minister und endlosen Debatten. Die demagogische Menge umlagerte das Schauspielhaus, in welchem die Sitzungen gehalten wurden, und beleidigte und mißhandelte die ihr mißliebigen Mitglieder beim Ein- und Ausgehen. Am 15. Juni stürmte der Pöbel das Zeughaus und schonte in seiner Zerstörungswut auch der Trophäen aus Friedrichs des Großen Zeit nicht. Am 20. Juni trat Camphausen zurück, und Hansemann bildete ein neues Ministerium, in das Auerswald und Graf von Schwerin eintraten. Als die Versammlung den Beschluß faßte, daß der Kriegsminister die Offiziere von reaktionären Tendenzen fernhalten, und daß diejenigen unter ihnen, mit deren politischen Überzeugungen dies nicht übereinstimme, aus dem Dienst treten sollten, nahm auch dieses Ministerium seine Entlassung und das Ministerium Pfuel trat an seine Stelle (7. Sept.). In der Hauptstadt und in den Provinzen dauerten Tumulte aller Art fort, wodurch der Reaktion in die Hände gearbeitet wurde. Behörden und Bürgerwehr blieben unthätig. Als am 31. Oktober der Berliner Pöbel mehrere Thüren des Sitzungsgebäudes vernagelte, Messer und Stricke zum Vorschein brachte, um die ihm verhaßten Mitglieder der Versammlung an das ihnen drohende Schicksal zu erinnern, da reichte auch Pfuel seine Entlassung ein, und Graf Brandenburg, ein natürlicher Sohn des Königs Friedrich Wilhelm II., wurde am 1. November vom König mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt. Der Nationalversammlung kam dieser Schritt sehr ungelegen. Sie überreichte dem König eine Adresse, um gegen die Wahl des Grafen von Brandenburg zu protestieren, aber der König würdigte die Adresse keiner Antwort und mußte durch die vorwitzige Dreistigkeit Jacobys von Königsberg, der die Worte fallen ließ, es sei das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollten, nur unangenehm berührt werden.

Am 8. November übernahmen Graf Brandenburg das auswärtige, Freiherr von Manteuffel das innere, Generalmajor von Strotha das Kriegsdepartement. Man hat dieses Ministerium nachmals das „der rettenden Thaten" genannt. Eine königliche Botschaft verlegte die Nationalversammlung, um sie vor Einschüchterungen und Gewaltthätig-

keiten zu schützen, nach Brandenburg und vertagte sie bis zum 27. November. Am 10. November rückte General Wrangel mit zahlreichen Truppen in Berlin ein; die Stadt wurde in Belagerungszustand erklärt, die Bürgerwehr aufgelöst und allgemeine Entwaffnung angeordnet. Die rechte Seite der Nationalversammlung folgte der Weisung des Königs und begab sich nach Brandenburg, die Majorität versuchte unter ihrem Präsidenten von Unruh vergebens ihre Sitzungen fortzusetzen und sprach, ehe sie zur Schließung genötigt wurde, ein Verbot der Steuerzahlung an das neue Ministerium aus. Am 27. November wurde die Versammlung in Brandenburg eröffnet; auch ein Teil der Opposition war erschienen, aber nur, um gegen die Verlegung zu protestieren. Da durch ihr Ausscheiden die beschlußfähige Anzahl nicht mehr vorhanden war, löste der König am 5. Dezember die Versammlung auf und erließ aus eigener Machtvollkommenheit eine freisinnige Verfassung, unter Vorbehalt der Revision durch die neu zu berufenden Kammern. Am Ende des Jahres 1849 war dieselbe vollendet. Dazu kamen anfangs 1850 noch einige Veränderungen zu Gunsten der königlichen Macht, und so entstand die Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850, die König Friedrich Wilhelm IV. am 6. Februar beschwor, und durch welche Preußen in die Reihe der konstitutionellen Staaten eintrat.

Der Sieg der Regierungen in Östreich und Preußen über die Demokratie übte eine bedeutende Rückwirkung auf die Haltung des deutschen Parlamentes in Frankfurt aus. Hier war man endlich unter heftigen Parteikämpfen mit den „Grundrechten des deutschen Volkes“ zum Abschluß gekommen (21. Dez.). Indessen waren in Wien und Berlin Verhältnisse eingetreten, die ihre Durchführung unmöglich machten. Östreich, Preußen, Baiern, Hannover und Sachsen lehnten ihre Annahme ab. Noch weit größere Schwierigkeiten waren bei Einführung der deutschen Reichsverfassung zu erwarten, über welche fast den ganzen Winter hindurch beraten wurde. Hier handelte es sich um ein Aufgehen der Einzelstaaten in eine Reichseinheit, die nicht ohne Beschränkung der Unabhängigkeit der Fürsten und Staaten zu erzielen war. Von den

Kleinstaaten freilich war kein Widerstand zu befürchten, aber die Mittelstaaten ließen gegen jede Beschränkung ihrer Stellung die heftigste Opposition erwarten. Die schwierigsten Fragen aber betrafen das Verhältnis der beiden Großmächte zu einander und zum Reiche und die Wahl des Reichsoberhauptes. Seit längerer Zeit nährte eine zahlreiche patriotische Partei den Gedanken, Preußen die Hegemonie in Deutschland mit Ausschluß der deutsch-östreichischen Provinzen zu verschaffen und dem König von Preußen die Oberleitung der deutschen Angelegenheiten zu übertragen. Die nationale Erhebung Preußens im Jahr 1813, der hier stets gepflegte geistige Fortschritt, seine Militärmacht und vorwiegend deutsche Natur, endlich die echt deutsche Gesinnung Friedrich Wilhelms IV. hatten diesem Gedanken eine weite Verbreitung verliehen. Heinrich von Gagern, der am 16. Dezember zum Reichsminister ernannt war und neben anderen ausgezeichneten Häuptern des Parlaments Vertreter dieser Idee war, legte diesem sein Programm vor, in dem er seine Ansicht von einem engeren deutschen Bundesstaat aussprach, zu dem Östreich nicht unmittelbar gehören könnte, zu dem es aber in einem noch zu bestimmenden Unionsverhältnisse stehen sollte. Da es sich hierbei um ein Ausscheiden Östreichs aus Deutschland und um Preußens Hegemonie im engeren Bundesstaate handelte, so traten von da an in der Paulskirche zwei Parteien scharf hervor, die Großdeutschen, welche Östreichs Eintritt in den neuen Bundesstaat, und die Kleindeutschen, welche den engeren Bund mit Preußen ohne Östreich wollten. Die Großdeutschen erklärten eine Verkleinerung Deutschlands und eine Abtrennung der alten Ostmark des Reichs für eine Schmach; die Kleindeutschen befürchteten von Östreichs Eintritt die Rückkehr des alten Bundestages und aller vormärzlichen Zustände und hofften nur von Preußens Hegemonie die Herstellung eines mächtigen deutschen Bundesstaates, zu dem ja Östreich immer noch in gewisser Verbindung stehen sollte.

Dem Gagernschen Programm gegenüber erklärte (28. Dez.) Fürst Schwarzenberg, Östreich werde sich weder von dem deutschen Bunde ausschließen lassen, noch auch seine deutschen Provinzen vom östreichischen Einheitsstaate abtrennen, um sie dem deutschen Bundesstaate einzuverleiben. Östreich schlug ein Direktorium der mächtigeren deutschen Bundesfürsten und

ein von allen deutschen Regierungen gebildetes Staatenhaus vor, und sprach sich wohl nur zum Schein noch für ein Volkshaus aus. Als sich das Parlament in der Oberhauptsfrage für einen regierenden Fürsten erklärte, als es ferner den Beschluß faßte, daß dieser den erblichen Kaisertitel führen sollte, versicherte Östreich, daß es sich dem neuen Kaiser nicht unterordnen werde (4. Februar 1849).*) Während das Andringen des Volkes auf eine Neugestaltung Deutschlands immer dringender wurde, trug endlich Welcker am 12. März feierlich darauf an, den König von Preußen zum Erbkaiser der Deutschen zu wählen, und am 28. März wurde Friedrich Wilhelm IV. mit 290 gegen 248 Stimmen zum Erbkaiser von Deutschland gewählt. Das Parlament sandte eine zahlreiche Deputation nach Berlin, um den König zur Annahme der Wahl einzuladen. Am 3. April wurde die Deputation von Friedrich Wilhelm im Berliner Schlosse empfangen. Derselbe dankte für das ihm bewiesene Vertrauen, erklärte aber, daß er die Kaiserkrone ohne die freie Zustimmung der deutschen Fürsten nicht annehmen könne. Eine Krone, die ihm nur ein suspensives Veto gestattete, mit einem demokratischen Wahlgesetz, konnte für ihn um so weniger Reiz haben, da er sie nur durch einen Krieg mit Östreich und den vier Königreichen, auch wohl noch mit fremden Staaten hätte behaupten können. Zwar suchte auch die zweite preußische Kammer, die infolge der Ablehnung des Königs in großer Aufregung war, zur Annahme der Kaiserkrone zu drängen, da sich am 14. April neunundzwanzig Staaten mit der Wahl des Königs von Preußen und mit der Reichsverfassung einverstanden erklärt hatten; aber das Ministerium Brandenburg löste am 27. April die Kammern auf, und lud die deutschen Regierungen ein, mit Berlin über das Verfassungswerk in Unterhandlungen zu treten. Am 28. April sprach der König seine entschiedene Ablehnung der Reichsverfassung aus.

Diese Ablehnung war der Todesschlag für das Frankfurter Parlament, das nun mit immer größeren Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Schon am 5. April hatte die öst-

*) Auch andere Fürsten sprachen sich in diesem Sinne aus; der König von Würtemberg erklärte, „Dem Hause Hohenzollern unterwerfe ich mich nicht, dem Kaiser von Östreich, wenn er gewählt worden wäre, würde ich mich unterworfen haben."

reichische Regierung ihre Landesangehörigen von Frankfurt abberufen; der König von Würtemberg war nur nach langem Widerstreben durch unaufhörliche Adressen und Deputationen zur Annahme der Reichsverfassung genötigt worden. Hannover und Sachsen lösten ihre Stände, da sie auf der Annahme bestanden, auf. Dagegen ward in der Paulskirche am 4. Mai der Beschluß gefaßt, das gesamte deutsche Volk aufzufordern, die Reichsverfassung zur Geltung zu bringen, womit auf Anwendung revolutionärer Gewalt offen hingewiesen war. In der Nationalversammlung stieg die Gärung unter der demokratischen Partei immer höher, die sich in wildem Toben gegen die Fürsten, die als Rebellen betrachtet wurden, wie in leidenschaftlichen Angriffen auf die gemäßigtere Partei Luft machte und durch radikale Beschlüsse die Gefahren der Anarchie und Revolution heraufbeschwor.

Der Widerstand der mächtigsten Regierungen gegen die Einführung der Reichsverfassung, die von den Konstitutionellen mit großem Eifer betrieben wurde, den Demokraten nur zum Vorwand für ihre republikanischen Bestrebungen diente, rief im deutschen Volke eine fieberhafte Aufregung hervor, die in Sachsen und im südwestlichen Deutschland zu blutigen Aufständen führte.

In Sachsen löste der König die demokratische Kammer, die offen auf eine deutsche Republik hinarbeitete, auf und weigerte die Einführung der Reichsverfassung. Da die Volkspartei dieselbe mit Waffengewalt durchsetzen wollte, kam es am 3. Mai in Dresden zu einem Zusammenstoß mit den Truppen, in dem letztere anfänglich wenig ausrichteten. Der König floh in der Nacht mit seiner Familie und den Ministern auf die Festung Königstein und bat den König von Preußen um Hülfe, der jeder gefährdeten Regierung gegen anarchische Bewegungen seinen bewaffneten Beistand verheißen hatte. In Dresden wurde eine provisorische Regierung unter Tschirner, Heubner und Todt gebildet, und ein ehemaliger russischer Offizier, der bereits genannte Bakunin, leitete den Aufstand. Aber die preußischen Truppen eroberten nach hartnäckigem Kampfe die Stadt (9. Mai). Bakunin und Heubner wurden auf der Flucht gefangen genommen. Nun folgten Belagerungszustand, Kriegsgerichte und Verurteilungen. Die Agitation für Einführung der Reichsverfassung war weit ver-

breitet, und auch in Preußen brachen im Mai zu Elberfeld, Krefeld, Düsseldorf, Iserlohn Aufstände aus, die jedoch von den Truppen leicht besiegt wurden.

Gefährlicher war der Aufstand in der Pfalz. Hier kündigte eine Volksversammlung zu Kaiserslautern der bairischen Regierung den Gehorsam auf (1. Mai), da sie die Reichsverfassung nicht anerkannt hatte. Eine provisorische Regierung ward errichtet, und die Soldaten traten zur Volkspartei über. An die Spitze der Freischaren wurden zuerst ein ehemaliger östreichischer Offizier, Fenner von Fenneberg, der sich an der Wiener Revolution beteiligt hatte, dann ein Weinreisender Namens Blenker gestellt. Bald verpflanzte sich der Aufruhr nach Baden, obgleich hier die Regierung die Reichsverfassung angenommen hatte. Aber das Land war längst in republikanischem Sinne unterwühlt, und unter dem Militär waren die Bande der Disciplin durch eine verderbliche Demagogie so gelockert, daß man die Soldaten lehrte, auf ihre Offiziere statt auf ihre „Brüder" zu schießen. Am 11. Mai brach in der Bundesfestung Rastadt eine Meuterei unter den badischen Truppen aus, und Unteroffiziere und Soldaten berieten in einer Versammlung über ihre Rechte und Pflichten. Die Bürgerwehr verbrüderte sich mit den Soldaten, der Hang zur Völlerei nahm überhand, und Unordnungen und Gewaltthätigkeiten mehrten sich in den folgenden Tagen. Vergebens suchte der von Karlsruhe herbeigeeilte Kriegsminister Hoffmann die Ordnung herzustellen; er mußte mit der Mehrzahl der Offiziere vor der Wut der trunkenen Soldaten flüchten. Ähnliches geschah in Freiburg, Lörrach und Bruchsal, wo Struve aus seiner Haft befreit wurde. Am 13. Mai fand in Offenburg eine große Volksversammlung statt, die außer anderen demokratischen Beschlüssen die Berufung einer konstituierenden Landesversammlung bestimmte, ja sogar von Einführung der Republik redete. Kaum konnten die Führer, denen die Bewegung über den Kopf wuchs, die Ausrufung derselben verhindern. An demselben Tage brach auch zu Karlsruhe eine Empörung unter der Garnison aus. Die Soldaten zerstörten eine Kaserne, verwüsteten die Wohnung eines mißliebigen Oberst, töteten den Rittmeister von Laroche und wollten das Zeughaus stürmen, das aber von der Bürgerwehr mit Erfolg verteidigt wurde. In der folgenden Nacht

entfloh der Großherzog mit seiner Familie unter dem Schutze einer Dragoner- und Artilleriebedeckung. Nach seiner Flucht löste sich die Ordnung im badischen Lande vollkommen auf. Am 14. Mai zog der Advokat Brentano mit dem Landesausschuß in Karlsruhe ein und stellte sich an die Spitze der Regierung, wurde aber von der radikalsten Fraktion der Demokratie vielfach gehindert. Die Presse erhob sich zum äußersten Grade der Zügellosigkeit, eine Menge politischer Abenteurer aus Deutschland, der Schweiz, Frankreich, Ungarn, Polen hatten sich in Baden eingefunden und halfen das Feuer der Revolution schüren. Die in den großherzoglichen Kassen gefundenen Millionen Gulden wurden schnell verschleudert, die Minister abgesetzt, die Kammer aufgelöst. Eine konstituierende Versammlung sollte den 10. Juni zusammentreten, alle unverheirateten Männer von 18 bis 30 Jahren wurden zu den Waffen berufen. Eine Kriegs- und Civilverwaltung wurde ernannt, die mit schrankenloser Willkür verfuhr. Das Ganze war eine Nachahmung der ersten französischen Revolution ohne wahres Nationalgefühl und wahre Thatkraft; das letzte Ziel war die social-demokratische Republik. Der badische Landesausschuß schloß mit der provisorischen Regierung der Pfalz einen Vertrag zu gegenseitiger Hülfeleistung. Der frühere Lieutenant Sigl, dann der bekannte Pole Mieroslawski erhielt den Oberbefehl über die badischen Truppen; die Pfälzer setzten den in Polen von deutschen Eltern geborenen General Sznayde (Schneider) an die Spitze ihres Heeres.

Sollte indessen der pfälzisch-badische Aufstand nicht in sich zusammensinken, so mußten die Führer der Bewegung darauf bedacht sein, ihn zunächst nach Hessen-Darmstadt und Würtemberg zu verpflanzen. Am 24. Mai wurde zu Oberlaudenbach eine zahlreiche Volksversammlung gehalten, um die Odenwäldler zum Anschluß an die Revolution fortzureißen. Als hier der Kreisrat Prinz die Menge zum friedlichen Auseinandergehen bewegen wollte, sank er plötzlich von Kugeln durchbohrt zu Boden. Das anwesende hessen-darmstädtische Militär, durch diesen feigen Mord empört, gab Feuer und an vierzig Aufständische blieben auf dem Platze. Infolge dieses Vorgangs blieben die darmstädtischen Truppen gegen jeden Verführungsversuch fest und schlugen am 30. Mai bei Heppen-

heim ein starkes badisches Corps unter Sigl bis Heidelberg zurück. Anders war der Verlauf der Dinge in Würtemberg.

Das Frankfurter Parlament stand noch immer im Wahn eines Machtbesitzes, der zum leeren Schein geworden war, da sich seit dem März 1848 die Lage der Dinge bedeutend geändert hatte. Gagern wurde von der Linken unaufhörlich angefeindet und trat aus dem Reichsministerium (9. Mai). Da die Nationalversammlung das Einschreiten preußischer Truppen in Dresden für einen schweren Reichsfriedensbruch erklärte, rief die preußische Regierung, wie früher schon die östreichische, ihre Abgeordneten aus der Paulskirche ab. Hannover, Baiern und Sachsen thaten dasselbe. Auch der Reichsverweser verzweifelte nach langen und vergeblichen Anstrengungen an der Möglichkeit, die Ideeen von 1848 erfüllt zu sehen und zog sich auf seinen particularistisch-östreichischen Standpunkt zurück. Er ernannte ein Ministerium Detmold-Grävell, dessen Mitglieder von jeher Gegner der deutschen Einheit gewesen, und in dem die Nationalversammlung nur einen Hohn gegen sich selbst sah. Sie beschloß einen Reichsstatthalter zu wählen, der der Verfassung gemäß den Reichstag einberufen sollte. Um solche Maßregeln durchzusetzen, wäre der Bürgerkrieg unvermeidlich gewesen. Da legten am 21. Mai neunzig Mitglieder der Versammlung, unter ihnen Gagern, Dahlmann, M. Arndt, Droysen ihr Mandat nieder. Am 23. Mai traten noch einige vierzig Mitglieder, am 26. auch Welcker und seine Freunde aus. Das Parlament bestand jetzt fast nur noch aus Demokraten und sah sich durch den massenhaften Austritt seiner Mitglieder genötigt, sich für beschlußfähig zu erklären, wenn auch nur hundert Mitglieder beisammen wären. Da aber der Reichsverweser und sein Ministerium gegen ihre Beschlüsse Einsprache thun und diese durch benachbarte Truppen zur Geltung bringen konnte, so beschloß das sogenannte Rumpfparlament nach Stuttgart überzusiedeln, in der Hoffnung, das südliche Deutschland zur Aufrechthaltung der Reichsverfassung mit fortreißen zu können. Am 30. Mai verließen die letzten Abgeordneten die Paulskirche und hielten, noch hundert und einige Mitglieder stark, am 6. Juni ihre erste Sitzung in Stuttgart. Die Versammlung ernannte eine Reichsregentschaft von fünf Mitgliedern: Raveaux, Vogt, Simon aus Breslau, Schüler und Becher,

erklärte die Absetzung des Reichsverwesers, forderte alle deutschen Heere zur Anerkennung ihrer Befehle auf und verlangte von der würtembergischen Regierung Geld und Mannschaft. Aber das würtembergische Ministerium war nicht geneigt, auf diese Zumutung einzugehen, obgleich Römer, der an der Spitze desselben stand, selbst ein Mitglied der Nationalversammlung war. Da auch in Würtemberg große Aufregung herrschte, und aus vielen Orten und Volksvereinen Adressen an die Versammlung einliefen, die ihr Schutz und Beistand anboten, so kam es für die Regierung darauf an, den Ausbruch badischer Zustände zu verhindern, um nicht eines schwachen Überrestes der Nationalversammlung wegen das Land den gefährlichsten Schwankungen preiszugeben. Die Regierung forderte daher das Parlament zur Einstellung seiner Sitzungen auf und ließ das Lokal schließen (18. Juni). Die Abgeordneten, die sich in gemeinschaftlichem Zuge dahin begeben wollten, wurden durch Militär auseinander gesprengt. Ein so klägliches Ende nahm die unter so großen Hoffnungen berufene deutsche Nationalversammlung.

Durch diese Vorgänge war dem badisch-pfälzischen Aufstande die Verpflanzung nach Würtemberg abgeschnitten. Der Großherzog Leopold hatte inzwischen die Hülfe Preußens angerufen und dieselbe durch einen Vertrag erlangt, nach welchem er das mittlerweile geschlossene „Dreikönigsbündnis“ anerkannte und ein preußisch gesinntes Ministerium ernannte. Während in den aufständischen Landen der Terrorismus der Demokraten von Tag zu Tag stieg und die Gefängnisse sich mit Konservativen füllten, um an ihnen Pfänder gegen eine Reaktion zu haben, zogen Reichstruppen unter dem General Peucker, dem früheren Reichskriegsminister, zu dem ein preußisches Kontingent unter General Gröben stieß, auf der Bergstraße heran. Das Hauptheer unter dem Oberbefehle des Prinzen von Preußen rückte am 13. Juni auf drei Straßen in die Pfalz ein, worauf die Freischaren sich in eiliger Flucht zurückzogen und über den Rhein gingen. Die Festungen Germersheim und Landau wurden von den Preußen entsetzt. Erst am 19. Juni besetzte ein baiersches Corps unter dem Fürsten von Thurn und Taxis die von den Preußen verlassenen Punkte der Pfalz. Am 20. Juni gingen die Preußen bei Germersheim über den Rhein und rückten in Baden ein.

Der Prinz von Preußen hatte die nächste Aufgabe in kürzester Zeit vollständig erfüllt. Am 21. Juni wurde Mieroslawski, der über 12—15 000 Mann befehligte, bei Waghäusel von den Preußen geschlagen. Trotz aller Tapferkeit blieb den Insurgenten keine Aussicht auf Gelingen, und wenn sich Mieroslawski auch noch einmal bei Durlach und an der Murg aufstellte, so mußten sie doch der Übermacht weichen und sich über die Schweizergrenze zurückziehen. Die Besatzung von Rastadt, ungefähr 5000 Mann, leistete noch hartnäckigen Widerstand, mußte sich aber am 23. Juli auf Gnade und Ungnade ergeben. Nun folgte ein strenges Gericht. Die eigentlichen Urheber der Bewegung hatten sich zur rechten Zeit in Sicherheit gebracht. Die Urteile der Kriegsgerichte fielen hier ebenso streng wie in Wien aus. Mehrere Leiter des Aufstandes wurden erschossen, unter ihnen der Festungsgouverneur Tiedemann, der ehemalige badische Major von Biedenfeld, der Civilkommissarius von Trützschler, der Redacteur des „Festungsboten" Elsenhans, der schon bejahrte Böning, einst Teilnehmer am griechischen Freiheitskampfe. Der Dichter Gottfried Kinkel, der sich am Aufstande beteiligt, wurde zu lebenslänglicher Strafarbeit verurteilt, entkam aber nach einjährigem Kerker nach England. Hecker war im Anfang der Bewegung von Nordamerika herbeigeeilt, um an den Kämpfen teil zu nehmen. Am 16. Juli in Straßburg angekommen, konnte er den Untergang aller seiner Hoffnungen schauen und reiste verstimmt nach seiner überseeischen Zufluchtsstätte zurück. Brentano, Struve, Sigl und viele andere begaben sich ebenfalls nach den vereinigten Staaten. Die Preußen behielten das Land bis zur Neugestaltung des badischen Heeres und bis zum Eintritt völliger Ruhe besetzt. Der Großherzog Leopold kehrte am 18. August in seine Residenz zurück. Durch die letzten Ereignisse erschüttert, erkrankte er bald und starb am 24. April 1852.

Während Preußens Adler siegreich in Süddeutschland bis zum Bodensee vordrangen, hatte Östreich mit der Bezwingung der empörten Magyaren vollauf zu thun.

In Ungarn war die Opposition, die hier von jeher gegen die Wiener Regierung bestand, infolge der freieren Ideeen der Zeit allgemeiner und mächtiger geworden. Die nationale

Partei der eigentlichen Magyaren wollte die Folgerungen aus den Grundsätzen der Konstitution im staatlichen Leben verwirklicht sehen und arbeitete, wenn auch nicht auf gänzliche Trennung, doch auf größere Unabhängigkeit von Österreich hin. Die Seele der Bewegung war der schon erwähnte Ludwig Kossuth, Advokat und Journalist, ein Mann von großer Geschäftsgewandtheit und feuriger, hinreißender Beredsamkeit, aber stolz auf sein Magyarentum bis zur Geringschätzung anderer Nationalitäten und oft von vorgefaßten Meinungen und Täuschungen abhängig. Die Februarrevolution und die Ereignisse in Wien brachten in Ungarn einen gewaltigen Eindruck hervor. An der Spitze der Opposition im Reichstage sprach Kossuth sein Verdammungsurteil über das ganze österreichische Regierungssystem aus. Auf seinen Antrag wurde dem Kaiser am 16. März 1848 eine Adresse überreicht, worin eine nationale von fremden Einflüssen freie Regierung und ein verantwortliches nur für Ungarn bestimmtes Ministerium verlangt wurde, das in Pesth seinen Sitz haben sollte. In einer zu Preßburg am 11. April zum ersten Mal in magyarischer Sprache gehaltenen Rede genehmigte der Kaiser die Beschlüsse des Reichstages. In dem neuen ungarischen Ministerium übernahmen Graf Ludwig Batthyani den Vorsitz und Kossuth die Finanzen. Während die Wiener Regierung in demselben den Anfang zur Losreißung von Österreich und zur Auflösung des Gesamtstaates erblickte, indem Böhmen, Galizien und das österreichische Italien dieselben Forderungen stellen konnten, beging das ungarische Ministerium die Ungerechtigkeit, seinen Anteil an der österreichischen Staatsschuld abzulehnen und behandelte die sogenannten ungarischen Nebenländer, Kroatien, Slavonien, die Militärgrenze nebst Siebenbürgen mit hochfahrender Rücksichtslosigkeit. Nachdem der Reichstag zu Preßburg durch eine Reihe von Beschlüssen Ungarn in einen Staat mit parlamentarischen Institutionen verwandelt hatte, wurde derselbe nach Pesth verlegt, und hier am 5. Juli vom Palatin Erzherzog Stephan im Namen des Königs von Ungarn eröffnet.

Mit Eifersucht und Mißtrauen sahen Serben und Kroaten die freie nationale Gestaltung Ungarns und weigerten sich, die Herrschaft des Ministeriums und des Reichstags anzuerkennen. Aus dieser Erhebung der Südslaven gegen die

Magyaren beschloß die Wiener Regierung ihre Vorteile zu ziehen. Sie ernannte den Baron Jellachich, einen eifrigen Anhänger des „einigen" Österreichs, zum Banus von Kroatien. Man ermunterte ihn zum geheimen Widerstand gegen die Ungarn, während man ihn offen zum Gehorsam gegen das neue Ministerium aufforderte; man entsetzte ihn auf dessen Beschwerde, um ihn im rechten Augenblick wieder zu erheben. Kossuth, in dieser Weise von den Südslaven und dem Wiener Hofe bedroht, setzte beim Reichstage die Ausgabe von 42 Millionen Gulden Papiergeld (Kossuthnoten) und die Aushebung von 200 000 Mann Nationaltruppen (Honveds) durch. Während sich im Banat die Serben und Ungarn herumschlugen, rückte Jellachich in das Land ein, wurde aber von den Ungarn geschlagen (29. Septbr.) und mußte auf österreichisches Gebiet fliehen. Da die Vorstellungen der Magyaren gegen Jellachich immer erfolglos blieben, so errichtete Kossuth einen Landesverteidigungsausschuß und stellte sich an dessen Spitze. Nun legte der Erzherzog-Palatin, da seine Vermittelungsversuche vergeblich waren, seine Würde nieder und verließ Ungarn. Da ernannte der Kaiser den General Grafen Lamberg zu seinem Statthalter in Ungarn, dem alle Militär- und Civilbehörden untergeben sein sollten. Aber Lamberg wurde in Pesth auf der Donaubrücke von einer wütenden Menge ermordet (28. Sept.). Nach diesem scheußlichen Frevel, über den nicht einmal eine Untersuchung angestellt wurde, löste der Kaiser den Reichstag auf, erklärte alle von ihm als König von Ungarn nicht bestätigten Beschlüsse für ungültig, und übertrug unter Verhängung des Belagerungszustandes über Ungarn dem Banus Jellachich die Statthalterschaft und den Oberbefehl (3. Okt.). Der Reichstag erklärte seinerseits das kaiserliche Manifest für ungesetzlich und nichtig, und den Jellachich für einen Hochverräter.

Da der Kriegsminister Latour den aus Ungarn zurückgedrängten Jellachich mit neuen Truppen unterstützen wollte, so brach in Wien, von Kossuths Agenten geschürt, die oben erzählte Oktoberrevolution aus, infolge deren Jellachich von Ungarn abberufen und dem Fürsten Windischgrätz untergeordnet wurde.

Nach der Unterwerfung Wiens schien Windischgrätz, ein Verteidiger des unteilbaren Österreichs, der Mann zu sein,

der besonders zur Unterwerfung der Rebellen geeignet sei. Inzwischen trat der bereits erwähnte Thronwechsel ein; die Magyaren protestierten dagegen, erkannten Franz Joseph nicht als König von Ungarn an und handelten noch im Namen Ferdinands. Windischgrätz rückte mit einem Heer von mehr als 100 000 Mann in Ungarn ein, nahm Preßburg, Raab, ließ, indem er unbedingte Unterwerfung forderte, eine Deputation der Ungarn nicht vor und zog am 5. Januar 1849 in Pesth ein, von wo der Reichstag nach Debreczin verlegt war. Die ungarische Hauptarmee zog sich hinter die Theiß zurück. Aber durch diese anfänglichen Erfolge waren die Magyaren noch nicht unterworfen, und ihre Niederlagen wurden durch glückliche Ereignisse wieder aufgewogen. Der östreichische General Graf Schlick wurde bei Tockay zurückgeschlagen, Puchner von dem polnischen General Bem samt den aus der Walachei zu Hülfe gekommenen Russen zurückgeworfen, so daß er Siebenbürgen räumen mußte, wo nun die armen Sachsen der Wut der Magyaren preisgegeben waren. Auch im Banat fochten die Ungarn unter Perczel mit Glück. Nun aber beging Kossuth den Mißgriff, dem aus der polnischen Revolution bekannten General Dembinski ein Kommando zu übertragen, der, seiner Aufgabe nicht gewachsen, die Eifersucht der magyarischen Generale hervorrief, bei seinem Vordringen gegen Pesth von Windischgrätz und Schlick bei Kapolna geschlagen wurde (26. 27. Febr. 1849) und sein Kommando niederlegen mußte. Von da an aber erlitten Windischgrätz, Schlick und Jellachich eine Niederlage nach der anderen, so daß der erstere Pesth wieder räumen und der Banus nach Kroatien zurückweichen mußte.

Hierauf erklärte Kossuth durch den Reichstag am 14. April das Haus Habsburg der ungarischen Krone verlustig und proklamierte die Republik, zu deren Präsident er gewählt wurde. Kossuth bildete ein neues Ministerium, in dem Görgei, der jüngste, aber ausgezeichnetste unter den ungarischen Generalen, neben dem Oberkommando das Kriegswesen leitete. Da Windischgrätz keine Erfolge zu erzielen vermochte, wurde er durch den General Welden ersetzt. Doch am 21. Mai nahm Görgei Ofen mit Sturm, und der Reichstag konnte nach Pesth zurückverlegt werden. Kossuth feierte einen triumphartigen Einzug und hielt Ungarn für befreit. Aber

Kaiser Franz Joseph wandte sich, da der Besitz Ungarns für Östreich eine Lebensfrage war, an Kaiser Nikolaus um Hülfe, und der Zar ging um so eifriger auf das Gesuch des östreichischen Kabinetts ein, als die Losreißung Ungarns auch den Besitz Polens für Rußland bedroht haben würde. Auf einer Zusammenkunft der beiden Kaiser zu Warschau (21. Mai) wurde die russische Intervention und der Operationsplan beschlossen.

Nun begann der Todeskampf des magyarischen Volkes. Fürst Paskewitsch rückte mit einem Heere von 100 000 Mann über die Karpaten in Ungarn ein, während noch 40 000 Mann Russen von der Wallachei aus vorgingen. Paskewitsch faßte die Ungarn im Norden, der durch seine grausame Kriegführung von Brescia bekannte General Haynau, der an die Stelle des weniger befähigten Welden getreten war, im Westen, Jellachich im Süden. Die gesamte gegen Ungarn aufgebotene Streitmacht betrug 275 000 Mann mit 600 Geschützen, und kaum 135 000 Mann konnten ihr die Ungarn entgegenstellen. Wiederholt wurden sie an der Waag geschlagen; am 28. Juni mußten sie Raab räumen und sich auf die Festung Komorn zurückziehen. Am 9. Juli mußte die ungarische Regierung Pesth verlassen und nach Szegedin eilen, wo sie am 11. Juli eintraf, an demselben Tage, wo ein von Haynau entsandtes Streifcorps ohne Widerstand in Ofen einrückte. Bald zog Haynau selbst in Ungarns Hauptstadt ein. Immer weiter wurden die Ungarn zurückgedrängt, und als Haynau den Sieg von Temesvar (9. Aug.) erfochten, legte Kossuth am 11. August seine Gewalt nieder. Görgei trat als Diktator an seine Stelle. Obwohl an der Spitze eines Heeres von 30 000 Mann mit 120 Kanonen, war er doch von der Hoffnungslosigkeit eines weiteren Kampfes überzeugt, und ergab sich, sogar den Verdacht des Verrates nicht scheuend, bereits am 13. August bei Vilagos mit seinem ganzen Heere an den russischen General Rüdiger. Die übrigen Corps folgten seinem Beispiel. Komorn, wo Klapka kommandierte, hielt sich noch länger und die Besatzung erlangte eine ehrenvolle Kapitulation (5. Oktbr.). Nun aber begann ein furchtbares Strafgericht. Viele von den Häuptern der Revolution, wie Kossuth, Bem, Dembinski u. a., hatten sich nach der Türkei geflüchtet und wurden nach langen Verhand-

lungen mit der Pforte nach England oder Amerika entlassen; Bem trat zum Islam über; die, welche sich auf Görgeis Rat den Russen ergeben, wurden an Österreich ausgeliefert. Am 6. Oktober wurden zu Arad dreizehn Häupter des Aufstandes teils durch die Kugel, teils durch den Strang hingerichtet; in Pesth endete Ludwig Batthyani, erst zum Strang verurteilt, durch Erschießung, nach ihm wurden noch mehrere andere hingerichtet. Nur Görgei durfte sich ungehindert in Klagenfurt aufhalten. — So endete die Erhebung Ungarns. Städte und Dörfer waren verwüstet und schwer lastete der Belagerungszustand auf dem unglücklichen Lande, dessen Wohlstand auf lange Zeit hinaus zerstört war. Die Verfassung der Ungarn mit allen ihren Vorrechten wurde aufgehoben.

Gleichzeitig mit dem Todeskampfe der Magyaren war auch der Krieg in den Elbherzogtümern Schleswig-Holstein von neuem entbrannt.

Die Dänen hatten die Zeit des Malmöer Waffenstillstandes, der keinen der streitenden Teile befriedigte, benutzt, ihre Kriegsmacht auf einen furchtbaren Fuß zu bringen. Aber auch die Herzogtümer waren nicht müßig gewesen, hatten die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und tüchtige preußische Offiziere in ihr Heer aufgenommen. Im Vertrauen auf ihre Überlegenheit zur See hatten die Dänen am 26. März 1849 den Waffenstillstand gekündigt. Aber gleich im Anfang des neuen Kampfes erlitt das dänische Geschwader bei Eckernförde von zwei schleswig-holsteinischen Strandbatterieen eine vollständige Niederlage (5. April). Das dänische Linienschiff Christian VIII. mit 84 Kanonen strandete und wurde mit glühenden Kugeln in Brand geschossen.*) Die Fregatte Gefion mit 56 Kanonen wurde so übel zugerichtet, daß sie sich gleichfalls ergeben mußte. Der Jubel über diese herrliche Waffenthat erscholl durch ganz Deutschland. Die tapferen Söhne Nordalbingiens brannten

*) Der schleswig-holsteinische Artillerie-Unteroffizier Preußer, der zu diesem Erfolge das meiste beigetragen hatte, wollte, nachdem der Christian VIII. die Flagge gestrichen, die Bemannung des brennenden Schiffes retten, verspätete sich aber bei diesem menschenfreundlichen Unternehmen, und flog mit Masten, Segeln, Holzwerk und einem Teil der Mannschaft in die Luft.

vor Begierde, sich mit den Dänen zu messen, und auch die Reichstruppen, die schon im März eingerückt waren, beseelte gleicher Eifer. Am 13. April wurden von Baiern und Sachsen die Düppeler Schanzen erstürmt und die Dänen auf die Insel Alsen zurückgeworfen. Am 20. April schlug Bonin die Dänen in einem blutigen Gefecht bei Kolding, aber Jütland zu besetzen wagte man nicht, da sich Frankreich und Rußland dagegen erklärt hatten. Während das schleswig-holsteinische Heer Friedericia belagerte, warf sich der dänische General Rye in der Nacht vom 5. zum 6. Juli mit überlegener Macht auf das Belagerungscorps, das nach heißem Kampfe geschlagen wurde. Die Schleswig-Holsteiner waren so wenig entmutigt, daß sie wieder zum Angriff übergehen wollten, als die Nachricht von dem am 10. Juli zwischen Preußen und Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstand einlief. Diesem zufolge mußten die deutschen Truppen Schleswig räumen, dessen nördlicher Teil von schwedischen, dessen südlicher von preußischen Truppen besetzt wurde. Das Land erhielt eine aus einem dänischen und preußischen Kommissar bestehende Landesverwaltung. Das schleswig-holsteinische Heer mußte sich hinter die Eider zurückziehen.

Dieser Waffenstillstand, gegen welchen die Herzogtümer vergebens protestierten, war das Werk der englischen, russischen und schwedischen Diplomatie. Es hätte vielleicht besser um die Herzogtümer gestanden, wenn Deutschland im Besitze einer starken Centralgewalt gestanden hätte, aber gerade das deutsche Einigungswerk nahm inzwischen keinen günstigen Verlauf.

Nachdem die preußische Regierung ihre Abgeordneten aus der Paulskirche abberufen hatte, beschloß sie die politische Wiedergeburt Deutschlands selbst in die Hand zu nehmen. Vom 17. bis 26. Mai wurden in Berlin Konferenzen gehalten, an denen sich aber nur Baiern, Sachsen und Hannover beteiligten. Da Östreich auf einen engeren Bund unter Preußens Vorsitz nicht einging, so zog sich auch Baiern und zwar aus gleichem Grunde zurück. Darauf schloß Preußen mit Sachsen und Hannover das „Dreikönigsbündnis“, jedoch nur als Provisorium auf ein Jahr, bis zum 1. Juni 1850. Dieses Bündnis, in dem Preußen die diplomatische und militärische Leitung übernahm, sollte der Anfang zu einem engeren Bundesstaate sein und war von einem Verfassungs-

entwurf begleitet, der sich fast durchgängig der Frankfurter Reichsverfassung anschloß. nur hieß das Oberhaupt nicht Kaiser sondern Reichsvorstand, aber letztere Würde wurde mit der preußischen Krone verbunden. Übrigens sollte der Reichsvorstand die Regierung nicht allein, sondern an der Spitze des Fürstencollegiums führen. Fürst Schwarzenberg erklärte jetzt, daß er ein deutsches Reich und Parlament nicht dulden werde, und wollte einfach Rückkehr zum alten Bundestage unter Östreichs Vorsitz. Deshalb hatte der Reichsverweser die Weisung, in seiner Stelle auszuharren, bis Östreich wieder seinen alten Platz an der Spitze Deutschlands einnehmen könne. Dagegen hatten die Führer der ehemaligen Kaiserpartei ihre Anhänger aus der Paulskirche zu einer Besprechung nach Gotha eingeladen, die am 26. Juni stattfand („Nachparlament"), und hier erklärten sich alle für den engeren Bundesstaat mit Preußen an der Spitze. Die Regierungen, mit Ausnahme von Baiern und Würtemberg, schlossen sich an. Einstweilen übernahmen Östreich und Preußen im sogenannten „Interim" die „Ausübung der Centralgewalt für den deutschen Bund", und in die Hände dieser gemeinsamen Interimskommission legte Erzherzog Johann am 20. Dezember die Würde eines Reichsverwesers nieder. Zugleich berief Preußen, das unterdessen in die Reihe der konstitutionellen Staaten eintrat und dadurch an Vertrauen beim deutschen Volke gewann, ein Parlament nach Erfurt, um den engeren Bund thatsächlich ins Leben zu rufen. Unzufrieden mit dem preußischen Plane stellten Baiern, Sachsen und Würtemberg einen Verfassungsentwurf auf, nach welchem Östreich, die fünf Königreiche und beide Hessen eine Bundesregierung mit einem Volkshause bilden sollten. Doch blieb es nur beim Vorschlag, und am 20. März 1850 wurde das Parlament des engeren Bundes zu Erfurt eröffnet. Nachdem die Versammlung die Unions-Verfassung angenommen hatte, wurde der Reichstag aus Scheu vor Östreichs Einsprache und Rußlands Drohungen am 29. April vertagt, um nie mehr zusammenzutreten. Doch ergingen Einladungen zu einem Fürstenkongreß für den 8. Mai nach Berlin, um über die Begründung des engeren Bundes zu beraten. Aber auch dort wurde nichts erreicht, und das Beharren mehrerer Staaten bei der Union erschien zweifelhaft. Um so energischer betrieb Östreich, gehoben durch seine

Siege in Italien und Ungarn, die Wiederherstellung des alten Bundesplenums. Am 14. August wurden sämtliche Bundesglieder eingeladen, den engeren Rat wieder zu beschicken, am 1. September eröffnete Österreich den Bundestag von neuem und forderte Preußen zum Beitritt auf. Doch dieses beharrte noch in der von ihm eingenommenen Stellung und sprach sich in einer besonderen Denkschrift gegen die Wiederherstellung des im Juli 1848 einstimmig aufgehobenen Bundestages aus.

Schleswig schmachtete seit dem Waffenstillstande vom 10. Juli unter dem Drucke der dänischen Landesverwaltung, da der preußische Bevollmächtigte auf alle dänischen Maßregeln einging. Die Schleswiger wurden für ihre Anhänglichkeit an Deutschland in roheſter Weise mißhandelt, deutschgesinnte Lehrer und Prediger vertrieben, patriotische Beamte entsetzt, die Gemeinden durch außerordentliche Lasten gedrückt. Solche Schmach durfte ein kleines Volk an den Angehörigen des großen Deutschlands verüben. Die Holsteiner, über die Leiden Schleswigs erbittert, stellten nach Bonins Abberufung den preußischen General Willisen an die Spitze ihres Heeres, aus dem jetzt alle preußischen Offiziere auf höheren Befehl ausscheiden mußten, und beschlossen den Krieg auf eigene Hand fortzusetzen. Am 2. Juli 1850 kam zwischen Preußen und Dänemark ein definitiver Friede zustande, der Schleswig den Dänen preisgab, in Holstein aber noch die Rechte des deutschen Bundes wahrte. Als Willisen in das von den Preußen geräumte Schleswig eingerückt war, wurde er am 24. und 25. Juli bei Idstedt, unweit der Stadt Schleswig, in einer für beide Teile überaus blutigen Schlacht besiegt. Damit war Schleswig auf lange Zeit für Deutschland verloren. Am 2. August wurde zu London von England, Frankreich, Rußland, Schweden und Dänemark ein Protokoll unterzeichnet, in welchem der dänische Einheitsstaat anerkannt ward. Österreich und der wiederhergestellte deutsche Bund trat dieser Erklärung bei (30. Sept.).

Die einander durchkreuzenden Bestrebungen Österreichs und Preußens in Betreff der deutschen Frage hatten zwischen diesen Mächten eine Spannung hervorgerufen, deren Entscheidung durch die kurhessische Verfassungsfrage herbeigeführt wurde.

Kurfürst Friedrich Wilhelm hatte in der Verfassung von 1831 von jeher eine lästige Beschränkung seiner monarchischen Gewalt gesehen und sich nur mit Widerstreben zu dem freisinnigen Wahlgesetz von 1848 verstanden. Ihm konnte nur ein Zustand behagen, wie er unter dem Bundestag bis 1848 gewesen, wo die Fürsten im Innern ihrer Staaten fast unumschränkt waren und bei etwaigen Streitigkeiten mit ihren Landständen allezeit auf eine günstige Entscheidung des Bundestages rechnen konnten. Im Februar 1850 entließ der Kurfürst das freisinnige Ministerium (Eberhard-Wippermann) und berief den Geheimrat Hassenpflug, einen entschiedenen Anhänger des absolutistischen Systems, an die Spitze der Regierung. Unter seinen Räten war der Litterarhistoriker Vilmar, der Herausgeber des „Hessischen Volksfreundes", der geistig bedeutendste. Nachdem Hassenpflug zwei Ständeversammlungen, die seine Finanzvorschläge verworfen, aufgelöst hatte, ordnete er, ohne sich um die Zustimmung der Volksvertretung zu kümmern, die Forterhebung aller direkten und indirekten Steuern an, und erklärte, als er auf den Widerstand der Gerichts- und Verwaltungsbehörden stieß, das Land in Kriegszustand. Da auch das Militär die Ausführung seiner Anordnungen weigerte, so bewog er den Kurfürsten zur Flucht nach Frankfurt und begleitete ihn selbst dahin, um die Hülfe des Bundestags in Anspruch zu nehmen. Einstweilen wurde Wilhelmsbad Sitz der Regierung. Der Bundestag gewährte unter dem 21. September dem Kurfürsten Schutz. Da Kurhessen noch dem engeren Bundesstaate angehörte, und Preußen, noch an seiner Union haltend, die Berechtigung des Bundestages bestritt, so protestierte Friedrich Wilhelm IV. gegen den Beschluß vom 21. September und ernannte den General Radowitz zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Baiern und Würtemberg hielten zu Östreich, das sich selbst wieder auf Rußland stützte. Auf einer Zusammenkunft des Kaisers von Östreich und der Könige von Baiern und Würtemberg zu Bregenz (11. Okt.) wurde die Vollziehung des Bundesbeschlusses besprochen. Ein baierisch-östreichisches Corps unter dem Fürsten von Thurn und Taxis sollte in Kurhessen einrücken. Radowitz hatte das preußische Corps in Baden zurückberufen und durch ein Armeecorps unter General von der Gröben die Militärstraße

in Kurhessen besetzen lassen. Die Baiern zogen in dieses Land ein, besetzten Hanau und drangen auf der Straße nach Kassel vor, wo eine preußische Besatzung lag. Schon schien ein blutiger Zusammenstoß unvermeidlich, als die Friedenspartei am preußischen Hofe die Oberhand gewann. Radowitz, der das Heer auf den Kriegsfuß gesetzt und den Baiern Widerstand geleistet wissen wollte, drang nicht durch und legte sein Amt nieder. Kampfgerüstet standen die deutschen Heere im Hessenlande einander gegenüber, schon hatte Preußen den Befehl zum Aufgebot seiner ganzen Streitmacht gegeben, und bei Bronzell waren am 8. November zwischen den Vorposten einige Schüsse gefallen, als Manteuffel, der die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernommen, dem General von der Gröben den Befehl zum sofortigen Rückzug erteilte. Von Rußland, dessen Kaiser mit Franz Joseph zu Warschau eine Besprechung hatte, an der Fürst Schwarzenberg und von preußischer Seite Graf Brandenburg teil nahmen, war eine Mahnung an Preußen ergangen, in Kurhessen und Schleswig-Holstein nicht weiter vorzugehen, um nicht einen großen, durch das Eingreifen auswärtiger Mächte ganz Deutschland zerrüttenden Kampf hervorzurufen. Aus Scheu vor einem verhängnisvollen Kriege verstand sich Preußen durch den Minister Manteuffel zu der Konvention von Olmütz (29. Nov.), in der die östreichische Politik einen vollständigen Sieg davon trug. Preußen, dessen Union sich durch den Rücktritt der einzelnen Glieder von selbst auflöste, ging auf alle von Östreich in der letzten Zeit gestellten Forderungen in Betreff der deutschen Verfassungsfrage und der Zustände in Kurhessen und Schleswig-Holstein ein. Zur Erledigung der deutschen Bundesangelegenheit sollten Konferenzen in Dresden stattfinden. Graf Brandenburg war bald nach der Warschauer Reise am Nervenfieber gestorben (6. Nov. 1850), aus Kummer über die infolge der russischen Anmaßung seinem Vaterlande zugefügten Demütigung.

Kurhessen wurde nun mit Hülfe baierischer und östreichischer Truppen wieder unter die unumschränkte Herrschaft des Kurfürsten gebracht, und Hassenpflug begann jetzt daselbst zu schalten wie in Feindesland. Beamtenentsetzung, massenhafte Einquartierung, Einkerkerungen waren an der Tagesordnung. Handel und Verkehr stockten, die Auswanderungen

nahmen überhand, und einige Zeit nachher standen ganze Dörfer von allen Bewohnern verlassen da. So endete „das Trauerspiel in Kurhessen“ oder nach Manteuffels Ausdruck „die Revolution in Schlafrock und Pantoffel“.

Schleswig seufzte unter dänischem Joche, während die Holsteiner, durch den Verlust bei Idstedt noch nicht entmutigt, noch einen Angriff auf Missunde (12. Sept.) und einen Sturm auf Friedrichsstadt (4. Oktbr.) unternahmen, die aber keine Entscheidung brachten. Die Statthalterschaft entließ den General Willisen und ersetzte ihn durch den General von der Horst, der sich bei Idstedt hervorgethan hatte. Aber nun gingen nach den Olmützer Beschlüssen die Regierungen darauf aus, das Land, das sie in seinem schweren Kampfe im Stich gelassen, geradezu zu entwaffnen und der dänischen Herrschaft wieder zu überliefern. Ein östreichischer und preußischer Kommissar gingen nach Holstein, und ein östreichisches Corps unter Feldmarschall-Lieutenant Legeditsch, dem eine Abteilung Preußen beigegeben war, sollte die Unterwerfung des unglücklichen Landes vollenden. Jetzt blieb den Holsteinern nichts übrig, als sich zu fügen. Landesversammlung und Statthalterschaft hörten auf, das Heer ward aufgelöst. Sogar die zu Deutschland gehörenden Festungen Friedrichsort und Rendsburg wurden den Dänen übergeben.*) Ein so schmachvolles Auftreten des deutschen Bundes und seiner Regierungen gegen einen deutschen Bruderstamm erregte Ingrimm und Erbitterung in den Herzen aller echten Deutschen. Durch ein neues Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 wurde mit Ausschließung der älteren Nebenlinie Sonderburg-Augustenburg (wegen Beteiligung am Aufstande 1848) die Erbfolge der Sonderburg-Glücksburger Linie, d. h. Christian IX., in der ungeteilten Monarchie von sämtlichen Großmächten zugesprochen. In den Herzogtümern erhob sich die brutalste Reaktion, die auf Unterdrückung deutscher Sprache und deutschen Wesens systematisch losging, Leute jedes Alters und Geschlechtes mißhandelte, viele in die Verbannung trieb und das Land auf das barbarischste aussog. Solche Zustände forderten die Zukunft zur Rache auf.

*) Die deutsche Flotte wurde durch den ehemaligen oldenburgischen Regierungsdirektor in Birkenfeld, Hannibal Fischer, an den Meistbietenden verkauft.

Während die Reaktion aller Orten ihre Triumphe feierte, wurden am 23. Dezember die Konferenzen in Dresden eröffnet, bei denen Rußland ein entschiedenes Übergewicht hatte. Eine Reihe von Vorschlägen wurde gemacht, die alle ohne Ergebnis blieben. Östreich und Preußen wollten gern dem Bunde eine dualistische Spitze geben und sich die Entscheidung über Krieg und Frieden ausschließlich vorbehalten; aber die Mittelstaaten, die sich auf Rußland stützten, waren dagegen. Östreich wollte mit seiner ganzen Ländermasse in den deutschen Bund treten, fand aber Widerspruch von Preußen, Rußland, auch von England und Frankreich. Baiern stellte ein dreiköpfiges Direktorium, eine sogenannte Trias auf; Würtemberg sprach sich für ein Parlament aus, aber alle diese Vorschläge fanden keinen Beifall. So blieb denn endlich nichts übrig als die Rückkehr zum alten Bundestag, der am 30. Mai 1851 vollständig wiederhergestellt war. Die „deutschen Grundrechte" wurden in den Einzelstaaten, wo sie anerkannt worden, für ungültig erklärt, überall traten Verfassungsänderungen in reaktionärem Sinne ein.

XVIII.

Italien in den Jahren 1848 und 1849. Papst Pius IX.

Nachdem die Erhebungen des italienischen Freiheitsstrebens im Jahr 1831 durch östreichische Waffengewalt unterdrückt worden, schien jede Hoffnung auf nationale Gestaltung Italiens verschwunden zu sein. In allen Staaten herrschte politischer Druck und polizeiliche Überwachung aller geistigen Regungen. Im Stillen aber glühte, und zwar am meisten im lombardo-venetianischen Königreiche, der leidenschaftlichste Haß gegen die östreichische Fremdherrschaft und hielt durch Verschwörungen und geheime Gesellschaften den italienischen Volksgeist wach. Wie im Mittelalter, so war auch damals „Tod den Deutschen!", d. h. den Östreichern, die allgemeine Losung. Viele hervorragende Italiener bildeten im Auslande politische Kreise, um durch

Wort und Schrift den nationalen Ingrimm zu schüren. Unter ihnen machte sich am meisten der Genuese Joseph Mazzini bemerklich, der von London aus durch Stiftung eines Geheimbundes, das junge Italien genannt, in ganz Italien eine zahlreiche Partei an sich zu fesseln wußte.

Während die übrigen italienischen Regierungen unter Östreichs Schutz und Einfluß standen, hatte das Haus Savoyen die Selbständigkeit und Unabhängigkeit seines Landes fortwährend im Auge. Karl Albert hatte die Revolution von 1821 im Stich gelassen und nach seiner Thronbesteigung revolutionäre Umtriebe schonungslos verfolgt, nährte aber stets den Gedanken an die Möglichkeit einer nationalen Erhebung Italiens unter der Führung Sardiniens, wozu ihn freilich nicht patriotische, sondern nur dynastische Beweggründe bestimmten. Er hatte ein schlagfertiges Heer, führte Verbesserungen im Innern ein, schloß mit Rom und Toscana einen Zollvertrag (1847) und machte sein Land zu einem Sitze der Wissenschaft und Litteratur, die im übrigen Italien unterdrückt wurde. Silvio Pellico, der für die nationalen Ideeen in östreichischen Kerkern geschmachtet, war ein Piemontese, ebenso wie der Philosoph Gioberti und der Historiker Cäsar Balbo, die, ohne das katholische Bewußtsein des Volkes zu verletzen, ja sogar als Förderer und Propheten des Papsttums, durch ihre patriotisch-katholische Richtung ganz Italien für den freien nationalen Einheitsstaat begeisterten. Am 8. Februar gab der König eine freisinnige Verfassung und am 17. Februar folgte Großherzog Leopold II. von Toscana demselben Beispiel.

Und doch war der Anfang einer freien Bewegung von einer Seite ausgegangen, von welcher man bisher nur Hinneigung zu mittelalterlichen Zuständen gewohnt war. Der finstere Papst Gregor XVI. war gestorben (1. Juni 1846), sein Nachfolger war der Kardinal Mastai-Ferretti, als Papst Pius IX. Er erließ eine Amnestie für alle politischen Vergehen, rief die Verbannten zurück und gab ihnen ihre Güter wieder, gestattete der Presse eine freiere Bewegung und rief durch freisinnige Reformen in der Verwaltung eine Teilnahme hervor, die in ganz Europa ihren Wiederhall fand. Nachdem Pius IX. bereits den Laien den Zutritt zu den höchsten Staatsämtern gestattet, gab er im März 1848 eine Konstitution,

die neben den zwei Kammern ein unverantwortliches Kardinalkollegium als geheimen Staatsrat des Papstes bestehen ließ.

Da brach auf die Kunde von der Wiener Revolution zu Mailand, wo es seit dem Anfang des Jahres 1848 zwischen dem östreichischen Militär und der italienischen Jugend zu häufigen Streitigkeiten gekommen war, am 18. März ein Aufstand aus, der alle Klassen der Bevölkerung mit sich fortriß. Nach viertägigen Kämpfen zog sich der Feldmarschall Graf Radetzky aus der Stadt, um die in der Lombardei zerstreut liegenden Besatzungen an sich zu ziehen und zwischen Mantua, Peschiera und Verona eine gesicherte Stellung zu nehmen. Inzwischen schlugen sich die übrigen festen Plätze zu den Aufständischen; auch das wichtige Venedig ging verloren, wo der Advokat Manin die Republik ausrief und sich an deren Spitze stellte: nach dem Schweigen eines halben Jahrhunderts galt der heilige Markus wieder als Symbol der Unabhängigkeit der Lagunenstadt. Radetzky befand sich anfangs in einer üblen Lage, als Karl Albert mit einem überlegenen Heere heranzog, während er nur 35 000 Mann hatte und durch den Abfall Venedigs und einen drohenden Aufstand in Wälschtirol von Wien abgeschnitten war. Zum Glück für Radetzky war der Sardenkönig zwar ein tapferer Soldat, aber kein Feldherr. Er wollte die Lombardei durch Unterhandlungen gewinnen und seine Streitkräfte für weitere Unternehmungen ungeschwächt erhalten. Dadurch bekam Radetzky Zeit, ein Hülfscorps von 19 000 Mann an sich zu ziehen und seine Truppen mit der Kraft und Zuversicht zu erfüllen, die ihn selbst, den zweiundachtzigjährigen Heldengreis, beseelte. Als Karl Albert endlich am 6. Mai einen Angriff bei Santa Lucia machte, scheiterte derselbe an dem tapferen Widerstande und der günstigen Stellung der Östreicher. Am 29. Mai wurde eine toscanische Division bei Curtatone westlich von Mantua fast gänzlich aufgerieben, dagegen siegten die Sarden am 30. Mai bei Goito, wo Joseph Garibaldi*) an der

*) Er wurde 1807 zu Nizza geboren, wurde Seemann, mußte aber wegen Beteiligung an einer Militärverschwörung sein Vaterland verlassen (1834). Er ging nach Südamerika, wo er im Dienste der Republik Uruguay eine italienische Legion mit Auszeichnung befehligte. Im Jahre 1848 kehrte er mit einer Anzahl Gesinnungsgenossen nach Nizza zurück, um am Kampfe gegen Östreich teil zu nehmen.

Spitze seiner Alpenjäger den Österreichern am Fuß der Alpen jeden Schritt streitig machte und durch seine kühnen Märsche, seine persönliche Tapferkeit und den begeisternden Eindruck auf seine Scharen den Grund zu seiner Berühmtheit legte. Nachdem Radetzky, in der festen Hoffnung auf endlichen Sieg, einen Waffenstillstand, den der östreichische Hof beabsichtigte, hintertrieben hatte, eroberte er Vicenza und griff am 25. Juli die Sarden bei Custozza (südlich vom Gardasee) an. Er erfocht einen glänzenden Sieg, durch welchen Östreich gerettet wurde. Obgleich es den sardinischen Truppen an Tapferkeit nicht fehlte, so hinderte doch der Mangel an Planmäßigkeit in ihren Bewegungen allen Erfolg. Karl Albert, der sich im Gefecht der größten Gefahr rücksichtslos aussetzte, besaß keine Fähigkeit, das Ganze zu leiten, maßte sich aber aus Eifersucht gegen befähigtere Generale die Entscheidung stets allein an. Radetzky verfolgte die Sarden mit reißender Schnelligkeit und zog am 6. August in Mailand ein, wo Karl Albert durch seine planlose Kriegführung sich den Verdacht des Verrats zugezogen hatte, und sein Leben von Seiten der Demokraten bedroht war. Er zog sich in sein Königreich zurück und schloß am 9. August einen Waffenstillstand, der ihn zur Räumung der Lombardei verpflichtete.

Der Sieg der östreichischen Waffen war auch auf das Schicksal Mittel- und Süditaliens nicht ohne Einfluß. Da Ferdinand II. von Neapel die Insel Sicilien aller ihrer früheren Rechte beraubt hatte und als bloße Provinz behandelte, so war in Palermo am 12. Januar ein offener Aufstand ausgebrochen. Die Stadt hielt standhaft ein Bombardement aus und nötigte die Besatzung, sich nach Neapel einzuschiffen. Der glückliche Erfolg der sicilianischen Erhebung wirkte auf Neapel zurück, wo der König am 29. Januar eine Verfassung nach französischem Muster versprach, die am 10. Februar bekannt gemacht wurde, und ein liberales Ministerium ernannte. Diese Verfassung wurde von Sicilien abgelehnt. Hier ward ein Parlament nach der Verfassung von 1812 einberufen, und die Februarrevolution zwang Ferdinand II. zur Anerkennung derselben. Aber damit waren die Leiter der Bewegung nicht zufrieden; sie verlangten für Sicilien besondere Verwaltung und ein eigenes Heer und wollten zwischen Neapel und Sicilien nur eine Personalunion einräumen, eine Forderung, die

von Ferdinand II. verworfen wurde. In Neapel wurde die Verfassung nur von dem gebildeten und freisinnigen Mittelstand mit Begeisterung aufgenommen; Adel und Geistlichkeit und das von den Priestern in Dummheit und Aberglaube erhaltene Volk widerstrebte jeder politischen Veränderung. Außer der reaktionären Partei gab es in Neapel auch eine republikanische, der die gemachten Zugeständnisse nicht genügten. Da nun Ferdinand II. ein dem Parlament eingeräumtes Recht, die Verfassung zu reformieren, später zurücknahm, so kam es am 15. Mai, wo die Kammern eröffnet werden sollten, zu einem Kampfe, in dem die königlichen Schweizertruppen Sieger blieben. Nun überließen sich Soldaten und Lazzaroni dem Morden und Plündern. Ferdinand II. hielt sich an seine Versprechungen nicht mehr gebunden und begann jetzt mit mehr Härte und Willkür als vorher zu regieren. Das Hülfscorps, das unter Wilhelm Pepe dem König von Sardinien zum Beistand nach Norditalien zog, erhielt Befehl zum Rückzug; aber Pepe weigerte sich und wandte sich mit 1500 Mann nach Venedig, bei dessen Verteidigung er sich auszeichnete. In Sicilien war indessen am 13. April der König von Neapel von beiden Kammern einstimmig der sicilianischen Krone für verlustig erklärt worden. England begünstigte eine Trennung Siciliens von Neapel, der Frankreich entgegen war, um den englischen Einfluß auf der Insel nicht vorwiegen zu lassen. Während sich König Ferdinand nach den Siegen Radetzkys den konstitutionellen Institutionen immer feindseliger zeigte, und die am 1. Juli eröffneten neapolitanischen Kammern bis zum 3. November vertagte, wurde die Wiedereroberung Siciliens mit desto größerem Eifer betrieben. Eine Flotte mit 8000 Mann ging unter Filangieri, Fürsten von Satriano, nach der Insel (6. September). Die Stadt Messina wurde von der Flotte und der Citadelle, die im Besitz der Neapolitaner geblieben war, Tag und Nacht bombardiert, wodurch der schönste Teil der Stadt zu einem Schutthaufen wurde, dann erstürmt und ausgeplündert. Die französischen und englischen Kriegsschiffe nahmen die Flüchtigen auf, verhielten sich aber sonst neutral. Auf Vermittelung der Admirale derselben kam es zu einem Waffenstillstand. Während die Sicilianer in Parteien gespalten waren, berief ihr Ministerium den Polen Mieroslawsky zum Oberbefehlshaber, und dieser warf sich

nach Catania. Als am 29. März 1849 der Waffenstillstand abgelaufen, griff Filangieri Catania an; die Neapolitaner wurden zurückgeschlagen, aber die nachrückenden Schweizer erstürmten nach verzweifeltem Widerstande die Stadt (6. April 1849). Nun zog Filangieri nach Palermo, wo die Machthaber den Mut verloren hatten und auf die Vorschläge des Generals einzugehen bereit waren; aber einzelne Freicorps und das Volk wollten von keiner Kapitulation wissen; indessen Filangieri siegte durch seine Artillerie und zog am 17. Mai in Palermo ein. Zum Statthalter der Insel ernannt, ordnete er eine allgemeine Entwaffnung an und führte eine grausame Militärherrschaft ein.

In Rom traten die konstitutionellen Ideeen in Widerspruch mit der kirchlichen Stellung des Papstes, und die extreme Partei schien sich zu bemühen, ihm diesen Widerspruch seiner Lage recht fühlbar zu machen. Als die Römer vom Papste eine Kriegserklärung an Östreich und Absendung römischer Truppen zum Heere Karl Alberts verlangten, wies er diese Zumutung als unverträglich mit seiner geistlichen Würde zurück und zerfiel dadurch mit der radikalen Partei. Pius IX. glaubte an dem talentvollen Pellegrino Rossi, der von Ludwig Philipp zum Grafen erhoben und Gesandter am päpstlichen Hofe gewesen war, den zuverlässigsten Mann gefunden zu haben, dem er die weltliche Leitung seines Staates übertragen konnte. Rossis Plan war, das konstitutionelle System mit besonderer Berücksichtigung des geistlichen Charakters des Kirchenstaates einzuführen und den Papst an die Spitze eines zu gründenden italienischen Staatenbundes zu stellen. Rossi, an der Spitze eines neuen Ministeriums, wollte vor allem Ruhe und Ordnung und zog sich dadurch den tödlichen Haß der anarchistischen Partei zu, die nur in einem allgemeinen Umsturz ihren Vorteil sah. Als Rossi am 15. November 1848 ungeachtet der empfangenen Warnungen in die Deputirtenkammer fuhr, wurde er auf der Treppe dahin von einem Dolchstich getroffen, daß er tot niedersank. Am folgenden Tage drang eine bewaffnete Rotte vor den Quirinal und nötigte den Papst, in dessen Vorzimmer bereits die Kugeln der Aufrührer drangen, ein radikales Ministerium anzunehmen und die Schweizertruppen zu entlassen. Von Aufruhr und Mord bedroht, verließ Pius IX. heimlich Rom (25. Nov.)

und floh nach Gaeta, wo ihm der König von Neapel Schutz gewährte. In Rom gelangte nach der Flucht des Papstes Mazzini und sein Anhang zur Herrschaft, zu dem auch Fürst Karl von Canino, ein Sohn Lucian Bonapartes und Neffe Napoleons I., gehörte. Eine konstituierende Versammlung erklärte am 5. Februar 1849 die weltliche Macht des Papstes für aufgehoben und führte die Republik ein. Diese Vorfälle äußerten ihren Rückschlag auf Toscana, wo der Großherzog genötigt worden, das Ministerium Guerazzi anzunehmen, das offen auf die Republik lossteuerte. Da verließ auch Leopold II. sein Land (21. Febr.), wo Guerazzi an die Spitze der Republik trat, und ging gleichfalls nach Gaeta.

Pius IX. wandte sich an die katholischen Mächte des Auslandes um Hülfe. Nachdem die Östreicher inzwischen die Herrschaft des Doppeladlers in Oberitalien zum zweiten Mal hergestellt hatten, rückten sie in den Kirchenstaat ein und entrissen den Aufständischen Bologna und Ancona. Auch Louis Napoleon, Präsident der französischen Republik, der die Geistlichkeit seines Landes zur Erreichung seiner weiteren Pläne gewinnen wollte, beschloß, die Waffen Frankreichs zur Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes zu verwenden, wobei ihn der Widerspruch, die Truppen der einen Republik zum Untergang der andern zu benutzen, wenig kümmerte. Die politische Welt in Frankreich wurde durch die Vorstellung gewonnen, daß ein Angriff auf die römische Republik der einzige Weg sei, der Hegemonie Östreichs in Italien Schranken zu setzen. Auch Spanien und Neapel schlossen sich der Unternehmung gegen Rom an. Der französische General Oudinot landete in Civitavechia (29. April 1849) und setzte sich gegen Rom in Bewegung, das er ohne Mühe einnehmen zu können hoffte. Aber hier hatte sich eine Menge tapferer Italiener, besonders aus der Lombardei und Romagna, selbst französische Republikaner, Schweizer und Polen der Verteidigung zugesellt. Oudinot, der sich zu unvorsichtig der Stadt genähert, mußte sich nach einer empfindlichen Niederlage nach Civitavechia zurückziehen. Nachdem er bedeutende Verstärkungen erhalten, rückte er mit 35 000 Mann von neuem gegen Rom vor, das ihm nur 19 000 Mann, meist Freiwillige und Nationalgarden, entgegenstellen konnte. Auch hier focht Garibaldi an der Spitze einer ausgesuchten Freischar und begei-

sterte seine Anhänger zu den kühnsten Thaten. Bei jedem Gefechte war er in den ersten Reihen und seine Todesverachtung erregte allgemeine Bewunderung. Nachdem Oudinot am 3. Juni den Angriff begonnen, mußten die Römer, die mit dem Heldenmute ihrer großen Vorfahren kämpften und den Franzosen an Tapferkeit nichts nachgaben, der Überlegenheit der französischen Artillerie unterliegen. Während die Franzosen nach abgeschlossener Kapitulation in die schweigende Stadt einrückten (4. Juli), zog Garibaldi mit 4000 Freiwilligen zum entgegengesetzten Thore hinaus.*) Die Spanier waren bei der Belagerung fast ganz unthätig geblieben, die Neapolitaner von den Scharen Garibaldis stets geschlagen worden. In Rom begann eine päpstliche Regierungskommission von drei Kardinälen die Strafuntersuchungen und übte mit Hülfe der Jesuiten eine strenge Reaktion, bis der Papst auf Östreichs Vorstellungen durch Gewährung einiger politischer Reformen die Spannung der Gemüter milderte. Pius IX. selbst kehrte erst am 4. April 1850 in seine Hauptstadt zurück. Wie sein Eifer für konstitutionelle Verfassungsreformen erkaltet war, so traf er auch in Rom einen ganz veränderten Geist der Bevölkerung an und vermochte sich nur unter dem Schutze französischer Bajonette zu behaupten.**) Das Land wurde noch lange durch flüchtige, als Räuberbanden umherziehende Freischaren beunruhigt, und Mazzini hielt von seinen Verstecken in der Schweiz und England aus seine Partei in beständiger Thätigkeit, seine Gegner aber durch sein verruchtes Sicariersystem in immerwährender Furcht.

Nach der Niederlage der Sardinier waren die Herzöge von Modena und Parma in ihre Staaten zurückgekehrt. Noch hatte Östreich den furchtbaren Kampf mit den Ungarn zu bestehen, als Karl Albert, englischen Eingebungen folgend, auf die Kunde von den anfänglichen Siegen der Magyaren, am 16. März 1849 den geschlossenen Waffenstillstand kündigte, glühend von Verlangen, die empfangene Scharte aus-

*) Er begab sich über Genua nach Südamerika, wo er wieder Schiffskapitän wurde, ohne die Hoffnung auf Italiens Befreiung aufzugeben.

**) Die Östreicher blieben in den Legationen bis 1859, die Franzosen in Rom bis 1866.

zuwetzen und die Herrschaft von Oberitalien an sich zu reißen. Karl Albert, der selbst kein Heerführer war, übertrug den Oberbefehl über seine Truppen dem Polen Chrzanowski, der sich bei der letzten Erhebung gegen Rußland, jedoch nur als Divisionsgeneral, ausgezeichnet hatte; auch der Abenteurer Romarino, der früher unter Napoleon, dann 1831 unter den Polen gedient hatte, erhielt ein Kommando.**) Der greise Radetzky zog mit jugendlichem Feuer in den Krieg und schlug die Sardinier zuerst bei Mortara (21. März), dann in der Schlacht bei Novara (23. März) so entschieden aufs Haupt, daß Karl Albert, überwältigt von der Schmach, die ihm eine zweimal mißglückte Erhebung gegen Östreich zugezogen hatte, noch in der Nacht nach dem Treffen die Krone zu Gunsten seines Sohnes Viktor Emanuel II. niederlegte. Er hatte auf dem Schlachtfelde vergebens den Tod gesucht, sagte nun schriftlich seiner Gemahlin ein ewiges Lebewohl und begab sich nach Portugal, wo er in Oporto an wiederholten Schlaganfällen starb (26. Juni 1849). Am 24. März hatte der neue König mit dem siegreichen Radetzky eine Zusammenkunft, in der ein Waffenstillstand abgeschlossen wurde. Die Friedensunterhandlungen wurden in Mailand geführt und waren mit großen Schwierigkeiten verbunden, bis Östreich aus Rücksicht für Frankreich und England seine hohen Forderungen mäßigte und sich mit einer Kriegskontribution von 75 Millionen Franken begnügte.

Die falsche Nachricht von einem Siege der Sardinier bei Novara hatte die Bewohner von Brescia, die schon lange von Wut gegen die Fremdherrschaft entbrannt waren, veranlaßt, über die östreichische Besatzung herzufallen. Da kam General Haynau mit 4000 Mann und zahlreicher Artillerie herbei, bombardierte die Stadt, konnte sie aber erst nach einem furchtbaren Straßenkampf, an dem selbst Frauen teilnahmen, überwältigen (1. April). Die Gefangenen wurden von Haynau mit einer Grausamkeit behandelt, die seinen Namen befleckt hat.

Nach den Siegen Radetzkys in Oberitalien kehrte der Großherzog Leopold II. in seine Staaten zurück (29. Juli),

*) Romarino wurde nach der Schlacht bei Novara als Verräter erschossen.

und auch Venedig fiel nach einem hartnäckigen Widerstande unter östreichische Herrschaft zurück (22. August 1849). Der greise Pepe wanderte von neuem in die Verbannung, und der Republikaner Manin begab sich nach Paris, wo er allgemein geachtet starb. Seine Überzeugung, daß Italien nur durch die savoyische Dynastie von der Fremdherrschaft befreit und zur Einigung erhoben werden könne, blieb fortan der Hoffnungsanker der Italiener.

XIX.

Frankreich von der Februarrevolution bis zur Errichtung des Kaiserthrones unter Napoleon III. (1848—1852).

Die sieben Mitglieder der provisorischen Regierung (vgl. XVI. am Schluß) konnten sich nur mit äußerster Mühe durch die ungeheuren Volksmassen auf dem Greveplatze nach dem Stadthause hindurchwinden. Auch hier fanden sie alle Treppen, Gänge und Gemächer von den Kellern bis zum Dache mit Bewaffneten angefüllt, die, mit Blut besudelt und von Pulverdampf geschwärzt, dem Sturme ihrer leidenschaftlichen Erregtheit durch Abfeuern ihrer Gewehre und durch den schallenden Ruf: „Es lebe die Republik!“ Luft machten. Die inneren Höfe des Stadthauses waren ebenfalls von einer ab- und zuströmenden Menge angefüllt, aber es türmten sich hier auch schichtweise Haufen von Leichnamen auf, die das Rachegefühl der Masse noch mehr entflammten. Endlich wurde den sieben Machthabern ein kleines Zimmer angewiesen, in dem sie unter fortwährenden Störungen ihre Thätigkeit begannen. Sie fanden eine Anzahl beim Volke beliebter Personen beisammen, die gleichfalls an der öffentlichen Gewalt teilnehmen wollten, und von denen die bereits oben genannten, Armand Marrast, Floccon, Louis Blanc und Albert, der neuen Regierung beigesellt wurden. Nachdem die Republik als die mit den Grundsätzen der Freiheit und Gleichheit am meisten übereinstimmende Regierungsform bekannt gemacht, deren Fest-

stellung aber von der Genehmigung des Volkes abhängen sollte, und die Ministerien besetzt waren (vgl. XVI.), hatte die provisorische Regierung mit der Ausfertigung einer Menge von Dekreten zu thun, die an die Civil- und Militärautoritäten in den Departements über die neue Ordnung der Dinge zu erlassen waren. Dieselbe soll von ihrer Ankunft im Stadthause bis gegen Morgen, wo ihren Mitgliedern vor Ermüdung die Augen zufielen und die Feder ihren Händen entsank, gegen 70 Dekrete und Erlasse ausgefertigt haben.

Am Morgen des 25. Februar drohte der neuen Regierung große Gefahr, von der roten Republik überwältigt zu werden. Das Stadthaus wurde von einer Menge von 25 bis 30000 Bewaffneten umringt. Die Revolution hatte bereits einen anderen Charakter angenommen und ließ befürchten, daß die gemäßigte Republik dem Socialismus und Kommunismus unterliegen werde. Unter den Massen erhoben sich rote Fahnen und an den Hüten und Kleidern zeigten sich rote Bänder. Ein Haufe drang tobend in das Beratungszimmer. Ein Fabrikarbeiter sprach die Forderungen der Menge aus, wobei er mit dem Kolben seines geladenen Gewehrs auf den Boden schlug, daß die Wände erdröhnten; er verlangte Einführung der Gütergemeinschaft, Errichtung einer Proletarierregierung und Annahme der roten Fahne und Kokarde statt der dreifarbigen. Zugleich ertönte von draußen her der Ruf: „Es lebe die demokratische und socialistische Republik!" Damals war es Lamartine, der durch Geistesgegenwart und Ausdauer, durch seine hinreißende Beredsamkeit, durch Unerschrockenheit und Todesverachtung sich das größte Verdienst erwarb. Es gelang ihm, die Deputation der Arbeiter zum Abzug zu bewegen. Auch einen zweiten Volkshaufen von 4—5000 Mann, der am Nachmittage vordrang und noch stürmischer auf Annahme der roten Fahne und Bildung einer Proletarierregierung bestand, wußte er zu beruhigen, indem er ihm, obgleich bisweilen den Mündungen der Gewehre ausgesetzt, die Worte entgegenhielt: „Eure rote Fahne hat keinen anderen Umzug, als auf dem Marsfelde gemacht, wo sie sich mit dem Blute des Volks tränkte.*) Die dreifarbige Fahne dagegen ist von der

*) Am 17. Juli 1791 bei Anwendung des Martialgesetzes gegen aufrührerische Bewegungen.

französischen Tapferkeit durch ganz Europa getragen und siegreich auf den Wällen von Lissabon, Neapel und Moskau aufgepflanzt worden! Mit ihrem Verschwinden würde die Hälfte von Frankreichs Ruhm in das Dunkel der Vergessenheit versinken!" Die Wirkung dieser Rede war so mächtig, daß sich die Menge mit einem Lebehoch auf Lamartine zurückzog.

Aber die Gährung unter den Massen dauerte fort. Die Februarrevolution unterschied sich von den früheren dadurch, daß sie vorwiegend einen socialistischen Charakter trug. Es handelte sich darum, das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit zu regeln und dem Drange der arbeitenden Klasse nach leichterer Befriedigung ihrer Bedürfnisse Rechnung zu tragen. Die provisorische Regierung übernahm die Pflicht, für die Verbesserung des Loses der Arbeiter zu sorgen. Anfangs März wurden in Paris und einigen anderen größeren Städten Nationalwerkstätten eröffnet, in welchen den Arbeitern Arbeit und Lohn gegeben wurde, die aber mehr Unterstützungsanstalten waren, als daß etwas des Lohnes Würdiges geleistet worden wäre. Die Arbeiten, an denen sich bald gegen 100 000 Menschen beteiligten, bestanden in unnötigen Erdarbeiten und anderen geringfügigen Diensten und liefen zuletzt auf bloßen Müßiggang hinaus, wofür täglich zwei Francs Lohn aus der Staatskasse gezahlt wurde. Da diese sogenannten Arbeiter, welche militärisch organisiert waren, soviel wie nichts thaten, so konnte es nicht fehlen, daß sie ein für die Demagogen und die Klubs stets bereites Heer bildeten. Im Palast Luxemburg, dem Lokal der ehemaligen Pairskammer, hielt der Socialdemokrat Louis Blanc die Sitzungen seines „Ministeriums des Fortschritts", in denen er vor einer Arbeiterversammlung seine revolutionäre Weisheit über Organisation der Arbeit vortrug, wobei es sich um die Frage handelte, wie man sich bei weniger Arbeit einen möglichst großen Unterhalt verschaffen könne. Da aber im Grunde nichts erreicht wurde, so waren auch diese Versammlungen nur ein Herd der Aufregung, wo die Stichwörter: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit in aller Munde waren, und die Gefahr nahe lag, den rohesten Kommunismus aus der Theorie in die Wirklichkeit übergehen zu sehen. Die Nationalwerkstätten verschlangen ungeheure Summen,

dazu kam noch der Unterhalt der neu gegründeten 20 000 Mann starken Mobilgarde, die aus jungen Proletariern bestand, von denen der Mann täglich einen Franken Löhnung erhielt. Die Folge davon war, daß die Staatspapiere um die Hälfte fielen, und der Finanzminister sich genötigt sah, die direkten Steuern um 45 Prozent zu erhöhen, wodurch die Begeisterung des Landvolks für die Republik gewaltig gedämpft ward. Handel und Gewerbe stockten; der Staats- und Privatkredit sank, und ein Bankrott stand in drohender Nähe.

Am 27. Februar fand die feierliche Einsetzung der Republik statt. Die Mitglieder der provisorischen Regierung begaben sich durch ein Spalier von Nationalgarden schreitend, nach dem Bastilleplatz, wo eine zahllose Volksmenge sie erwartete. Sie wurden, besonders Lamartine, vom Volke mit freudigem Zuruf begrüßt und machten am Fuße der Julisäule Halt. Hier wurde das Dekret, welches die Republik einsetzte, mit donnerndem Zuruf entgegengenommen. Zuletzt zogen 100 000 Mann Nationalgarden mit klingendem Spiel und dem Gesang der Marseillaise an der provisorischen Regierung vorüber. Ungeachtet der Lockerung so mancher Bande der Ordnung nahm doch in der ersten Zeit der Revolution die Zahl der eigentlichen Verbrechen in Paris nicht zu; nur in der Umgegend fielen große Frevel vor. So wurde das Schloß Neuilly bei Paris, das den Orleans gehörte, von einem räuberischen Haufen geplündert und in Brand gesteckt, wobei wertvolle Gemälde und Bücher zu Grunde gingen. Bald aber gewann die Polizei wieder größeres Ansehen, um dieser Zerstörungslust entgegen treten zu können. Adel und Geistlichkeit waren der Republik nicht entgegen, und den Legitimisten schien die Republik weniger als die Julimonarchie zu widerstreben. Lamartine erklärte in einem „Manifest an Europa" Frankreichs aufrichtige Neigung für Erhaltung des Friedens und machte auf die Gefahren aufmerksam, die aus einem Angriff auf dasselbe für die Angreifer selbst hervorgehen könnten. Die Regierungen nahmen diese Erklärung ohne Schwierigkeit an, und ihre Vertreter zu Paris blieben in regelmäßigem Verkehr mit der französischen Regierung.

Nachdem die Versuche zur Einführung der roten Republik glücklich beseitigt waren, verlief die nächste Zeit äußerlich ruhig und ohne gewaltsamen Zusammenstoß der Parteien.

Wenn auch die provisorische Regierung, in der Lamartine durch die Macht seiner Beredsamkeit vorläufig den größten Einfluß übte, nach keiner Seite hin bestimmt auftrat und eine unentschiedene Haltung zeigte, so lag doch die größte Gefahr für Frankreich in den Klubs und in der demagogischen Presse, indem die ersteren die Aufregung in den unteren Klassen fortwährend erhielten und steigerten, die letztere durch ihre offenen und versteckten Angriffe gegen das Bestehende alle Grundlagen des Staates und der Gesellschaft erschütterte. Eine Menge von Zeitschriften tauchte auf, und mehrere hundert Klubs hatten sich in Paris gebildet. Viele bestanden aus Personen der niedrigsten Klassen, welche auf die Massen den ansteckendsten Einfluß ausübten und ihre wahnsinnigen Meinungen in den ausschweifendsten und aufreizendsten Ausdrücken zu Tage brachten. Neben den bekannten Namen alter Revolutionäre, wie Raspail, Cabet, Barbès, Blanqui, traten auch neue Namen hervor, die in ihren Klubs und Journalen aller staatlichen Ordnung den Krieg erklärten. Cabet, Raspail und Blanqui bildeten in Paris eine Art von Triumvirat und geboten über eine Menge von Bewaffneten, aber ihre Versuche am 17. März und am 16. April, die provisorische Regierung zu stürzen, scheiterten an der Unerschrockenheit Lamartines und an dem Widerstande der Nationalgarde.

Die gemäßigten Mitglieder der provisorischen Regierung sahen mit Sehnsucht dem Zusammentritt der Nationalversammlung entgegen, auf welche sie ihre ganze Hoffnung setzten, und deren Eröffnung auf den 4. Mai angesetzt war. Das Stimmrecht war direkt und allgemein; jeder einundzwanzig Jahre alte Franzose war Wähler, jeder fünfundzwanzig Jahre alte wählbar. Auf 40 000 Einwohner sollte ein Abgeordneter kommen, wonach sich die Gesamtzahl derselben auf 900 belief. Je näher die Wahlen heranrückten, um so mehr entzündete sich die Leidenschaft der Socialdemokraten, wie sich die radikalen Republikaner und Socialisten nannten, da sie wohl ahnten, daß sie in der Nationalversammlung in der Minderheit sein würden. Das Ergebnis der Wahlen bekundete einen glänzenden Sieg der Gemäßigten, eine völlige Niederlage der Socialisten, die nur einige ihrer Führer durchgebracht hatten und über ihre eigene Unpopularität bestürzt waren.

Am 4. Mai fand die Eröffnung der Nationalversammlung statt. Die provisorische Regierung legte Bericht über ihre Thätigkeit ab, die Republik ward von der Versammlung einstimmig angenommen, und dann an die Stelle der abtretenden provisorischen Regierung eine Exekutivkommission von fünf Mitgliedern: Arago, Garnier-Pagès, Marie, Lamartine und Ledru-Rollin gesetzt, die einstweilen fortregieren und die Minister ernennen sollte. Arago ward Präsident der Exekutivkommission; unter den neuen Mitgliedern war die Ernennung Cavaignacs zum Kriegsminister von Wichtigkeit.

Da die Nationalversammlung wegen ihrer Parteispaltungen den Socialdemokraten keine volle Achtung abnötigte, so beschlossen diese den 15. Mai zu einer großen Kundgebung, angeblich im Interesse Polens, in Wahrheit aber zur Sprengung der Regierung und der Nationalversammlung zu benutzen, wozu von den Führern der Klubs alle Vorbereitungen getroffen waren. Eine Masse von 100 000 Menschen zog am Nachmittage des 15. Mai unter ihren Führern Blanqui, Raspail, Sobrier und Hubert vom Bastilleplatz nach dem Palast der Nationalversammlung. Unter dem Rufe: „Es lebe Polen!“ drang eine Kolonne in den Sitzungssaal; Barbès bestieg die Rednertribüne, erklärte die Sache Polens für die Frankreichs und schlug, um zu diesem Zwecke Krieg zu führen, eine außerordentliche Steuer von 1000 Millionen Franken auf die Reichen vor. Hubert erklärte die Nationalversammlung für aufgelöst. Darauf begab sich Barbès mit seinem Anhange nach dem Stadthause, wo man eine neue Regierung unter Louis Blanc, Blanqui, Ledru-Rollin, Proudhon, Albert, Barbès und anderen einsetzte und eine Kriegserklärung an Rußland, Östreich und Preußen beriet, falls diese sich der Wiederherstellung Polens widersetzen würden. Inzwischen war es aber mehreren Abgeordneten der Nationalversammlung gelungen, das Einschreiten der Nationalgarde und der Linie zu bewirken. Eine Abteilung der ersteren begab sich nach dem Stadthaus und nahm Barbès mit seinem Anhang (72 Personen) gefangen. Im Laufe des Tages wurden auch die übrigen Häupter des Aufstandes gefangen und nach Vincennes geführt und kräftige Maßregeln gegen eine Erneuerung desselben ergriffen.

Die Ruhe schien wieder hergestellt, aber zu den vorhandenen Gährungsstoffen trat jetzt noch ein neuer hinzu. Nach der Februarrevolution war der durch seine Attentate in Straßburg und Boulogne bekannte Louis Napoleon nach Paris gekommen, aber nach London zurückgekehrt, da die provisorische Regierung seine Anwesenheit mißbilligte. Zugleich richtete er ein Schreiben an die Regierung, in dem er von der Reinheit seiner Absichten und der Aufrichtigkeit seines Patriotismus sprach. Dieses Schreiben erschien in den Tagesblättern und lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit wieder auf den glänzendsten Namen Frankreichs. Bei den Neuwahlen am 4. Juni wurde Louis Napoleon in die Nationalversammlung gewählt. Die Exekutivkommission wollte das Verbannungsdekret von 1832 gegen den Neffen des großen Kaisers aufrechterhalten wissen. Aber zwei seiner Vettern, die Söhne Jeromes und Lucians, saßen schon in der Versammlung und erhoben ihre Stimmen zu Gunsten ihres Verwandten. Indessen zog es Louis Napoleon, in richtiger Würdigung der Verhältnisse, vor, auf seinen Sitz in der Nationalversammlung zu verzichten und im Auslande den rechten Augenblick abzuwarten.

Um die immer steigende Finanznot zu beseitigen, mußte die Nationalversammlung sich entschließen, die kostspieligen Nationalwerkstätten, die Herbergen des Müßigganges, der sittlichen Unordnung und des revolutionären Treibens, aufzuheben. Die Zahl der Arbeiter hatte immer mehr zugenommen und belief sich auf 117 000, von denen jeder täglich 2 Fr. erhielt. Der gänzlichen Aufhebung sollten vorbereitende Maßregeln vorangehen, wie die Bestimmung, daß die Arbeit nur nach dem Stück bezahlt und daß ein Teil der Arbeiter aus Paris entfernt und in den Provinzen zu Kanal- und Eisenbahnbauten verwandt werden sollte. Da aber die Arbeiter schon aus den Beratungen der Nationalversammlung wußten, um was es sich handelte, so rüsteten sie sich zu einem Kampf auf Leben und Tod. Sie pflanzten die rote Fahne auf und brachen am 22. Juni in einen Aufstand los, der mit solcher Planmäßigkeit und solchem taktischen Geschick angelegt war, daß Paris vier Tage lang mit der verzweifelten Hartnäckigkeit der Roten einen bisher unerhörten Barrikadenkampf zu bestehen hatte. Aber die Regierung war gerüstet, und der aus Algerien zurückberufene General Cavaignac hatte einen

eigenen Feldzugsplan gegen die Barrikaden ausgearbeitet. Gegen 40 000 Socialisten, die von Häuptern der Klubs und abgesetzten Offizieren der republikanischen Garde geleitet wurden, hatten sich in Haufen von je 7—8000 Mann in die engen Straßen des volkreichen östlichen Stadtviertels verteilt, errichteten hier allenthalben furchtbare Barrikaden und suchten von ihrem Hauptquartier in der Kirche St. Severin und von der Vorstadt St. Antoine aus das Stadthaus und die Polizeipräfektur zu gewinnen, um daselbst die sociale Republik auszurufen. Sogleich erklärte die Nationalversammlung die Stadt in Belagerungszustand und übertrug dem General Cavaignac die Diktatur. Er hatte anfangs nur 10 000 Mann von der Linie, bot aber eiligst die Garnisonen der benachbarten Orte auf und suchte zuerst durch Proklamationen auf die Menge zu wirken; allein die fanatisierten und durch berauschende Getränke in Wut und Wahnsinn versetzten Menschen hörten nicht auf die Stimme der Vernunft. Mitten unter dem Sturme eines blutigen Vernichtungskampfes begab sich der Erzbischof von Paris, Dionysius August Affre, nach einer der höchsten Barrikaden, um Worte des Friedens und der Versöhnung zu reden, fiel aber, von einer tückischen Kugel getroffen, als Opfer seiner Menschenliebe. Die Wut der Empörer kannte keine Grenzen; sie mordeten und verstümmelten die Gefangenen auf eine schauderhafte Weise, reichten ihnen vergifteten Branntwein und verübten die raffinirtesten Bosheiten. Ganz Paris war von Schrecken gelähmt, und während des Wutgetöses auf den Kampfplätzen herrschte in den übrigen Teilen der Stadt Totenstille und alle Fenster und Türen waren geschlossen. Schon verabredete Cavaignac mit dem Kammerpräsidenten für den Fall, daß der Aufstand in Paris siegen sollte, den Sitz der Nationalversammlung in eine Provinzialstadt zu verlegen. Indessen waren auch, von Mitleid mit dem Schicksal der Hauptstadt ergriffen, die Nationalgarden der Nachbarorte herbeigeeilt, und es gelang endlich, Straße für Straße, Barrikade um Barrikade zu nehmen und die Aufständischen auf ein immer engeres Terrain zu beschränken, wo sie nach verzweifeltem Widerstande auseinander gesprengt wurden. An 5000 Tote deckten den Kampfplatz, an 14 000 wurden gefangen, von denen die Teilnehmer zur Deportation verur-

teilt, die Anstifter an das Kriegsgericht verwiesen wurden. So war denn, freilich mit schweren Opfern, die viertägige Barrikadenschlacht entschieden, und bürgerliche Ordnung, Bildung und Gesittung hatten den Sieg errungen über die Mächte der Barbarei, die sie zu überfluten drohten.

Nach errungenem Siege (27. Juni) gab Cavaignac die Diktatur an die Nationalversammlung zurück und wurde von dieser mit der Präsidentenwürde betraut. Außerdem erklärte die Nationalversammlung, daß Cavaignac sich um das Vaterland wohl verdient gemacht habe. Er bildete ein neues Ministerium und ernannte Changarnier zum Oberbefehlshaber der Pariser Nationalgarde. Die Nationalwerkstätten wurden geschlossen, die zügellosesten Klubs und Zeitungen unterdrückt, der Belagerungszustand dauerte fort. Die Republik war nach den vorgefallenen Kämpfen in der Meinung der besitzenden Klassen zu einer hohlen Form herabgesunken, die beim ersten feindlichen Anstoß von selbst zusammenfallen werde. Am 4. November wurde die von der Nationalversammlung beratene Verfassung — die elfte seit 1791 — zum Abschluß gebracht und angenommen. Die aus 750 Mitgliedern bestehende Nationalversammlung, gewählt durch direkte allgemeine Abstimmung auf je drei Jahre, wurde von einem auf vier Jahre unmittelbar vom Volke gewählten Präsidenten repräsentiert, der vier Jahre nach Ablauf seiner Amtsdauer wieder gewählt werden konnte. Am 12. November wurde die neue Verfassung feierlich auf dem Eintrachtsplatz verkündigt, und am 10. Dezember sollte die Präsidentenwahl stattfinden.

Louis Napoleon hatte in dem oben erwähnten Schreiben geäußert: „Sollte mir das Volk Pflichten auferlegen, so werde ich sie zu erfüllen wissen", Worte, die in ganz Frankreich das größte Aufsehen erregten. Bei den Wahlen im September hatte Louis Napoleon allein in Paris 110 752 Stimmen erhalten und war außerdem noch in vier anderen Departements gewählt worden. Der Zauber seines Namens war seit den Ereignissen des Juni wieder ungemein gestiegen, während alle anderen Namen abgenutzt zu sein schienen. Lamartine war in den Hintergrund getreten, Barbès, Blanqui im Gefängnis, Louis Blanc entflohen, Ledru-Rollin verhaßt und verachtet. Cavaignac, ohne politisches Talent, galt nur beim Militär und einem Teile der Bourgeoisie. Am 26.

September erschien Louis Napoleon zum ersten Mal in der Nationalversammlung. Sein Äußeres machte keinen besonderen Eindruck. Seine kurze Rede, in der er sich für Wiederherstellung der Ordnung und Beibehaltung der Republik mit demokratischen Institutionen erklärte, gefiel der rechten und der linken Seite der Versammlung. Das Landvolk war fast in ganz Frankreich für den Namen Napoleon begeistert. Aber auch Legitimisten und Orleanisten wirkten in Vereinen für seine Wahl, freilich nur in der Absicht, die Republik zu stürzen und in der Hoffnung, alsdann einen Kandidaten ihrer Wahl auf den Thron zu erheben. Fast allgemein hielt man Louis Napoleon für schwach und unfähig, aber man sollte sich in seinem Charakter und seiner Persönlichkeit gewaltig täuschen. Bei der Präsidentenwahl erhielt von 7 324 672 Stimmen Napoleon 5 434 226, Cavaignac 1 448 107, die übrigen kamen auf Ledru-Rollin, Lamartine und zwei andere. Der Sieg Napoleons war entschieden; am 20. Dezember legte Cavaignac seine Stelle nieder, und Louis Napoleon wurde als Präsident der Republik verkündigt. Nachdem er die Verfassung beschworen und eine kurze Rede gehalten hatte, in der er erklärte, nicht der Mann einer Partei, sondern der des Landes sein zu wollen, trat er auf den General Cavaignac zu, der wieder seinen Sitz als Abgeordneter eingenommen, drückte ihm die Hand und sagte: „General, ich bin stolz darauf, der Nachfolger eines Mannes zu sein, wie Sie." Cavaignac dankte mit kalter Verbeugung. Der neue Präsident begab sich hierauf in den ihm zur Residenz angewiesenen Palast Elysée-National, wo er von seinen Verwandten und Anhängern empfangen wurde, die ihn bald wie ihren Souverain zu betrachten anfingen.

Louis Napoleon hegte die Überzeugung, daß, nachdem alle anderen Staatsformen sich abgenutzt hatten, die Zeit der Napoleoniden gekommen und die Erfüllung dieser Aufgabe ihm beschieden sei. Er war daher entschlossen, sich mit Aufbietung aller Kraft auf der errungenen Höhe zu behaupten. Da er keine Partei in der Nationalversammlung besaß, so nahm er sein erstes Ministerium aus den Reihen der Majorität, und Legitimisten und Orleanisten waren darin vertreten. Der General Changarnier wurde an die Spitze der Nationalgarden und der Linientruppen in Paris gestellt. Da die

Urheber des Aufstandes vom 15. Mai 1848 vom hohen Gerichtshof zu Bourges verurteilt waren, so kehrte etwas mehr Ruhe und Sicherheit zurück, und der gesellschaftliche Zustand nahm wieder eine regelmäßige Gestalt an. Am 26. Mai 1849 löste sich die konstituierende Versammlung auf, am 28. Mai trat die legislative (gesetzgebende) zusammen. Auch das Ministerium wurde umgestaltet. Überhaupt wechselten von jetzt an die Minister häufig, und der Präsident sah das rasche Abnutzen so vieler politischer Notabilitäten nicht ungern. Das Verhältnis zwischen ihm und der Nationalversammlung war nunmehr die Hauptsache. In dieser standen die Monarchisten, die sich für gemäßigte Republikaner ausgeben mußten, den Demokraten und Socialisten schroff gegenüber. Die Erbitterung der Letzteren stieg, als ein Antrag der Linken, den Präsidenten und sein Ministerium wegen der Expedition gegen die römische Republik in Anklagestand zu versetzen, durchfiel. Die Socialisten erhoben am 13. Juni einen Aufstand, den aber Changarnier mit leichter Mühe unterdrückte. Ledru-Rollin, der eine Art von Konvent zu bilden versucht hatte, wurde zur Flucht gezwungen. Paris wurde in Belagerungszustand erklärt. Die Verstimmung zwischen dem Präsidenten und der Nationalversammlung entwickelte sich immer mehr zu einem unheilbaren Gegensatz. Der erstere beklagte sich über die Uneinigkeit der Versammlung und über die geringe Unterstützung, die sie ihm gewähre; er gab sich den Schein, als wolle er die Volksrechte schützen, und gebe nur ungern den Eingriffen in dieselben nach. Die Majorität in der Nationalversammlung setzte eine Beschränkung des Wahlrechts und der Presse durch, und obgleich diese und ähnliche Bestimmungen dem Präsidenten nur willkommen sein konnten, so erklärte er doch gelegentlich, die Nationalversammlung unterstütze ihn nur da, wo es auf Repressivmaßregeln ankomme, aber nicht da, wo es sich um Verbesserungen in der Lage der Massen handele. So verlor die Versammlung allmählich die Liebe und Achtung beim Volke, dieses sah mehr auf den Präsidenten als auf seine Vertreter, und der Einfluß Louis Napoleons breitete sich in demselben Maße aus, als der der Nationalversammlung sank. Daneben hatten die Parteien der Legitimisten und Orleanisten ihr besonderes Ziel im Auge; eine Fraktion von beiden trat mit dem Vorschlag einer Fusion

hervor, bei welcher die Orleanisten das Thronrecht Heinrichs V. anerkennen sollten, wogegen Heinrich V. den Grafen von Paris adoptieren würde; der Vorschlag scheiterte aber an dem Widerstreben der strengen Orleanisten, die bei der nächsten Präsidentenwahl den Prinzen von Joinville durchzusetzen und durch diesen den Thron Ludwig Philipps für den Grafen von Paris wieder aufrichten zu können hofften.

Unterdessen machte Louis Napoleon im August Reisen durch die Provinzen und suchte die Beamten und Korporationen durch seine Ansprachen zu gewinnen, in denen viel von dem großen Oheim, vom Glanze des alten Kaisertums die Rede war. Gelegentlich ließ der sonst undurchdringliche Mann seine geheimsten Wünsche durchblicken, wie im Herbst 1851 in Lyon, wo er auf die Huldigungen der wohlhabenden Klassen die Erklärung abgab, „er sei bereit, den Volkswillen zu vollziehen, möge derselbe Entsagung von ihm verlangen oder Beharrlichkeit." In der Normandie drückte er sich noch bestimmter aus und wies auf die großen Fehler der Verfassung hin. Der größte Fehler war in seinen Augen der Artikel 45, der die Wiedererwählung des ausgeschiedenen Präsidenten vor Ablauf von vier Jahren ausdrücklich untersagte. Seine Gewalt lief am 3. Mai 1852 ab. Die besitzenden Klassen sahen mit Besorgnis in die Zukunft; in der Masse herrschte die Überzeugung, daß nur Louis Napoleon das Staatsruder führen könne; alle Ordnungsliebenden fürchteten bei einer Neuwahl den Ausbruch von Unruhen oder gar eines Bürgerkriegs. Von allen Seiten wurde die Nationalversammlung mit Anträgen auf eine Revision der Verfassung bestürmt und begann endlich am 14. Juli 1851 diese Frage in Beratung zu ziehen. Da zu einer Revision der Verfassung drei Vierteile der Stimmen nötig waren und man diese nicht zusammen bringen konnte, so blieben die Verhandlungen ohne Ergebnis. Aber Louis Napoleon war entschlossen, seine Macht freiwillig nicht aufzugeben, und was er auf gesetzlichem Wege nicht erreichen konnte, sollte mit Gewalt durchgesetzt werden. Man brachte die Sache an die Generalräte der Departements, von denen sich 80 unter 85 für die Revision aussprachen. Der erklärte Wille der Nation, behauptete man, sei höher zu stellen als ein papierner Paragraph und eine in sich gespaltene Nationalversammlung.

Der Präsident hatte bereits dem General Changarnier, den er nicht zu seinem Werkzeug machen konnte, den Oberbefehl über die Pariser Armee genommen, und das Militär durch Bankette, wo es an Wein und Cigarren nicht fehlte, für sich gewonnen. Auch das Volk sollte gewonnen werden. Am 4. November 1851 ließ der Präsident in der Nationalversammlung die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechtes beantragen. Der Antrag fiel durch. Damit stand die Nationalversammlung wehrlos da, und man fühlte allgemein, daß eine gewaltsame Katastrophe im Anzuge sei. Einige kühne Gegner rieten zwar, den Präsidenten in seinem Palaste aufzuheben und nach Vincennes zu schicken, aber der Plan kam nicht zur Ausführung, da es den Gegnern Louis Napoleons an Mut und den hierzu nötigen Militärkräften fehlte.

Der Präsident umgab sich nun mit einem Ministerium von entschiedenen Bonapartisten, unter denen der Kriegsminister St. Arnaud sein größtes Vertrauen besaß. Er war zu einem Gewaltstreich entschlossen. Nur wenige Personen wurden ins Geheimnis gezogen; es waren St. Arnaud, der Polizeipräfekt Maupas und der Volksrepräsentant Graf Morny, ein natürlicher Bruder des Präsidenten von Seiten seiner Mutter Hortensia, der ehemaligen Königin von Holland, und des kaiserlichen Adjutanten Grafen Flahaut. Die Ausführung des Staatsstreiches wurde auf den 2. Dezember (1851), den Jahrestag der Krönung Napoleons und der Schlacht von Austerlitz, festgesetzt.

Den Abend des 1. Dezembers brachte Louis Napoleon im Elysée in zahlreicher Gesellschaft zu, mit der er sich bis gegen Mitternacht anscheinend heiter und unbefangen unterhielt; beim Abschied bat er seine Base, die Prinzessin Mathilde, Tochter des ehemaligen Königs Jerome und Gemahlin des russischen Grafen Demidow, um ein freundliches Andenken, „besonders für den Fall, daß sie einander nicht wiedersehen sollten." In der Morgenfrühe des 2. Dezembers, gegen fünf Uhr, ließ der Präsident die Generale Changarnier, Cavaignac, Lamoricière, Bedeau, ferner Thiers und andere angesehene Glieder der Kammeropposition, nebst Klubs- und Barrikadenchefs, im ganzen gegen 100 Personen, meist in ihren Betten überraschen und nach verschiedenen Gefängnissen abführen. Etwa 60 Volksrepräsentanten, von dem, was

vorging, benachrichtigt, waren nach ihrem Sitzungslokal geeilt, wurden aber vom Militär aus demselben vertrieben. Alle Maßregeln waren mit wunderbarer Pünktlichkeit ausgeführt worden. Während der Nacht wurden in der Staatsdruckerei ein Dekret Louis Napoleons und zwei Proklamationen an das Volk und an die Armee gedruckt und noch vor Tage an den Straßenecken angeschlagen. Das Dekret erklärte die Auflösung des Staatsrats und der Nationalversammlung, die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts, die Einführung des Belagerungszustandes über Paris und zehn benachbarte Departements, und die Abhaltungen von Wahlversammlungen zwischen dem 14. und 21. Dezember, die über Abänderungen in der Verfassung abstimmen sollten. In der Proklamation an das Volk klagte der Präsident die Nationalversammlung an, Waffen für den Bürgerkrieg geschmiedet zu haben, und schlug die Wiederherstellung der Konsularverfassung von 1799 vor, die schon einmal Frankreichs Ruhe und Wohlfahrt gesichert hätte. Grundzüge der Verfassung sollten sein: Ein auf zehn Jahre ernanntes verantwortliches Staatsoberhaupt, und nur von ihm abhängige Minister; ein Staatsrat zur Ausarbeitung der Gesetzvorschläge; ein aus allgemeinem Wahlrecht hervorgegangener gesetzgebender Körper, zur Prüfung des Budgets und der Gesetze, und ein Senat, um über die Konstitution und die öffentlichen Freiheiten zu wachen. Sollte die Nation diesen Einrichtungen ihre Zustimmung versagen, so werde der Präsident einer einzuberufenden außerordentlichen Versammlung die ihm anvertraute Gewalt zurückgeben und sich zurückziehen. In der Proklamation an das Heer verhieß er diesem als der „Elite der Nation" die „ihm im Staate gebührende Ehre und Stellung", und berief sich darauf, daß zwischen der Armee und dem Namen Napoleon eine Gemeinschaft des Ruhmes und des Unglücks bestehe, die unauflösbar sei und auch in der Zukunft zu Frankreichs Größe fortdauern solle.

Mit Erstaunen las am Morgen des 2. Dezember die Menge das Dekret und die beiden Proklamationen. Die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts und die Anerkennung der Volkssouveränität schmeichelten ihr und die Anklage der Nationalversammlung fand ihren Beifall. Die Truppen nahmen die neuen Erlasse mit lautem Jubel auf.

Da der Sitzungspalast durch Militär abgesperrt war, so versammelten sich gegen Mittag etwa 200 Repräsentanten in der Mairie des zehnten Stadtbezirks, beschlossen die Absetzung des Präsidenten und stellten zwei legitimistische Generale, Oudinot und Lauriston, an die Spitze der bewaffneten Macht von Paris; allein die Versammlung ward bald von den Truppen gesprengt, 150 Abgeordnete wurden verhaftet, einige Tage darauf aber wieder freigegeben. Auch der hohe Gerichtshof, der ein Verfahren gegen den Präsidenten einleiten wollte, wurde von einer Abteilung Municipalgarde vertrieben. Barrikadenkämpfe am 3. und 4. Dezember so wie ähnliche Bewegungen in den Departements wurden von der Militärmacht mit rascher Entschiedenheit unterdrückt. Von den Gefangenen wurden Hunderte in die Gefängnisse, Tausende nach Algier oder Cayenne, der „trockenen Guillotine", deportiert*); die Mehrzahl der am 2. Dezember verhafteten Abgeordneten wurde entlassen, gegen 80, darunter Thiers, Victor Hugo, Changarnier, Lamoricière, Bedeau, des Landes verwiesen. Cavaignac konnte seinen Aufenthalt in Paris nehmen. Manchen der Verbannten wurde einige Zeit nachher die Rückkehr nach Frankreich verstattet. Obgleich Louis Napoleon durch einen Gewaltstreich die Diktatur an sich gerissen hatte, so gab er sich doch immer den Schein, als ordne er sich der Entscheidung der Nation unter, und betrachte sich nur als deren Bevollmächtigten.

Bei der Abstimmung gaben $7^1/_2$ Millionen Wähler gegen 650 000 ihre Stimmen für die Verlängerung der Gewalt des Präsidenten auf 10 Jahre (20. und 21. Dez. 1851). Die fremden Mächte nahmen aus Besorgnis vor Unruhen bei einer neuer Präsidentenwahl den Staatsstreich mit Beifall auf und ließen dem Präsidenten durch ihre Gesandten Glück wünschen. Der hl. Vater segnete das glückliche Ereignis. Louis Napoleon verlegte nun seinen Wohnsitz in die Tuilerien. Am 14. Januar 1852 wurde die neue Verfassung bekannt

*) Die Qualen und Schicksale, welche die Deportierten auszustehen hatten, veranlaßt einen französischen Geschichtsschreiber zu der Behauptung, daß der Staatsstreich vom 2. Dezember in der Geschichte als eine der schrecklichsten Proskriptionen dastehe, welche die Welt je gesehen, und denen das Altertum nichts Ähnliches an die Seite zu stellen habe.

gemacht, und am 22. Januar erschien ein Dekret, durch welches die Besitzungen der Familie Orleans, die Ludwig Philipp am Vorabende seiner Thronbesteigung, statt sie nach altem Brauch mit den Staatsdomänen zu vereinigen, an seine Kinder abgetreten hatte, eingezogen wurden. Diese Maßregel entfremdete dem Präsidenten mehrere bedeutende Persönlichkeiten; selbst Morny zog sich vom Ministerium des Innern zurück und erhielt Persigny zum Nachfolger. Am 29. März fand die Eröffnung des Senats und des gesetzgebenden Körpers statt; dem Prinz-Präsidenten wurde eine Civilliste von 12 Millionen Francs bewilligt.

Louis Napoleon hatte unter den verschiedensten Lebensverhältnissen den Gedanken gepflegt, das Kaisertum in seiner Person wiederherzustellen. Als Präsident wußte er die beiden einflußreichsten Stände, die Geistlichkeit und das Heer, an sich zu fesseln. Er ordnete eine strenge Sonntagsfeier an und hob bei jeder Gelegenheit die Bedeutung der Religion und ihrer Diener hervor. Die Generale und höhere Offiziere wurden durch Auszeichnungen, wo es nötig war, auch durch Gratifikationen gewonnen; die Kreuze der Ehrenlegion wurden reichlich gespendet, und für Unteroffiziere und Soldaten Medaillen gestiftet, die ihrem Besitzer ein Jahreseinkommen von 100 Francs zusicherten. Die Bewilligungen zu industriellen Unternehmungen, wie Eisenbahnen, Kreditvereine, fesselten die Kapitalisten und wohlhabenden Klassen; große Bauten, besonders in Paris, wie die Verbindung des Louvre mit den Tuilerien, die Anlegung neuer Straßen und Stadtviertel gewannen die arbeitende Bevölkerung. Louis Napoleon wollte den Wunsch seines Herzens, Wiederherstellung des Kaisertums in seiner Person, in einer Weise verwirklicht sehen, daß es schiene, als gebe er nur dem Drange des Volkswillens nach. Auf einer Rundreise durch Frankreich wurden seine kühnsten Erwartungen übertroffen; überall wurde ihm die begeistertste Aufnahme zu teil. Der Ruf, „Es lebe der Kaiser!“ wurde oft gehört. „Frankreich“, sagte er bei einem Bankett in Bordeaux, „scheint zum Kaisertum zurückkehren zu wollen. Das Kaisertum“, setzte er hinzu, „meinen manche, sei der Krieg. Nein, meine Herren, es ist der Friede.“ Er verhieß von dieser Veränderung in der Staatsreform friedliche Erfolge: Verbesserung

des Ackerbaues, Hebung des Handels und Abhülfe des Notstandes. Die Geistlichkeit hatte das Volk überall für das nach ihrer Meinung zur Rettung Frankreichs auserkorene Werkzeug gewonnen. Sein Einzug in Paris (16. Okt.) war der glänzendste, dessen man sich erinnern konnte. Unaufhörlich erscholl der Ruf: „Es lebe der Kaiser!“ Fast von allen Generalräten und von unzähligen Kommunen liefen Petitionen an den Senat ein, welche Louis Napoleons Erhebung zur Kaiserwürde verlangten. Einzelne Maires proklamierten ihn in ihren Gemeinden auf eigene Hand. Am 4. November versammelte sich der Senat, um über die Abänderung der Verfassung zu beraten. In der Botschaft des Präsidenten an denselben hieß es: „In der Wiederherstellung des Kaisertums findet das Volk eine Bürgschaft für seine Interessen und eine Genugthuung für seinen gerechten Stolz. Diese Restauration sichert die Zukunft, schließt das Zeitalter der Revolutionen und heiligt die Erinnerungen von 1789; sie befriedigt den gerechten Stolz des Volkes, weil es durch freie und besonnene Wiederherstellung dessen, was das gesamte Europa durch Waffengewalt gestürzt hat, in edelster Weise seine Scharte auswetzt, ohne Opfer zu veranlassen, ohne die Unabhängigkeit zu bedrohen, ohne den Frieden der Welt zu gefährden. Wenn mich die Nation auf den Thron hebt, so krönt sie sich selbst!“ — Am 7. November beschloß der Senat die Wiederherstellung des Kaisertums; Louis Napoleon wurde als Napoleon III. zum erblichen Kaiser der Franzosen ernannt, mit dem Rechte, beim Mangel männlicher Nachkommen einen seiner Verwandten zu adoptieren. Das Volk bestätigte das Senatskonsult mit 7 824 189 gegen 253 145 Stimmen. Am 2. Dezember, am Tage des berühmten Staatsstreiches, wurde der Präsident zum Kaiser ausgerufen.

XX.

Der orientalische Krieg (Krimkrieg). (1853—1856.)

Während die mächtigsten Staaten Europas durch die Stürme der Revolution und die Kämpfe der Jahre 1848 und 1849 sich abgeschwächt hatten, glaubte Rußland, von den Erschütterungen der Zeit unberührt, sich dem letzten Ziele seiner Politik, der Eroberung des türkischen Reiches, ungestört nähern zu können. Kaiser Nikolaus, der die orientalische Frage nie aus den Augen verloren, glaubte den geeigneten Augenblick zur Ausführung eines solchen Unternehmens gekommen. Frankreich, wo Louis Napoleon eben den Kaiserthron bestiegen hatte, schien nach den inneren Kämpfen zu erschöpft und zu sehr mit Wiederherstellung der eigenen Interessen beschäftigt, als daß es auf weitaussehende Unternehmungen hätte eingehen können. In England, wo es Grundsatz war, die Türkei nicht unter Rußlands Botmäßigkeit fallen zu sehen, hatte Nikolaus damals so einflußreiche Anhänger, besonders an dem Premierminister Lord Aberdeen, daß er mit dieser Seemacht sich leicht verständigen zu können hoffte. Bei der Abneigung der britischen Nation gegen Napoleon III. schien ein Bündnis der beiden Westmächte gegen Rußland höchst unwahrscheinlich, und einzeln war keine dem nordischen Koloß gewachsen. Östreich war dem russischen Zaren wegen der Unterstützung im ungarischen Kriege zum Dank verpflichtet, und der Zustimmung Preußens glaubte er sicher sein zu dürfen. Bei der zunehmenden inneren Schwäche der Türkei sah Kaiser Nikolaus in dem Sultan nur einen „kranken Mann", dessen Tod unvermeidlich und dessen reiches Erbe in die rechten Hände zu bringen sei. Zudem nahte das Jahr 1853 heran, in welchem nach einer alten Prophezeihung der Halbmond, nachdem er genau 400 Jahre in Europa geherrscht, für immer erlöschen sollte.

In einer Unterredung mit dem englischen Gesandten in St. Petersburg, Sir Hamilton Seymour, erklärte der Zar, daß er auf Konstantinopel keinen Anspruch mache, aber auch keiner anderen Macht einen solchen gestatten werde; den Ge-

danken an eine Wiederherstellung des byzantinischen Reiches oder Vergrößerung Griechenlands verwarf er und schlug dagegen vor, Serbien, Bosnien, Bulgarien zu selbständigen Staaten unter russischem Protektorat, wie die Donaufürstentümer, zu erheben, wofür er den Engländern Ägypten und die Insel Candia anbot. Zugleich äußerte er, daß alles nur von dem Einverständnis Rußlands und Englands abhänge, auf die Ansichten der übrigen Mächte komme es nicht an. Aber die englischen Minister ließen sich durch diese Vorschläge nicht täuschen; sie erkannten, daß ein russisches Protektorat über Bulgarien mit der Zeit Konstantinopel und die ganze griechische Halbinsel dem russischen Scepter zuführen, der Besitz Ägyptens aber England notwendig in einen Krieg mit Frankreich verwickeln werde. Das englische Kabinett wies daher die russischen Vorschläge zurück und erklärte, daß die Türkei nicht so lebensunfähig sei, als Rußland behauptete. Auch von Frankreich, das Kaiser Nikolaus durch eine Vergrößerung auf Kosten Deutschlands gewinnen wollte, wurden die Anträge des Zaren abgelehnt. Beide Mächte fürchteten, Rußland zu sehr wachsen zu sehen und seine Eroberungsgelüste dadurch zu reizen.*)

*) Schon vor dem Ausbruche des orientalischen Krieges waren Verwickelungen vorgekommen. Frankreich hatte seit alter Zeit ein Schutzrecht über die Katholiken in Palästina. Nach und nach hatten sich die Griechen viele Eingriffe in die Rechte der Lateiner erlaubt und diese von neun der sogenannten heiligen Stätten ausgeschlossen. Louis Napoleon bestand auf seinem Schutzrechte, und die Pforte gab endlich nach. Da sie aber dadurch die Griechen verletzte, so glaubte sich Kaiser Nikolaus der griechischen Christen annehmen und Napoleons Auftreten im Orient entgegenwirken zu müssen. Die zweite Verwickelung boten die Verhältnisse der Montenegriner. Diese wollten sich der Oberlehnsherrlichkeit des Sultans entziehen und hatten sich unter den Schutz des glaubensverwandten Rußlands gestellt. Die Türken fürchteten, daß die Russen durch Montenegro im Innern der Türkei sich festsetzen könnten, und schickten unter Omer Pascha ein Heer ab, das unter Verwüstungen und großen Gewaltthätigkeiten in Montenegro eindrang. Östreich wollte weder ein christliches Volk an seiner Grenze hinmorden lassen, noch auch den Russen Gelegenheit zur Einmischung geben, und sandte im Januar 1853 den Grafen von Leiningen nach Konstantinopel, der mit der Besetzung Montenegros durch östreichische Truppen drohte, wofern die Montenegriner noch fernerhin bekriegt würden. Die Pforte gab nach, um Rußlands Einmischung in die türkischen Angelegenheiten zu verhindern.

Unbekümmert um die Westmächte und im Vertrauen auf Östreichs und Preußens Hingebung, sandte Kaiser Nikolaus im Februar 1853 den Admiral Fürst Menzikow mit einer außerordentlichen Botschaft nach Konstantinopel, um für Rußland ein religiöses Protektorat über die griechischen Christen im türkischen Reiche zu verlangen. Dabei zeigte Menzikow ein so rücksichtsloses Betragen und eine solche Geringschätzung der Türken, daß er am 2. März im Paletot und in schmutzigen Stiefeln in der feierlichen Sitzung des Divan erschien.*) Da in der Türkei die religiösen Zustände mit den weltlichen in unauflösbarem Zusammenhange stehen, so wäre die Gewährung der russischen Forderung nichts Geringeres gewesen, als die Anerkennung der Mitregentschaft Rußlands in den inneren Angelegenheiten der Türkei, die den Sultan schließlich aller Gewalt beraubt haben würde. Der Divan verwarf also Menzikows Forderung, und dieser verließ unter Drohungen Konstantinopel (21. Mai).

Da bei Sebastopol eine große russische Flotte versammelt war und am Pruth zahlreiche Truppen zusammengezogen wurden, so wandte sich Sultan Abdul Meschid, der den europäisch gebildeten Redschid Pascha zum Großvezier ernannt hatte, an die Westmächte um Hülfe. Napoleon III. ergriff gern die Gelegenheit, durch Unterstützung der Pforte das feindselige Rußland zu demütigen und seinen neuen Kaiserthron mit glänzenden Trophäen zu umgeben, und riß auch das englische Kabinett mit sich fort. Die Westmächte rüsteten ihre Flotten, und beide ankerten am 14. Juni in der Besikabai, unmittelbar am Eingang der Dardanellen. Kaiser Nikolaus suchte seinem Streit mit den Türken einen religiösen Charakter zu geben und sich seinem Volke gegenüber als Verteidiger des wahren Glaubens hinzustellen. Ohne an ernstliche Absichten der Westmächte zu glauben, erteilte er dem Fürsten Gortschakow den Befehl, mit zwei Armeecorps von je 40 000 Mann unter Führung der Generale Lüders und Danneberg über den Pruth zu gehen und in die Donaufürstentümer einzurücken, um dieselben, wie das russische Kabinett erklärte, als „materielles Pfand“ bis zur Befriedi-

*) Damals that Fuad Effendi die feine Äußerung: „Der russische Koloß meint, wenn er Schmutz auf den Füßen habe, werde Europa weniger sehen, daß sie thönern sind.“

gung seiner Ansprüche von seiten der Pforte in Besitz zu nehmen. Ungeachtet dieser Erklärung nahmen die Russen, deren Einmarsch am 7. Juli erfolgte, die öffentlichen Kassen und Magazine in Beschlag, schrieben Steuern aus, zwangen die einheimische Miliz zum russischen Dienst und behandelten die Moldau und Walachei als eroberte Provinzen. Das Einrücken der Russen in die Donaufürstentümer setzte die Kabinette in die äußerste Bewegung. Die Gesandten der Großmächte traten in Wien zu einer Konferenz zusammen und erließen eine Note, der zufolge die Pforte die Forderungen Rußlands gewähren sollte, mit Ausnahme des Protektorats über die griechischen Christen, das aber nicht geradezu verweigert, sondern nur mit Stillschweigen übergangen werden sollte (31. Juli). Der Kaiser Nikolaus legte aber die Note in seinem Sinne aus, als stimme sie mit seinen in Konstantinopel gemachten Anträgen völlig überein. Aber in London und Konstantinopel sprach sich die öffentliche Meinung mit Entschiedenheit gegen die Schwäche der Regierungen aus. Im britischen Unterhause griff Layard das Ministerium wegen seiner Hinneigung zu Rußland an; in Konstantinopel ließ die alttürkische Partei dem Sultan nur die Wahl zwischen Abdankung oder Verwerfung der russischen Note. Der Sultan gab dem Volkswillen nach.

Während Kaiser Nikolaus auf einer Zusammenkunft mit Franz Joseph zu Olmütz (Sept. 1853) und bald darauf zu Berlin mit Friedrich Wilhelm IV. nur Neutralität der beiden deutschen Großmächte erlangte, unter der Bedingung, daß die russischen Truppen nicht über die Donau gingen, rüstete sich die Pforte mit Anstrengung aller Kräfte zum Kriege. Die Steuern wurden auf mehrere Jahre im voraus erhoben, die regulären Truppen vermehrt und Freiwillige aufgerufen. Der Russenhaß und der religiöse Eifer entbrannten von neuem, und auch die Vasallenstaaten, wie Ägypten, Tunis, leisteten willig Hülfe. Am 4. Oktober erklärte die Pforte den Krieg an Rußland, wenn dieses nicht sofort die Donaufürstentümer räumte, worauf am 1. November das türkische Kriegsmanifest erschien. Omer Pascha stand mit der türkischen Hauptmacht auf dem rechten Ufer der Donau. Er setzte bei Widdin auf das linke Ufer und schlug bei Oltenizza in verschanzter Stellung die Angriffe der russischen Übermacht

zurück (4. Novbr.). Auf einer anderen Seite aber erlitten die Türken einen schweren Verlust. Der russische Admiral Nachimow, der die Flotte vor Sebastopol befehligte, griff, von einem dichten Nebel begünstigt, ein türkisches Geschwader unter Osman Pascha im Hafen von Sinope an (30. Nov.). Die Türken kämpften mit dem Mute der Verzweiflung gegen die russische Übermacht; zwei ihrer Flottenkapitäne sprengten sich lieber mit ihren Schiffen in die Luft, als daß sie die Flagge strichen; das türkische Geschwader wurde fast vollständig vernichtet. Der Seesieg der Russen erregte in England die größte Aufregung; Lord Aberdeen konnte sich nicht länger halten, und Palmerston bildete ein neues Ministerium. Da das russische Kabinett die von der Wiener Konferenz nochmals gestellten gemäßigten Friedensbedingungen, die aber Räumung der Donaufürstentümer verlangten, verwarf, so schlossen die Westmächte am 12. März mit der Pforte ein Offensiv- und Defensivbündnis ab, und erklärten am 28. März an Rußland den Krieg: es war der erste seit Napoleons Sturz, an dem sich die drei mächtigsten Reiche beteiligten.

Die Russen fochten an der Donau ohne Erfolg. Sie belagerten vergeblich Kalafat und wurden bei Cetate überfallen und geschlagen. Aber Kaiser Nikolaus dachte nicht an Nachgeben; er ordnete im ganzen Reiche eine umfassende Aushebung an und sandte seinen ersten Feldherrn, den nie besiegten greisen Fürsten Paskewitsch, auf den Kriegsschauplatz. Die Russen gingen ohne Rücksicht auf das den Kabinetten von Östreich und Preußen gegebene Versprechen über die Donau; aber Silistria wurde von Mussa Pascha und dem preußischen Artillerieoffizier Grach so tapfer verteidigt, daß Paskewitsch, der selbst einen Streifschuß erhielt, die Belagerung aufhob (21. Juni) und sich über die Donau zurückzog. Auch die Hoffnung, welche Kaiser Nikolaus in eine allgemeine Erhebung der Christen gegen den Sultan gesetzt hatte, schlug fehl. Die Serben wurden durch die Nähe Östreichs, die Bosnier und Bulgaren durch türkische Streitkräfte im Zaum gehalten und hegten überhaupt, so sehr sie die Türken haßten, kein Verlangen nach russischer Herrschaft. Nur im Königreich Griechenland entstand eine gewaltige Aufregung; das griechische Nationalgefühl und der alte Türkenhaß äußerten sich in stürmischen Bewegungen; man nährte sogar

den Gedanken an eine Herstellung des byzantinischen Reichs. Aber ein französisches Geschwader landete im Piräus und nötigte die griechische Regierung, mit Hülfe der Franzosen die eigenen Unterthanen im Zaum zu halten. So blieb es nur bei den Räubereien, welche die Klephten noch eine Zeit lang gegen Griechen wie Türken ausübten.

Die Westmächte beschlossen nach ihrer Kriegserklärung der Türkei mit einer ansehnlichen Landmacht zu Hülfe zu kommen. Lord Raglan, der als Wellingtons Adjutant bei Waterloo einen Arm verloren, erhielt den Oberbefehl über 20000 Mann, die später bedeutend verstärkt wurden. Der Marschall St. Arnaud, seit seiner Mitwirkung beim Staatsstreich vom 2. Dezember bei Napoleon in hoher Gunst stehend, trat an die Spitze von 40—50000 Mann, die meist in Algerien gedient und sich an Abhärtung und Ertragung von Beschwerden gewöhnt hatten. Auch Prinz Napoleon, ein Vetter des Kaisers, und der Herzog von Cambridge schlossen sich dem Heere an. Während der Transport der Truppen vor sich ging, bombardierten die Flotten Odessa, ohne jedoch viel schaden zu wollen, da in dieser Handelsstadt auch viele englische Güter lagen.

Da sich das östreichische Kabinett durch den der gegebenen Zusage zuwiderlaufenden Übergang der Russen über die Donau verletzt fühlte, so ging es mit Preußen ein Schutz- und Trutzbündnis ein, in welchem beide Mächte sich verpflichteten Rußland zu bekriegen, wenn dieses die Donaufürstentümer sich einverleiben oder seine Heere über den Balkan führen sollte. Doch schien sich Preußen im geheimen noch immer zu Rußland hinzuneigen.*) Indessen verband sich Friedrich Wilhelm IV. mit Franz Joseph und beide verlangten in einer Note die sofortige Räumung der Donaufürstentümer seitens der Russen. Am 14. Juni schloß Östreich mit der Pforte einen Vertrag, der den östreichischen Truppen die Besetzung der Donaufürstentümer gestattete.

Während die Hauptmacht der Engländer und Franzosen

*) Der General Bonin, der ein Bündnis mit Rußland für einen Selbstmord Preußens erklärt hatte, mußte seine Entlassung nehmen, und Bunsen, preußischer Gesandter in London, sonst ein Günstling des Königs, ward seines Postens enthoben, weil er sich den Ansichten des englischen Kabinetts anschloß.

sich in der Nähe des schwarzen Meeres sammelte, war eine englische Flotte unter dem Oberbefehl des Sir Charles Napier mit einem französischen Geschwader unter Baraguay d'Hilliers in die Ostsee gesegelt, um Rußland auch von dieser Seite anzugreifen. Aber das uneinnehmbare Kronstadt trotzte der englischen Schiffsartillerie, und die ganze Unternehmung beschränkte sich auf das Bombardement friedlicher Städte und Dörfer, auf die Zerstörung russischer Kornmagazine und die Wegnahme einiger Handelsschiffe. Die Einnahme der Festung Bomarsund auf einer der Alandinseln durch die Franzosen (16. August) war hier die einzige kriegerische That. Im Herbst hörte der Krieg in der Ostsee auf.

Endlich hatte sich die Landmacht der Verbündeten in Gallipoli gesammelt und wurde von da teils zu Lande, teils zur See nach Varna geführt. Hier litten die Truppen durch die Cholera und schlechte Verpflegung und konnten bei einem Brande, der einen Teil der Stadt verzehrte, kaum ihr Pulvermagazin retten. Ein nutzloser Versuch der Franzosen, die Dobrutscha zu besetzen, kostete 2000 Mann. Bei der Beratung des Kriegsplanes waren die türkischen Befehlshaber der Ansicht, die Russen in Asien anzugreifen und aus den Kaukasusländern herauszuwerfen; sogar ein Schwager Schamyls war erschienen, um diese Ansicht zu unterstützen. Aber der Marschall St. Arnaud entschied sich für den Angriff auf Sebastopol, den größten Kriegshafen in der Krim. St. Arnaud hatte sich krank in Marseille eingeschifft, und sein Zustand war durch anstrengende Thätigkeit noch verschlimmert worden. Das Ende seiner Tage ahnend, wollte er vorher seinen Namen noch durch eine glänzende Waffenthat verherrlichen. Da mit dem Angriff auf Sebastopol auch die Zerstörung der russischen Seemacht im schwarzen Meere zusammenhing, so ging Lord Raglan auf den Plan ein.

So ging denn die Kriegsmacht der Verbündeten, zu der noch 6000 Türken stießen, unter Segel. Die Flotte nahm einen Raum von mehr als sieben Stunden ein und soll den prachtvollsten Anblick gewährt haben. Auch die Ausschiffung des Heeres auf zahllosen Schiffen, der Glanz der vielen tausend Bajonette in den Strahlen der Morgensonne, bot im Gegensatz zu der Stille und Öde des Strandes ein seltenes Schauspiel dar. Die Truppen landeten am 4. September

1854 bei Eupatoria auf der Westküste der Halbinsel, und griffen am 20. September den Fürsten Menzikow, Gouverneur der Krim, an, der jenseits des Flusses Alma eine vorteilhafte Stellung eingenommen hatte. Der General Bosquet entschied mit den Zuaven, einer orientalisch gekleideten, aber aus Franzosen bestehenden leichten Infanterie, den Sieg. Aber St. Arnaud hatte an diesem Tage den Rest seiner Kraft erschöpft; er gab den Oberbefehl an General Canrobert ab und starb bei der Überfahrt nach Konstantinopel auf dem Schiffe an der Cholera (29. September). Als man nach dem Siege an der Alma unmittelbar auf Sebastopol losgehen wollte, um die Einnahme dieser Festung zu bewerkstelligen, zeigte sich die Unmöglichkeit einer solchen Unternehmung. Die Nordseite der Stadt war zu stark befestigt, und das Belagerungsgeschütz hatte nicht gleichzeitig mit den Truppen ausgeschifft werden können. Auch hatten die Russen durch Versenkung von sieben großen Kriegsschiffen die Einfahrt in den Hafen unmöglich gemacht. Die Verbündeten sahen sich daher genötigt, den Angriff auf die Nordseite aufzugeben und die Festung von der Südseite zu belagern. Die Franzosen schlugen ihr Lager an der Bucht von Kamietsch, die Engländer an der von Balaclava auf.

Nun begannen die Belagerungsarbeiten, die aller Schwierigkeiten ungeachtet mit rastloser Ausdauer und Entschlossenheit durchgeführt wurden. Ein Versuch der Verbündeten am 17. Oktober, Sebastopol von der Land- und Seeseite zugleich anzugreifen und zu nehmen, mißlang, und besonders hatte die Flotte von den russischen Batterieen zu leiden, während sie selbst der Festung nur geringen Schaden zufügte. Die Verteidigungswerke der Russen wurden unterdessen durch den genialen Artillerieoffizier Totleben immer mehr verstärkt, der mit bewunderungswürdiger Thätigkeit und Geschicklichkeit die zerstörten Schanzen stets wieder herstellte und an den bedrohten Punkten neue aufrichtete. Am 25. Oktober griff der russische General Liprandi die Engländer bei Balaclava an, wobei die englische Reiterei große Verluste erlitt und nur durch die aus Algerien angelangten Chasseurs d'Afrique vom Untergang gerettet wurde. Noch heftiger wurde am 5. November bei Inkermann gefochten, wo die Engländer nur durch die trefflichen Anordnungen Canroberts und Bosquets und

den Wetteifer der französischen Truppen einer Niederlage entgingen. Die Russen wurden geschlagen und mußten sich unter den Schutz ihrer Festungsbatterieen zurückziehen. Bald machten die Herbstregen dem Kriege im offenen Felde ein Ende, während die Belagerungs- und Verteidigungsarbeiten ihren Fortgang nahmen. Der Winter brachte den Verbündeten das größte Elend; besonders litten Engländer und Türken, bei denen das Verpflegungswesen schlecht bestellt war, ungeheure Verluste. Die Franzosen, für welche von Haus aus besser gesorgt war, verstanden es bei ihrer natürlichen Gewandtheit, sich erträglich einzurichten, und bewahrten ihren Frohsinn und ihre Munterkeit in solchem Grade, daß sie sich in ihrem Lager sogar ein Theater herstellten.

Die Diplomatie hatte indessen volle Thätigkeit entwickelt, dem gewaltigen Kampfe ein Ende zu machen. Die Westmächte hatten Vorschläge als Grundlage weiterer Unterhandlungen gemacht (22. Juli 1854), die aber von Rußland verworfen wurden. Nun schloß Östreich mit England und Frankreich ein förmliches Schutz- und Trutzbündnis (2. Dezember) und verstärkte seine Heere in Siebenbürgen und Galizien. Da indessen Östreich, dem von Seiten Rußlands Undankbarkeit vorgeworfen wurde, auf die Mitwirkung Preußens nicht rechnen konnte, und die deutschen Mittelstaaten sich nur zu einer Kriegsbereitschaft verstanden, so mußte es bei bloßen Demonstrationen um so mehr sein Bewenden haben, als die Finanzen des Kaiserstaates sich in einem zerrütteten Zustande befanden. Dagegen schloß sich Sardinien den Westmächten an und ließ ein Corps von 15 000 Mann tapferer Truppen zu den Verbündeten in der Krim stoßen.

Die streitenden Mächte trafen alle Anstalten zur Fortsetzung des Kampfes. Kaiser Nikolaus errichtete eine allgemeine Reichswehr, und auch England und Frankreich verstärkten ihre Heere. Napoleon sandte den General Niel vom Geniecorps, seinen ausgezeichnetsten Ingenieur, nach der Krim, der sich bald als den ersten Meister in seiner Kunst bewährte. Er erkannte, daß Sebastopols Fall von der Einnahme des Malakoffturmes abhänge und dieser um jeden Preis genommen werden müsse. Unterdessen kam von Petersburg Befehl, die Türken unter Omer Pascha bei Eupatoria anzugreifen, aber der Überfall, den General Chruleff am 10. Februar

1855 mit bedeutenden Streitkräften unternahm, scheiterte an der Wachsamkeit und Tapferkeit der Türken. Bald darauf erlag der stolze Zar, dessen Gesundheit seit längerer Zeit geschwächt war, dem Eindruck der aus der Krim einlaufenden üblen Nachrichten, er starb am 2. März 1855.*) Sein Nach-

*) Nikolaus Paulowitsch, geboren 1796, versprach schon als Knabe eine bedeutende Persönlichkeit zu werden. Von Natur ernst und abgeschlossen, zeigte er gegen die Seinigen eine unbegrenzte Hingebung. Unter den Studien zog ihn, obwohl er auch malte und komponierte, das Geniewesen so sehr an, daß er in der Folge „sein eigener größter Ingenieur" wurde. Hoffesten und Salonsunterhaltungen abgeneigt, machte er mit seinem Bruder Michael Reisen durch Deutschland, Frankreich und England. Im Jahre 1817 vermählte er sich mit der Prinzessin Friederike Luise Charlotte Wilhelmine von Preußen (Tochter der Königin Luise), die ihm 1818 den Prinzen Alexander gebar, (1819 die Prinzessin Maria, nachmalige Herzogin von Leuchtenberg, und 1822 die Prinzessin Olga, nachmalige Kronprinzessin von Würtemberg). Nikolaus hatte in seiner ganzen Erscheinung etwas Imponierendes, und in seiner edlen Männergestalt prägte sich die volle Herrscherwürde aus. Er sprach mit Lebhaftigkeit, doch stets mit eben so großer Einfachheit als Würde, ohne alle Verstellung, obwohl niemand in seine innersten Gedanken eindrang. Seine Thätigkeit war riesenhaft und erstreckte sich auf alle Gebiete des Staates. „Des Kaisers eigene Kanzlei war die große reformierende Behörde, und die hundert Generaladjutanten flogen als Vollstrecker der kaiserlichen Befehle wie Blitze durch das Reich; wo es aber den höchsten Ernst galt, da war der Kaiser selbst." Übrigens machte ihn seine stolze und starre Natur gegen allen Tadel, den sein Charakter und sein System erregte, unempfindlich. In seinen letzten Tagen übertrug er am 24. Februar die Geschäfte dem Thronfolger und lag fiebernd und schwer hustend auf seinem Feldbette, dessen Polster nur mit Heu ausgefüllt waren, bloß mit seinem Soldatenmantel bedeckt. Als sein Zustand sich verschlimmerte, bat ihn auf den Rat der Ärzte die Kaiserin, das h. Abendmahl zu nehmen, das er in tiefster Andacht empfing und dann erleichtert sagte: „Ich hoffe, daß mir Gott jetzt seine Arme öffnen wird." Er nahm Abschied von seiner Familie, segnete sie und sagte seiner Dienerschaft Dank für ihre Treue. Alsdann traf er Anordnungen wegen seines Begräbnisses. Als Briefe von den beiden Großfürsten aus Sebastopol anlangten, wollte der Sterbende sie nicht mehr lesen und sagte: „Es würde mich nur wieder auf die Erde zurückziehen." Bald verließ ihn die Sprache und er betete still für sich. Wenige Minuten nach Mitternacht entschlief er ohne Schmerzen, ausgestreckt auf seinem Feldbette mit dem Ausdruck des Friedens auf seinem Angesicht, auf dem selbst „die Hand des Todes die Schönheit und Majestät nicht auszutilgen vermochte." — Sein Ende wurde von seinen Unterthanen, mit Ausnahme derer, die von seiner Regierung Vorteil hatten, als Befreiung von unerträglicher Last betrachtet.

folger, Alexander II., war friedliebender als sein Vater und hätte um so eher Friedensvorschläge machen können, als er von vorn herein dem Kriege entgegen gewesen war; vorläufig aber schien die Ehre Rußlands die Fortsetzung des Krieges zu verlangen, obgleich dasselbe in diesem Kampfe bereits 250 000 Menschen, meist durch Krankheiten, verloren hatte. Indessen rief Alexander II. den Fürsten Menzikow ab, dessen schroffes Auftreten Anstoß erregt hatte, und übergab den Oberbefehl dem Fürsten Gortschakow. Auf der anderen Seite konnten aber auch die Westmächte vor der Einnahme Sebastopols an keinen Frieden denken, am wenigsten Napoleon III., dessen Kaiserthron durch einen so schmählichen Ausgang des Krieges gefährdet worden wäre. Die Belagerung nahm daher erst recht ihren Anfang. Sebastopol wurde vierzehn Tage lang aus fünfhundert Feuerschlünden beschossen, während Totleben alle Schäden mit unglaublicher Schnelligkeit ausbesserte und immer neue Batterieen aufstellte. Da Canrobert kein Glück zu haben schien und sein gespanntes Verhältnis zu Lord Raglan die Unternehmungen lähmte, so ernannte Napoleon III. den General Pelissier zum Oberfeldherrn, dessen rücksichtslose Entschlossenheit aus Algerien bekannt war. Canrobert besaß Selbstverleugnung genug, mit demselben Eifer wie vordem unter seinem Nachfolger zu dienen. Pelissier ließ die Laufgräben immer näher an die Stadt rücken und eroberte den sogenannten grünen Mamelon. Minen und Gegenminen wurden angelegt, und unter wie über der Erde gekämpft. Aber ein allgemeiner Sturm, der am 18. Juni unternommen wurde, mißlang und kostete den Franzosen allein 5000 Mann. Am 28. Juni starb Raglan an der Cholera, und General Simpson trat an seine Stelle. Die Russen verloren am 11. Juli den Admiral Nachimow, den Sieger von Sinope, der mit einem Fernglas in der Hand am Rande der Batterie sorglos einherschritt. Die Belagerungsarbeiten machten immer weitere Fortschritte, täglich wurde bei glühender Hitze gekämpft, und dazu wütete die Cholera unter Belagerern und Belagerten. Ein Ausfall der Russen am 16. August unter General Read, von einem dichten Nebel begünstigt, schien anfangs Erfolg zu haben, wurde aber dann von den Franzosen und Sardiniern mit solchem Ungestüm zurückgewiesen, daß

über 3000 russische Leichen auf dem Kampfplatz begraben wurden.

Vom 19. August an wurde Sebastopol aus 800 Feuerschlünden so furchtbar beschossen, daß die Soldaten und die Bewohner davon betäubt wurden. Die Erde erbebte, die Luft schien zu glühen, innerhalb drei Tagen wurden 5000 Russen getötet. Ein so höllischer Regen von Kugeln des schwersten Kalibers machte auch Totlebens Kunst zu Schanden. Auf den 8. September um Mittag wurde der Sturm festgesetzt. Um 12 Uhr schwieg plötzlich auf allen Seiten das Bombardement, und unter dem tausendfachen Rufe: „Es lebe der Kaiser!“ gingen die Franzosen auf den Malakoffturm, die Engländer auf den Redan (Sägewerk) los. Die Division MacMahon hatte bald die Außenwerke des Turmes genommen, aber im Innern erhob sich ein furchtbarer Widerstand, bis endlich der Malakoffturm in der Gewalt der Franzosen blieb. Aber jetzt drohte ihnen Gefahr, durch die Minen in die Luft gesprengt zu werden. Glücklicher Weise entdeckten sie die Drähte, die von denselben in die Stadt führten, durchschnitten sie und zogen einen Graben um den Turm, wodurch die Explosion verhindert wurde. Auch das sogenannte „Kleine Sägewerk“ und die Centralbastion erstürmten die Franzosen, verloren aber in wenigen Stunden 7300 Mann. Unterdessen waren die Engländer mit der kaltblütigsten Tapferkeit auf den großen Redan losgegangen, wurden aber von versteckten Batterieen mit einem solchen Kugelregen empfangen, daß sie in noch nicht zwei Stunden 2400 Mann einbüßten und den Platz räumen mußten. Aber der Fall Sebastopols war durch die Einnahme des Malakoffturmes entschieden. Gortschakow, dem der Sturm 13 000 Mann gekostet hatte, ließ die noch übrigen unterminierten Bollwerke in die Luft sprengen und den Rest seiner Flotte versenken. Er zog sich nach der Nordseite der Stadt zurück, nachdem er die Schiffbrücke hinter sich hatte abbrechen lassen, und nahm mit dem größten Teile seiner Truppen eine Stellung in den östlichen Gebirgen. So war denn das stolze Sebastopol nach einer elfmonatlichen Belagerung, die zu den denkwürdigsten der Geschichte gehört, gefallen, und Pelissier zog am 10. September in die rauchenden Trümmer der Stadt ein, deren Befestigungswerke ihm trotz der Zerstörung noch Staunen abnötigten.

Die Flotte der Verbündeten hatte in der Ostsee keine bedeutende Kriegsthat ausgeführt, wohl aber dem russischen Seehandel ein Ende gemacht. Alle Klassen der Bevölkerung sehnten sich nach Frieden. Da kam es Rußland zu statten, daß der General Murawiew den türkischen Befehlshaber Wassif Pascha zwang, die Festung Kars in Kleinasien nach tapferer Verteidigung zu übergeben (28. Nov. 1855). Es konnte sich nun mit Ehren zu Friedensunterhandlungen verstehen. Graf Orlow wurde zum Friedenskongreß nach Paris geschickt, an welchem Rußland, Frankreich, England, Östreich und die Türkei teil nahmen; auch Sardinien wohnte in der Person des Grafen Cavour und des Marquis Villamarina zum ersten Male einem Kongreß der Großmächte bei. Am Schluß wurde auch Preußen wegen etwaiger Abänderungen der Wiener Verträge, zu deren Garanten es gehörte, zugelassen. Am 30. März 1856 wurden die Friedensbedingungen in Paris unterzeichnet. Rußland trat die Donaumündungen und einen Teil von Bessarabien ab, verzichtete auf das Protektorat über die Donaufürstentümer und die griechischen Christen in der Türkei, und gab Kars zurück; dagegen erhielt es Sebastopol und alle sonst verlorenen Punkte zurück. Rußland machte sich ferner verbindlich, am schwarzen Meere keine Arsenale zu errichten und daselbst nicht mehr Kriegsschiffe als die Pforte zu halten. Die Donauschiffahrt ward für frei erklärt, die Integrität der Türkei (jedoch nicht von Rußland) bestätigt und das Schicksal der Christen in der Türkei, deren Gleichberechtigung mit den Türken bereits ausgesprochen war, unter den Schutz aller christlichen Großmächte gestellt.*)

Durch diesen Frieden hatte Rußland eine Demütigung erlitten und vorläufig die Mittel verloren, sich in die inneren Angelegenheiten der Türkei einzumischen, war aber immer noch in der Lage, seine alten Eroberungsgelüste gegen die Pforte gelegentlich zu erneuern. Das politische Übergewicht war von Rußland an Frankreich übergegangen, und Napoleon III., dessen Ansehen bei Regierungen und Völkern gestiegen war, trat von jetzt an als Schiedsrichter in der europäischen Politik auf. Östreich und Preußen hatten durch

*) Durch eine Londoner Konferenz wurde die für Rußland demütigende Bedingung im Betreff des schwarzen Meeres wieder aufgehoben (13. März 1871).

ihre Unentschlossenheit an Bedeutung verloren, und auch England, das weder zu Wasser noch zu Lande etwas Großes vollbracht, war im Sinken.

XXI.

Der Südosten Europas. Rußland. Der polnische Aufstand im Jahre 1863.

Durch den Krimkrieg und den Pariser Frieden war die Selbständigkeit des türkischen Reiches gerettet worden, aber die nun beginnenden Reformversuche im Innern waren von keinem sonderlichen Erfolge begleitet und fanden sogar bei der alttürkischen Partei solchen Widerstand, daß sie den fortschreitenden Verfall mehr verhüllten als abwandten. Der Hat Humayun vom 18. Februar 1856 sicherte zwar den Christen rechtliche Gleichstellung mit den Türken, aber Bedrückungen und Verfolgungen der christlichen Bevölkerung von seiten der Mohamedaner tauchten, dem Willen des Sultans zum Trotz, immer wieder auf. In Dschidda, der Hafenstadt Mekkas am roten Meere, brach, wie auch an manchen anderen Orten, der Aufruhr nicht bloß gegen die christlichen Unterthanen des Sultans, sondern überhaupt gegen die dort wohnenden Europäer aus. Der englische und französische Konsul, wie alle Christen, deren man habhaft werden konnte, wurden ermordet und ihre Häuser geplündert (Juni 1858). Die Stadt ward nun zwar von einem englischen Kriegsschiffe bombardiert und die Anstifter des Blutbades wurden hingerichtet, aber das Ereignis blieb immer ein schlimmes Zeichen von der unter den Muselmännern fortdauernden Barbarei. Im Mai 1860 fielen in Syrien die Drusen am Libanon über ihre Nachbarn, die Maroniten, her und richteten ein Blutbad an, das mehrere Wochen dauerte, und bei dem die türkischen Behörden ruhig zusahen. In Damaskus erlagen 6000 Christen unter den Kugeln und Dolchen der Muselmänner; zuletzt wurde das ganze christliche Quartier in Brand gesteckt. Zwar wurden die Schuldigsten hingerichtet, aber die Drusenanführer mit allzugroßer Nach-

sicht behandelt. Ein französisches Corps besetzte zehn Monate lang Syrien (bis Juni 1861). Nach Wiederherstellung der Ordnung starb Abdul-Medschid (25. Juni 1861), der gute Absichten für das Wohl seiner Unterthanen gehegt, aber durch Ausschweifungen seine Kraft erschöpft hatte. Ihm folgte sein Bruder Abdul-Aziz, der anfänglich große Erwartungen erregte, bald aber alles beim alten ließ.

Die Donaufürstentümer, Moldau und Walachei, befanden sich ungeachtet ihres natürlichen Reichtumes in einer traurigen Lage. Da sie stets der Schauplatz der Kriege zwischen Russen und Türken waren, so wurden sie gewöhnlich von den Russen besetzt, ohne daß die Pforte, unter deren Oberhoheit sie standen, sie vor diesen Invasionen zu schützen wußte. In diesen Ländern hatte sich eine nationale Partei gebildet, welche die Vereinigung beider unter derselben Regierung wünschte, wovon sie mehr Sicherung nach außen wie auch Ordnung und Wohlstand im Innern erwartete. Die moldauische Nationalversammlung wählte am 16. Januar 1859 den Obersten Johann Alexander Cusa zum Fürsten der Moldau, und am 5. Februar wurde derselbe auch zum Fürsten der Walachei erwählt, worauf er die Regierung über beide Länder als Alexander Johannes I. antrat. Im Dezember 1861 wurde die Vereinigung der Donaufürstentümer zu einem Staat, Rumänien genannt, proklamiert, wodurch die Oberhoheit der Pforte an Bedeutung verlor. Die Gewaltthätigkeit und Verschwendung des Fürsten riefen indessen eine Verschwörung hervor, und in der Nacht vom 23. zum 24. Februar 1866 wurde Cusa von den Verschworenen in seinem Palast überfallen und zur Abdankung gezwungen. An seine Stelle wurde Prinz Karl von Hohenzollern-Sigmaringen gewählt. Nachdem derselbe erklärt hatte, an den zwischen den Fürstentümern und der Pforte bestehenden Verträgen nichts ändern zu wollen, hielt er am 22. Mai unter dem Jubel des Volkes seinen Einzug in Bukarest und erlangte allmählich die Anerkennung aller Mächte.*)

*) Seine Stellung unter dem halbbarbarischen Volke war schwierig. In die ersten Jahre seiner Regierung fallen Verfolgungen nnd Bedrückungen der Juden, und der wahnsinnige Gedanke des Ministeriums Bratiano, ein daco-rumänisches Reich zu gründen, das alle Rumänen umfassen sollte, zu welchem Zweck zu Bukarest (1867)

Die Pariser Konferenz hatte zwar die Oberherrlichkeit der Pforte über Serbien bestätigt, aber die innere Selbständigkeit des Landes zugesichert. Nach dem Tode des Fürsten Miloſch (Sept. 1860) folgte sein Sohn Michael. Da dieser mit der europäischen Civilisation durchaus vertraut war, so ging sein Streben darauf aus, Serbien in jeder Beziehung zu heben. Indessen führte das Ringen der Serben nach Unabhängigkeit von den Türken und der gegenseitige Haß zu einem blutigen Ereignis. Im Juni 1862 kam es in der Stadt Belgrad, als der Fürst gerade auf einer Reise begriffen war, zwischen Türken und Serben zu einem Kampfe, in dem die ersteren genötigt wurden, sich in die Citadelle zurückzuziehen, dann aber die Stadt zwei Tage lang bombardierten. Da sich ganz Serbien gegen die Türken zu erheben schien, so traten die Gesandten, die den Pariser Vertrag unterzeichnet hatten, zu einer Konferenz zusammen (4. Sept.), der zufolge die Türken die Stadt Belgrad verlassen mußten. Am 24. August 1864 eröffnete Fürst Michael die serbische Ständeversammlung, die ihm ihr unbegrenztes Vertrauen aussprach.*)

Die Errichtung des Königreichs Griechenland hatte unter den Griechen die Hoffnung, dereinst im südöstlichen Europa ein Reich ihrer Nation mit Konstantinopel als Hauptstadt erstehen zu sehen, von neuem belebt. Die Verwirklichung dieser „großen Idee", wie die Griechen ihr politisches Ziel nennen, verlangten sie von König Otto. Wenn er auch die

---

ein Kongreß gehalten ward, bedrohte den neuen Staat mit großen Gefahren. Das Jahr 1869 unter dem gemäßigten Ministerium Ghika, brachte Eisenbahnen und Heeresorganisationen, und im Dezember desselben ward die neue Universität zu Bukarest eröffnet.

*) Fürst Michael wurde am 30. Juni 1868 in der Nähe von Belgrad ermordet. Es folgte ihm Fürst Milan. Der Thron ist der Verfassung nach erblich, die gesetzgebende Gewalt geteilt zwischen dem Fürsten und der Nationalvertretung (Skuptschina), zwischen beiden steht ein beratender Senat.

In Montenegro hören die Streitigkeiten zwischen den Einwohnern und den Türken kaum auf, da die Montenegriner sich für unabhängig halten, die Türken das Ländchen als einen Teil ihres Reiches betrachten. Im August 1860 wurde Fürst Danilo von einem Montenegriner tödlich verwundet, worauf sein Neffe Nikolaus als Fürst folgte. Streitigkeiten mit den Türken seit 1862 wurden 1864 für den Augenblick beigelegt.

Sympathie für dieselbe teilte, so konnte er doch die übertriebenen Erwartungen der nationalen Partei nicht erfüllen. Die Erregung unter den Griechen war während des Krimkrieges, von dem sie den Untergang der Türkei erwarteten, so mächtig, daß Frankreich und England es für nötig hielten, mehrere Punkte Griechenlands, sogar den Piräus, mit ihren Truppen zu besetzen. Während man an König Otto Forderungen stellte, deren Erfüllung für ihn eine Unmöglichkeit waren, vergaß man, daß das Land unter seiner Regierung in mancher Beziehung Fortschritte gemacht hatte. Der italienische Krieg von 1859, der im Sinne des Nationalitätsprincips entschieden wurde (vgl. XXII.), fachte die nationalen Bestrebungen der Griechen, die alle ihre Stämme zu einem Einheitsstaate verbunden sehen wollten, in demselben Maße an, als die Popularität König Ottos sank. Auch die Königin Amalie, eine geborene oldenburgische Prinzessin, eine Frau von kräftigem Geiste, die ihren Gemahl vergebens zu entschiedenem Handeln in diesem Sinne zu bewegen suchte, wurde von dem Hasse, den die nationale Partei gegen Otto hegte, betroffen. Im Februar 1862 brach in Nauplia eine Militärrevolte aus; sie wurde unterdrückt und die Teilnehmer begnadigt. Aller Milde ungeachtet dauerte die Gährung im Innern fort. Als der König mit seiner Gemahlin im Oktober den Peloponnes bereiste, brach in Bonizza (Akarnanien) und Patras ein Aufstand aus, und in Athen machten die Truppen mit den Aufständischen gemeinsame Sache. Eine provisorische Regierung sprach die Thronentsetzung des Königs Otto und die Berufung einer Nationalversammlung aus. Als der König bei Salamis erschien, war die Revolution in Athen schon vollendet, und er entschloß sich, nach Baiern zurückzukehren, ohne jedoch auf die griechische Krone Verzicht zu leisten. Nachdem andere Fürsten die Wahl abgelehnt, wurde am 30. März 1863 der zweite Sohn des Prinzen Christian von Dänemark, des designierten Nachfolgers des Königs Friedrich VII. von Dänemark, erwählt. Der neue König sollte den Namen Georg I. annehmen. England begünstigte die Wahl und überließ ihm die jonischen Inseln, was bei den Griechen ein günstiges Vorurteil für ihn erweckte. Ein Aufstand auf der Insel Kandia (1866 und 1867) ließ die Griechen die Hoffnung fassen, diese Insel

den Türken zu entreißen; Georg I. hinderte die Freischarenzüge nicht, wurde aber von den Mächten, die im Januar 1869 zu Paris zu einer Konferenz zusammentraten, zur Neutralität gezwungen.

In Rußland war unter der Regierung des Kaisers Nikolaus alles auf Erweiterung der äußeren Macht und des Einflusses auf das Ausland gerichtet gewesen. Die Massen blieben in Armut und Knechtschaft versunken, und der Krimkrieg zerriß den Nimbus der Unüberwindlichkeit, der das Haupt des Zaren so lange umgeben hatte. Kaiser Alexander II. war entschlossen, den hergestellten Frieden zu Reformen im Innern zu benutzen. Die Reichswehr wurde aufgelöst und das stehende Heer bedeutend vermindert, so daß wenigstens 200 000 Soldaten ins bürgerliche Leben zurückkehren konnten. Bei seiner Krönung erließ der Kaiser ein Manifest (7. Sept. 1856), das durch eine Reihe von Maßregeln vorhandene Übelstände linderte, geleistete Dienste belohnte und Straferkenntnisse milderte oder aufhob. Ungeachtet der inneren Reformen wurde auch Rußlands Mission in Asien nicht aus dem Auge verloren. Die schon unter Nikolaus im Stromgebiet des Amur errichteten Kolonieen stiegen rasch empor. Auch an den Küsten des japanischen Meeres setzten sich die Russen fest und schlossen mit Japan und Siam Handelsverträge ab. Im Kaukasus wie in Turan wurden die russischen Grenzen nicht nur gesichert, sondern fortwährend nach Süden erweitert. Im Innern des weitläufigen Reiches wurden Handel und Verkehr durch Vermehrung der Dampfschiffahrt, der Eisenbahnen und der elektrischen Telegraphen gehoben und gefördert. Die Zusammenkünfte Kaiser Alexanders mit Napoleon III. in Stuttgart, mit Franz Joseph in Weimar und später in Warschau, mit dem Prinz-Regenten von Preußen in Breslau erhielten Rußlands politische Beziehungen zum Ausland. Die folgenreichste Maßregel in den inneren Reformen des Kaisers ist die Aufhebung der Leibeigenschaft, in der 23 Millionen Menschen lebten, und die eine vollständige Umgestaltung aller inneren Verhältnisse des Reiches hervorbringen mußte. Die Befreiung der Bauern beruhte auf einer Entschädigung der Gutsherrn und Übernahme von Leistungen von seiten der Leibeigenen, die erst nach Ablauf gewisser Fristen freie Eigentümer wurden, um in den bis-

herigen Verhältnissen keine allzu plötzliche und dem Gemeinwohle schädliche Veränderung eintreten zu lassen. Alexander ging mit dem besten Beispiel voran: er erklärte alle Leibeigenen seines Hauses für frei und überließ ihnen die von ihnen bebauten Güter unentgeltlich. Am 17. März 1861 wurde das Manifest über die Aufhebung der Leibeigenschaft in allen Kirchen verlesen. Die Ausführung geschah mit eben so vieler Einsicht als Energie, und weder der Widerstand des in seinen Einkünften geschmälerten Adels, noch die Aufstände der Bauern, die lieber ohne alle Ablösung frei werden wollten, konnten den Kaiser in der Ausführung eines Planes hemmen, der auf die Civilisation Rußlands von unberechenbarem Einfluß sein mußte.

Während Kaiser Nikolaus gegen die Polen einen furchtbaren Druck ausgeübt hatte, war der edelmütigere Alexander II. geneigt, eine versöhnliche Politik gegen sie zu befolgen. Mehrfache Verbesserungen in der Verwaltung, auf geistigem und materiellem Gebiet, wurden teils ausgeführt, teils vorbereitet. Aber diese Versuche, die Polen mit ihrem Schicksal auszusöhnen, scheiterten, da diese Nation in der Erinnerung an ihre ehemalige Größe und Selbständigkeit ein Recht zu haben glaubte, ihr Reich in seiner alten Ausdehnung, wie es vor 1772 bestanden, wiederherzustellen. Die Hoffnungen der Polen auf Verwirklichung dieses Zieles erwachten um so stärker, als in Italien das Nationalitätsprincip den Sieg errungen hatte, und man verließ sich darauf, daß Frankreich, wie für Italien, so auch für Polen als natürlicher Beschützer der Nationalitäten auftreten werde. Schon seit dem Winter 1860 auf 1861 stieg die Gährung immer mehr und Kundgebungen religiös-nationaler Art blieben nicht ohne Eindruck auf den feurigen Charakter des Polen. Wallfahrten nach dem Schlachtfelde von Grochow am Jahrestage der Schlacht (25. Febr. 1861), Anlegung von Trauerkleidern und nationalen Farben, Trauergottesdienst für den in Paris verstorbenen Fürsten Czartoryski und für die bei einzelnen Aufständen Gefallenen, schürten die Glut der politischen Leidenschaft. Da solche Demonstrationen nicht aufhörten, wurde im Oktober 1861 über ganz Polen der Belagerungszustand verhängt; zahlreiche Verhaftungen kamen vor, sogar in den Kirchen, wo man revolutionäre Lieder sang, und viele Schul-

dige wanderten nach Sibirien. Vergebens suchte die russische Regierung durch Zugeständnisse und Reformen die Gährung der Gemüter zu beschwichtigen; vergebens wurde der Marquis Wielopolski als Chef der Civilverwaltung dem Statthalter, Großfürsten Konstantin, zur Seite gesetzt und der beliebte Priester Felinski zum Erzbischof von Warschau erhoben. Die katholische Geistlichkeit, der Adel und die städtische Bevölkerung beharrten in ihrem Widerstand, während die Landbevölkerung sich gleichgültig verhielt. Für den Herd der Revolution galt der landwirtschaftliche Verein, in dem Graf Zamoyski eine hervorragende Persönlichkeit war. Die Auflösung dieses Vereins steigerte die Erbitterung. Mordversuche auf General Lüders, auf den Großfürsten und Wielopolski deuteten auf eine Art im geheimen wirkender Fehme hin. Zur Unterdrückung der zunehmenden Bewegung veranstaltete die Regierung in der Nacht des 14. Januars 1863 zu Warschau eine gewaltsame Rekrutenaushebung, zu der alle Patrioten, besonders die Reichen und Gebildeten, die sonst vom Kriegsdienst frei waren, unter endlosen Scenen des Jammers herangezogen wurden. Sofort konstituierte sich das bisher geheime revolutionäre Komitee zur provisorischen Nationalregierung, rief das Volk unter die Waffen, erklärte die Bauern für freie Eigentümer der von ihnen bestellten Grundstücke und ernannte den bekannten General Mieroslawski zum Diktator. Doch dieser floh nach wenigen Tagen nach einer Niederlage auf preußisches Gebiet, wie bald darauf sein Nachfolger Langiewicz, dem eine polnische Patriotin, Anna Pußtowoitow, in Männerkleidung als Adjutant folgte, auf östreichisches. Darauf übernahm die Nationalregierung wieder die obere Leitung des Aufstandes. Vergebens bot die russische Regierung alles auf, die Mitglieder der geheimen Regierung zu entdecken, die unter ihren Augen in Warschau Proklamationen und Befehle erließ, Steuern eintrieb und willige Werkzeuge fand, um ihre Todesurteile auf offener Straße, ja in der Citadelle selbst, zu vollstrecken. Erst gegen Ende des Jahres 1863, als die russische Streitmacht in Polen auf 200 000 Mann gestiegen war, gelang es dem Statthalter Grafen Berg, dem Nachfolger des Großfürsten Konstantin, die Insurrection in so weit zu unterdrücken, daß nur noch einzelne bewaffnete Banden in den Wäldern umher-

streiften. Die Nationalregierung hörte im Februar 1864 auf, mehrere Mitglieder derselben fielen den Russen in die Hände, einige wurden gehängt, andere nach Sibirien verbannt. Der katholischen Geistlichkeit wurde eine außerordentliche Einkommensteuer von 12 pCt. auferlegt. Der Adel erlitt schwere Verluste, indem ein kaiserlicher Ukas vom 2. März 1864 die Zuteilung des bisherigen Besitzes an die Bauern als Eigentum verordnete, wofür eine nur mäßige Entschädigung geleistet ward. Damit hing die Aufhebung der Verbindung zwischen Adel und Bauern zusammen. Noch härter büßte der Adel in den ehemals polnischen Ländern, die sich am Aufstande beteiligt hatten. In Podolien und der Ukraine fanden massenhafte Einkerkerungen statt; in Litthauen versuchte der General-Statthalter Murawieff das polnische Element völlig auszurotten.*)

Napoleon hatte den polnischen Aufstand benutzen wollen, um als Schiedsrichter Europas aufzutreten. Schon im März 1863 hatte er den Plan für ein unabhängiges Polen entworfen, allein es kam zu weiter nichts, als daß er gemeinschaftlich mit England und Östreich Noten zur Beruhigung Polens in Petersburg übergab, die um so weniger Erfolg haben konnten, als man wußte, daß England und Östreich um Polens willen keinen Krieg führen wollten. Nun suchte sich Napoleon durch den Vorschlag eines allgemeinen Kongresses als eines obersten Schiedsrichters in allen europäischen Angelegenheiten aus der Schlinge zu ziehen, aber der Kongreß kam nicht zu stande, und die Polen hatten abermals die bittere Erfahrung gemacht, daß die Wiederherstellung ihres Reiches ohne thatkräftige Unterstützung von außen zu keinem Erfolg führen könne.

*) Im Mai 1867 ward die Einverleibung Polens ausgesprochen. Die einzelnen Verwaltungsgebiete kamen immer mehr unter die Petersburger Centralgewalt, das Konkordat mit dem Papst ward aufgehoben (1866) und der Verkehr der Kirche mit demselben sehr erschwert, das Unterrichtswesen unter das russische Ministerium gestellt und die russische Sprache als Unterrichtssprache erklärt.

XXII.

Der Krieg in der Lombardei (1859). Kämpfe in Mittel- und Süditalien.

Nachdem die Hoffnungen der italienischen Patrioten in den Jahren 1848 und 1849 zu Schanden geworden, kehrte in der Lombardei der Druck der östreichischen Militärherrschaft, verbunden mit dem Mißbrauch polizeilicher Gewalt, in vollem Maße zurück. Dazu kam noch die Lähmung des materiellen Wohlstandes durch Auflegung ungeheurer Kontributionen und durch Sequestration der Güter der zahlreichen Ausgewanderten. Gegen diese Beschlagnahme that die sardinische Regierung, wenn die Ausgewanderten zugleich in Piemont ansässig waren oder durch Naturalisierung Anspruch auf sardinischen Schutz gewannen, häufig Einsprache, und wurde hierin von England und Frankreich unterstützt. Das Streben der östreichischen Regierung, die unteren Schichten durch Aussicht auf eine Verbesserung ihrer Lage auf Kosten des Adels und der besitzenden Klassen mit diesen zu verfeinden und für sich zu gewinnen, schlug fehl; vielmehr fand das nationale Gefühl, das Verlangen nach Italiens Unabhängigkeit, auch unter der ländlichen Bevölkerung immer weitere Verbreitung. In der Lombardei herrschte zwischen den Italienern und den Östreichern ein unversöhnlicher Haß, der nur mit der Vernichtung des einen Teils enden konnte.

Nicht besser stand es in den übrigen unter Östreichs Schutz und Einfluß stehenden italienischen Staaten. Der Herzog von Modena trieb nach seiner Rückkehr seine frühere Regierungsweise von neuem, übergab den Jesuiten das Unterrichtswesen, drückte das Land durch übertriebene Militärmacht und füllte die Gefängnisse mit Patrioten an. Der Herzog von Parma, Karl III., ein spanischer Bourbon, zeichnete sich durch Grausamkeit gegen die Anhänger der nationalen Partei aus und führte ein abscheuliches Prügelsystem ein, bei dem sich der einige Jahre später vom Volke ermordete Gendarmerie-Oberst, Graf Anviti, hervorthat. Einen englischen Stalldiener, namens Ward, ernannte der Herzog zum Minister und Baron und überließ ihm die Regierung. In Toscana stand der Großherzog Leopold wegen persönlicher Milde

noch lange beim Volke in Gunst, obschon die Aufhebung der Verfassung und der östreichische Einfluß Unwillen erregte. Im Kirchenstaate trat die Reaktion anfangs mit dem Scheine der Milde auf, ließ aber bald ihrer Rachsucht die Zügel schießen, ohne sich um die vorher erlassene Amnestie zu kümmern. In einem einzigen Jahre wurden 1644 Personen hingerichtet, darunter in einem Monat (Oktober 1851) 24 in Sinigaglia, der Vaterstadt des Papstes, das sich während der Revolution noch verhältnismäßig am ruhigsten verhalten hatte. Im Jahr 1854 gab es 13 000 politische Gefangene, und 1855 zählte man 19 000 politische Flüchtlinge. Pius IX. war über das Mißlingen seiner ursprünglich guten Absichten erbittert, beschränkte sich auf sein geistliches Amt und überließ die Regierung dem Kardinal-Staatssekretär Antonelli. In Neapel herrschte unter Ferdinand II., vom Volke König Bomba genannt, der schrankenloseste Militär- und Polizei-Despotismus. Zahlreiche Einkerkerungen fanden statt, und ehemalige Minister und Generale lagen mit den gemeinsten Verbrechern in denselben Gefängnissen zusammen. Er verfeindete sich sogar mit den Jesuiten und gab den Vorstellungen Englands und Frankreichs kein Gehör, die endlich allen diplomatischen Verkehr mit ihm abbrachen, als er im Krimkriege seine Sympathieen für Rußland offen zur Schau trug. Während fast ganz Italien unter dem Drucke einer rachsüchtigen Reaktion schmachtete, schloß sich die nationale Partei mit Hoffnung und Begeisterung an den Namen Viktor Emanuels an. Ungeachtet der schweren Wunden, welche zwei unglückliche Feldzüge dem kleinen Lande geschlagen hatten, verzweifelte dieses doch nicht an der Erreichung seines Zieles, der nationalen Unabhängigkeit Italiens. Viktor Emanuel nahm die aus ihrer Heimat vertriebenen politischen Flüchtlinge auf und fuhr fort, die Verfassung in liberalem Sinne durchzuführen. Sein entschlossener Charakter, seine im Krieg bewährte Tapferkeit hatten ihm allgemeines Vertrauen erworben, um so mehr, da er den lockenden Anerbietungen Östreichs, das ihm nach der Schlacht bei Novara die günstigsten Bedingungen in Aussicht stellte, wenn er auf die Nationalitätsidee verzichten wollte, beharrlichen Widerstand geleistet hatte. Glücklicherweise besaß Sardinien in dem Grafen Camillo Cavour einen Staatsmann, der, von glühender Begeisterung

für Italiens Unabhängigkeit beseelt, ungemeinen Scharfsinn besaß, weitgehende Pläne vorzubereiten und den Umständen gemäß zur Ausführung zu bringen. So wichtig es aber auch war, daß das nationale Gefühl alle Schichten der Bevölkerung durchdrang, so hätten doch bei dem erdrückenden Übergewicht der östreichischen Militärmacht die Kräfte eines Staates von kaum fünf Millionen Einwohnern nicht hingereicht, das vorgesetzte Ziel zu erreichen, wenn nicht eine Umgestaltung der europäischen Politik dessen Erreichung möglich gemacht hätte.

Zwischen Rußland und Östreich war seit dem Krimkriege ein feindseliges Verhältnis eingetreten. Man erhob gegen Östreich den Vorwurf der Undankbarkeit, da es, im Aufstande der Ungarn durch Rußlands Beistand gerettet, dieses im Kriege gegen Engländer und Franzosen im Stich gelassen habe. Seitdem neigte das russische Kabinett sich mehr und mehr zu Napoleon III. hin, von dem es bei einem einträchtigen Verhältnis in Betreff seiner Vergrößerungspläne im Orient eben so viel zu hoffen als im Gegenteil zu befürchten hatte. Auf der anderen Seite suchte Napoleon ein ergiebiges Feld für die Ruhmsucht seines Volkes und den Thatendurst seines Heeres und fand dieses in Italien, wo der reichste Gährungsstoff vorhanden war. Napoleon erkannte, daß bei einer Einmischung in die italienischen Verhältnisse ein Kampf mit Östreich unvermeidlich sei, aber die Aussicht auf einen solchen Krieg schreckte ihn nicht ab, da es offenbar war, daß Östreich bei der Feindschaft Rußlands, der Abgeneigtheit Preußens und Englands, dessen genialster Staatsmann, Lord Palmerston, ein entschiedener Gegner der östreichischen Politik war, den Kampf mit Frankreich allein zu führen haben würde. Napoleon strebte nach einer Vergrößerung des französischen Gebietes, und dazu konnte er nur durch Vermittelung Sardiniens gelangen, das durch die Bundesgenossenschaft im Krimkriege in ein engeres Verhältnis zu Frankreich getreten war. War Östreich aus Italien vertrieben, so konnte Sardinien durch die ihm abgenommenen Landesteile vergrößert werden und durch Abtretung von Savoyen und Nizza an Frankreich dem Kaiser der Franzosen seinen Dank für die empfangene Hülfe abtragen. Bald kam es zu einer Annäherung zwischen Frankreich und Sardinien. Auf dem Pariser Frieden legte

Graf Cavour eine Denkschrift vor, in der er nachwies, daß Europa zu keiner dauernden Ruhe gelangen werde, bis die italienische Frage in nationalem Sinne gelöst sei. Er verlangte von den Großmächten die Anerkennung der nationalen Einheit Italiens, die Verleihung einer liberalen Verfassung im lombardisch-venetianischen Königreiche, die Entfernung der fremden Truppen aus dem Kirchenstaate, der unter päpstlicher Oberhoheit von einem weltlichen Statthalter regiert werden sollte, und eine Intervention in Neapel und Sicilien zur Beseitigung der dort herrschenden Mißbräuche. Obgleich Cavours Denkschrift verfrüht und vorläufig ohne Folgen war, so stellte sie doch eine Grundlage zu weiterer politischer Entwickelung auf, deren Verwirklichung von der Zukunft abhing, und erfreute sich zunächst der Zustimmung Englands und Frankreichs. Die Annäherung Rußlands an Sardinien und Frankreich trat immer offener hervor. Die Kaiserin-Mutter wurde bei ihrem Aufenthalt in Nizza von Viktor Emanuel mit Auszeichnung behandelt (Sept. 1856), und einer russischen Dampfschiffahrtsgesellschaft sogar der Hafen von Villafranka käuflich überlassen, woraus bald eine Station für die russische Flotte wurde. Im September 1857 kam Napoleon mit dem Kaiser von Rußland in Stuttgart zusammen, wo außer Anderem auch die italienische Frage zur Sprache kam.

Der Haß und Ingrimm gegen die bestehenden Einrichtungen, die Sehnsucht nach einem Umschwung der Verhältnisse gab sich in Italien an vielen Orten unzweideutig zu erkennen. Vergebens versuchten die Regierungen hier und da in mildere Bahnen einzulenken. Der Kaiser von Östreich besuchte mit seiner Gemahlin Elisabeth von Baiern seine italienischen Staaten, aber weder sein längerer Aufenthalt in Mailand, noch die im Januar 1857 erlassene Amnestie für politische Vergehen vermochten eine versöhnliche Wirkung hervorzubringen. Pius IX. machte eine Rundreise durch den Kirchenstaat und spendete an die Armen reichliche Almosen, aber auch dieser Versuch, eine günstigere Stimmung hervorzurufen brachte in der Lage der Dinge keine Veränderung hervor. Ferdinand II. von Neapel wußte sich von seinem Volke allzusehr gehaßt, als daß er irgend einen Weg wohlwollenden Entgegenkommens hätte einschlagen mögen. Er zog sich in seinen entlegenen Palast Caserta oder nach Gaeta

zurück, wo ihn zahlreiche Wachen umgaben. Es fehlte nicht an Ausbrüchen des Hasses und der Unzufriedenheit. Im November 1856 versuchte der Baron Bentivenga in Sicilien die Verfassung von 1812 herzustellen, wurde aber überwältigt und hingerichtet. Ein Soldat, Namens Milano, machte auf der Parade einen Mordversuch auf den König und büßte mit dem Leben. Der Oberst Pisacane, ein Freund Mazzinis, landete mit einer bewaffneten Schar an der neapolitanischen Küste, um einen Aufstand zu erregen, ward aber, schwer verwundet, gefangen genommen. Ein furchtbares Erdbeben (Dezbr. 1857), das gegen 20000 Häuser zerstört und an 10000 Menschen verschüttet haben soll, machte auf die königliche Familie nicht den geringsten Eindruck.

Die geheimen Gesellschaften in und außer Italien entwickelten eine ungemeine Thätigkeit. Sie sahen in der Annäherung Rußlands und Frankreichs einen Bund zweier Despoten, der der Freiheit der Völker Gefahr drohe. Da Napoleon die Freiheit in Frankreich unterdrückte, so erwartete man von seinem Einfluß auf Viktor Emanuel für Italien kein Heil, und den Anhängern Mazzinis erschien er, der einst zum Bunde der Carbonari gehört, geradezu als Abtrünniger und Verräter. Bei der verzweifelten Lage des Landes und der Glut der Leidenschaft glaubte man durch ein erschütterndes Ereignis den trostlosen Verhältnissen eine günstigere Wendung geben zu können. Da unternahm es Felix Orsini, der Mitglied der konstituierenden Versammlung in Rom gewesen, dann in östreichische Gefangenschaft gefallen und aus dem Kerker in Mantua entkommen war, eine Verschwörung gegen Napoleons Leben zu stiften, und verband sich zu diesem Zweck in England mit drei anderen italienischen Flüchtlingen, Pieri, Gomez und Rudio. Er ließ in aller Stille eine eigentümliche Art von Bomben anfertigen und begab sich mit seinen Genossen von London nach Paris. Als Napoleon am Abend des 14. Januar 1858 mit seiner Gemahlin nach der Oper fuhr, wurden die furchtbaren Bomben gegen seinen Wagen geschleudert. Über hundert Menschen wurden tot oder verwundet niedergestreckt, alle Fenster der Straße waren zertrümmert, aber der Kaiser und die Kaiserin wurden nur leicht im Gesicht geritzt. Orsini, der mit Pieri und Gomez verhaftet worden, erklärte im Verhör, er habe

Napoleon lange Zeit für den künftigen Retter Italiens gehalten, da dieser aber dessen Befreiung nicht übernehmen wolle, vielmehr zu einem Hindernis derselben geworden, so habe er dessen Beseitigung für notwendig erachtet. Aus seinem Gefängnis richtete Orsini ein Schreiben an Napoleon, worin er ihn erinnerte, daß die Italiener einst ihr Blut für seinen Oheim vergossen hätten, und daß er die Unterdrückung Italiens durch die Östreicher nicht länger dulden dürfe. Dieses Schreiben erschien im Moniteur. Am 13. März wurden Orsini und Pieri hingerichtet. Orsini, der mit Unerschrockenheit zum Tode ging, brachte noch auf dem Schafott ein Lebehoch auf die Freiheit Italiens aus. Vor seiner Hinrichtung hatte er noch ein Schreiben an Napoleon erlassen, worin er für die Veröffentlichung des ersten Schreibens dankt und mit den Worten schließt: „Ich gehe dem Tode mit dem Troste entgegen, daß Ew. Majestät von wahrhaft italienischen Gesinnungen beseelt sind."

Orsinis That scheint nicht ohne Einfluß auf Napoleons Verhalten gegen Italien geblieben zu sein,*) da von jetzt an eine regere Teilnahme für Italien, insbesondere Sardinien, und eine feindseligere Gesinnung gegen Östreich unverkennbar sind. Zunächst aber galt es, ein gutes Vernehmen zu England herzustellen, mit welchem seit dem Krimkriege eine gewisse Spannung bestand, die noch dadurch geschärft wurde, daß einer der Mitverschworenen Orsinis, der Franzose Bernard, der in England zurückgeblieben, von den englischen Geschworenen unter lautem Beifall des Publikums freigesprochen wurde. Da indessen England gerade in Ostindien beschäftigt war, und Napoleon zu seinem italienischen Kriege Englands Neutralität nötig hatte, so gewannen versöhnliche Beziehungen die Oberhand; die Königin Viktoria begab sich sogar auf Napoleons Einladung nach Frankreich, um der Einweihung des Hafens von Cherbourg beizuwohnen (5. August 1858), und Palmerston wurde bei einem Besuche in Paris mit Auszeichnung aufgenommen.

Unterdessen wurde Sardiniens Haltung gegen Östreich immer feindseliger. Turin wurde der Sammelplatz aller

*) In einem am 1. April zu London veröffentlichten Briefe drohte Mazzini dem Kaiser Napoleon mit dem Dolche, wenn nicht dem eisernen, doch dem der öffentlichen Meinung.

Verbannten; einige Corps wurden von diesen gebildet, zu deren Ausrüstung Sardinien die Kosten hergab. Im Herbst 1858 fand eine Zusammenkunft Cavours mit Napoleon im Badeort Plombières statt, wo die ferneren Pläne in Betreff Italiens verabredet wurden. Die sardinische Presse erlaubte sich die maßlosesten Ausfälle gegen Östreich. In diesen Ton stimmte auch die französische Presse immer mehr ein, je weiter die Pläne Napoleons ihrer Reife entgegengingen, und bald wurden Östreich und der Papst als Feinde der Nationalitäten, als Feinde des Fortschritts und aller Gesittung in leidenschaftlichster Art bekämpft.*)

Europa ahnte, daß ein Gewitter am politischen Horizonte aufsteige, als Napoleon am Neujahrstage 1859 beim Empfange des diplomatischen Corps nähere Andeutungen gab. „Ich bedauere", sagte er zum östreichischen Gesandten, Baron von Hübner, „daß unsere Beziehungen nicht so gut sind, als ich sie zu sehen wünsche, aber ich bitte Sie, dem Kaiser zu melden, daß meine persönlichen Gefühle für ihn immer dieselben sind." Noch klarer wies Viktor Emanuel bei Eröffnung der sardinischen Kammern auf den „Schmerzensschrei" hin, der sich, Hülfe flehend, von so vielen Seiten Italiens erhebe, und gegen den Sardinien, ungeachtet seiner Achtung vor den Verträgen nicht gleichgültig bleiben könne. Die Vermählung zwischen dem Prinzen Napoleon, dem Sohne Jeromes, einem eifrigen Freunde der Unabhängigkeit Italiens, und der Prinzessin Klothilde, der ältesten Tochter des Königs von Sardinien, knüpfte das Bündnis durch verwandtschaftliche Bande noch enger. Eine französische Flugschrift: „Napoleon III. und Italien" stellte die „Berechtigung der Nationalitäten" und die „Revision der Verträge" als unentbehrlich für die Ruhe Europas hin. Östreich konnte die ihm drohende Gefahr nicht verkennen und rüstete sich zum Kriege. Es schickte Truppen über Truppen nach der Lombardei, und stellte das Land, wo Erzherzog Ferdinand Maximilian als Gouverneur die Härte der Verwaltung möglichst

*) Um diese Zeit ließ die päpstliche Regierung einen jüdischen Knaben in Bologna, namens Mortara, der von einer christlichen Magd heimlich getauft war, seiner Familie entreißen und mit Gewalt im Christentum erziehen. Dieser Vorfall erregte besonders in England allgemeines Aufsehen.

gemildert hatte, unter das Kriegsgesetz. Frankreich zog eine Armee an den Alpen zusammen, und die kriegstüchtigsten Regimenter in Algerien waren zur Einschiffung bereit. Auch Sardinien bot alle seine Kräfte auf und zog seine Truppen um Alessandria und den Tessin zusammen. Während ganz Europa einen blutigen Zusammenstoß für unvermeidlich hielt, versuchte die Diplomatie noch eine friedliche Lösung. Aber die Reise des britischen Gesandten in Paris, Lord Cowley, nach Wien, um auf dem Wege der Unterhandlungen eine Ausgleichung zwischen den streitenden Parteien zu finden, war eben so vergeblich, wie der von Rußland vorgeschlagene Kongreß der Großmächte, auf welchem die italienische Frage entschieden werden sollte. Östreich verwarf diesen Vorschlag, von dem es kein günstiges Ergebnis erwarten konnte, und zog eine rasche Entscheidung, welche doch immer die Möglichkeit eines Sieges bot, einem bewaffneten Frieden vor, der seine Finanzen zerrüttete und seinen Gegnern Zeit zur Vollendung ihrer Rüstungen gestattete. Am 23. April erhielt Graf Cavour das östreichische Ultimatum und eine dreitägige Frist zur letztgültigen Erklärung. Am 25. erschien eine ablehnende Antwort, und am 26. ließ Napoleon in Wien erklären, daß er den Übergang der Östreicher über den Tessin als eine Kriegserklärung gegen Frankreich betrachten werde.

Sardinien hatte 60—65 000 Mann ins Feld gestellt, einige tausend Freiwillige, unter dem Namen der Alpenjäger, befehligte Garibaldi. Napoleons Heer betrug 150 000 Mann, andere Truppenabteilungen wurden in Marseille und Toulon nach Genua eingeschifft. Die Streitkräfte der Östreicher beliefen sich auf 200 000 Mann, von denen 150 000 im offenen Felde verwendbar waren. Am 29. April gingen die Östreicher über den Tessin und rückten in Piemont ein. Da der Krieg unvermeidlich war, so hätte man ihn von ihrer Seite mit aller Anstrengung und rücksichtsloser Entschlossenheit führen sollen. Vor allem hätte man eines tüchtigen Feldherrn bedurft. Radetzky war im Jahre zuvor gestorben, aber noch waren der Feldzeugmeister Heß und der Feldmarschallieutenant Benedeck da, Feldherren von militärischem Talent und entschlossenem Charakter. Statt einem von ihnen den obersten Heeresbefehl zu übertragen, wurde Graf Franz Gyulai, ein östreichisch gesinnter ungarischer Magnat an die

Spitze der Truppen gestellt, der nie im Kriege gedient hatte und ohne alle Einsicht und Erfahrung war. Anstatt mit überlegener Macht bis Turin vorzurücken und die französischen Corps einzeln aufzureiben, setzte sich Gyulai in der Lomelina, einer der fruchtbarsten Provinzen Piemonts, fest, bis dieselbe durch Regengüsse überschwemmt und fast unwegsam geworden, ließ die Sardinier sich um Alessandria sammeln und that nichts, um ihre Vereinigung mit den Franzosen zu hindern. Napoleon, der seine berühmtesten Generale, Canrobert, MacMahon, Niel, um sich hatte, erließ am 12. Mai einen Tagesbefehl an seine Soldaten, in dem er sie an die glorreichen Thaten ihrer Väter in Italien unter seinem großen Oheim erinnerte und ihnen ähnliche Erfolge in Aussicht stellte. Er übernahm den Oberbefehl über die französisch-sardinische Armee und gab oft Proben seines strategischen Talentes. Dagegen blieb Gyulais Oberbefehl im östreichischen Heere ohne alle Bedeutung; die einzelnen Corpsführer blieben sich selbst überlassen und ein allgemeiner Kriegsplan war nicht entworfen. Um sich über die Stellung der Feinde klar zu werden, ordnete Gyulai eine große Rekognoscierung an, die zwischen Franzosen und Östreichern zu dem Gefecht von Montebello führte (20. Mai), wo letztere nach hartnäckigem Widerstande zum Rückzug gezwungen wurden. Während der östreichische Obergeneral, in völliger Unkunde über die feindlichen Bewegungen, sich gänzlich unthätig verhielt, fiel Garibaldi mit seinen Alpenjägern in die Lombardei ein, besetzte Como und bedrohte Mailand, wich aber vor der Übermacht der Östreicher zurück. Als Napoleon mit seiner Armee gegen Mailand vorrückte, mußte sich Gyulai mit seinem ganzen Heere bei Pavia auf das linke Ufer des Tessin zurückziehen (1. Juni). Nachdem er seine Streitmacht nach und nach vereinigt hatte, kam es nach einigen Vorpostengefechten am 4. Juni bei Magenta zu einer Schlacht. Die Verbündeten befanden sich anfänglich wegen des verspäteten Eintreffens der Corps unter Canrobert und MacMahon im Nachteil, und Napoleon schwebte eine Zeit lang in großer Gefahr, zuletzt aber entschied MacMahon den Sieg, der dem General den Titel eines Herzogs von Magenta verschaffte. Die östreichischen Soldaten fochten mit ausgezeichneter Tapferkeit, aber es fehlte an einer einheitlichen Oberleitung; die einzelnen

Corps schlugen sich ohne zusammenhängenden Plan, da, wo sie gerade standen und wurden der Reihe nach zurückgeworfen. Damals stellten sich auch die groben Mißbräuche der östreichischen Armeeverpflegung heraus. Wucherische Lieferanten hatten sich Millionen für ungeheure Vorräte an Schlachtvieh, Wein und Brot zahlen lassen, die nie vorhanden gewesen, so daß ganze Regimenter Tage lang hungern mußten und erschöpft ins Gefecht gingen.

Nach der Niederlage bei Magenta räumten die Östreicher die Lombardei. Gyulai verließ Mailand, zerstörte die Festungswerke von Pavia und Piacenza, zog die östreichischen Besatzungen aus dem Kirchenstaate an sich und setzte den Rückzug bis zu dem berühmten Festungsviereck fort, um hier in vorteilhafter Stellung den Angriff der Feinde zu erwarten. Am 8. Juni hielten Napoleon und Viktor Emanuel unter dem Jubel der Bevölkerung ihren Einzug in Mailand. Der Kaiser erklärte in einer Proklamation an die Italiener, daß er ohne selbstsüchtige Zwecke nur ihre Befreiung und selbständige nationale Stellung im Auge habe. Die Fortschritte der Verbündeten hatten in ganz Italien die Nationalpartei mit neuen Hoffnungen erfüllt und zum Widerstand gegen die bestehenden Gewalten aufgefordert. Der Herzog Franz von Modena, die Herzogin Luise von Parma mit ihrem minderjährigen Sohne Robert, der Großherzog Leopold von Toscana mußten ihre Staaten verlassen und in Östreich und in der Schweiz Schutz suchen. Provisorische Regierungen traten an ihre Stelle, überall wurde der Anschluß an Sardinien verlangt. Auch Bologna rief die Diktatur Viktor Emanuels aus. Am 23. Mai landete Prinz Napoleon mit französischen Truppen in Livorno, fand aber keine Teilnahme bei der Bevölkerung und zog nach der Lombardei, um sich mit den Verbündeten zu vereinigen.

Der östreichische Kaiser Franz Joseph begab sich selbst zur Armee und übernahm am 18. Juni den Oberbefehl, ohne daß durch Gyulais Entfernung eine größere Einheit des Kommandos erzielt worden wäre. Das Heer war keineswegs entmutigt, und brannte vor Begierde, die Scharte von Magenta auszuwetzen. Der Kaiser beschloß, auf das rechte Ufer des Mincio überzugehen und den Feind über den Tessin zurückzuwerfen. Am 24. Juni standen die beiden Heere einander

gegenüber; das östreichische dehnte sich in einem langen Halbkreis aus, dessen beide Flügel einen Raum von vier Stunden einnahmen, um von beiden Seiten koncentrisch gegen den Feind vorzurücken. Aber dadurch ward das Centrum zu schwach, dem noch außerdem die nötigen Reserven fehlten. Den Mittelpunkt des Centrums bildete eine Anhöhe bei dem Dorfe Solferino, von dem die Schlacht den Namen erhielt. Napoleon, überzeugt, daß von dem Besitz dieser Anhöhe der Sieg abhing, richtete seinen Hauptangriff auf das schwache feindliche Centrum. Die Östreicher, bei denen auch diesmal kein planmäßiges Handeln statt fand, hatten die Wichtigkeit dieses Punktes ganz übersehen und erkannten sie auch dann nicht, als sie sahen, daß Napoleon immer neue Massen gegen die Anhöhe in Bewegung setzte. Die große Tapferkeit der Östreicher, so wie der Umstand, daß Canrobert das hartbedrängte Corps unter Niel ohne Unterstützung ließ, verzögerten den Sieg der Verbündeten. Doch blieben die Franzosen, nochmals zurückgeschlagen, gegen vier Uhr im Besitz der Höhe, als ein furchtbares Gewitter, verbunden mit starken Regengüssen, ausbrach und den Kampf eine Zeit lang hemmte. Doch war die Schlacht für die Östreicher verloren, obgleich Benedeck, der die Sardinier bei San Martino zweimal geworfen, das Gefecht bis acht Uhr fortsetzte. Auf östreichischer Seite hatten Offiziere und Soldaten ihre alte Tapferkeit bewährt; auf Seiten der Franzosen hatte sich besonders Niel ausgezeichnet und würde, wenn ihn nicht Canrobert im Stich gelassen hätte, den Rückzug der Östreicher nach dem Mincio noch bedeutend erschwert haben. Bei Solferino waren beide Heere ungefähr je 140 000 Mann stark. Die Östreicher verloren an diesem Tage, wo zwölf Stunden ununterbrochen gefochten wurde, an Toten, Verwundeten und Gefangenen gegen 22 000 Mann, die Verbündeten über 19 000, und hatten mehr Tote und Verwundete als die Östreicher. Die Mängel der Armeeverwaltung bei den letzteren kam auch in dieser Schlacht zum Vorschein.

Da sich die Östreicher auf ihr Festungsviereck zurückzogen, die Verbündeten ihnen über den Mincio nachzogen, so war ganz Europa auf eine kräftige Fortsetzung des Krieges gefaßt, als ganz unerwartet die Nachricht von einem am 6. Juli abgeschlossenen Waffenstillstand und einer am 11. Juli

statt gehabten persönlichen Zusammenkunft der beiden Kaiser, bei welcher die Friedenspräliminarien schon verabredet seien, die Welt überraschte. Man wunderte sich eben so sehr, daß Franz Joseph nach einer Niederlage, die den Feind nicht weniger als ihn selbst geschwächt hatte, schon alles verloren gebe, als daß Napoleon plötzlich auf der Mitte seiner Bahn still stehen und sein Programm: „Italien frei bis zur Adria!" nicht vollständig verwirklichen wolle. Die Gründe zu dieser auffallenden Erscheinung waren verschiedener Art. Napoleon hatte für den Ruhm seines Volkes und Heeres durch zwei glänzende Siege vorläufig genug gethan; seine eigenen Truppen hatten furchtbar gelitten, und während er den Ersatz für die Verluste nur aus weiter Ferne heranziehen konnte, näherten sich die Östreicher, deren militärische Hülfsquellen noch lange nicht erschöpft waren, immer mehr ihren Reserven und dem schützenden Festungsviereck, in dem sie einen lange dauernden Widerstand leisten konnten, bei dem für Napoleon eher zu verlieren als zu gewinnen war. Der nationalen Partei in Italien glaubte Napoleon Genüge geleistet zu haben, wenn er ihr die den Östreichern entrissene Lombardei überließe. Daß Sardinien die ganze Halbinsel an sich reiße, war nicht nach seinem Plane, der vielmehr auf Gründung eines Staatenbundes und auf Erhebung einiger seiner Verwandten auf italienische Throne — Prinz Napoleon in Toscana, Prinz Murat in Neapel — gerichtet war. Andere Gründe lagen in den Verhältnissen Deutschlands, wo der italienische Krieg verschiedenartige Empfindungen erregt hatte. In Süddeutschland wurden östreichische Sympathieen laut, in Berlin war die Stimmung gegen Östreich. Indessen hatte Preußen sein Heer mobil gemacht, um eine Stellung am Mittel- und Niederrhein einzunehmen, und die Aufstellung eines Bundescorps am Oberrhein unter Baierns Führung beim Bunde beantragt. Für Napoleon lag die Möglichkeit nahe, einen Doppelkrieg, den einen am Po, den andern am Rhein, führen zu müssen. Östreich verlangte von Preußen eine thätige Unterstützung als deutsche Bundesmacht, aber dessen Antrag, den Prinz-Regenten von Preußen zum Oberfeldherrn des deutschen Bundesheeres zu ernennen, war von diesem abgelehnt worden, indem der verantwortliche Regent einer deutschen Macht nicht zugleich der verantwortliche Feldherr der Bundesversammlung sein könnte.

Da das östreichische Kabinett in der freien Haltung des preußischen Großstaates eine Feindseligkeit erkannte, so fanden Napoleons Vorstellungen, daß Preußen nur rüste, um die Hegemonie in Deutschland zu erringen, bei Franz Joseph um so leichter Eingang, als diesem von seiner Umgebung ein tiefes Mißtrauen gegen die preußische Politik eingeflößt war. Östreich wollte daher lieber Opfer in Italien bringen, um nur seinen Einfluß in Deutschland auf Kosten Preußens geltend zu machen. So einigten sich denn die beiden Kaiser in Villafranca dahin, daß Östreich die Lombardei mit Ausnahme der Festungen Mantua und Peschiera, an Frankreich abtrete, das sie an Sardinien übergeben werde. Die Wiedereinsetzung der Regenten von Toscana und Modena wurde an die Bedingung geknüpft, daß diese Fürsten von ihren Unterthanen zurückgerufen würden, und daß keine fremde Intervention statt finden dürfe. Italien sollte einen Staatenbund unter dem Ehrenvorsitz des Papstes bilden, den man um Einführung von Reformen im Kirchenstaat ersuchen wollte. Diese Friedenspräliminarien von Villafranca wurden am 10. November 1859 durch den Züricher Frieden bestätigt, in dem die Wiedereinsetzung der mittelitalienischen Fürsten von einem Kongreß abhängig gemacht wurde, der aber nie zu stande kam.

Napoleon kehrte als Sieger nach Frankreich zurück. Er hatte durch diesen kurzen aber glänzend geführten Krieg seinen Einfluß in Europa ungemein erhöht. Die nationale Partei in Italien, die mit Napoleon unzufrieden war, daß er sie nicht bis zur Adria geführt, ward dahin bedeutet, daß der Kaiser ihr die Bahn zur Erreichung ihres Zieles gebrochen habe, das übrige ihr selbst überlasse. Die Nationalpartei befolgte diesen Rat und arbeitete kräftig auf den Einheitsstaat hin. Von einer Rückkehr der vertriebenen Fürsten war eben so wenig die Rede, wie von einem Staatenbund unter dem Vorsitz des Papstes. Der nördliche Teil des Kirchenstaates, die sogenannte Emilia, riß sich vom Papste los und schloß sich an Sardinien an. Eine französische Flugschrift von Laguerronnière: „Der Papst und der Kongreß," an deren Abfassung Napoleon selbst beteiligt war, sprach den Gedanken aus, daß der Papst um so sicherer dastehen werde, je weniger Gebiet er zu beherrschen habe. Napoleon gestattete ein

weiteres Umsichgreifen Sardiniens, um für Frankreich eine Vergrößerung an der Alpengrenze anzubahnen. Er hatte seine nächsten Zwecke vollständig erreicht. Östreichs Einfluß in Italien war beseitigt, es war gedemütigt und mit Preußen entzweit, dessen selbständige und unabhängige Haltung von ihm als falsches Spiel ausgelegt ward.*) Der deutsche Bund war gelähmt, und Italien in einen Zustand politischer Gährung versetzt, die ihm den Schutz Frankreichs unentbehrlich machte.

So war denn ein großer Schritt zur Gründung eines nationalen Italiens geschehen. Der rasche Erfolg war dem energischen Streben der liberalen Staatslenker Sardiniens, wie der Unterstützung des mächtigen Nachbars zu verdanken, der in der neuen Schöpfung eine Notwendigkeit erkannte, aber eine allzukräftige Gestaltung derselben in ihre Schranken wies. Als Parma, Modena, Toscana, ja selbst die päpstlichen Legationen sich dem sardinischen Staate angeschlossen hatten, mußte sich dieser zur Abtretung von Savoyen und Nizza verstehen (April 1860), die durch das von Frankreich beeinflußte allgemeine Stimmrecht von diesem „annektiert" wurden.

Der nationale Aufschwung in Italien mußte natürlich seine Ziele immer weiter verfolgen. Die revolutionäre Partei dachte schon jetzt daran, wenn nicht sofort das durch das mächtige Festungsviereck geschützte Venetien, doch wenigstens den Rest des Kirchenstaates mit Rom, als nationale Hauptstadt, und das Königreich beider Sicilien in den italienischen Gesamtstaat aufzunehmen. Garibaldi suchte diesen Plan, mit dem sich Mazzini seit dreißig Jahren herumtrug, durch seine Freischaren zu verwirklichen. Da aber Rom noch unter dem Schutze französischer Truppen stand, so schiffte sich Garibaldi, nachdem im April Aufstände in Sicilien ausgebrochen, am 6. Mai mit mehr als 1000 Freiwilligen in Genua ein und landete am 11. Mai bei Marsala an der Westküste Siciliens. In Neapel war am 22. Mai 1859 auf den alten König Ferdinand II. sein Sohn Franz II. gefolgt, der,

*) Franz Joseph erklärte in einem Manifest, „er habe den Frieden geschlossen, um die Einmischung Dritter zu verhüten, welche die Bedingungen nur ungünstiger gestaltet haben würden." Diese Erklärung verletzte das preußische Kabinett.

ohne Erfahrung, von einer absolutistisch gesinnten Umgebung abhängig, alle Ratschläge Englands und Frankreichs, freisinnigere Institutionen einzuführen, zurückwies, obgleich ihm diese Mächte im April 1860 erklärten: „Neapel müsse das System oder die Dynastie wechseln." Garibaldis Schar stieg durch Zuzüge aus Sicilien auf 4000 Mann; er übernahm die Diktatur über die Insel im Namen Viktor Emanuels, des „Königs von Italien", und konnte es am 26. Mai wagen, Palermo im Einverständnis mit den Einwohnern anzugreifen. Wenn auch der neapolitanische General Lanza einen Teil der Stadt durch ein Bombardement in einen Trümmerhaufen verwandelte, so mußte er doch bereits am 7. Juni kapitulieren. Zu spät verkündete der König von Neapel eine Konstitution; man schenkte dieser abgenutzten Nothülfe keinen Glauben mehr, auch in der Residenz brachen Unruhen aus (26. Juni). Garibaldi aber, der unter dem Rufe: „Italien und Viktor Emanuel!" überall wie ein Befreier empfangen wurde, ging von Messina mit etwa 5000 Mann über die Meerenge nach Reggio. Ohne Widerstand zu finden, zog er, mit der roten Blouse und dem Filzhute, wie im Triumph in Neapel ein, wo ihn das Volk mit stürmischer Begeisterung empfing (7. Sept.).

Garibaldi hegte den Plan, dem weltlichen Regiment des Papstes ein Ende zu machen und „vom Quirinal aus", wie er erklärte, die Annexion Neapels und Siciliens mit dem Königreich Italien zu verkünden. Der Papst, taub gegen alle Ratschläge zu Reformen, beharrte bei seinem starren: „Non possumus!" und ließ in allen katholischen Ländern Werbungen anstellen. An die Spitze seiner Truppen stellte er den französischen General Lamoricière. Napoleon wünschte Garibaldi die Gewalt aus den Händen zu winden, da er hinter ihm Mazzini*) und die Republik fürchtete, und soll sich daher in Chambery (28. Aug.) mit Viktor Emanuel dahin

*) Mazzini, der Cavour von Anfang nicht getraut, in der Überzeugung, daß derselbe nicht sowohl die Befreiung Italiens, als die Machtvergrößerung Sardiniens beabsichtigte, hatte schon nach dem Züricher Frieden in einem Manifest vor dem Bunde der drei Kaiser gewarnt, durch die er die Freiheit bedroht glaubte. Die Mazzinisten suchten Garibaldi zu gewinnen und die Annexion Neapels an Sicilien zu verhindern; auch sie wollten ein freies und einiges Italien, aber kein Königreich, sondern die Republik.

verständigt haben: „Die Marken und Umbrien, den nordöstlichen Teil des Kirchenstaates, solle er mit Sardinien vereinigen, auch in Neapel einrücken dürfen, um statt der revolutionären Diktatur Garibaldis ein geordnetes monarchisches Regiment zu errichten; Rom und das sogenannte Patrimonium Petri solle unangetastet bleiben." Darauf besetzte die sardinische Armee Umbrien und die Marken; am 18. Sept. stellte sich ihr Lamoricière bei Castelfidardo entgegen, wurde aber von Cialdinis Übermacht zurückgedrängt und mußte sich in Ancona mit der ganzen Besatzung kriegsgefangen ergeben (29. Septbr.).

Viktor Emanuel zog an der Spitze seiner Truppen nach Neapel und hielt mit Garibaldi einen feierlichen Einzug in diese Hauptstadt (7. Nov.). Dieser, seine Pläne gegen Rom aufgebend, legte die Diktatur nieder und zog sich, jede Auszeichnung verschmähend, nach der Insel Caprera zurück, im Bewußtsein, nicht aus persönlichen Beweggründen, sondern einzig für die Idee der Unabhängigkeit und Einheit Italiens gehandelt zu haben. Ohne große Kämpfe zwang Viktor Emanuel den König Franz II. sich in Gaeta einzuschließen, wo er sich mit seiner mutigen Gemahlin, Maria von Baiern, drei Monate lang hartnäckig verteidigte und seiner traurigen Regierung noch einen verschönernden Schimmer verlieh. Am 13. Februar 1861 mußte er sich ergeben und schiffte sich auf einem französischen Schiffe nach Rom ein, wo ihn Pius IX. mit offenen Armen empfing.

Bei der Eröffnung des ersten italienischen Parlaments zu Turin am 18. Februar 1861 wies Viktor Emanuel mit Stolz auf das hin, was für die nationale und politische Wiedergeburt Italiens geschehen war, machte aber darauf aufmerksam, daß, wie früher Wagen, jetzt Warten an der Zeit sei. Mit Zustimmung des Parlaments nahm er den Titel „König von Italien" an. Die officielle Formel sollte fortan lauten: „Viktor Emanuel II., von Gottes Gnaden und durch den Willen der Nation König von Italien."

Während Venetien für jetzt noch unangreifbar war, erklärte Cavour, daß die Konstituierung Italiens ohne Rom, die einzige Stadt, der alle anderen Städte einen unbedingten Vorrang einräumten, unvollendet bleiben würde. Er stellte den Grundsatz auf: „Freie Kirche im freien Staate", d. h. er

wollte den Papst als freies Oberhaupt lassen mit unbeschränkter Ausübung seiner kirchlichen Rechte, aber mit Entziehung der weltlichen Herrschaft. Der Papst lehnte eine Trennung der beiden Gewalten ab. Bald wurde Italien von einem unersetzlichen Verlust betroffen. Cavour, dessen seltene Arbeitskraft durch aufreibende Thätigkeit erschöpft war, starb nach kurzer Krankheit (6. Juni 1861). Selbst seine Gegner, die Klerikalen, mußten seinem Seelenadel Anerkennung zollen. Nie hat ein Staatsmann seinem Lande größere Dienste geleistet. Was ihn besonders auszeichnete, war das Verständnis der nationalen Ideeen, und die Überzeugung, daß nur durch sie die Zukunft Italiens festzustellen sei. Cavours Nachfolger, Ricasoli, drang darauf, alle Kräfte der Nation zu vereinigen, um Rom zu gewinnen. Dies schien auch zur Sicherung der monarchischen Ordnung gegen Mazzinis Republikanismus, wie gegen das von Rom aus als Werkzeug der Reaktion begünstigte Banditenwesen in Neapel notwendig. Gegen letzteres schickte er den General Cialdini, der durch massenhafte Erschießungen Ruhe herstellte. Da aber Ricasolis selbständiges Auftreten nicht nach Napoleons Sinn war, mußte er Rattazzi weichen. Das Parlament hatte am 27. März 1861 Rom zur Hauptstadt des Königreichs Italien proklamiert; Rattazzi hielt fest an diesem Beschluß und erklärte (März 1862), „das Verlangen der Nation, den Sitz der Regierung in die ewige Stadt zu verlegen, könne nicht abgelehnt werden." Da er zugleich Garibaldis Freiwillige, die zuletzt mit Zurücksetzung behandelt worden waren, in die Armee aufnahm, so wurde die sogenannte Aktionspartei zu neuer Thätigkeit entflammt, und „Rom und Venedig!" war die Losung. Da ließ sich Garibaldi zu dem eigenmächtigen Versuche verleiten, von Sicilien aus die Stadt Rom anzugreifen. Mit 3000 Freiwilligen landete er in Calabrien unter dem Rufe: „Rom oder den Tod!" Aber die Regierung erklärte jeden Aufruf, der nicht vom Könige komme, für einen Aufruf zum Bürgerkrieg und schickte den General Cialdini gegen ihn. Bei Aspromonte kam es am 28. August 1862 zu einem Gefecht, in dem Garibaldi am rechten Fußgelenke gefährlich verwundet wurde und sich ergeben mußte. Bald wurde er freigelassen, aber die Wunde heilte langsam; endlich durch die Kunst eines französischen Arztes gerettet, zog er sich nach seinem

Asyl, der Insel Caprera, zurück. Wenn auch sein letztes Unternehmen von vielen mißbilligt ward, so folgten ihm doch die Sympathieen der Welt, und sein Name blieb der populärste in Italien.

Der Papst berief zur Heiligsprechung japanischer Märtyrer ein größtenteils aus französischen Bischöfen bestehendes Konzil, welches die Aufrechterhaltung der weltlichen Macht des Papstes für eine Notwendigkeit erklärte (9. Juni). Da dennoch eine Zirkularnote Durandos, des Ministers des Auswärtigen, an die fremden Höfe, den Satz aussprach, die ganze Nation verlange nach ihrer Hauptstadt, so mußte Rattazzi, dessen Lage keine günstige war, und der auch seit dem Gefechte von Aspromonte Mazzinis Republikaner gegen sich hatte, das Ministerium niederlegen (1. Dezbr. 1862).

Ohne Napoleons Einwilligung konnte der König von Italien weder Venedig noch Rom gewinnen. Im Juni 1864 erklärte der französische Kaiser, seine Truppen aus Rom hinwegzuziehen, wenn die italienische Regierung sich bereit zeige, dem Papste sein noch übriges Gebiet zu lassen und eine päpstliche Armee zuzugestehen.*) Als Bürgschaft dafür verlangte er die Verlegung der italienischen Residenz nach Florenz. So wurde die September-Konvention geschlossen, der zufolge Napoleon III. seine Truppen binnen zwei Jahren von Rom wegziehen wollte. Die Unzufriedenheit, welche in Turin entstand, wurde dadurch gedämpft, daß das Parlament die Verlegung der Residenz als notwendig erkannte, um Italiens Einheit zu befestigen. Im Herbst 1866 zog Frankreich seine Truppen aus Rom, als durch das Bündnis Italiens mit Preußen auch bereits Venetien für Italien gewonnen war.

*) Der Papst sprach noch in demselben Jahre (1864) in einer Encyclica über alle moderne Bildung und neuen Staatsideeen das Verdammungsurteil aus und beharrte allen ihm gebotenen Concessionen gegenüber bei dem gewöhnlichen: „Non possumus!“

XXIII.

Napoleon III. auf seiner Machthöhe bis zum Beginn ihres Sinkens. (1852—1863.)

Nach Wiederherstellung des Kaisertums in Frankreich wurde für Errichtung eines neuen Hofstaates des kaiserlichen Hauses gesorgt, und es fehlte nicht an reichausgestatteten Stellen, um geleistete Dienste zu belohnen. Die Civilliste des Kaisers wurde auf 25 Millionen festgesetzt, dieselbe Summe, die einst Napoleon I. bezogen, und das Doppelte von derjenigen, mit welcher Louis Philipp hausgehalten hatte. Für die Prinzen „des kaiserlichen Hauses" wurden ihm weitere anderthalb Millionen zur Verfügung gestellt. Die Befestigung des neuen Thrones ging ohne Schwierigkeit von statten. Napoleon III., außerhalb Frankreichs herangewachsen, hatte seine Bildung in Deutschland erhalten und war in der Schweiz, Italien, Amerika und England zum Manne gereift; frei von den Schwächen des französischen Nationalcharakters, brachte er die Ideeen mit auf den Thron, nach denen er Frankreich zu beherrschen gedachte, und machte sich die Fehler seiner Vorgänger zu Nutzen, indem er sie zu vermeiden suchte. Besaß er auch nicht die strategisch-politische Genialität seines großen Oheims, so war er doch ein außerordentlicher Mann und erfüllt von dem Glauben an den endlichen Sieg der napoleonischen Dynastie. Während die demokratische Richtung des französischen Volkes auf der einen Seite freie Berechtigung des Talentes, Freiheit der Arbeit und des Verkehrs und allgemeines Stimmrecht verlangte, sollte auf der anderen alle Macht in der Hand des Kaisers vereinigt werden. Damit hing Beschränkung der Kammern und der Presse notwendig zusammen; Kirche und Klerus sollten geehrt, aber ohne Einfluß auf die Staatsverwaltung dastehen. So war das Wesen der neuen Regierung ein „militärisch-politischer Absolutismus", der im innern Ruhe und Wohlstand, nach außen Ruhm und nationales Ansehen verhieß, ein „demokratischer Imperialismus", der sich auf die Ideeen von 1789 gründete. Die Frage der Anerkennung des neuen Kaisertums erledigte sich leicht, da die meisten europäischen Höfe

froh waren, auf diese Weise dem drohenden Gespenste einer französischen Republik entgangen zu sein. England erkannte zuerst das neue Kaiserreich an; auch den übrigen Mächten blieb nichts anderes übrig; am längsten zögerten die Ostmächte. Der russische Kaiser Nikolaus, in seinem Hasse gegen das Volkssouverainitäts-Princip und in der Voraussicht, der demokratische Kaiser werde des Kriegsruhmes bedürfen, erkannte Napoleon III. zuletzt an, wobei er ihm die unter Monarchen übliche Anrede mon frère versagte und ihm nur den Titel mon ami gewährte. Als sich Napoleon III. nach einer Gemahlin aus altfürstlichem Hause umsah, schlugen verschiedene Versuche, wie seine Bewerbungen um die Prinzessin Karlota von Wasa, fehl, worauf er sich am 30. Januar 1853 mit der aus altspanischem Grandengeschlechte entsprossenen Gräfin Eugenie von Montijo vermählte, einer Dame von hoher Schönheit, aber oberflächlicher Bildung, die in der Folge durch ihren frivolen Luxus auf dem Gebiete der Mode, so wie als Werkzeug der Klerikalen auf die französische Nation und ihre Geschicke einen verderblichen Einfluß übte. Bei seiner Vermählung scheint er im Hinblick auf die erfahrene Zurücksetzung sich in stolzer Bescheidenheit einen Emporkömmling (parvenu) genannt zu haben. Um jedoch dem Auslande alle Besorgnis vor napoleonischen Eroberungsgelüsten zu nehmen, erklärte er, mit Europa in Frieden leben zu wollen, wofern man der Ehre Frankreichs nicht zu nahe trete.

Dem Kaiser, der mit fast diktatorischer Macht ausgestattet war, stand ein Senat zur Seite, dessen Mitglieder reichlich bezahlt und von ihm selbst ernannt wurden, und ein gesetzgebender Körper, dessen Mitglieder nach dem allgemeinen Stimmrecht gewählt und ebenfalls gut besoldet waren. Der Senat hatte über die Verfassungsmäßigkeit der neuen Gesetze zu entscheiden, der gesetzgebende Körper über Budgets und die von der Regierung eingebrachten Gesetzentwürfe zu beschließen. Das Budgetrecht war jedoch sehr beschränkt; ebenso die Öffentlichkeit der Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers, so daß das Interesse für die Thätigkeit dieser knechtisch gesinnten Versammlung immer mehr abnahm. Wie die Presse und die Freiheit des parlamentarischen Lebens bedeutend beschränkt ward, so ging die Regierung auch gegen das Vereinsrecht feindlich vor. Unmittelbar nach dem Staats-

streich wurde eine Menge von Vereinen, namentlich von Arbeiter- und Handwerkervereinen, beseitigt, unter ihnen auch unschädliche und nützliche, die zum gemeinsamen Betriebe eines Geschäftes oder zur Nutzbarmachung von Ersparnissen angelegt waren. Dies diente zur Einschüchterung der republikanischen Partei; daneben kamen, wie schon angedeutet, unzählige Einkerkerungen und Deportationen nach Algerien oder Cayenne vor, wie denn allein nach dem ersteren Lande 3747 Familienväter deportiert sein sollen, wozu oft die geringsten Verdachtsgründe genügten. Indessen diese Schreckenszeit ging vorüber, die republikanische Partei war für den Augenblick eingeschüchtert, ohne daß der Geist derselben ertötet worden wäre.

Im Jahre 1855 wurde ein Rekrutierungsgesetz erlassen, das, da es die Stellvertretung ließ und denen, die nach siebenjährigem Dienste ein neues Engagement nahmen, große Vorteile sicherte, den Handwerksgeist und das Prätorianerwesen im Heere noch vermehrte. Dasselbe Jahr brachte auch ein Municipalgesetz: der Maire und seine Adjunkten werden in den Gemeinden über 3000 Seelen vom Kaiser, in den anderen vom Präfekten auf fünf Jahre ernannt; ein Befehl des Präfekten kann sie suspendieren, ein Dekret des Kaisers absetzen. Damit war auch die Thätigkeit des Gemeindelebens in Fesseln gelegt.

Da in dieser Weise die Freiheit der Presse und des öffentlichen Lebens geächtet war, so konnte der Rückschlag, den diese Unterdrückung aller geistigen Thätigkeit zur Folge haben mußte, nicht ausbleiben. Ein eiteles Streben nach leeren Titeln und Ehren, ein Streben, durch Börsenspekulationen leicht und schnell Reichtum zu erwerben, um ihn in frivolem und schändlichem Luxus zur Schau zu stellen, trat immer mehr zu Tage und förderte die sittliche Fäulnis. Um bei dem fortwährenden Steigen der Preise aller Lebensmittel der arbeitenden Menge Beschäftigung zu geben, unternahm der Seinepräfekt Hausmann in Paris ungeheuere Straßenbauten, deren Kosten die Schuldenlast der Stadt ins Unglaubliche erhöhte. Doch geschah nach dieser Seite hin auch manches Gute, wie denn die Überschwemmung der Departements der Rhone, Saone und des Allier (1856) dem Kaiser Gelegenheit gab, sich als Mann des Volkes zu zeigen

und nach eigener Anschauung an Ort und Stelle dem Minister der öffentlichen Arbeiten die Mittel anzugeben, solchen Verheerungen für die Zukunft vorzubeugen.

Der Kaiser pflegte die Sitzungen des gesetzgebenden Körpers mit einer Rede zu eröffnen, welche der Telegraph nach allen Himmelsgegenden trug und „deren Worte wie Orakelsprüche den Zeitungen den Stoff gaben, in zahllosen Artikeln zu untersuchen, was er gesagt und was er verschwiegen, und was er mit seinem Schweigen habe sagen und was er mit seinem Sagen habe verschweigen wollen." Die Eröffnungsrede am 2. März 1854 kündigte den Krieg zu Gunsten der Unabhängigkeit der Türkei an, die der Kaiser in ernster und würdiger Sprache der Nation als eine Notwendigkeit darstellte. Der gesetzgebende Körper schloß sich „den edelmütigen Ideeen" des Kaisers an und bewilligte eine Anleihe von 250 Millionen. Napoleon fand durch diesen Krieg Gelegenheit, die Gedanken der Nation von den inneren Zuständen abzulenken und das Verlangen nach kriegerischen Lorbeeren zu befriedigen (vgl. XX.). Der Besuch des Kaisers in England im April 1855 wurde im August von der Königin Viktoria in Paris erwidert, die auch das Grab Napoleons I. im Invalidendome besuchte. Im November beehrte König Viktor Emanuel mit seinem Minister Cavour die französische Hauptstadt, und am 29. Dezember hielten die von der Krim heimgekehrten Truppen ihren Siegeseinzug. „Ich trete vor Euch", sagte der Kaiser, „wie einst der Senat von Rom vor seine siegreichen Legionen, um Euch zu sagen, daß Ihr Euch um das Vaterland wohl verdient gemacht habt." Dem General Canrobert gewährte er den Vorzug, diesen Triumphzug zu führen mit den Worten: „Setzen Sie sich an die Spitze dieser Armee, die Sie Frankreich erhalten haben," und der neue Marschall von Frankreich, Pelissier, erhielt den Titel eines Herzogs von Malakoff. Das französische Volk, besonders das von Paris, hatte alle Ursache, sich in der gehobensten Stimmung zu fühlen. Im Mai 1855 wurde zu Paris die zweite der großen Weltausstellungen eröffnet, die nicht nur eine Menge Besucher, unter ihnen die höchsten Häupter, in diese Weltstadt lockte, sondern auch die französische Industrie im glänzendsten Lichte zeigte und der französischen Eitelkeit schmeichelte. Jetzt nach

der Heimkehr des siegreichen Heeres schwelgte man in den Heldenthaten der ruhmgekrönten Krieger, und als nun im Februar des Jahres 1856 der Friedenskongreß in Paris eröffnet ward, da ward es der Nation klar, daß Paris der Mittelpunkt der Welt sei, und daß Frankreich unter der Leitung eines überlegenen Herrschergeistes seine hervorragende Stellung in Europa, sein préstige, wiedergewonnen habe. Noch war der Kongreß zusammen, als die Geburt eines Thronerben, des Prinzen Napoleon Eugen, diese glückliche Zeit des Kaiserreichs verherrlichte (16. März 1856). Der Papst versäumte nicht, dem neuen „Kinde Frankreichs", wie der neugeborene Knabe nach altmonarchischem Brauch genannt ward, telegraphisch seinen Segen zu schicken. Der russische Bevollmächtigte, Graf Orloff, brachte schon am frühen Morgen in großer Uniform in den Tuilerien seinen Glückwunsch dar, der erste in der langen Reihe, die nun folgte; der Kaiser aber konnte nicht umhin, in seiner Antwort an „die großen Staatskörper" die Worte auszusprechen: „daß er trotz der einstimmigen Glücksrufe sich nicht enthalten könne, an die Geschicke derer zu denken, welche an demselben Orte und unter ähnlichen Umständen geboren worden seien". Als bald darauf der Friedensvertrag vollzogen war, konnte sich, wie bereits bemerkt, Napoleon für den ersten Mann in Europa halten, für den Schiedsrichter der europäischen Politik.

Unter solchen für Frankreich so glänzenden Umständen ging die Befestigung der neuen Ordnung ihren regelmäßigen Gang, und das Volk erfreute sich der Ruhe, die ihm vergönnte, seinen friedlichen Beschäftigungen nachzugehen. Ein Regentschaftsgesetz, das durch die Geburt des Prinzen nötig ward, bestimmte, daß, wenn der Thronfolger minorenn, d. h. unter achtzehn Jahren, den Thron besteige, ohne daß der Kaiser vorher über die Regentschaft verfügt habe, die Kaiserin-Mutter die Regentschaft führe; wenn dies nicht möglich, der erste Prinz des Hauses und so weiter nach der Erbordnung. Im Anfang des Jahres 1857 versetzte ein furchtbares Ereignis Paris in Aufregung. Am 3. Januar ward der Erzbischof Sibour von Paris durch einen exkommunizierten geisteskranken Priester nach dem Gottesdienste in der Kirche St. Etienne ermordet. Übrigens ward die Ruhe nicht gestört. Die freundlichen Beziehungen zu Rußland wurden bald wieder

hergestellt, und im September 1857 traf Napoleon III. mit Alexander II. von Rußland am Hofe des greisen Königs Wilhelm von Würtemberg zu Stuttgart zusammen. Da beide von ihren Ministern des Auswärtigen, Walewsky und Gortschakoff, begleitet waren, so tauchte in der Folge die Vermutung auf, daß Östreich „das Opfer" der dortigen Unterredungen war.

So herrschte äußerlich Ruhe und Ordnung. Die royalistischen Parteien erwiesen ihre Ohnmacht und brachten nicht einmal ihre Fusion, die Verschmelzung der Ansprüche und die Versöhnung der älteren und jüngeren Linie des Hauses Frankreich, der Legitimisten und Orleanisten, zustande; die republikanische Partei, dem Kaisertum weit gefährlicher, war durch die Fesselung der Presse und Beeinflussung der Wahlen darniedergehalten; der Kaiser konnte den Neujahrs-Glückwünschen des diplomatischen Corps gegenüber am 1. Januar 1858 die zuversichtliche Hoffnung auf ein ruhiges Jahr aussprechen, als ihn, den bereits durch frühere Attentate Gewarnten, die Bomben des Italieners Orsini an das geheime Walten revolutionärer Kräfte erinnerten (vgl. XXII.). Wie einst Fieschis Höllenmaschine, so verfehlte auch dieser Mordversuch sein Opfer; viele unschuldige Menschen waren tödlich getroffen, der Kaiser unversehrt geblieben. Die Wut des aufgeschreckten Despoten wandte sich jetzt gegen die besiegten Parteien Frankreichs. Einige Journale wurden sofort unterdrückt und Frankreich in fünf große Militärbezirke geteilt, an deren Spitze je ein Marschall stand. Doch dies genügte noch nicht. Ein „Sicherheitsgesetz" ward der Kammer vorgelegt, das Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu zwei Jahren und Geldstrafen von 100 bis 2000 Francs für alle festsetzte, welche, um den öffentlichen Frieden zu stören oder Haß und Verachtung gegen die Regierung zu erregen, im In- oder Auslande gewühlt oder Einverständnisse unterhalten hätten; jeder Verurteilte konnte, „um der allgemeinen Sicherheit willen" in Frankreich oder Algerien interniert oder aus dem französischen Gebiete vertrieben werden. Zur Verhängung dieser Sicherheitsmaßregeln reichte es hin, daß das betreffende Individuum dem Minister des Innern durch den Präfekten des Departements, den dort kommandierenden General und den Generalprokurator bezeichnet wurde. Dieses schreckliche

Gesetz, das, wenn man wollte, gegen jedermann gerichtet werden konnte, wurde am 18. Februar 1858 im gesetzgebenden Körper mit 217 gegen 24 Stimmen angenommen. Der Senat gab diesem an knechtischem Sinne nichts nach. Die Ausführung dieses Gesetzes ward dem General Espinasse, einem unwissenden, rohen Soldaten, übertragen, der zum Minister des Innern ernannt war. Nun ward eine förmliche Proskription ins Werk gesetzt, und die geringfügigsten Anlässe, eine einträgliche Stelle, die man für einen Anhänger der Regierung erledigen wollte, ja sogar „ein aufrührerisches Schweigen" (un silence séditieux) genügte, Familienväter den Armen der Ihrigen zu entreißen und unter Schimpfreden und rohen Mißhandlungen nach Algerien oder Cayenne zu schicken. So breitete sich eine schmähliche Tyrannei über ganz Frankreich aus, und erst nach einiger Zeit lenkte der Kaiser allmählich wieder in gemäßigtere Bahnen ein. Nach dem siegreichen Kriege in Oberitalien (1859) erließ er am 15. August, am Napoleonstage, wo das Heer seinen Triumpheinzug feierte, ein Amnestiedekret, in welchem er allen, die wegen politischer Vergehungen verurteilt oder der allgemeinen Sicherheit wegen gemaßregelt waren, völliges Vergessen des Geschehenen zusicherte. Die meisten Führer der Parteien, die im Auslande lebten, erklärten darauf, daß sie ihrerseits nicht gewillt seien, den Verbrecher vom zweiten Dezember zu amnestieren.

Napoleon stand nach dem glücklichen Feldzug von 1859 unleugbar auf dem Höhepunkt seiner Macht. Er erklärte dem Senate und dem gesetzgebenden Körper offen, daß er sein Programm nicht habe durchführen können, um nicht gegen Frankreichs Interesse einen Krieg in Italien und am Rheine zugleich aufzunehmen; er begnügte sich mit dem gewonnenen Ergebnis, die Nationalitätsidee gefördert und an die Stelle des gebrochenen östreichischen den allmächtigen Einfluß Frankreichs gesetzt zu haben; er hatte letzterem einen Zuwachs an Land verschafft und überließ die weitere Entwickelung Italiens und der neuen italienischen Dynastie dem allgemeinen Stimmrecht, auf dem seine eigene Macht beruhte. Während indessen die Italiener ihm für das, was er für sie gethan, nicht den vollen Dank zollten, erregte die Annexion von Savoyen und Nizza das Mißtrauen der übrigen Staaten, zunächst in der Schweiz, wegen der einigen an Genf grenzenden Strichen von

Savoyen in den Wiener Verträgen zugesicherten Neutralität, dann in Belgien, wo man Annexionsgelüste fürchtete, aber auch in Deutschland und England. Doch alle diese Besorgnisse erwiesen sich als unbegründet, und Napoleon selbst that das Seinige, sie zu verscheuchen. Im Juni 1860 traf er mit dem Prinz-Regenten von Preußen und einer großen Zahl deutscher Fürsten, unter ihnen mit sämtlichen Königen, in Baden-Baden zusammen und gab die bündigsten Versicherungen seiner friedlichen Gesinnung. Dasselbe that er England gegenüber, indem er erklären ließ, er halte an seinem Worte vom Jahre 1852: „Das Kaiserreich ist der Friede" durchaus fest. Zugleich schloß er mit England, im Gegensatz zu der Schutzpolitik der früheren Regierungen Frankreichs, einen Handelsvertrag, der Abschaffung und Verminderung verschiedener Zölle, Verbesserung und Erweiterung der Verkehrswege in Aussicht stellte. Der Handelsvertrag trat am 1. Oktober 1861 ins Leben.*) So gelang es Napoleon, das Mißtrauen der europäischen Mächte, welches der italienische Feldzug hervorgerufen hatte, allmählig wieder zu beschwichtigen; viel schwieriger aber war sein Verhältnis zum Papst.

Hier entwickelte sich immermehr ein unhaltbarer Widerspruch, der wesentlich zum Sturze Napoleons beigetragen hat. Er befand sich in der eigentümlichen Lage, daß beide Parteien, die italienische Nationalpartei und die klerikale, in ihm die Stütze ihrer Macht suchten. Beiden Parteien zu genügen war ein Ding der Unmöglichkeit. Mit der ersteren konnte Napoleon fertig werden; die römisch-katholische Kirche aber, die mit unbeugsamer Starrheit an allen ihren Traditionen, insbesondere an der Idee einer Universalherrschaft festhangend, ohne jedes Element des Fortschrittes dasteht, das sie befähigte, Veraltetes abzustreifen und sich den wirklichen Verhältnissen der Völker anzupassen, blieb für ihn eine Macht, mit der sich nicht rechnen ließ. Kaum war die oben erwähnte Flugschrift Laguerronières: „Der Papst und der Kongreß" erschienen, so begann der französische Episkopat, Bischof Dupanloup von Orleans an der Spitze, den Kampf gegen die darin ausgesprochenen Anschauungen, die sich gegen die weltliche Herrschaft des Papstes erklärten. Während von den Journalen

*) Gekündigt im Februar 1872.

das „Univers" die Sache der Ultramontanen führte, tauchte im Laufe des Jahres 1860 eine Flut von Broschüren auf, in Frankreich allein über hundert, welche alle die Frage behandelten, was mit dem Papst geschehen solle, und während der Kultusminister die französischen Bischöfe darüber beruhigte, daß der Kaiser dem Papst unwandelbar ergeben sei, forderte der Minister des Innern die Präfekten auf, der Agitation strafrechtlich entgegenzutreten, die mit der Verteilung kleiner Flugschriften in unzähligen Exemplaren getrieben werde. Sämtliche Bischöfe Europas erklärten sich, wie dies von ihnen nicht anders zu erwarten war, für die weltliche Herrschaft des Papstes, und am 26. März sprach der Papst die große Exkommunikation über alle aus, welche den Eingriff in die päpstlichen Staaten begangen, veranlaßt oder auch nur gebilligt hätten. Das Breve nannte übrigens niemanden mit Namen. Jeder konnte sich denken, was er wollte, und außerhalb der klerikalen Kreise hatten die Bannstrahlen vom Vatikan her keine Bedeutung mehr. Inzwischen schienen sich die Gemüter wieder zu beruhigen, als der Zug Garibaldis und infolge dessen ein leidenschaftliches Schreiben des Papstes, worin er seine Gegner als „vom Geiste des Satans ergriffen" bezeichnete, das Feuer wieder anfachte. Indessen kam der Kongreß, dem Napoleon das ausschließliche Recht zuschrieb, über die italienischen Fragen zu entscheiden, nicht zustande, und das neue Königreich Italien blieb vor dem von französischen Waffen beschützten Patrimonium Petri stehen. Im übrigen wurden die neuen Annexionen nach napoleonischem Prinzip durch das allgemeine Stimmrecht sanktioniert, und der Kaiser hob in seiner Thronrede vom 4. Februar 1861, ohne jedoch des Papstes Erwähnung zu thun, das von diesem verurteilte Prinzip der Nichtintervention hervor, „welches jedes Land Herr seiner Schicksale sein läßt, die Fragen lokalisiert und sie verhindert, in europäische Konflikte auszuarten." Damit waren die Bischöfe nicht zufrieden. Eine neue Broschüre Laguerronières: „Frankreich, Rom und Italien" rief von neuem Gegenschriften der Bischöfe hervor, von denen eine den Kaiser sogar mit Pontius Pilatus verglich, der Christus hätte retten können, so daß der Justizminister sich genötigt sah, den Geistlichen das Strafgesetzbuch ins Gedächtnis zurückzurufen. Am 15. Juni 1861 erfolgte die Anerkennung des

Königreichs Italien von Seiten der kaiserlichen Regierung. Obgleich der Papst auf keinen Vorschlag zur Verständigung mit Italien einging, vielmehr bei seinem non possumus unwandelbar verblieb, so versuchte man sich doch immer wieder an der Lösung einer Frage, deren Lösung sich immer mehr als Unmöglichkeit erwies. Zwischen der Vollendung der italienischen Einheit und der weltlichen Macht des Papstes ließ sich kein Abkommen finden. Napoleon machte auf der einen Seite dem italienischen Kabinett keine Hoffnung, daß die Hauptstadt der katholischen Welt die Hauptstadt des Königreichs Italien sein werde, und verschloß sich auf der anderen Seite den Vorschlägen Östreichs und Spaniens zu gemeinsamer Beschützung des Papstes gegen die Drohungen „Piemonts" (1861).

Napoleon war indessen zu der Überzeugung gelangt, daß er sich auf die Geistlichkeit nicht mehr vorzugsweise stützen könne, die überhaupt jeder Regierung nur so lange anhängt, als sie die Interessen des Ultramontanismus fördert. Um wieder eine kräftige Unterstützung durch die Volksstimme zu haben, sah er sich zu einer Schwenkung nach der liberalen Seite hin um so mehr genötigt, als sich in einem Lande wie Frankreich der Geist des Parlamentarismus nicht auf die Dauer ersticken ließ. Im November 1860 gewährte ein kaiserliches Dekret dem parlamentarischen Princip einige Zugeständnisse, indem Senat und gesetzgebender Körper sich in sofern an der Politik der Regierung beteiligen sollten, als sie künftig eine Adresse als Antwort auf die Thronrede der Regierung zu beraten hatten: diese Adresse sollte in Gegenwart von Regierungskommissaren verhandelt werden, die über die kaiserliche Politik die nötigen Erläuterungen gaben; zugleich wurden Minister ohne Portefeuille ernannt, um während der Dauer der Session die Gesetzesvorlagen der Regierung in den Kammern zu verteidigen. Beide Körperschaften machten jedoch von dem neuen Rechte anfangs nur einen sehr mäßigen Gebrauch. Im Jahr 1861 legte der Staatsminister Fould dem Kaiser eine Auseinandersetzung der Finanzlage Frankreichs dar und bat ihn, auf sein Recht, außerordentliche Kredite ohne Mitwirkung der Kammern zu eröffnen, zu verzichten. Napoleon ging auf den Vortrag ein. Als aber die Presse die Verfassung selbst zum Gegenstand ihrer Erörterungen zu machen anfing, ward sie bedeutet, daß die Initiative zu Ver-

änderungen an der Verfassung ausschließlich dem Kaiser und dem Senate zustehe. Nach der Eröffnung der Session von 1862 wurden die Debatten schon lebhafter. Prinz Napoleon hielt eine Rede über die inneren Angelegenheiten des Landes, eine andere gegen die weltliche Herrschaft des Papstes, welche letztere besonders großes Aufsehen erregte. Bei der Adreßdebatte reichte die aus fünf Mitgliedern (unter ihnen J. Favre und Ollivier) bestehende Opposition einen Gesetzentwurf ein, der die auswärtige Politik, besonders die mexikanische Expedition (vgl. XXXII.), die bereits eine unheilvolle Wendung nahm, scharf tadelte und die Regierung aufforderte, sich weniger um fremde Angelegenheiten und mehr um die inneren Gebrechen des eigenen Landes zu bekümmern, und Herstellung der freien Presse, Wahlen durch die Wähler statt durch die Präfekten, Verwaltung der Gemeinden durch wirkliche Gemeinderäte statt durch Regierungsbeamte, Aufhebung des Sicherheitsgesetzes u. s. w. verlangten. Der Entwurf ward jedoch verworfen, die Adresse stimmte der Regierungspolitik zu. In der Session des Jahres 1863 traten die polnische und mexikanische Frage in den Vordergrund, der Senat billigte die Regierungspolitik mit Ausnahme des Prinzen Napoleon; im gesetzgebenden Körper reichten die Fünf wieder ihren Verbesserungsentwurf ein, aber die Versammlung schloß sich in ihrer Adresse der Regierung an (April 1863). Die Sitzung ward am 8. Mai geschlossen. In betreff der Neuwahlen that die Regierung alles Mögliche, dieselben in ihrem Sinne zu leiten, dennoch stieg die Opposition auf 34 Stimmen, in Paris selbst wurden sämtliche Kandidaten der Opposition gewählt, unter ihnen Thiers, dem sogar die Demokraten ihre Stimmen gegeben hatten.

Der Kaiser ernannte den Staatsminister Eugen Rouher, eins der bedeutendsten Talente des Kaiserreichs, zum Minister des Innern und eröffnete im November 1863 die Kammern. Er betonte in seiner Rede die auswärtigen Verhältnisse, namentlich die mexikanische Frage, und verweilte besonders ausführlich bei der polnischen (vergl. XXI.). Napoleon, dessen Stern im Begriff war zu sinken, hegte den Wunsch, durch einen europäischen Kongreß in Paris die obschwebenden Fragen zu lösen, zugleich auch seine kaiserliche Auktorität und die schiedsrichterliche Stellung Frankreichs wiederherzustellen.

Der Kongreß, wie bereits erzählt, scheiterte und zwar an dem Widerspruch Englands, welches, da noch kein langer Krieg die Völker zur Nachgiebigkeit bearbeitet habe, die Erfolglosigkeit eines Kongresses nachwies. Damit war die ganze Idee im Sande verronnen, und wenn Napoleon an die Stelle des gescheiterten Kongresses jetzt allgemeine Ministerkonferenzen vorschlug, so sollte dieser Vorschlag dem Kaiser ein Mittel sein, sich mit Ehren zurückzuziehen.

Immer mehr drängte sich die schleswig-holsteinische Frage in den Vordergrund (vgl. XXV.). Im Gegensatz zu England, von dem er sich verletzt fühlte, beobachtete Napoleon in dieser Angelegenheit eine Haltung, die ihm in Deutschland Sympathieen erweckte. Während England eine thatsächliche Unterstützung Dänemarks verlangte, lehnte er einen Krieg ab, der Frankreich Opfer auferlegen würde ohne alle Aussicht auf irgend einen Gewinn. Freilich nahmen die Ereignisse in Schleswig-Holstein nicht den Gang, wie ihn die kaiserliche Regierung wünschte, und die Gasteiner Konvention fand bei ihr, wie in England, lebhafte Mißbilligung, aber Napoleon enthielt sich alles thatsächlichen Einschreitens und hoffte, daß bei den immer drohender werdenden Verwickelungen zwischen Östreich, Preußen und den übrigen deutschen Staaten die Zeit des Handelns für ihn schon kommen werde. In dieser Hoffnung sollte er sich jedoch verrechnen. Durch den verhängnisvollen Ausgang des mexikanischen Abenteuers (vgl. XXXII.), durch seine widerspruchsvolle Stellung in der italienischen Frage, auf der einen Seite dem Papsttum, auf der anderen der von ihm hervorgehobenen Nationalidee gegenüber, war seine Stellung mächtig erschüttert, seine Macht im Sinken, und dieser Umstand hatte auch auf seine innere Stellung den bedeutendsten Einfluß. Im gesetzgebenden Körper drang Thiers eben so maßvoll als energisch auf Herstellung des konstitutionellen Systems; dem Ministerium Rouher gegenüber, dem schroffen Vertreter des „persönlichen Regiments," bildete sich eine Mittelpartei unter Emile Ollivier, mit dem Programm: „Frankreich, treu anhänglich an die Dynastie, welche ihm die Ordnung gewährleistet, hängt nicht minder der Freiheit an." Während sich der Kaiser mit geheimen Plänen herumträgt, eine „Grenzrektifikation" nach dem Rheine zu, sei es mit Preußen gegen Östreich, sei

es mit Österreich gegen Preußen, ins Werk zu setzen, drängt sich die deutsche Angelegenheit immer mächtiger hervor, bis sie dem zuwartenden Kaiser über den Kopf wuchs, den Mann des zweiten Dezember vom Throne riß und Frankreich, von jeher die Störerin der deutschen Einheit, wider Willen nötigte, zu deren Verwirklichung beizutragen.

XXIV.

Deutschland seit Wiederherstellung des Bundestages bis zum Fürstenkongreß (1863). Österreich und Preußen.

Nach der Wiederherstellung des Bundestages zu Frankfurt waren die deutschen Regierungen bemüht, die vormärzlichen Zustände in ihren Staaten zurückzuführen. Aber der durch die mächtigen Ereignisse des Jahres 1848 erwachte Geist ließ sich nicht wieder zurückdrängen, und das Bedürfnis der Einheit hatte eben so sehr die Kreise der Gebildeten als die Massen durchdrungen.

Österreich, von jeher der eigentliche Hort des Absolutismus, suchte, nachdem es in Kurhessen und Schleswig-Holstein seine Absichten erreicht, auch in seinen eigenen Staaten das konstitutionelle System wieder zu beseitigen. Die Verfassung vom 4. März 1849, den Magyaren besonders verhaßt, wurde am 31. Dezbr. 1851 außer Wirksamkeit gesetzt, da sie vom Kaiser nicht beschworen war. Man kehrte zum Alten zurück, aber manche Errungenschaften blieben gesichert, insbesondere wurde nach dem Robot-Entschädigungs-Patent vom 7. März 1849 die Entlastung des ländlichen Eigentums und die Gleichheit aller Klassen vor dem Gesetze in Ausführung gebracht.

Wenn einzelne deutsche Staaten, im Vertrauen auf Österreichs Schutz, den Fortschritt liberaler Institutionen gehemmt, so wurde in Kurhessen die Verfassung von 1831 als unvereinbar mit den Bundesgesetzen geradezu aufgehoben (27. März 1852) und eine von Hassenpflug entworfene an deren Stelle gesetzt, welche die Volksrechte aufs äußerste schmälerte und von der Bevölkerung mit äußerstem Widerwillen

betrachtet wurde. Der Streit zwischen den Ständen und dem Kurfürsten dauerte bis 1862, wo Preußen zu Gunsten des hessischen Volkes auftrat und durch eine drohende Erklärung den Kurfürsten zur Herstellung des alten Rechtsstandes nötigte.

Am weitesten ging die Reaktion in Mecklenburg. Hier wurde nach Aufhebung des Staatsgrundgesetzes von 1849 ein Landtag nach dem Grundgesetz von 1755 berufen, und die alten Zustände zu Gunsten der Ritterschaft zurückgeführt, als hätten sie nie eine Unterbrechung erlitten. Auch in Hannover wurde die Verfassung von 1848 aufgehoben und die frühere Wahlordnung wieder eingeführt.

In Östreich suchte die Reaktion in der Begünstigung der kirchlichen Interessen eine Stütze zu gewinnen. Am 18. August 1855 wurde mit dem päpstlichen Hofe ein Konkordat abgeschlossen, in welchem der katholischen Geistlichkeit eine größere Gewalt verliehen wurde, als dieselbe seit Jahrhunderten besessen hatte. Sie sollte durch einen unbeschränkten Einfluß auf das Unterrichtswesen, auf die Presse und Literatur die Freiheit des Geistes in den engen Schranken halten, die ihr die östreichische Politik setzte. Diese Art von Inquisition gab zu vielen Mißbräuchen und Beschwerden Veranlassung und hatte religiöse Unduldsamkeit gegen Nichtkatholiken, Schmälerung ihrer Rechte und Einmischung in die konfessionelle Kindererziehung zur Folge.

Erst die Niederlagen im lombardischen Kriege (1859) führten zu der Einsicht von der Notwendigkeit einer freieren Gestaltung des Reichs, als zugleich die entsetzlichen Unterschleife an den Tag kamen, unter denen das Heer hatte leiden müssen. Der Feldmarschallieutenant Freiherr von Eynatten hatte seine Stellung an der Spitze des Lieferungswesens auf die schmählichste Weise zu seiner Bereicherung mißbraucht. Er wurde eingezogen (23. Febr. 1860) und erhängte sich in der Nacht zum 8. März im Gefängnis. Mehrere angesehene Kaufleute in Triest wurden als seine Mitschuldigen verhaftet. Auch der Direktor der östreichischen Kreditanstalt zu Wien, Richter, wurde gefänglich eingezogen, und die Untersuchung sehr geheim geführt. Die Erbitterung und Aufregung des Volkes stieg, als auch der Finanzminister Bruck sich in der Nacht zum 23. April zu Wien entleibte. Sogleich verbreitete sich das Gerücht, er gehöre

zu den Mitschuldigen. Von Seiten der Regierung geschah nichts, um diese Meinung zu widerlegen; erst am 7. Mai 1861 wurde ein Schreiben an Brucks Witwe veröffentlicht, in dem die Reinheit seiner Amtsführung bezeugt wurde. In einer nach seinem Tode herausgegebenen Denkschrift hatte er dem Kaiser den Weg bezeichnet, auf welchem allein er für Östreich Rettung sah. Seine Entlassung war die Folge davon gewesen, und der Schmerz darüber mag seinen unglücklichen Entschluß veranlaßt haben.

Der erste Schritt zu einer Verfassungsreform war die Verstärkung des (im Jahre 1849) gebildeten Reichsrates (5. März 1860) durch eine ansehnliche Anzahl von Mitgliedern und die Zusicherung seiner periodischen Berufung zur Feststellung des Budgets, sowie zur Beratung von Gesetzentwürfen und der Vorlagen für die in Aussicht gestellten Landesvertretungen. Diese Versammlung, in der Adel und Geistlichkeit das Übergewicht hatten, das Bürgertum nur spärlich vertreten war, sprach sich in ihrer Majorität für die historischen Zustände der einzelnen Kronländer aus, für Anerkennung der Autonomie der einzelnen Länder in Verwaltung und Gesetzgebung. In diesem Sinne erschien das sogenannte Oktober-Diplom (am 20. Okt. 1860), welches den Ungarn ihre frühere Verfassung, so weit sie mit der Einheit des Reichs verträglich war, den übrigen Ländern jedem ein eigenes Statut und einen Landtag gestattete. Gemeinsame Reichsinteressen sollten von einem gemeinsamen Reichsrat beraten werden. Als die Landesstatute erschienen, erregten sie allgemeine Unzufriedenheit, da sie dem Adel und der Geistlichkeit einen unverhältnismäßigen Anteil an der Vertretung einräumten. In Ungarn stellte man sich auf den Rechtsboden von 1848 mit einem selbständigen ungarischen Ministerium und verweigerte Steuern und Rekruten. Der Kaiser ernannte den Ritter von Schmerling zum Staatsminister (13. Dezbr. 1860), und die Centralisationsideeen kamen wieder zur Geltung. Am 26. Februar 1861 erschien das Februar-Patent, welches neben dem bisherigen allgemeinen Reichsrat einen sog. engeren Reichsrat (ohne die Ungarn) einsetzte, in dem die deutsch-slavischen Interessen beraten werden sollten. Der allgemeine Reichsrat wurde jetzt ein förmliches Parlament mit zwei Kammern, einem Herrenhause, dessen Mitglieder die Krone ernannte, und

einem Abgeordnetenhause, dessen Mitglieder die Landtage der einzelnen Kronländer wählten. Aber der ungarische Landtag protestierte gegen eine Unterordnung unter einen Reichstag zu Wien und verlangte Anerkennung der Gesetze von 1848. Diese Forderung ward abgelehnt mit der Erklärung, daß die von den Ungarn behauptete „Rechtskontinuität" durch die Revolution verwirkt sei. Da der ungarische Landtag auf seiner Forderung beharrte, ward er aufgelöst, und der Ritter von Schmerling sagte: „Wir können warten!" Aber nicht allein in Ungarn trat ein gänzlicher Stillstand in der Gesetzgebung ein, sondern auch der Wiener Reichsrat, dessen Majorität der Regierung treu zur Seite stand, vermied die wichtigsten Fragen des politischen Lebens und beschränkte seine Thätigkeit auf Finanzfragen und Besteuerungsangelegenheiten.

Die Machtlosigkeit dieser Versammlung, die kaum etwas mehr als das halbe Reich vertrat und nur durch einen Machtspruch der Regierung zur Vertreterin des ganzen befördert war, mußte um so mehr zur Ausgleichung mit der anderen Reichshälfte dringen als die Slaven, die ihre Sonderinteressen verfolgten, das Übergewicht des deutschen Elementes im Reichsrat mit Unwillen ertrugen. Anfangs Juni 1865 machte der Kaiser eine Reise nach Pesth, um die Ungarn zu gewinnen, und wurde glänzend empfangen. Nach seiner Rückkehr erfolgte die Berufung des Grafen Mailath, dem alle ungarischen Parteien ihr Vertrauen schenkten. Damit war Schmerlings Centralisations-System, das den Ausgleich mit den Ungarn so lange gehindert hatte, gestürzt. Nach einer vierwöchentlichen Krisis kam das „Drei-Grafen-Ministerium" zu stande, in welchem Graf Belcredi Staatsminister war, Graf Larisch die Finanzen und Graf Mensdorff-Pouilly die auswärtigen Angelegenheiten verwaltete. Am 27. Juli 1865 erfolgte der Schluß des Reichsrates, am 20. September durch einen Staatsstreich — jedoch ohne Gewaltthat — die „Sistierung der Februar-Verfassung" und die Ankündigung der bevorstehenden Landtagsberufungen behufs Vereinbarung eines neuen Verfassungswerkes auf Grundlage einer Modificierung der verschiedenen Grundgesetze, d. h. der ungarischen Gesetze von 1848, des Oktober-Diploms und des Februar-Patents. Die willkürliche Sistierung der Verfassung rief eine Opposition der deutschen Bevölkerung hervor, aber in Böhmen, Mähren

und Krain jubelten die Slaven, die von Belcredi begünstigt wurden, der die „historisch-politischen Individualitäten" zur Anerkennung bringen wollte. Indessen wurde bei Eröffnung des ungarischen Landtags (14. Dezbr. 1865) in der Thronrede die „Rechtscontinuität" und die formelle Gültigkeit der Gesetzgebung des Jahres 1848, jedoch mit „vorausgehender Revision", anerkannt, wodurch eine Aussöhnung mit Ungarn möglich wurde.

Einen ganz anderen Gang nahmen die Verhältnisse in Preußen. So sehr auch „eine kleine, aber mächtige Partei" den König zur Aufhebung der Verfassung und zur Umkehr zu den Zuständen vor 1848 hinzudrängen suchte, so erlaubte doch der Rechtssinn des Königs ihm nicht, die eben gegebene Konstitution wieder zurückzunehmen. Er beschloß daher, dieselbe so zu gestalten, daß dabei eine starke Monarchie bestehen bleibe. Doch enthielt auch die revidierte Verfassung, welche am 31. Januar 1850 als preußisches Staatsgrundgesetz verkündet und am 6. Februar vom König beschworen ward, noch immer ein beträchtliches Maß von Volksfreiheit. Der weitere Ausbau der Verfassung geschah unter dem Ministerium Manteuffel mit Hülfe der konservativen Majorität des Landtags in keineswegs liberalem Sinne. Die politischen Prozesse wurden den Geschworenen entzogen. Die reaktionäre Partei, deren Organ die „Neue Preußische Zeitung", („Kreuzzeitung") deren Träger der geistvolle und beredte Friedrich Julius Stahl, Professor an der Berliner Universität, der Appellationsgerichtspräsident Ludwig von Gerlach und der gewandte Redacteur des Parteiorgans, Hermann Wagener, waren, gelangte in den Jahren 1850—57 zu fast unumschränkter Herrschaft und verfocht unter dem Vorwande, die Revolution zu bekämpfen und das historische Recht zu schützen, in dem mittelalterlich-romantischen Geiste, wie er auch dem König zusagte, die Vorrechte des Adels, die Willkür der Kirche und des Königtums, wobei es an Rechtsverdrehungen, Gesetzesumgehungen und Vergewaltigungen nicht fehlte. Die evangelische Kirche wurde von der früheren Verbindung mit den eigentlichen Staatsbehörden gelöst und unter der Autorität des Königs von einem 1850 gegründeten evangelischen Ober-Kirchenrat geleitet. Der Kultusminister von Raumer stellte nach dem Ausspruche Stahls: „Wer

die Schule hat, hat die Zukunft", durch seine Regulative für die Volksschule eine religiös-konservative Grundlage her, in welcher die liberale Partei eine Hemmung der freien Entwickelung der Schule erkannte. Die freisinnige Gemeinde- und Kreisordnung vom 12. März 1850 wurde infolge eines Angriffs der ersten Kammer am 4. März 1851 suspendiert. Die erste Kammer wurde durch eine königliche Verordnung vom 12. Oktbr. 1854 zu einem Herrenhause umgestaltet, welches außer den großjährigen königlichen Prinzen teils aus erblichen, teils aus den vom Könige auf Lebenszeit ernannten, teils aus gewählten Mitgliedern besteht, womit zugleich die zweite Kammer den Namen Haus der Abgeordneten, die ganze Volksvertretung den Namen Landtag bekam (30. Mai 1855).

Unter Friedrich Wilhelm IV. erwarb der preußische Staat die hohenzollernschen, im ehemaligen schwäbischen Kreise gelegenen Lande, wo die Wiege des preußischen Herrscherhauses stand, indem die beiden daselbst regierenden Fürsten (Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen) zu Gunsten des Hauptes ihres Stammes abdankten. Während die preußische Krone auf diese Weise in Süddeutschland festen Fuß faßte, sah sie sich genötigt, dem Fürstentum Neuenburg zu entsagen. Obgleich sich Neuenburg von Preußen losgerissen und mit der Schweiz vereinigt hatte (vgl. X. am Schluß), so gab es daselbst doch noch eine royalistische Partei, die sich nach Erneuerung des alten Verhältnisses zurücksehnte. Diese, geführt vom Grafen Pourtalés, pflanzte im September 1856 das hohenzollernsche Banner auf, wurde aber von den Republikanern leicht bezwungen. Als der König mit Krieg drohte, deutete Frankreich an, daß es die Schweizer unterstützen werde. Der König entschloß sich, wegen seiner persönlichen Interessen (denn Neuenburg war ein persönliches Besitztum) sein Land nicht in einen schweren Krieg zu stürzen. So kam ein Vergleich zustande. Die gefangenen Royalisten, unter denen sich Pourtalés und der Oberstlieutenant von Meuron befanden, wurden von den Schweizern ohne Bedingung entlassen, worauf der König von Preußen seinen Rechten auf Neuenburg entsagte und nur den Titel als Erinnerung beibehielt (1857).

In Hinsicht auf Gewerbthätigkeit und Handel, wofür ein besonderes Ministerium eingesetzt ward, machte Preußen

unter der Regierung Friedrich Wilhelms IV. die größten Fortschritte und nahm einen nie geahnten Aufschwung, besonders durch Anlage eines umfassenden Telegraphen- und Eisenbahnnetzes, durch Vermehrung der Fluß- und Seedampfschiffahrt, durch Erleichterung im Postverkehr, durch Handels- und Schiffahrtsverträge, durch Erweiterung des deutschen Zollvereins. Österreich wünschte, um Preußen entgegenzuarbeiten und seinen eigenen Einfluß auf Deutschland zu erweitern, die Aufnahme in den Zollverein; Preußen indessen, von den süddeutschen Regierungen angefeindet, aber von den Gewerbtreibenden unterstützt, wußte es siegreich durchzusetzen, daß sich Östreich mit dem Abschluß eines Handelsvertrags begnügen mußte (19. Febr. 1853). Da sich im dänischen Kriege die Notwendigkeit einer Flotte dringend herausgestellt hatte, so war die Gründung einer preußischen Kriegsflotte eine besondere Fürsorge des Königs. Sie hob sich in rascher Entwickelung noch besonders durch Erwerbung des Gebiets am Jadebusen an der Nordsee, wo ein Kriegshafen angelegt ward (1853).

Die warme Teilnahme und reiche Pflege, deren sich Kunst und Wissenschaft erfreuten, bildeten eine glänzende Lichtseite in der Regierung Friedrich Wilhelms. Berlin und Düsseldorf wurden die Sitze berühmter Malerschulen. Unter den Werken der Kunst, die er ins Leben rief, verdient das Denkmal Friedrichs des Großen besondere Erwähnung, namentlich war sein Kunstsinn auf Erhaltung und Wiederherstellung historischer Denkmäler gerichtet, wovon die alte preußische Herrenburg zu Marienburg und der Kölner Dom rühmliche Zeugnisse ablegen. Auch die Wissenschaft war in Preußen würdig vertreten. Hier lehrten die Gebrüder Jacob und Wilhelm Grimm, Bopp, Pott, als die Begründer der vergleichenden Sprachforschung; Böckh, Lobeck, Welcker, Ritschl als Vertreter der klassischen Philologie; Lachmann als Kritiker auf dem Gebiete der klassischen und altdeutschen Philologie; Lepsius, der Ägyptologe; Karl Ritter, der Vater der vergleichenden Erdbeschreibung; als ebenbürtige Genossen Rankes und Raumers die Historiker Droysen, Mommsen, Giesebrecht, Duncker, Dahlmann, Leo; vor allen glänzt der Name Alexanders von Humboldt, des Nestors der Naturwissenschaften († 6. Mai 1859 zu Berlin).

Der große Widerspruch, der seit 1848 zwischen den Zeitereignissen und den Grundsätzen des Königs eingetreten war, hatte dessen Heiterkeit und Frohsinn geschwächt. Im Oktober 1857 wurde er von einer schweren Krankheit befallen und seitdem durch ein Gehirnleiden an der Selbstregierung gehindert. In seinem Auftrage übernahm des Königs Bruder, Wilhelm, Prinz von Preußen, zunächst die Stellvertretung, dann seit dem 9. Oktober 1858 die Regentschaft. Als Friedrich Wilhelm IV. am 2. Januar 1861 starb,*) bestieg der Regent, Prinz von Preußen, als Wilhelm I. den Thron.

Geboren den 22. März 1797, der zweite Sohn Friedrich Wilhelms III., erhielt er, wie sein Bruder, seine erste

---

*) Bald nach Einsetzung der Regentschaft trat der König eine Reise nach südlicheren Gegenden an und brachte den Winter 1858 und 1859 unter dem milden Himmel Italiens zu, bis die Vorboten des lombardischen Krieges ihn nötigten, über Triest und Wien in die Heimat zurückzureisen. Von da an sollte er seinen alten Lieblingssitz Sanssouci nicht mehr verlassen. Noch zwei schwere Jahre waren ihm hier beschieden, die er unter der hingebenden Pflege und in steter Gemeinschaft mit seiner Gemahlin Elisabeth mit christlich frommem Sinne ertrug. Auch in der letzten Zeit, als seine Glieder zum Teil gelähmt waren, und die Sprache immer mehr versagte, wohnte er dem sonntäglichen Gottesdienste mit sichtbarer Teilnahme bei. Er ließ sich besonders gerne zur Friedenskirche fahren, wo er sein Begräbnis bestimmt hatte, und weilte dann hier still und ruhig, ohne sich um seine Begleitung zu bekümmern, während er sonst beim Umherfahren auf seinem Rollstuhl es gern hatte, wenn man mit ihm sprach und ihm erzählte. Während der ganzen Zeit seines Leidens sprach sich die Liebe zu seinem Volke, zu den Gliedern seines Hauses, insbesondere aber zu seiner Gemahlin unverkennbar aus. Im Dezember 1860 trat eine große Abspannung und Schwäche hervor. Am Weihnachtsabend stellte sich Erbrechen ein und ein schlummersüchtiger Zustand folgte, aus welchem der König nicht wieder erwachte. Am Sylvesterabend traten Zeichen beginnender Lungenlähmung hinzu, und am 2. Januar 1861 entschlief der König still und sanft ohne Todeskampf. Seine Bestattung fand am 7. Januar zu Potsdam statt. In einer letzten Willensmeinung: „Wie ich bestattet sein will", hatte er bestimmt, daß sein Herz im Mausoleum zu Charlottenburg zu Füßen seiner königlichen Eltern, sein Leib in der Friedenskirche zu Potsdam ruhen sollte, unter der Inschrift: „Hier ruhet in Gott seinem Heilande, in Hoffnung einer seligen Auferstehung und eines gnädigen Gerichts, allein begründet auf das Verdienst Jesu Christi, unsers Allerheiligsten Erlösers und Einigen Lebens: weiland Friedrich Wilhelm ꝛc."

Erziehung unter Leitung der Königin Luise. In einem an ihren Vater gerichteten Briefe schrieb diese einst: „Unser Sohn Wilhelm wird, wenn mich nicht alles täuscht, wie sein Vater, einfach, bieder und verständig.“ Und ihr Seherblick ist auch hier zur Wahrheit geworden, ihr Wort in Erfüllung gegangen. Anfangs schwächlich, entwickelte sich sein Körper seit dem Eintritt in die Jünglingsjahre zu großer Rüstigkeit. Wie sein königlicher Bruder, so erlebte auch er im zarten Alter von neun Jahren Preußens jähen Fall, aber auch im Alter von sechzehn Jahren seine glorreiche Wiedergeburt. Erst nach der Schlacht bei Leipzig erlaubte ihm sein Vater, ihn im Felde zu begleiten. Durch seine Auszeichnung in der Schlacht bei Bar-sur-Aube (27. Februar 1814) erwarb er sich das eiserne Kreuz. Erst nach Beendigung des Krieges erfolgte seine weitere Ausbildung und seine Konfirmation. In seinem von ihm selbst niedergeschriebenen Glaubensbekenntnisse sagt er: „Meine Kräfte gehören der Welt, dem Vaterlande. Ich will daher unabläßig in dem mir angewiesenen Kreise thätig sein, meine Zeit auf das beste anwenden und so viel Gutes stiften, als in meinem Vermögen steht.“ Seine große Vorliebe für den kriegerischen Beruf, die thätige Beteiligung an allen Zweigen des Dienstes ließ den Prinzen schnell zu den höchsten Ämtern im Heere emporsteigen. Am 11. Juni 1829 vermählte er sich mit der Prinzessin Augusta von Sachsen-Weimar.*) Nach der Thronbesteigung seines kinderlosen Bruders erhielt er als mutmaßlicher Thronerbe den Titel „Prinz von Preußen.“ Beim Ausbruch der Revolution in Berlin richtete sich die Abneigung des Volkes gegen das Heer auch gegen ihn, als den eifrigsten Beförderer des Militärwesens, weshalb er sich auf den Wunsch des Königs nach England begab. Im Jahre 1849 führte er den Oberbefehl über die preußischen Truppen, welche den Aufstand in der baierischen Pfalz und in Baden unterdrückten.

---

*) Sie gebar ihm am 18. Oktober 1831 den Kronprinzen Friedrich Wilhelm und am 3. Dezember 1838 die Prinzessin Luise, jetzt Großherzogin von Baden. Der Kronprinz vermählte sich im Januar 1858 zu London mit der ältesten Tochter der Königin von England, Viktoria, Prinzeß Royal von England. Am 27. Januar 1859 wurde ihnen Prinz Friedrich Wilhelm Viktor geboren.

Mit dem Antritt der Regentschaft begann in Preußen die „neue Ära." Der Prinz entließ das Ministerium Manteuffel, dessen auswärtige Politik ihm nicht energisch genug schien, und berief ein neues, an dessen Spitze der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen trat, und welches das größte Vertrauen genoß. Bald kam ein liberaler Geist in die Verwaltung; Presse und Vereine durften sich freier bewegen. Nach außen nahm die preußische Politik einen energischen Charakter an, das Andenken an die Tage von Bronzell und Olmütz war nicht erloschen, und ein lebhaftes Gefühl für Preußens Größe schien sich zu regen. Als Östreich im lombardischen Kriege (1859) Preußens Hülfe als selbstverständliche Pflicht verlangte, ließ sich der Prinzregent weder durch die Vorstellung, Deutschland müsse den Rhein am Po verteidigen, noch durch die Prophezeiung irre machen, daß, nachdem Rußland durch den Krimkrieg, Östreich durch den Verlust der Lombardei von Frankreich gedemütigt sei, die Reihe an Preußen kommen werde. Zwar rüstete er gegen Frankreich, verlangte aber auch, wie bereits erwähnt, die Oberleitung des Krieges in Deutschland. Östreich zog es vor, den Frieden durch Verlust der Lombardei zu erkaufen, als Preußen die ihm gebührende Stellung in Deutschland einzuräumen, und behauptete nachher, es sei von Preußen im Stich gelassen, eine Anklage, die durch Veröffentlichung der Verhandlungen von seiten Preußens widerlegt ward.

Das nationale Streben nach Einigung trat indessen mit der fortschreitenden Entwickelung des materiellen und geistigen Lebens immer mächtiger hervor. Der Verkehr, für welchen Aktien-Gesellschaften und Regierungen immer neue Eisenbahnen schufen, erweiterte sich in riesigem Maße; aus dem Vereinsrecht gingen immer neue Vereine auf den verschiedensten Gebieten hervor, die durch Nationalfeste, wie die der Sängerbunde und Schützenvereine — das erste Schützenfest im Juli 1862 zu Frankfurt — in engere Verbindung zu einander traten und zur Kräftigung des nationalen Sinnes beitrugen. Die nach dem lombardischen Kriege folgende Einigung Italiens zu einem großen Reiche war auch für das nationale Streben in Deutschland ein mächtiger Anstoß, und es brach sich unter den Parteien immer mehr die Überzeugung Bahn, daß Preußen die militärische und diplomatische Füh-

rung der Nation übernehmen müsse. Unter solchen Umständen unternahm Rudolf von Bennigsen im Juli 1859 die Begründung des deutschen Nationalvereins, der sich die Verbreitung dieser Überzeugung zur Aufgabe machte, seinen Hauptsitz zu Koburg hatte, und sich in zahlreichen Zweigvereinen über Deutschland, mit Ausnahme von Östreich und Baiern, ausdehnte.

Nach dem Tode seines Bruders begann König Wilhelm seine Regierung mit einer umfassenden Reorganisation des Heeres, um bei den erwachten Besorgnissen vor Frankreich das Bundesgebiet vor Verletzungen schützen zu können. Eine fünfzigjährige Erfahrung im Militärwesen ließ ihn dessen Vorzüge und Mängel erkennen und führte ihn zu der Überzeugung, daß, wenn man von Preußen bedeutende Leistungen erwarte, auch das Heer einer verbesserten Einrichtung bedürfe. Die neue Heereseinrichtung, die des Königs eigenstes Werk war, fand Widerstand bei der Volksvertretung, und selbst der ministeriell gesinnte Landtag von 1858 bis 1861 behandelte dieselbe nur als ein Provisorium und genehmigte die Kosten nur in diesem Sinne, unter dem Vorwande, die Reorganisation überbürde das Land mit Steuern.*) Vertagungen und Auflösungen erfolgten, als zuletzt das liberale Ministerium entlassen wurde,**) und am 9. Oktober 1862 von Bismarck-Schönhausen, früher preußischer Bundestagsgesandter, an die Spitze eines Ministeriums trat, das aus entschiedenen Gegnern des parlamentarischen Regimentes bestand. Der neue Premierminister ging mit aller Energie und Entschiedenheit auf sein Ziel los und erklärte: „Preußen muß seine Kraft zusammenhalten für den günstigen Augenblick, der schon einigemal verpaßt ist. Preußens Grenzen sind zu einem gesunden Staatskörper nicht günstig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen

*) Nach dem Landtag von 1861 begab sich der König zu seiner Gemahlin nach Baden-Baden. Hier machte ein Student namens Oscar Becker einen Mordversuch auf ihn, unter dem Vorwande, der König sei der politischen Bestimmung Deutschlands nicht gewachsen. Der Mörder wurde zu 20jähriger Zuchthausstrafe verurteilt. Der König, zum Glück nur leicht verwundet, erhielt von allen Seiten zahlreiche Beweise lebhafter Teilnahme.

**) Im Juli 1862 erfolgte von seiten Preußens die Anerkennung Viktor Emanuels als Königs von Italien.

Fragen der Zeit entschieden — dies ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen —, sondern durch Blut und Eisen.“ Ohne sich um die Opposition des Abgeordnetenhauses, welches das Budget für die Reorganisation jedes Jahr verwarf, zu bekümmern, führte er den Staatshaushalt auch ohne Finanzgesetz und erklärte auf die Verweigerung einer Anleihe ganz offen, er werde in diesem Falle „die Mittel, deren er bedürfe, nehmen, wo er sie bekomme.“ Inzwischen war die neue Heereseinrichtnng thatsächlich durchgeführt, deren wesentliche Bestimmungen folgende sind: Während bis dahin der Soldat, der mit 20 Jahren ins Heer eintrat, drei Jahre in der Linie und zwei in der Reserve diente, dann zur Landwehr überging, der er bis zum 32. Lebensjahre im ersten, bis zum 39. im zweiten Aufgebot angehörte, so wurden jetzt statt 40 000 Rekruten jährlich 63 000 ausgehoben und damit bei Festhaltung der dreijährigen Dienstpflicht die Friedensstärke des Heeres von ca. 150 000 Mann auf ca. 213 000 Mann erhoben; die Zahl der Linieninfanterie-Regimenter unter Reduktion ihrer Friedensstärke ward verdoppelt, dazu kamen zehn neue Kavallerie-Regimenter; die Pflicht, in der Reserve zu dienen, wurde um zwei Jahre verlängert, mithin die Dienstpflicht in der Linie überhaupt von fünf auf sieben Jahre erhöht, dagegen die Verpflichtung zum Dienste in der Landwehr ersten Aufgebots von sieben auf vier, in der zweiten Aufgebots von sieben auf fünf Jahre herabgesetzt, mithin die Gesamtdienstpflicht in Linie und Landwehr von 19 auf 16 Jahre, also um drei Jahre verkürzt. Die Lenker der preußischen Politik waren zu der Überzeugung gelangt, daß Preußen um seiner selbst und um Deutschlands wegen eine höhere Stellung als bisher im Bunde erringen müsse. Da Östreich ältere Ansprüche auf die Hegemonie zu haben glaubte, so war nicht zu erwarten, daß es Preußens Emporsteigen willig dulden werde, und ein gewaltsamer Zusammenstoß zwischen beiden Mächten war unausbleiblich. Wollte Preußen diesen Kampf mit Erfolg ausfechten, so mußte es seine Militärmacht verstärken, und dies war nur durch die Reorganisation des Heeres und die damit verbundenen Mehrausgaben möglich. Die preußische Politik gegen Östreich trug das Bewußtsein eines großen Zieles in sich und ist mit seltener Kraft und Einsicht durchgesetzt worden.

Das Handelsgebiet des Zollvereins erhielt eine sehr bedeutende Erweiterung durch Abschluß eines preußisch-französischen Handelsvertrags (29. März 1862) und eines ähnlichen mit Belgien, und nun ging Preußen an die Lösung der schwierigsten Frage, des Verhältnisses zu Österreich und zum deutschen Bunde.

Nachdem König Wilhelm schon als Regent die Umgestaltung des Bundes kräftig zu fördern verheißen hatte (Jan. 1860), war der sächsische Minister von Beust mit einem Bundes-Reform-Projekt hervorgetreten (5. Okt. 1861), durch welches sich keine Partei befriedigt fühlte, indem Österreich gegen den vorgeschlagenen Wechsel des Vorsitzes in der Bundesversammlung zwischen Österreich und Preußen protestierte (5. Nov.), Preußen aber einen Bundesstaat unter preußischer Führung verlangte (20. Dezbr.). Während der Handelsvertrag Preußens mit Frankreich die Kluft zwischen den beiden deutschen Großstaaten erweiterte, bildete sich unter den Vertretern der deutschen Einzelstaaten eine große Einigung, welche das Verlangen der Nation nach den notwendigen Reformen zu fördern unternahm. Am 28. September 1862 trat zu Weimar ein Abgeordneten-Tag zusammen, welcher die Forderung aussprach: „die Verfassung vom 28. März 1849 durch ein Parlament aus freien Volkswahlen durchzuführen", ohne jedoch Deutsch-Österreich auf die Dauer ausschließen zu wollen. Auch die Generalversammlung des Nationalvereins in Koburg (6. Okt. 1862) erklärte sich für Wiederaufnahme der Verfassung von 1849. Dagegen schloß sich eine Versammlung der „Großdeutschen" in Frankfurt (28. Okt.) dem östreichischen Vorschlag einer „Delegierten-Versammlung" wie einer konzentrierten kollegialischen Exekutive an, worauf sich in Nord- und Süddeutschland „großdeutsche Reform-Vereine" bildeten.

Indessen trat der preußische Premierminister Bismarck in der äußeren Politik ebenso energisch auf als in der inneren, um der Unterordnung Preußens unter den Bund und dem östreichischen Vorsitz ein Ende zu machen. In einer diplomatischen Note hatte er bereits Österreich den Rat gegeben, „seinen Schwerpunkt dahin, wo er sei, außerhalb Deutschlands, nach Ofen, zu verlegen". Österreich aber glaubte das zunehmende Zerwürfnis der preußischen Regierung mit

dem Landtage wie die gleichzeitige Hinneigung der meisten deutschen Regierungen zum Kaiserstaate infolge des französischen Handelsvertrages zur Befestigung seiner Vormacht in Deutschland benutzen zu können. Der Kaiser Franz Joseph berief daher einen Fürsten-Kongreß nach Frankfurt (16. Aug. bis 1. Septbr. 1863), und legte diesem seinen Reformplan vor, dem zufolge Östreich an Deutschlands Spitze und Preußen auf eine Stufe mit Baiern gestellt werden sollte. König Wilhelm lehnte jede Beteiligung an diesem Plane ab und weigerte sich, den Fürstentag zu besuchen. So mußte der ganze Reformplan scheitern, und der Bundestag sollte sich bald wieder in seiner Ohnmacht und Zerrissenheit zeigen.

Im Innern Preußens dauerte das Zerwürfnis zwischen dem Hause der Abgeordneten und der Regierung fort. Das Ministerium blieb bei seinem System und hatte keinen gewaltsamen Ausbruch zu befürchten. Indessen war der Zustand immer ein höchst unerquicklicher, da kein gesetzlicher Ausgleich abzusehen war, als dieser wider Erwarten durch die äußeren politischen Verhältnisse herbeigeführt wurde, die der ganzen Machtstellung Preußens eine andere Wendung gaben und damit den inneren Frieden herstellten.

Vierter Zeitraum.

Vom Tode Friedrichs VII. von Dänemark bis zum Jahre 1881. (1863—1881.)

XXV.

Der zweite Krieg in Schleswig-Holstein (1864). Die Zeit vom Wiener Frieden bis zur Auflösung des deutschen Bundes (14. Juni 1866).

Die Jahre von 1851 bis 1863 waren für die Elbherzogtümer eine Zeit der schwersten Bedrängnis gewesen. Nachdem das Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 die unleugbaren Rechte des Herzogs von Augustenburg verletzt hatte, kehrten sich die dänischen Minister nicht mehr an die Bestimmung, daß die deutschen Herzogtümer zwar zur dänischen Monarchie gehören, aber ihre besonderen Rechte und Verfassungen behalten sollten. Im Vertrauen auf den Beistand Rußlands, Frankreichs und Englands trieb das Kopenhagener Kabinett mit den Vorstellungen des deutschen Bundes ein frevelhaftes Spiel, und die Gewaltthätigkeiten gegen die Herzogtümer, gegen deutschgesinnte Beamte und Geistliche, ja sogar gegen die deutsche Sprache nahmen ihren Fortgang.

Das Streben der sogen. Eiderdänen, deren Wahlspruch war: „Dänemark bis zur Eider", Schleswig der dänischen Monarchie einzuverleiben, trat nicht nur in dem Märzpatent (vom 30. März 1863), sondern noch deutlicher in dem am 29. September dem Reichstag vorgelegten Entwurf einer gemeinsamen Verfassung für Dänemark und Schleswig hervor. Schon war derselbe am 13. November angenommen und dadurch die Einverleibung Schleswigs ausgesprochen; es fehlte nur noch die Unterschrift König Friedrichs, als dieser am 15. November 1863 starb. Sein Nachfolger war der durch das Londoner Protokoll ernannte Christian IX. Der neue König wäre für sich geneigt gewesen, die neue Verfassung, welche die Rechte der Herzogtümer verletzte, zurückzunehmen, aber die drohende Haltung der Kopenhagener Bevölkerung zwang ihn, die Verfassung zu unterzeichnen (18. Nov.) und alles zu bestätigen, was unter der vorigen Regierung gegen die Rechte der Herzogtümer unternommen worden war. Damit war nicht allein dem deutschen Bunde, sondern auch den beiden deutschen Großmächten der Krieg erklärt. Dänemark hoffte, daß ihm in dem bevorstehenden Kampfe Schweden mit seinem Heere, England mit seiner Flotte zu Hülfe kommen, daß Frankreich am Rhein eine Diversion gegen Preußen, Italien am Po eine solche gegen Östreich machen, und daß es den so geteilten Kräften der Verbündeten zu widerstehen im stande sein werde.

Da der deutsche Bund und die meisten Mittel- und Kleinstaaten das Londoner Protokoll nicht unterzeichnet hatten, so handelte es sich für sie um die Erbfolgefrage, während die Großmächte, welche in dem Protokoll die neue Erbfolge d. h. Christian IX. anerkannt hatten, es mit der Einverleibungsfrage zu thun hatten. Der deutsche Bund beschloß die Exekution als Zwangsmittel zur Wiederherstellung des verletzten Rechtszustandes, und am 23. Dezember überschritten 12 000 Mann Sachsen und Hannoveraner die holsteinische Grenze. Die Dänen zogen sich hinter die Eider zurück, und in Holstein wurde Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein-Augustenburg, der sich bereits in Kiel eingefunden, als rechtmäßiger Herzog ausgerufen. In allen Teilen Deutschlands sprach man sich in den Kammern, in politischen Vereinen und Volksversammlungen für das Recht des Prinzen von Augusten-

burg aus, mit einer Einmütigkeit, die aus der innersten Gesinnung des deutschen Volkes hervorging. Aber es handelte sich hierbei nicht nur um die Unterstützung eines lange von fremder Herrschaft gedrückten Bruderstammes, sondern auch um Deutschlands politische Geltung dem Auslande gegenüber.

Den beiden deutschen Großmächten schien die mächtige Bewegung zu Gunsten der Herzogtümer etwas Revolutionäres in sich zu tragen. Sie waren entschlossen, die Durchführung der ganzen Angelegenheit in ihre eigene Hand zu nehmen. Sie erklärten am Bundestage, daß sie sich durch das Londoner Protokoll gebunden hielten, und stellten (11. Januar 1864) den Antrag, Dänemark zur Aufhebung der Verfassung vom 18. November aufzufordern, im Weigerungsfalle aber das Herzogtum Schleswig im Namen des Bundes als Pfand für die Erfüllung dieser gerechten Forderung zu besetzen. Als ihr Antrag nicht durchging, gaben die Großstaaten die übereinstimmende Erklärung ab, daß sie mit Rücksicht auf ihr besonderes Verhältnis zum Londoner Protokoll entschlossen seien, die Geltendmachung der Bundesrechte in Bezug auf Schleswig nunmehr selbst zu übernehmen und auch ohne Mithülfe des Bundes zur Ausführung der von ihnen gestellten Maßregeln zu schreiten. Der Widerspruch der Mittelstaaten, die gegen den Antrag gestimmt hatten, blieb ohne alle Wirkung, und so trat die Ohnmacht des Bundes für den Fall, daß die beiden Großmächte einig waren, offen zu Tage.

Da Dänemark die Forderung des östreichischen und preußischen Kabinetts, die Verfassung vom 18. November binnen 48 Stunden aufzuheben, ablehnte, so begann der Krieg ohne weitere Erklärung. Indem Östreich als Preußens Hülfsmacht auftrat, gelang es, den Argwohn der Mittelstaaten und Großmächte, die auf Deutschlands Erstarkung durch eine Vergrößerung Preußens eifersüchtig waren, zu beschwichtigen; andererseits hielt es Östreich für vorteilhaft, Preußens Schritte im Norden zu beobachten. Noch ahnte man nicht, daß gerade durch diesen Krieg Preußen zum Bewußtsein seiner militärischen Überlegenheit gelangen werde, die sich bald gegen Östreich selbst wenden und die deutsche Frage zu Gunsten Preußens entscheiden sollte.

Schon am Ende des Monats Januar waren 43 500 Preußen mit 110 Kanonen und 28 500 Östreicher mit 48 Kanonen längs der schleswigschen Grenze aufgestellt. Die Preußen standen zunächst unter dem Kommando des Prinzen Friedrich Karl von Preußen, die Östreicher unter dem des Feldmarschall-Lieutenants von Gablenz, den Oberbefehl über beide führte der preußische Feldmarschall von Wrangel, der schon 1848 gegen die Dänen kommandiert hatte. Am 1. Februar 1864 gingen die verbündeten Truppen über die Eider.

Quer durch Schleswig zieht sich, 15 Kilometer lang, das berühmte Danewerk hin, das seit 1848 noch durch eine Reihe von Schanzen und Forts stärker befestigt war. Zu einer erfolgreichen Verteidigung desselben hätte es eines Heeres von 50—60 000 Mann bedurft, die Dänen hatten aber höchstens 25—30 000 Mann mit 80 Geschützen zusammenbringen können. Das östreichische Corps und die preußischen Garden sollten das Danewerk in der Fronte angreifen, während das preußische Corps im Osten die Aufgabe hatte, beim Dorfe Missunde an der Schlei die Stellung der Feinde zu öffnen. Eine dreistündige Kanonade bei Missunde (2. Febr.) und ein Versuch, die Schanzen zu erstürmen, hatte, besonders wegen dichten Nebels, nicht den erwarteten Erfolg, während die Östreicher unter kleinen Gefechten bei Jagel, Overselk und dem Königsberg bis zu den eigentlichen Schanzen des Danewerks vordrangen. Dort sollte, indem die Preußen den Übergang über die Schlei erzwangen, ein Sturm versucht werden, aber der dänische Obergeneral de Meza hatte die Weisung, den Kampf um das Danewerk nicht so weit zu führen, und ein am 4. berufener Kriegsrat beschloß, die erste Verteidigungslinie aufzugeben und sich hinter die Düppellinie zurückzuziehen. Am Abend des 5. begann der Rückzug der Dänen in solcher Stille, daß die Verbündeten nichts davon gewahr wurden. Erst am Morgen des 6. erhielten die Östreicher Kunde davon, zogen in Schleswig ein und setzten, während die Preußen ungehindert über die Schlei gingen, den abziehenden Dänen nach. Hierbei entspann sich zwischen ihnen und der dänischen Nachhut ein hartnäckiges Gefecht bei Översee (6. Febr.) in der Nähe von Idstedt, das zu Gunsten der Östreicher endete,

dem dänischen Hauptheer aber den Rückzug in die Düppelstellung sicherte.

Im Südosten des sogenannten Sundewitt, an Schleswigs Ostküste, zieht sich der Höhenzug der Düppelberge hin, welche schon 1849 den Baiern und Sachsen so viel Blut gekostet hatten, daß ihn die Soldaten „das Blutloch" nannten. Seitdem war der Rücken dieses von Natur festen Höhenzuges durch eine Doppelreihe von Schanzen, durch Pallisadenreihen, Eggen, Wolfsgruben, Spitzpfähle, Drahtnetze ausgezeichnet befestigt worden; beide Flügel der Düppelstellung waren an das Meer gelehnt und durch Kanonenboote geschützt; auch deckten im Rücken derselben zwei Brückenköpfe die Schiffbrücken zwischen dem Sundewitt und der Insel Alsen. Als die Preußen gegen die Düppeler Schanzen vorrückten, überzeugte sich Prinz Friedrich Karl sehr bald, daß die dänische Stellung ohne allzu große Opfer und mit Erfolg nur durch eine förmliche Belagerung angegriffen werden könne. Während schweres Belagerungsgeschütz erst aus Preußen herbeigeschafft werden mußte, besetzte die preußische Gardedivision am 19. Februar Kolding, die erste Stadt Jütlands, um die weiteren Operationen gegen die Düppelstellung von dieser Seite her zu decken.

Dem preußischen Corps unter dem Prinzen Friedrich Karl fiel die schwierigste Aufgabe des Kriegs, die Erstürmung der Düppeler Schanzen, zu. Nachdem die Beschießung derselben am 29. Februar begonnen, erfolgte am 18. April der Sturm, zu welchem sich die Truppen durch gemeinsamen Genuß des heiligen Abendmahls vorher gestärkt hatten. Nach einem vorausgehenden lebhaften Bombardement stürmten Schlag 10 Uhr die Kolonnen in unaufhaltsamem Vordringen trotz des mörderischen Infanterie- und Kartätschenfeuers der Dänen vorwärts und nahmen der Reihe nach die einzelnen Verteidigungslinien. Um 2 Uhr nachmittags war das Festland Schleswigs vom Feinde gesäubert. Die Dänen hatten 5000, die Sieger an 1200 Mann, darunter 70 Offiziere verloren. König Wilhelm eilte selbst nach dem Sundewitt, um den Truppen bei einer feierlichen Parade persönlich seinen Dank auszusprechen, und kehrte dann mit den Trophäen von Düppel und einem Ehrengeleit von 127 der Tapfersten unter den Siegern in seine jubelnde Hauptstadt zurück.

Am 20. April rückten die Verbündeten wieder vor, am 28. legte Wrangel Jütland, als Ersatz für die von der dänischen Regierung verhängte Blockade der deutschen Seehäfen und die Aufbringung deutscher Schiffe durch dänische Kreuzer, eine Kontribution von 650000 Thalern auf, welche die Bauern jedoch zu entrichten sich weigerten; am 29. räumten die Dänen, durch ein Bombardement genötigt, in aller Stille Friedericia, und bald nachher war ganz Jütland bis zum Lymfiord von den Verbündeten besetzt. Auch die junge preußische Kriegsflotte hatte unter Kapitän Jachmann am 17. März bei der Insel Rügen ein dreistündiges Gefecht gegen die dänische Übermacht mit Mut und Entschlossenheit bestanden, und am 9. Mai griffen die zwei östreichischen Fregatten „Schwarzenberg" und „Radetzky" mit drei preußischen Schiffen ein dänisches Geschwader bei Helgoland an, mußten sich aber, da der „Schwarzenberg" in Brand geriet, nach der Elbmündung zurückziehen.

Seit längerer Zeit war das englische Kabinett bemüht, den Dänen einen Beistand von außen zu verschaffen, ohne jedoch geneigt zu sein, auf eigene Hand zu Gunsten Dänemarks einen Krieg zu beginnen, der jedenfalls ein europäischer geworden wäre. Napoleon III. war ein zu guter Staatsmann, um sich, der englischen Aufforderung gemäß, zu einer gemeinsamen Operation gegen Deutschland zu verstehen; Rußland war durch den polnischen Krieg an der Teilnahme an fremden Staatshändeln gehindert, und Schweden scheute bei der Beschränktheit seiner Mittel die Kosten und Gefahren eines Krieges. Jetzt suchte das englische Kabinett den Dänen durch Berufung einer Konferenz zu Hülfe zu kommen. Am 25. April traten die fünf Großmächte so wie Dänemark, Schweden und der deutsche Bund, letzterer vertreten durch den sächsischen Staatsminister von Beust, zu einer Konferenz in London zusammen. Zunächst erfolgte vom 12. Mai an ein Waffenstillstand von vier Wochen, der später bis zum 25. Juni verlängert wurde. Dänemark war aber trotz der erlittenen Nachteile weit entfernt, auf die von Östreich und Preußen vorgeschlagene Personalunion im Betreff der Herzogtümer einzugehen. Diese Hartnäckigkeit des dänischen Kabinetts veranlaßte die Schleswig-Holsteiner, jedwede Verbindung mit Dänemark abzuweisen und den Prin-

zen von Augustenburg zu ihrem rechtmäßigen Souverän zu erklären. Nun sagten sich Preußen und Östreich von dem Londoner Protokoll los und verlangten in der Sitzung vom 28. Mai die vollständige Trennung der Herzogtümer von Dänemark und ihre Vereinigung zu einem Staat unter der Souveränität des Prinzen von Augustenburg. Dänemark ging natürlich hierauf noch weniger ein, als auf die Personalunion, und verwarf auch die von Lord Russel vorgeschlagene Teilung Schleswigs.

Am 25. Juni ging die Konferenz ohne Erfolg auseinander, und die Feindseligkeiten begannen von neuem. Es galt, den Übergang über den durch 32 Batterieen gedeckten Alsensund auf die mit 12 Bataillonen besetzte Insel Alsen zu bewerkstelligen. Er geschah unter Leitnng des Generals Herwarth von Bittenfeld am 29. Juni vor Tagesanbruch mittelst 160 Kähnen am nördlichen Ausgang des Alsensundes, und gelang besonders durch die außerordentliche Kühnheit, mit welcher derselbe geleitet wurde. Vergebens versuchte das dänische Panzerschiff „Rolf Krake" durch sein Kartätschenfeuer die Boote in Grund zu schießen; es mußte sich, ohne sonderlichen Schaden anzurichten, vor dem Feuer von 16 gezogenen Geschützen zurückziehen. Die Boote holten nach und nach die preußischen Bataillone hinüber, und um halb 4 Uhr morgens waren elf übergesetzt. Der Feind wurde aus allen Stellungen vertrieben, und in wenigen Stunden war die Insel in den Händen der Preußen. Die Sieger hatten 373, die Dänen über 4000 Mann, darunter 79 Offiziere verloren. Die Tage von Düppel und Alsen glänzen als ewig denkwürdige Ehrentage in der Geschichte der preußischen Waffenthaten.

Gleichzeitig überschritten die Verbündeten den Lymfiord und hatten nun die ganze jütische Halbinsel von Altona bis Kap Skagen in ihrer Gewalt. Zuletzt wurden auch die westfriesischen Inseln Sylt, Föhr u. s. w. genommen, deren Bevölkerung wegen ihrer deutschen Gesinnung von dem Kapitän Hammer lange mißhandelt worden war und nun durch dessen Gefangennehmung befreit ward.

Damit brach der Trotz der Dänen. Die Kopenhagener, deren Hochmut in Kleinmut umgeschlagen, befürchteten, die Preußen möchten bis Seeland vordringen und verlangten die

Zusammenziehung von Flotte und Heer zum Schutz der Hauptstadt. Christian IX., der von Anfang an nur ungern den ungleichen Kampf aufgenommen, entließ das eiderdänische Ministerium und wandte sich nach Berlin und Wien mit dem Ansuchen um einen Waffenstillstand und um Einleitung zu Friedensunterhandlungen, worauf die Verbündeten eingingen. Am 30. Oktober 1864 wurde zu Wien der Friede unterzeichnet, in welchem der König von Dänemark seine Rechte auf die Herzogtümer Holstein, Schleswig und Lauenburg an den Kaiser von Östreich und den König von Preußen abtrat.*)

Die treffliche Organisation des preußischen Heeres, in dem Befehlshaber und Soldaten sich gleichmäßig bewährt hatten, war in diesem Kriege eben so glänzend hervorgetreten, als die Kühnheit und Sicherheit der preußischen Politik, die unbeirrt durch Englands und Frankreichs Drohungen, ihre Pläne mit Entschiedenheit durchgeführt hatte.

---

*) Seitdem zeigt die Geschichte Dänemarks eine ununterbrochene Kette von Konflikten zwischen der Regierung und der Volksvertretung. Im Jahre 1867 legte die Regierung den Entwurf einer Reform des Heeres und der Marine vor, die vom Folkething (der zweiten Kammer) und Landsthing (der ersten Kammer) mit Modifikationen angenommen ward, wie auch ein Gesetz über allgemeine Wehrpflicht zur Annahme kam (1869). Die Hoffnungen Dänemarks auf Wiedergewinnung Schleswigs, die der deutsch-französische Krieg hervorrief, mußten bald schwinden. Im Jahre 1873 kam eine Münzkonvention mit Skandinavien zum Abschluß. Bis dahin hatte sich die Regierung auf das Uebergewicht der nationalliberalen Partei im Folkething gestützt; jetzt aber gelangte die Linke (Bauernpartei) zum entschiedenen Übergewicht und forderte mit dringendem Ungestüm die Abdankung des Ministeriums Holstein-Holsteinborg (1874). Auch die nächsten Ministerien stießen auf den Widerstand des Folkethings, das die für die Landesbefestigung verlangten Gelder nicht bewilligte. Der Streit zwischen dem Folkething und der auf das Landsthing sich stützenden Regierung zog sich hin, und eine Auflösung des Folkething folgte auf die andere; das Ministerium oktroyierte ein Budget, die Radikalen, die auf Einführung des Parlamentarismus hin arbeiteten, verwarfen es (1881), und das Ministerium regierte ohne gesetzmäßiges Budget. — Der Vertrag zwischen Östreich und Preußen (Okt. 1878) vereitelte die Hoffnung auf Wiedererlangung Nordschleswigs. — Im Jahre 1874 erhielt Island eine eigene Verfassung.

Nachdem Österreich und Preußen durch den Wiener Frieden in den Besitz der Elbherzogtümer getreten, forderte Preußen, daß die Hannoveraner und Sachsen das Land räumen sollten, und die Bundesversammlung erklärte auf den gemeinsamen Antrag Österreichs und Preußens am 5. Dezember 1864 die Exekution für beendigt. An demselben Tage beantragte Österreich bei Preußen die vorläufige Übergabe der Herzogtümer an den Erbprinzen Friedrich von Augustenburg, vorbehaltlich der Untersuchung der Erbansprüche. Während Österreich nicht die ausschließende Herrschaft Preußens über die Herzogtümer gestatten wollte, vielmehr an der Elbe die Bildung eines Mittelstaates wünschte, der sich in der Bundesversammlung ihm anschließen würde, war Preußen von Anfang an entschlossen, mit dem neuen Staate in die engste Verbindung zu treten und dessen günstige geographische Lage, seine militärischen Hülfsmittel zu Wasser und zu Lande zu benutzen, um die Suprematie über Norddeutschland zu erringen. Da man aber wußte, wie wenig der Erbprinz sich den preußischen Forderungen im Bezug auf das Verhältnis des schleswig-holsteinischen Heeres zum preußischen fügen würde, so regte sich im Hintergrunde der preußischen Politik immer mehr der Gedanke, die Herzogtümer in jedem Falle, mit oder ohne Österreichs Zustimmung in den alleinigen Besitz Preußens zu bringen, und schon vor dem Ende des Jahres 1864 war fast die gesamte preußische Presse für die Annexion der Elbherzogtümer. Preußen lehnte daher den österreichischen Antrag eines Provisoriums unter dem Erbprinzen ab (12. Januar 1865), und es erfolgte zunächst vom 1. Februar an die Bildung einer beiden Mitbesitzern untergeordneten, gemeinsamen schleswig-holsteinischen Landesregierung. Allein neben dem österreichischen und preußischen Civil-Kommissar behielt der Erbprinz in Kiel seine herzogliche Nebenregierung bei. Der österreichische Minister, Graf Mensdorff-Pouilly, der an Rechbergs Stelle getreten war, suchte das österreichische Interesse in den Herzogtümern mehr als sein Vorgänger zu wahren, aber der Lenker der preußischen Politik, Ministerpräsident von Bismarck, beharrte bei seinem Plane, die Länder in völlige Abhängigkeit von Preußen zu bringen, und wollte die Schwäche des österreichischen Staatsorganismus und seine inneren Gebrechen, vor allem seine

trostlose Finanznot, benutzen, um seinem Staate die Suprematie in Deutschland zu verschaffen. Die öffentliche Meinung in Schleswig-Holstein, welche die staatliche Konstituierung der Herzogtümer unter dem Augustenburger, den seine Anhänger Friedrich VIII. nannten, forderte, war zwar fortwährend im Interesse von Gesamt-Deutschland für einen engeren Anschluß an Preußen, wollte aber nicht darin aufgehen, vielmehr sollten die Bedingungen dieses Anschlusses von den Ständen des Landes festgestellt werden. Preußen aber war entschlossen, auf die Konstituierung des neuen Staates nicht eher einzugehen, als bis es seine höher gehenden „berechtigten Ansprüche," insbesondere unbedingte Verfügung über die Militärkräfte desselben zu Wasser und zu Lande, gesichert wußte, und ließ den Gedanken an Annexion immer deutlicher hervorblicken.

Am 22. Februar übersandte das preußische Kabinett Vorschläge nach Wien zur Herstellung eines Definitivums, welche auf die Konstituierung eines schleswig-holsteinischen Staates unter dem Prinzen von Augustenburg im bundesstaatlichen Anschluß an Preußen hinausliefen. In seiner Antwort (vom 5. März) wies Östreich die Bildung eines „halbsouveränen Staates" zurück, da dessen Fürst bei dem Mangel wesentlicher Hoheitsrechte nicht Mitglied des deutschen Bundes sein könnte, und erklärte, nur in diejenigen Forderungen Preußens einwilligen zu können, welche die Erhebung Rendsburgs zur Bundesfestung, die freie Benutzung des Kieler Hafens und das Oberaufsichtsrecht Preußens über den Nord-Ostsee-Kanal betrafen. Inzwischen wurde bei dem immer schärfer hervortretenden Antagonismus der beiden Besitzer und der Nebenregierung des Augustenburgers das Provisorium der gemeinsamen Regierung nach und nach unmöglich, zumal da es auch zwischen den Civil-Kommissaren, dem preußischen, Freiherrn von Zedlitz, und dem östreichischen, Herrn von Halbhuber, an einzelnen Konflikten nicht fehlte.

In den Monaten April und Mai wurden Verhandlungen in betreff der Berufung der schleswig-holsteinischen Stände gepflogen. Preußen forderte während ihrer Versammlung die Entfernung des Erbprinzen, da dessen Haltung und die Gehässigkeit seiner Presse gegen alle Freunde des bundesstaatlichen Anschlusses fortwährend Demonstrationen

zu seinen Gunsten veranlaßten. Österreich ging darauf nicht ein, trat aber in Unterhandlung mit Preußen über eine neue Organisation des Provisoriums. Noch ehe diese zustande kam, stellte Preußen die Ansprüche des Augustenburgers in Zweifel, dem nicht nur der Großherzog von Oldenburg als Prätendent entgegentreten durfte, sondern auch ein Majoritäts-Gutachten der preußischen Kronsyndici (18. Juni 1865) die Berechtigung absprach. Der Ministerpräsident von Bismarck sprach es in diplomatischen Kreisen unverhohlen aus, „daß Preußen in Güte oder mit Gewalt die Suprematie in Deutschland erlangen wolle und werde; ein Krieg mit Österreich sei eben so erwünscht, als wahrscheinlich." Von den Mittelstaaten wurde in dem bevorstehenden Kriege die Beobachtung der genauesten Neutralität verlangt. Zu gleicher Zeit wurde der Redakteur eines antipreußischen Blattes in Altona, May, verhaftet, und ein Mitglied der Opposition im preußischen Abgeordnetenhause, Frese, ungeachtet der Einwendungen des österreichischen Civilkommissarius, aus den Herzogtümern ausgewiesen. Ein solcher Zustand konnte nicht von Dauer sein, doch war der Augenblick, ihn durch das Schwert zu entscheiden, noch nicht gekommen. Es wurde daher zwischen den deutschen Großmächten in dem Badeorte Gastein in Salzburg, wo der König von Preußen und sein erster Minister sich aufhielten, eine Konvention geschlossen (14. August 1865), welche auf einer persönlichen Zusammenkunft König Wilhelms I. mit Kaiser Franz Joseph in Salzburg ratificiert wurde. Durch die Gasteiner Konvention wurden die beiden Herzogtümer von einander getrennt, und die Regierung von Schleswig an Preußen, die von Holstein an Österreich überlassen. Lauenburg wurde gegen eine Entschädigung von 2 500 000 dänischen Reichsthalern (100 dänische = 75 preußische Thaler) von Österreich an Preußen abgetreten. Außerdem erhielt Preußen den Hafen von Kiel, das Besatzungsrecht in Rendsburg und die Oberaufsicht über den zu erbauenden Nord-Ostsee-Kanal. Der Minister von Bismarck, der diese zeitweilige Ausgleichung zustande gebracht, wurde dafür wie für seine Ausdauer in der inneren Politik Preußens, von seinem König in den Grafenstand erhoben.*)

*) Otto v. Bismarck-Schönhausen, geb. 1. April 1815 zu Schönhausen, aus altmärkischem Rittergeschlecht — studiert die Rechte in

Die gemeinschaftliche Regierung der Herzogtümer wurde am 15. September aufgelöst, und an ihrer Stelle traten Freiherr von Gablenz als östreichischer Statthalter von Holstein in Kiel, und Freiherr von Manteuffel als preußischer Gouverneur von Schleswig in Flensburg die Regierung an. Aber der Gasteiner Vertrag war nur ein neues Provisorium, in dem die Keime zu neuen Zerwürfnissen zwischen den beiden Großmächten lagen. Am 23. Januar 1866 richteten 19 Mitglieder der holsteinischen Ritterschaft, an ihrer Spitze von Scheel-Plessen, eine Adresse an den Grafen Bismarck für Personal-Union der Herzogtümer mit Preußen; aber an demselben Tage sprach sich eine Versammlung von 3—4000 Männern aus beiden Herzogtümern zu Altona energisch für die Einberufung der schleswig-holsteinischen Stände aus, ohne jedoch eigentliche Beschlüsse zu fassen, weil diese von der Landesregierung verboten waren. Damit hingen die von Östreich unterstützten Bestrebungen zu Gunsten des Erbprinzen Friedrich von Augustenburg zusammen, dessen Ansprüche Preußen nicht anerkannte. Der preußische Minister-Präsident Graf Bismarck sah sich deshalb veranlaßt, in Wien Beschwerde darüber zu führen (26. Januar 1866), daß Östreich beabsichtige, das Herzogtum Holstein dem Erbprinzen thatsächlich zu überantworten, und sprach sein Bedauern aus, daß „revolutionäre und jedem Throne feindselige Tendenzen unter dem Schutze des östreichischen Doppeladlers sich entfalten dürften." Die Depesche erklärte das Regierungssystem Östreichs in Holstein für eine Schädigung des monarchischen Prinzips und stellte einen Bruch des bisherigen Bündnisses in Aussicht. Der

---

Göttingen, arbeitet bei den Regierungen in Aachen und Potsdam — Gutsherr in Pommern, Deichhauptmann in Schönhausen — Abgeordneter der Ritterschaft auf dem Landtage der Provinz Sachsen — als solcher 1847 Mitglied des „Vereinigten Landtages", hervorragender Redner der Regierungspartei — bekämpft 1848 die Revolution und ist konservativer Parteiführer in der zweiten Kammer zu Berlin 1849 und bei dem Unionsparlament in Erfurt 1850 — preußischer Gesandter 1851—1859 beim Bundestage in Frankfurt a. M., 1859—62 in Petersburg, seit Mai 1862 in Paris — 23. Sept. 1862 preußischer Staatsminister, 8. Okt. 1862 Präsident des Staatsministeriums und Minister der auswärtigen Angelegenheiten — 15. Sept. 1865 in den Grafen-, am 21. März 1871 in den Fürstenstand erhoben. Sein Titel „Bundeskanzler" in den eines „Reichskanzlers" verwandelt.

östreichische Minister, Graf Mensdorff, wies die Anklage gegen seine Politik zurück und erklärte, daß er entschlossen sei, dabei zu beharren, auch auf die Gefahr eines Bruches mit Preußen (7. Febr.). Im März zog Östreich Truppen nach Böhmen, wofür die in einigen böhmischen Städten ausgebrochenen Judenverfolgungen keinen genügenden Vorwand abgeben konnten; auch in Sachsen begannen Rüstungen, während Preußen seine schlesischen und sächsischen Festungen armierte, und mit dem in Berlin angekommenen italienischen General Govone Unterhandlungen über ein preußisch-italienisches Bündnis pflog, zum Zweck der Eroberung Venetiens für das Königreich Italien. Als dieses Bündnis noch vor Ende März zum Abschluß kam, begannen in Italien bedeutende Rüstungen, und auch Baiern und Würtemberg trafen nach einer erfolglosen Note an die beiden Großmächte militärische Vorkehrungen „zur Wahrung des Friedens im Bunde," während die Großmächte versicherten, daß ihnen der Gedanke eines Angriffskrieges fern liege, und jede von der andern Abrüstung verlangte.

Bei dem im deutschen Bunde hervortretenden Zerfall nahm jedoch Graf Bismarck Anlaß, auf die Notwendigkeit einer Bundesreform hinzuweisen, und schon in einer Cirkulardepesche an die deutschen Regierungen vom 24. März hatte er diese Notwendigkeit betont. Preußen, hieß es darin, müsse Garantieen für seine Sicherheit suchen, die der deutsche Bund in seiner gegenwärtigen Gestalt nicht biete. Die Erfahrung habe gelehrt, daß selbst im Falle der Einigkeit der beiden Großmächte die Bundesinstitutionen nicht ausreichten, um Deutschland eine aktive nationale Politik mit Erfolg führen zu lassen, noch viel weniger aber würden sie im Falle eines ernsten Antagonismus beider Mächte den drohenden Bruch verhindern können. „Schon durch die geographische Lage", heißt es dann wörtlich, „wird das Interesse Preußens und Deutschlands identisch; dies gilt zu unsern, wie zu Deutschlands Gunsten. Wenn wir Deutschlands nicht sicher sind, ist unsere Stellung gefährdeter, als die der anderen europäischen Staaten. Das Schicksal Preußens aber wird das Schicksal Deutschlands nach sich ziehn, und wir zweifeln nicht, daß, wenn Preußens Kraft gebrochen wäre, Deutschland an der Politik der europäischen Nationen nur noch passiv beteiligt bleiben würde. Dies zu verhüten,

sollten alle deutschen Regierungen als eine heilige Pflicht ansehen und dazu mit Preußen zusammenwirken. Wenn der deutsche Bund in seiner jetzigen Gestalt und mit seinen jetzigen politischen und militärischen Einrichtungen den großen europäischen Krisen, die aus mehr als einer Ursache auftauchen könnten, entgegengehen soll, so ist nur zu sehr zu befürchten, daß er seiner Aufgabe erliegen und Deutschland vor dem Schicksal Polens nicht schützen werde." Die Depesche richtete daher die Frage an die deutschen Regierungen, „ob und in welchem Maße Preußen auf ihren guten Willen als Einzelstaaten rechnen dürfe." Am 9. April stellte Bismarck am Bundestage den förmlichen Antrag, auf Einberufung eines deutschen Parlaments nach allgemeinem Stimmrecht und direkten Wahlen, wobei die offiziösen Erörterungen Preußens Absicht aussprachen, „die militärischen Kräfte Nord- und Mitteldeutschlands zu wirksamer That um sich zu vereinigen." Da sich dadurch die Mittelstaaten in ihrer bisherigen Bedeutung bedroht sahen, besprachen sich neun derselben in Konferenzen zu Augsburg und Bamberg über gemeinsames Handeln und stellten mit Ausnahme Sachsens am 19. Mai am Bundestage den Antrag auf gleichzeitige Abrüstung sämtlicher Bundesglieder, der von der Bundesversammlung angenommen wurde, während Preußen und Östreich sich eine Erklärung, unter welchen Voraussetzungen sie abrüsten wollten, vorbehielten. Kaiser Napoleon III. machte den Versuch, den Konflikt der drei Mächte (Östreich, Preußen und Italien) durch eine Friedenskonferenz der Großmächte, unter Hinzuziehung eines Bundestagsgesandten, zu Paris auszugleichen. Preußen, Italien und der Bundestag nahmen die Einladung an, aber der Friedensversuch scheiterte an dem Vorbehalte Östreichs, „daß keine Kombination zur Verhandlung komme, welche einem der eingeladenen Staaten eine territoriale Vergrößerung oder einen Machtzuwachs verschaffe, worauf Frankreich und England die Konferenz für unmöglich erklärten.*)

*) Am 9. Mai machte ein junger Mann, Karl Cohen, Stiefsohn des badischen Flüchtlings Blind, zu Berlin einen Mordversuch auf Bismarck, in dem er das eigentliche Hindernis des Friedens sah. Der Graf blieb jedoch unverwundet; Cohen tötete sich während der Untersuchungshaft.

An demselben Tage (1. Juni), an welchem Östreich diese „vorläufige Bürgschaft gegen ehrgeizige Ansprüche" als Bedingung seiner Teilnahme an der Konferenz bezeichnete, stellte es die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage „den Entschließungen des Bundes anheim, welchen von seiner Seite die bereitwilligste Anerkennung gesichert sei," und erklärte zugleich, daß der kaiserliche Statthalter in Holstein die Ständeversammlung des Herzogtums auf den 11. Juni nach Itzehoe berufen werde, da die Wünsche und Rechtsanschauungen des Landes einen berechtigten Faktor der Entscheidung bildeten." In der Uebertragung des schleswig-holsteinischen Streites an den Bund fand Preußen einen Bruch der Gasteiner Konvention; der Gouverneur von Schleswig, General von Manteuffel rückte auf Grund des früheren Kondominats mit 20 000 Mann in Holstein ein und forderte den östreichischen Statthalter von Gablenz auf, wieder eine gemeinsame Regierung für beide Herzogtümer zu bilden. Dieser lehnte die Aufforderung ab, zog sich unter Protest mit seinen 3000 Mann (der Brigade Kalik) zurück und ging, nachdem die Preußen den Zusammentritt der Stände mit Gewalt verhindert hatten (11. Juni), über Hannover und Cassel zum östreichischen Hauptheer in Böhmen. Auch der Prätendent, Friedrich von Augustenburg, verließ sein „Erbland."

Auf diese Vorgänge hin stellte Östreich am Bundestage den Antrag auf Mobilmachung des gesamten Bundesheeres mit Ausnahme des preußischen Kontingents, da Preußen durch die Besetzung Holsteins einen Akt gewaltsamer Selbsthülfe begangen habe, welche die Bundesversammlung gemäß Artikel XIX der Wiener Schlußakte zu verhindern verpflichtet sei. Obgleich der preußische Gesandte (von Savigny) gegen „den nach Inhalt und Form bundeswidrigen Antrag" protestierte, da das Bundesrecht keine Kriegserklärung, sondern nur ein Exekutionsverfahren kenne, so wurde dennoch in der Sitzung vom 14. Juni der Antrag auf Mobilmachung gegen Preußen mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen. Zur Majorität gehörten Östreich, Baiern, Würtemberg, Sachsen, Hannover, beide Hessen, Nassau und die 16. Curie;*) Baden enthielt

*) Die Stimme der 16. Curie (Lippe-Schaumburg) wurde angefochten, da ihr Vertreter Viktor von Strauß, seinem Mandate eine falsche Auslegung gegeben haben soll.

sich der Abstimmung. Auf dieses Ergebnis hin erklärte der preußische Gesandte, daß Preußen den bisherigen Bundesvertrag für gebrochen und nicht mehr verbindlich ansehe und denselben als erloschen behandeln werde. Zugleich legte er einen den Einzelregierungen bereits mitgeteilten Entwurf einer Neugestaltung des Bundes mit Ausschluß Österreichs (wie auch Luxemburgs) vor, der mit dem zu berufenden Parlamente zu vereinbaren sei. Nach diesen Mitteilungen verließ der preußische Vertreter den Saal. Die Staaten der Minorität, die mit Preußen gestimmt hatten, folgten dem Beispiele desselben und riefen ihre Vertreter von Frankfurt ab. Die Majorität der Bundesversammlung erklärte Preußens Austritt für ungesetzlich und betrachtete sich auch fernerhin als deutsche Bundesversammlung. Am 15. Juni bot Preußen seinen unmittelbarsten Nachbarn unter den Gegnern, Sachsen, Hannover, Kurhessen und Nassau, nochmals den Frieden an, indem es ihnen unter der Bedingung sofortiger Abrüstung und Ausschreibung der Wahlen für das beabsichtigte Parlament ihren Besitzstand und ihre Souveränitätsrechte nach Maßgabe der Reformvorschläge gewährleistete. Da diese preußische Sommation von allen mit beleidigtem Fürstenstolze abgelehnt wurde, so erfolgte schon am 16. Juni das Einrücken preußischer Truppen in Hannover, Sachsen und Kurhessen.

XXVI.

Der Krieg im Jahre 1866. Gründung des norddeutschen Bundes. Preußens Hegemonie in Deutschland.

Nachdem sich der Kampf, der zur Befreiung der Elbherzogtümer unternommen war, in einen Kampf um die Hegemonie in Deutschland verwandelt hatte, mit dem sich auch noch die italienische Frage verband, handelte Preußen mit der ihm eigenen Schnelligkeit und Energie.

Auf dem nördlichen Kriegsschauplatze leisteten nur die hannoverschen Truppen Widerstand. Hier überschritt Manteuffel von Holstein und Lauenburg aus die Elbe, besetzte Harburg (16. Juni) und nahm durch Kapitulation die Elb-

festung Stade, wo ein ansehnliches Kriegsmaterial — 15 gezogene Kanonen und 14 000 neue Gewehre — in die Hände der Preußen fiel. Darauf folgte die Besetzung der Hauptstadt (17. Juni), welche der König verlassen hatte, um zu seinem im Süden des Landes, bei Göttingen, versammelten Heere zu flüchten. Von hier gedachte sich derselbe nach Baiern durchzuschlagen. Da aber zugleich General Vogel von Falckenstein von Minden her in Hannover einrückend, in Verbindung mit Manteuffels Truppen das ganze Königreich besetzte, und General Beyer inzwischen auch in Kurhessen eingerückt war, so nahm die hannoversche Armee unter General Arentschild ihre Richtung nach Südosten durch das preußische Eichsfeld, um über Heiligenstadt, Mühlhausen und Langensalza nach Gotha hin den Durchbruch durch die preußischen Truppen zu den Baiern zu erzielen, die sich bei Koburg und Eisenach gesammelt hatten. Während Manteuffel nachrückte, versuchte König Georg V. mehrtägige Unterhandlungen, die aber bei der Hartnäckigkeit, mit der er die früher gebotenen Zugeständnisse auch jetzt noch zurückwies, ohne Erfolg blieben. Da erhielt die Avantgarde der Manteuffelschen Division unter General Fließ den Befehl zum Angriff gegen die Hannoveraner, die sich bei Langensalza aufgestellt hatten. Die Preußen, etwa 9000 Mann stark, erstürmten am 27. Juni die Höhen bei dieser Stadt, mußten sich aber mittags, als die ganze feindliche Armee, 18 000 Mann mit 56 Geschützen, heranrückte, wieder zurückziehen. Als nun am 28. Manteuffel von Norden her gegen Langensalza heranzog, und bei der stets anwachsenden Zahl der Feinde den Hannoveranern, die ihre alte Tapferkeit bewährt, die Hoffnung auf die Baiern immer mehr entschwand, wurde am 29. eine Kapitulation geschlossen, nach welcher die hannoverschen Truppen entwaffnet und in ihre Heimat entlassen, die Offiziere, die ihre Degen behielten, verpflichtet wurden, in diesem Kriege nicht gegen Preußen zu fechten. Der König erhielt die Befugnis, seinen Aufenthalt nach Belieben außerhalb seines von den Preußen besetzten Landes zu nehmen, und schlug seinen Wohnsitz in Hietzing auf.

Sachsen war zuerst von Norden her durch General Herwarth von Bittenfeld besetzt, vor dem sich das sächsische Heer nach Böhmen zurückzog, wohin auch König Johann

seine Zuflucht nahm. Am 18. Juni hielt der preußische General seinen Einzug in Dresden, während die sogenannte erste Armee unter dem Prinzen Friedrich Karl von der Lausitz aus in das östliche Sachsen einrückte. An demselben Tage (23. Juni) überschritten beide Armeeen die böhmischen Grenzen. In wenigen Tagen war das ganze Königreich Sachsen mit Ausnahme der Festung Königstein in den Händen der Preußen.

Die kurhessischen Truppen (5000 Mann) hatten sich über Fulda zurückgezogen und vereinigten sich später mit dem Bundesheer. General von Beyer besetzte Hessen und erklärte in einer Proklamation vom 21. Juni die Gewalt des Kurfürsten für aufgehoben. Dieser, der in seiner Residenz Wilhelmshöhe geblieben, ward als kriegsgefangen nach Stettin gebracht, der Kriegsminister von Meyerfeldt, der das Versprechen verweigerte, während des Kriegs nichts Feindseliges gegen Preußen zu unternehmen, nach Minden abgeführt (Juni).

Mit überraschender Schnelligkeit hatten die Preußen ganz Norddeutschland erobert, aber die Entscheidung lag in Böhmen. Die Östreicher hatten auffallender Weise nichts gethan, um den Preußen in der so wichtigen Besetzung Sachsens zuvorzukommen; vielmehr hatte sich das sächsische Heer, etwa 30 000 Mann stark, nach Böhmen gezogen und mit dem östreichischen Heere vereinigt. Dieses bestand nach seiner Vereinigung mit den Sachsen aus 280 000 Mann mit fast 800 Geschützen und zerfiel in sieben Armee-Corps, welche von den Erzherzogen Ernst und Leopold, den Grafen Clam-Gallas, Thun, Festetics und den Feldmarschall-Lieutenants von Ramming und von Gablenz befehligt wurden. An der Spitze des Ganzen stand der Feldzeugmeister Benedeck, ein geborner Ungar und Protestant, der seit dem Tage von Solferino für den ersten östreichischen Feldmarschall galt, und von dem man das Höchste erwartete. Benedeck hatte sich bisher nur in untergeordneter Stellung ausgezeichnet und niemals ein ganzes Heer befehligt; jetzt sollte es sich entscheiden, ob er auch eine geniale und kühne Feldherrnkunst zu entwickeln vermöge, die einem so schnellen und energischen Feinde, wie Preußen, gegenüber durchaus nötig war. Auch fragte es sich, ob die einzelnen Corpsführer ihre Posten ausfüllen und dem protestantischen Obergeneral pünktlichen Gehorsam leisten würden, was von den Erzherzogen und Grafen

nicht gerade behauptet wird. Die preußische Streitmacht stand, bis König Wilhelm selbst auf dem Kriegsschauplatz eintraf, nicht unter einem einzigen Oberbefehl, sondern war in drei Armeeen geteilt; die erste unter dem Prinzen Friedrich Karl, die zweite unter dem Kronprinzen, die dritte (die Elbarmee) unter dem General Herwarth von Bittenfeld. Man erwartete, daß die Östreicher die Offensive ergreifen und, zumal im Besitz einer zahlreichen Reiterei, aus dem böhmischen Kessel in die freie Ebene Schlesiens und der Mark Brandenburg hervortreten würden. Ganz Süddeutschland, die Mittelstaaten überhaupt, hatten ihre Hoffnungen auf Östreich und sein streitbares Heer gerichtet, und die östreichische Presse hatte alles aufgeboten, um dieses Vertrauen auf den Kaiserstaat und die Stärke seines Heeres zu erhöhen. Aber Östreich hatte sich mit seinem Antrage in der Bundesversammlung vom 14. Juni übereilt; seine militärischen Vorbereitungen waren noch weit zurück und es fehlte der Armee noch an manchen Bedürfnissen, deren Herbeischaffung längere Zeit erfordert hätte. Auch die militärischen Verabredungen mit den süddeutschen Staaten nahmen einen sehr langsamen Verlauf. Benedeck sah sich daher zur Defensive gezwungen; aber die östreichische Diplomatie schickte pomphafte Erklärungen in die Welt, um sie über die noch unvollendeten Rüstungen zu täuschen. Daher kam es, daß man in Süddeutschland mit Zuversicht einen Sieg der Östreicher erwartete.

Die auf beiden Seiten einander gegenüberstehenden Heeresmassen waren sich an Zahl und im ganzen gleich. Aber während die östreichische Armee weit mehr altgediente Soldaten und kriegserfahrene Befehlshaber aufzuweisen hatte, wurde dieser Vorteil von den Preußen mehr als aufgewogen durch das durchschnittlich viel höhere Maß von Bildung der Mannschaften, wie durch die in allen ihren Schichten verbreiteten Ideeen der persönlichen Ehre, der Vaterlandsliebe und Opferwilligkeit. Die preußische Armee besaß den unberechenbaren Vorzug der nationalen Einheit, während die östreichische die bunteste Musterkarte von Nationalitäten darstellte, die, ohne inneren Zusammenhang, nur durch das eiserne Band der Disziplin zusammengehalten wurden. Aber auch in materieller Beziehung hatte die preußische Armee Vorzüge vor der östreichischen. Die Infanterie besaß durch das

schnellere Feuer der Zündnadelgewehre eine entschiedene Überlegenheit, wie sie ihr im vorigen Jahrhundert die Einführung des eisernen Ladestocks gegeben hatte. Die Militärverwaltung, das Sanitätswesen waren bei den Preußen in besserem Stande, als bei den Östreichern; alle Teile der großen Maschine griffen regelmäßig in einander ein.

Benedeck, aus dem angegebenen Grunde zur Defensive genötigt, verlegte, als er die Absichten der Preußen erkannte, sein Hauptquartier von Olmütz nach Josephstadt, in dessen Nähe die meisten Corps konzentriert wurden. Er konnte indessen jeden Augenblick zur Offensive übergehen, sich mit Übermacht den getrennten Heeren entgegenwerfen, eins nach dem andern zurückschlagen und ihre Vereinigung hindern. Statt dessen schickte er gegen die Elb- und erste Armee, zusammen 140 000 Mann, den Grafen Clam-Gallas mit nur 60 000 Mann, und glaubte der schlesischen Armee, so wie sie aus den Gebirgspässen hervorkam, je ein östreichisches Corps gegen ein preußisches entgegenstellen zu müssen, wovon die Folge war, daß eins seiner Corps nach dem andern geschlagen und vernichtet wurde.

Nach dem wohlberechneten Plane des Generalstabschefs von Moltke und des Kriegsministers von Roon rückten die Preußen von drei Seiten aus gegen Böhmen vor. Die erste Armee unter Prinz Friedrich Karl drang von der sächsischen Lausitz aus, der rechte Flügel derselben, die Elbarmee unter Herwarth von Bittenfeld, von Dresden aus, die zweite Armee unter dem Kronprinzen von Preußen von Schlesien aus in Böhmen ein. Bei Gitschin sollten sich sämtliche Heere vereinigen.

Am 23. Juni überschritten die erste Armee, 100 000 Mann unter dem Prinzen Friedrich Karl, und die Elbarmee 40 000 Mann unter General Herwarth von Bittenfeld, jubelnd die sächsisch-böhmische Grenze, diese auf der Straße nach Rumburg, jene auf Reichenberg zu. Am 26. drängte Prinz Friedrich Karl die Östreicher unter Clam-Gallas durch ein glückliches Gefecht bei Turnau (bei Liebenau) über die Iser zurück. In der Nacht auf den 27. wurde die östreichische „eiserne Brigade" bei Podol geworfen und der Übergang über die Iser erzwungen. Unterdessen hatte General Herwarth mit der Elbarmee die Truppen des Grafen Clam-Gallas

bei Hünerwasser zurückgeworfen (27. Juni) und rückte nun mit der ersten Armee vereinigt gegen Münchengrätz vor. Hier entspann sich am 28. ein hartnäckiges Gefecht, aber auch hier wurden die Östreicher unter Clam-Gallas zum Rückzug genötigt und die Stadt genommen. Prinz Friedrich Karl drang auf der Straße gegen Königgrätz weiter vor, griff Clam-Gallas, der alle seine Streitkräfte zusammengezogen, am 29. Juni bei Gitschin mit Ungestüm an und errang einen glänzenden Sieg über den Feind, der sich ohne Ordnung auf Benedecks Hauptarmee zurückzog. Den Preußen kostete dieser Tag 2000 Tote und Verwundete, den Östreichern allein 2000 Gefangene.

Die schlesische (zweite) Armee unter Führung des Kronprinzen rückte teils über Nachod und Braunau, teils über Liebau und Trautenau vor. Hier kam es am 27. Juni zwischen dem I. preußischen Corps unter Bonin und dem X. östreichischen unter Gablenz zum Gefecht, das mit dem Einrücken der Preußen in diese Stadt begann. Da aber der preußische General es unterließ, die ihm zur Verfügung gestellten Verstärkungen an sich zu ziehen, während die Östreicher, durch eine frische Brigade verstärkt, von neuem angriffen, so wurden die Preußen wieder zum Abzug genötigt. Doch waren die Verluste der Östreicher weit bedeutender als die preußischen, und der Mißerfolg dieses Tages wurde durch den siegreichen Kampf am folgenden Tage vollkommen ausgeglichen. Das Gardecorps, 30000 Mann, unter dem Prinzen August von Würtemberg, erfocht am 28. in dem zweiten Gefecht bei Trautenau einen vollständigen Sieg über die Östreicher, die mit einem Verlust von etwa 4000 Toten und Verwundeten und 5000 Gefangenen sich nach Königinhof zurückzogen. Aber auch Königinhof wurde am 29. Juni von der Garde erstürmt, und dem weiteren Vorrücken Bonins stand nichts mehr im Wege.

Der linke Flügel der zweiten Armee, das Armeecorps des Generals von Steinmetz, hatte die schwierige Aufgabe, durch den Paß von Nachod vorzudringen, und stieß am 27. Juni auf die Östreicher unter Ramming. Es gelang, die Höhen zu besetzen und durch ein mörderisches Feuer die Übermacht zurückzuschlagen, auch die preußische Kavallerie warf siegreich die östreichische zurück, die Infanterie konnte

aus dem Passe hervortreten und der Durchbruch ward erzwungen; die Östreicher zogen sich mit großem Verluste zurück. Am folgenden Tage (28. Juni) erfocht Steinmetz, im Heere fortan „der Löwe von Nachod" genannt, den Sieg bei Skalitz (an der Aupa), wo er das Corps des Erzherzogs Leopold und drei Brigaden des Corps Festetics zurückschlug und ihnen 8 Geschütze und 3000 Gefangene abnahm. Auf dem Wege nach Königinhof schlug dasselbe Armeecorps am 29. Juni bei Schweinschädel und Jaromirz das Corps des Grafen Festetics, das die Vereinigung des Steinmetzschen Corps mit dem Gardecorps verhindern wollte, verfolgte es bis Josephstadt und vereinigte sich am 30. Juni mit dem Heere des Kronprinzen.

So war durch die wohlgelungenen Bewegungen der preußischen Heere die Vereinigung der drei Armeeen erreicht und der König, der soeben mit dem Grafen Bismarck eingetroffen und den Oberbefehl über seine sämtlichen Truppen selbst übernommen hatte, verlegte (am 2. Juli) sein Hauptquartier nach Gitschin. Benedeck, der in wenigen Tagen gegen 35 000 Mann verloren, zog sein Hauptquartier nach Königgrätz zurück, wo er alle östreichischen Corps in Böhmen, 180 000 Mann, um sich versammelte und eine feste Stellung zwischen der Elbe und der Bistritz nahm.

Auf die Kunde hiervon hielt König Wilhelm in der Nacht vom 2. zum 3. Juli einen Kriegsrat, in dem beschlossen ward, mit der ersten Armee bei Sadowa an der Bistritz den Angriff zu eröffnen und den Kronprinzen, der auf dem rechten Elbufer gegen Josephstadt vorrückte und schon um 4 Uhr morgens die Meldung von der beschlossenen Schlacht erhielt, auf dem Schlachtfelde selbst zu erwarten. Die drei preußischen Heere waren 220 000 Mann stark, aber die zweite Armee konnte erst gegen Mittag zur Stelle sein, so daß man zunächst nur die erste und die Elb-Armee, etwa 123 000 Mann, zur Verfügung hatte. Am 3. Juli um 7 Uhr morgens begann Prinz Friedrich Karl den Kampf, dessen Leitung eine Stunde später der König selbst übernahm, umgeben von den Ministern von Bismarck, von Roon, dem General von Moltke und anderen. Die erste Armee hielt mit bewundernswürdiger Ausdauer und unerschütterlicher Festigkeit den Kampf aus gegen die furchtbare östreichische

Artillerie, deren 600 Geschütze auf terrassenförmig sich erhebenden Hügeln aufgestellt waren. Die Division Franseckỳ war Stunden lang dem mörderischen Geschützfeuer und der auf sie einstürmenden feindlichen Übermacht ausgesetzt; als sie bis Benatek weichen mußte, sprach Franseckỳ die heldenmütigen Worte aus: „Nicht weiter zurück! hier sterben wir!" Offiziere und Soldaten wurden zum letzten todesmutigen Ausharren begeistert. Noch schwankte um Mittag die Entscheidung; in äußerster Spannung erwartete man die Ankunft des Kronprinzen auf dem linken Flügel. Es waren bange Augenblicke für die Preußen; wenn sie sich verspätete, war die Schlacht verloren. Der Kronprinz war indessen durch strömende Regengüsse und den aufgeweichten Lehmboden lange hingehalten worden, erschien aber rechtzeitig und war bereits um 2 Uhr nachmittags im Kampfe, um, wie einst Blücher bei Waterloo, mit Erfolg in die Schlacht einzugreifen. Seine Ankunft entschied alles; mit Ungestüm warfen die Garden den Feind aus drei auf einander folgenden Positionen, von denen die Höhen von Chlum den Schlüssel der östreichischen Aufstellung bildeten. General Hiller von Gärtringen, die Wichtigkeit dieses Punktes erkennend, drang mitten durch das mörderische Feuer gegen Chlum vor; von einer Kugel niedergeschmettert, starb er den Heldentod, aber seine tapferen Bataillone stürmten begeistert vor und nahmen die Höhen. Auch Prinz Anton von Hohenzollern ward hier tödlich verwundet. Um 4 Uhr setzte sich der König selbst an die Spitze der Kavallerie, um den sich zurückziehenden Feind zu verfolgen, der zuerst in guter Ordnung, bald in wilder Flucht nach Pardubitz zurückwich. Die Schlacht bei Königgrätz (Sadowa) dauerte bis 9 Uhr abends, wo der letzte Kanonendonner verstummte; 11 Fahnen, 174 Geschütze, 18000 Gefangene fielen in die Hände der Sieger, die ihren Verlust an Toten und Verwundeten auf 10000 Mann, den der Östreicher auf 40000 Mann berechneten. Der König drückte dem Kronprinzen noch spät am Abend auf dem Schlachtfeld seinen Dank aus durch Überreichung des Ordens pour le mérite. Ein solcher Sieg, wie ihn hier die Preußen ohne alle Bundesgenossen errangen, steht einzig in der ganzen Weltgeschichte da; eine einzige Woche hatte hingereicht, den Krieg zu entscheiden, den „das Volk in Waffen" nicht nur

durch das Zündnadelgewehr, sondern durch ausgezeichnete Führung, durch Schnelligkeit in der Ausführung aller Bewegungen, so wie durch die auch die Massen durchdringende sittlich-geistige Bildung errungen hatte. Der König telegraphierte abends an die Königin Augusta: „Einen vollständigen Sieg über die östreichische Armee haben wir heute in einer achtstündigen Schlacht erfochten. Ich preise Gott für seine Gnade. Wir sind alle wohl. Der Gouverneur soll Viktoria schießen.“ Den ganzen Tag über hatte der König im Sattel gesessen und war mehrmals im Feuer gewesen, nur mit einem Stück Brot aus der Tasche eines Soldaten erquickt. Das siegreiche Heer begrüßte ihn, als er über das Schlachtfeld ritt, mit Freudenrufen. Erst um 11 Uhr fand er Ruhe und mußte die Nacht auf einem Sofa schlafen.

Fast ohne Widerstand drangen die Preußen, die aufgelöste östreichische Armee verfolgend, bis in die Nähe Wiens vor. Auf der alten Heerstraße zog das Elbcorps unter Herwarth von Bittenfeld über Iglau und Znaym gegen Wien; die erste Armee unter dem König und dem Prinzen Friedrich Karl ging mit Hülfe der Eisenbahnen nach Brünn, die zweite Armee unter dem Kronprinzen nach Olmütz, während schon am 8. Juli Prag besetzt wurde. Die erste Armee hatte in Mähren nur unbedeutende Gefechte (am 10. Juli bei Saar, am 11. bei Tischnowitz) zu bestehen; die zweite Armee erbeutete in einem siegreichen Gefechte bei Tobitschau südlich von Olmütz (15. Juli) 18 Geschütze und schnitt den noch bei Olmütz stehenden östreichischen Truppen den Weg nach Wien ab. Das königliche Hauptquartier ward von Brünn nach Lundenburg, zuletzt nach Nicolsburg in Mähren, 12 Meilen von Wien verlegt, wo Unterhandlungen über einen Waffenstillstand und über die Friedens-Präliminarien begannen. Schon war eine vorläufige fünftägige Waffenruhe zum Abschluß gekommen, die am 22. Juli 12 Uhr mittags eintreten sollte, als sich an demselben Tage noch ein letzter Kampf bei Blumenau vor Preßburg entspann, da Prinz Friedrich Karl schon am 16. Juli über die March auf ungarisches Gebiet gegangen war. General-Lieutenant von Franseki suchte den Feind in der Front zu beschäftigen, bis General Bose ihn durch einen unbemerkten Zug über die Abhänge der kleinen Karpathen umgangen haben und in der rechten Flanke oder im Rücken

angreifen würde. Die Brigade Bose hatte in der That nach lebhaftem Gefechte die Östreicher umgangen, Preßburg schien verloren, als um 12 Uhr Parlamentäre aus der Stadt erschienen, um den Eintritt der abgeschlossenen Waffenruhe zu verkünden. General Bose konnte sich jedoch die Genugthuung nicht versagen, für die Nacht auf dem eingenommenen Punkte stehen zu bleiben, bis das feindliche Corps durch seine Fronte hindurch in Preßburg eingerückt war, um zu bekunden, wie sehr er den Sieg schon in Händen gehabt habe.

Preußen hatte nach der Schlacht bei Königgrätz den General-Lieutenant von Gablenz, der über eine Waffenruhe unterhandeln wollte, zweimal abgewiesen. Plötzlich erschien die Erklärung des Kaisers von Östreich, „er trete, nachdem die Ehre seiner Waffen in Italien gewahrt sei, Venetien an den Kaiser der Franzosen ab und nehme dessen Vermittelung für den Frieden an.“ Da hiermit Östreich seine Südarmee in Italien abberufen und im Norden gegen Preußen verwenden konnte, so knüpfte letzteres an den Vorschlag eines Waffenstillstandes zugleich die Bedingungen der Friedens-Präliminarien. Unter französischer Vermittelung kam zuerst die erwähnte fünftägige Waffenruhe (22.—27. Juli), dann am 26. Juli zu Nicolsburg ein Waffenstillstand zum Abschluß, der zugleich einen Präliminarfrieden umfaßte. In demselben erkennt der Kaiser von Östreich „die Auflösung des bisherigen deutschen Bundes an und giebt seine Zustimmung zu einer Neugestaltung Deutschlands ohne Östreich, insbesondere eines norddeutschen Bundes bis zur Mainlinie; Östreich tritt seinen Mitbesitz an Schleswig-Holstein an Preußen, so wie Venetien an Italien ab. In den Frieden wird nur noch Sachsen aufgenommen; sonst erkennt Östreich die von Preußen vorzunehmenden Besitzveränderungen in Norddeutschland an, eben so wie eine von den südwestdeutschen Staaten einzugehende nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bunde.“ Am 23. August kam zu Prag der Definitivfriede zustande.

Auch der Krieg im Südwesten Deutschlands nahm durch geschickte Führung, Schnelligkeit und Kühnheit einen für Preußen glücklichen Ausgang. Aus den Corps, welche Sachsen, Hannover und Kurhessen besetzt hatten, wurde die soge-

nannte Mainarmee gebildet und unter den Befehl des Generals Vogel von Falckenstein gestellt. Sie zählte im ganzen ungefähr 50000 Mann mit 96 Geschützen. Die bairische Armee unter dem Prinzen Karl mochte ihrem wirklichen Bestande nach etwa 50000 Mann mit 136 Geschützen stark sein; die Bundestruppen unter dem Prinzen Alexander von Hessen betrugen gleichfalls gegen 50000 Mann mit über 140 Geschützen. Es standen also der preußischen Armee zwei feindliche Armeeen, jede einzelne von gleicher Stärke und mit weit überlegener Artillerie gegenüber, aber bei den Baiern und Bundestruppen fehlte alle Planmäßigkeit und Einheit des Handelns. Die preußische Armee erfüllte ihre Aufgabe nicht weniger durch glückliches Manövrieren als durch siegreiche Gefechte.

Falckenstein hatte den Plan, sich zwischen die beiden feindlichen Heerkörper einzuschieben und deren gemeinsames Handeln zu verhindern. Er schickte deshalb die Division Göben ostwärts gegen die Baiern, die bis zum Fuldathale vorgerückt waren. Göben schlug die Baiern bei Dermbach und Roßdorf (4. Juli), und Falckenstein besetzte nach einem Zusammenstoß mit bairischer Kavallerie bei Hünfeld (5. Juli) am 7. Juli Fulda. Nach einem beschwerlichen Marsche durch das Rhöngebirge erreichten die Preußen die Baiern im Saalthale. Am 10. kam es beim Übergang über die fränkische Saale an fünf Punkten zu Gefechten, am hartnäckigsten bei Kissingen und Hammelburg, worauf sich die Baiern auf das linke Mainufer zurückzogen. Als der Prinz von Hessen den Mainübergang decken wollte, siegten die Preußen am 13. Juli bei Laufach, am 14. bei Aschaffenburg über die unter General Neipperg vereinigten Östreicher, Kurhessen und Darmstädter. Am 16. Juli abends zog Falckenstein in die alte Reichs- und Bundesstadt Frankfurt ein, der wegen ihrer früher kundgegebenen preußenfeindlichen Gesinnung eine harte, später ermäßigte Kontribution auferlegt ward, und Falckenstein konnte nach Berlin melden: „Die Länder nördlich des Mains liegen jetzt zu Ew. Majestät Füßen.“ Der Bundestag hatte bereits die Bundeskasse in Sicherheit gebracht und seinen Sitz nach Augsburg verlegt. Von Frankfurt aus wurde auch Nassau und Oberhessen besetzt. Da Falckenstein als Gouverneur von Böhmen abberufen war, leitete Manteuffel

den weiteren Feldzug. Nachdem sich die Mainarmee durch die oldenburg-hanseatische Brigade und durch neugebildete preußische Bataillone auf 66 000 Mann verstärkt hatte, von denen 6000 Mann zur Besetzung Frankfurts zurückblieben, folgte wieder eine Reihe siegreicher Gefechte für die Preußen. Am 23. Juli wurden die Badenser bei Hundheim, am 24. die Östreicher, Würtemberger, Hessen-Darmstädter und Nassauer bei Tauberbischofsheim geschlagen. Am 25. Juli warf die Division Beyer bei Helmstadt die Baiern zurück, während die Division Göben die Bundestruppen bei Gerchheim angriff und gegen Würzburg zurückdrängte. Am 26. wurden die Baiern nochmals bei Roßbrunn geschlagen. Schon rückten die Preußen auf Würzburg zu, als der Abschluß des Waffenstillstandes eintraf (2. August). So war denn auch der Feldzug in Süddeutschland eine ununterbrochene Kette von Siegen gewesen, und Manteuffel konnte von Würzburg aus verkünden, daß nach zwanzig siegreichen Gefechten das südwestliche Deutschland unterworfen sei. Kurz vorher war der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin über Baireuth bis Nürnberg vorgegangen, wohin auch die Braunschweiger folgten.

Die süddeutschen Staaten waren den preußischen Waffen eben so entschieden, wie die Östreicher in Böhmen unterlegen. Da das östreichische Kabinett außer stande war, sich bei den Unterhandlungen in Nicolsburg seiner süddeutschen Bundesgenossen anzunehmen, so suchten dieselben, einer nach dem andern, bei Preußen den Frieden nach und erlangten ihn gegen Erstattung der Kriegskosten. Am 13. August schloß Würtemberg, am 17. August Baden und am 22. August Baiern einen Frieden mit Preußen auf Grundlage des Nicolsburger Friedens. Mit diesen Friedensschlüssen waren gleichzeitig Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen verknüpft, die erst im März 1867 veröffentlicht wurden. Baiern trat zwei kleine Bezirke, Orb und Gersfeld, an Preußen ab. Der Friede mit Darmstadt verzögerte sich bis zum 3. September 1866; dasselbe trat Hessen-Homburg und einige Teile Oberhessens an Preußen ab, überließ diesem das Besatzungsrecht in der früheren Bundesfestung Mainz und gestattete den Beitritt der Provinz Oberhessen zu dem zu gründenden norddeutschen Bund. Ein Schutz- und Trutzbündnis des Groß-

herzogtums mit Preußen wurde erst am 11. April 1867 abgeschlossen. Mit Sachsen kam der Friede erst am 21. Oktober zu stande, indem es dem norddeutschen Bunde beitrat und sein Militärwesen unter die Leitung und den Oberbefehl des Königs von Preußen stellte. — Die Bundesversammlung, welche, zuletzt auf 4 Stimmen herabgesunken, in dem Gasthofe „zu den drei Mohren" zu Augsburg ihres Endes harrte, wurde am 14. August 1866 durch den östreichischen Gesandten von Kübeck für aufgelöst erklärt.

Gleichzeitig hatte auch Italien den Krieg gegen Östreich geführt. An demselben Tage (23. Juni), an welchem die Preußen die Grenzen Böhmens überschritten, ging die italienische Armee unter General Lamarmora über den Mincio, um die Festungen Peschiera und Verona einzuschließen, während Cialdini über den unteren Po in Venetien einrücken und Garibaldi mit seinen Freischaren in Tyrol einbrechen sollte. Auch Viktor Emanuel befand sich bei dem Heere, das vor Verlangen brannte, sich mit dem verhaßten Feinde zu messen, aber Uneinigkeit unter den Feldherren hatte eine mangelhafte Führung zur Folge. Den Oberbefehl über die Östreicher führte Erzherzog Albrecht, ein Sohn des durch seinen Sieg bei Aspern berühmten Erzherzogs Karl. Am 23. Juli besetzte er die Hügel bei Custozza, am 24., am Jahrestage der Schlacht bei Solferino, erfolgte die Schlacht bei Custozza, wo vor achtzehn Jahren der greise Radetzky einen glorreichen Sieg über die Piemontesen erfochten hatte. Die Italiener, kaum 50 000 Mann stark, hielten in glühender Sonnenhitze 14 Stunden lang den ungleichen Kampf gegen die Östreicher aus, welche zu Anfang mindestens 60 000 Mann stark, durch ihre fortwährend aus den Festungen herangezogenen Verstärkungen zuletzt bis auf 80 000 Mann vermehrt worden waren. Das italienische Heer wurde geschlagen und mußte sich über den Mincio zurückziehen. Nun sah sich auch Cialdini in seinen Unternehmungen am Po gehemmt, bis nach den Siegen der Preußen im Norden Kaiser Franz Joseph erklärte, „er trete Venetien an den Kaiser der Franzosen ab." Jetzt erst überschritt Cialdini den Po, nahm

Stellung im Südosten des Festungsvierecks und hinderte einen Teil der östreichischen Armee, nach dem nördlichen Kriegsschauplatz abzuziehen.

Eben so unglücklich, wie zu Lande, war der Kampf der Italiener zur See. Am 17. Juli segelte Admiral Persano mit 23 Schiffen, unter denen 12 Panzerfregatten waren, aus dem Hafen von Ancona, um sich der dalmatischen Insel Lissa, dieses kleinen „Gibraltars" Östreichs zu bemächtigen. Nachdem die Besatzung von Lissa (1000 Mann) drei Landungsversuche zurückgeschlagen hatte, erschien der östreichische Contre-Admiral von Tegetthoff mit 22 Schiffen, unter denen nur 7 Panzerfregatten waren, und es entspann sich ein vierstündiger hitziger Kampf, in welchem eine italienische Panzerfregatte in den Grund gebohrt, eine andere in die Luft gesprengt wurde, während das östreichische ungepanzerte Linienschiff „Kaiser" durch sein sicher treffendes Feuer alle Angriffe der italienischen Panzerschiffe zurückschlug (20. Juli). Persano mußte sich nach Ancona zurückziehen, wurde später vor ein Kriegsgericht gestellt und schob die Schuld auf die schlechte Marineverwaltung. Doch wurde er für schuldig erkannt.

Auch der Angriff auf Tyrol durch Garibaldis Freischaren war ohne bedeutenden Erfolg. Garibaldi selbst wurde am 3. Juli im Chiesethale, wo er bis zur Grenze Tyrols vordrang, verwundet und zurückgedrängt. Der Kampf zog sich in kleineren Gefechten hin, als Cialdini den General Medici durch das Brentathal gegen Trient sandte, der nach harten Kämpfen bis in die Nähe Trients vorrückte. Der Waffenstillstand von Nicolsburg machte den Feindseligkeiten ein Ende. Nachdem Östreich an der Donau freie Hand gewonnen, mußte sich Viktor Emanuel begnügen, seinen Ansprüchen auf das italienische Tyrol zu entsagen, und Venetien, das er den Siegern von Königgrätz verdankte, nicht unmittelbar von Östreich, sondern als Geschenk Napoleons empfangen. Am 3. Oktober wurde der Friede zwischen Östreich und Italien zu Wien unterzeichnet. Am 21. und 22. Oktober fand in Venetien die Volksabstimmung über die Vereinigung mit dem Königreich Italien statt; am 4. November empfing Viktor Emanuel die venetianische Deputation mit dem Ergebnis derselben und erwiderte auf deren Anrede: „Heute hat die Fremdherrschaft aufgehört; Italien ist vorhanden, aber noch

nicht vollendet!" — denn noch fehlte Rom, das aber dem Einheitsstaate auf die Dauer nicht widerstehen konnte.

So hatte denn ein Krieg von kaum sieben Wochen das Machtverhältnis in Europa umgestaltet und namentlich die nationale Entwicklung Deutschlands in neue Bahnen geleitet. Preußen nahm als alleinige deutsche Großmacht die Einigung Deutschlands in seine Hand; das Ziel, das die Bewegungen der Jahre 1848 und 1849 vergebens erstrebten, war durch das Volk in Waffen und durch die geordnete Führung seiner Regierung erreicht. Auch der Zwiespalt im Innern Preußens (vgl. XXIV.) wurde unter dem überwältigenden Eindruck der glänzenden Siege, sowie durch gegenseitiges Entgegenkommen von beiden Seiten ausgeglichen und beseitigt, in dem Bewußtsein, daß nur durch einmütiges Zusammenwirken der Regierung und des Volkes die Folgen des blutigen Sieges gesichert und weiter entwickelt werden könnten.

Am 4. August traf der König von Preußen wieder in seiner Hauptstadt ein, und schon am folgenden Tage wurde der Landtag von ihm eröffnet. In der Thronrede lag der Nachdruck weniger auf der Erinnerung an die erfochtenen Siege, die rühmend, aber ohne alle Überhebung erwähnt wurden, als auf den noch nicht gelösten inneren Fragen. Es hieß darin: „Unter dem sichtbaren Segen Gottes folgte die bewaffnete Nation mit Begeisterung dem Rufe in den heiligen Kampf für die Unabhängigkeit des Vaterlandes. — Viele Tapfere betrauert das Vaterland, die siegesfroh den Heldentod starben. — In einträchtigem Zusammenwirken werden Regierung und Volksvertretung die Früchte zur Reife zu bringen haben, die aus der blutigen Saat, soll sie nicht umsonst gestreut sein, erwachsen müssen. — Auf die Finanzlage des Staates kann meine Regierung den Blick mit Befriedigung werfen. — Über die Feststellung des Staatshaushalts-Etats hat eine Vereinbarung mit der Landesvertretung in den letzten Jahren nicht herbeigeführt werden können. Die Staatsausgaben, welche in dieser Zeit geleistet worden sind, entbehren daher der gesetzlichen Grundlage, welche der Staatshaushalt nur durch das in Gemäßheit der Verfassungsurkunde alljährlich zwischen meiner Regierung und den beiden Häu-

sern des Landtages zu vereinbarende Gesetz erhält. Wenn meine Regierung gleichwohl den Staatshaushalt ohne diese gesetzliche Grundlage mehrere Jahre geführt hat, so ist dies nach gewissenhafter Prüfung in der pflichtmäßigen Überzeugung geschehen, daß die Fortführung einer geregelten Verwaltung, die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen gegen die Gläubiger und Beamten des Staates, die Erhaltung des Heeres und der Staatsinstitute Existenzfragen waren, und daß daher jenes Verfahren eine der unabweisbaren Notwendigkeiten wurde, denen sich eine Regierung im Interesse des Landes nicht entziehen kann und darf. Ich hege das Vertrauen, daß die jüngsten Ereignisse dazu beitragen werden, die unerläßliche Verständigung in so weit zu erzielen, daß meiner Regierung in Bezug auf die ohne Staatshaushaltsgesetz geführte Verwaltung die Indemnität, um welche die Landesvertretung angegangen werden soll, bereitwillig erteilt, und damit der bisherige Konflikt um so sicherer zum Abschluß gebracht werden wird, als erwartet werden darf, daß die politische Lage des Vaterlandes eine Erweiterung der Grenzen des Staates und die Einrichtung eines einheitlichen Bundesheeres unter Preußens Führung gestatten werde, dessen Lasten von allen Genossen des Bundes gleichmäßig werden getragen werden."

Das Haus der Abgeordneten einigte sich (unter Forckenbecks Vorsitz) zu einer Adresse an den König (23. Aug.), bei deren Überreichung derselbe dankte und sie „als Ausdruck auch des gesamten Landes" betrachtete; „das Recht der Geldbewilligung des Landtags sei nie in Abrede gestellt, da aber kein Etatsgesetz zu stande gekommen, sei es des Königs Pflicht gewesen, so einzutreten, wie er es gethan." —

Das von der Regierung eingebrachte Indemnitätsgesetz wurde vom Abgeordnetenhause mit 230 gegen 75 (3. Sept.), ein von ihr geforderter außerordentlicher Kredit von 60 Millionen Thalern, um den durch den Krieg erschöpften Staatsschatz wieder zu füllen, mit 230 gegen 83 Stimmen bewilligt (25. September).

Schon am 17. August hatte eine königliche Botschaft im Abgeordnetenhause verkündigt: „Die politische Notwendigkeit zwingt uns, den Regierungen des Königreichs Hannover, des Kurfürstentums Hessen und des Herzogtums Nassau,

so wie der freien Stadt Frankfurt die Regierungsgewalt, deren sie durch das siegreiche Vordringen unserer Heere entkleidet sind, nicht wieder zu übertragen, vielmehr jene Gebiete auf immer mit unserer Monarchie zu vereinigen." Am 20. September, wo das siegreiche Heer unter seinem königlichen Oberfeldherrn durch eine prachtvolle via triumphalis seinen feierlichen Einzug in Berlin hielt, ward das Gesetz datiert, das „mit Zustimmung beider Kammern" die Vereinigung der genannten Gebiete mit Preußen feststellte, mit dem Zusatz, daß die preußische Verfassung in diesen Landesteilen mit dem 1. Oktober 1867 in Kraft trete. Durch Patent vom 12. Januar 1867 wurde auch Schleswig-Holstein, mit Ausschluß eines kleinen an Oldenburg abgetretenen Bezirks, der preußischen Monarchie einverleibt. Der preußische Staat erhielt durch die neuen Erwerbungen nicht nur einen Zuwachs von 1308 Quadratmeilen mit 4 285 700 Einwohnern, so daß er jetzt 23 590 000 Einwohner zählte, sondern auch ein abgerundetes zusammenhängendes Ländergebiet mit einem Küstenumfang, welcher der Entwickelung seiner Seemacht ungemein günstig ist.

Preußen war plötzlich zu einer Höhe emporgestiegen, die selbst Frankreich drohend erschien, das sich jetzt von der Stellung eines Schiedsrichters, die es seit dem Krimkrieg eingenommen, auf die eines Vermittlers beschränkt sah. Aber Preußen hatte noch eine schwierige Aufgabe zu lösen, die Organisation des norddeutschen Bundes, der an die Stelle des beseitigten deutschen Bundes treten sollte, und ohne welchen sein Verhältnis zu Deutschland immer etwas Unsicheres und Schwankendes haben mußte. Graf Bismarck hatte schon in einer Cirkulardepesche vom 16. Juni an die Vertreter Preußens im Auslande die Absicht seiner Regierung kundgegeben, den an Preußen grenzenden norddeutschen Staaten ein neues Bündnis anzutragen, da das alte Bundesverhältnis durch den Beschluß vom 14. Juni zerrissen sei. Dieser Antrag ward unter dem 4. August erneuert und am 18. und 21. August definitiv angenommen. Die nördlich des Main liegenden Staaten wurden zu einem Bündnis behufs Gründung eines norddeutschen Bundes eingeladen. In den Bündnisverträgen hieß es, daß die Verbündeten ein Offensiv- und Defensivbündnis zur Erhaltung der Unabhängigkeit und In-

tegrität, so wie der inneren und äußeren Sicherheit ihrer Staaten schlossen und sofort zur gemeinschaftlichen Verteidigung ihres Besitzstandes eintraten, welchen sie sich gegenseitig garantierten. Alle Truppen der Verbündeten standen unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen. Die verbündeten Regierungen wurden aufgefordert, gleichzeitig mit Preußen die auf Grund des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 vorzunehmenden Wahlen der Abgeordneten zum Parlament anzuordnen und letzteres gemeinschaftlich mit Preußen einzuberufen. Am 15. Dezember traten die Bevollmächtigten der norddeutschen Staaten in Berlin zusammen, um den von der preußischen Regierung vorgelegten Verfassungsentwurf des norddeutschen Bundes in Beratung zu ziehen und festzustellen. Die Konstituierung des norddeutschen Bundes, der nahezu 30 Millionen Einwohner umfaßte, wurde ungeachtet der vielen Schwierigkeiten rasch ihrem Abschluß entgegengeführt. Am 12. Februar 1867 fanden die Wahlen zum Reichstag statt, der am 24. Februar mit einer Thronrede des Königs von Preußen eröffnet wurde.

Nachdem der Reichstag den aus der Zeit der Frankfurter Nationalversammlung berühmten Dr. Simson (Alt-Liberaler) zum Präsidenten, den Herzog von Ujest und Rudolf von Bennigsen zu Vizepräsidenten gewählt hatte, begann die Beratung über den von den Regierungen vereinbarten Verfassungsentwurf. Der Reichstag, in dem man bald vier Hauptfraktionen: Konservative, Alt- und Nationalliberale, eine Fortschrittspartei und die äußerste Linke (Klerikale, Polen) unterschied, entwickelte keinen solchen Reichtum von Ideeen, von Geist und Talent, wie einst die Frankfurter Nationalversammlung, brachte aber, indem sie sich auf das praktisch Erreichbare beschränkte, ein bestimmtes Ergebnis hervor, an dem jenes glänzende Parlament gescheitert war. Nach einer Beratung von kaum zwei Monaten, nach nur fünfunddreißig Sitzungen erklärte Graf Bismarck am 17. April die „Verfassung*) des norddeutschen Bundes durch den Reichstag und

*) Sie enthielt 15 Abschnitte und 79 Artikel. Der norddeutsche Bund ist kein Staatenbund, sondern ein Bundesstaat. Das Bundespräsidium ist bei der Krone Preußen, welche den Bund völkerrechtlich vertritt, in seinem Namen Krieg erklärt, Frieden und Bündnisse schließt, Gesandte beglaubigt. Die Regierungen werden vertreten durch

die Regierungen für angenommen." Durch Mitteilung einer königlichen Botschaft wurde die Versammlung aufgefordert, zum Schlusse der Reichstagssitzungen im Namen der verbündeten Regierungen durch den König von Preußen, an demselben Tage mittags 12 Uhr im weißen Saale des Residenzschlosses zu erscheinen. In der Thronrede verkündigte der König „mit aufrichtiger Genugthuung": „Wir Alle, die wir zum Zustandekommen des nationalen Werks mitgewirkt, die verbündeten Regierungen ebenso wie die Volksvertretung, haben bereitwillig Opfer unserer Ansichten, unserer Wünsche gebracht; wir durften es in der Überzeugung thun, daß diese Opfer für Deutschland gebracht sind, und daß unsere Einigung derselben wert war. — In diesem allseitigen Entgegenkommen, in der Ausgleichung und Überwindung der Gegensätze ist zugleich die Bürgschaft für die weitere fruchtbringende Entwickelung des Bundes gewonnen, mit dessen Abschluß auch die Hoffnungen, welche uns mit unsern Brüdern in Süddeutschland gemeinsam sind, ihrer Erfüllung näher gerückt werden. Die Zeit ist herbeigekommen, wo unser deutsches Vaterland durch seine Gesamtkraft seinen Frieden, sein Recht und seine Würde zu vertreten im stande ist." — „Gott wolle uns Alle und unser teures Vaterland segnen!"

---

den Bundesrat, in dem Preußen 17, die übrigen 20 Bundesglieder zusammen 26 Stimmen haben. Das Volk ist durch den aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgegangenen Reichstag an der Leitung seiner Geschicke beteiligt. Die gesamte Land- und Seemacht des Bundes steht unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen. Der Kieler Hafen und der Jadehafen sind Bundeskriegshäfen. Die Flagge der Kriegs- und Handelsmarine ist schwarz-weiß-rot. Jeder Norddeutsche ist wehrpflichtig und kann sich in Ausübung dieser Pflicht nicht vertreten lassen. Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die aus den Zöllen, den gemeinsamen (indirekten) Steuern und dem Post- und Telegraphenwesen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insoweit dieselben nicht gedeckt werden, sind sie durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche, so lange Bundessteuern nicht eingeführt sind, bis zur Höhe des budgetmäßigen Betrages durch das Präsidium ausgeschrieben werden. Alle Einnahmen und Ausgaben des Bundes müssen für jedes Jahr veranschlagt und — vor Beginn des Etatsjahres durch ein Gesetz — auf den Bundeshaushaltsetat gebracht werden. — Der Eintritt der süddeutschen Staaten oder eines derselben in den Bund erfolgt auf den Vorschlag des Bundespräsidiums im Wege der Gesetzgebung.

Bald erfolgte die Zustimmung der Einzellandtage zur Reichsverfassung, und am 1. Juli 1867 trat dieselbe in Kraft. Damit hatte Preußen die Hegemonie in Deutschland errungen, und Deutschland, wenn auch noch nicht zum Abschluß seiner Einheitsbestrebungen gelangt, war in ein neues bedeutungsvolles Stadium seiner politischen Entwickelung eingetreten.

Der norddeutsche Bund entwickelte alsbald auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung, des Handels und Verkehrs eine segensreiche Wirksamkeit. Außer den geschlossenen Schutz- und Trutzbündnissen gab der wieder aufgerichtete Zollverein, dessen Sitzungen im Zollparlament im Frühling 1868*) und 1869 schon süddeutsche Abgeordnete besuchten, Zeugnis von dem in der Nation liegenden Einheitsstreben, und Bürgschaft für dessen baldiges Gelingen. Reichstage und Zollparlamente förderten den inneren Ausbau des norddeutschen Bundes und schufen eine Reihe wohlthätiger Gesetze und Einrichtungen; eine neue Gewerbeordnung, ein neues Handelsgesetzbuch in Verbindung mit einem Oberhandelsgerichtshof in Leipzig, ein allgemeines Strafgesetzbuch, eine neue Wechselordnung, ein Gesetz über die Gleichberechtigung der verschiedenen Konfessionen, die Errichtung von Bundeskonsulaten, neue Postverträge und ein neuer Zolltarif beseitigten die Schranken und Hemmnisse der früheren Einzel- und Kleinstaaterei und bahnten die Einheit des deutschen Vaterlandes, wie einen erweiterten Weltverkehr immer mehr an. Die deutschen Brüder in fernen Landen, besonders in Nordamerika, wo so viele ihre Heimat gefunden, richteten ihre Blicke mit inniger Teilnahme auf das deutsche Vaterland, dessen innere Gestaltung unter Preußens Hegemonie einen jugendlich kräftigen Aufschwung nahm. Auch die fremden Mächte zollten der inneren Entwickelung des deutschen Bundes und seiner rastlosen Thätigkeit auf dem Gebiete der Freiheit und Ordnung ihre Anerkennung und schöpften daraus die Überzeugung, daß in der deutschen Volkskraft keine Gefährdung, sondern eine starke Stütze des allgemeinen Friedens zu erkennen sei. Der Bevölkerung derjenigen Staaten, welche

*) Das erste den 27. April 1868.

durch die Ereignisse des Jahres 1866 der preußischen Monarchie einverleibt waren, ward fortan die Aufgabe, ihre frühere kleinstaatliche Selbständigkeit zu vergessen und sich immer mehr als natürliche Glieder des großen Staatsorganismus fühlen zu lernen, der sie in sich aufgenommen hatte. Sogar in den Staaten, welche gegen Preußen die Waffen getragen, verschwand die feindselige Stimmung und machte der Sehnsucht Platz, daß die Mainlinie nicht länger mehr Nord- und Süddeutschland scheiden möge. Freilich blieb in Süddeutschland immer noch eine Partei, welche die kleinlichen Sonderinteressen der einzelnen Staatsgebiete der Verwirklichung der großen patriotischen Ideeen vorzog, aber diese partikularistische Richtung mußte immer mehr zurücktreten und war so klein und unbedeutend, daß sie sich der lebenskräftigen Strömung des großen Ganzen nicht entgegen zu stellen vermochte. Wie in Preußen selbst infolge der glänzenden Siege des Jahres 1866 alle Mißstimmung gegen die Regierung verschwand, so schien auch Östreich, dessen Kaiser anfänglich durch die Berufung des bisherigen sächsischen Premierministers von Beust zum Kanzler in seiner feindlichen Stellung gegen Preußen und den Nordbund beharren zu wollen drohte, allmählich in versöhnliche Bahnen einzulenken.

Das Vertrauen auf Erhaltung des Friedens schien um so mehr Festigkeit zu gewinnen, als König Wilhelm von Preußen bei seiner Rundreise durch die neuen Provinzen, wo er überall mit Begeisterung und Ehrerbietung aufgenommen ward, seine Friedensliebe ausdrücklich hervorgehoben und die sicherste Hoffnung auf Erhaltung des Friedens ausgesprochen hatte (Juli 1868). Hatte doch Paris bei seiner großen Industrieausstellung im Jahre 1867 den König von Preußen und den Kaiser Alexander von Rußland als Gäste des Kaisers Napoleon in seinen Mauern gesehen! Und doch war es gerade Frankreich, das in unseliger Selbstüberschätzung befangen und mit Neid und Eifersucht auf Deutschlands nationalen Aufschwung hinblickend, den Frieden Europas brach und die Fackel eines blutigen Krieges anzündete.

XXVII.

Der deutsch-französische Krieg. (1870—1871.)

Der Krieg bis zur Kapitulation von Sedan.

1. Ursache und Veranlassung des Krieges.

Frankreich ist von jeher der Erbfeind Deutschlands und deutscher Nation gewesen. Schon im sechzehnten Jahrhundert gelang es dem französischen König Heinrich II., die lothring'schen Bistümer Metz, Toul und Verdun an sich zu reißen; unter dem raubgierigen Ludwig XIV. wurden die rheinischen Fluren von französischen Horden zertreten, und auf Befehl seines Kriegsministers, des Brandstifters Louvois, sank eine Reihe blühender Städte, eine Menge von Dörfern in Asche, bis endlich Straßburg, die Krone des Elsasses, an Frankreich überging. Die beutelustigen Scharen der französischen Republik durchzogen unter Plündern und Brandschatzen unsere Gauen, und die Heere des ersten Napoleon zerrissen und knechteten unser deutsches Vaterland, bis die Schlachten bei Leipzig und Waterloo der Herrschaft des übermächtigen Korsen ein Ende machten. Die Zersplitterung des deutschen Reiches, das ohne innere Einheit in eine Menge größerer und kleinerer Gebiete zerfiel, verschaffte den Franzosen leichte Siege. Erst nach dem Sturze Napoleons entwickelte sich unter dem Drucke einer schweren Reaktion deutscher Volksgeist und das Streben nach einem einigen mächtigen Deutschland, während in Frankreich das Gelüste nach deutschen Landen, nach dem herrlichen linken Rheinufer, wie Feuer unter der Asche fortglomm, um von Zeit zu Zeit, mehr oder weniger lebhaft, wieder hervorzubrechen. Dies geschah im berühmten Revolutionsjahre 1848, ganz besonders nahm es an Stärke zu, als Napoleon III. den Thron bestiegen und das zweite Kaiserreich herbeigeführt hatte. Als aber im Jahre 1866 Preußen in dem östreichischen Kriege den norddeutschen Bund gegründet, mit den süd-

deutschen Staaten ein Schutz- und Trutzbündnis gestiftet und dadurch die Einheit Deutschlands um einen bedeutenden Schritt weiter geführt hatte: da erreichte in Frankreich die politische Eifersucht auf das verhaßte Preußen den höchsten Grad. Die Franzosen konnten es nicht ertragen, daß Preußen in ununterbrochener Folge die glänzendsten Siege von unberechenbarer Tragweite erfochten, dergleichen sie selbst keine aufzuweisen hatten, daß Deutschland jetzt, wie nie zuvor, in Macht und Einheit dastand, und die deutsche Flagge, hochgeachtet auf allen Meeren, Deutschlands Interessen durch eigene Kraft zu schützen vermochte. Frankreich, dem Ruhm (gloire und prestige) ein notwendiges Lebensbedürfnis war, das sich stets die große Nation (la grande nation) genannt, sah sich von dieser stolzen Höhe herabgestoßen: „Rache für Sadowa" wurde zur stehenden Phrase, und die französische Presse unterließ nichts, den Haß gegen Preußen in allen Schichten des Volkes zu schüren.

Napoleon III. war auf die neue Machterweiterung Preußens um so mehr eifersüchtig, als ihm der Ausgang der mexikanischen Expedition (vgl. XXXII.) keine Lorbeeren eingebracht und auch die Luxemburger Frage*) nicht den gewünschten Erfolg gehabt hatte. Er fuhr fort, nach fremdem Lande die Hand auszustrecken und machte wiederholt Preußen geheime Anträge, die auf Aneignung deutschen Gebietes ab-

*) Um die Nation wegen der steigenden Macht Preußens durch eine Gebietsvergrößerung zu beruhigen, trat Napoleon schon im Jahre 1867 mit dem König von Holland wegen des Verkaufs des Großherzogtums Luxemburg in Unterhandlung. Aber Preußen that Einsprache und auch das norddeutsche Parlament erklärte sich energisch für Wahrung deutscher Ehre. Darauf stellte Napoleon die Forderung, daß die preußische Besatzung die Festung Luxemburg räume, da diese mit Aufhebung des deutschen Bundes aufgehört habe, Bundesfestung zu sein. Die Luxemburger Frage erregte in Deutschland und Frankreich eine solche Aufregung, daß der Ausbruch eines Krieges unvermeidlich schien, als zu London eine Konferenz zusammentrat (7.—11. Mai 1867), welcher die Beilegung des Streites unter folgenden Bedingungen gelang: 1) das Großherzogtum Luxemburg bleibt bei Holland und seine Neutralität wird von den Großmächten gemeinsam garantiert; 2) die Preußen räumen Luxemburg, dessen Festungswerke auf Hollands Kosten geschleift werden. Zugleich blieb es dadurch an Deutschland geknüpft, daß es im Zollverein verharrte.

zielten.*) Preußen wies solche Anträge zurück und richtete seine Thätigkeit darauf, die Heere des norddeutschen Bundes in voller Schlagfertigkeit zu halten, unbekümmert um den Mißmut des Volkes, das von den feindlichen Ränken nichts ahnend, mit Unzufriedenheit auf das hohe Militärbudget hinsah.

Inzwischen stieg in Frankreich die Erbitterung gegen die kaiserliche Regierung mit jedem Tage.**) Napoleon III. hatte alles gethan, jede freie Regung der Nation niederzuhalten, und besonders die Freiheit der Presse in Banden geschlagen. Das klägliche Ende der mexikanischen Expedition hatte ihn verhaßt gemacht bei einem Volke, dessen Durst nach Ruhm unersättlich ist, und es war die höchste Zeit, die Aufmerksamkeit der Franzosen von den faulen inneren Zuständen auf Eroberung nach außen, auf den Besitz der blühenden Rheinlande, abzulenken. Der Krieg gegen Preußen ward beschlossene Thatsache. Zuvor aber sollte das Volk noch durch eine politische Komödie getäuscht werden. Napoleon stellte sich, als wollte er, dem Wunsche der Nation nachgebend, eine freisinnige Regierung führen und auf das persönliche Regiment verzichten. An die Spitze des Ministeriums trat ein bis dahin freisinniger und dem Fortschritt ergebener Mann, Emile Ollivier; er wurde gebraucht, um die neue

*) Ein Versuch der kaiserlichen Ostbahngesellschaft in Frankreich, sich in den Besitz zweier der wichtigsten Eisenbahnlinien in Belgien zu setzen, in der Absicht, eine Annexion Belgiens anzubahnen, scheiterte an dem von den Belgiern aufgestellten Gesetze, daß die Übertragung von Eisenbahnkonzessionen von der Erlaubnis der Regierung abhängen solle (Febr. 1869). Die Sache wurde durch einen Kompromiß zwischen Frankreich und Belgien abgeschlossen (April). — Napoleon ließ durch seinen Gesandten Benedetti in Berlin Anerbietungen machen, dahin lautend, daß Frankreich Preußen auch über die süddeutschen Staaten freie Hand lassen wollte, wenn dieses ihm seinen Beistand zur Erwerbung Luxemburgs und zur Eroberung Belgiens versprechen und an Frankreich auf dem linken Rheinufer die reichen Kohlendistrikte im Saargebiet überlassen wollte.

**) In Frankreich brachten die Neuwahlen zum gesetzgebenden Körper (Mai und Juni 1869) ungeheure Aufregung hervor, und in Paris wie in den Provinzen fanden ernstliche Unruhen statt. Wenn auch die Regierung durch die Departements, namentlich durch die ländliche Bevölkerung eine bedeutende Majorität (4 Millionen) erhielt, so erlitt sie doch zugleich im Verhältnis zu den bekannten früheren 8 Millionen eine bedenkliche Niederlage.

Volksabstimmung, das Plebiscit, in Scene zu setzen, und das Volk, im Vertrauen auf die neue freisinnige Ära seines Kaisers, gab mit einer ungeheuren Mehrheit seine Zustimmung zu dem neuen System (8. Mai 1870). Nach diesem politischen Possenspiel hielt Napoleon die Zeit für gekommen, den Krieg gegen Preußen zu erklären, da in den Jahren 1867—1869 auch die neue Armeeorganisation durch den Kriegsminister Niel im ganzen durchgeführt war. Dem französischen Heere war eine Reserve und Mobilgarde, die der Landwehr entsprechen sollte, an die Seite gestellt worden, und von dem Chassepotgewehr und der neuerfundenen Mitrailleuse erwartete man die glänzendsten Erfolge. Nach solchen Vorbereitungen glaubte sich Frankreich Preußen und dem Nordbunde weit überlegen. Das Kaiserreich, von dem Napoleon stets gesagt, es sei der Friede, suchte den Krieg, und Ollivier und der neue Minister des Auswärtigen, Grammont, der eben erklärt hatte, der Friede sei gesicherter als je, waren bestimmt, den Krieg heraufzubeschwören. Die Gelegenheit dazu ward vom Zaune gerissen.

In Spanien war seit der Vertreibung der Königin Isabella im Herbst 1868 der Thron erledigt.*) Der Minister-

*) In Spanien wurden im Juli 1868 Serrano und andere Generale verhaftet, da sie eine Bewegung zum Sturz der Regierung vorbereiteten. Auch der Herzog von Montpensier, Isabellas Schwager, wurde mit seiner Frau aus Spanien verbannt. Die verhafteten Generale wurden nach den kanarischen Inseln deportiert. Aber während Isabella zu San Sebastian in den Pyrenäen verweilte, kehrten sie zurück und erhoben, zugleich mit dem aus England gelandeten General Prim, zu Cadix einen Aufstand, dem sich der Admiral Topete mit der ganzen Flotte anschloß (Septbr.) Der Marquis von Novaliches sammelte die treugebliebenen Truppen, wurde aber von den Aufständischen unter Serrano am 28. September bei Alcolea in der Nähe von Cordova geschlagen und gefangen, worauf die Generale Serrano und Prim unter dem Jubel des Volkes in Madrid einzogen (Oktbr.) Isabella floh mit ihrem Günstling Marfori, ihrem Beichtvater Claret und der Nonne Patrocinia nach Pau (in Bearn), von wo sie nach Paris übersiedelte. In Madrid wurde eine provisorische Regierung gebildet, der Jesuitenorden aufgehoben und Glaubensfreiheit in Spanien verkündet, worauf in Madrid und Barcelona der erste protestantische Gottesdienst gehalten wurde. Im Februar 1869 wurden die Cortes eröffnet, die sich für eine monarchische Verfassung mit demokratischer Grundlage entschieden und die Bourbonen des Thrones für verlustig erklärten. Ein König

präsident Prim hatte bei drei in Aussicht genommenen Thronkandidaten vergebens angefragt, und es schien fast unmöglich, für Spaniens Krone einen Träger zu finden. Da bot man sie dem Erbprinzen Leopold von Hohenzollern an, der

---

war noch nicht gewählt; seit dem 15. Juli 1869 stand Serrano als Regent mit dem Titel Hoheit an der Spitze der Regierung. Am 6. Juni 1869 fand die feierliche Verkündigung der Verfassung in ganz Spanien statt. In Cadix, Xeres, Malaga (Jan. 1869) und anderen Orten kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Regierungstruppen und Republikanern. Große Aufregung verursachte ein Meuchelmord, der am 25. Januar 1869 am Civilgouverneur Gutierez de Castro zu Burgos von klerikaler Seite verübt wurde, als derselbe im Auftrag der Regierung die noch vorhandenen Kirchenschätze zu bestimmen hatte. — Nachdem sich Prim längere Zeit nach einem Fürsten umgesehen, der den Thron Spaniens besteigen könnte, nahm Amadeus, Herzog von Aosta, zweiter Sohn Viktor Emanuels, die verhängnisvolle Krone an (Januar 1871), als Prim bereits im Dezember 1870 ermordet war, um sie, an Spaniens Zuständen verzweifelnd, im Jahre 1873 wieder niederzulegen. Nun war Spanien wieder Republik, aber ein greuelvoller Bürgerkrieg zwischen der Regierung und der Partei Don Karlos (Karlisten) begann das Land zu zerreißen. Serrano sah sich nach einem König um, und im Januar 1875 hielt Isabellas Sohn als Alfonso XII. seinen Einzug in Madrid. Die neue Regierung wurde unter dem Vorsitz Canovas del Castillo gebildet. Die eben entstandenen protestantischen Schulen und Bethäuser wurden teils geschlossen, teils beschränkt, die Lehrfreiheit aufgehoben und der Unterricht unter klerikale Aufsicht gestellt. Im Jahre 1876 gelang die Unterdrückung des Karlisten-Aufstandes und die Vertreibung des Don Karlos. Die Regierung mußte durch Sistierung der Zinszahlung für die Staatsschuld den Bankrott erklären und zeigte sich der Anmaßung der Geistlichkeit nicht gewachsen. Die Revolution auf Cuba zog sich noch durch das ganze Jahr 1879 hin. Im Januar 1878 feierte Alfonso seine Vermählung mit der Infantin Maria Mercedes de Orleans, der Tochter des Herzogs von Montpensier, die jedoch schon im Juni von einem schleichenden Fieber dahingerafft wurde. Zum zweiten Male vermählte sich der König mit der Erzherzogin Marie Christine von Östreich (Novbr. 1879). Der Katalonier Moncasi, unter socialdemokratischem Einflusse stehend, feuerte am 25. Okt. 1878 einen Pistolenschuß auf den König ab und endete auf dem Schafott. Ein zweites Attentat unternahm Otero, ein Galizier, indem er zwei Revolverschüsse auf das im offenen Wagen fahrende Königspaar abfeuerte. Beide Attentate schlugen glücklicherweise fehl. Die Lage Spaniens zeigt sich als sehr zerrüttet, da das absolute katholische Königtum zwar nicht wiederhergestellt werden kann, dessen Folgen aber noch nicht überwunden sind. Daraus folgen schroffe Wechsel in der Regierungsform und revolutionäre Erschütterungen.

sich auf wiederholtes Ansuchen endlich bereit erklärte, die Krone anzunehmen, wenn die Cortes die Wahl bestätigen würden. Obgleich die Thronkandidatur dieses Prinzen schon früher ein Gegenstand diplomatischer Erörterungen gewesen war und niemals Widerspruch gefunden hatte, so brach doch jetzt, als die Zusage des Prinzen bekannt wurde, ein Schrei allgemeiner Entrüstung in Frankreich aus. Die französische Regierung und mit ihr sämtliche Journale posaunten in alle Welt hinaus, das sei Bismarcks Werk: Preußen wolle Frankreichs Machtstellung beeinträchtigen und den Thron Karls V. mit einem Prinzen aus dem Hause Hohenzollern besetzen, um von Osten und Westen aus Frankreich zu erdrücken. „Wir dulden keinen Hohenzoller auf dem Throne Karls V.", war das stehende Thema der Journale, das durch alle Variationen hindurch abgehandelt wurde.

Ganz Frankreich war bei der Kunde von der Thronkandidatur eines Prinzen von Hohenzollern der Überzeugung, der gefährliche Prinz sei ein Mitglied des preußischen Königshauses, und es lag im Interesse der kaiserlichen Regierung und ihrer Organe, diese Meinung auch da noch in Kraft zu erhalten und zu befestigen, als deutsche Blätter längst den Irrtum aufgedeckt hatten. Der Erbprinz Leopold von Hohenzollern, im Jahre 1835 geboren, ist der Sohn des damals in Düsseldorf als preußischer General lebenden Prinzen Anton von Hohenzollern, Bruder des Königs Karl von Rumänien und hat beim 1. Garderegiment zu Fuß den Rang eines Obersten à la suite. Als Gemahl einer portugiesischen Prinzessin ist er Schwager des Prinzen Georg von Sachsen und der Könige von Portugal und Belgien. Die kleinen schwäbischen Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen katholischer Konfession haben mit dem evangelischen Königshause Hohenzollern keine Familienverbindungen gehabt, und erst bei ihrer freiwilligen Mediatisierung (1849) ist ihnen der Charakter als preußische Prinzen beigelegt worden. Ganz anders dagegen steht es mit der Verwandtschaft des Erbprinzen Leopold mit Napoleon III. Letzterer war ein rechter Vetter der Mutter Leopolds; ihre Mütter, Hortensie und Stephanie Beauharnais, waren Schwestern, und Louis Napoleon war mit seiner Tante Stephanie durch innige Freundschaft verbunden. Aus diesen Bemerkungen erhellt, daß die fran-

zösischen Behauptungen von den Familieninteressen Preußens bei der spanischen Thronfrage auf unhaltbare Redensarten hinausliefen.*)

Schon am 4. Juli erschien der französische Geschäftsträger in Berlin im auswärtigen Amte, um wegen der Annahme der spanischen Krone seitens des Erbprinzen Leopold Vorstellungen zu machen, worauf der Staatssekretär Herr von Thiele keine andere Erklärung abgeben konnte, als daß diese ganz unerwartete Botschaft für die preußische Regierung nicht existiere und er daher nicht in der Lage sei, Auskunft darüber zu erteilen. Gleichzeitig wurde zu Paris zwischen dem preußischen Gesandten von Werther und dem Minister des Auswärtigen, Herzog von Grammont, im Beisein des Ministerpräsidenten Ollivier eine Unterredung gehalten, in der Grammont eine von ihm angedeutete „Katastrophe" auf Ersuchen des Herrn von Werther dahin erklärte, daß, wenn Preußen die Kandidatur aufrecht erhalten würde, Frankreich genötigt sei, mit einer Kriegsdrohung hervorzutreten. Die Unterredung endete mit einem Ansuchen an den preußischen Botschafter, dem König, der sich gerade im Badeorte Ems befand, den Eindruck zu schildern, welchen die spanische Frage in Paris hervorgerufen hätte. Herr von Werther reiste am folgenden Tage nach Ems.

Paris befand sich in fieberhafter Aufregung. In einer Sitzung des gesetzgebenden Körpers erklärte Grammont, man habe die Unterhandlungen über die spanische Kandidatur vor dem französischen Kabinett geheim gehalten, da doch von solchen preußischerseits keine Rede sein konnte, und fügte hinzu, Frankreich werde nicht dulden, daß eine fremde Macht, indem sie ihre Prinzen auf den Thron Karls V. setze, zu

*) Schon im Anfang des Jahres 1870 hatte Prinz Leopold auf Prims Anfrage eine nicht ungünstige Antwort erteilt. Inzwischen hatte Leopold auf eine Anfrage an König Wilhelm, wie dieser über die spanische Thronkandidatur denke, eine abratende Mitteilung erhalten, und der Prinz hielt es für geraten, auf die Krone zu verzichten. Hierbei ist jedoch festzuhalten, daß die Korrespondenz zwischen dem Prinzen und dem König ganz den Charakter eines privaten Meinungsaustausches behielt und also von einer diplomatischen Unterhandlung keine Rede sein konnte. Wie es gekommen sei, daß Prim seinen Antrag erneuerte und diesmal geneigteres Gehör fand, ist bis jetzt noch nicht aufgeklärt.

ihrem Vorteil das Gleichgewicht der Mächte Europas störe und die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährde. Die wiederholten Erörterungen von preußischer Seite, daß der Prinz keine Erbrechte besitze und somit die Frage in sich zerfalle, fanden bei dem französischen Kabinette kein Gehör. Es war nur zu klar, daß man in Frankreich den Krieg mit Preußen um jeden Preis wollte, und die Kriegsrüstungen, die man schon im Verlauf der Unterhandlungen in ausgedehntem Maße ins Werk setzte, lieferten den vollsten Beweis dazu. Die Presse wurde in Bewegung gesetzt, um die Kriegswut gegen Preußen zu fanatischer Begeisterung aufzureizen, was bei der leidenschaftlichen Erregbarkeit des französischen Volkes keine Schwierigkeit machte. Amtliche wie nichtamtliche Blätter stimmten in diesem wahnwitzigen Toben gegen Preußen und Bismarck, „den Ruhestörer Europas," überein, und nur die Organe der Opposition und der sog. „Unversöhnlichen" („Rappel," „Reveil," „Cloche,") und die „Marseillaise" Rocheforts machten eine Ausnahme, indem sie mit unerschütterlicher Überzeugungstreue auf Seiten der Friedenspartei standen und gegen das übermütige Säbelgerassel der Chauvinisten (der heißblütigen Kriegspartei) die Stimme erhoben.

Während sich die Wolken am politischen Himmel immer drohender zusammenzogen, weilte, wie oben bemerkt, König Wilhelm von Preußen im Badeorte Ems, um, unbekümmert um das Treiben der Politik, der Erholung zu pflegen. Herr von Werther hatte seine Mission erfüllt, und der König wußte, worum es sich in Paris handele. Da erhielt der französische Botschafter beim norddeutschen Bunde, Graf Benedetti, von Paris aus die Weisung, sich zum König Wilhelm nach Ems zu begeben und diesen zu ersuchen, den Erbprinzen von Hohenzollern zur Ablehnung der spanischen Krone zu veranlassen. Der Ungestüm und die dreiste Dringlichkeit, mit der man auf den König zu wirken suchte, offenbarten von vorn herein eine feindselige und böswillige Gesinnung. Der Botschafter ward selbstverständlich abschläglich beschieden, indem der König die ihm gestellte Anmutung als ein Eingreifen in die Angelegenheiten eines persönlich selbständigen Fürsten zurückwies; in gleichem Sinne war unmittelbar darauf eine an die Vertreter des Bundes in Deutschland erlassene Kundgebung gehalten.

Dennoch wiederholte Benedetti am 11. Juli sein Ersuchen, freilich mit demselben Erfolge. Während die Lage sich immer peinlicher gestaltete und die politische Schwüle, die auf Europa lastete, in stetem Steigen war, trat unerwarteter Weise die einzige Möglichkeit, die obschwebende Frage friedlich zu lösen, von selbst ein: was Niemand geahnt, geschah. Voll edler Selbstverleugnung entsagte der Erbprinz Leopold, um nicht einen europäischen Krieg hervorzurufen, der spanischen Krone. Man hätte erwarten sollen, daß der düstere politische Himmel sich nun wieder aufklären werde. Man täuschte sich.

Am 12. Juli, am Tage der Entsagung seitens des Prinzen Leopold, fand zwischen dem preußischen Botschafter Herrn von Werther und dem Herzog von Grammont eine weitere Unterredung statt, in welcher der Botschafter angewiesen wurde, vom Könige ein eigenhändiges Entschuldigungsschreiben an den Kaiser Napoleon zu verlangen und zugleich die Forderung zu stellen, daß der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals seine Zustimmung zu geben, wenn man später nochmals auf einen Hohenzollernschen Prinzen als spanischen Thronkandidaten zurückkommen sollte.

Die grenzenlose Unverschämtheit, mit der diese Zumutung auftrat, rief in Deutschland, wie fast in ganz Europa die höchste Entrüstung hervor, und in allen Schichten der deutschen Bevölkerung gährte der Ingrimm über die Frechheit des französischen Kabinetts.

Graf Bismarck wies den preußischen Botschafter Herrn von Werther*) an, der französischen Regierung zu antworten, daß man ein solches Ansinnen dem König nicht vorlegen könne, und daß die französischen Minister, wenn sie auf ihrem Vorhaben beständen, die Sache durch ihren eigenen Botschafter betreiben möchten: der preußische könne sich zu einem so entwürdigenden Vorschlag nicht als Vermittler hergeben.

Graf Benedetti, vom König stets mit ausgezeichneter Liebenswürdigkeit behandelt, erhielt nun den undankbaren Auftrag, dem König Wilhelm von Preußen, einem hochehrwürdigen Greise, die schnöde Zumutung mitzuteilen. Am 13. Juli morgens auf der Brunnenpromenade brachte der

*) Daß Herr von Werther nach der erwähnten Zumutung die Unterredung nicht sofort abbrach, wie es die Würde der Regierung verlangte, wurde nachher durch seine Suspendierung gerügt.

Botschafter ganz unerwartet dem König sein Ansuchen vor. Der König lehnte die Zumutung bestimmt ab und blieb bei diesem Bescheid, als Benedetti wiederholt und dringender darauf zurückkam. Dennoch verlangte der Franzose nach einigen Stunden noch eine dritte Audienz. Auf die Frage nach dem Gegenstande derselben, ließ er erwidern, daß er den am Morgen besprochenen wieder aufzunehmen gedenke. Der König wies den Antrag zurück und ließ durch den Adjutanten sagen, daß er dem Grafen Benedetti nichts mehr mitzuteilen habe, eine Antwort, die in allen deutschen Landen mit endlosem Jubel aufgenommen wurde. Des Königs Reise von Ems nach Berlin am 15. Juli glich einem feierlichen Triumphzuge. Der 13. Juli ist als der Tag der Katastrophe zu betrachten: der Krieg war unvermeidlich.

Um das französische Volk für den ruchlos heraufbeschworenen Krieg zu fanatisieren, stellte der Ministerpräsident Ollivier am 15. Juli im gesetzgebenden Körper Behauptungen auf, die offenbar auf Entstellung der Wahrheit beruhten, insbesondere sprach er von einer vom Grafen Bismarck erlassenen Depesche, in welcher die preußische Regierung den Kabinetten Europas über die letzten Vorgänge in Ems Mitteilung gemacht haben sollte, war aber außer stande, eine solche vorzulegen, als Deputierte der Linken die Vorlegung derselben verlangten. Ollivier konnte keine Note Bismarcks vorzeigen, weil überhaupt keine erlassen worden war. Was man als Note ausgab, war nur das Zeitungs-Telegramm, in dem die Katastrophe in Ems mitgeteilt war: Zeitungs-Telegramme werden aber nicht als diplomatische Noten betrachtet und als solche überreicht. Auf die Forderung einiger Mitglieder der Opposition, daß die Note der Kammer und dem Lande ihrem Wortlaute nach vorgelegt werde, nahm der Minister seine Zuflucht zu leeren Ausreden und versicherte deren Vorhandensein auf seine Ehre. Er mußte auf der Existenz einer solchen Note bestehen, weil nur auf Grund derselben ein Kriegskredit von 50 Millionen Francs mit einer Mehrheit von 245 gegen 10 Stimmen bewilligt werden konnte. Die Kammer war betrogen worden. Während Ollivier die leichtfertigen Worte aussprach: „Wir übernehmen den Krieg mit leichtem Herzen!“ bewährten auch hier die Deputierten der Linken, die sog. Unversöhnlichen, ihre mutvolle Überzeugungs-

treue.*) Sie wagten es, den Ministern ins Gesicht zu sagen, daß sie den Krieg provoziert hätten, und erklärten der großen Mehrheit der Chauvinisten gegenüber, daß der Krieg freventlich von Frankreichs Staatslenkern heraufbeschworen sei. Sogar Thiers, der grimmige Preußenfeind, erhob sich und sprach in einer Rede die Behauptung aus, daß es nach Zurückziehung der Thronkandidatur zu einem Kriege mit Preußen an jedem Vorwande fehle; er protestierte energisch gegen Überstürzung, und erklärte die Gelegenheit zum Kriege für schlecht gewählt: dies werde sich rächen, eine Prophezeiung, die nur zu bald in Erfüllung ging. Seiner Ansicht stimmte die Linke bei, aber ohne Erfolg. Die Majorität in Verbindung mit einer feilen Presse, und die kriegslustige Hofpartei, an deren Spitze die bigotte spanische Eugenie stand, errang den Sieg. Die Kriegserklärung vom 15. Juli wurde einige Tage später, am 19. Juli, in Berlin überreicht.

So hatte denn Napoleon mit seinen Helfershelfern durch höllische Künste der Lüge die Schrecken eines furchtbaren Krieges entfesselt. Nur ein kleiner Teil des französischen Volkes bewahrte Ruhe und Besonnenheit; die große Mehrzahl wurde bald durch die wütende Presse, die Gift und Galle auf Preußen spie, in den wahnsinnigen Kriegstaumel hineingerissen; die Worte eines Emile de Girardin: „Wir müssen die Preußen mit Kolben über den Rhein zurückjagen!“ fanden allgemeinen Wiederhall, und mit lächerlicher Drohung wurde die Eroberung der Rheingrenze, der Einzug in Berlin, die Plünderung und Verwüstung im voraus verkündet.

2. Deutschlands Erhebung. — Die beiderseitigen Streitkräfte.

Frankreich hatte den Krieg nur an Preußen erklärt in der Hoffnung, daß sich gleich beim Beginn des Krieges die Bevölkerung der neu erworbenen Landesteile gegen Preußen erheben, daß Hannover einem französischen Landungsheere mit Freuden seine Küsten öffnen, daß endlich die süddeutschen Staaten die Gelegenheit zu einem feindseligen Auftreten gegen

*) Ihre Namen sind: Arago, Desseaux, Esquiros, Jules Favre, Gagneur, Garnier-Pagès, Glais-Bizoin, Grévy, Ordinaire, Pelletan.

Preußen ergreifen, mindestens aber strenge Neutralität beobachten würden. Diese Voraussetzungen schlugen glücklicher Weise gänzlich fehl und bewiesen, wie schlecht die Franzosen über deutsche Zustände unterrichtet waren. Kaum hatte der elektrische Strom die Kunde von der Kriegserklärung nach allen Himmelsgegenden hin durch die Gauen Germaniens getragen, so erscholl allgemein ein Schrei der Entrüstung und des Ingrimms ob des frevelhaft gebrochenen Friedens, zugleich aber loderte die Flamme echt deutscher Begeisterung gegen den übermütigen Erbfeind unserer Nation allenthalben mächtig empor. Von den äußersten Ostmarken der preußischen Monarchie bis zum fernen Westen, von den Ufern der Memel bis zum Rhein, von der Eider bis zu den Alpen klang der Donnerruf: „Zu den Waffen!“ Das Wort „Mobil!“ ergriff alle deutschen Herzen. Nicht allein Preußen und der norddeutsche Bund, sondern auch die Südstaaten, treu den geschlossenen Bündnissen, erhoben sich wie Ein Mann, als König Wilhelm zum Kampfe gegen den frivolen welschen Nachbar rief. Eine große Zeit begann, ähnlich dem Jahre 1813, aber noch herrlicher und ergreifender, da sich jetzt das gesamte deutsche Vaterland in voller Macht und Einheit, wie niemals zuvor, erhob. Die Hörsäle der Universitäten und die oberen Klassen der höheren Schulen wurden leer, der Landmann verließ den Pflug, der Handwerker die Werkstätte, der Geschäftsmann den Schreibtisch, der Künstler sein Atelier, der Gelehrte seine stillen Studien: Tausende, hoch und niedrig, jung und alt, eilten zu den Fahnen, und auch die altbewährten Helden von Düppel, Alsen und Sadowa verließen Heimat und Familie; Tausende und aber Tausende trug das Dampfroß zu den Stellungsorten, und das begeisternde Lied: „Die Wacht am Rhein“*) erscholl aus allen Kehlen. „Wir müssen die Franzosen hauen, daß ihnen endlich einmal das Maul gestopft wird und sie nicht in jedem Jahre neue Händel suchen!“ In solchen und ähnlichen Äußerungen machte sich das Gefühl der deutschen Wehrmänner Luft.

Das Ausland beobachtete bei dem riesigen Kampfe, der nun ausbrechen sollte, Neutralität. Nicht ohne Mißtrauen

*) Gedichtet von Max Schneckenburger (gest. 1849) im Jahre 1840, komponiert von Karl Wilhelm in Schmalkalden (gest. 1873).

sah man auf Dänemark und Österreich, von denen das erstere seit dem letzten schleswig-holsteinischen Kriege, das letztere seit 1866 Grund haben konnte, die Gelegenheit zur Rache an Preußen zu ergreifen. Um so erfreulicher überraschte die Nachricht, daß Dänemark strenge Neutralität bewahren würde, an der freilich das Bedenken, sich bei der Unfertigkeit der französischen Flotte allzu voreilig in ein Bündnis mit Napoleon zu stürzen, keinen geringen Anteil hatte. Österreich wurde durch die Haltung Ungarns, noch mehr aber durch die Befürchtung, daß im Falle seines Auftretens gegen Preußen Rußland sich für dasselbe erheben würde, zur Neutralität bestimmt. Einen wohlthuenden Eindruck machte die Wahrnehmung, daß die Bevölkerung Österreichs, allen Groll und Haß von 1866 vergessend, durch öffentliche Kundgebungen aller Art ihre Sympathieen für die deutsche Sache zu erkennen gab. Am zweideutigsten war das Verhalten Englands, von wo, ohne Einspruch der Regierung, Lieferungen von Pferden und Kriegsbedarf, so wie von Kohlen an das in der Ostsee kreuzende französische Geschwader abgeschickt wurden.

Wie gewaltig die Teilnahme war, mit der man auch in den entferntesten Erdteilen der Entwickelung des Kampfes entgegensah, wie tief die Sympathieen für Deutschland und Preußen wurzelten, ergiebt sich aus der großen Zahl der Telegramme, die aus Amerika und Ostindien einliefen, zugleich mit bedeutenden Geldspenden an den Bundeskanzler und den König. Allenthalben herrschte die Überzeugung von der Gerechtigkeit der deutschen Sache, und heiße Gebete stiegen selbst unter einem fremden Himmel zu den Sternen empor für Deutschlands Sieg, für Deutschlands Heil. Und Gott schirmte die gerechte Sache und gab Sieg und einen Erfolg, der die kühnsten Hoffnungen unseres Volkes überstieg.

Zur Zeit der Kriegserklärung befand sich die norddeutsche Armee auf vollem Friedensfuß. Die Mobilmachung ging mit großer Schnelligkeit und Pünktlichkeit von statten, und die nach dem Rhein führenden Eisenbahnen trugen die Bataillone der Infanterie wie der Artillerie, die Munitions-, Sanitäts- und Fourage-Kolonnen zu den Ufern des vaterländischen Stromes. Da die Eisenbahnen für den Transport der Heeresmassen und Kriegsbedürfnisse vollständig in Anspruch genommen wurden, so trat freilich im Handel und Verkehr

eine sofortige Stockung ein, und der Finanz- und Kaufmannsstand erlitt große Verluste, die aber mit demselben Patriotismus ertragen wurden, wie die Störungen des norddeutschen Küstenverkehrs durch die bald eintretende französische Blockade. Vermöge der ausgezeichneten Heeresorganisation war es möglich, daß in 14 Tagen beinahe eine halbe Million deutscher Krieger an Frankreichs Grenzen stand. Ein herrlicheres und stärkeres Heer hatte Deutschland nie gesehen als das, welches jetzt siegesmutig, von den Segenswünschen der ganzen Nation begleitet, in den heiligen Kampf zog.

Am 19. Juli, dem Tage der Kriegserklärung, dem 60jährigen Todestage der unvergeßlichen Königin Luise, trat der vom Könige berufene norddeutsche Reichstag zusammen; zugleich verfügte der König an diesem Tage die Wiedergeburt des einst von seinem Vater am 10. März 1813, am Geburtstage Luisens, gestifteten Ordens vom eisernen Kreuz. Die Thronrede des Königs bei Eröffnung der Sitzungen des Reichstages verkündete in würdiger, von dem Bewußtsein des Rechtes getragener Sprache, wie die Bemühungen des Königs, den Frieden zu erhalten, durch den in so leichtfertiger Weise hervorgerufenen Krieg vereitelt seien und sprach in Demut die Zuversicht aus, daß Gott mit der gerechten Sache sein werde.*) Die Rede wurde durch die Adresse des Reichstags in echt patriotischer Weise erwidert. Am 21. Juli schloß letzterer seine Sitzungen, nachdem er einen Kriegskredit von 120 Millionen Thalern bewilligt hatte.

Nunmehr entfaltete sich in ganz Deutschland die hingebendste Opferwilligkeit. Alle, von dem einen Gefühle des heiligen Kampfes beseelt, legten nach Kräften ihre Gaben auf den Altar des Vaterlandes, ja auch die Deutschen jenseits des Oceans sandten reiche Beiträge zur Unterstützung der Verwundeten und Hinterbliebenen. Behufs der Krankenpflege wurden Lazarette angelegt, Vereine zum Zwecke der Krankenpflege gebildet,**) und Tausende, Männer und Frauen,

*) Am 27. Juli 1870 wurde im ganzen Preußenlande ein außerordentlicher allgemeiner Bettag gehalten.

**) Aller Orten bildeten sich Vereine der freiwilligen Krankenpflege, an deren Spitze der Fürst von Pleß trat, dem sich Tausende aus allen Ständen (der evangelische Johanniter- und der katholische Maltheser-Orden) zur Verfügung stellten. Unter dem Protektorate

traten unter das Zeichen des roten Kreuzes, das (nach der Genfer Konvention) mitten im Toben der Schlacht die schützen sollte, die sich dem Werke der Liebe und der Barmherzigkeit weihten.

Obschon der Kriegsminister Leboeuf, den die Franzosen mit eitlem Stolze den Moltke ihrer Armee nannten, schon Anfangs Juli in der Kammer die volle Kriegsbereitschaft erklärt hatte, so war dieselbe doch nicht so weit gediehen, als es Napoleon wohl erwartete. Die Gesamtzahl der französischen Truppen belief sich ungefähr auf 300 000 Mann. Von diesen stand in Metz und der Umgegend die Hauptarmee, 150 000 Mann stark, unter dem aus dem Kriege in Mexiko bekannten Marschall Bazaine und unter General Bourbaki, dem Befehlshaber der Kaisergarde. Die Aufgabe dieser Armee sollte am Rheine liegen, weshalb sie die „Rheinarmee" hieß; zu ihr begab sich auch der Kaiser in Begleitung seines Sohnes und des Marschalls Leboeuf, dem Napoleon, wenn auch dem Namen nach höchster Kriegsherr, den Oberbefehl über die gesamte Heeresmacht übertragen hatte. Bei Straßburg im Elsaß stand die Südarmee unter Mac Mahon, Herzog von Magenta, Frankreichs berühmtestem Feldherrn, in einer Stärke von 100 000 Mann. In dieser befanden sich die Zuaven, meist geborene Franzosen, „die verlorenen Söhne der großen Städte," und die Turkos, Eingeborene Afrikas aus algerischen Stämmen, deren Offiziere meist Franzosen waren, wie jene in orientalischem Kostüm, mordgierig und raubsüchtig. Während sie wenig geeignet waren, einen wohlgeordneten und geregelten Angriff auszuhalten, bildeten die Chasseurs d'Afrique, Jäger zu Pferd, eine erprobte und kriegsgewohnte Truppe. Die Vorhut der

---

der Königin Augusta stand der vaterländische Frauenverein in fast 400 Zweigvereinen: durch die Viktoria-National-Invaliden-Stiftung, durch die Kronprinzessin Viktoria ins Leben gerufen, so wie durch die Kaiser-Wilhelms-Stiftung, wurde für die Familien der Landwehrmänner und Reservisten, später für die Invaliden Sorge getragen. General von Stosch machte sich durch vorzügliche Organisation des Verpflegungswesens verdient. Auch die trefflichen Leistungen der Feldpost (Stephan) sind zu erwähnen.

Südarmee stand unter General Douay am Oberrhein. Eine dritte Armee, 50 000 Mann, aus Ersatzmannschaften und Mobilgarden zusammengesetzt, stand unter dem aus dem Krimkriege bekannten Canrobert in dem befestigten Lager von Chalons. Man erwartete in Frankreich, daß Chassepot neue Wunder thue (vgl. unten 12 in der Anmerk.) und die neuerfundene Mitrailleuse oder Kugelspritze, die fünfundzwanzig Kugeln auf einmal abfeuert, die Feinde vernichten werde. — Zu der Unfertigkeit der französischen Rüstungen gesellte sich noch die Mangelhaftigkeit der Transportmittel, die eine rasche Beförderung der Truppen nach der Grenze hin erschwerte. Die französische Flotte, der deutschen weit überlegen, segelte durch den Kanal in die Nord- und Ostsee, um zu kreuzen, die Häfen zu blockieren und wo möglich eine Landung zu bewerkstelligen.

Was die deutschen Streitkräfte anbelangt, so konnten gleich zu Anfang des Krieges 550 000 Mann in Bewegung gesetzt werden, von denen Preußen 350 000 Mann, das verbündete Deutschland die übrigen stellte. Die deutsche Armee rückte mit 16 Armeecorps,*) von denen 13 der norddeutsche Bund stellte, an die Grenze. Die kommandierenden Generale waren folgende: I. Armeecorps: Preußen: von Manteuffel. II. Pommern: von Fransecki. III. Brandenburg: v. Alvensleben II. IV. Provinz Sachsen: v. Alvensleben I. V. Posen: v. Kirchbach. VI. Schlesien: v. Tümpling. VII. Westfalen: v. Zastrow. VIII. Rheinprovinz: v. Goeben. IX. Schleswig-Holstein und die Großherzogl. Hessische Division: v. Manstein. X. Hannover, Braunschweig und Oldenburg: v. Voigts-Rheetz. XI. Hessen-Nassau, Thüringen: v. Bose. XII. Königreich Sachsen: Albert, Kronprinz von Sachsen. XIII. Die preußische Garde: Prinz August von Würtemberg. Die zwei baierischen Corps standen unter den Generalen von der Tann und Hartmann, die Würtemberger unter von Obernitz und die Badenser unter dem preußischen General von Werder. Zum Generalgouverneur der Rheinprovinz wurde General Herwarth

*) Ein Armeecorps ist ein aus allen Waffengattungen bestehender Heereskörper, der selbständig operieren kann; in der deutschen Armee meist 8 Infanterie-, 2 Kavallerie-, 2 Feldartillerie-Regimenter, 1 Regiment Fußartillerie, 1 Jäger-, 1 Pionier- und 1 Train-Bataillon, zusammen 32—34 000 Mann.

von Bittenfeld, zum Generalgouverneur in den Küstenprovinzen General Vogel von Falckenstein ernannt.

Napoleon, in der irrigen Voraussetzung, seine Rüstungen früher, als die Deutschen, vollendet zu haben, beabsichtigte einen Einfall in Süddeutschland, zunächst ins Badensche, und hoffte nach den ersten Siegen, die ja nicht fehlen konnten, nicht nur auf den Abfall der deutschen Südstaaten und der von Preußen neuerworbenen Lande, sondern auch auf einen Bund mit Italien, Östreich und Dänemark. Aber Preußens genialer Stratege, von Moltke, der an der Spitze des großen Generalstabes steht, war auf einen solchen Fall längst vorbereitet und hatte seinen Feldzugsplan gegen Frankreich bereits entworfen, um Deutschlands Rheingrenze zu schützen, und bei der ausgezeichneten Organisation des deutschen Heerwesens, bei dem, wie bei einem mächtigen Räderwerke alle einzelnen Teile aufs genaueste ineinander griffen, konnten die Truppenkörper rasch an die Kriegsschauplätze befördert werden. Doch noch ehe dies geschehen war, hatte der Krieg bereits seinen Anfang genommen.

3. Beginn des Krieges. — Gefecht bei Saarbrücken.

Obgleich die französischen Rüstungen noch nicht so weit vorgeschritten waren, als es die eilige Kriegserklärung hätte erwarten lassen, so waren doch die Rheinlande bei einiger Schnelligkeit der feindlichen Bewegungen einer Invasion preisgegeben, da die ganze Rheinlinie entlang, in Rheinpreußen, Hessen, in der Pfalz und Baden, nur schwache Besatzungen lagen, und die Festungen nicht armiert waren. Man zog es preußischer Seits vor, die Streitkräfte erst in ordnungsmäßiger Weise zum Krieg vorzubereiten, und ließ sämtliche deutsche Truppen in ihren Garnisonen, bis sie zur Operation befähigt waren. Dieses Verfahren hat sich glänzend gerechtfertigt. Die in ihrer Organisation sich überstürzende französische Armee fand an der Grenze, als sie sich gegen die Saar, besonders gegen Saarbrücken, in Bewegung setzte, nur schwache Garnisonen, aber die ans Wunderbare grenzende Tapferkeit und zähe Ausdauer des kleinen Häufleins in Saarbrücken hielt vierzehn Tage lang ganzen feindlichen Divisionen gegenüber

stand, so daß die Franzosen immer bedeutendere Streitkräfte gegen sich zu haben glaubten und deren Stärke in ihren Journalen zuletzt auf 200 000 Mann angaben.

Am 19. Juli überschritt eine starke Abteilung Chasseurs d'Afrique bei Forbach, eine Meile von Saarbrücken, die preußische Grenze. Die Gewaltthätigkeit, die sie an zwei Steuerbeamten verübten, die aus ihren Betten gerissen und fortgeschleppt wurden, gab Veranlassung, ihnen eine Abteilung preußischer Ulanen entgegenzuschicken, vor denen sie schleunigst die Flucht ergriffen. Damit waren die Feindseligkeiten eröffnet. Die Feinde bedrohten die Stadt Saarbrücken, beschränkten sich jedoch in den folgenden Tagen nur auf kleine Vorpostengefechte, in denen sie stets den kürzeren zogen. In Saarbrücken befanden sich nur ein Bataillon des 40. Regiments und 3 Schwadronen des 7. Ulanen-Regiments. Gegen Ende Juli verging fast kein Tag ohne feindliche Begegnungen unter den Vorposten, bei denen die Franzosen stets im Nachteil waren. Man bemerkte gleich hier, daß die Franzosen ihr Pulver im Massenfeuer vergeblich verpufften, ohne großen Schaden anzurichten, nur daß die Chassepots viel weiter tragen, als die Zündnadelgewehre. Übrigens wurden alle diese kleinen Plänkeleien in den französischen Blättern mit der unverschämtesten Lügenhaftigkeit ausgebeutet, um dem Ruhm und der Eitelkeit der großen Nation zu schmeicheln.*) Indessen trieb die Franzosen nicht immer Keckheit zu ihren herausfordernden Bewegungen, sondern auch der Hunger nötigte sie, die Kartoffelfelder der Preußen, freilich ohne sonderlichen Erfolg, zu besuchen.

In den letzten Tagen des Juli**) begannen die Fran-

*) Das möglichste leistete in dieser Hinsicht ein aus Belgien herübergekommenes franz. Extrablatt, in dem es hieß: Schlacht bei Thionville. Großer Sieg der Franzosen. Chassepot hat Wunder gewirkt. Ehe die Preußen einen Schuß abfeuern konnten, lagen sie schon hingestreckt, wie die Ähren durch die Sense des Schnitters. Die Preußen verloren 7000 Tote und 15 000 Verwundete.

**) Am 25. Juli brach ein Hauptmann im württembergischen Generalstab, Graf Zeppelin, mit 4 badenschen Dragoneroffizieren und einigen Dragonern bei Lauterburg westlich von Weißenburg über die Grenze, sprengte eine französische Lanciers-Patrouille auseinander und durchstreifte in einem 36stündigen Ritt 5 Meilen weit das Land. Beim Ausruhen überfallen, wurde ein Offizier getötet, die übrigen gefangen; Graf Zeppelin aber hieb sich durch und kam glücklich wieder im Hauptquartier an.

zosen Anstalten zu einem bedeutenderen Angriff zu treffen. Am 28. Juli rückte der Feind mit aufgelöster Tirailleurkette rechts und links von der nach dem französischen Orte Forbach führenden Chaussee heran. Infolge dessen besetzte die preußische Infanterie eine in der Nähe von Saarbrücken gelegene Anhöhe. Plötzlich wurde Kanonendonner gehört von einer Batterie, welche der Feind auf einem jenseits der Grenze gelegenen Höhenzuge aufgestellt hatte, und eine Anzahl Granaten fiel in ein vor der Stadt gelegenes Wirtshaus. Unter dem Feuer ihrer Geschütze drangen die Franzosen vor, als eine wohlgezielte Infanterie-Salve sie zur Rückkehr zwang. Wahrscheinlich war der Zweck des Vorgehens eine Rekognoscierung, um die Stärke der preußischen Besatzung und besonders um zu ermitteln, ob und wie viel Artillerie sie führe.

Am 31. Juli und 1. August bemerkte die auf dem hochgelegenen Exercierplatz bei Saarbrücken stehende Feldwache, daß in dem jenseits der Grenze gelegenen französischen Städtchen Forbach zahlreiche Eisenbahnzüge eintrafen. Am Morgen des 2. August, es war ein heißer Sommertag, zogen von den Saarbrücken gegenüber liegenden Bergen mehrere Infanterie-Kolonnen gegen die Stadt heran, die Besatzung unter Oberstlieutenant Pestel, im ganzen etwa 1400 Mann, rückte aus. Von allen Seiten entfaltete der Feind weit überlegene Streitkräfte und ging schnell und in Massen vor. Unter solchen Umständen mußte sich das kleine Häuflein der Feldwache zurückziehen, während die feindlichen Kugeln hageldicht umherflogen. Die Franzosen eröffneten aus 23 Geschützen ein mörderisches Feuer, wobei auch die Mitrailleusen mitwirkten. Die Kugeln der Artillerie schlugen nicht nur in den oberhalb vor der Stadt gelegenen Bahnhof ein, sondern erreichten auch diese selbst, besonders die Vorstadt St. Johann, die ihrer Lage nach den feindlichen Geschossen am meisten ausgesetzt war. Die Preußen hatten nur 4 Geschütze, deren wohlgerichtetes Feuer aber in den französischen Batterieen große Verwüstung anrichtete. Da es nicht im Plan der Kriegsführung lag, eine offene Stadt auf die Dauer gegen überlegene Angriffe zu halten, so zog sich die preußische Besatzung auf einen für diesen Fall gegebenen Befehl langsam und in guter Ordnung zurück und räumte die unbefestigte Stadt dem vordringenden Feinde.

Die Franzosen hatten nach ihrem eigenen Berichte 3 Divisionen, also gegen 40 000 Mann, im Feuer gehabt; gegen diese riesige Übermacht hatte sich das Häuflein von einem Bataillon Füsilieren und drei Eskadrons Ulanen von 9 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags erst im vollen Feuer gehalten und dann den Rückzug bewerkstelligt. Als General Frossard, Befehlshaber des II. französischen Armeecorps, am Nachmittage in die Stadt kam und auf seine Frage vom Bürgermeister erfuhr, welch ein kleines Häuflein ihm gegenüber gestanden, sah er sich zu der Erklärung genötigt, das wären sehr brave Soldaten gewesen, nach den Verlusten schienen es bedeutend mehr gewesen zu sein, und er sei über die Stärke der Preußen schlecht berichtet gewesen.

Die Franzosen posaunten diesen Sieg als die „Schlacht von Saarbrücken" in die Welt, und in Paris entstand allgemeiner Jubel über die empfindliche Niederlage, welche die deutsche Sache erlitten hätte.

Gegen 4 Uhr kamen die Franzosen in die Stadt und requirierten, meist gegen Bezahlung, in den Läden Lebensmittel und Tabak, und es ist anzuerkennen, daß Frossard die Disciplin mit Strenge aufrecht zu halten suchte.

Die französischen Befehlshaber waren über die Zahl der preußischen Truppen bei Saarbrücken falsch berichtet und standen jedenfalls in dem Wahne, daß hinter der Stadt ein größeres Corps aufgestellt sei. Erst am Morgen des 2. August schienen sie von ihrem Irrtum enttäuscht zu sein und konnten nun, da der Ausgang nicht zweifelhaft war, ohne Gefahr vordringen. Diesen Umstand benutzte Napoleon, der um 12 Uhr mit seinem kaiserlichen Prinzen eintraf, zu einer Theaterscene, die auf die Stimmung des Heeres und der Pariser Bevölkerung erhebend wirken sollte. Man konnte nun den Heldenmut des kaiserlichen Sprößlings zur Schau stellen, der alle Gefahren mit den Truppen teile. Aus einem Telegramm Napoleons an Eugenie mögen folgende Sätze hier Platz finden: „Der Elan unserer Truppen war so groß, daß unsere Verluste nur unbedeutend waren. — Louis hat soeben seine Feuertaufe erhalten, er war von bewundernswürdiger Kaltblütigkeit und ließ sich gar nicht aus der Fassung bringen. — Die Preußen leisteten einen kurzen Widerstand; wir standen in erster Reihe (?!), aber die Flinten-

und Kanonenkugeln fielen zu unseren Füßen nieder. Louis hat eine Kugel behalten, welche ganz nahe vor ihm einschlug. Es giebt Soldaten, welche weinten, als sie ihn so ruhig sahen. Wir hatten an Toten nur einen Offizier und 10 Mann." In ähnlicher Weise wurde die Wunderwirkung der Mitrailleuse gerühmt, und der kaiserliche Prinz sollte sogar den ersten Schuß aus einer solchen höchsteigenhändig abgefeuert haben.

---

4. Das Treffen bei Weißenburg. Die Schlachten bei Wörth und Spichern.

Das verbündete Heer war in drei große Truppenkörper geteilt, welche als Nord-Armee (I. Armee), Centrum (II. Armee) und Süd-Armee (III. Armee) bezeichnet wurden. Die Nord-Armee stand unter dem Kommando des Generals v. Steinmetz und umfaßte das 7. (v. Zastrow) und 8. (v. Goeben) Armeecorps. Die zweite Armee unter Prinz Friedrich Karl bestand aus dem Gardecorps (Prinz August v. Würtemberg), dem 3. (v. Alvensleben II.), dem 4. (v. Alvensleben I.), dem halben 9. Armeecorps und der hessischen Division (v. Manstein), dem 10. (Voigts-Rheetz) und dem 12. (sächsischen) Armeecorps (Kronprinz Albert von Sachsen). Die dritte Armee unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen war gebildet aus dem 5. (v. Kirchbach) und 11. (v. Bose) preußischen Armeecorps, dem 1. (v. d. Tann) und 2. (Hartmann) baierischen Corps und einem aus der würtembergischen und badischen Division kombinierten Corps.*) Den Oberbefehl über sämtliche deutsche Truppenkörper übernahm König Wilhelm von Preußen. Am 31. Juli verließ der König Berlin, begleitet von dem großen Generalstabe unter dem

*) Das 1. (v. Manteuffel), und 2. (v. Franseckí) und 6. (v. Tümpling) preußische Armeecorps waren anfänglich noch keiner der drei Armeeen zugeteilt, sondern zur Verfügung behalten. Im ganzen waren es 550 000 Mann in 16 Corps. Zum Schutz gegen eine feindliche Landung an der Nord- und Ostsee war eine Küstenarmee (Vogel v. Falckenstein) aufgestellt, die aus dem halben 9. Armeecorps, Landwehr und einigen Reserve-Kavallerieregimentern bestand.

Freiherrn von Moltke, von Graf Bismarck, dem Kriegsminister von Roon u. a., und schlug zu Mainz das große Hauptquartier auf (1. August), wo auch die zweite Armee ihr Hauptquartier hatte. Das erste Hauptquartier der ersten Armee war Koblenz, das der dritten Speyer.

Der greise Heldenkönig Wilhelm konnte, ehe er zu den Fahnen ging, nicht umhin, die schöne Gelegenheit, die ihm der Beginn des heiligen Kampfes bot, zu benutzen, einen Akt königlicher Gnade auszuüben, der manchen Verurteilten den Seinigen wiedergab. Im Hinblick auf die einmütige Erhebung des Volks erließ er eine „Amnestie" für politische Verbrechen und Vergehen (31. Juli). Die Reise des Königs glich einem Triumphzuge, bei dem die patriotische Begeisterung in dem vordem nie genossenen Gefühle gipfelte, daß diesmal auch unsere süddeutschen Brüder, nicht, wie einst, gegen uns, sondern auf unserer Seite wider den alten Erbfeind standen. Am 2. August erfolgte des Königs Proklamation an die Armee, in welcher derselben bekannt gemacht wurde, daß Se. Majestät selbst den Oberbefehl über das gesamte Heer übernehme, um zur Verteidigung des bedrohten Vaterlandes nach der Väter Art in den gerechten Krieg zu ziehen.

Auch Napoleon erließ eine Proklamation an das französische Volk, um in gewohnter lügenhaft frivoler Art die Schuld des Krieges auf Preußen zu schieben. „Preußen", heißt es, „dem wir während des Krieges von 1866 und seit demselben die versöhnlichsten Gesinnungen bezeigt hatten, hat von unserem guten Willen, von unserer Langmut keine Notiz genommen. Fortstürmend auf dem Wege der Eroberungen hat es zu jedem Mißtrauen Anlaß gegeben, überall übertriebene Rüstungen notwendig gemacht und Europa in ein Heerlager verwandelt, wo Ungewißheit und Befürchtungen herrschen. Das glorreiche Banner, welches wir wieder einmal denen gegenüber entfalten, die uns herausfordern (?!), ist dasselbe, welches durch ganz Europa die civilisatorischen Ideeen unserer großen Revolution trug; es repräsentiert dieselben Ideeen und wird dieselben Ideeen der Hingebung einflößen. — Ich führe meinen Sohn mit mir; ungeachtet seines jugendlichen Alters kennt er die Pflichten, welche sein Name ihm auferlegt: er ist stolz, auch seinerseits teilnehmen zu dürfen an den Gefahren derjenigen, welche für das

Vaterland kämpfen. — Gegenüber den neuen Prätensionen (?) Preußens haben sich unsere Reklamationen vernehmen lassen. Man hat ihrer gespottet, und ein Verachtung bezeugendes Vorgehen darauf folgen lassen." (?)

Von dem französischen Heere stand das erste Armeecorps (4 Divisionen) unter dem Marschall Mac Mahon bei Straßburg, das zweite (3 Divisionen) unter General Frossard bei St. Avold, das dritte (4 Divisionen) unter Marschall Bazaine bei Metz, das vierte (3 Divisionen) unter General l'Admirault bei Thionville, das fünfte (4 Divisionen) unter General Failly bei Bitsch, das sechste (3 Divisionen) unter Marschall Canrobert bei Chalons, das siebente (3 Divisionen) unter General Felix Douai weiter südöstlich. Den Oberbefehl über die „Rheinarmee," die niemals den Rhein sehen sollte, führte Napoleon selbst, der sich den Chef des Generalstabs, Leboeuf, beigeordnet hatte.

Die Kolonnen der deutschen Südarmee waren durch die Pfalz, wo sie die herzlichste Aufnahme gefunden, an die französische Grenze bei Weißenburg im Elsaß vorgerückt. Dieser Ort, aus der älteren Kriegsgeschichte hinreichend bekannt, ist die erste französische Grenzstation an der von der Pfalz nach Straßburg führenden Eisenbahn, bildet den Knotenpunkt wichtiger Eisenbahnen und Marschstraßen und den Schlüssel zum Innern Frankreichs. Weißenburg liegt in einem schönen fruchtbaren Thale, das durch die Ausläufer der Vogesen gebildet wird, 3½ Meile von der französischen Festung Hagenau, 7 Meilen von Straßburg entfernt. Wenn auch die alten Festungswerke vernachlässigt sind, so boten doch Wallgraben und Mauern dem Verteidiger sehr gedeckte Stellungen, die den Angriff in hohem Grade erschweren. Im Süden der Stadt erhebt sich mit steilen Abhängen der Geisberg, auf dessen Gipfel sich ein von steinernen Mauern umzogenes Gehöft befindet, und der von den Franzosen durch Batterie-Einschnitte befestigt war. Am 3. August wurde Weißenburg von der Division Douai vom Corps des Marschalls Mac Mahon besetzt. Die Südarmee hatte die Aufgabe sie von da zu vertreiben, und so entspann sich am 4. August der blutige und erbitterte Kampf bei Weißenburg.

Der heftig niederströmende Regen hatte den lehmigen Boden aufgewühlt und erschwerte den Marsch der Deutschen

ungemein. Dazu war der Aufbruch so schnell gekommen, daß sie mit leerem Magen marschieren und nach beendigtem Marsche sofort in den Kampf ziehen mußten. Aber die mutige Ausdauer und opferfreudige Begeisterung der deutschen Krieger überwand alle Schwierigkeiten.

Morgens um 8 Uhr griff das 10. bairische Jägerbataillon die französischen Vorposten an. Das Gefecht wurde lebhafter, und bald war die 4. bairische Division unter von Bothmers Führung im Kampf. Zu gleicher Zeit machten zwei preußische Corps, zum Teil die Lauter durchschwimmend, von der andern Seite einen Angriff. Die Turkos entwickelten ein so mörderisches Schnellfeuer, daß die Kugeln herabrieselten wie „die Wassertropfen aus einer Gießkanne." Die Geschosse der am Bahnhofe, in den Gärten, hinter der Wallmauer postierten Feinde rissen tiefe Lücken in die stürmenden Bataillone, aber unaufhaltsam drangen sie vorwärts. Nachdem die bairische Artillerie Granaten in die Stadt geworfen und das Thor zerschmettert hatte, drangen die Baiern, unter schweren Verlusten, in die Stadt ein, wo sich jetzt, Mann gegen Mann, ein wütender Kampf entspann. Da kam das V. Armeecorps, durch den Kanonendonner vom Beginn des Gefechts benachrichtigt, im Laufschritt heran. General Kirchbach stellte sich selbst an die Spitze, und dahin gings durch Blutlachen über die Leichen der gefallenen Brüder. Auch die neu andringenden französischen Hülfstruppen wurden geworfen, was nicht entfliehen konnte wurde gefangen. Viel Blut kostete der Bahnhof, wo hinter Mauern und Bäumen gedeckt die Turkos ihre mörderischen Kugeln entsandten, bis auch hier deutsche Tapferkeit über die blutgierigen Bestien Afrikas den Sieg errang.

Noch aber blieb die schwerste Aufgabe, die Erstürmung des Geisberges, zu lösen. Dieser war von 4 Batterieen, darunter eine von Mitrailleusen, und 3 Regimentern Infanterie besetzt, die auch das unten liegende Altstadt inne hatten. Letzteres wurde von Truppenteilen der preußischen 9. Division sofort genommen. Aus zwei Regimentern und dem 5. Jägerbataillon wurden Sturmkolonnen gebildet, die allem Hagel von Geschossen zum Trotz im Sturmschritt den Berg hinaufeilen. Oben nehmen die Jäger ein Geschütz, während die übrigen in voller Flucht ihr Heil suchen. Hier fiel General Abel Douai. Da nun auch Truppen des XI. Armeecorps

(Bose) den Franzosen in die Seite fallen, so löst sich die französische Division in völliger Flucht auf unter Preisgabe ihres ganzen Zeltlagers und mit einem Verlust von etwa 1000 Gefangenen, unter denen viele Turkos*) und Zuaven. Der Verlust der Deutschen betrug an 1550 Mann. Das Königs-Grenadier-Regiment hatte den größten Teil seiner Offiziere verloren.

Als der Geisberg eingenommen war, erschien der Kronprinz von Preußen, der von einer nahen Anhöhe aus, an seiner Seite den Generalstabschef von Blumenthal, das Gefecht geleitet hatte, und ward von den deutschen Kriegern mit unendlichem Jubel empfangen. Es war ein feierlich erhebender Augenblick, als der edle Königssohn, sich vom Rosse beugend, feuchten Auges den Helden, die den ruhmvollen Tod fürs Vaterland zu sterben im Begriff waren, die treue Rechte reichte.

Wenn am Tage von Weißenburg die Übermacht auf deutscher Seite war, so wurde diese Übermacht durch die überaus vorteilhafte Stellung der Franzosen aufgewogen. Der Sieg war vollständig und glänzend und das erste bedeutsame Ereignis des Krieges. Wie er den Grund zu der innigen Waffenbrüderschaft legte, welche bald alle Krieger des gemeinsamen Vaterlandes vereinigte, so machte er auf das Corps Mac Mahons einen zermalmenden Eindruck. Gleichwohl versäumte man es in Paris nicht, über die angebliche Niederlage des Kronprinzen und der Südarmee die abenteuerlichsten Ausgeburten einer ausschweifenden Phantasie zu veröffentlichen. Nach einer Nachricht war die Armee förmlich zermalmt und der Kronprinz selbst verwundet unter den Gefangenen. Der maßlose Siegesjubel der Pariser sollte bald in das Gegenteil umschlagen.

Während sich der geschlagene Teil der Armee Mac

*) Von der Hinterlist dieser bestialischen Truppen sei hier einmal für allemal bemerkt, daß sie bei dem Feuern des Feindes sich niederwarfen, als wären sie tödlich verletzt, dann, wenn sie die vorgerückten Feinde im Rücken hatten, aufstanden, nach ihnen stachen oder meuchlings schossen. Die erbitterten Deutschen machten daher jedes dieser Scheusale nieder. Ferner steht fest, daß diese Hyänen der Schlachtfelder den Sterbenden die Finger und Zungen abschnitten, die Augen ausstachen und ihre Kostbarkeiten nahmen, ja daß sie ihnen die Kopfhaut übers Gesicht zogen.

Mahons in wilder Flucht zurückzog, erhielt die deutsche Armee den Befehl, den Marsch nach Wörth hin fortzusetzen, wo Mac Mahon alle seine Streitkräfte aufgestellt haben sollte.

Die Stellung der Franzosen war auch hier sehr vorteilhaft gewählt. Wörth liegt am Abhange einer fast im Halbkreise sich ausdehnenden Hügelkette; zahlreiche Weiler und Gehöfte, die das Terrain durchschnitten, und ein Wald, der die Rückzugslinie deckte, erhöhten die Festigkeit der feindlichen Position.

Der Morgen des 6. August begann mit Vorpostengefechten. Der Kronprinz beabsichtigte erst am 7. August den Angriff, aber aus Scharmützeln, die der Rekognoscierung wegen unternommen wurden, entwickelte sich ein heftiger Kampf, der ohne Nachteil nicht abgebrochen werden konnte und die ganze Armee in den Kampf zog. Bald entfaltete der Feind größere Massen; das baierische Corps unter General Hartmann ging auf dem rechten Flügel gegen die vom Feinde besetzten Höhen vor; dann rückte auch das baierische Corps unter von der Tann nach. Auf dem linken Flügel ging General Kirchbach mit dem ganzen V. Corps vor und vertrieb nach wiederholten Stürmen die Feinde aus Wörth. Nun drehte sich die Entscheidung um Elsaßhausen, den rechten Flügel der Franzosen, und Fröschweiler, den eigentlichen Schlüsselpunkt ihres Centrums. Inzwischen war auch das XI. Corps unter General v. Bose auf dem linken Flügel vorgegangen. Die deutschen Truppen mußten, um die französische Schlachtlinie anzugreifen, die damals durch Regengüsse ungemein angeschwollene Sauer durchschreiten. Dies geschah unter einem furchtbaren Hagel von Granaten, Mitrailleusen- und Chassepotkugeln; Hunderte fanden unter dem verheerenden Feuer ihren Tod oder ertranken im Bache. Dennoch setzten die heldenmütigen Krieger den Übergang durch. Dann ging es daran, die steilen Höhen hinter der Stadt, die Hauptposition des Feindes, zu stürmen. Die Franzosen erhielten immer neuen Zuzug und verdrängten die Deutschen zweimal aus der neugewonnenen Position; aber stets von neuem entbrannte der Kampf auf der 1½ Stunden langen Schlachtlinie. Die steilen Anhöhen waren mit dichtem Gestrüpp bewachsen, aus denen zahllose Kugeln die Reihen der braven Deutschen lichteten. Während das V. Corps stundenlang in harter Bedrängnis stand, kämpfte auch das XI. Corps unter General

v. Bose, das bereits einen Angriff der Franzosen auf Gunstett zurückgeschlagen hatte, bei Elsaßhausen ohne eigentlichen Erfolg. Die Franzosen stürmten mehrfach vor und glaubten schon gesiegt zu haben, da die Deutschen eine Rückwärtsbewegung antraten. Sie schickten daher zwei Kürassierregimenter vor, um ihren Erfolg auszubeuten. Da lagen in einer durch Hopfen und Bäume gedeckten Aufstellung Infanterie-Abteilungen und ein Zug Pioniere. Schon waren die stattlichen Kürassierregimenter, die man anfangs für baierische gehalten, herangekommen, als die Infanterie ein so mörderisches Schnellfeuer eröffnete, daß die stolzen Reiterregimenter im Nu vernichtet waren, und der Rest sich in wirrem Knäuel zurückwälzte.

General v. Bose, der Elsaßhausen genommen hatte, ging nun gegen Fröschweiler vor, und hier kam der Kampf des V. und XI. Corps eine Zeit lang zum Stehen. Als aber das letztere und die Baiern von rechts und die Badener und Würtemberger unter General von Werder von links auf der Rückzugslinie des Feindes von zwei Seiten eindrangen, da war die heiße Schlacht um $3\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags entschieden. Der Feind räumte Fröschweiler und zog sich nach Bitsch zurück. Die Flucht der Franzosen geschah in voller Auflösung und Verwirrung, während ihnen die deutsche Kavallerie auf den Fersen nachfolgte.

Der Kampf war gräßlich gewesen. Die Franzosen hatten 10 000 Tote und Verwundete und 5000 Gefangene; die Turkos waren fast gänzlich aufgerieben, da man ihnen ihrer Scheußlichkeiten wegen keinen Pardon gab. Die ganze stolze Armee war vernichtet. Über den Zustand derselben melden die Berichte: „Bei ihrer Ankunft schloß man in Saverne (Zabern) Läden und Häuser, und in Chalons kamen nur noch Trümmer an, alles in vollster Auflösung.“ Aber auch die deutschen Verluste waren groß und schmerzlich. Das V. Corps (v. Kirchbach) hatte über 5000 Mann verloren, das XI. (v. Bose)*) über 2500, das baierische (v. d. Tann), von dem nur eine Division im Feuer gewesen, 800, die

*) General v. Bose wurde zweimal verwundet, zuerst bei Gunstett durch eine Chassepotkugel in die rechte Hüfte, nachher vor Fröschweiler durch eine zweite in den rechten Fuß dicht unter dem Knöchel. Er ließ sich auf dem Pferde verbinden.

würtembergische Division über 200 Mann. Als Trophäen wurden erbeutet 2 Adler, 35 Kanonen und 6 Mitrailleusen, das ganze Zeltlager Mac Mahons, seine Kriegskasse; auch die Garderobe seiner Ehren-Damen fiel in die Hände der Sieger.

Die grauenvollen Spuren der Verwüstung, welche der Kampf besonders in und um Wörth und Fröschweiler hinterlassen hatte, sollen, wie versichert wird, alle Vorstellungen der Phantasie überbieten. Die Häuser waren demoliert, Fenster und Thüren eingeschlagen, in Fröschweiler lagen viele Gebäude in Brandschutt, allenthalben, wo der riesige Kampf gewütet, deckten zahllose Opfer die Stätte. Und neben diesen Bildern grauser Verheerung, des Todes und des Schmerzes nahe bei dem Schlachtfelde bezogen die erschöpften Krieger ein Bivouac und gaben sich der Siegesfreude hin. Preußische und badische Soldaten kleideten sich sogar zum Scherz in das erbeutete Damengepäck des Marschalls Mac Mahon, seiner Offiziere und ihrer Damen. Aber der Grundzug in der Stimmung des deutschen Heeres war doch ein tiefernster. Der Zug der Andacht, mit welchem die Deutschen in diesen Krieg gezogen waren, zeigte sich stark genug, daß sie im Hinblick auf die schrecklichen Opfer des Sieges über sich selbst nicht Gott vergaßen.

Inzwischen hatten die Franzosen Saarbrücken wieder aufgegeben und sich jenseits der preußischen Grenze tiefer ins Land hineingezogen. Etwa eine Meile von Saarbrücken erhebt sich der Spicherer Berg mit so steilen Abhängen, daß man sich hier und da an Baumästen festhalten muß, um sich daran hinaufzuziehen. An der Ostseite des Berges dehnt sich ein langer Forst aus, südwestlich vom Berge liegt die französische Bahnstation Forbach. Zwischen Saarbrücken und der genannten Höhe, an welche sich rechts und links weitere Hügelzüge anlehnen, nimmt das Terrain nach der Mitte eine abschüssige Senkung an, die sich vor Saarbrücken zu einem regelmäßigen Thalbecken ausbildet.

Am 6. August, dem Tage der Schlacht bei Wörth, stieß die 14. Division (VII. Armeecorps, I. Armee) unter Generallieutenant von Kameke auf feindliche Truppenteile. Letzterer

ging sofort zum Angriff über und gewann auf der Straße Saarbrücken-Forbach Terrain. Der im Abzug begriffene Teil des Corps Frossard hatte indessen Front gemacht und bald entwickelten sich in der ungewöhnlich starken Position des Feindes so zahlreiche Truppenmassen, daß das Gefecht zum Stehen kam und einen sehr ernsten Charakter annahm. Immer mehr feindliche Kolonnen, die offenbar im Walde verborgen gewesen, drangen mit Schnelligkeit hervor, um sich zu formieren und ihren voranziehenden Abteilungen nachzueilen. Der Kanonendonner wirkte auf sämtliche preußische Truppenteile, die ihn vernehmen konnten, mit der Kraft eines Magnets. Die 16. Division, v. Barnekow, (vom Corps Goeben) und die 5. Division, v. Stülpnagel, (Brandenburger von der Armee des Prinzen Friedrich Karl) setzten sich nach dem Schlachtfelde hin in Bewegung. General von Alvensleben (III. Corps) beorderte alle Truppen seines Corps sofort eben dahin, und erschien nach 3 Uhr selbst auf dem Kampfplatz. Das Gefecht rückte immer näher dem Spicherer Berge zu. Die Franzosen hatten den Berg, der an sich schon wie eine natürliche Festung erschien, überall mit Gräben versehen, die ihren Schützen und Linien Deckung verliehen. Eine Batterie von 12 Geschützen beherrschte den Anmarsch von Saarbrücken, sowie den größten Teil des Schlachtfeldes. Die einzige Möglichkeit, eine so gewaltige Position zu nehmen, lag in der geschickten Benutzung des Terrains, da, wo es den Preußen einigermaßen günstig war, und in Entwickelung der todesmutigsten Energie dort, wo es galt, gegen die Front der Position anzustürmen: beides geschah in unvergleichlicher Weise.

Die Franzosen ließen den Feind an sich herankommen und schleuderten dann einen solchen Hagel von Kugeln und Granaten, daß ganze Reihen stürzten und ganze Compagnieen ihre Offiziere und Fähnriche verloren. Aber mauerfest, von den wohlgezielten Granatschüssen der preußischen Artillerie unterstützt, drangen die Bataillone vor, um den steil ansteigenden Spicherer Berg einzunehmen. Die 14. Division hatte die Aufgabe, den Feind in der Front zu fassen, während die 5. den rechten Flügel des Feindes zurückwerfen und den Frontangriff der 14. unterstützen sollte. Der Kampf tobte um den Berg und auf der ganzen Linie des Höhenzuges, der sich an ihn anlehnt. Mehrmals mußten die

Deutschen vor der sich immer verstärkenden Übermacht des Feindes weichen; unter furchtbaren Verlusten drangen sie wieder vor und schlossen ihre gelichteten Reihen. Da übernahm General v Goeben das Kommando und gab dem Angriff gegen den rechten Flügel des Feindes eine mehr umfassende Richtung und es gelang, die jenseitige Waldlisiere zu gewinnen. Um aber Herr des Plateaus zu werden, war es nötig, Kavallerie und Artillerie hinaufzubringen. Was unmöglich erscheint, ward in kürzester Frist verwirklicht. Die schweren Geschütze klommen den Berg hinan, und trugen durch die Präcision ihrer Schüsse wesentlich zum Gelingen des Ganzen bei. Sämtliche Batterieen wurden unter den einheitlichen Befehl des Generals von Bülow gestellt und hielten das ganze Plateau unter Feuer. Der Feind machte vier Frontangriffe, aber alle vier scheiterten an der unübertrefflichen Ruhe und Tapferkeit der Infanterie und an dem mit höchster Präcision abgegebenen Feuer der flankierend aufgestellten Batterieen. Nunmehr gingen die Deutschen zu einem Offensivstoß in die linke Flanke des Feindes über, und dieser gelang so vollkommen, daß der Feind nach Spicheren zurückgeworfen wurde. Seine ganze Linie begann zu wanken, seine Kraft war gebrochen, und er gab eine Position auf, die er für uneinnehmbar gehalten hatte.

Die Nacht war hereingebrochen, und die erschöpften Truppen ruhten von der Blutarbeit des Tages aus. Alle Wege und Felder, die Abhänge und das Gestrüpp waren voll zerschossener und zerfetzter Leichen, und die Pioniere hatten alle Arbeit, die Toten dem Schoß der Erde zu übergeben. Die Bewohner von Saarbrücken gaben Zeugnis echt vaterländischer Hingebung. Schon am Tage der Schlacht hatten sich sogar Frauen und Mädchen auf die Walstatt begeben, um mitten im Kugelregen den Verwundeten Hülfe und Erquickung zu bringen und Liebesdienste jeder Art zu erweisen. Die Spitäler und Lazarette lagen überfüllt; um die nötige Zahl von Ärzten zu haben, wurden die benachbarten Bergwerksärzte herbeigeholt.

Bei Spicheren hatten 27 preußische Bataillone, nur von ihrer Divisions-Artillerie unterstützt, gegen 52 französische Bataillone mit vollzähliger Corps-Artillerie unter den schwierigsten Verhältnissen einen glänzenden Sieg errungen. Das

ganze Corps Frossard war aufgelöst. Eine große Masse Proviant jeder Art, auch Champagner und Delikatessen, ein Zeltlager, ein Pontontrain u. s. w., und nahezu 1000 Gefangene fielen in die Hände der Sieger; hauptsächlich aber war es das moralische Gewicht der Niederlage, das auf die im Siegestaumel schwärmenden Franzosen den gewaltigsten niederschlagendsten Eindruck machte. Unser Gesamtverlust betrug 5000 Mann, unter ihnen General v. François, der der Franzosen 4000 Mann.

5. Die Stimmung in Paris.

Seit der Nachricht von dem angeblichen Siege der französischen Waffen bei Saarbrücken, wo Prinz Lulu durch eigenhändiges Abfeuern einer Mitrailleuse debutiert hatte, schwelgte Paris in einem an Wahnsinn grenzenden Siegestaumel. Die Heere der großen Nation sollten am 15. August, am bekannten Napoleonstage, — es war ja nur ein Spaziergang nach Berlin — in Preußens Hauptstadt sein! Freilich schon die ersten Tage des Krieges führten die Söhne Frankreichs und Afrikas nach Berlin, aber als — Gefangene.

Die Regierung war indessen von der wahren Lage der Dinge besser unterrichtet, scheute sich aber, der Bevölkerung die nackte ungeschminkte Wahrheit mitzuteilen. Dennoch drang eine dunkele Kunde von dem Schlage bei Weißenburg, wenn auch nicht auf zuverlässigem Wege, in Paris ein und erregte unter den Massen eine ängstliche Unruhe und dumpfe Gährung. Vergebens suchte man das Volk dadurch zu beruhigen, daß man den Rückzug als wohlberechnete Maßregel darstellte, um den Feind „in die Schluchten der Vogesen zu locken und dort zu vernichten." Am 5. August abends brachten die Blätter eine Bekanntmachung, die, so ungenau und ungetreu sie auch war, doch eine Schlappe der französischen Armee ahnen ließ. Sofort geschah ein gewaltiger Umschwung in der Stimmung der Pariser und der unbändige Siegesjubel verwandelte sich in allgemeine Niedergeschlagenheit. Am 7. August traten die Blätter, wenn auch noch immer die Thatsachen entstellend und in schönerer Färbung mitteilend, doch schon etwas offener mit dem Rückzug der französischen

Heere hervor, und die Erklärung des Belagerungszustandes in Paris und die Einberufung des Senats und des gesetzgebenden Körpers auf den 11. August stand mit der rosigen Färbung der Zeitungsblätter im schroffsten Widerspruch. Immer drückender wurde die Schwüle der politischen Atmosphäre; da erschienen endlich die Telegramme des Kaisers Napoleon vom 6. und 7. August, in denen die Niederlage Mac Mahons offen eingeräumt wurde, und wie Schuppen fiel's den Parisern von den Augen.

Die Kaiserin Eugenie, die nach Metz gegangen war, um durch ihr persönliches Erscheinen die Truppen zu begeistern, eilte nach Paris zurück und erließ eine Proklamation, in der sie alle Bürger zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung aufforderte. Gleichzeitig wurden zwei Dekrete erlassen, von denen das eine die Wiedereröffnung der Kammer statt auf den 11. August schon auf den 9. anberaumte, das andere alle kräftigen Männer zwischen 30—40 Jahren in die Mobilgarde einberief und zugleich bestimmte, daß die Nationalgarde bei der Verteidigung der Hauptstadt verwandt werden sollte. Damit hing die Zurückberufung der französischen Truppen aus dem Kirchenstaat zusammen. Diese Thatsachen mußten auch dem Verblendetsten die Augen öffnen und zugleich die Überzeugung hervorrufen, daß das französische Volk durch das Lügensystem seiner Regierung in schmählicher Weise hintergangen war.

So lange sich Paris noch im Siegestaumel gewiegt hatte, war der Aufenthalt der Deutschen in Paris und in den Provinzen noch immer ein erträglicher gewesen, insofern dieselben wenigstens von thatsächlichen Feindseligkeiten verschont blieben. Jetzt aber, wo an die Stelle des Rausches die herbste Nüchternheit getreten war, machte der Pöbel seinem Ingrimm in maßlosen Insulten gegen die Deutschen Luft. In jedem Deutschen sah man einen Spion oder Feind; Mißhandlung der Personen und des Eigentums waren an der Tagesordnung, ja der Fanatismus der Pariser steigerte sich bis zu dem Grade, daß man in kurzer Zeit alle Deutsche, deren in Paris 50000 lebten, in barbarischer Weise auswies, die nun, ihre Habe in Frankreich zurücklassend, massenweise, zum Teil im traurigsten Zustande, nach der Heimat wandern mußten.

In Paris überstieg Aufregung und Verwirrung alle Grenzen, als am 9. August die Kammern zusammentraten. Bei der allgemeinen Ratlosigkeit verlangte ein Teil der Versammlung einen Ministerwechsel und Ernennung eines neuen Oberfeldherrn. Der Deputirte Dejean sprach es ganz offen aus, daß man die Niederlagen der französischen Waffen einzig und allein der Unfähigkeit des Kaisers zu verdanken habe, und während die Linke die Erbärmlichkeit des Ministeriums an den Pranger stellte, beantragte der Abgeordnete Graf Keratry die Abdankung Napoleons. Der Aufruhr der Menge auf den Tribünen und vor dem Parlamentsgebäude war so fieberhaft erregt, die Sitzung wurde so stürmisch, daß man dieselbe aussetzen mußte.

Nachdem an demselben Tage die Nachricht eingetroffen, daß der Kaiser den Oberbefehl dem Marschall Bazaine übertragen habe, der in Mexico ein trauriges Andenken hinterlassen hatte, ward die aufgehobene Sitzung wieder begonnen. Ollivier teilte mit, daß das Ministerium seine Entlassung genommen und Graf Palikao (Montauban; vgl. XIII.) die Bildung eines neuen übernommen habe. So trat denn, mit Schande und Schmach bedeckt, ein Ministerium vom Schauplatz ab, das in ruchlosester Weise zwei Nationen in den furchtbarsten Krieg gestürzt und den Fluch vieler Millionen auf sich geladen hatte.

Frankreich erklärte jetzt auch den Zollvereins-Vertrag für aufgehoben. Das neue Ministerium ordnete die Erhebung des ganzen Volkes an, und von der Regentschaft der Kaiserin war kaum noch die Rede. Napoleon selbst trieb sich unstet bald in Metz, bald in Chalons umher und hing nur von dem Willen Bazaines ab. Die Vergeltung für den leichtfertig heraufbeschworenen Krieg nahte mit raschen Schritten: Kaiser Napoleon hatte, sobald ihn das Schlachtenglück verlassen, alles Ansehen in Frankreich verloren. Den man als Sieger, als Eroberer des Rheins vergöttert haben würde, ihn verdammte und verhöhnte jetzt die Stimme seines eigenen Volkes. — In Paris wütete die Presse, die das Kriegsfeuer hatte schüren helfen, mit verleumderischer Wut und Bosheit gegen die Deutschen und ihre Heere.

6. Der Vormarsch der deutschen Armee. — Besetzung von Elsaß und Lothringen.

Während die Welt mit Bewunderung erfüllt war über die ans Wunderbare grenzende Tapferkeit der deutschen Krieger, hatten in Deutschland die drei glänzenden Siege bei Weißenburg, Wörth und Spichern zugleich unendlichen Jubel hervorgerufen, der sich aller Orten durch Flaggenschmuck und Illumination kund gab. Freilich war die Siegesfreude keine ungetrübte, es mischten sich hinein die Thränen vieler, denen teuere Angehörige in fremder Erde den ewigen Schlaf schliefen. Aber die Wogen heiliger Begeisterung stiegen immer höher, alle Parteien, die in politischen Kämpfen einander so schroff gegenüber gestanden, waren, von demselben Geiste beseelt, zu inniger Einheit verschmolzen. Treffend sagte ein süddeutsches Blatt, daß, während in der französischen Begeisterung ein Rausch, in der deutschen eine Andacht liege. Die hehren Klänge des Volksliedes: „Die Wacht am Rhein", waren in aller Munde und führten Deutschlands Helden zu Sieg oder Tod. Die Opferwilligkeit des Volkes war in stetem Steigen begriffen und bezeugte sich in großen Beiträgen und kleinen Spenden, wie in der Aussetzung von Ehrenpreisen für diejenigen, welche feindliche Kanonen, Mitrailleusen oder Fahnen erobern würden.

Da der rechte Flügel des französischen Heeres unter Mac Mahon durch zwei Niederlagen zersprengt und auch der linke unter Frossard durch den Tag von Spichern zum Rückzug auf Metz gedrängt war, so wurde durch das Nachrücken der zweiten preußischen Armee unter Prinz Friedrich Karl die ganze Heereslinie der Franzosen weiter landeinwärts geworfen. Auf deutscher Seite mußte es nun die nächste Aufgabe sein, die drei deutschen Armeeen zu einem entschiedenen Vorgehen zu vereinigen.

Am 11. August wurde das königliche Hauptquartier auf französischen Boden verlegt. An demselben Tage erließ der König eine Bekanntmachung an das französische Volk, welche die Bewohner Frankreichs beruhigen sollte und ihnen Sicherheit der Personen und des Eigentums zusagte, wofern sie sich nicht selbst durch feindselige Unternehmungen gegen die deutschen Truppen des königlichen Schutzes berauben würden.

Die Südarmee (III.) rückte trotz der Schwierigkeit des Terrains und der unaufhörlichen Regengüsse dennoch in Eilmärschen vor. Die deutsche Kavallerie leistete durch ihr treffliches Plänkeln ausgezeichnete Dienste und ließ den Feind nirgends zur Ruhe kommen. Die wichtigsten festen Plätze im Elsaß wurden besetzt. Hagenau (von Barbarossa angelegt) wurde durch einen kühnen Reiterstreich der badischen Dragoner unter General von Laroche genommen. Die Dragoner brachen mit einer reitenden Batterie in Sturmeslauf durch das offene Thor und nötigten die Franzosen, die aus den Fenstern der Kaserne schossen, durch Kanonenschüsse zu baldiger Ergebung.

Während das bedeutende Straßburg und Bitsch, das durch seine natürliche Lage auf einem hohen Berge ungemein fest ist, cerniert von Divisionen der dritten Armee, noch in Feindes Händen blieben, setzte die Südarmee unter dem Befehle des Kronprinzen ihren Marsch durch die Vogesen fort. Hierbei wurden die kleinen die Vogesenpässe beherrschenden Festungen Lichtenberg und Lützelstein genommen. Lichtenberg, eine hohe Bergfeste, wurde von den Würtembergern am 12. August angegriffen und in Brand geschossen und mußte kapitulieren. Lützelstein (la petite Pierre) hatte bereits durch eine Kanonade gelitten, als man von deutscher Seite Unterhandlungen anzuknüpfen versuchte. Da aber die Besatzung auf den Parlamentair schoß, eine Verletzung des Völkerrechts, die sich leider in der Folge mehrfach wiederholte, so mußte das Bombardement fortgesetzt werden. Am andern Tage schon (10. August) ergab sich die Besatzung.

Die kleine Festung Marsal, von 60 Geschützen und einer Besatzung von 600 Mann verteidigt, wurde von den Baiern unter General v. Bothmer genommen. Als der Hauptmann v. Hanffstengel gesandt wurde, den Kommandanten zur Übergabe aufzufordern, erhielt er eine abschlägige Antwort und war noch nicht aus der Schußweite, als man schon auf ihn feuerte, daß er schwer verwundet zusammenstürzte. Die Besatzung unterhielt ein mörderisches Feuer auf die Angreifer, die fast verloren schienen, als es gelang, die Batterieen auf einer anderen Seite aufzupflanzen, von der jetzt ein wirksames Feuer auf die Festung erfolgte. Bald flog der Pulverturm in die Luft, und nach einer Stunde erschien ein Offizier

mit einem Trompeter, um über die Bedingungen einer Kapitulation zu unterhandeln. General v. Bothmer aber erklärte mit Hinweisung auf das völkerrechtswidrige Schießen auf den Parlamentair, daß von Bedingungen keine Rede sein könne. Wenn der französische Kommandant die Festung nicht binnen einer halben Stunde übergebe, werde alles ohne Erbarmen zusammengeschossen. Darauf kapitulierte die Festung (15. August). Es wurden 500 Gefangene gemacht und viel Proviant erbeutet.

Die Festung Pfalzburg liegt auf einem 1160 Fuß hohen befestigten Berge und hatte eine Besatzung von etwa 2500 Mann. Der Kommandant lehnte die Übergabe ab. Nun begann eine furchtbare Beschießung, die von den Belagerten mit Heldenmut ertragen ward. Ohne Unterbrechung flogen Granaten und Brandgeschosse in die Stadt, die bald in Flammen stand. Am Abend des 14. August wurde ein Parlamentair abgeschickt, um nochmals die Übergabe zu verlangen. Derselbe fand die Stadt in Trümmern. Der Kommandant ließ ihm die Werke zeigen, die noch ziemlich unversehrt waren, und gab ihm, da an der Stadt nichts mehr zu verlieren sei, die Antwort: „Sagen Sie Ihrem Commandeur, daß ich bis auf den letzten Mann hier kämpfen und nur als Leiche auf meiner letzten Kanone zu finden sein werde!" Da eine förmliche Belagerung vorläufig zu viel Schwierigkeiten bot, so begnügte man sich, die Stadt nur zu cernieren.

Die Vogesenlinie war überschritten. Die deutschen Heere rückten nunmehr gegen die Mosel vor, ihre Kavallerie plänkelte schon seit einigen Tagen jenseits derselben und setzte dem sich rückwärts bewegenden Feinde hart zu. Am 12. August ritt ein Häuflein der gefürchteten Ulanen in Nancy, der alten Hauptstadt Lothringens, ein, die ohne Besatzung war, und requirierte vom Bürgermeister 50 000 Francs Kontribution und Hafer für die Pferde. Dann rissen die Ulanen die Eisenbahnschienen auf, zerstörten den Telegraphen und hinderten die Verbindung mit dem Feinde. Ähnlich ging es in Luneville. Ein Husarenoffizier ritt am 12. August mit seinen Leuten in die Stadt, machte dem Bürgermeister seinen Besuch, nahm die öffentliche Kasse in Beschlag und ließ sich die Schlüssel der Stadt geben, die ihm auf einem

roten, goldbordierten Sammetkissen überreicht wurden. Am 15. August, an dem Tage, an welchem die Franzosen als Sieger in Berlin einzurücken gedachten, nahm der Kronprinz sein Hauptquartier in Luneville, im Herzen Frankreichs, wo man ungeheure Vorräte fand, wahrscheinlich den ganzen Proviantvorrat der Armee Mac Mahons, im Werte von mehr als 2 Millionen Francs.

Am 16. August war das Hauptquartier in Nancy. Da inzwischen auch die zweite Armee unter Prinz Friedrich Karl nach der Mosel vorgerückt war, so war zwischen der dritten und zweiten Armee vollständige Fühlung erreicht, und man stand nunmehr an der wichtigen Mosellinie, welche durch die Punkte Nancy, Pont à Mousson, wo am 16. August das königliche Hauptquartier war, und Metz bezeichnet ist. Hier erhielt die Südarmee die Kunde von den am 14. und 16. August bei Metz gelieferten Schlachten. Der weitere Marsch derselben, wobei die Festung Toul cerniert ward, ging über Commercy, Bar le Duc nach Chalons. Die Festung Vitry, die mehrere Bahnlinien beherrscht, ergab sich. In allen von den Deutschen durchzogenen Orten wurde der Eisenbahn-, Post- und Telegraphendienst deutschen Beamten übertragen.

Bei Chalons, wo die Franzosen seit Jahren ein großes befestigtes Lager hatten, von dem stets viel Rühmens gemacht worden, erwartete man eine Schlacht, da sich die Reste von Mac Mahons Armee mit dem Corps Douai und Lebrun vereinigt hatten und durch 15 000 Mann Mobilgarden verstärkt worden waren. Da steckten die Franzosen zum großen Erstaunen der Feinde ihr viel gerühmtes Lager in Brand (23. August) und zogen von Chalons ab. Die dritte Armee der Deutschen nahm ihre Richtung auf Rheims und Epernay in der Champagne. Werfen wir unsere Blicke auf die inzwischen stattgehabten Operationen der ersten und zweiten Armee.

7. Die Kämpfe bei Metz: die Schlachten bei Courcelles (Pange), Mars la Tours (Vionville) und Gravelotte (Rezonville, St. Privat).

Nach den unglücklichen Schlachten der vorausgegangenen Tage hatte Bazaine die Absicht, sich mit der Armee Mac Mahons zu vereinigen und sich zunächst nach Verdun, später nach Chalons zurückzuziehen und hier den Feind zu erwarten. Es erschien daher als die dringendste Aufgabe der deutschen Feldherren, die Vereinigung der feindlichen Heere zu verhindern, Bazaines Heer in Metz festzubannen und von der Verbindung mit Paris abzuschneiden. Seit der Schlacht bei Spichern war zu der ersten Armee unter v. Seinmetz auch das erste Armeecorps (v. Manteuffel) gestoßen, so daß jene nun aus den Corps I., VII. und VIII. bestand. Am 14. August stand das I. Corps bei Les Etangs und Courcelles auf den Straßen von Saarlouis und Saarbrücken nach Metz, südlich neben demselben das VII. Corps bei Pange an der französischen Nied, hinter beiden in Reserve das VIII. Corps, das an diesem Tage an dem Gefecht keinen Anteil nahm. Die Franzosen hatten mit drei Corps (II., III. und IV.) die Linie Colombey, Montoy, Noisseville und Servigny besetzt.

Am 14. August nachmittags bemerkte man, daß die Franzosen im Abmarsch begriffen waren. Sofort ließ General v. Steinmetz durch einen Teil des VII. Corps die feindliche Arrieregarde unter Decaen angreifen und brachte sie zum Stehen; auch Teile des Corps Frossard und das Corps Ladmirault traten ins Gefecht. Jetzt ging auch General von Manteuffel mit dem ersten Corps vor. Der Angriff war mit großen Schwierigkeiten verbunden, denn die Feinde hatten nicht allein eine vortreffliche Stellung inne, sondern sich auch mit Schützengräben eingeschnitten, aus denen nur die Köpfe der Tirailleurs hervorragten. Aber Schritt für Schritt wurden sie herausgeworfen; allmählich kamen das ganze I. und VII. Corps zum Gefecht; auf dem äußersten linken Flügel beteiligten sich auch Teile des IX. Corps der zweiten Armee. Die preußische Artillerie hatte insofern einen ungünstigen Stand, als ihr der Wind Staub und Dampf entgegentrieb, und die glühend rote Sonne das Auge blen-

dete und das Zielen erschwerte, dennoch schoß sie mit größtem Erfolg. Gegen Abend versuchte das Corps Ladmirault nochmals einen Offensivstoß, aber vergeblich. General von Manteuffel führte die Reserven heran und Position nach Position stürmend, warf er den Feind bis unter die Kanonen von Metz zurück. Die Truppen hatten schwer gelitten, die Preußen hatten 5000 Tote und Verwundete, die Franzosen mindestens ebensoviel. Aber das vorgesteckte Ziel, den Abmarsch des französischen Heeres und seine Vereinigung mit dem Mac Mahons zu verhindern, war, wenn auch nicht völlig erreicht, doch angebahnt. Dies war der Tag von Courcelles oder Pange*) (auch Colombey-Nouilly).

Inzwischen hatte Marschall Bazaine seine Absicht, auf Chalons zu marschieren und sich mit den Corps Mac Mahons, Faillys und Douais zu vereinigen, noch nicht aufgegeben. Diesen Plan zu vereiteln, war die höchst schwierige Aufgabe des Prinzen Friedrich Karl. Dieser hatte die Absicht, die nördlich liegende Verbindungsstraße zwischen Metz und Verdun zu erreichen, auf welcher der Feind ihm begegnen mußte. Um der zweiten Armee einen Vorsprung und Zeit zu verschaffen, hatte General v. Steinmetz den Marschall Bazaine am 14. August noch vor Metz festgehalten, und nun konnte Prinz Friedrich Karl am 15. August bei Pont à Mousson südlich von Metz über die Mosel gehen. Nach den angestrengtesten Märschen durch das bergige Uferland der Mosel stand er am 16. August morgens mit nur einem Teile, den Spitzen des Heeres, bei Mars la Tours; es waren die Brandenburger (Corps III.).

Ungeachtet der schwierigen Märsche eröffnete die Division Buddenbrock um 10 Uhr den Kampf und warf sich mit unübertrefflicher Tapferkeit und Todesverachtung auf den weit überlegenen Feind, den sie in heldenmütigem Kampfe sechs Stunden lang hinhielt. Die Hochfläche, welche westlich von

*) Napoleon mit seinem Sohne befand sich in Metz. In der Nacht wäre er beinahe überrascht und gefangen worden. Er verließ jetzt sein Heer und eilte auf Um- und Schleichwegen, nicht ohne Gefahr, über Verdun nach Chalons. Hier mußte er sich auf der Bahn mit einem Wagen III. Klasse begnügen. Er trank aus einem Glas, aus welchem eben der Bahnhofs-Inspektor getrunken, und der kaiserliche Prinz konnte, um sich zu waschen, nur ein Glas Wasser und ein Taschentuch zum Abtrocknen bekommen.

Rezonville zu beiden Seiten der Straße liegt, bildete das Schlachtfeld. Unwiderstehlich vordringend griffen die Tapferen unter weitschallendem Hurra die Dörfer Vionville und Flavigny an, wo das feindliche Lager stand. Der Kampf beschränkte sich jedoch keineswegs auf einzelne Punkte, sondern dehnte sich in einem Umkreis von fast zwei Meilen aus. Um die Dörfer Vionville, Rezonville, Doncourt und Mars la Tours wurde mit furchtbarer Hartnäckigkeit und entsetzlichen Verlusten gerungen. Die Franzosen waren an Zahl überlegen; gegen 2 Uhr kämpften 150000 Franzosen gegen 38000 Deutsche. In dieser Schlacht entwickelten sich die gewaltigsten Kavalleriekämpfe des ganzen Krieges, von denen hier nur ein Moment mitzuteilen ist. Da anfangs die wenigen Bataillone Infanterie trotz der todesmutigsten Ausdauer dem weit überlegenen Feinde kein Terrain abzugewinnen vermögen, und zu befürchten steht, daß derselbe vor Ankunft neuer Infanterie avancieren werde, so übersendet der kommandierende General des III. Armeecorps v. Alvensleben dem General v. Bredow, der mit dem 7. Kürassier- und 16. Ulanen-Regiment am Waldsaume hielt, den Befehl zu, gegen das Zentrum der Feinde vor Vionville vorzurücken, um Zeit für die heranrückenden Bataillone zu gewinnen. Ungeachtet der Schwierigkeit der Aufgabe zögert General von Bredow keinen Augenblick. Er setzt sich an die Spitze seiner Brigade und mit Hurra geht es in gestrecktem Galopp auf den Feind los. Ein furchtbares Granat- und Schrapnellfeuer von acht Geschützen empfängt die Braven, und von halb links senden die Chassepots der feindlichen Infanterie ihre weittragenden Kugeln in die Reihen der Reiter. Aber obschon hier viele fallen, unaufhaltsam geht es weiter. Die Kürassiere, geführt von ihrem Kommandeur, Grafen Schmettow, werfen sich auf die acht Geschütze und hauen die Bedienungsmannschaften nieder, die Geschütze sind gewonnen, die Ulanen stürzen sich auf die feindliche Infanterie — Chassepot und selbst eine Mitrailleuse vermag nicht zu helfen; durchbrochen ist das erste Treffen. General von Bredow will Appell blasen lassen, allein die Trompeter an seiner Seite sind erschossen, und unaufhaltsam weiter stürmt die wackere Reiterschar auf das zweite Treffen der feindlichen Infanterie zu. Feindliche

Kürassiere zur Linken flüchten eilig in den Wald. Schon wird wieder auf die Infanterie eingehauen, da wird Appell geblasen, und als die Schwadronen sich sammeln, da brechen plötzlich die Spahis in die linke Flanke herein, während das Chassepot von vorn und von rechts in ihren Reihen wütet. Da muß die brave Reiterschar rechts abschwenken, und furchtbar sind die Verluste, die sie nun erleidet; denn vorbei $^1/_4$ Meile geht es wieder am Waldessaume, und wieder muß das erste Treffen feindlicher Infanterie, die sich inzwischen gesammelt, durchbrochen werden. Graf Schmettow erhielt zwei Schüsse durch den Helm, Rittmeister Meyer fällt, von Heister und von Klitzing fallen verwundet in die Hände der Feinde. Die eroberten Kanonen und die Gefangenen müssen dahinten gelassen werden: aber gelöst ist die schwere Aufgabe, die herangekommenen Bataillone rücken in die Lücke. Ob auch zwei Dritteile der beiden Regimenter tot auf dem Platze liegen oder verwundet sind: „es ist ein neues Lorbeerblatt in den Ruhmeskranz der preußischen Kavallerie geflochten."

Im Beginn der Schlacht hatte das III. Armeecorps sich gegen die feindliche Übermacht zu halten, bis es endlich das Vorwerk Flavigny im Sturm eroberte. Noch aber wütete der Kampf bei Rezonville, wo neue Truppenmassen der Feinde den unseren entgegentraten. Die Corps Decaen, Ladmirault, Canrobert und die Kaisergarde waren im Feuer. Um $3^1/_2$ Uhr erschien Prinz Friedrich Karl auf dem Schlachtfeld, und gegen 4 Uhr langte das X. Corps an (v. Voigt-Rheetz) und später griffen auch Teile des VIII. und XI. Corps in den Kampf ein. Die überaus blutige Schlacht bei Mars la Tours, welcher der König den Namen von Vionville gab, hatte 11 Stunden, bis abends 9 Uhr gedauert. Die Verluste waren sehr bedeutend und beliefen sich auf preußischer Seite auf beinahe 16 000 Mann; die Generale von Wedell und Döring waren gefallen, von Rauch und von Grüter verwundet. Einzelne Regimenter hatten 40—47 Offiziere und 1000 bis 1500 Mann verloren. Der Verlust der Franzosen an Toten und Verwundeten belief sich auf über 16 000 Mann, dazu 3000 Gefangene, 7 Kanonen und 2 Adler. General Legrand war gefallen, Montague wurde vermißt.*)

*) Hier mögen einige Stellen aus dem Berichte eines Augenzeugen (Wachenhusens) über die Scene des Schlachtfeldes folgen: „Die

Der Tag von Mars la Tour ist der Ehrentag des Prinzen Friedrich Karl und der Tag unvergänglichen Ruhmes für das dritte Armeecorps und das zehnte (Hannoveraner, Braunschweiger, Oldenburger).

Aber auch mit dieser Blutarbeit war die Zahl der Kämpfe bei Metz noch nicht abgeschlossen.

Durch die Schlachten vom 14. und 16. war den Franzosen der Rückzug auf der Straße Metz-Verdun abgeschnitten; jetzt sollte ihnen auch der Abzug in nördlicher Richtung, der entweder über Conflans und Etain, oder in langem Bogen nach Verdun oder nördlich um Verdun herum nach Chalons führen konnte, unmöglich gemacht werden. Bazaine gab seine Absicht, nach der Maas durchzubrechen, noch nicht auf. Er zog seine Truppen nur etwas näher an Metz heran und

---

Felder sind mit Leichen bedeckt: weithin schimmern die roten Hosen der Feinde, die weißen Brustlitzen der stolzen zurückgeworfenen kaiserlichen Garden, die Helme der französischen Kürassiere. — Der Wirbelwind jagt zu Tausenden gleich einem großen Mövenschwarme die meisten Blätter der französischen Intendanturwagen über das Feld, die Waffen blitzen weithin im Sonnenglanze, während die Hände derer, die sie führten, kalt im Todeskampf zusammengeballt, daneben ruhen und gebrochene Augen unter der klaffenden Stirn, über der zerfetzten Brust zum Firmament hinaufblicken, eine stumme Anklage auf den geöffneten Lippen gegen den Lenker aller Dinge, der sie hier mit Blitzen in Menschenhand zerschmettern ließ. — Haufenweis lagen die Leichen der Franzosen. Grauenhaft glotzte das Auge der Toten, das keine liebende Hand geschlossen, aus dem wüsten Chaos hervor, hier und da vom Tode zu Gruppen formiert, die einem Wachsfiguren-Kabinett ähnlich. — Wie roter Mohn und blaue Kornblumen leuchteten die Farben der gefallenen Feinde auf den geschnittenen Ährenfeldern, weithin über die Höhen tief hinab in die Thäler; wie eine Garnitur säumten sie die Wege, hier in Haufen hingestreckt, dort einzeln gefallen, wie sie eben der Schnitter gemäht hatte. Der Wind jagte heftig über das Plateau und jagte die Fetzen und Kleidungsstücke, welche die Hyänen der Schlachtfelder den Tornistern schon entrissen, über das Mohnfeld, er wirbelte die kleinen Papiere, die Briefe der Toten, die sie als teuere Angedenken bei sich getragen, in die blaue Luft und spielte mit den Kleidern der Entschlafenen. — Einzelne Trupps der Sanitätskolonnen und der freiwilligen Krankenpflege durchstreiften das Schlachtterrain nach allen Richtungen, aufmerksam die Haufen von Toten musternd, ob vielleicht noch ein Verwundeter hülflos und ohne Sprache daläge. Ab und zu bewegten sich die Tragbahren mit noch aufgefundenen unglücklichen Blessierten nach dem Lazarettorte, während an anderen Stellen emsig an der Bestattung gearbeitet wurde. —"

nahm am 17. August eine ausgezeichnete Verteidigungsstellung, die sich auf dem Plateau nördlich von Gravelotte, Rezonville und Mars la Tours darbietet. Seine Aufstellung bildete gleichsam einen Haken, dessen Hauptfront nach Südosten gerichtet war, während die andere Seite sich nach Westen wandte. Am weitesten südlich stand bei Vaux das II. Armeecorps (Frossard), nördlich davon im Centrum das III. (Leboeuf), weiter nördlich bei Amanvillers das IV. (Ladmirault), bei St. Privat bis nach Roncontour das VI. Corps (Canrobert). Die Garde stand nahe der Mosel beim Fort Plappeville hinter dem II. und III. Corps.

Am 17. wurden die deutschen Truppen, die an den letzten Gefechten nicht beteiligt waren, herangezogen. Das XII. Corps (Sachsen) marschierte von Pont à Mousson gegen Mars la Tours, die Garde weiter westlich; die erste Armee (Steinmetz) ging über die Mosel, und das zweite Corps (Pommern unter v. Fransecky) wurde bis Pont à Mousson vorgeschoben. Am folgenden Tage übernahm König Wilhelm die persönliche Leitung der bevorstehenden Schlacht und überschaute mit dem General v. Moltke und dem Prinzen Friedrich Karl von den Höhen von Flavigny (südlich von Vionville) die Stellung des Feindes.

Die deutschen Truppen hatten am Morgen des 18. August folgende Aufstellung: Während das erste Corps (Manteuffel) der ersten Armee noch auf dem rechten Moselufer vor Metz blieb, stand diese mit ihrem rechten Flügel, mit dem VII. Corps, südlich von Gravelotte, mit dem VIII. südlich Rezonville, und hatte die Aufgabe, den Feind bei Gravelotte festzuhalten und somit die Bewegungen der zweiten Armee gegen einen etwaigen Stoß von Metz aus zu decken. Letztere rückte am Morgen vom linken Flügel gegen die nördliche Straße von Metz-Verdun vor, wobei sie rechts die Verbindung mit der ersten Armee zu unterhalten hatte. Das Gardecorps ging zwischen Mars la Tours und Vionville gegen St. Marie aux Chênes und St. Privat vor, das XII. Corps von Mars la Tours weiter links ebenfalls gegen St. Privat; diese beiden Corps bildeten den linken Flügel; das IX. Corps (Manstein) richtete als Centrum seinen Marsch gegen Amanvillers. Waren die angegebenen Punkte gewonnen, so befand man sich im Besitz der nördlichen Hauptstraße. Säch-

sische und preußische Kavallerie gingen zur Aufklärung den Kolonnen voraus.

Als Reserve standen das III. Corps (zwischen dem IX. und Gardecorps) und das X. (hinter dem XII. Corps); das von Pont à Mousson im Anmarsch befindliche II. Armeecorps (Pommern) wurde noch erwartet.

Das IX. Corps stieß zunächst auf vorgeschobene Abteilungen des Feindes und eröffnete um 12 Uhr durch Geschützfeuer auf die französische Linie bei Amanvillers die Schlacht; die erste Armee erhielt Befehl, auf dem rechten Flügel die auf den Höhen von Gravelotte und Rezonville stehenden Feinde durch Artilleriefeuer zu beschäftigen und eröffnete um $^3/_4$1 Uhr eine wohlgezielte Kanonade, welche der Feind aus zahlreichen Batterieen erwiderte. Der Donner der Geschütze wurde übertönt durch das seltsame Geräusch der Mitrailleusen. Zwischen 2 und 3 Uhr begann der Infanteriekampf. Die Stellung des Feindes dehnte sich über den ganzen Höhenzug von St. Marie aux Chênes bis zu dem Straßenknoten von Point du jour, und seine Position war eine außerordentlich starke. Die natürliche Haltbarkeit derselben war noch durch besondere Befestigungswerke und etagenweise — zwei bis drei Stockwerk übereinander — aufgeworfene Schützengräben erhöht, so daß sie an einzelnen Stellen ein vollständig festungsähnliches Aussehen hatte.

Lange und schwer wogte der Kampf an den verschiedenen Punkten. Auf dem linken Flügel kämpften die Sachsen und das Gardecorps um St. Marie aux Chênes und die dahinter sich erhebende Anhöhe von St. Privat und das gleichnamige Dorf, den Schlüssel der feindlichen Stellung, das endlich unter großem Blutvergießen erobert wurde. Während aber der Sieg auf diesem Flügel errungen war, stand es auf dem rechten, bei Gravelotte, noch bedenklich, selbst ein Durchbruch der Franzosen wäre vielleicht möglich gewesen, wenn nicht das II. Corps (Pommern) noch rechtzeitig zum Eingreifen erschien. Hier endete der Kampf ohne eigentliche Entscheidung, die bereits auf dem linken Flügel durch das Zusammenwirken der Garden und Sachsen herbeigeführt worden; das II. Armeecorps hielt auf der Hochfläche von Point du Jour während der Nacht in fortdauernder Berührung mit dem Feinde.

Der König, welcher die Schlacht zuletzt von der Höhe von Gravelotte geleitet hatte, war mit seinem Gefolge in ein heftiges Granatfeuer geraten, aus dem er sich auf dringendes Bitten des an seiner Seite befindlichen Kriegsministers v. Roon entfernte. An einer Gartenmauer von Rezonville hatte man einen Sitz für ihn hergerichtet, indem man eine Leiter von einem Bauernwagen mit dem einen Ende auf eine Decimalwage, mit dem anderen auf einen verendeten französischen Grauschimmel gelegt hatte. Ganz in der Nähe warf eine in Flammen stehende Wollspinnerei ihr unheimliches Licht auf seine nächste Umgebung, in der sich Prinz Karl, der Großherzog von Weimar, der Erbgroßherzog von Mecklenburg, Graf Bismarck, v. Roon und Graf Dönhoff befanden. Erst während der Nacht liefen ausführlichere Nachrichten über die einzelnen Kämpfe ein. Mit Mühe wurde für den König ein Nachtlager beschafft.

So war es denn der unübertrefflichen Tapferkeit der deutschen Truppen gelungen, den Feind aus seinen wichtigsten Linien zu werfen. Abends gegen $^1/_2$9 Uhr bei völliger Dunkelheit endete die Schlacht. Im Laufe der Nacht zogen sich die geworfenen feindlichen Truppen in das verschanzte Lager von Metz zurück. Die gesamte französische Hauptarmee war engagiert, selbst die anfänglich zu See-Expeditionen bestimmten Truppen, mit Ausnahme der bei Metz nicht befindlichen Abteilungen Mac Mahons und des größeren Teiles des Corps Failly.

Es war ein Riesenkampf; 200 000 Deutsche hatten gegen etwa 180 000 Franzosen gefochten, deren Macht durch ihre Positionen mehr als verdoppelt war. Preußen, Sachsen und Hessen hatten in treuer Waffenbrüderschaft zusammen gefochten und einen blutigen, in der Kriegsgeschichte einzig dastehenden Sieg errungen. Einstimmig ist das Urteil, daß sich sämtliche Kommandeure durch musterhafte Führung und alle Truppen durch außerordentliche Tapferkeit und Ausdauer hervorgehoben haben. Von ihnen allen gilt, was das Siegestelegramm des Königs an seine Gemahlin aussagt: „Sie thaten Wunder der Tapferkeit gegen einen gleich braven Feind.“ Das große Ziel des Kampfes, den Feind in die Mauern von Metz zu bannen, war erreicht, aber über alle Maßen schwer waren auch die Verluste auf deutscher Seite:

20 000 lagen tot und verwundet auf der Walstatt, und in Tausenden von Familien knüpfen sich an die Schlacht von Gravelotte (oder Rezonville, St. Privat) die schmerzlichsten Erinnerungen.*)

In langen fast unübersehbaren Reihen wurden die Toten bestattet, zunächst die Offiziere. Eine Leichenfeier ward gehalten. Die Soldaten, den Helm auf dem Haupte, traten an. Die ergreifende Predigt der Geistlichen, die Trauermusik, und der Anblick der Toten machte einen so erschütternden Eindruck auf die Umstehenden, deren Gemüt ohnehin schon durch die Ereignisse des vorigen Tages angegriffen war, daß die Thränen stromweis flossen, und nur allgemeines Schluchzen gehört ward. Zuletzt warf jeder eine Hand voll Erde in die Gruft, und in weniger als einer halben Stunde wölbten sich die Hügel über den Gefallenen, deren Ruhestätte

*) Hier mögen einige Stellen aus dem „Staatsanzeiger" vom 20. August folgen: „Gott leitet unsere Fahnen von Sieg zu Sieg! Seine Hand richtet unser Volk auf und stärkt es in der schweren blutigen Zeit!" — „Legen wir den wohlverdienten Lorbeer und reiche Siegespalmen auf die erblaßten Heldensöhne und Heldenbrüder, welche für König und Vaterland starben, und um welche ihre Waffenbrüder und das ganze deutsche Volk in Trauer stehen! Es sind Gottes Gerichte, die sie mit ihrem edlen Blute besiegeln; Gottes Gerichte gegen ein Volk, das in Überhebung und Verblendung ausharrt, und von dessen sittlicher Verkommenheit der Lügengeist Zeugnis giebt, welcher jetzt die wildesten Leidenschaften aufruft und entfesselt." — „Deutsche Männer und deutsche Jünglinge gehen freudig und mit Siegeszuversicht in den Opfertod. — Nicht Einer wich vor dem Feinde — nicht Einer von der schönen sittlichen Manneszucht, deren Symbol die preußischen Fahnen stets waren und die jeden unserer deutschen Krieger erfüllt. Unser Volk daheim aber läßt die Banner und Fahnen nach den Siegen wehen mit stolzer Freude, aber zugleich mit Ernst und Würde und mit stummem Schmerze! Wenn seine Edelsten gefallen, hat es einen zuversichtlichen Trost! Vergebens wird dieser heilige Kampf nicht wieder gekämpft werden, wie von unseren Vätern, gegen ein Volk voll Herrschsucht und Übermut, das Deutschland seine schönsten Gebiete geraubt, es Jahrhunderte lang anmaßlich bedroht und gefährdet und zu erniedrigen versucht hat. Der Herr, der unsere Heerscharen zum Siege führt über Lüge und Unsitte, er wird jetzt gnädiglich fürsorgen, daß unsere edlen Opfer nicht vergeblich fallen. Er wird unseren Königlichen Kriegsherrn in Silberhaaren segnen, daß ihm vergönnt sei, einen dauernden Völkerfrieden herzustellen im Herzen Europas, durch ein großes, einiges, deutsches Vaterland, als Hort der Gottesfurcht, edler Sitte und wahrer Freiheit! das walte Gott!"

durch einfache aus Brettern zusammengenagelte Kreuze, die ihre Namen enthalten, angedeutet ist.

---

8. Die Schlachten bei Beaumont und Sedan. — Die Schlacht bei Noiseville.

Nachdem die französische Rheinarmee unter Bazaine nach Metz hineingeworfen war, wurden sofort die weiteren Kriegsoperationen gegen Mac Mahon und Paris wieder aufgenommen. Dieselben veranlaßten einige Änderungen in der Formation der Armee. Das zur Einschließung von Metz bestimmte Heer blieb unter dem Oberbefehl des Prinzen Friedrich Karl; es waren sieben Armeecorps der I. und II. Armee, nämlich das I.—III. und VII.—X., eine Macht von mindestens 160 000 Mann, der von Deutschland her noch Verstärkungen zuzogen, und die deshalb jedem möglichen Angriff gewachsen war. Die übrigen Corps wurden in zwei große Armeeen verteilt, von denen die bisherige dritte Armee, das V., VI. und XI. Corps, die beiden baierischen Corps, die würtembergische Division und eine Kavallerie-Division unter dem Oberbefehl des Kronprinzen von Preußen verblieb, eine neue vierte oder Maas-Armee, das IV., XII. und Garde-Corps und vier Kavallerie-Divisionen unter den Oberbefehl des Kronprinzen Albert von Sachsen gestellt wurde. General Steinmetz trat nach der Schlacht von Gravelotte ab und ward durch General Manteuffel ersetzt. Die dritte Armee sollte von Nancy aus gegen Chalons, die vierte von Metz aus über Verdun eben dahin vorrücken. Da kam die überraschende Kunde, daß Mac Mahon Chalons verlassen und mit seinem Heere verschwunden sei. Da man ihn nicht im Rücken der deutschen Armee operieren lassen durfte, so entstand die Frage, wohin er sich gewandt habe. Mit Recht vermutete man ihn auf dem Marsche nach den nordöstlichen Grenzen; sein Plan konnte kein anderer sein, als gegen die belgische Grenze hin einen Vorsprung zu gewinnen, dann längs derselben in einer Schwenkung an dem rechten Flügel der deutschen Heeresstellung vorbei nach Metz hin zu entschlüpfen, Bazaine, der ihn durch einen Ausfall mit seinem noch immer nahezu 200 000 Mann starken Heere unterstützen

konnte, die Hand zu bieten und somit Metz zu entsetzen. Durch diesen Versuch war einerseits der Rücken des deutschen Heeres gefährdet, andererseits konnten die Truppen vor Metz von der Festung aus und von außen gleichzeitig zwischen zwei Feuer gebracht und aufgerieben werden. Trug auch eine solche Flankenbewegung des Feindes einen verzweifelten Charakter, bot sie auch wenig Aussicht auf Gelingen, so sprachen doch alle Anzeichen dafür, daß Mac Mahon sie versuchen werde. Sein Heer war infolge der Heranziehung der Corps Failly und Douai mit den neugebildeten Corps des Generals Lebrun und der versprengten Truppenteile wieder auf 120 bis 150 000 Mann gekommen.

Unter solchen Umständen stellte die Armee des Kronprinzen ihren Marsch auf Paris ein, um sich nordwärts zu bewegen und im Verein mit der vierten Armee Mac Mahon zu ereilen. Um die neue Frontveränderung zu vollbringen, waren die Truppen in den angestrengtesten Märschen von früh 4 Uhr bis zur sinkenden Nacht auf den Beinen, während die vierte Armee von Verdun aus über Stenay zog. Beide Heere behielten unter sich stets Fühlung, und in ihrer Mitte bewegte sich das königliche Hauptquartier vorwärts, das am 29. August von Clermont nach Grandpré verlegt ward. Am 27. August erfolgte bei Buzancy, südwestlich von Stenay, ein für die deutschen Waffen glückliches Reitergefecht. Das dritte sächsische Reiterregiment, unterstützt durch eine Schwadron sächsischer Ulanen und eine reitende Batterie, stieß auf sechs Schwadronen des 12. französischen Chasseurregimentes. Der Feind wurde bald zum Rückzug genötigt. Am 29. August stießen die Vortruppen der Sachsen nordöstlich von Buzancy, bei Nouart, auf französische Truppen, welche die Höhen hinter diesem Orte besetzt hatten. Die Franzosen wurden nach längerem Widerstande zurückgeworfen und ihre Stellung genommen. An demselben Tage fanden zwei Schwadronen preußischer Husaren von der dritten Armee das Dorf Voncq mit Turkos und anderer Infanterie stark besetzt. Ohne sich lange zu besinnen, stiegen die Reiter ab, stürmten mit ihren Kavalleriewaffen das Dorf und machten viele Gefangene.

Die Lage der französischen Armee ward nunmehr immer gefährlicher, da die beiden deutschen Heere sich westlich von

Grandpré bis Stenay ausdehnten und ihre Vortruppen dem Feinde gegenüber standen. Sie konnte nicht mehr entweichen, und es blieb ihr nur übrig, ob sie die Schlacht auf dem linken oder rechten Maasufer und auf die Festung Sedan gestützt annehmen wollte. Mac Mahon wählte das letztere. Aber der linke Flügel seiner Armee wurde bei dem Übergang durch die Armee des Kronprinzen von Sachsen erreicht, und es kam am 30. August zur Schlacht bei Beaumont. Das IV. Corps (Prov. Sachsen) brach auf Beaumont los, links von dem ersten baierischen Corps (v. d. Tann), rechts von dem XII. Corps (Königr. Sachsen) unterstützt. Das IV. Corps stieß auf die Division Failly, die auf den Waldhöhen von Beaumont lagerte. Beaumont wurde von den Deutschen genommen; die Baiern, inzwischen in der linken Flanke angegriffen, warfen den Stoß kräftig zurück. Das IV. und XII. Corps rückten unter fortwährendem Gefechte vorwärts und beschossen das von den Franzosen besetzte Städtchen Mouzon bis zur eintretenden Dunkelheit, wo es dem IV. Corps gelang, sich desselben zu bemächtigen, während das XII. Corps das auf dem linken Maasufer liegende Villenontry erreichte. Die Franzosen zogen sich teils nach Sedan zurück, teils wurden sie über die Maasbrücke bei Mouzon gedrängt. Sie erlitten schwere Verluste; über 20 Geschütze, 11 Mitrailleusen, das ganze Lager von Beaumont und 7000 Gefangene fielen in die Hände der siegreichen Deutschen. Noch wichtiger aber war der Gewinn, daß Mac Mahon nun die Bewegung auf Metz aufgeben und sich auf Sedan zurückziehen mußte. Die Katastrophe der nächsten Tage war durch den Sieg bei Beaumont vorbereitet.

Nach dieser Schlacht gestaltete sich die Vorbewegung und Aufstellung der deutschen Heere auf dem linken Maasufer bis zur Nacht des 31. August auf 1. September in folgender Weise. Von der Maasarmee, die den rechten Flügel bildete, stand die Garde bei Carignan, das XII. Corps links davon bis Donzy, das IV. hinter beiden bei Mouzon, weiter links standen von der dritten Armee das I. baierische Corps bei Remilly, das II. baierische Corps bei Raucourt, Bazeilles gegenüber; den linken Flügel bildeten das V. preußische Armeecorps bei Chemery, das XI. preußische westlich von Sedan bei Donchery an der Maas, die Würtemberger bei

Boutanville (die beiden letzteren überschritten in der Nacht die Maas). Das VI. preußische Armeecorps stand weiter westwärts in Reserve. Das französische Heer hatte zum Mittelpunkte seiner Stellung die Festung Sedan; sein rechter Flügel stützte sich auf das Dorf Bazeilles, der linke auf einen Bergvorsprung beim Dorfe Illy.

Der König von Preußen hatte während der Schlacht seinen Standpunkt auf einer Anhöhe bei Frénois, südwestlich von Sedan, der preußische Kronprinz auf einer Bergkuppe gegenüber Donchery.

Der 31. August ging ohne bedeutenden Zusammenstoß vorüber; nur bei Remilly stieß das I. baierische Corps auf überlegene feindliche Truppen, behauptete jedoch seine Stellung über Nacht. So kam denn der entscheidungsschwere Tag des 1. September heran, schwül und drückend heiß. Sämtliche deutsche Truppen sollten sich schließlich die Hand reichen und wie ein mächtiger Eisenring die Franzosen umspannen. Die Baiern eröffneten die sauere Blutarbeit des Tages. Schon um 4 Uhr morgens ließ General v. d. Tann zum Sturm auf das Dorf Bazeilles vorgehen. Die Franzosen hatten jedes der steinernen Häuser zum Bollwerk gemacht, und auch die Bevölkerung nahm im fanatischen Eifer am Kampfe teil. Sechs Stunden lang rang man unter Strömen von Blut, bis das Dorf endlich um 10 Uhr, als die Schlacht schon auf allen Punkten entbrannt war, im Besitz der Baiern blieb. Um 11 Uhr kam vom IV. Corps Unterstützung, man drang über Bazeilles hinaus nach Balan, wo eine hartnäckige Verteidigung stattfand. Herüber und hinüber wogte der Kampf, bis die deutsche Infanterie den Feind nicht nur heraustrieb, sondern bis in die Festung Sedan zurückwarf. Die Deutschen hatten wie die Löwen gekämpft und vom Kommandierenden bis zum Gemeinen herab um den Preis gewetteifert.

Früh um 5 Uhr eröffnete das XII. Corps auf dem rechten Flügel, im unmittelbaren Anschluß an die Baiern, den Angriff. Hier wogte der Kampf unter äußerster Kraftanstrengung um die Dörfer Moncelle und Daigny, und erst um 4 Uhr trat hier einige Ruhe ein. Das XII. Corps behauptete seine gewonnene Stellung zwischen den genannten Dörfern; die Garde nahm Givonne und stellte die Verbin-

dung mit den Sachsen her. Seit 11 Uhr kündigte ununterbrochener Kanonendonner gegen die Höhen von Fleigneur und St. Menges die preußischen Waffenbrüder von der dritten Armee des Kronprinzen von Preußen an.

Von Donchery, westlich von Sedan, zogen nördlich und nordöstlich die Corps V. und XI., um, wie die vierte Armee und die Baiern von Osten aus, ebenso von Westen aus Sedan zu umklammern, sich im Norden mit jenen zu vereinigen und den Franzosen den Weg nach Belgien zu verlegen. Um $9\frac{1}{2}$ Uhr hatte das XI. Corps die Umgehung in so weit vollendet, daß man Fühlung mit den Franzosen hatte, die ungeachtet glänzender Angriffe ihrer Kavallerie, bald vor der überlegenen deutschen Artillerie zu weichen begannen. Auch das V. Corps vollendete unter siegreichen Kämpfen mit französischen Abteilungen seinen Marsch. Schon um $12\frac{1}{4}$ Uhr konnte gemeldet werden, daß die gegen das V. Corps geschickte französische Reserve-Artillerie zurückgeschlagen sei und daß höchstens einige versprengte Trupps französischer Infanterie auf die belgische Grenze übergetreten sein könnten. Um 3 Uhr war nach zweistündigem Kampfe auch Floing genommen. Immer enger schloß sich die eiserne Umklammerung um die Feinde, deren einzige Zuflucht jetzt die Festung Sedan blieb; immer mehr näherte sich das Feuer der deutschen Batterieen vom linken und rechten Flügel, und die preußischen Garden jubelten laut auf, als sie zu ihrer Rechten die treuen Waffenbrüder vom V. und XI. Corps herannahen sahen, und sofort warf sich die Gardekavallerie ihnen entgegen, um das letzte Glied in den eisernen Ring zu fügen, von dem erdrückt die feindliche Armee ihrem Verhängnis entgegen sah. Rings um Sedan rollen die furchtbaren Donner der siegreich fortschreitenden Feldschlacht, hier und da brennen Dörfer und Weiler. Zwischen 3 und 4 Uhr schweigt das Krachen der Geschütze, es tritt eine Pause ein, und der Kronprinz von Preußen läßt „Großen Sieg" ins königliche Hauptquartier melden.

Auf französischer Seite hatte sich Marschall Mac Mahon schon um 5 Uhr morgens am 1. September bei Bazeilles befunden. Als Kaiser Napoleon sich zu Pferde eben dahin begeben wollte, wurde ihm der von einem Granatsplitter schwer verwundete Marschall entgegengetragen. Er hatte

sofort den Oberbefehl an General Ducrot abgetreten, der seine Dispositionen kannte, aber General von Wimpffen, der erst zwei Tage vorher aus Algerien angekommen, trat mit einem schriftlichen Befehl des Kriegsministers für diesen Fall auf und verlangte den Oberbefehl. Als nun die eingeschlossene französische Armee in wilder Flucht in die Festung Sedan eilte, entstand ein entsetzliches Getümmel. Die Soldaten erdrückten einander, um in die Stadt zu kommen. Abgesessene Kavalleristen versuchten sogar über die Wälle zu klettern, nachdem sie die Kontreskarpe hinabgesprungen. Andere bahnten sich einen Weg durch die Seitenthore. Kürassiere mit Pferd und allem sprangen in den Festungsgraben, wobei die Pferde Beine und Rippen brachen. Soldaten kletterten über einander weg. Offiziere aller Grade befanden sich inmitten des entsetzlichen Getümmels. Kanonen mit ihren schweren Lafetten bahnten sich einen Weg in das Gedränge und verstümmelten und zermalmten die Fußgänger. Dabei schlugen die preußischen Granaten mitten unter die ringenden Menschenmassen ein. Es war, als wenn sich die Armee auf dem Boden eines siedenden Kessels befinde. Der Kaiser hatte sich in die Stadt zurückgezogen, um aus dem Strudel der hungrigen, erschöpften Soldaten zu entkommen, die mit offener Meuterei drohten. Eine Feuersbrunst vermehrte die allgemeine Verwirrung.

Um 5 Uhr gewahrte man auf deutscher Seite noch kein Zeichen der Ergebung und Kapitulation in Sedan, und die Beschießung wurde begonnen. Die Baiern und Würtemberger eröffneten das Feuer; bald schlug die rote Lohe empor: da erschien in Sedan die weiße Fahne. Napoleon, von der Unmöglichkeit des ferneren Widerstands überzeugt, hatte den Entschluß gefaßt, sich der ritterlichen Großmut des siegreichen Königs von Preußen anzuvertrauen. Er schrieb an den König: „Da es mir nicht gelungen ist, den Tod an der Spitze meiner Truppen zu finden, bleibt mir nichts mehr übrig, als meinen Degen in die Hände Ew. Majestät zu legen.“ Der Kaiser ergab sich jedoch nur für seine Person. Die französische Armee war so wütend auf ihn, daß er Beleidigungen der Soldaten zu ertragen hatte, und er eilte, aus dem Bereich derselben zu entkommen.

Die Anwesenheit Napoleons bei seinem Heere, die man

bis dahin im königlichen Hauptquartier kaum vermutet hatte, erregte eine ungeheuere Sensation. Tiefergriffen schüttelte der König auf die Nachricht, daß ein Parlamentair vor ihm erscheinen würde, dem Kronprinzen und den Herren in seiner Umgebung die Hand. Es war ein erschütternder Augenblick für den greisen Herrscher und den greisen Moltke, dessen geniale Kriegführung diesen Erfolg herbeigeführt hatte. Unter den Truppen verbreitete die Nachricht einen stürmischen, donnerähnlichen Jubel, in den auch die Verwundeten ihre schwachen Stimmen mischten. Um $^1/_2$7 Uhr abends kam General Reille und überreichte dem König ehrerbietig Napoleons Schreiben. Der König hatte am folgenden Tage mit Napoleon eine Begegnung in dem Lustschlosse Bellevue bei Frénois und wies dem Gefangenen das reizend gelegene Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel zum Aufenthalt an,*) wo Napoleons Oheim, der lüderliche König Jérome von Westfalen, einst eine kurze Herrlichkeit genossen hatte.

General Wimpffen hatte inzwischen einen Kriegsrat gehalten. Mit allen Stimmen gegen zwei wurde entschieden, daß ein neuer Kampf nutzlos das Leben von Tausenden kosten würde, und so wurde die von Moltke entworfene Kapitulation in der Frühe des 2. September unterzeichnet. Die ganze Armee Mac Mahons ergab sich kriegsgefangen, mit der Besatzung von Sedan gegen 83 000 Mann kampffähiger Truppen, darunter 1 Marschall (Mac Mahon), 40 Generale, 230 Stabsoffiziere und 2600 Offiziere. Während der Schlacht waren 25 000 Mann abgeschnitten und gefangen worden, 14 000 Franzosen waren verwundet. In die Hände der Sieger fielen über 400 Feldgeschütze, darunter 70 Mitrailleusen, 150 Festungsgeschütze, 10 000 Pferde und ein zahlreiches Kriegsmaterial. Die Verluste der Sieger waren so ungeheuren Erfolgen gegenüber verhältnismäßig gering, über 13 000 Verwundete und Tote. Die Gefangennehmung Napoleons, der einst als Diktator in Europa gewaltet, und die Kapitulation einer ganzen Armee sind Ereignisse von welthistorischer Bedeutung und stehen einzig in der Kriegsgeschichte

*) Napoleon begab sich nach seiner Gefangenschaft nach Chiselhurst, einem Dorfe in der englischen Grafschaft Kent, wo er am 9. Januar 1873 starb.

aller Zeiten da; sie waren in der That ein Gottesgericht über den Dezembermann, den Urheber so vieles Bösen.

Wie das Äußere, so bot auch das Innere von Sedan einen grauenvollen Anblick. Die Atmosphäre war mit wahrhaft mephitischem Dunste gefüllt, überall lagen in Verwesung liegende Pferdekadaver, und menschliche, von Ratten angenagte Leichen. Die in den Straßen herrschenden Miasmen mußten durch große Feuer verscheucht werden; Schlamm und Schmutz lagen fußhoch in der Stadt, deren Reinigung Tage in Anspruch nahm. In der Stadt herrschte der äußerste Mangel, da 100 000 Mann französischer Truppen sie fünf Tage lang rein ausgeplündert hatten. Die Bewohner empfingen die Sieger als Befreier von diesen Bestien, die alle mögliche Unzucht verübt hatten, und aus Feindesmund wurde der musterhaften Zucht und Haltung der deutschen Truppen das höchste Lob gespendet.

Ein ganzes Armeecorps wurde zur Bewachung der mehr als 100 000 Gefangenen bestimmt, die von den Landwehrbataillonen zur ersten Eisenbahnstation transportiert wurden, um in endlosen Zügen nach Deutschland geführt zu werden. Unter den wettergebräunten Gestalten, deren Handwerk von jeher der Krieg war, stachen die verwegenen Gesichter der Zuaven und die an Raub und Mord gewöhnten Turcos hervor. Was wäre aus unserem deutschen Vaterlande geworden, wenn diese zuchtlosen Banden seine schönen Fluren überschwemmt hätten! Unsere Brüder und Söhne haben es mit Gottes Hülfe, mit Aufopferung von Gut und Blut vor den Greueln der Verwüstung bewahrt.

Den von der Kapitulation betroffenen Offizieren wurde es gestattet, gegen Abgabe des Ehrenwortes, in diesem Kriege nicht mehr gegen Deutschland zu dienen, in ihre Heimat oder ins Ausland zu gehen; indessen zog der größere Teil die Kriegsgefangenschaft dem Leben in Frankreich unter den dort herrschenden Verhältnissen vor.

An die glänzenden Erfolge bei Sedan reihte sich ein neuer Sieg der deutschen Waffen, der gleichzeitig bei Metz erfochten wurde. Die hier von sieben Armeecorps und der Division Kummer unter dem Oberbefehl des Prinzen Friedrich Karl eingeschlossene Armee Bazaines suchte sich durch einen mächtigen Ausfall auf dem rechten Moselufer einen Durch-

bruch in nordöstlicher Richtung zu eröffnen, um sich mit Mac Mahon zu vereinigen. Am 31. August wurde in dem verschanzten Lager der Franzosen eine Bewegung sichtbar, und Prinz Friedrich Karl empfing die Meldung, daß sich auf dem rechten Moselufer ein Gefecht zu entspinnen scheine. Der Prinz begab sich sofort auf einen die Aussicht beherrschenden Berg und bemerkte, wie der Feind einen starken Vorstoß gegen die nach Saarlouis führende Straße unternahm. Dort fand am 31. August und 1. September bei dem Dorfe Noiseville eine dreißigstündige Schlacht statt, die erste im ganzen Feldzuge, in welcher die Franzosen die Angreifer waren, aber auch die erste, an welcher die Landwehr einen ruhmreichen Anteil nahm. Es war zum Teil dasselbe Schlachtfeld, auf dem am 14. August gekämpft worden war. Das I. (ostpreußische) Armeecorps unter Manteuffel, daneben die Division Kummer (Linie und Landwehr), standen den französischen Corps unter Leboeuf und Canrobert gegenüber, deren Reserve das Corps Failly bildete. Auf deutscher Seite ergingen an mehrere Armeecorps Marschbefehle, aber nur das IX. Corps und die 28. Infanteriebrigade kamen zum Gefecht. Die Franzosen machten ihren Vorstoß am Vormittag des 31. August gegen die am schwächsten besetzte Stelle; den ganzen Tag über wurde mit großer Hitze gekämpft, doch gewannen die Franzosen durch ihre Übermacht an Terrain, während die Deutschen vier Dörfer hatten räumen müssen. In der Nacht gingen die Franzosen um halb 1 Uhr mit dem Bajonett zum weiteren Angriff vor und vertrieben aus Noiseville und drei anderen Dörfern die Besatzung. Als der Morgen graute, griffen die Batterieen in den Kampf ein, und dieser entbrannte jetzt von neuem auf der ganzen Linie. Durch einen nächtlichen Marsch hatten nun auch die anderen deutschen Truppen das Schlachtfeld erreicht und mit stürmender Hand wurden die geräumten Dörfer sämtlich wiedererobert. Damit war der kurze französische Siegestraum zerstört. Der Preis des Tages gebührt dem I. Corps und der Division Kummer; die Landwehr verrichtete mit Kolben und Bajonett riesige Arbeit, die Franzosen wurden allenthalben bis unter die Kanonen der Festung zurückgetrieben. Nach Mittag des 1. September war der Kampf zu Ende. Der Ausfall war vollständig mißglückt, und die Cernierung von Metz wurde seit-

dem noch eine engere. Der Verlust der Preußen betrug etwa 2500 Mann, der des Feindes war bedeutender.

Der Krieg gegen die französische Republik.

9. Die Zustände in Paris. Erklärung der Republik.

Das deutsche Volk begrüßte im Hinblick auf einen ruhmreichen Frieden mit unbeschreiblichem Jubel und frommer Dankesfreude den über alle Erwartungen hinaus herrlichen Verlauf des bisherigen Feldzuges. Die Ersatzmannschaften rückten ihren Regimentern in das Feld nach, um die zum Teil tief gerissenen Lücken zu füllen, und die Landwehrbataillone, seither zum Schutze der Küsten verwendet, konnten bei der Unthätigkeit der feindlichen Flotte,*) nach dem Rhein vorgeschoben werden. Während in Elsaß und Lothringen Militär- und Civil-Beamte möglichst geordnete Zustände herstellten, fuhr in Deutschland die patriotische Hingebung und Opferwilligkeit fort, für die Heere, für Verwundete und Hin-

*) Die Kriegsoperationen zur See, von denen sich Frankreich im Bewußtsein seiner Übermacht so gewaltige Erfolge versprach, sind so unbedeutend, daß sie hier in aller Kürze zusammengefaßt werden können. Mit wenigen Schiffen segelte der Admiral Bouet-Villaumetz im Juli nach der Ostsee, der Vice-Admiral Fourichon im August nach der Nordsee. Beide kehrten nach wenigen Wochen wieder nach Cherbourg zurück, nachdem sie deutsche Handelsschiffe weggenommen und die Hafenstädte eine Zeit lang blockiert hatten. Auch dieses geringfügige Ergebnis hätten sie nicht erzielen können, wenn ihnen nicht England, trotz seiner Neutralität, reichliche Kohlenladungen zugeführt hätte. Am 17. August kämpften der kleine preußische Aviso „Grille" und drei Kanonenboote bei Hiddensee auf Rügen gegen sieben französische Panzerschiffe zum Nachteil der letzteren. Am 21. August brach abends $11\frac{1}{2}$ Uhr die Korvette „Nymphe" gegen vier in der Putziger Bucht bei Danzig vor Anker liegende französische Schiffe auf und gab ihnen zwei Breitseiten Feuer, infolge deren die Franzosen von der Danziger Reede abfuhren. Am 12. November maß sich bei Havanna in Westindien das norddeutsche Kanonenboot „Meteor" mit dem großen Aviso „Bouret", der nach hartnäckigem Kampfe besiegt wurde und beinahe in den Grund gebohrt worden wäre. Durch die großen Landsiege der Deutschen war die Absicht der Franzosen, ein Landungscorps nach Schleswig-Holstein zu werfen und in Verbindung mit Dänemark Norddeutschland anzugreifen, vereitelt, zumal da die deutschen Küsten trefflich verteidigt waren.

terbliebene segensreich zu wirken. Als leuchtende Beispiele gingen Deutschlands edle Frauen voran, an ihrer Spitze die Königin Augusta und die Kronprinzessin Viktoria (Vgl. oben 2, Anm.).

Wenden wir unsern Blick nach Frankreichs Hauptstadt. Wie man in Paris den Krieg durch Lügen erzeugt, die ersten Mißerfolge durch Lügen zu decken gesucht hatte, so ward dieses System der Lüge auch jetzt noch vom Kriegsminister Palikao in großartiger Weise fortgesetzt. Bei Metz sollte Marschall Bazaine lauter Siege erfochten haben und sich anschicken, die Preußen gänzlich zu vernichten. Die feile Presse leistete bei Verbreitung solcher Lügen treffliche Dienste. Ihr zufolge erging es den Preußen bereits über alle Maßen kläglich; sie hätten bereits 200 000 Mann verloren und das Volk in Deutschland jammere ob dieser Verluste; es leide Not, und in Berlin seien bereits Volkshaufen vor Bismarcks Haus gerückt und hätten nach Brot geschrieen. Mit solchen Erdichtungen bethörte man die Pariser und köderte sie zu der Anleihe von 700 Millionen, die auch voll gezeichnet wurde. Die Bewaffnung der Nationalgarde schritt indessen fort, ebenso die Verproviantierung und Armierung der Hauptstadt. Aber allen Siegesnachrichten und Verteidigungsmaßregeln zum Trotz nahm Ratlosigkeit und Verwirrung in immer höherem Grade zu. Die Preußenfurcht stieg mit jedem Tage, um so mehr, als die Lügenpresse kein Mittel versäumt hatte, um den Franzosen die Preußen als rohe Barbaren, als wilde und entmenschte Horden zu schildern. Was aus Paris flüchten konnte, flüchtete; aus Furcht vor der Belagerung fand eine förmliche Auswanderung der wohlhabenden Familien statt. Dabei entwickelte sich eine Spionenriecherei, die ins unglaubliche ging: jedes deutsche Wort, jedes blonde Haar brachte Gefahr, als preußischer Spion betrachtet und in brutalster Weise mißhandelt zu werden. Infolge der allgemeinen Lügentaktik wiegte sich das Volk in den glänzendsten Hoffnungen, und jede noch so unwahrscheinliche Siegesbotschaft wurde mit Jubel aufgenommen und geglaubt, weil man eben überzeugt war, daß Frankreich doch schließlich siegen müsse. Noch am 31. August berichtete der „Constitutionel“ von einem Gefecht bei Grandpré, wo eine ganze Division Landwehr in die Flucht geschlagen sein sollte, und die „France“ verkündete

am 30. August, daß Mac Mahon die vereinigten Armeeen des Königs und des Kronprinzen angegriffen und geschlagen habe. Am Nachmittage des 3. September wollte es jedoch mit dem Lug- und Trugsystem nicht mehr fort; düstere Nachrichten liefen durch die Stadt und riefen eine ungeheure Aufregung hervor; dann erschien eine von sämtlichen Ministern unterzeichnete Bekanntmachung, in welcher die Kapitulation von Sedan und die Gefangennehmung Napoleons eingeräumt wurde. Damit war aber auch das bisher mit der Nation getriebene Gaukelspiel eingeräumt; gleichwohl scheute sich Palikao nicht, das frivole Spiel fortzusetzen. Er erklärte, er habe noch 80 000 Mann Truppen für die Verteidigung von Paris disponibel, ohne 200 000 Mann Mobil- und Nationalgarde, in fünf Tagen werde er 500 000 Mann disponibel haben. In den Journalen hieß es in ähnlicher Weise: „Der Kriegsminister ist beschäftigt, mit 30 000 Mobilgarden Straßburg zu entsetzen," oder „Wenn Mac Mahon geschlagen, Bazaine geschlagen wird, so werden wir doch noch stärker sein als die Barbarenhorden, die uns angreifen, denn wir haben noch ganz Frankreich ihnen entgegenzuwerfen. Wenn wir siegreich sind, desto besser! Wenn wir es nicht sind, so sagen wir, daß wir es sein werden, wenn wir es fest wollen, daß es von uns abhängt, es zu sein, daß der Sieg in unseren Händen ist."

Der Eindruck der ministeriellen Proklamation in Paris war furchtbar: die kaiserliche Regierung fühlte den Boden unter ihren Füßen wanken. In der Nacht auf den 4. September ward eine Sitzung des gesetzgebenden Körpers und des Senats berufen. Palikao teilte die Kapitulation von Sedan mit und schlug vor, die Beratung zu vertagen, da die Minister noch keinen Entschluß hätten fassen können. Bei dem wirren Durcheinander, das nun folgte, brachte Jules Favre den Antrag auf Absetzung Napoleons und seiner Dynastie vor. Die Kammer trennte sich mit lautlosem Schweigen. Palikao hoffte das Kaisertum noch retten zu können und ließ den Palast des gesetzgebenden Körpers und die anliegenden Straßen mit Militär besetzen. Die Kunde von dem Vorgang verbreitete sich mit Anbruch des Morgens, Haufen durchzogen die Straßen und schrieen: „Absetzung! Absetzung!" Mittags nach 1 Uhr ward die

Sitzung wieder eröffnet. Palikao macht den Vorschlag, ein Konseil der Regierung und Nationalverteidigung aus fünf Mitgliedern zu ernennen; dagegen erinnert Jules Favre an den von ihm überreichten Antrag; Thiers will, die Kammer soll eine Kommission für die Regierung und Nationalverteidigung ernennen, und eine Konstituante soll möglichst bald einberufen werden. Alle drei Anträge werden an eine und dieselbe Kommission überwiesen, und die Sitzung darauf suspendiert. Bald aber dringt die empörte Volksmenge in die Säle des Palastes unter dem wütenden Geschrei: „Die Thronentsetzung! Nieder mit Napoleon!“ Um $3\frac{1}{2}$ Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Unter krachendem Getöse dringen neue Massen in den Saal. Palikao und die Rechte fliehen. Der Ruf: „Es lebe die Republik!“ erschallt, alle Versuche, die Ruhe herzustellen, sind vergebens; die Sitzung ward aufgehoben, die Menge war Herr des Saales. Auch der gleichzeitig versammelte Senat trennte sich, und so ließen die erbärmlichen Kreaturen, welche durch Napoleon zu Reichtum, Ansehen und Macht gelangt waren, seine Dynastie sinken und brachten ihre Personen vor dem Ausbruch einer Volksempörung in Sicherheit. Das Kaisertum war abgeschafft, die Republik verkündigt. Der Titane Napoleon, dem man jetzt alles Unglück schuld gab, war niedergeschmettert, und ruhmlos fiel seine Dynastie dem Volke zum Opfer. Eine neue Regierung wurde gebildet, bestehend aus dem General Trochu, den Advokaten Jules Favre und Gambetta, dem eitlen Thiers, dem giftigen Schriftsteller Rochefort, dem alten Cremieux u. a. m. Einst hatte die Republik, das allgemeine Aufgebot und der wilde Taumel der Freiheitsphrase Frankreich von den „Horden der wilden Sklaven“, wie es hieß, befreit. Man erwartete jetzt von der Republik dieselben glänzenden Erfolge, aber man vergaß, daß Recht, Zucht und Gesittung, wahre Freiheit und Begeisterung auf Seiten der Deutschen, und daß deshalb der unerhörte Sieg über ein sittlich verkommenes Volk errungen war. Die Kaiserin Eugenie entfloh nicht ohne Gefahr aus den Tuilerien, setzte auf einem Marktkarren drei Tage und drei Nächte ihre Flucht fort, bis sie in dem kleinen Hafenplatz Trouville ein englisches Schiff fand, das sie nach der Insel Wight brachte (8. September). Sie fand ihren Sohn in Hastings.

Die neue Regierung der Nationalverteidigung schien bereit Frieden zu schließen, selbst mit großen Geldopfern, aber Deutschland forderte nun seine alten Lande, Elsaß und wenigstens den deutschen Teil von Lothringen zurück; die Regierung der Republik, die sich die Aufgabe gestellt hatte, Frankreichs „heiligen Boden" von den „barbarischen Eindringlingen" zu erretten, wies diese Forderung zurück und erklärte in hochtrabender Phrase, daß „kein Fuß breit Landes, kein Stein einer Festung" abgetreten werden sollte. Die französischen Republikaner predigten den sogenannten „heiligen" Krieg und riefen die ganze Nation zur Austreibung der Preußen unter die Waffen.

---

10. Die Belagerungen von Straßburg und Metz.

Nach dem Siege bei Wörth begann die badische Division unter General von Beyer die Cernierung von Straßburg. Diese alte deutsche Reichsstadt war im Jahre 1681 durch Verrat an Frankreich gekommen, und Vauban, der berühmte Festungsbaumeister Ludwigs XIV., hatte sie, um den Besitz des Elsaß zu sichern, durch Anlegung einer Reihe von befestigten Plätzen, Forts und Citadellen zu einer militärischen Position von ungemeiner Wichtigkeit erhoben. Sie beherrscht die Eisenbahnlinie von Elsaß-Schweiz, war zugleich der am weitesten vorgeschobene Posten Frankreichs gegen Osten und das große Waffendepot, von dem aus eine französische Armee am erfolgreichsten in Deutschland einbrechen konnte. Eine solche Stadt durfte nicht in den Händen des Feindes gelassen werden.

General Uhrich, der Kommandant von Straßburg, hatte vorher eine Proklamation erlassen, in der er ausdrücklich erklärte, daß er Straßburg verteidigen werde, „so lange nur ein Soldat, ein Zwieback oder eine Patrone übrig sei." Diesen Vorsatz hat Uhrich mit furchtbarer Energie, ja auf Kosten der Menschlichkeit, ohne Rücksicht auf die entsetzlichen Opfer, durchgeführt.

Die Cernierung von Straßburg beschränkte sich anfangs auf das Abschneiden der Kommunikation, um der Stadt die

Benutzung der Bahnlinie zu entziehen. Nach Erkrankung des Generals von Beyer übernahm der königl. preußische Generallieutenant von Werder am 14. August das Oberkommando über das Belagerungscorps, das aus der badischen Division, der 1. Reserve- und der Garde-Landwehr-Division, sowie den technischen Truppen gebildet ward. Unter General von Werder befehligte Generallieutenant von Decker als Kommandeur der Belagerungs-Artillerie und Generalmajor von Mertens als Ingenieur en chef. Die Besatzung von Straßburg bestand aus 17000 Mann Linientruppen, von denen jedoch 6000 noch in der Organisation begriffen waren, aus zahlreicher Artillerie und Mobilgarden. Die Cernierung wurde nach dem Eintreffen der preußischen Divisionen eine engere und währte als solche bis zum 24. August, im ganzen 13 Tage. Da der Kommandant von Straßburg, trotz der Ankündigung des Bombardements, mehrere an ihn ergangene Aufforderungen zur Kapitulation zurückgewiesen, so wurde am 24. August mit der Beschießung der Stadt begonnen. Mit Ausnahme einer achtstündigen Pause am Morgen und Vormittage des 26. August dauerte das Bombardement drei Tage. Den Anlaß zu der Pause gaben Vermittlungsvorschläge des Bischofs von Straßburg, die aber als unannehmbar zurückgewiesen wurden. General Uhrich hielt sich bei der Verteidigung der Stadt nicht auf dem Boden des Völkerrechts. Obgleich Kehl eine offene Stadt ist und nicht in der Schußlinie lag, ließ Uhrich doch auf diese Stadt schießen und sandte Brandgeschosse auf die mit der weißen Fahne und dem roten Kreuz beflaggte Kirche, in der Kranke gepflegt wurden, ja sogar auf die herbeigeeilte Feuerwehr. Der kommandierende General sandte eine Depesche an Uhrich, worin er ihn für diese arge Verletzung des Völkerrechts verantwortlich machte, worauf als Antwort erfolgte, unweit Kehls stehe eine Batterie, darum habe er die Stadt in Brand geschossen. Da also der Unterschied zwischen einer offenen und befestigten Stadt völlig ignoriert und Kehl zum großen Teil in Asche gelegt ward, so konnte auch deutscherseits von Schonung keine Rede mehr sein, als die Stadt bombardiert wurde, so schmerzlich das Unglück der alten deutschen Stadt jeden Deutschen berühren mußte. Soviel als thunlich wurden die Geschosse auf Kasernen,

Magazine und andere öffentliche Gebäude gerichtet, bis am 27. August das Bombardement eingestellt und die regelmäßige Belagerung begonnen ward. Doch war die Verwüstung in Straßburg furchtbar. Außer den Privathäusern, in denen viele Menschenleben zu Grunde gingen, war das Theater verbrannt, die berühmte Bibliothek und andere öffentliche Gebäude lagen vernichtet und auch das Münster, dieses ehrwürdige Denkmal altdeutscher Baukunst — ein Werk Erwins von Steinbach — war verletzt worden. Zum Glück war nur der Dachstuhl abgebrannt und auch am Turme nur wenig geschädigt; die berühmte Uhr war erhalten.

Seit dem 27. August war die regelmäßige Belagerung der Stadt im Werke. In der Nacht vom 29. zum 30. August wurde die erste Parallele gegen die Nordwestfront der Festung, etwa 700 Schritt von deren Werken entfernt, eröffnet; bereits vom 1. zum 2. September wurde 300 Schritt näher dem Feinde die zweite Parallele ausgehoben, und in der Nacht vom 11. zum 12. September mit der Aushebung der dritten Parallele vorgegangen. Inzwischen war auch der Bau der Belagerungsbatterieen ohne wesentliche Störung durch den Feind energisch gefördert worden, so daß am 9. September bereits 98 gezogene Geschütze und 40 Mörser gegen die Angriffsfront postiert waren, während von Kehl aus 32 gezogene Kanonen und 8 Mörser gegen die Citadelle wirkten. Am 2. September eröffnete schon 4 Uhr morgens die Besatzung ein heftiges Artilleriefeuer und machte einen bedeutenden Ausfall nach zwei Seiten, wurde jedoch mit Erfolg in die Festung zurückgewiesen. General Uhrich wurde von dem Schicksal des Kaisers und der Armee bei Sedan unterrichtet, verweigerte aber auch jetzt noch die Übergabe. Viele Hunderte von Bewohnern, meist Frauen und Kinder, flohen aus der Festung, in der die Zerstörung immer zunahm, und fanden in der Schweiz wohlwollende Aufnahme. Die Arbeiten in den Laufgräben rückten unter fortwährender Beunruhigung von der Festung aus immer weiter vor. Am 17. September wurde die Krönung des Glacis vollendet und ein feindliches Minenwerk entdeckt und entladen. Am 20. September wurde Lunette 53, nachdem auf 1000 Schritt Entfernung Bresche in dieselbe geschossen war, besetzt, am folgenden Tage auch Lunette 52 genommen, zu der man den Übergang

durch eine Faßbrücke bahnte. Am 24. September waren 146 gezogene Geschütze und 83 Mörser in Thätigkeit. So waren die Vorbereitungen zum Sturme im Gange und mit banger Sorge richteten sich die Blicke Deutschlands auf die nächsten Tage, die Tausende von Opfer zu kosten drohten: da drang am 28. die frohe Kunde durch Deutschlands Gaue, daß am 27. Straßburg kapituliert habe. Abermals prangten die deutschen Städte im Fahnenschmucke, besonders im südwestlichen Deutschland herrschte großer Jubel, wo man am tiefsten empfand, daß nun das mächtige Bollwerk Frankreichs, das Ausfallsthor gegen Süddeutschland, für alle Zeiten dem fränkischen Nachbar entwunden war.

Es war am 27. September 1681, als General Montclar, auf Befehl des raubsüchtigen Ludwig XIV., mit 30 000 Mann erschien und es unter dem Vorwande einer Musterung am 30. September mitten im Frieden besetzte; am 27. September 1870, nach 189jährigem französischen Besitz, wurde es den deutschen Truppen wieder eröffnet, um mit dem ganzen Elsaß wieder ein teures Glied in der Kette deutscher Lande zu bilden. So sehr auch deutsche Sprache und deutsche Sitte durch die französische Herrschaft verdrängt ist, so blüht doch die Hoffnung, daß Straßburg, dem mächtigen, einigen Deutschland zurückgegeben, unter der sorgsamen Pflege deutscher Verwaltung den schweren Übergang in die neuen Verhältnisse mit der Zeit überwinden wird. Ein eigentümliches Zusammentreffen machte auch das Datum des 2. Oktobers, wo ein Dankgottesdienst gehalten wurde, zu einem historisch bedeutungsvollen. An diesem Tage waren es gerade 189 Jahre, als Ludwig XIV. in Straßburg einzog und der verräterische Bischof von Fürstenberg sich nicht schämte, ihn am Portale des Münster mit den Worten zu empfangen: „Herr, nun läßest du deinen Diener in Frieden fahren, denn meine Augen haben den Heiland gesehen!“

Der Kapitulation zufolge streckten über 17 000 Mann, einschließlich der Nationalgarden, und 451 Offiziere die Waffen, und 1843 Pferde nebst einem Material von etwa 3 Millionen Thalern an Wert, fielen in die Hände des Siegers. Die Festungswerke, die Citadelle, leider auch die Stadt selbst, bezeugten die furchtbare Sicherheit und Vortreff-

lichkeit der preußischen Artillerie,*) deren alle Hindernisse niederschmetternde Übermacht General Uhrich selbst anerkannte. Auch die Bevölkerung hatte entsetzlich gelitten. Die Deutschen hatten für Frauen, Kinder und sonstige Hülflose von anfang an freien Abzug angeboten, aber General Uhrich antwortete, er könne unter 80 000 keine Auswahl treffen, und so wurde verhältnismäßig nur wenigen die Rettung nach der Schweiz möglich. Während der Belagerung waren alle Kellerlöcher mit Mist oder Eichenlohe verstopft, alle Thüren vernagelt, alle Portale mit Brettern verstellt. In den Kellern, in welchen oft fünfzig Personen, kaum am Tage sich herauswagend und an den Häusern sich hinschleichend, zusammenlagen, entwickelte sich eine pestilenzialische Luft. Selbst hier kamen Verwundungen und Todesfälle vor, wenn die Stockwerke zusammenstürzten. Es sollen 3000 Menschen gestorben sein, besonders groß war infolge des Milchmangels die Sterblichkeit unter den kleinen Kindern. Über 800 Häuser waren zerstört oder beschädigt, keine hundert, die frei von Kugeln geblieben. In ganz Deutschland gab sich die größte Teilnahme für die unglückliche Bevölkerung kund, und bedeutende Unterstützungen flossen dahin. Die Civil- und Militärbehörden thaten alles Mögliche zur Linderung des Elends.

Nach dem Falle von Straßburg waren im Elsaß noch die Festungen Bitsch (vgl. 6.), Schlettstatt und Belfort im Besitz der Franzosen. Da die Beschießung der Bergfestung Bitsch sehr schwierig, die Aushungerung der Besatzung nicht möglich war, so blieb sie, ohnehin von geringer Bedeutung, nur lose cerniert. Der Sieger von Straßburg schritt zur Belagerung von Schlettstadt und nach dessen Fall (24. Oktober) zu der des noch stärkeren Belfort, eine Feste, welche die Pässe vom Rhonethal zum Rheinthal deckt. Hier fanden viele und heftige Kämpfe statt. Die Festung wurde am 8. November cerniert, ergab sich aber erst im Februar des folgenden Jahres, während Neubreisach, auch ein wichtiger Punkt des Elsasses, nach vierwöchentlicher Belagerung am 10. November gefallen war. Durch die Eroberung dieser festen

*) Es waren im ganzen 241 Geschütze verschiedener Art in Thätigkeit, welche überhaupt 193 722 Schüsse und Würfe in die Festung feuerten, was durchschnittlich auf jeden Tag 6249, in jeder Stunde 269, in der Minute 4—5 Schuß oder Wurf ergiebt.

Plätze war der Besitz des Landes gesichert, und die neu eingesetzten deutschen Verwaltungsbehörden fanden hier ein reiches Feld der Thätigkeit, die freilich durch den Widerstand der französischen Beamten nicht wenig erschwert wurde.

Noch aber war Metz in den Händen der Franzosen, die Hauptstadt des Moseldepartements, mit einer Bevölkerung von etwa 60 000 Einwohnern, einer der größten Waffenplätze Frankreichs, der wegen seiner weit vorgeschobenen Forts auch für ein bedeutenderes Heer Raum genug bot. Die Forts um Metz, deren jedes gleichsam eine Festung für sich bildet, sind das Moselfort nach Nordosten, Fort Bellecroix nach Osten hin; zu diesen kommen die vier neuen Forts Quentin, St. Julien, Quelen und des Carrières. Marschall Bazaine war durch die Schlacht bei Noiseville wieder in Metz festgebannt worden und mußte bald den Gedanken aufgeben, aus dem eisernen Netze, mit dem ihn die Belagerungstruppen umklammert hielten, zu entkommen. Die französischen Truppen bezogen ein Lager zwischen der eigentlichen Festung und den Forts. Die Linien der Vorposten standen auf Büchsenschußweite von den Forts entfernt; 2000 Schritte dahinter befanden sich größere Abteilungen, noch weiter hinten stand das Gros der Armee, teils in Dörfern, teils in Baracken, zum Schutz gegen die rauhe Jahreszeit, untergebracht. An eine eigentliche Beschießung der Festung war nicht zu denken, da die Zwölfpfünder dazu nicht ausreichten, und bis das schwere Belagerungsgeschütz herbeigeschafft werden konnte, hoffte man von den Wirkungen des Hungers in der Stadt den nötigen Erfolg.

Die Franzosen begnügten sich inzwischen aus den Forts täglich eine Zahl Granaten in die Dörfer auf die Feldwachen zu werfen, die jedoch nur sehr geringen Schaden anrichteten. Im Verlauf der Belagerung wurden die französischen Soldaten so dreist, daß sie in größerer Anzahl aus der Festung kamen, um auf den Feldern nach Kartoffeln und anderen Früchten zu suchen, bis die Deutschen schließlich diese Art der Verproviantierung verhinderten.

Am 22. September gab die feindliche Besatzung nach dreiwöchentlicher Ruhe einmal wieder ein kräftigeres Lebenszeichen von sich, in der Absicht, die Proviantvorräte der Bahnhöfe Courcelles und Remilly wegzunehmen. Der Kampf

begann gegen 11 Uhr mit einem lebhaften Feuer der Forts St. Julien und Quelen, das sich bald auf der ganzen Linie zwischen beiden Forts ausdehnte. Nach einem fünfstündigen Gefechte hatten die Deutschen den Ausfall vollständig zurückgewiesen. Eben so scheiterte ein ganz ähnlicher Vorstoß am 23., dessen Zweck die Wegnahme einer Proviantkolonne war, an der bewährten Tapferkeit der deutschen Truppen, und die Franzosen mußten bei einbrechender Dunkelheit mit beträchtlichen Verlusten wieder abziehen. Kleinere Ausfälle wurden fortgesetzt, oft nur, um in den vor den Forts liegenden Dörfern zu fouragieren. So geschah auch am 27. September ein größerer Ausfall, bei dem mehrere Dörfer in Brand geschossen wurden, und bei dem die Franzosen mit einem großen Bahnzuge aus Metz bis an die deutsche Vorpostenlinie heranfuhren und hier dem Zuge ihre Kolonnen entströmen ließen.

Im übrigen war die Zeit der Cernierung für die deutschen Truppen äußerst einförmig, ermüdend und erdrückend. Die Gegend war von ihren Bewohnern verlassen, Schlösser und Landhäuser verwüstet. Die Deutschen litten bei dem naßkalten Wetter, in dem sie Tag und Nacht aushalten mußten, tief im Schlamm watend, außerordentlich; das nasse Stroh faulte und selbst die Baracken boten einen ungesunden Aufenthalt. Der Gesundheitsstand wurde bedenklich, die Ruhr trat heftig auf, und Tausende der armen Kranken mußten nach den deutschen Lazaretten befördert werden, da in den überfüllten Lazaretten um Metz keine geordnete Pflege zu erzielen war.

Nachdem es in den ersten Tagen des Oktobers zu ernsteren Zusammenstößen gekommen war, erfolgte am 7. Oktober ein Hauptausfall, um wieder einmal einen Versuch zum Durchbrechen zu machen. Nachmittags 2 Uhr ging Marschall Bazaine mit gewaltigem Stoße auf dem linken Moselufer über Voippy gegen die Division Kummer vor; die Vortruppen der Landwehr hatten die Örtlichkeiten Bellevue, St. Remy, les Grandes Tapes und les Petites Tapes besetzt. Bald ergoß sich ein wahrer Kugelregen über die Häupter der Kämpfenden, dazu dröhnten die Mitrailleusen und donnerten die Kanonen in gewohnter Munitionsverschwendung. Immer zahlreicher entwickelten sich die feindlichen Heeressäulen, gegen 40 000

Mann, unter denen sich auch die Kaisergarde befand. Die Division Kummer wurde von der 9. Infanteriebrigade und Teilen des X. Corps kräftigst unterstützt. Der Feind wurde überall mit großen Verlusten zurückgeschlagen. Auch auf dem rechten Ufer ging der Feind, um die Aufmerksamkeit der Deutschen zu täuschen, mit einigen Divisionen gegen das I. und X. Corps vor und unterhielt eine lebhafte Kanonade. Der Landwehr gebührte die Ehre des Tages; sie war es, die den französischen Angriff aushielt; sie führte, unwiderstehlich im Bajonettangriff, den gewaltigen Stoß aus, der die Franzosen aus den Dörfern jagte; die Absicht des Feindes war vollkommen vereitelt.

Seitdem trat vor Metz mehr und mehr vollständige Ruhe ein. Im Laufe des Monats Oktober stieg die Not in der Festung zu solcher Höhe, daß man etwa 750 deutsche Gefangene wieder in Freiheit setzte, und die Zahl der Überläufer sich von Tag zu Tag mehrte. Der Hunger trieb die Franzosen gegen die feindliche Linie, wo die Vorposten nicht selten mitleidig ihren Trunk und ihre wenigen Mundvorräte mit ihnen teilten. Neun Wochen lang hatte Marschall Bazaine in Metz ausgehalten, das für etwa 15—20 000 Mann auf 3 Monate mit Proviant versehen, nun schon so lange die achtfache Zahl zu beherbergen hatte. Dazu kam die Auflösung aller Manneszucht. Er schickte um die Mitte des Monats mit Bewilligung des Prinzen Friedrich Karl den General Boyer ins königliche Hauptquartier zu Versailles, um über die Bedingungen einer Kapitulation zu unterhandeln. Der Marschall gab anfänglich nur den Entschluß kund, für sich und die Armee zu kapitulieren, nicht aber für die Festung und Besatzung. Dieser Antrag wurde selbstverständlich abgewiesen und die Forderung aufgestellt, daß Heer und Festung zugleich überliefert würden. Am 25. Oktober hatte General Changarnier in Corny eine Audienz beim Prinzen Friedrich Karl, und am Abend fand im Schlosse Frescaty zwischen deutschen und französischen Bevollmächtigten eine lange Unterredung statt, die am folgenden Tage wieder aufgenommen wurde. Am 27. Oktober unterzeichnete General von Stiehle als Bevollmächtigter des Prinzen und General Jarras als Bevollmächtigter des Marschalls Bazaine die Kapitulation, die der von Sedan ähnlich war, nur daß den Offizieren das

Ehrenwort, in diesem Kriege nicht mehr gegen Deutschland zu dienen, nicht gestattet wurde, weil eine große Zahl der Offiziere von Sedan ihr Ehrenwort gebrochen hatten; dagegen durften die Offiziere ihre Degen behalten. Es kapitulierten 173 000 Mann mit 3 Marschällen (Bazaine, Canrobert und Leboeuf), über 50 Generale und 6000 Offiziere. Man fand in Metz vor 53 Adler und Fahnen, 541 Feldgeschütze, 66 Mitrailleusen, gegen 300 000 Gewehre, gegen 2000 Militärfahrzeuge. In großen Zügen wurden die gesunden 150 000 Gefangenen nach den deutschen Festungen gebracht.

So befanden sich denn die beiden feindlichen Armeeen, welche im Juli gegen Deutschland auftraten, in Gefangenschaft, und der königliche Oberfeldherr feierte diese glänzenden Erfolge, wie sie die Geschichte nicht weiter kennt, dadurch, daß er die beiden Kommandierenden der deutschen Armee, den Kronprinzen Friedrich und den Prinzen Friedrich Karl am 28. Oktober zu Generalfeldmarschällen ernannte (der erste Fall der Art im preußischen Königshause) und den General von Moltke in den Grafenstand erhob.*) Den verbündeten Heeren sprach der König vom General bis zum Soldaten seinen Dank und seine Anerkennung aus für alle militärischen Tugenden, die sie seit dem Beginn des Krieges bewiesen hatten, und von den Kriegern von Metz hieß es im amtlichen Blatte: „Sie haben das Bewußtsein, daß sie in dem erkämpften Waffenplatze das stärkste Bollwerk für Deutschlands künftige Verteidigung im Westen und eine vorzügliche Bürgschaft zur Sicherung des Friedens errungen haben. Wir wollen aber auch heute der Helden gedenken, die ihr Leben hingaben in den blutigen Kämpfen um Metz. Hunderttausende

*) Helmuth Karl Bernhard von Moltke, geboren den 26. Oktober 1800 zu Parchim in Mecklenburg — zuerst in dänischen, seit 1822 in preußischen Kriegsdiensten — tritt 1832 in den Generalstab der Armee — reist 1835 in den Orient und wohnt 1839 dem türkischen Feldzug in Syrien bei — wird nach seiner Rückkehr wieder Mitglied des preußischen Generalstabs und 1858 dessen Chef — steht beim Kriege mit Dänemark, als Prinz Friedrich Karl den Oberbefehl der verbündeten Armee übernommen, diesem als Generalstabschef zur Seite — Schöpfer des Feldzugsplanes beim Kriege von 1866 und beim deutsch-französischen Kriege — Verfasser wertvoller kriegsgeschichtlicher Werke.

daheim werden schmerzlich bewegt bei diesem Namen. Ihre feuchten Blicke richten sich nach der großen Grabesstätte, wo ihre Väter, ihre Gatten, ihre Söhne und Brüder schlummern. Das Vaterland trauert mit ihnen. Es bringt den gefallenen Helden ihre Lorbeerkrone in der festen Zuversicht, daß sie sicher ruhen werden in der mit ihrem Blute wieder erkämpften deutschen Erde."

Wie seither bei allen Niederlagen der Franzosen, so tauchten auch nach dem Falle von Metz Stimmen auf, die Bazaine als Verräter bezeichneten. Viele Gefangene waren dieser Ansicht, und Gambetta, Regierungsmitglied und Minister des Innern und des Krieges in Paris sprach in einer Proklamation offen von Verrat und Verbrechen. Ob Bazaine bei der Verteidigung von Metz seine Pflicht verletzt habe, bleibt dem Urteil der Folgezeit überlassen.

Dem Falle von Metz folgte die Einnahme der übrigen lothringischen Festungen: Verdun (8. Nov.), Diedenhofen oder Thionville (24. Nov.), Pfalzburg (14. Dezbr.), Montmedy (14. Dezbr.), zuletzt Longwy (25. Januar 1871), ferner fielen die Festungen la Fère an der Oise (27. Nov.), Ham (21. Nov.), das ehemalige Gefängnis Napoleons III.; Mezières (2. Jan.) und Rocroy in der Champagne (5. Jan.), und Peronne an der Somme (10. Jan.). Alle diese festen Plätze erlagen nach längerem oder kürzerem Bombardement der großartigen Überlegenheit der preußischen Geschütze. Ihre Besatzungen, Kanonen und ihr Material fielen den Siegern in die Hände. Im ganzen waren den Franzosen bereits über zwanzig ihrer Bollwerke entrissen, als die Entscheidung in Paris herannahte.

11. Die Belagerung von Paris.

Sofort nach der Katastrophe von Sedan hatten die dritte und vierte (Maas-) Armee unter den beiden Kronprinzen von Preußen und Sachsen den Vormarsch nach Paris angetreten. Am 5. September hielt der König von Preußen seinen Einzug in die alte französische Krönungsstadt Rheims. Am 9. September ergab sich ohne Verteidigung Laon, aber nach dem Abschluß der Kapitulation sprengte ein französischer

Unteroffizier ein Pulvermagazin in die Luft, als eben die Deutschen die Citadelle betraten, wodurch Hunderte von Soldaten getötet oder verstümmelt wurden. Diese völkerrechtswidrige That der Heimtücke und des Fanatismus wurde von der entarteten Presse in Paris als eine „Heldenthat" gepriesen.

Für die nach Paris marschierende Armee war es von Wichtigkeit, die in ihrem Rücken liegende Festung Toul zu nehmen, die, drei Meilen von Nancy an der Eisenbahn nach Paris gelegen, die Eisenbahnlinien nach Paris vollständig beherrscht. Das Belagerungscorps stand unter dem Befehl des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin. Eine Beschießung aus den in Marsal erbeuteten französischen Zwölfpfündern hatte keinen Erfolg, bis am 23. September das Bombardement aus preußischem Belagerungsgeschütz begann und die Festung die weiße Fahne aufsteckte. Die Besatzung streckte die Waffen; 197 Geschütze und 3000 Gewehre wurden vorgefunden. Die Eisenbahn ward sofort hergestellt und Munition, Proviant und besonders das schwere Belagerungsgeschütz ging nun in endlosen Zügen nach Paris. — Auch der wichtige Eisenbahnknoten Soissons ergab sich nach viertägigem Bombardement, und der Großherzog von Mecklenburg hielt am 16. Oktober seinen Einzug.

Inzwischen rückte die Armee des Kronprinzen von Preußen von Sedan aus auf der südlichen Straße über Rheims und Epernay, die des Kronprinzen von Sachsen etwas nördlicher nach Compiègne zu. Die den deutschen Truppen vorausschwärmende Kavallerie fand, daß die Franzosen in der Nähe von Paris an den Chausseeen und Eisenbahnen alle Kunstbauten gesprengt hatten, um den Marsch der deutschen Truppen aufzuhalten. Das half ihnen indessen nichts, da sofort, wo die Brücken fehlten, Pontonbrücken geschlagen wurden, und der Marsch ging unaufhaltsam vorwärts. In der Umgebung von Paris waren Dörfer, Schlösser und Landhäuser verlassen oder zerstört und die Mobilien geplündert, mehrere Wälder von den Franzosen niedergebrannt, die Vorräte von den Feldern, die nicht nach Paris geschafft worden, durch Feuer vernichtet, um die Deutschen durch Hunger aufzureiben.

Nachdem der Minister Thiers vergebens eine Rundreise an den Höfen von London, Wien und Petersburg gemacht

hatte, um hier einen feindlichen Druck gegen Preußen zu erzielen, fuhr die Pariser Presse fort, den allgemeinen Taumel des Hochmuts, des Wahnsinns und des Fanatismus noch immer mehr zu schüren. Die Preußen wurden als Ungeheuer dargestellt, wovon die Folge war, daß die Einwohner der Ortschaften oft beim Herannahen der Kavallerie Haus und Hof verließen. So mächtig wirkte der Schreckensruf: „Les Prussiens!“ Kamen dann die geängstigten Bewohner nach und nach zurück, so überzeugten sie sich allmählich, daß die Preußen doch nicht so schlimm waren, als die französischen Zeitungen sie ausgeschrieen hatten, zumal da sie ihre Bedürfnisse mit barem Gelde bezahlten. Aber in Paris selbst nahm das Hetzen und Wühlen seinen Fortgang, um den Mut und den Widerstand der Bevölkerung aufs äußerste zu reizen. „Der Feind ist ohne Erbarmen,“ hieß es, „seien wir auch ohne Erbarmen gegen ihn; Frankreich braucht sich nur zu erheben, um ihn zu zermalmen. Es sind ihrer 5-, ja 600 000, sagt man, doch wir sind unser mehr denn drei Millionen.“ Dabei hatten die Franzosen die sonderbare Ansicht, die deutschen Truppen müßten nunmehr nach dem Sturze des Kaiserreichs, das den Krieg hervorgerufen, ohne weiteres abziehen, da ja König Wilhelm erklärt habe, er führe nicht Krieg mit dem französischen Volke, sondern mit Napoleon III. und seinen Heeren.

Die Regierung der nationalen Verteidigung in Paris hatte sich mit aller Energie zum Widerstande gerüstet. Ein Teil der Regierungsmitglieder zog nach Tours, um hier eine Zweigregierung zu bilden und während der Belagerung der Hauptstadt auf die Departements einzuwirken. Dann wurde die Gegend um Paris verwüstet, und alles, was an Proviantmitteln jeder Art herbeizutreiben war, in Paris aufgespeichert, und es gelang, eine Stadt von 2 Millionen auf zwei Monate hinaus zu verproviantieren. Der zum Gouverneur ernannte General Trochu suchte mit allem Eifer eine tüchtige Armee zu bilden. Die 25 000 Mann des Generals Vinoy, welche zu Mac Mahon hatten stoßen sollen, ohne ihn erreichen zu können, bildeten jetzt den Grundstock der neuen Armee. Dazu kamen die versprengten Überreste der früheren kaiserlichen Heere, außerdem aber noch alles, was in der Eile an Nationalgarden, Mobilgarden, Matrosen, Seesoldaten, Polizisten,

Zollbeamten, Forstbeamten, Feuerwehren und Franctireurs herangezogen werden konnte. So kamen in der That 300 000 Mann zusammen, denen das neutrale England und Amerika Waffen und Material lieferte. In Paris hatte sich ein ungeheurer Eifer für die Verteidigung entwickelt, und fast jedes industrielle Institut war in eine Waffen- oder Munitionsfabrik oder sonst in ein Etablissement zur Verteidigung umgewandelt worden. Neben allen diesen kriegerischen Rüstungen gingen die Pariser ihren gewohnten Vergnügungen nach und ließen sich in ihrer Siegeszuversicht nicht beirren.

Die Befestigung der jetzt mit einer Belagerung bedrohten Weltstadt Paris zerfällt in die innere Umwallung und die äußeren Forts. Der Plan zu letzterer wurde im Jahre 1840 unter der Regierung Louis Philipps vom Ministerium beschlossen und ungeachtet der heftigen Opposition der Kammer, welche meinte, daß sie mehr gegen die revolutionäre Bevölkerung von Paris, als gegen den äußeren Feind gerichtet sei, in den nächsten Jahren vollzogen (vgl. XVI.).

Die innere Befestigung umgiebt die Hauptstadt in einem Umfang von 7 Stunden mit Wall und Graben. Die Ringmauer ist mit etwa 90 Bastionen versehen, der 35 Fuß breite Graben kann unter Wasser gesetzt werden. Doch würde diese innere Umwallung der heutigen Belagerungskunst gegenüber nur wenig Schwierigkeiten geboten haben, wenn sich nicht ringsum ein Gürtel von 15 detachierten Forts zöge, die etwa 3500 Schritte von einander entfernt liegen und zum teil durch Verschanzungen und Redouten mit einander verbunden sind. Telegraphenleitungen verbinden die einzelnen Forts sowohl unter sich als mit der Hauptstadt. Jedes dieser Forts ist für eine größere Besatzung eingerichtet, mit Bastionen und teilweise auch mit Hornwerken versehen. Die stärksten Forts liegen auf der Ostseite: Romainville, Noisy, Rosny, Nogent, hinter ihnen das als Hauptwaffenplatz dienende Schloß Vincennes. Im Nordosten und Norden liegen das Fort Aubervillers und St. Denis, welches selbst wieder aus drei selbständigen, zu einer förmlichen Festung unter einander verbundenen Forts (de la Briche, Double Couronne und de l'Est) besteht. Im Südosten liegt das Fort Charenton, im Süden decken die fünf Forts Ivry, Bicêtre, Montrouge, Vanves und Issy die Stadt; im Westen, wo die

dreifache Wendung der Seine einen natürlichen Schutz bietet, beherrscht der gewaltige, 415 Fuß über der Seine liegende Mont Valérien die ganze Gegend und steht für sich allein fast wie eine uneinnehmbare Festung da. Die Verbindung aller dieser Außenwerke würde eine Umfassungslinie von mehr als 7 Meilen ergeben. Es gehörte also ein Meisterstück der Strategie dazu, diese ungeheure Kreislinie, wie es wirklich geschah, so zu verschließen, daß die Pariser von der Außenwelt völlig abgeschnitten wurden, und ihnen nur der unsichere Luftballon und die Brieftaube als einziges Verbindungsmittel übrig blieben. Mit der Belagerung von Paris durch die Deutschen kann die Belagerung der alten Weltstädte Babylon und Ninive, Karthago und Jerusalem kaum annähernd verglichen werden.

Am 14. September war die Einschließung von Paris durch die dritte und die Maasarmee vollendet. Das Hauptquartier des Königs befand sich zuerst in dem Rothschildschen Lustschlosse Ferrières, seit dem 5. Oktober in Versailles, der alten Prachtresidenz Ludwigs XIV. Der Kronprinz hatte seinen Sitz in der Villa Lesombrages.

Am 17., 18. und 19. September kam es zu verschiedenen kleinen Gefechten in der Nähe von Paris, von denen das bei Sceaux das bedeutendste war. Hier stieß das zweite baiersche Corps, das bei Villeneuve-St. George die Seine überschritten, auf vier französische Divisionen unter General Ducrot*). Der Kronprinz von Preußen eilte mit Truppen vom V. und VI. Armeecorps herbei und warf die Franzosen hinter die Forts auf Paris zurück und nahm ihnen 7 Feldgeschütze und 1000 Gefangene ab. Ein Zuaven-Regiment lief beim Einschlagen der ersten Granate ohne einen Schuß zu thun, in wilder Flucht in die Stadt zurück. Die Pariser standen auf den Wällen, um die Tapferkeit ihrer Zuaven zu bewundern, und mußten nun diese feige Flucht mit ansehen. „Wir sind verraten!“ riefen die Flüchtigen, nach der in diesem Kriege beliebten Phrase, aber das Volk antwortete ihnen mit: „Feiglinge! Canaille!“

Während in Paris viele Unordnungen vorkamen, fanden

*) Derselbe hatte sein bei Sedan gegebenes Ehrenwort gebrochen und Gelegenheit gefunden, verkleidet von Pont à Mousson nach Paris zu entkommen.

am 19. und 20. September, zu Ferrières Besprechungen zwischen Graf Bismarck und dem beredten Jules Favre statt, um einen Waffenstillstand zu erzielen, allein die von deutscher Seite gestellten Bedingungen wurden von der provisorischen Regierung in Paris nicht angenommen, und so mußte die Belagerung ihren Anfang nehmen.

Die Belagerten suchten die Cernierungskette durch Ausfälle zu durchbrechen, wurden aber stets mit erheblichen Verlusten zurückgetrieben, wobei die Deutschen es nicht versäumten die Belagerungslinie gegen die Angriffe der Feinde immer mehr zu befestigen. So wurden zweiundzwanzig größere Gefechte, ja sogar förmliche Schlachten, herbeigeführt. Am 30. September hatte die dritte Armee im Süden von Paris verschiedene Ausfälle auszuhalten, die siegreich zurückgeschlagen wurden; auch in den ersten Tagen des Oktober kam es zu Gefechten, am 13. geschah ein Ausfall gegen St. Cloud, wobei die Franzosen vom Mont Valérien aus, ohne allen Nutzen, diese Lieblingsresidenz Napoleons in Brand schossen, und die Deutschen den Franzosen ihre Kunstschätze retteten. Am 15. Oktober wurde bei Villejuif gekämpft, und in der Nacht vom 19. zum 20. fiel die Pariser Besatzung unter dem Schutze einer starken Kanonade gegen die deutschen Vorposten bei Chevilly aus; heftiger war am 21. Oktober der Ausfall vom Mont Valérien aus mit 35 Bataillonen und 42 Geschützen, aber auch hier wurden die Franzosen nach mehrstündigem hartnäckigem Kampfe zurückgeschlagen. Noch bedeutender war am 28. Oktober ein Ausfall der Franzosen gegen das Dorf Le Bourget, in welchem die preußische Garde lag. Die Franzosen setzten sich in dem festgebauten Dorfe fest und verschanzten sich in aller Eile. Ein Bombardement am 29. vermochte sie nicht herauszutreiben, und so kam es am 30. zu einem furchtbaren Sturm, wo von 8 Uhr morgens bis gegen Mittag blutig gerungen wurde, bis endlich die Franzosen wichen und ihr Rückzug unter den deutschen Granaten in wilde Flucht ausartete. Abermals konnten die Pariser von den Wällen die Panik der Ihrigen schauen. Bei allen diesen Ausfallsgefechten entwickelten die Kanonen der Forts stets eine unnütze Munitionsverschwendung, ohne den Belagerern viel Schaden zu thun. Besonders brummte der „Onkel Bullrian“, wie die

Deutschen den Mont Valérien nannten, mit seinem Riesengeschütz, „der dicken Josephine", im tiefsten Basse und spie seine Granaten, die sogenannten „Zuckerhüte", gegen die feindlichen Linien. Nach dem Kampfe von Le Bourget blieb es bis gegen Ende November vor Paris still.

Am 30. Oktober kam auch Thiers von Tours nach Versailles, von wo man ihn nach Paris gehen ließ, um sich mit der dortigen Regierung wegen eines Waffenstillstandes zu beraten, während dessen die Wahlen zu einer konstituierenden Versammlung vor sich gehen sollten, um eine gesetzliche Regierung zu schaffen. Nach seiner Rückkehr verhandelte er mehrere Tage mit dem Grafen Bismarck, aber der Waffenstillstand kam nicht zu stande, da die pariser Machthaber aus Furcht vor den roten Republikanern die ganz unannehmbare Forderung stellten, daß Paris sich während des Waffenstillstandes verproviantieren dürfe. Infolge des Mißlingens dieser Unterhandlungen und der Niederlage bei Le Bourget waren die Pariser so wütend, daß die Roten einen Aufstand erhoben, die ganze Regierung auf dem Stadthause gefangen nahmen und sich an einigen Mitgliedern sogar thätlich vergriffen. Schon hatte sich ein sogenannter Wohlfahrtsausschuß gebildet, als der Präsident der Regierung, General Trochu, in der Nacht durch Nationalgarden befreit wurde, der dann seinerseits durch Truppen seine Amtsgenossen befreite und durch Sprengung des Wohlfahrtsausschusses den Aufstand dämpfte — darauf trat der bekannte Rochefort von der Regierung ab. Um eine gesicherte Stellung zu gewinnen, veranlaßte dieselbe eine Abstimmung der pariser Bevölkerung über ihr Bleiben oder Nichtbleiben, und eine zehnfache Mehrheit sprach der Regierung ihr ferneres Vertrauen aus (3. Nov.). Um der Sucht der Franzosen nach pikanten Neuigkeiten zu fröhnen, veröffentlichte die Regierung zurückgebliebene kaiserliche Briefe, die allerdings grelle Streiflichter auf die Verkommenheit des kaiserlichen Hofes fallen ließen, der seinen unheilvollen Einfluß auf die Nation bis in die tiefsten Schichten zwei Dezennien hindurch hatte ausüben können. Auch die Journale fuhren fort, durch Siegeshoffnungen und Siegesberichte die Pariser zu täuschen und zu blenden.*)

*) So sollte ein von der Flotte ausgeschifftes Armeecorps bis Berlin vorgedrungen sein und die Stadt in Brand gesteckt haben!

12. Der Volkskrieg. Die Kämpfe an der Loire, im Norden und Südosten.

Der Kriegsminister der provisorischen Regierung, Leon Gambetta, war in den ersten Tagen des Oktobers von Paris in einem Luftballon aufgeflogen und glücklich nach Tours gekommen, wohin man den Sitz der Außenregierung verlegt hatte. Hier übernahm er die schwierige Aufgabe, wie ein zweiter Carnot, „den Sieg über die Barbarenhorden und Tyrannenknechte zu organisieren". In der That entwickelte Gambetta eine rastlose und in ihrer Art großartige Thätigkeit, die nicht allein Lager, sondern auch Soldaten gleichsam aus der Erde zu stampfen wußte, denen England und Amerika Waffen und Munition lieferten. Durch heißblütige Proklamationen schürte er, in seiner fieberhaften Überreizung selbst verblendet und andere verblendend, den Haß gegen die Deutschen und die Begeisterung für die nationale Verteidigung Frankreichs an und schwang sich zu einer diktatorischen Gewalt empor, wie sie kein Herrscher Frankreichs in höherem Maße je besessen hat. Sein Plan war, den Deutschen vor Paris in den Rücken zu fallen und die Hauptstadt zu entsetzen. Mit überraschender Schnelligkeit zogen sich zahlreiche Heeresmassen zusammen, die aus Franctireurs (Freischärlern), Mobilgarden, Marinetruppen u. a. bestanden. Drei Heere wurden gebildet, das eine im Norden bei Lille, das zweite an der Loire, das dritte im Südosten. Aber es bedurfte längerer Zeit, diese ungeordneten Massen schlagfertig zu machen, und die Deutschen säumten nicht, ihnen mit Erfolg Streitkräfte entgegen zu stellen, die ihnen Niederlagen auf Niederlagen beibrachten, während Gambetta mit einer Schauder erregenden Virtuosität nur von Siegen log und durch dieses gewissenlose Lügensystem, durch welches das Napoleons weit überboten wurde, das Feuer des Krieges auch da noch schürte, als jeder Funke von Hoffnung für die Franzosen bereits erloschen war. Der Krieg nahm nun immer mehr einen andern Charakter an; aus einem Kriege Napoleons III. gegen den König von Preußen hatte sich ein Krieg der Franzosen gegen die Deutschen, der erbitterte Kampf zweier Nationalitäten entwickelt, nicht ohne Ausbrüche von Grausamkeit auf beiden Seiten. Der Volkskrieg flammte nun an drei Punk-

ten auf, an der Loire, im nordöstlichen Frankreich und im Osten (bei Dijon).

An der Loire stand ein französisches Corps unter General de la Motterouge, das über Toury gegen Orleans vordrang. General v. d. Tann erhielt Befehl, ihm mit dem ersten baierischen Corps, der 22. Infanteriedivision und einer Kavalleriedivision entgegen zu rücken. Nach einigen kleineren Gefechten kam es am 10. Oktober zum Kampfe bei Artenay, in welchem eine französische Division geschlagen und genötigt wurde, vor der Stadt Orleans Stand zu halten. Hier entspann sich am 11. Oktober eine neunstündige Schlacht, in welcher die Franzosen nach tapferer Gegenwehr vollständig besiegt und über die Loire geworfen wurden. General v. d. Tann zog in Orleans ein, das von den kampflustigen Baiern erstürmt ward. Die Stadt mußte erleuchtet werden, die Sieger schlugen auf dem großen Platze der Jungfrau von Orleans ein Bivouac auf, dessen Feuer das Standbild der ehemaligen Retterin Frankreichs beleuchteten. Bald darauf ging die 22. Infanteriedivision gegen Chateaudun (unfern Orleans, auf der Linie von Paris nach Tours) vor, fand die Stadt verbarrikadiert und von 4000 Mann Franctireurs tapfer verteidigt. Die deutsche Artillerie erzwang jedoch den Zugang zur Stadt und der Feind wurde zurückgeschlagen. Am 21. Oktober wurde Chartres auf Androhung eines Bombardements von den Mobilgarden geräumt.

Gambetta hatte den General Motterouge, weil er Orleans nicht behauptet hatte, abgesetzt und schickte den General Aurelles de Paladine, um an der Spitze der Loirearmee zu siegen. Vor der Übermacht seiner Armee mußte v. d. Tann am 9. November Orleans räumen und zog sich fechtend zurück. Der Kampf entbrannte auf der Linie Coulmiers, wobei die Franzosen eine verirrte Munitionskolonne und zwei Reservegeschütze (die jedoch kurz darauf zurückerobert wurden) in ihre Gewalt bekamen. Das schwache baierische Armeecorps, kaum 18000 Mann, hatte heldenmütig gegen eine dreifache Übermacht gefochten; sein Verlust betrug 54 Offiziere und 1100 Mann, wogegen die Franzosen selbst den ihrigen auf 2000 Mann angaben. Aurelles zog in Orleans ein; Gambetta schwelgte infolge dieses errungenen Vorteils in Siegeshoffnungen und sah im Geiste schon Paris entsetzt.

Der Bischof von Orleans, Dupanloup, feierte „den großen Sieg“ in einem Hirtenbrief, in welchem er daran erinnerte, daß einst in alten Zeiten Attila mit seinen Horden auch bis Orleans vorgedrungen, aber infolge der Gebete des Bischofs durch Gottes Hülfe wieder abgezogen sei, um auf den catalaunischen Feldern „mit seinen Barbarenhorden den letzten Schlag der Vorsehung zu erwarten.“

Auf deutscher Seite wurden mit Blitzesschnelle Truppen zur Verstärkung des Generals v. d. Tann herbeigerufen. Da die Belagerungsarmee vor Paris durch Verluste und Krankheiten geschwächt war, so war es in diesem kritischen Momente, den die Franzosen nicht zu benutzen wußten, ein Glück, daß durch die Kapitulation von Metz ein treffliches Heer verwendbar wurde, das nun in Eilmärschen teils nach dem westlichen, teils nach dem nördlichen Kriegsschauplatze vorrückte.

Mit den Truppen des Generals v. d. Tann vereinigte sich der Großherzog von Mecklenburg und übernahm den Oberbefehl über die nun 43 000 Mann starke Armee. Schon am 17. November schlug er den Feind bei Dreux zurück und am 18. bei Chateauneuf. Inzwischen rückte die zweite Armee in gewaltigen Märschen heran. Am 20. November erhielt der Großherzog den Befehl, die auf Le Mans ausweichenden Feinde nur durch kleine Abteilungen verfolgen zu lassen, mit den übrigen Truppen aber nach der Loire abzumarschieren. Ehe aber diese Streitkräfte zusammenwirken konnten, war der Feind zum Angriff vorgeschritten. Unter dem Schutz des großen Waldes, der im Norden von Orleans längs der Loire und des Kanals von Orleans sich hinzieht, sammelten die Franzosen ihre Streitkräfte, und am 28. November griffen sie den linken Flügel der Armee des Prinzen Friedrich Karl, das X. Corps, das östlich der Straße Paris-Orleans bei Beaune la Rolande stand, mit großer Übermacht an. Am hartnäckigsten war der Kampf um das Städtchen selbst, das von 10 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags von zwei preußischen Regimentern, dem 16. und 57., die Sturm auf Sturm abschlugen, gehalten wurde. Die Schlacht endete mit dem Rückzug der Franzosen, deren Stärke 70 000 Mann betrug, und mit einem Verluste von über 7000 Mann, unter denen 1000 Tote und 1600 Gefangene. Auf deutscher Seite betrug

der Verlust 1000 Mann. Am 29. November ward die Verbindung zwischen den Truppen des Großherzogs von Mecklenburg und dem Heere des Prinzen Friedrich Karl hergestellt, und letzterer gebot nun über ein Heer von 100- bis 120 000 Mann, das, wenn auch nicht an Zahl, doch in jeder anderen Beziehung der Loirearmee überlegen war. Aurelles Versuch, nach Norden durchzubrechen, war völlig vereitelt.

Aber die französischen Volksheere besaßen eine Zähigkeit und Gewandtheit, sich von den erlittenen Niederlagen zu erholen und von neuem den Kampf zu beginnen, die auch von Seiten des Feindes Bewunderung verdient. General Aurelles hatte nach seiner Niederlage bei Beaune la Rolande in und um Orleans eine feste Stellung eingenommen, die ihm gegen beide deutsche Armeeen Bewegungen gestattete. Daher entspann sich hier eine Reihe blutiger Gefechte, von denen das bei Loigny am 2. Dezember auf den Namen einer Schlacht Anspruch machen kann. Hier wurde der Großherzog von Mecklenburg von einem Teile der Loirearmee, der bei Beaune la Rolande nicht im Kampfe gewesen, angegriffen, aber auch hier begünstigte der Sieg die Deutschen. Die deutschen Truppen waren nun hier in hinreichender Stärke zur Hand, und Prinz Friedrich Karl konnte am 3. Dezember direkt zum Angriff gegen Orleans vorgehen. Unter unaufhörlichen Gefechten mußten die Franzosen zurückweichen; am Abend des 4. nahm das IX. deutsche Armeecorps die Vorstadt St. Jean und den Bahnhof von Orleans mit Sturm, und noch in der Nacht auf den 5. Dezember besetzten die Deutschen die Stadt, wobei 77 Geschütze und 10 000 unverwundete Gefangene in ihre Hände fielen.

Diese Kämpfe an der Loire standen in engem Zusammenhang mit den Ausfällen aus dem belagerten Paris, da Trochu nach dem Siege von Coulmiers, dessen Wichtigkeit absichtlich erhöht wurde, es nicht für unmöglich hielt, die Cernierungsarmee zu durchbrechen und der Loirearmee die Hand zu reichen. Aber während Trochu sich durch die Ausfälle vom 29. November bis 2. Dezember (vgl. 15) vergeblich abmühte, sich einen Weg durch die Linie der Belagerer zu bahnen, wurde die Entsatzarmee durch die II. deutsche Armee und die Abtheilung des Großherzogs von Mecklenburg geschlagen und zersprengt.

Der Diktator Gambetta, dessen Feuereifer durchaus große Erfolge erringen wollte, beging den Unsinn, allzu oft den Befehlshaber zu wechseln, wenn dieser nicht gesiegt oder gar geschlagen war, ohne zu fragen, ob mit der aus den verschiedensten Elementen zusammengewürfelten, schlecht genährten und schlecht disciplinierten Armee, wenn sie auch auf 200000 Mann gebracht war, ein Sieg gegen die deutschen Kerntruppen überhaupt möglich sei. Jetzt setzte Gambetta den General Aurelles ab; er wollte selbst nach Orleans kommen und wäre beinahe deutschen Reitern in die Hände gefallen. Jetzt kehrte er nach Tours zurück. Deutscherseits hatte man nach der dreitägigen Schlacht bei Orleans die Loirearmee für vernichtet gehalten; aber sie hatte sich, von allen Seiten zurückgedrängt, mit großem Geschick in geteilten Haufen hindurch gewunden und mit bewundernswürdiger Schnelligkeit wieder gesammelt. Durch ein Dekret hob der Diktator Gambetta am 6. Dezbr. die Einheit der Loirearmee auf und teilte sie in eine West-Loirearmee unter General Chanzy und in eine Ost-Loirearmee unter General Bourbaki. Nun wurde auch eine Teilung des deutschen Heeres nötig; Prinz Friedrich Karl wandte sich gegen Bourbaki, ohne jedoch Chanzy aus den Augen zu verlieren, der Großherzog von Mecklenburg gegen letzteren, der, durch ein Corps aus Tours verstärkt, bei Beaugency feste Stellung genommen hatte. Zu dem Heeresteile Chanzys hatte sich auch Gambetta begeben, nachdem die Außenregierung von dem bedrohten Tours nach Bordeaux verlegt war. Vom 7. bis zum 10. Dezember kam es zwischen der Armee des Großherzogs und Chanzy bei Beaugency zu einem wütenden Ringen, das mit der Nacht endigte, um mit der Morgenfrühe wieder neu zu beginnen, und erst am Abend des 10. endete die viertägige Schlacht. Am 11. Dezember sah sich Chanzy genötigt, den Rückzug auf Blois und Tours anzutreten. Dann machte er eine Schwenkung nach Paris zu in der kühnen Absicht, von Norden her gegen die französische Hauptstadt vorzurücken, wo ihm dann General Trochu durch einen Ausfall aus Paris die Hand gereicht hätte, aber der Großherzog zwang ihn, die entgegengesetzte Richtung über Vendôme nach Le Mans einzuschlagen. Seine Armee befand sich im traurigsten Zustande.

Während der Großherzog gegen Le Mans vorging,

wandte sich Prinz Friedrich Karl nach Tours, das sich, durch einige Granaten geschreckt, am 21. Dezember ergab. Nach mehreren Gefechten vom 4. Januar 1871 an, in denen Chanzy aus einer Stellung nach der anderen vertrieben ward, erfolgte ein Hauptschlag gegen Le Mans. Prinz Friedrich Karl nahm mit dem III. und X. Armeecorps die Stadt, wo er große Vorräte erbeutete und sein Hauptquartier aufschlug, während der Großherzog mit dem IX. und XIII. Corps die Franzosen bei St. Corneille warf. Während dieser Gefechte hatten die deutschen Truppen den beschwerlichsten Marsch auf den mit Schnee und Glatteis überdeckten Wegen durch ein von Hecken durchzogenes Land zu bewerkstelligen, wo hinter Gebüschen und Mauerwerken Franktireurs lauerten. Die Verluste der Preußen betrugen in der siebentägigen Schlacht bei Le Mans 3500 Mann, die Armee Chanzys verlor über 22000 Gefangene, 2 Fahnen, 19 Geschütze, über 1000 beladene Fahrzeuge und außerdem eine Menge Waffen, Munition und Kriegsmaterial. Bei der Verfolgung des Feindes auf Laval wurden noch über 2000 Gefangene gemacht.

Mit diesem Siege war die Armee Chanzys zersprengt. Die einzelnen Truppenteile flohen in voller Auflösung, von den Deutschen kräftig verfolgt, die ein nochmaliges Aufleben dieser Armee, die trotz ihrer Niederlagen ein glänzendes Beispiel von Zähigkeit und Hartnäckigkeit geliefert hatte, unmöglich zu machen suchten. Die deutschen Truppen besetzten auf dieser Seite des Kriegsschauplatzes die Linie Tours-Laval. Prinz Friedrich Karl drang rastlos vor, in Beaumont wurde reiche Beute gemacht, bei Laval ganze Eisenbahnparks genommen. Der Zustand der geschlagenen Armee war trostlos; die Soldaten warfen alles weg, um nur den im Sturme nacheilenden Preußen zu entgehen, und die strenge Kälte steigerte noch ihre Drangsale. Aber auch unsere Deutschen hatten furchtbar gelitten: Tausende waren unter fast steten Kämpfen bei Tag und Nacht Wochen lang in kein Bett gekommen. In zerrissenen Stiefeln und Uniformen mußten sie, bei unregelmäßiger Verpflegung, fortwährend angestrengt marschieren und gaben durch diesen Winterfeldzug ein erhabenes Zeugnis von Tapferkeit und Ausdauer.

Unterdessen hatte die unter dem General v. Manteuffel stehende erste deutsche Armee, die nach dem Falle von Metz

in nordwestlicher Richtung vorgerückt war, den Kampf gegen die neugebildete Nordarmee, die erst unter dem Befehl Bourbakis, dann nach dessen Abberufung zur Loirearmee unter dem tüchtigen und kriegserfahrenen Faidherbe stand, siegreich eröffnet. Am 27. November ward die französische Armee von Manteuffel geschlagen und südlich von Amiens zurückgedrängt, worauf sie, als am 30. November Amiens durch General v. Goeben besetzt wurde, feste Stellung nahm und sich verschanzte. So war diese Armee unfähig, zum Entsatz von Paris etwas beizutragen. Die Deutschen lieferten anfangs Dezember dem Feinde mehrere siegreiche Gefechte nordöstlich von Rouen; am 5. Dezember wurde diese Hauptstadt der Normandie besetzt, worauf am 9. die Besetzung von Dieppe folgte, einer festen Hafenstadt am atlantischen Meere mit berühmten Seebädern. Als indessen Faidherbe, der sich auf die nördlichen Festungen Arras und Lille zurückgezogen, mit neuen Streitkräften vorrückte, kehrte Manteuffel in Eilmärschen von Westen nach Osten zurück und griff den französischen Feldherrn am 23. Dezember an der Hallue nordöstlich von Amiens an. Die Deutschen mußten hier acht Dörfer stürmen, auf beiden Seiten schlug man sich mit großen Verlusten, bis es endlich der Tapferkeit und Ausdauer der deutschen Truppen gelang, den an Streitkräften und besonders an Artillerie überlegenen Feind zum Rückzug zu nötigen. Dennoch konnte Faidherbe mit Anfang des Jahres 1871 wieder vorgehen und griff am 2. Januar das deutsche Heer bei Bapaume an, aber seine Angriffe wurden abgeschlagen, und am 3., als die Deutschen sich verstärkt hatten, erneuerte sich die Schlacht. Zwar gelang es Faidherbe, die nur schwach besetzten Dörfer nördlich Bapaume zu nehmen, aber seine wiederholten Angriffe auf die Hauptstellung und seine Umgehungsversuche scheiterten an der Festigkeit der Truppen von der Division Kummer und am 4. Januar führte er seine Armee zurück. An die Stelle Manteuffels, der nach dem südöstlichen Schauplatz des Krieges berufen ward, trat v. Goeben. Dieser ging am 18. Januar zum Angriff auf eine vorgeschobene Abteilung Faidherbes vor und am 19. entspann sich die Entscheidungsschlacht bei St. Quentin, in der nach neunstündigem blutigen Kampfe die französische Nordarmee bis zur Vernichtung geschlagen ward. Sie verlor

über 16 000 Mann, darunter 10000 Gefangene. Das preußische Heer hatte etwa 3000 Tote und Verwundete. Erst in Lille suchten sich die Trümmer des feindlichen Heeres wieder zu sammeln. Vergebens waren die Anstrengungen Gambettas, der nach Lille geeilt war, den Widerstand im Norden von neuem anzufachen, und ehe Faidherbe sich wieder kampffähig machen konnte, trat bereits der allgemeine Waffenstillstand ein.

So waren denn zwei französische Armeeen, die Loire- und die Nordarmee, von denen die letztere unter ihrem energischen Führer zwei Monate lang Großes geleistet hatte, vernichtet, und es bleibt noch übrig, einen Blick auf die Ereignisse des südöstlichen Kriegsschauplatzes zu werfen.

Nach dem Falle Straßburgs war General von Werder mit seinem aus badischen und preußischen Truppen bestehenden XIV. Armeecorps südwestlich vorgegangen. Hier hatte er zwar wenig regelmäßiges Militär im offenen Felde gegen sich, wohl aber war der Kampf mit den überall auftauchenden Banden der Franktireurs, die, wenn auch geschlagen, immer wieder von neuem sich bildeten, in dem gebirgigen Terrain mit großen Schwierigkeiten verbunden. Während einzelne Abteilungen der Werderschen Armee den Festungskrieg eröffneten und Schlettstadt und Neubreisach durch von Schmeling (s. 10.) zur Übergabe zwangen, eine unter Cambriel heranziehende französische Ostarmee nach dem hitzigen Gefecht bei Rioz über den Oignon zurückwarfen, Montbeliard (Mömpelgard) besetzten und unter von Treskows Führung Belfort, den südlichen Schlüssel der Vogesen, cernierten, war General von Werder selbst unter siegreichen Gefechten (der badischen Brigade Degenfeld bei Raon l'Etape und St. Dié am 6. Oktober) nach Epinal und Vesoul vorgedrungen und hatte nach dem glücklichen Gefechte bei Gray (27. Oktober) Dijon, die Hauptstadt Oberburgunds, genommen (31. Oktober). Doch räumte er diese Stadt wieder, als der aus den italienischen Verhältnissen bekannte Garibaldi mit Übermacht herannahte.*)

*) In Italien hatte Garibaldi, der von der Insel Caprera entwichen, im September 1867 an der Spitze begeisterter Freischaren einen Einfall ins päpstliche Gebiet unternommen. Napoleon III. schickte dem Papste 10000 Mann zu Hülfe, die Rom besetzten. Am 3. November kam es bei Mentana zu einer blutigen Schlacht; die

Garibaldi, bereits alt und an der Gicht leidend, hielt den Zeitpunkt für gekommen, seine demokratischen Ideeen in Frankreich verwirklicht zu sehen und stellte sein aus Abenteurern aller Nationen, die früher unter ihm gedient hatten, zusammengewürfeltes Corps der jungen französischen Republik zur Verfügung. Nachdem Cambriel wegen der gegen ihn herrschenden Erbitterung den Oberbefehl der französischen Ostarmee niedergelegt hatte, übertrug die Regierung zu Tours, Gambetta an der Spitze, dem italienischen Kondottieren die Führung der sogenannten Freischützen (Franktireurs) der Vogesen, die den Hauptteil des etwa 20 000 Mann starken, aus Mobilgarden und fremden Abenteurern zusammengesetzten Corps bildeten. Unter Garibaldi befehligten seine Söhne Ricciotti und Menotti. Doch entwickelten diese Scharen wegen ihrer buntscheckigen Zusammensetzung nur geringe Brauchbarkeit, und Garibaldis Erfolge entsprachen nicht den Erwartungen, die man von dem Glanze seines Namens erwartet hatte. Am meisten Manneszucht und Zuverlässigkeit zeigte noch die aus Italienern bestehende Abteilung Menottis.

Zwischen dem Corps von Werder und Garibaldis Scharen entspannen sich in der Gegend von Dijon bei Pasques am 26. November wiederholte Kämpfe, die stets mit dem Rückzug der Garibaldianer endeten. Nach dem Rückzug Garibaldis schritt von Werder wieder zur Besetzung Dijons. Als ein unter General Cremer stehendes Heer von Lyon her zur Unterstützung Garibaldis heranzog, kam es am 18. Dezember zu dem blutigen Gefecht bei Nuits südlich von Dijon, in dem der Feind, freilich unter großen Verlusten, — Prinz Wilhelm von Baden ward verwundet —, durch General von Glümer völlig geschlagen und zersprengt wurde. Noch aber sollte der Werderschen Armee eine große Gefahr drohen.

Freischaren, schlecht bekleidet und bewaffnet, vom Hunger erschöpft, kämpften mit glänzender Tapferkeit, erlagen aber endlich den französischen Chassepotgewehren, und der General de Failly meldete nach Paris: „Die Chassepotgewehre haben Wunder gethan.“ Garibaldi wurde gefangen und in Spezzia vor Gericht gestellt, bald aber krank nach Caprera entlassen. Rom erhielt von neuem eine französische Besatzung. Zum Dank für geleistete Hülfe ernannte der Papst einen Vetter Napoleons, Lucian Bonaparte, zum Kardinal.

Gambetta und die ihm zur Seite stehenden Ratgeber hatten einen kühnen Kriegsplan entworfen. Bourbaki sollte mit der einen Hälfte der geteilten Loirearmee (s. oben) von Nevers aus nordöstlich vorgehen, sich unterweges mit den Zuzügen aus dem Süden vereinigen, dann zum Entsatz der bedrängten Festung Belfort vorrücken, endlich den in Frankreich stehenden deutschen Heeren die Verbindung mit Deutschland abschneiden und einen Einfall in Baden, Würtemberg und Baiern machen. Durch Scheinbewegungen war es Bourbaki gelungen, die Deutschen fortwährend zu täuschen, und schon am 2. Januar 1871 erreichte er Dijon. Diese neugebildete französische Ostarmee hatte eine Stärke von 90 000 Mann und rückte in Eilmärschen den Vogesen zu. General v. Werder, die Pläne des Feindes durchschauend, verließ Dijon, wohl erkennend, daß seine Stellung, mitten zwischen der Festung Belfort und der zu ihrem Entsatz herbeieilenden überlegenen feindlichen Armee, im höchsten Grade gefährlich sei. Er zog sich daher in angestrengten Märschen bei furchtbarer Winterkälte nach Vesoul hin, in dessen Nähe er das bedeutende Gefecht bei dem Dorfe Villersexel gewann (9. Jan.), in dem das von den Franzosen besetzte feste Schloß erstürmt ward. So hatte Werder dem Feinde den Vorsprung abgewonnen und konnte auf den waldigen Höhen hinter dem Lisainebach eine günstige, zum Teile mit dem Belagerungsgeschütz von Belfort verschanzte Stellung nehmen, welche ihn in den Stand setzte, einerseits den Entsatz Belforts zu verhindern, andrerseits dem Andrang der überlegenen Heeresmacht bei Héricourt zu begegnen und dem von Norden heranziehenden Heere Manteuffels die nötige Zeit zu verschaffen. „Durch kommen sie nicht! wir dürfen sie nicht durchlassen!" das war das Wort, welches durch alle Reihen der Werderschen Truppen lief, und Gott verließ die mutigen Deutschen nicht. In dreitägiger Schlacht (15.—17. Januar) bei Montbeliard wies das heldenmütige XIV. Armeecorps, nur 35 000 Mann stark, geleitet durch Werders Feldherrntalent, alle Angriffe des 150 000 Mann starken Feindes zurück, ohne zu weichen und zu wanken. Ganz Europa schaute mit Bewunderung auf die todesmutige Heldenschar, an deren Spitze Werder wie ein zweiter Leonidas glänzte. König Wilhelm sprach ihm und seinen tapferen Truppen seinen königlichen

Dank und seine höchste Anerkennung aus. Bourbaki, dessen Heer unter Regen, unter Eis und Schnee in den Vogesenbergen und ihren Thälern furchtbar gelitten hatte, mußte jetzt (18. Jan.) nach einem Verluste von 10000 Mann an Toten und Verwundeten den Entsatzversuch auf Belfort aufgeben und zog sich auf das feste Besançon zurück, wo eine schreckliche Katastrophe seiner harrte. Die Erbärmlichkeit des französischen Sanitäts- und Verpflegungswesens, die sich im ganzen Kriege gezeigt, offenbarte sich hier in allerschlimmster Weise, indem Hunderte von französischen Kranken und Verwundeten ohne alle ärztliche Hülfe und Verpflegung von den verfolgenden Deutschen auf der Heerstraße liegend angetroffen wurden.

Da dem deutschen Hauptquartier zu Versailles die bedrohte Lage Werders nicht entgangen war, so wurde aus dem vor Paris liegenden II. Armeecorps und dem VII. eine neue, die sogenannte Südarmee, unter dem Oberbefehle des von der Nordarmee abberufenen Generals v. Manteuffel gebildet, der den Auftrag erhielt, dem bedrängten Werderschen Corps schleunigst Hülfe zu bringen, das dann einen Teil der Südarmee ausmachen sollte. Manteuffel traf am 12. Januar in Chatillon mit dem II. und VII. Armeecorps zusammen, noch 18 Tagemärsche von Belfort entfernt und zog in Eilmärschen über den Côte d'or und die eisbedeckten Höhen des Jura zwischen Dijon und der Festung Langres hindurch auf Vesoul los, ohne von den Garibaldianern, die, bei Dijon durch eine Brigade in Unthätigkeit gehalten, auch Bourbakis Angriffe gegen Werder nicht unterstützt hatten, behelligt zu werden.*) Auf seinem Vormarsch nach Vesoul

*) Manteuffel stellte dem etwa 25000 Mann starken Corps Garibaldis den General Kettler mit 6000 Mann gegenüber. Bei den Kämpfen um Dijon hatte das 8. pommersche Regiment Nr. 61 den Unfall, am 23. Januar eine Bataillonsfahne in die Hände der Garibaldianer geraten zu sehen, die einzige Fahne, die während des ganzen Feldzuges von deutscher Seite verloren gegangen ist. Das Bataillon hatte im Kampfe mit der Übermacht nach dem Falle des Fahnenträgers und seiner Nachfolger im Pulverdampfe die fehlende nicht bemerkt. Am andern Tage fanden sie die Garibaldianer unter einem Hügel von Leichen, mit Blut getränkt, zerschossen und zerbrochen. Ricciotti Garibaldi gab in einem an General Kettler gerichteten Schreiben, in dem er die Tapferkeit des Regiments rühmend anerkannte, von dem Auffinden der Fahne genauere Kunde.

erfuhr Manteuffel die glorreichen Kämpfe Werders gegen Bourbaki. Sofort gab er seinen Plan, sich mit Werder zu vereinigen, auf, schob in kühnen Märschen seine beiden Corps nach Südwesten, und verlegte dem von Osten und Westen her verfolgten Feinde die Rückzugslinie nach Lyon. Endlich wurde das noch immer 85 000 Mann starke Heer Bourbakis, das aber durch Niederlagen, beschwerliche Märsche, durch Hunger und Elend zur Verzweiflung gebracht war, infolge der Sperrung der Jurapässe gezwungen, in die neutrale Schweiz überzutreten (1. Februar), nachdem die siegreichen Gefechte der Deutschen westlich von Pontarlier bei den Dörfern Chaffois und Sombacourt (29. Jan.) und bei la Cluft (30. Jan.), in welchem die Franzosen 15 000 Gefangene verloren, die furchtbare Katastrophe zum Abschluß gebracht hatten.*) Am 1. Februar fiel auch nach Garibaldis eiligem Abzug Dijon wieder in deutsche Hände. — Bald darauf ergab sich auch das seit mehr als drei Monaten belagerte Belfort, das Obrist d'Enfert mit Ausdauer und genialer Kunst verteidigt hatte (16. Februar). Er zog unter militärischen Ehren ab.

So waren denn vier Feldarmeeen, von denen Paris seine Rettung erwartete, vernichtet und zersprengt, jede Aussicht auf Entsatz ging für die Hauptstadt verloren, und der Schlußakt des gewaltigen Kriegsdramas, der Fall der ungeheueren Weltstadt, war bereits eingetreten.

---

13. Die Kapitulation von Paris. Der Friede. Die Herrschaft der Kommune in Paris.

Nach den Niederlagen der Loire-, Nord- und Ostarmee konnte das Schicksal der Hauptstadt nicht mehr zweifelhaft sein. In den letzten Tagen des November und im Anfang des Dezember erneuerten sich die erfolglosen Ausfälle der Pariser. Am 29. November wurde ein unter Vinoys Leitung gegen die Stellung des VI. Armeecorps unternommener

*) Bourbaki, an Rettung verzweifelnd, wollte sich durch die Kugel töten, brachte sich aber nur schwere Verwundungen bei, von denen er später geheilt wurde.

Angriff bei l'Hay und Chevilly unter starken Verlusten der Franzosen zurückgewiesen. Der heftigste von allen Ausfällen geschah am 30. November, den besonders Würtemberger (unter v. Obernitz), Sachsen und Pommern auszuhalten hatten. Es gelang den Franzosen, den Deutschen mehrere Dörfer zu entreißen, in denen sie sich festsetzten. Der 1. Dezember war auf Wunsch der Franzosen ein Ruhetag, am 2. Dezember aber wurde die feindliche Ausfallsarmee nach den siegreichen aber blutigen Gefechten der deutschen Truppen um Champigny, Brie, Conoully in die Stadt zurückgetrieben. Dennoch machte Trochu am 21. Dezember noch einen Versuch, sich mit der Nordarmee zu vereinigen; aber auch in diesem Kampfe, in welchem die Franzosen einen vergeblichen Versuch machten, le Bourget wieder zu erobern, mußten sie unterliegen.

Auf deutscher Seite wurden die höchst schwierigen Vorbereitungen, den Widerstand der Pariser durch ein Bombardement abzukürzen, ohne besondere Störungen fortgesetzt. Wenige Tage nach dem letzten Ausfall eröffnete die Belagerungsarmee, nachdem zwölf Batterieen mit 76 furchtbaren Geschützen aufgestellt waren, die Beschießung der Südfront, und der Mont Avron, östlich von Fort Rosny, dessen Feuer den Belagerern großen Schaden gethan, wurde am 27. Dezember bombardiert. Die Wirkung war eine so gewaltige, daß die französischen Geschütze bald zum Schweigen gebracht wurden, die Franzosen über Nacht ihre Stellung räumten und die Geschütze nach Paris hinein retteten. Diese Beschießung gab den Parisern einen vorläufigen Begriff von der Wirkung deutscher Geschütze. Am 29. Dezember wehte die deutsche Fahne vom Mont Avron, den das XII. Armeecorps besetzt hatte, und der Verlust dieser wichtigen Stellung nötigte die Verteidiger von Paris, ihre außerhalb der Forts befindlichen Truppenabteilungen in die Stadt zurückzuziehen, da diese jetzt den Geschossen der deutschen Besatzung des Mont Avron ausgesetzt waren. Endlich, nachdem die Ungeduld in Deutschland, wo man die großen Schwierigkeiten, den gewaltigen Belagerungspark heranzuführen, außer acht ließ, aufs höchste gestiegen war, nahm nun auch die Beschießung von Paris ihren Anfang. Das Bombardement begann auf der Ostfront, und erweiterte sich am 5. Januar auf die Süd-

front, am 6. auf die Nordfront. Die vielbesprochene Frage, ob die deutschen Geschütze überhaupt bis in die Riesenstadt hineintragen würden, erledigte sich schnell, als die mächtigen Geschosse nicht nur in den Forts wüteten, sondern Tod und Schrecken weit darüber hinaus, mitten hinein nach Paris schleuderten. Täglich wurden nun deutscherseits neue Belagerungsbatterieen errichtet, während die Franzosen das Feuer sowohl aus den Forts als auch von den Stadtwällen aus kräftig erwiderten. Überhaupt ertrugen die Pariser alle Leiden der Belagerung mit einer bewundernswürdigen Ausdauer, wie man sie von der wegen ihrer Weichlichkeit und Üppigkeit verrufenen Bevölkerung der Hauptstadt nicht erwartet hatte. Nicht nur, daß die Männer, welche die nationale Verteidigung übernommen, mit staunenswerter Anstrengung und Thatkraft arbeiteten, die Stadt zu schützen und die Ordnung aufrecht zu halten, nicht nur, daß viele Tausende Tag und Nacht in den Werkstätten aller Art thätig waren, die Verteidigungsmittel zu schaffen, die verwöhnte Bevölkerung zeigte sich auch imstande, sich alle Genüsse zu versagen, die größten Entbehrungen, die ekelhafteste Nahrung, zuletzt den nackten Hunger, Kälte und Frost Monate lang zu ertragen. Es gab keine Theater mehr, keine öffentlichen Belustigungen, keine Gasbeleuchtung; die Einwohner mußten hungern und frieren, da zuletzt auch Kleienbrot und Pferdefleisch (eine große Ratte kostete einen Thaler), sowie die Steinkohlen ausgingen. Unterstützt und ermutigt wurden die Pariser in der Ertragung aller Strapazen und alles Elends durch den maßlosen Stolz auf ihre erhabene Weltstadt, die sie das Palladium der civilisierten Menschheit nannten. Bei ihrer tief eingewurzelten Gewohnheit, sich selbst zu bewundern und von anderen bewundert zu werden, fuhren sie fort, ihren alten Illusionen zu fröhnen. „Man baute auf die Uneinnehmbarkeit der großen befestigten Stadt, auf ihre zahlreiche bewaffnete Bevölkerung, auf Unterstützung von außen her, auf die vermeintliche Scheu des Feindes, das Ilium und Rom der modernen Welt gründlich zu beschädigen, und wollte nicht aus der halb natürlichen, halb künstlichen Rolle des Heldentums fallen, deren Durchführung man vor der ganzen Welt übernommen hatte.“

Das Bombardement, welches Paris in beständiger Angst

erhielt, Menschen tötete und Feuersbrünste entzündete, drängte Trochu, durch Massenausfälle diesem Zustand ein Ende zu machen, und so folgte denn vom 8. Januar 1871 an wieder eine Reihe verlustvoller Ausfälle, von denen der am 19. Januar — es war der Tag der Schlacht von St. Quentin und des Rückzugs der Bourbakischen Armee — bald den Umfang einer Schlacht annahm. Mit einem Heere von 100000 Mann machten die Pariser vom Mont Valerien aus den letzten verzweifelten Versuch gegen die Dörfer Montretout, Buzenval und Garches, um den feindlichen Belagerungsring zu durchbrechen. Zwar nahmen sie am Morgen die Höhen bei Garches, aber bis 9 Uhr abends wurden sie durch das furchtbare Geschützfeuer der Deutschen und durch die Tapferkeit des V. Armeecorps in ihre Stellung zurückgeworfen. Erst die hereinbrechende Dunkelheit macht dem blutigen und hartnäckigen Gemetzel ein Ende. Die Franzosen verloren 1200 Tote und hatten überhaupt einen Verlust von 10000 Mann, während der Verlust der Deutschen viel geringer war. Infolge dieser neuen Niederlage stellte General Trochu das Ersuchen um einen 48stündigen Waffenstillstand. Im deutschen Hauptquartier lehnte man jedoch das Ansuchen ab, in der Überzeugung, daß man die Wirkungen des Schreckens auf die Pariser vollständig ausnutzen müsse, und so fuhren denn die Belagerungsgeschütze fort, mit ungeschwächter Kraft und Furchtbarkeit Tod und Verderben zu schleudern in die Behausungen der hungernden und frierenden Bevölkerung, um endlich eine Entscheidung herbeizuführen. Und sie kam endlich! Trochu hatte nach der letzten Niederlage den Oberbefehl niedergelegt, und General Vinoy war an seine Stelle getreten. Aber die Verzweiflung war aufs höchste gestiegen, keine Hülfe mehr zu hoffen, jeder Tag längeren Zögerns konnte dem Hungertode nur weitere Opfer zuführen. Da begab sich am 23. Januar Jules Favre in das deutsche Hauptquartier, um über die Kapitulation zu unterhandeln. Das Elend der Hauptstadt hatte auch an ihm seine Spuren hinterlassen. Bismarck ließ zuerst ein Diner für seinen Gast holen, dann begannen die Unterhandlungen, in denen die stolzen Worte „keinen Fuß breit Landes“, „keinen Stein von unseren Festungen“ keinen Raum mehr fanden. Die Verhandlungen kamen am 28. Januar zum Abschluß einer von

Bismarck und Jules Favre unterzeichneten Kapitulation. Es wurde ein Waffenstillstand auf drei Wochen zu Wasser und zu Lande geschlossen, von dem jedoch auf Favres Wunsch der südöstliche Kriegsschauplatz im Elsaß, von wo Gambetta noch immer große Siege Bourbakis verkündete, ausgeschlossen blieb; doch ruhten auch hier seit der Katastrophe von Pontarlier die Waffen. Außerdem wurde bestimmt, daß die Pariser Forts von den Deutschen besetzt, alle Linientruppen und Mobilgarden in Paris kriegsgefangen sein und sämtliche Waffen ausgeliefert werden sollten. Die Stadt blieb cerniert, durfte sich aber nach Auslieferung der Waffen verproviantieren. Die Nationalgarde sollte die Aufrechthaltung der Ordnung übernehmen, und binnen 14 Tagen eine konstituierende Versammlung nach Bordeaux berufen werden.

Am 29. Januar wurden die Forts von den deutschen Truppen besetzt, und die Fahnen der deutschen Armeeen wehten siegverkündend über der gefallenen Weltstadt, in der jetzt die letzte Regung des Widerstandes erloschen war. Die ungeheuere Riesenfestung war nach eben so ungeheueren Anstrengungen der Belagerer endlich zu Fall gebracht, und mit vollem Rechte sagte der König in seinem Telegramm: „Dies ist der erste segensvolle Lohn für den Patriotismus, den Heldenmut und die schweren Opfer. Ich danke Gott für diese neue Gnade, möge der Friede bald folgen!"

Der Wunsch des edlen Monarchen sollte bald in Erfüllung gehen. Am 12. Februar trat die französische Nationalversammlung in Bordeaux zusammen, in deren Hände die Regierung der Nationalverteidigung ihre Gewalt niederlegte. Die neue Versammlung erwählte den alten Thiers zum Chef der Exekutivgewalt und eine Kommission von zwölf Mitgliedern, welche derselben bei den Friedensverhandlungen zur Seite stehen sollte. Die letzteren begannen sofort — der Waffenstillstand war bis zum 6. März verlängert worden — und führten am Abend des 26. Februars zum Abschluß der Friedenspräliminarien, die von der Nationalversammlung schon in der Nachtsitzung vom 1. März genehmigt und am 2. März von König Wilhelm ratifiziert wurden. Das Telegramm des siegreichen Monarchen brachte die lang ersehnte Friedenskunde in folgenden Worten: „So eben habe Ich den Friedensschluß ratifiziert, nachdem er schon gestern in Bordeaux

von der Nationalversammlung angenommen ist. So weit ist also das große Werk vollendet, welches durch siebenmonatliche siegreiche Kämpfe errungen wurde. Dank der Tapferkeit, Hingebung und Ausdauer des unvergleichlichen Heeres in allen seinen Teilen und der Opferfreudigkeit des Vaterlandes. Der Herr der Heerscharen hat überall unsere Unternehmungen sichtlich gesegnet und daher diesen ehrenvollen Frieden in seiner Gnade gelingen lassen. Ihm sei die Ehre! Der Armee und dem Vaterlande mit tiefbewegtem Herzen meinen Dank!" — Und kaum war die Kunde vom Frieden erschollen, da verkündete sie hehrer Glockenklang von allen Türmen im deutschen Vaterlande, da prangten von neuem die Städte im Schmuck der Fahnen, da donnerten die Kanonen ihre Siegessalven, die Häuser strahlten vom Lichterglanz, und auf den Gipfeln der Berge loderten die hellen Freudenfeuer im ganzen einigen Deutschland zur Feier des Friedens. Aus aller Herzen drang Lob und Preis zum Ewigen: „Der Herr hat Großes an uns gethan! Ehre sei Gott in der Höhe!"

Die Friedenspräliminarien wurden in den Friedenskonferenzen zu Brüssel und Frankfurt a. M. (10. Mai) in einen definitiven Frieden verwandelt. Die wichtigsten Bestimmungen desselben sind folgende:

1) Frankreich tritt an Deutschland den Elsaß mit Ausnahme Belforts, sowie Deutschlothringen mit Metz und Thionville ab (im ganzen 257 Quadratmeilen mit 1 580 000 Einwohner, darunter 500 000 Franzosen);
2) Frankreich zahlt an Deutschland als Kriegsentschädigung 5 Milliarden Franken, und zwar die eine noch im Jahre 1871, die anderen in einer Frist von drei Jahren;
3) die deutschen Truppen räumen unmittelbar nach Ratifikation des Friedensvertrags durch die französische Nationalversammlung die Pariser Südforts und das linke Seineufer. Die Räumung der übrigen zwischen dem rechten Seineufer und der Ostgrenze gelegenen Departements wird seitens der deutschen Truppen allmählich nach Zahlung der ersten Milliarde und in entsprechender Weise nach Erhebung der weiteren Milliarden erfolgen; die restierenden Summen werden mit

5 Prozent verzinst, und zwar vom Tage der Ratifikation an gerechnet;

4) die Kriegsgefangenen werden unverzüglich zurückgegeben;

5) die Verwaltung der okkupierten Departements wird französischen Beamten übergeben werden, jedoch stehen diese unter den Befehlen der deutschen Kommandeure.

Außer einer Kontribution von 200 Millionen Francs sollte der französischen Hauptstadt, deren Presse noch immer in der unverschämtesten Weise eine herausfordernde Sprache führte, die Demütigung nicht erlassen bleiben, den Einzug der Sieger in ihre Mauern mit anzusehen. Am 1. März zogen unter den Klängen des Pariser Einzugsmarsches von 1815 etwa 30000 Mann deutscher Truppen durch die Barriere de l'Etoile in Paris ein und lagerten auf den Champs Elysées und den benachbarten Plätzen, doch räumten sie nach Ratifikation der Präliminarien die Stadt bereits am 2. März. Auch bei dieser Gelegenheit bewiesen die fanatisierten Pariser weder Takt noch Würde, und nur die Ruhe und musterhafte Haltung der deutschen Truppen verhinderten Ereignisse, die schwere Folgen hätten haben können. Überhaupt kennt seit dem Kriege der Haß der Franzosen gegen alles, was deutsch heißt, keine Grenzen und spricht sich nicht allein im pöbelhaften Schimpfen und Lästern, sondern auch in der oft ausgesprochenen Absicht aus, seiner Zeit für die erlittenen Niederlagen an Deutschland Rache zu nehmen. Schrie doch Gambetta mit seiner Partei noch immer: „Krieg bis aufs Messer!" Diese verblendete Nation kann es nicht einsehen, daß die frevelhafte Kriegserklärung von ihr ausging. Sie fand eine wohlberechtigte Forderung darin, den deutschen Rhein zu nehmen; daß aber Deutschland die einst zu ihm gehörigen Provinzen als Siegespreis zurücknimmt, dünkt ihr ein unverzeihlicher Raub. Was die Kriegsentschädigungen anbetrifft, so konnten sie nur denen zu hoch erscheinen, welche die verhältnismäßig viel größeren Anforderungen nicht kannten, die einst 1806 und 1807 Frankreich an das niedergeworfene und auf die Hälfte verkleinerte Preußen gestellt hatte.

So war denn die Riesenarbeit des gewaltigsten aller Kriege unter Gottes Gnade durch die herrliche und meister-

hafte Heerführung und die hingebendste und opferwilligste Ausdauer und Tapferkeit der Truppen zu einem für Deutschland ruhmvollen Ende geführt. Der Krieg hatte im ganzen 210, und wenn man die eigentliche kriegerische Thätigkeit nur allein berechnet, 180 Tage gedauert. In diesen 180 Tagen hatten die Deutschen die Wehrkraft des größten Kriegsstaates zerbrochen; 156 größere oder kleinere Gefechte, 17 Schlachten waren geliefert, 26 feste Plätze genommen, fast eine Million bewaffneter Feinde getötet oder entwaffnet,*) über 6700 Geschütze und 120 Adler oder Fahnen und ein unermeßliches Kriegsmaterial waren erbeutet. Nach solchen Triumphen kehrte Preußens König, inzwischen zum deutschen Kaiser erhoben, am 17. März 1871, in seine Hauptstadt zurück, die ihm mit treuer Liebe und Verehrung entgegenjubelte. Der feierliche Einzug der Truppen in Berlin fand am 16. Juni statt. Die Trophäen des Feldzuges wurden auf den Stufen des Denkmals niedergelegt, welches der siegreiche Monarch seinem königlichen Vater, Friedrich Wilhelm III. hatte errichten lassen.

Während die deutschen Heere zurückkehrten und die ganze Nation von der blutigen Arbeit zu den Werken des Friedens und der Freiheit sich hinwandte, war der unglücklichen Hauptstadt Frankreichs noch keine Ruhe gegönnt. Infolge eines Arbeiteraufstandes erhob unter dem roten Banner der socialdemokratischen Republik die Schreckensherrschaft der Kommune in Paris ihr Haupt. Man wollte endlich einmal die Umgestaltung der menschlichen Gesellschaft im Sinne des Proletariats in Angriff nehmen, dem man schon längst erklärt hatte, alle Religion müsse abgeschafft, die Ehe aufgehoben, direkte Gesetzgebung durch und für das Volk eingeführt, das Erbrecht vernichtet und Grund und Boden in Kollektiveigentum verwandelt werden. Zunächst verlangte ein Central-Komitee der Nationalgarden Fortdauer des Tagessoldes von $1\frac{1}{2}$ Francs, bis allen Nationalgardisten Arbeit oder Anstellung verschafft sei, und freie Wahl der Offiziere. Die Regierung, welche inzwischen samt der Nationalversammlung von Bordeaux nach Versailles übergesiedelt war, verstärkte ihre Truppen.

*) 100 000 getötet, 363 000, darunter 11 600 Offiziere gefangen nach Deutschland geführt, gegen 400 000 in Paris entwaffnet, 83 000 nach der Schweiz gedrängt.

Die aus Deutschland heimkehrenden Franzosen mußten sofort wieder kämpfen und zwar gegen ihre eigenen Landsleute. Über zwei Monate lang übten die gemeinsten und wildesten Klassen der Bevölkerung einen Terrorismus aus, der an die Zeit Robespierres im Schreckensjahre 1793 erinnerte. Am 28. März wurde die neue „Pariser Kommune" feierlich proklamiert. Diese erließ am 19. April eine Erklärung, welche statt der bisherigen „despotischen Centralisation", welcher das Proletariat seine Sklaverei verdanke, „die absolute Autonomie der Gemeinden auf alle Ortschaften Frankreichs ausdehnte". Diese neueste Aera der Freiheit entwickelte den äußersten Grad von Tyrannei, in der weder Sicherheit des Eigentums noch der Person galt, ja die Gewalthaber waren nicht einmal vor einander sicher. Nur nach langem blutigen Kampfe gelang es den Regierungstruppen unter Mac Mahon den Widerstand der Kommune zu brechen; erst am 25. Mai drangen sie über Haufen von Leichen und Trümmern in das Innere der Stadt ein, über welche die Belagerung durch die eigenen Brüder und die wilden vandalischen Greuel der rasenden Verteidiger — eine Anzahl von Geiseln, unter ihnen der Erzbischof Darboy von Paris, wurden erschossen — ungleich mehr Leiden verhängt hatte, als die vorausgehende durch die Deutschen. Die schönsten Bauten der Stadt, Stadthaus, Louvre, Tuilerien, die Vendômesäule und andere Denkmäler der Kunst, ja ganze Straßenviertel waren durch Petroleum in Schutt und Asche gelegt, und erst nach einem dreitägigen Verzweiflungskampfe, der über 10 000 Menschen dahinraffte, erlosch das grauenvolle Schauspiel der social-demokratischen Republik in Blut, Brand und Trümmern.

14. Wiederaufrichtung des deutschen Kaisertums.

Herrlich war die Frucht der glorreichen Siege; alle Schmach, die uns der übermütige Erbfeind seit drei Jahrhunderten zugefügt, war gerächt und getilgt, urdeutsche Lande an unserer Westgrenze waren wieder für Deutschland gewonnen; noch herrlicher aber war die Frucht, die aus dem glücklich beendeten Krieg für den inneren Ausbau unseres Vaterlandes hervorging: die Wiederaufrichtung des ehrwür-

digen, durch Frankreichs Gewaltthätigkeit und Frevelmut zertrümmerten deutschen Kaisertums.

Schon im Beginne des heiligen Krieges zur Verteidigung des Vaterlandes durchdrang alle deutschen Herzen das lebhafte Gefühl, daß der Main nicht mehr die Grenze zwischen Nord- und Süddeutschland bilden dürfe, daß die Staaten des Nordens und des Südens zu einer politischen Einheit zusammenwachsen müßten. Seit dem Jahre 1866, wo Östreich aus Deutschland ausgeschieden, war in den Fürsten Süddeutschlands die Erkenntnis zur Geltung gekommen, daß sie nur in engem Anschluß an den mächtigen deutschen Staat, der an der Spitze des norddeutschen Bundes stand, einerseits ihren eigenen Ländern die nötige Sicherheit nach außen verschaffen, andrerseits den allgemeinen nationalen Bedürfnissen Rechnung tragen könnten, deren Erfüllung auch südlich vom Main in einer Einigung zwischen dem Norden und Süden immer dringender verlangt ward. Die süddeutschen Fürsten hatten, treu den mit Preußen geschlossenen Verträgen, an dem gewaltigen Waffengange gegen Frankreich den rühmlichsten Anteil genommen, das Band der Waffenbrüderschaft, der gemeinsame Kampf der vereinigten deutschen Stämme gegen Frankreich, ihr ruhmvoller Sieg über den Erbfeind deutscher Einheit und Größe hatte das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit zwischen Nord und Süd mit solcher Stärke erwachen lassen, daß fortan von einer politischen Grenze durch den Main keine Rede mehr war. In der ganzen Nation lebte nur das eine Streben, die seit so langer Zeit ersehnte und durch die Gründung des norddeutschen Bundes verheißungsvoll angebahnte, aber noch nicht vollendete Neugestaltung in der Einigung des gesamten Vaterlandes zu verwirklichen. War es doch, als der greise Heldenkönig in den Krieg zog und die deutschen Fürsten selbst oder doch die Prinzen ihres Hauses sich an seine Seite stellten, als ob die Zeiten der alten Römerfahrten sich erneuerten! Wie das Volk jetzt sich unter *einem* obersten Führer und Kriegsherrn zur Verteidigung des vaterländischen Bodens erhoben hatte, so wollte es auch für alle Zukunft ein einig Volk von Brüdern, zu *einem* stattlichen Ganzen fest verbunden sein und bleiben. Schon im November 1870 kamen die Verträge zum Abschluß, durch welche die süddeutschen Staaten mit dem Nordbunde

sich zu einem deutschen Reiche verbanden. Als daher König Wilhelm in den Herrscherpalast der alten Bourbonen eingezogen war, da richtete der mächtigste der übrigen deutschen Fürsten, der jugendliche patriotische König Ludwig II. von Baiern, im Namen sämtlicher deutschen Fürsten an das Bundesoberhaupt, den König Wilhelm den Siegreichen die Bitte, die im Gedächtnis des Volkes nie geschwundene Herrlichkeit deutscher Nation durch Erneuerung der Kaiserwürde und Übernahme der Kaiserkrone zu vollenden. Am 18. Dezember nahm König Wilhelm dieselbe Bitte von den Abgesandten des norddeutschen Bundes entgegen und verhieß, er werde sich dem Rufe des gesamten Vaterlandes nicht entziehen. So ward denn auf Frankreichs blutgetränkten Gefilden der Grundstein zum neuen deutschen Reiche gelegt, und der Krieg hatte gerade das Ziel so herrlich gefördert und verwirklicht, das der Nationalfeind in seiner Tücke und Arglist hintertreiben wollte.

Am 18. Januar 1871, an dem Tage, an welchem 170 Jahre vorher Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg sich die preußische Königskrone aufs Haupt gesetzt, in dem Spiegelsaale des Schlosses Ludwigs XIV. zu Versailles, von welchem so unheilvolle Pläne zur Erniedrigung und Zersplitterung Deutschlands ausgegangen sind, erklärte König Wilhelm von Preußen, im Kreise deutscher Fürsten, Heerführer und Abgeordneten, daß er für sich und seine Nachfolger auf dem Throne Preußens die ehrwürdige deutsche Kaiserwürde annehme. Ganz Deutschland jubelte auf bei der frohen Kunde, und alle Herzen begrüßten mit Preis und Dank die Worte, mit welchen die kaiserliche Proklamation schloß: „Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reichs und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinigte Kraft seines Volkes, zu verteidigen. Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volke vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermütigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren. Uns aber und unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allezeit

Mehrer des deutschen Reichs zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens, auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung."

Am 21. März 1871 wurde der erste allgemeine deutsche Reichstag eröffnet. In der Eröffnungsrede sprach Kaiser Wilhelm I. in Demut den Dank gegen Gott aus für die weltgeschichtlichen Erfolge, mit denen seine Gnade die Eintracht der deutschen Bundesgenossen, den Heldenmut und die Mannszucht der Heere und die opferfreudige Hingebung des Volkes gesegnet hatte, und schloß dann mit den Worten: „Möge die Wiederherstellung des deutschen Reichs für die deutsche Nation auch nach innen das Wahrzeichen neuer Größe sein! Möge dem deutschen Reichskriege ein nicht minder glorreicher Reichsfriede folgen, und möge die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein, sich in dem Wettkampfe um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen! Das walte Gott!"

Der innere Ausbau des Reiches machte rasche Fortschritte. Die Gesetzgebung und Verfassung des norddeutschen Bundes wurde auf das ganze Reich übertragen;*) Heer, Flotte, Post- und Telegraphenwesen steht unter kaiserlicher Verordnung; einheitliches Maß-, Gewicht- und Münzsystem ward eingeführt. Elsaß und Deutschlothringen wurden deutsche Reichslande und erhielten ihre eigene kaiserliche Verwaltung.

*) Von den 58 Stimmen des deutschen Bundesrates hat Preußen 17, Baiern 6, Sachsen 4, Württemberg 4, Baden 3, Hessen 3, Mecklenburg-Schwerin 2, Braunschweig 2, die anderen Staaten haben je eine Stimme. Der Bundesrat beschließt über die dem Reichstag zu machenden Vorlagen und über die zur Ausführung der Bundesgesetze erforderlichen allgemeinen Einrichtungen. Bei Gesetzesvorschlägen über das Kriegswesen giebt, wenn im Bundesrate Meinungsverschiedenheit herrscht, das Präsidium den Ausschlag, wenn es sich für die Beibehaltung der bestehenden Einrichtungen ausspricht. Der Reichstag geht aus allgemeinen und direkten Wahlen hervor und wird von 382 Abgeordneten gebildet. — Baiern und Würtemberg behielten sich Post und Telegraphie, Eisenbahnwesen und anderes vor; der König von Baiern behauptete seine Oberkriegsherrlichkeit wenigstens für die Friedenszeit; Würtemberg begnügte sich mit der Sonderverwaltung seines Corps. — Verfassungsveränderungen sollten durch ein Veto von 14 Stimmen verhindert werden können. — Die Truppenkontingente der einzelnen Bundesstaaten stehen im Kriege unter dem Oberbefehl des Bundesfeldherrn.

Straßburg, der alte Sitz deutscher Kunst und Wissenschaft, erhielt eine glänzend ausgestattete Universität (28. April 1872).

Das deutsche Reich, das in seinem Innern auf den Gebieten der Kunst und Wissenschaft, des Ackerbaus, des Handels und der Gewerbe einen energischen Aufschwung genommen, steht in einer Wehrhaftigkeit und Machtfülle da, wie nie zuvor, so daß sich ihm kein anderes an die Seite stellen kann. Frankreichs Kraft ist gebrochen und wird Jahrzehnte brauchen, um sich von den schweren Niederlagen und den Stürmen seiner inneren Parteikämpfe zu erholen. Englands politischer Einfluß ist gesunken, und Rußland und Östreich, nach anderen Seiten hin beschäftigt, werden hoffentlich den inneren Frieden des deutschen Reichs nicht stören, eine Hoffnung, die in der Dreikaiserbegegnung zu Berlin (6. September 1872; s. unten) ihre Bürgschaft findet.

Möge unser teures deutsches Vaterland in seiner aus blutiger Saat erwachsenen Neugestaltung unter Gottes Gnade die Segnungen des Friedens genießen, einig im Innern und stark nach außen! Möge in unserer Jugend der Geist fortleben für alle Zukunft, der die Kämpfer des letzten Krieges von Sieg zu Sieg führte, der Geist der Frömmigkeit, Tapferkeit und Treue!

XXVIII.

Das deutsche Reich.

(1871—1881.)

1. Der Kampf zwischen Staat und Kirche (Kulturkampf).

Während die Franzosen ohne Unterschied der Parteien sich ihren Rachegelüsten überließen, stieß die Gründung des deutschen Reiches auch im übrigen Ausland nach allen Seiten auf Mißtrauen und Abneigung. Deutschland hatte durch seine glücklichen Kriege an Achtung überall, an Liebe nirgends gewonnen. Doch auch im Innern erhoben sich anfangs Gegensätze, welche der Durchführung des Einheitsgedankens hindernd in den Weg traten. Die Fürsten waren für ihre Souveränität besorgt, die untersten Schichten fürchteten ma-

terielle Lasten, und nur die mittleren Kreise vertraten die Idee des einheitlichen Bundesstaates. Daneben wirkte das alte Erbübel, die gegenseitige Abneigung der deutschen Volksstämme, noch in voller Kraft in dem Widerwillen, mit welchem der Süddeutsche das norddeutsche, besonders das preußische Wesen betrachtete, und die Partikularisten betonten die Gefahr des Militarismus und der Erhöhung der Steuern. Wenn auch die Worte des Kaisers bei Eröffnung des ersten Reichstages im allgemeinen den lebhaftesten Anklang fanden, so entwickelte sich doch bald in der klerikalen Partei, welche mit der Herstellung des Reichs auch eine Herstellung des Papsttums und seiner weltlichen Herrschaft beabsichtigte, eine energische Opposition.

Fast gleichzeitig mit der französischen Kriegserklärung, am 18. Juli 1870 war durch die Bemühungen der Jesuitenpartei in dem am 8. Dezbr. 1869 durch Papst Pius IX. eröffneten ökumenischen Koncil im Vatican das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes durchgesetzt worden, aus welchem praktische Folgerungen auf alle Verhältnisse des Staates zum Verderben des letzteren gezogen werden können. Denn wenn alle Aussprüche, welche der Papst in der Ausübung seines Amtes auf dem Gebiete der Glaubens- und Sittenlehre thut, unfehlbar sind, so muß notwendig das gesamte staatliche Leben und die ganze Gesetzgebung in ihrem innersten Marke von diesen Aussprüchen ergriffen werden. Die Treue der Unterthanen, der Eid der Beamten und Soldaten verlor seine Bedeutung, sobald der Staat seinen Bürgern Pflichten auferlegte, welche mit den Kirchengesetzen nicht übereinstimmten, oder sobald der Papst den Landesherrn exkommunicierte und Bürger und Soldaten ihres Eides entband. Das Dogma von der Unfehlbarkeit konnte natürlich von keiner Regierung anerkannt werden, ohne daß sie zugleich ihre eigene Selbständigkeit aufgab. Im Geiste dieses Dogmas suchte nun die klerikale Partei das neue Reich wieder in die mittelalterliche Bahn zurückzuführen, die Oberhoheit der Kirche über den Staat zu erringen und das Reich zum weltlichen Arm der Hierarchie herabzuwürdigen. Kaum war die Kaiserproklamation in Versailles erfolgt, als katholische preußische Abgeordnete in einer Adresse den Kaiser baten, er möge sein kaiserliches Amt durch eine glorreiche That ein-

weihen und durch Wiederherstellung des Kirchenstaates und der weltlichen Herrschaft des Papstes der Kirche ihre Unabhängigkeit wieder verschaffen," aber die Worte der Thronrede bei Eröffnung des ersten Reichstages, welche „der Unabhängigkeit aller anderen Staaten und Völker" dieselbe Achtung zollten, die Deutschland für seine eigene Selbständigkeit beanspruche," machten solche Wünsche zu nichte. Noch mehr that dies die Antwortsadresse auf die Thronrede, in der es hieß: „Die Tage der Einmischung in das innere Leben anderer Völker werden, so hoffen wir, unter keinem Vorwande und in keiner Form wiederkehren." In ihren Erwartungen getäuscht, suchten die Klerikalen, an ihrer Spitze Bischof Ketteler von Mainz, Windthorst, Mallinckrodt und die beiden Reichensperger, die sogenannten Grundrechte der preußischen Verfassung auch in die Reichsverfassung einzuführen. Infolge der nachgiebigen Regierung und des romantischen Sinnes König Friedrich Wilhelms IV. hatte die katholische Kirche in Preußen eine fast souveräne Stellung erworben; der Staat schien nur da zu sein, um ihr seinen weltlichen Arm zu leihen. Über ganz Norddeutschland hatte sich eine große Anzahl von Klöstern, Orden, Kongregationen gebildet; die Kirche waltete in ihren Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitsanstalten mit voller Selbständigkeit, und der Staat hatte auf sein früheres Ernennungs-, Vorschlags-, Wahl- und Bestätigungsrecht bei Besetzung der geistlichen Stellen verzichtet. Eheschließung, Kirchenzucht, Ausbildung der jungen Geistlichen, Leitung der Volksschule, Verwaltung des Kirchenvermögens und Überwachung der theologischen Fakultäten waren der Machtbefugnis der Bischöfe anheimgegeben, die durch Exkommunikationen die Unterwerfung unter ihre Beschlüsse erzwangen. So bildete diese hierarchische Priestermacht einen „Staat im Staate," der den Gesetzen sich nur in soweit fügte, als es die höheren Gebote der Kirche zuließen, und den Eid der Treue und des Gehorsams gegen die weltliche Obrigkeit nur mit Vorbehalt und bedingungsweise leisten wollte, unter dem Vorgeben, „man müsse Gott mehr gehorchen als den Menschen." Durch die Verkündigung des Unfehlbarkeitsdogmas wurde das Verhältnis der katholischen Kirche für den Staat noch gefährlicher. Ihre Bestimmungen konnten in der Reichsverfassung keine Stelle fin-

den, wenn nicht der Keim der Zersetzung und Auflösung von vornherein der neuen Schöpfung aufgeimpft werden, wenn nicht das Zeitalter Gregors VII. zurückkehren sollte mit seiner mittelalterlichen Vorstellung, daß sich der Staat zur Kirche wie der Mond zur Sonne verhalte. Kam nun dazu noch der für das Reich so bedenkliche Umstand, daß die römische Kurie mit ihrer gesamten Hierarchie in politischer Hinsicht Partei nehme für die beiden katholischen Mächte Östreich und Frankreich, welche den preußisch-deutschen Waffen erlegen waren, und deren Preßorgane die Flamme des Hasses gegen Preußen und Deutschland schürten, so sah sich die Reichsregierung in die Notwendigkeit versetzt, den Kampf gegen die römische Priesterherrschaft mit aller Energie aufzunehmen. Dieser Kampf betraf die Erhaltung der edelsten Güter der modernen Welt, die Erhaltung der freien Wissenschaft und des geistigen Lebens, und gestaltete sich somit von selbst zu einem Kulturkampf, in dem es sich zeigen mußte, ob die wissenschaftlichen Errungenschaften des forschenden Geistes oder die mittelalterliche Auktorität der Kirche die Welt beherrschen sollten.

Als die Beschlüsse des vatikanischen Koncils als absolute Glaubens- und Kirchengesetze bekannt gemacht wurden, begann zunächst der Kampf in Baiern. Der Stiftspropst Döllinger, die erste wissenschaftliche Größe des katholischen Deutschlands, erließ am 28. März 1871 an den Erzbischof von München-Freising ein offenes Sendschreiben des Inhaltes, daß das neue Dogma von der Unfehlbarkeit und Allgewalt des Papstes der heiligen Schrift wie den Traditionen der Kirche widerspreche, und falls es bei den Katholiken Deutschlands zur Herrschaft kommen sollte, „den Keim des unheilbaren Siechtums, an dem das alte Reich zu Grunde gegangen, auch in das eben erbaute neue Reich verpflanzen würde." Er erbot sich zu einer gelehrten Disputation und schloß sein Schreiben, das die Runde durch Europa machte, mit den Worten: „Als Christ, als Theolog, als Geschichtskundiger, als Bürger, kann ich diese Lehre nicht annehmen." Sein Urteil über die deutschen Bischöfe, welche in Rom anfangs opponiert und sich dann unterworfen hatten: „Kein einziger glaubt daran!" wurde zu einem „geflügelten Worte". Die über ihn verhängte Exkommunikation beantwortete die

Universität mit seiner Ernennung zum Rektor für das nächste Studienjahr. In seiner Antrittsrede nannte er den Koncilsbeschluß eine Kriegserklärung Roms gegen die deutsche Wissenschaft und wies nach, daß die vatikanischen Beschlüsse seit mehr als zwanzig Jahren durch systematische Fälschung der theologischen Lehrbücher vorbereitet gewesen seien. Nach der von den Jesuiten aufgestellten Lehre werde dem Papste eine „vollendete Universalherrschaft und geistliche Diktatur beigelegt, welche zu endloser verderblicher Zwietracht zwischen Staat und Kirche, zwischen Geistlichen und Laien führen müsse."

Solche Erörterungen ließen der deutschen Nation keinen Zweifel darüber, daß es der päpstlich-jesuitischen Partei nur darum zu thun sei, die Herrschaft der Kirche und ihrer Organe über die Christenwelt und die blinde Unterwerfung der Menschheit unter die geistliche Auktorität wider Vernunft und Wissenschaft zur ausschließlichen Geltung zu bringen. Diesem ultramontanen Streben gegenüber war die Reichsregierung entschlossen, alle klerikalen Ansprüche, alle Ein- und Übergriffe auf das staatliche Gebiet entschieden abzuweisen, die im Schoße der katholischen Kirche sich bildende Spaltung aber sich selbst zu überlassen. Die Staatsregierungen erklärten alle Katholiken, mochten sie die neuen Koncilsbeschlüsse annehmen oder verwerfen, für gleichberechtigt und versicherten sie des Schutzes der Gesetze. In Berlin erschien am 8. Juli 1871 die Verordnung über die Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium, die mit der evangelischen zu einer Sektion für geistliche Angelegenheiten vereinigt wurde. Damit war den Ultramontanen in Preußen ihr eigentliches Organ im Interesse der römischen Kurie entzogen. Auch in Baiern wies die Regierung die übertriebenen Ansprüche der Bischöfe zurück. In München lud ein Aufruf des „Komitees der katholischen Aktion" alle Katholiken Deutschlands, Östreichs und der Schweiz zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Folgen der Koncilsbeschlüsse ein. Aus dieser Opposition ging der Altkatholicismus hervor, der allein sich im Besitze der katholischen Lehre erklärte und die Anhänger des Unfehlbarkeitsdogmas als Abgefallene und Neukatholiken bezeichnete. Eine Versammlung hervorragender Katholiken aus Deutschland, Östreich, Ungarn, der Schweiz, England, Frankreich, Holland, Rußland, Italien, Spanien hielt vom 22. bis 24.

September zu München einen Kongreß ab, der gegen den „päpstlichen Staatsstreich" im Vatikan protestierte und erklärte, daß man am alten katholischen Glauben und Kultus wie an der Kirchenverfassung festhalte, die Lehre von der Unfehlbarkeit und der höchsten Jurisdiktion des Papstes verwerfe, einen wissenschaftlich gebildeten und patriotischen Klerus wünsche, die Aufhebung des Jesuitenordens als eines kulturfeindlichen und staatsgefährlichen Instituts verlange und die Rechte der Altkatholiken auf das Vermögen der Kirche aufrecht halte. Zugleich wurde zur Bildung altkatholischer Gemeinden aufgefordert. Die Regierung verhielt sich zwar parteilos, erklärte aber, daß sie Gemeinden, die sich aus Anhängern der alten katholischen Kirche bilden würden, als vollberechtigte Glieder der katholischen Kirche ansehen werde. Während sich Döllinger der Bildung solcher Gemeinden widersetzte und von der Leitung der Bewegung zurückzog, wurde Professor Reinkens von Breslau am 4. Juni 1873 zu Köln zum Bischof gewählt, in Rotterdam feierlich geweiht und von den Regierungen Preußen, Baden und Hessen als katholischer Bischof anerkannt. Obgleich Baiern diese Anerkennung mit Rücksicht auf sein Konkordat von 1817 verweigerte, standen sich auch hier zwei Parteien einander gegenüber: die aufgeklärtere Bevölkerung der Städte und die zelotische der Klerikalen und des Landvolkes. Um den Agitationen der letzteren entgegenzutreten, wurde der von den baierischen Bevollmächtigten gestellte Antrag, dem Strafgesetzbuch einen den Mißbrauch der Kanzel betreffenden Zusatz beizufügen, am 28. November 1871 vom Reichstag angenommen. Diesem „Kanzelparagraphen" zufolge, den auch der baierische Kultusminister von Lutz verteidigte, wurde der Mißbrauch des geistlichen Amtes und der Kanzel zu politischen Wühlereien mit Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren bedroht. Auf ihre Klagen über Beschränkung der Freiheit erhielten die Klerikalen mit Recht die Antwort, daß nicht die Freiheit beschränkt werde, sondern nur ihr angemaßtes Vorrecht, durch Angriffe auf Gesetz und Obrigkeit den allgemeinen Frieden zu stören.

Die Jesuitenpartei hatte sich das Ziel gesetzt, das ganze Kirchensystem nach Inhalt und Form, den inneren und den äußeren Organismus durch das Dogma von der Unfehlbarkeit

und absoluten Gewalt des Papstes als göttliche Anordnung und dadurch als unangreifbaren Glaubenssatz aufzustellen. Man suchte dem unwissenden Volke vorzuspiegeln, daß sich der Staat in seinem wohlberechtigten Widerstande gegen die Übergriffe der Kirche auf sein Gebiet einer sträflichen Religionsverfolgung schuldig mache, und ging darauf aus, unter der Masse den Geist des Fanatismus, der Parteileidenschaft und Lästerung zu entflammen. Die Ultramontanen wußten es als christenfeindliches Treiben auszulegen, wenn die Regierungen verlangten, daß sich die Kirche auf ihre eigentliche religiöse Aufgabe beschränke, ihre weltlichen Ansprüche fahren lasse und aufhöre, den modernen Staat und die freie Wissenschaft zu hemmen und zu bekämpfen. Dagegen hatten Preußen und das deutsche Reich das natürliche Streben, den Wühlereien der Ultramontanen gegenüber die Grenze zwischen Staat und Kirche genauer zu bestimmen, eine Aufgabe, welche nach dem Abgang des Kultusministers von Mühler sein Nachfolger, der Geheime Oberjustizrat Falk, mit Energie und juristischer Sicherheit löste. Im Dezember 1871 legte die Regierung dem Landtag ein neues Schulaufsichtsgesetz vor, welches die Aufsicht über alle öffentlichen und privaten Unterrichts- und Erziehungsanstalten dem Staate und den von ihm ernannten Orts- und Kreisschulinspektoren, der Kirche aber die Mitwirkung für den Religionsunterricht und die sittliche Erziehung der Jugend zuwies. Dieses Gesetz, welches die bisherige Abhängigkeit der Volksschule von der Kirche beseitigte, stieß auf den heftigsten Widerspruch der ultramontanen, besonders der polnischen Bevölkerung des Königreiches, welche letztere trotz der unter preußischem Scepter ihr zu Teil gewordenen Wohlthaten teils aus nationalem Widerwillen, teils aus übertriebenem katholischen Religionseifer die Einführung der deutschen Sprache in den Schulen und das neue Schulaufsichtsgesetz mit der größten Leidenschaft bekämpfte. Dennoch gelang es der Energie des Fürsten Bismarck und des Kultusministers Falk, gestützt auf die damals überwiegende national-liberale Partei, das neue Gesetz im Abgeordnetenhause zur Geltung zu bringen (13. Februar 1872). Im März erfolgte dessen Durchführung auch im Herrenhause.

Da die Versammlung der preußischen Bischöfe in Fulda, „am Grabe des hl. Bonifacius", wider Erwarten dem neuen

Gesetz sich zu fügen beschloß, so wollte die preußische Regierung diese anscheinend versöhnlichere Stimmung benutzen, eine nähere Verständigung mit Rom anzubahnen. Der Kardinal Hohenlohe, der sich früher der Gunst des Papstes zu erfreuen gehabt, sollte als Vertreter des Kaisers und Reichs nach Rom gesandt werden. Allein kaum wurde diese Absicht im Vatikan bekannt, so erfolgte auch schon die Zurückweisung, da Hohenlohe den Ansichten und Zielen des Papstes und der ihn beherrschenden Jesuitenpartei fern stand. In dieser Weigerung des Papstes, Hohenlohe als Gesandten in Rom anzuerkennen, lag eine persönliche Beleidigung gegen den Kaiser. Als deshalb im Reichstag der Antrag gestellt ward, die Ausgabe für das Gesandtenamt bei dem Papste im Budget zu streichen, verhinderte Fürst Bismarck, der eine Verständigung mit der Kurie nicht ganz unmöglich machen wollte, zwar diesen Beschluß, indem er in der Gesetzgebung das beste Mittel zur Beseitigung des Konfliktes zwischen Staat und Kirche erkannte, that aber auch, um dem Centrum gegenüber die volle Souveränität des Staates gegen unberechtigte Ansprüche zu wahren, den denkwürdigen Ausspruch: „Nach Kanossa gehen wir nicht, weder in kirchlicher noch in staatlicher Beziehung."

Über die letzten Ziele der Jesuitenpartei konnte kein Zweifel obwalten. Sie ergaben sich klar aus einem auf dem letzten Konzil gethanen vatikanischen Ausspruch: „Die Kirche steht hoch über dem Staat, sie hat die oberste Gewalt, sie hat darüber zu entscheiden, was die Fürsten in den öffentlichen Angelegenheiten zu thun und zu lassen haben. Wenn ein Staatsgesetz in Widerspruch steht mit einem kirchlichen, so geht das letztere vor." Unter solchen Umständen gingen dem Reichstage von 1872 Petitionen zu, daß dem wühlerischen Treiben der Jesuiten, die das neue Dogma von der Infallibilität und Allgewalt des Papstes mit allen Mitteln zur Geltung bringen wollten, durch die Gesetzgebung ein Ende gemacht werden müsse. So hatte denn der Reichstag über die Ausweisung der Jesuiten zu beraten, und allen Gegenbestrebungen des Centrums zum Trotz, kam nach längeren Verhandlungen mit den Regierungen und dem Bundesrate mit kaiserlicher Bestätigung ein Gesetz zustande, wonach die Jesuiten und die ihnen verwandten Orden und ordensähn-

lichen Kongregationen vom Gebiet des deutschen Reiches ausgeschlossen, die Einrichtung von Niederlassungen derselben untersagt, die bestehenden aber längstens binnen sechs Monaten aufgelöst werden sollten, wonach ferner die Angehörigen solcher Orden, wenn sie Ausländer sind, aus dem Landesgebiete ausgewiesen, wenn sie Inländer sind, auf bestimmte Aufenthaltsorte beschränkt werden können (5. Juli 1872). Binnen Jahresfrist war das Gesetz seinem ganzen Umfang nach vollzogen.

Nun brach der Kulturkampf in hellen Flammen aus. Während der Staat dem mittelalterlichen Papsttum den Krieg erklärte und seine Souveränität für alle Staatsangehörige, geistliche wie weltliche, aufrecht erhielt, entwickelte die Kirche ihrerseits die Macht ihrer Auktorität über alle Gläubigen, verlangte unbedingten Gehorsam und schloß diejenigen aus ihrer Gemeinschaft und von ihren Gnadenmitteln aus, die sich ihren Satzungen widersetzten. Der Erzbischof Melchers von Köln exkommunicierte vier Bonner Professoren der katholischen Theologie wegen Ungehorsams gegen die vatikanischen Beschlüsse; der katholische Feldprobst, Bischof Namszanowski, untersagte den altkatholischen Geistlichen jede Kultushandlung in der Garnisonkirche zu Köln, ward aber wegen seines Widerstandes gegen die Militärgesetze seines Amtes entsetzt. — Bischof Krementz von Ermland hatte über zwei altkatholische Priester, Michelis und Wollmann, die Exkommunikation verhängt. Das Kultusministerium aber beließ sie im Amte und entzog den renitenten Prälaten ihre Temporalien unter Bestätigung der Gerichte (1871). Der gesamte deutsche Episkopat scharte sich um das Banner des jesuitischen Papsttums; das katholische Volk wurde mit leidenschaftlichen Schriften und bischöflichen Hirtenbriefen gegen den gottlosen Zeitgeist und über die Drangsale der Kirche und ihrer Gläubigen überschüttet. Erzbischof Ledochowski von Posen, von national-religiösem Hasse gegen Preußen beseelt, wurde vom Papste zum „Primas von Polen“ ernannt, im römischen Kalender unter den regierenden Fürsten als Stellvertreter der polnischen Könige aufgeführt, ein Gebaren, das stark an Revolution streifte. Die Erbitterung des Vatikans über das entschlossene Auftreten der deutschen Reichsregierung entlud sich erst im Jahre 1872 in zwei Äußerungen des

Papstes. Der Deputation eines katholischen deutschen Vereins sagte Pius IX. (am 25. Juni): „Seien Sie vertrauend und einig! Denn irgend ein Stein wird vom Berge herabfallen und die Ferse des Kolosses zertrümmern," und in seiner Allocution an die Kardinäle (23. Dezember) sprach er von den grausamen Kirchenverfolgungen im deutschen Reiche und von der „Anmaßung" und „Unverschämtheit" der Reichsregierung. Infolge dieses Verhaltens wurde der diplomatische Verkehr zwischen Deutschland und Rom abgebrochen und blieb es neun Jahre lang, aber der in Bonn tagende Mainzer Katholikenverein sprach dem Papste seine tiefste Ehrfurcht und Dankbarkeit aus für die in der Allocution gebrauchten Worte.

So groß auch in Frankreich die Freude sein mochte über diese priesterliche Unterstützung des Revanchegedankens, so gewaltige und tiefe Wurzeln auch die mehr als tausendjährige päpstliche Monarchie in der katholischen Welt geschlagen hatte, so viel stand fest, die Zeiten hatten sich geändert und das neue deutsche Reich war ein anderes als das alte unter Heinrich IV., dem unglücklichen Büßer von Kanossa. Während die Bischöfe und ihre Anhänger den päpstlichen Beschlüssen zujauchzten und im Namen der allein selig machenden Kirche die Fahne der Empörung erhoben, ging die preußische Regierung unbeirrt auf dem begonnenen Wege fort, das Grenzgebiet zwischen Staat und Kirche genauer zu bestimmen und die gegenseitigen Rechte festzustellen. Unterstützt von Kirchenrechtslehrern und anderen Fachmännern, hatte Kultusminister Falk vier Gesetzentwürfe aufgestellt. Sie enthielten die Forderungen des modernen Staatsrechts gegenüber den Ansprüchen des mittelalterlichen Kaisertums und haben, nachdem sie am 15. Mai 1873 als Staatsgesetze veröffentlicht worden waren, unter dem Namen der „Maigesetze" Berühmtheit erlangt. Das erste von diesen Gesetzen handelt von den kirchlichen Straf- und Zuchtmitteln, das zweite von der Anstellung und Vorbildung der Geistlichen, das dritte von der Errichtung eines königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten, das vierte von dem Austritt aus der Kirche. Durch diese Gesetze sollte die Abhängigkeit der niederen Geistlichkeit von den Bischöfen aufgehoben, die Erziehung und Bildung der jungen Geistlichen in die Be-

fugnis des Staates gebracht, dieser also vor der Anstellung unzulänglich gebildeter und antinationaler Elemente geschützt, und renitente Bischöfe vor den staatlichen Richterstuhl gezogen werden. Das Hauptgewicht lag auf dem Gesetze über Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, da es die Anstellung abhängig machte von der Vorlegung eines Zeugnisses über bestandene Maturitätsprüfung, von der Zurücklegung eines dreijährigen theologischen Studiums auf einer deutschen Staatsuniversität und von der Ablegung einer wissenschaftlichen Staatsprüfung in den allgemein bildenden Fächern der Philosophie, Geschichte, der deutschen Litteratur und der klassischen Sprache. Alle kirchlichen Lehranstalten zur Vorbildung von Geistlichen wurden unter Staatsaufsicht gestellt, Knabenseminare und Knabenkonvikte für ungesetzlich erklärt. Jede Pfarrstelle sollte innerhalb eines Jahres besetzt und der vom Bischof Ernannte der Staatsbehörde zuvor angezeigt werden.

Die katholische Kirche sah namentlich in drei Punkten unberechtigte Eingriffe des Staates in ihre Rechte: in der Verpflichtung des Bischofs, von jeder Anstellung oder Versetzung der Regierung Anzeige zu machen, in der Beaufsichtigung der kirchlichen Lehranstalten unter Forderung eines sogenannten Kulturexamens und in dem Rechte des Staates, durch den königlichen Gerichtshof Geld- und Gefängnisstrafe, selbst die Absetzung renitenter Bischöfe und Geistlichen zu verhängen. Im Abgeordnetenhause erhielt die Maigesetzgebung gegenüber den Bestrebungen des Centrums und vieler Konservativer eine bedeutende Majorität, im Herrenhause aber bedurfte der Reichskanzler der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit und Beredsamkeit, um die klerikalen und feudalen Gegner niederzuwerfen. „Es handele sich nicht" bewies er, „um den Kampf einer evangelischen Dynastie gegen die katholische Kirche, wie man den Katholiken Preußens einzureden suche, sondern um den uralten Machtstreit zwischen Königtum und Priestertum; das Papsttum sei von jeher eine politische Macht gewesen, die mit Erfolg in die weltlichen Verhältnisse eingegriffen habe; in diesem Kampf habe der Papst stets auch nach der Herrschaft über den Staat getrachtet; mit Hülfe der Franzosen hätten er und seine Anhänger das Heldengeschlecht der Hohenstaufen gestürzt und

dessen letzten Sprossen auf das Schafott gebracht; auch in Deutschland würde man von „„ähnlichen Thaten Gottes durch die Franken"" zu erzählen haben, wenn der Krieg unglücklich ausgefallen wäre; es handele sich um die Grenze zwischen Priester- und Königsherrschaft, und diese Grenze müsse so gefunden werden, daß der Staat dabei bestehen könne, der im Reiche dieser Welt das Regiment und den Vortritt habe." Endlich erlangten die Gesetzentwürfe auch im Herrenhause die Stimmenmehrheit, wurden vom Kaiser bestätigt und als Gesetze veröffentlicht. Eine Erweiterung der Maigesetze gab das Reichsgesetz vom 4. Mai 1874, welches der Regierung das Recht gewährte, renitente Kleriker an einen anderen Ort zu versetzen, sie an ferneren amtlichen Handlungen zu verhindern und ihnen bei beharrlichem Ungehorsam gegen das Gesetz die Staatsangehörigkeit zu entziehen.

Obgleich die Maigesetze das kirchliche Dogma an sich unberührt ließen, und die meisten ihrer Bestimmungen sogar in rein katholischen Ländern zwischen den Regierungen und dem päpstlichen Stuhl längst vereinbart waren, so nahm doch der preußische Episkopat, indem er auch die äußeren Institutionen der Kirche auf göttliche Anordnung zurückführte, eine entschieden feindselige Stellung gegen dieselben ein. In Kundgebungen jeder Art erklärten die Bischöfe, daß ihnen die Grundsätze ihrer Kirche nicht gestatteten, sich Gesetzen zu unterwerfen, welche dieser nur die Rechte beließen, die der Staat ihr anweise, indem durch eine solche Unterwerfung die Gottheit Christi und die Göttlichkeit seiner Lehre und Stiftung geleugnet und das Christentum von der Willkür der Menschen abhängig gemacht würde. Sie verweigerten daher den Inspektoren der Regierung die Einsicht in die Lehrpläne und den inneren Organismus der geistlichen Unterrichtsanstalten. Ebenso leisteten die Bischöfe der Verpflichtung, von jeder Ernennung eines Pfarrers dem Oberpräsidenten Anzeige zu machen, beharrlichen Widerstand. Die Regierung untersagte den eigenmächtig von den Bischöfen ernannten Geistlichen die Ausübung gottesdienstlicher Handlungen und entzog denselben die bürgerliche Gültigkeit. In den streng katholischen Gegenden Preußens, in Posen, Westfalen und im Rheinland, wo die Volksmasse entschieden auf Seiten der Geistlichkeit stand, entbrannte der Streit mit aller Macht. Da die Bischöfe in

der selbständigen Ernennung der Pfarrer beharrten, so erhob die Regierung bei den Gerichten Klage, und diese erkannten auf Geldbußen und im weiteren Verlauf auf Gefängnisstrafen. Außer einer Anzahl von Geistlichen traf dieses Los auch mehrere höhere Prälaten, den Grafen Ledochowski, welcher der Staatsgewalt besonders Trotz geboten, den Erzbischof Paulus Melchers von Köln und die Bischöfe von Paderborn, Trier und Münster. Die Abführung derselben geschah ohne Störung, und nur Katholiken niederen Standes begleiteten knieend mit ihren Gebeten die „Märtyrer" ihres Glaubens. Die Ultramontanen jammerten über „diokletianische Verfolgungen", und der Papst pries die Standhaftigkeit und Beharrlichkeit der glaubenstreuen Geistlichen. Der königliche Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten machte es dem Staate möglich, über die im Widerstand gegen die Gesetze beharrenden Bischöfe die Amtsentsetzung auszusprechen. Diese Strafe ward über den Erzbischof Ledochowski verhängt, der nach Ostrowo in Haft gebracht ward. Für die Verwaltung des kirchlichen Vermögens ward, wenn die Domherren nicht binnen zehn Tagen zur Wahl eines Vertreters schritten, durch Anstellung weltlicher Beamten gesorgt. In Zukunft sollten Bischöfe nur angestellt werden, wenn sie einen Homagialeid schwuren, in dem sie Gehorsam gegen die Staatsgesetze, Treue gegen den König und patriotischen Sinn gelobten.

Die Ultramontanen suchten jetzt den Glauben zu verbreiten, als ob der Monarch anderer Ansicht sei als die Regierung, und diesen von seinen Ministern zu trennen. In einem Schreiben an den Kaiser vom 7. August sprach der Papst es unumwunden aus, daß derselbe die „rigorosen" Maßregeln, die auf Vernichtung der katholischen Kirche abzielten, nicht billige, und gab ihm zu bedenken, daß die Wirkung derselben die Untergrabung des eigenen Thrones sein werde. „Ich rede mit Freimut", heißt es weiter, „denn mein Panier ist Wahrheit, und ich rede, um eine meiner Pflichten zu erfüllen, nämlich die, Allen die Wahrheit zu sagen, auch denen, die nicht Katholiken sind. Denn jeder, welcher die Taufe empfangen hat, gehört in irgend einer Beziehung oder auf irgend eine Weise dem Papste an." Auf diesen Brief antwortete Wilhelm I.: „Der heilige Vater sei

über deutsche Verhältnisse falsch berichtet, wenn er der Vermutung Raum gebe, daß die Regierung Bahnen einschlüge, welche der Kaiser nicht billige. Nach der Verfassung könne ein solcher Fall gar nicht eintreten, da alle Gesetze und Regierungsmaßregeln der landesherrlichen Zustimmung bedürften. Zu seinem Schmerze habe seit zwei Jahren ein Teil der katholischen Unterthanen Preußens eine politische Partei organisiert, welche den seit zwei Jahrhunderten bestehenden konfessionellen Frieden durch staatsfeindliche Umtriebe zu stören suche. Diese Bewegung hätten katholische Geistliche nicht nur gebilligt, sondern sie hätten sich ihr bis zur offenen Auflehnung gegen die Landesgesetze angeschlossen. Sr. Heiligkeit werde nicht entgangen sein, daß ähnliche Erscheinungen sich gegenwärtig in der Mehrzahl der europäischen und in einigen überseeischen Staaten wiederholten. Die Aufgabe des Kaisers sei es, in den Staaten, deren Regierung ihm von Gott anvertraut sei, den inneren Frieden zu schützen und das Ansehen der Gesetze zu wahren. Zu seinem Bedauern hätten viele katholische Geistliche das Gebot des Gehorsams gegen die weltliche Obrigkeit verletzt und dadurch die kaiserliche Regierung in die Notwendigkeit versetzt, die Befolgung der Landesgesetze durch weltliche Mittel zu erzwingen. Aber die Religion Jesu Christi und die Wahrheit, zu welcher auch er sich rückhaltlos bekenne, hätten mit diesen Umtrieben nichts zu thun. Übrigens könne er die Äußerung, daß jeder Getaufte dem Papste angehöre, nicht ohne Widerspruch übergehen. Der evangelische Glaube, zu welchem er sich gleich seinen Vorfahren und mit der Mehrheit seiner Unterthanen bekenne, gestatte ihm nicht, in dem Verhältnis zu Gott einen anderen Vermittler als unseren Herrn Jesum Christum anzunehmen." Diese kaiserliche Antwort wurde in ganz Europa mit der lebhaftesten Teilnahme aufgenommen; aus Deutschland und anderen Ländern liefen zustimmende und dankende Adressen an den Kaiser ein.

Eine tiefe Bresche in das Bollwerk der Ultramontanen verursachte die im Jahre 1874 vom preußischen Landtag und 1875 vom Reichstag genehmigte Vorlage über Einführung der obligatorischen Civilehe. Da nach diesem Gesetze nicht durch die kirchliche, sondern durch die Civiltrauung eine Ehe für bürgerlich gültig erklärt ward, der Unterlassung der kirch-

lichen Trauung also kein gesetzliches Hindernis im Weg stand, so wurde zwar hinsichtlich der Einsegnung gemischter Ehen der katholischen Geistlichkeit ein wirksames Zwangsmittel entzogen, aber auch die Auktorität der evangelischen Kirche geschwächt.*) Indessen unterlag es keinem Zweifel, daß die Politik des Reichskanzlers nicht nur in Preußen, sondern auch in den übrigen deutschen Landen die allgemeine Stimmung für sich hatte und von der nationalen Meinung getragen ward. Während es in der Strömung der Zeit lag, daß die Kirche sich in weltlichen Dingen den Gesetzen des Staates fügen müsse, fuhr der Papst fort, die Gegensätze zwischen Staat und Kirche noch mehr zu verschärfen, indem er in einer Encyklika vom 5. Februar 1875 die Maigesetze für ungültig erklärte und diejenigen Geistlichen, welche sich denselben fügen würden, der größeren Exkommunikation verfallen erklärte, infolge deren jeder Verkehr mit ihnen abzubrechen sei.

Die leidenschaftliche Agitation der Klerikalen hatte inzwischen ihre unheilvolle Frucht gezeitigt. Der 21jährige Böttchergeselle Kullmann aus Magdeburg, in einem katholischen Gesellenverein durch fanatische Vorträge angestachelt, schoß, um die Kirche von ihrem „Todfeind" zu befreien, am 13. Juli 1874 auf den im Bade Kissingen weilenden Reichskanzler Bismarck, verwundete ihn aber zum Glück nur leicht an der rechten Hand. Im Verhöre gefragt, warum er die That begangen, antwortete er: „Wegen der Kirchengesetze in Deutschland." Allgemein machte man die Klerikalen für die That verantwortlich. Die „Germania", das Berliner Organ der Klerikalen, wunderte sich durchaus nicht, daß das tief verletzte Gefühl der Katholiken sich zu einem „verbrecherischen Plane verdichte", und Windthorst sagte im Reichstage: „Wenn hier und da unglückliche Menschen zu einem wahnsinnigen Unternehmen hingerissen werden, so liegt das eben an der unglücklichen Konstellation, und diejenigen mögen es sich zuschreiben, welche diese Konstellation herbeiführen." Fürst Bismarck, von mehr als 2000 Glückwunschschreiben begrüßt, rief unter dem stürmischen Beifall der Liberalen und Konser-

*) Dem Fürsten Bismarck war dies Gesetz „durchaus nicht sympathisch". Er lag gerade in Varzin krank, als ihn seine Kollegen im preußischen Ministerium durch die Aussicht ihres Rücktritts zur Unterzeichnung drängten.

vativen dem Centrum zu: „Ja, meine Herren, verstoßen Sie nur den Mann (Kullmann), wie Sie wollen: er hängt sich doch an Ihre Rockschöße.“ Auch teilte Bismarck Tags darauf eine Äußerung des früheren geistlichen Nuntius Meglia in München mit, der gesagt hatte: „Wir können uns auf Vergleiche nicht mehr einlassen; uns kann doch nichts helfen als die Revolution“. — Kullmann wurde vom Schwurgerichte zu Würzburg zu vierzehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Während das patriotische Deutschland, der Politik seines Reichskanzlers folgend, den vaterländischen Gemeinsinn auch in den unteren Volksschichten durch „Volksbildungsvereine“ und „Kriegervereine“, besonders durch die Feier des Sedantages (2. Sept.) als „des Geburtstages des neuen deutschen Reiches“ zu heben suchte, mußte sich der Kulturkampf durch den gesteigerten Widerstand des katholischen Klerus infolge der erwähnten Encyklika immer mehr verschärfen. Der preußische Kultusminister Falk legte daher am 4. März 1875 dem Landtage das sogenannte Sperrgesetz vor, wonach alle Leistungen aus Staatsmitteln an Bischöfe und sonstige Geistliche eingestellt wurden, so lange dieselben nicht durch eine schriftliche Erklärung zur Befolgung der Staatsgesetze sich verpflichteten. Eine Eingabe der preußischen Bischöfe an den Kaiser infolge einer abermaligen Versammlung zu Fulda, der Vorlage die Bestätigung zu versagen, hatte keinen Erfolg; nach langen und heftigen Debatten erhielt die Vorlage die Stimmenmehrheit und wurde durch die kaiserliche Unterschrift zum Gesetz erhoben.

Da die Ultramontanen bei allen Verhandlungen sich auf die Artikel 15, 16 und 18 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 stützten, auf deren Grund die Bischöfe in den beiden vorausgehenden Jahrzehnten einen Kirchenstaat im preußischen Staate aufgerichtet hatten, so war damit die Notwendigkeit, die Verfassung mit der neuen Kirchengesetzgebung in Einklang zu bringen, unabweisbar gegeben. Die Regierung legte daher dem Landtag einen Entwurf vor, wonach diese Artikel, die infolge der Maigesetze nur beschränkt worden waren, in Wegfall kommen und durch den Satz ersetzt werden sollten: „Die Rechtsordnung der evangelischen und der katholischen Kirche, so wie der anderen Religionsgesellschaften im Staate regelt sich nach den Gesetzen des

Staates". Auch dieser Entwurf ging trotz des Widerspruchs des Centrums unter der Führung*) von Reichensperger, Windthorst, Schorlemer-Alst in beiden Häusern mit großer Stimmenmehrheit durch (18. Juni 1875) und wurde vom Kaiser bestätigt.

Da die Encyklika einer Kriegserklärung gegen das deutsche Reich gleichkam, so ging auch die Regierung in ihrem Kampfe von Schritt zu Schritt weiter. Das Gesetz vom 31. Mai 1875 bestimmte „die Aufhebung der geistlichen Orden und ordensähnlicher Kongregationen der katholischen Kirche" und ließ nur solche Niederlassungen, die sich mit der Krankenpflege beschäftigten, bis auf weiteres bestehen. Die Verwaltung des Kirchenvermögens wurde durch Gesetz vom 20. Juli 1875 gewählten Kirchenvorstehern und Gemeindevertretern aus dem Laienstande unter Aufsicht des Oberpräsidenten und des Bischofs übergeben, den altkatholischen Kirchengemeinschaften aber durch Gesetz vom 4. Juli 1875 ein verhältnismäßiger Anteil am Besitzstand der katholischen Kirche gesichert.

Doch änderten diese neuen Gesetze, durch welche die Maigesetzgebung vervollständigt ward, an der allgemeinen Lage nur wenig. Der Papst hatte, gleichsam zum Hohn für die preußische Regierung, den Erzbischof Ledochowski zum Kardinal ernannt; die wenigsten Geistlichen retteten durch Unterwerfung unter die Regierung ihre Besoldung, die meisten verharrten in ihrem passiven Widerstand und zogen das Martyrium der Besoldung vor. Infolge dessen waren über 1000 Pfarrstellen unbesetzt, der Religionsunterricht in den katholischen Schulen fiel aus, die Lehrstühle für katholische Theologie waren leer. Solche Mißstände konnte der Staat in einer ohnehin zum Unglauben und zur Verwilderung der Sitten neigenden Zeit auf die Dauer nicht ertragen. An eine Änderung in diesen Verhältnissen war jedoch nicht zu denken, so lange die ultramontane Partei an ihren hierarchischen Gelüsten festhielt,**) so lange der von der Jesuiten-

*) Mallinckrodt, der rüstigste Kämpfer für die katholische Kirche, war am 26. Mai 1874 gestorben.

**) Um die Volksmasse zu blenden, unternahm eine Anzahl deutscher Katholiken, unter Führung des Grafen von Stolberg eine Wallfahrt zur Madonna von Lourdes (in den Oberpyrenäen), der

partei beherrschte und von seiner Unfehlbarkeit durchdrungene Pius IX. auf dem Stuhle Petri saß. Auf den langjährigen Kardinal-Staatssekretär Antonelli war in Rom der Kardinal Simeoni gefolgt, ein entschiedener Jesuit. Kardinal Ledochowski hatte sich, wie die meisten gefangenen Prälaten, dem Strafurteil durch die Flucht entzogen und reizte von Rom aus die katholische Bevölkerung in Posen zum Widerstande gegen die Staatsgesetze auf, gegen ein Regiment, das der Papst mit dem eines Attila verglichen hatte. Der Kultusminister Falk konnte daher den Antrag des Centrums auf „Revision der Maigesetze" nur mit der Erklärung beantworten, daß die Antragsteller zuerst die Auktorität der Staatsgesetze anerkennen müßten (Febr. 1877). So standen die Gegensätze schroff und unversöhnlich einander gegenüber, als die ultramontane Partei durch den Tod des Bischofs Ketteler (13. Juli 1877), eines der streitbarsten Kämpen der päpstlichen Hierarchie, einen empfindlichen Schlag erlitt. Im folgenden Jahre, (7. Febr. 1878) starb auch der hochbejahrte Papst Pius IX. Sein Nachfolger war der Kardinal Pecci, der den Namen Leo XIII. annahm, ein gelehrter und gebildeter Mann, dem der Ruf eines gemäßigten und versöhnlichen Charakters voran ging, und von dem man hoffte, daß er einem Ausgleich zwischen der weltlichen und geistlichen Gewalt nicht entgegen sein werde. Er zeigte dem Kaiser in einem eigenen Schreiben seine Stuhlbesteigung an und sprach den Wunsch nach einer Ausgleichung der kirchlichen Streitigkeiten aus; ebenso erklärte er dem Kaiser aus Anlaß des Attentates vom 2. Juni (s. unten) seine Teilnahme. Diese beiden Schriftstücke wurden vom Kronprinzen in einem vom Fürsten Bismarck kontrasignierten Schreiben beantwortet, in dem das Bedauern ausgedrückt ward, daß der Papst, der die Abänderung verschiedener gesetzlicher Bestimmungen in Preußen verlangt hatte, den katholischen Geistlichen, wie es scheine, den Gehorsam gegen die Gesetze und die Obrigkeit des Landes nicht empfehlen zu können glaube, und darauf hingewiesen wurde, daß kein preußischer Monarch auf eine

---

Schutzheiligen der französischen Revanchepartei. Auch Marpingen (Reg.-Bez. Trier) hatte seine Wundererscheinungen. Gerichtliche Untersuchungen entdeckten später den krassesten Aberglauben und den gemeinsten Betrug.

Abänderung der Kirchengesetze eingehen könne, ohne die Unabhängigkeit der Monarchie herabzumindern. Schließlich wurde in dem Schreiben von der Möglichkeit der Schlichtung des Prinzipienstreites abgesehen, aber die Bereitwilligkeit erklärt, die Schwierigkeiten im Geist der Liebe zum Frieden und zur Versöhnlichkeit zu behandeln. Die zwischen dem Reichskanzler und dem Kardinal Franchi und nach dessen Tode mit Kardinal Nina gepflogenen Unterhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Ein Schreiben Leos an den abgesetzten Bischof von Köln vom 24. Febr. 1880 schien die Anzeigepflicht über die zu ernennenden Priester zulassen zu wollen, aber diese Konzession ward durch das Schreiben vom 22. Mai wieder zurückgezogen. Dennoch brachte die Regierung, um dem katholischen Volke ihre Bereitwilligkeit zur Beseitigung des durch die vielen erledigten Pfarrstellen geschaffenen Notstandes darzulegen, eine Vorlage vor den Landtag, in der von der Anzeigepflicht gar keine Rede war, die Wiedereinsetzung der abgesetzten Bischöfe aber der Regierung möglich gemacht werden sollte. Da der Kultusminister Falk, der Schöpfer der Maigesetze, einsah, daß seine Persönlichkeit, die während des Kulturkampfes in vorderster Linie gestanden, für die neue Wendung der Verhandlungen nur ungünstig sei, so gab er sein Entlassungsgesuch ein (Juli 1879). An seine Stelle trat der konservative Oberpräsident von Schlesien, von Puttkamer, der im Landtage die neue Kirchenvorlage zu vertreten hatte. Die Vorlage, in der die Liberalen „den Gang nach Kanossa“ sahen, das Gesetz der diskretionären Vollmachten, rief die tiefeinschneidendsten Verhandlungen hervor, erfuhr von den Abgeordneten Dr. Falk und von Bennigsen die schärfste Beurteilung und kam nur in einer abgeschwächten Gestalt zur Annahme (28. Juni 1880), in welcher der Paragraph von der Rückberufung der abgesetzten Bischöfe, die diskretionäre Anwendung oder Sistierung der strafrechtlichen Bestimmungen der Maigesetze, ausgeschieden wurde. Doch auch in dieser Fassung hatte das Gesetz günstige Folgen. Von den unbesetzten Pfarreien erhielten 953 wieder ihre regelmäßige Seelsorge, die übrigen 150 wurden von Zeit zu Zeit durch Stellvertreter versehen. Auch eine regelmäßige Diöcesanverwaltung wollte die Regierung wieder einführen,

aber die Kurie verstand sich hierzu nur in den durch den Tod ihrer Inhaber erledigten Bistümern, nicht in denen, die durch Strafurteile ihres Oberhauptes beraubt waren. So wurden in der nächsten Zeit die Bistümer Paderborn, Osnabrück, Trier, Fulda und Breslau neu besetzt. In allen diesen Diöcesen trat das Sperrgesetz außer Wirksamkeit. Auch erneuerte Fürst Bismarck den diplomatischen Verkehr zwischen Preußen und dem Vatikan und am 24. April 1882 überreichte der neue Gesandte am päpstlichen Hofe, von Schlözer, dem Papst Leo XIII. sein Beglaubigungsschreiben. Der nach Ernennung von Puttkamers zum Minister des Innern an dessen Stelle getretene Kultusminister von Goßler legte dem Landtage im Januar 1882 ein neues Kirchengesetz mit erweiterten diskretionären Vollmachten vor; die extremeren Parteien des Reichstags wollten das Centrum durch Konzessionen auf kirchenpolitischem Gebiet gewinnen und verwarfen ihre früheren Gesetze als Ausnahmegesetze. Das Centrum hatte durch diese Schwenkung der Parteien günstige Aussichten im Landtag. In die neue Kirchenvorlage war der Bischofsparagraph wieder aufgenommen, die Anzeigepflicht aber in einer Weise geregelt, daß sie den staatlichen Einspruch auf Fälle des bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechtes beschränkte und die Appellation nicht an den kirchlichen Gerichtshof, sondern an den Kultusminister verwies. Doch auch mit dieser Vorlage war keine Partei recht zufrieden. Schließlich kam ein Kompromiß zustande, wonach die diskretionären Vollmachten bis zum 1. April 1883 verlängert, der Bischofsparagraph angenommen, das sogenannte Kulturexamen beseitigt und hinsichtlich der Anzeigepflicht einige Amendements genehmigt werden sollten. Im März 1882 ward die Vorlage in dieser Fassung angenommen. Die Regierung wartete auf Gegenkonzessionen des Centrums und der päpstlichen Kurie, ohne daß ein Erfolg abzusehen ist, und sanktionierte das Gesetz am 31. Mai. So harrt denn der Kulturkampf*) noch seines Endes.

*) Auch die süddeutschen Staaten hatten ihren Kulturkampf. In Baden wurde der Bistumsverweser Lothar Kübel wegen gesetzwidriger Erteilung der Priesterweihe durch richterliches Erkenntnis in Strafe genommen. In Würtemberg ging der Staat gegen die Verwendung von Ordensschwestern bei öffentlichen Schulen vor, wie

Auch die evangelische Kirche hatte ihre inneren Bewegungen, die sich in Kämpfen zwischen der strengorthodoxen und einer freieren Richtung kundgaben. Der Berliner Prediger Sydow, der eine Reihe von Jahren für die Union und die freiere Entwicklung der evangelischen Kirche gewirkt hatte, ward wegen eines im Unionsverein gehaltenen Vortrags „über die wunderbare Geburt Jesu“ von dem Brandenburger Konsistorium in Untersuchung genommen und sollte infolge derselben mit Amtsentsetzung bestraft werden (1872). Der Oberkirchenrat jedoch, an dessen Spitze der frühere Professor des Kirchenrechts in Heidelberg, Dr. Herrmann, stand, von einer milderen Anschauung geleitet, hob das Urteil auf Amtsentsetzung auf und erteilte dem Angeklagten nur einen geschärften Verweis. In gleicher Weise hatte es sich Präsident Herrmann im Einverständnis mit dem Kultusminister Falk zur Aufgabe gemacht, durch Aufstellung einer neuen Kirchenge-

---

gegen jede jesuitisch-reichsfeindliche Propaganda. In Baiern, wo 6000 Ordensmitglieder an der Jugenderziehung im päpstlichen Sinne wirkten, unterstützte die Regierung die Reichspolitik, während die Ultramontanen (Jörg, Freytag, der Zeitungsredakteur Sigl) ihr als Patrioten entgegen arbeiteten. Als das Ministerium bei Gelegenheit einer an den König entworfenen Adresse sein Entlassungsgesuch einreichte, verweigerte der König die Annahme der Adresse, sprach den Ministern sein Vertrauen aus und vertagte die Kammer (21. Oktober 1875). Ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium Lutz-Pfretzschner hatte keinen Erfolg (3. März 1876). Bald spalteten sich die Klerikalen in eine extreme „katholische“ Fraktion unter Sigls und in eine „bairisch-patriotische“ unter Jörgs Führung und verloren mehr und mehr an Bedeutung. — Nicht ohne jeden Zusammenhang mit dem Kulturkampf scheint der Prozeß gegen den Grafen Harry von Arnim zu sein. Der Graf, mit der Politik des Reichskanzlers zerfallen, war Botschafter des deutschen Reichs in Paris, wurde aber 1874 wegen Intriguen gegen Bismarck, dessen Nachfolger er werden wollte, abberufen. Obwohl Protestant, scheint er einem katholisch-feudalen Kreise angehört zu haben, welcher die damalige preußische Politik in andere Bahnen zu lenken suchte. Er ward wegen Veröffentlichung und verweigerter Herausgabe von Depeschen verhaftet und zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, welche das Kammergericht auf 6 Monate erhöhte. Er ging ins Ausland, von wo er 1875 die Schrift „Pro nihilo“ erließ, und ward 1876 wegen Landesverrats vom Staatsgerichtshof in contumaciam zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die bei Gelegenheit seines Prozesses veröffentlichten diplomatischen Depeschen erregten die größte Aufmerksamkeit und dienten dazu, die großartige Politik des Reichskanzlers im glänzendsten Lichte zu zeigen.

meinde- und Synodalordnung ein selbstthätigeres Leben der evangelischen Kirche unter starker Beteiligung des Laienelementes herzustellen, indem durch ein stufenweises Fortschreiten von der Vertretung der Einzelgemeinde zur Kreissynode, von dieser zur Provinzialsynode, und von dieser zur Generalsynode die evangelische Kirche Preußens zu eigener Selbstverwaltung geführt werden sollte. Am 24. November 1875 wurde die durch Provinzial-Synoden vorbereitete General-Synode der evangelischen Landeskirche der acht alten preußischen Provinzen im Sitzungssaale des Herrenhauses durch den Präsidenten des Oberkirchenrates Herrmann im Namen des Königs, als des obersten Trägers der Kirchengewalt, eröffnet. Das Ergebnis war eine Synodalordnung, welche der evangelischen Landeskirche Preußens eine nach dem angegebenen Grundsatze der Selbstbestimmung ausgearbeitete Repräsentativ-Verfassung verlieh. Aber die Orthodoxen waren mit dieser nicht zufrieden und der Präsident des Brandenburger Konsistoriums Hegel, der zweite Sohn des berühmten Philosophen, klagte über „Entchristlichung des Volkes" durch die obligatorische Civilehe, infolge deren in den größeren Städten die Unterlassung der kirchlichen Trauungen, ja sogar der Taufen immer mehr zunähme, wie über das Übergewicht der Laien und der Synoden und über die staatliche Zulassung der Simultanschulen. Schließlich erreichten die Gegensätze eine Schärfe, daß das Zusammenwirken des Präsidenten des Oberkirchenrates und des Brandenburger Konsistoriums unmöglich wurde. Hegel fand sich bewogen, ein Entlassungsgesuch einzureichen, das der Oberkirchenrat in einem Gutachten an den Kaiser empfahl. Aber der Kaiser wollte weder in die Entlassung Hegels, dessen Festhalten am strengen Glauben er achtete, noch in die Herrmanns willigen, der, wenn auch freier, doch auch auf dem Boden des positiven Christentums stand, und erteilte dem Letzteren einen längeren Urlaub. (Dezbr. 1877). Erst im nächsten Jahre, als die orthodoxe Strömung, namentlich in den höchsten Kreisen immer höher ging, erhielt Herrmann seine Entlassung, womit auch sein Werk, die Synodalordnung ins Stocken geriet.

---

2. Stellung des Reiches nach außen und weiterer Ausbau im Innern.

Nach Herstellung des Friedens mit Frankreich ging die auswärtige Politik des Reichskanzlers darauf aus, einerseits den anderen Regierungen, die mit Neid und Mißgunst das neue deutsche Reich und die preußische Hegemonie betrachteten, das Vertrauen und die Überzeugung einzuflößen, daß Deutschland weder Eroberungsgedanken noch Interventionsgelüste hege, andrerseits den gewaltigen Heeresrüstungen Frankreichs gegenüber, das den Gedanken an einen Rachekrieg sorgfältig pflegte, die deutsche Wehrkraft auf den höchstmöglichen Grad der Tüchtigkeit und Schlagfertigkeit zu erheben. Zu dem Zwecke wurde in allen deutschen Bundesländern die Landwehr nach preußischem Muster organisiert, das Kriegswesen in guten Stand gesetzt und in Straßburg und Metz neue Festungswerke angelegt. Da in den nicht deutschen Landen der östreichischen Monarchie, wie in den aristokratischen und klerikalen Kreisen derselben, die Gefühle des Hasses gegen Preußen noch in voller Stärke fortlebten, da auch in Rußland die preußische Eroberungssucht verdächtigt ward, als ob das deutsche Reich auf eine Annexion der russischen Ostseeprovinzen ausgehe, so war der Reichskanzler unablässig bemüht, auf eine freundschaftliche Haltung der östlichen Großmächte hinzuwirken und der Welt den Beweis zu liefern, daß unter den Herrschern selbst und ihren höchsten Räten das beste Einverständnis bestehe. Die Zusammenkunft der drei Kaiser in Berlin im September 1872 war daher ein Ereignis von höchster Wichtigkeit. In diesem „herzlichen Einverständnis“ der Ostmächte lag eine öffentliche Bürgschaft des allgemeinen Friedens, lag die Erklärung, daß man die neue Ordnung der Dinge in Europa als zu Recht bestehend anerkenne und weder an eine Unterstützung der französischen Rachegelüste noch an eine gewaltsame Lösung der orientalischen Frage denke. Wie das Verhältnis zu Italien durch die Reise der italienischen Kronprinzenfamilie (1872) und durch die des Königs Viktor Emanuel nach Berlin (1873) sich als ein freundschaftliches bezeugte, so bildeten sich auch mit Schweden unter Oskar II. durch den Besuch des deutschen Kronprinzen

in Stockholm günstigere Beziehungen*), und sogar in Kopenhagen rief der Besuch des Kronprinzen auf der Rückreise von Schweden (1873) eine mildere Gesinnung hervor.

Was den inneren Ausbau des Reiches betrifft, so war der Reichskanzler darauf bedacht, den Gedanken des Einheits- und Gesamtstaates in der Weise zu verwirklichen, daß sich die Einzelstaaten als lebendige Glieder des Gesamtorganismus mit selbständigen Verfassungen fühlten und wußten. Dabei hatte er vielfach mit partikularistischen Bestrebungen zu kämpfen, aber mit staatsmännischer Weisheit wußte er durch kluges Nachgeben und rechtzeitige Schonung der „berechtigten Eigentümlichkeiten" die Fürsten und Landesregierungen für die neue Ordnung der Dinge zu gewinnen. Wenn sich auch Baiern und Würtemberg gewisse „Reservatrechte" ausbedungen hatten, so wurden doch die inneren Verkehrsanstalten, Post- und Eisenbahnwesen, Telegraphenverwaltung, Münz-, Maß- und Bankwesen in Übereinstimmung gebracht. Ein

*) König Karl XV. von Schweden, der Enkel des Marschalls Bernadotte, zeigte während des deutsch-französischen Krieges die wärmsten Sympathieen für Frankreich. Nach dem Ende des Krieges wähnte er sich von einer deutschen Invasion bedroht und beantragte beim Reichstage Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, Reorganisation des Heeres, Festungsbauten u. s. w. Die Vorlagen wurden abgelehnt, doch kam im Jahre 1872 die allgemeine Wehrpflicht zur Einführung. Nach dem Tode des Königs (Sept. 1872) folgte ihm sein Bruder, Oskar II., der eine deutschfreundliche Richtung an den Tag legte. Die von ihm beabsichtigten Reformen im Heerwesen, in der Küstenverteidigung u. s. w. fanden bei dem Reichstag, der keine oder nur kärgliche Gelder bewilligte, keinen Anklang. — Der Kronprinz Gustav vermählte sich mit der badischen Prinzessin Viktoria (1881; s. unten). — Besonders schwierig ist das Verhältnis der Regierung zu Norwegen, wo die radikale Bauernpartei im Übergewicht ist und sogar republikanische Regungen zeigte. Im Jahre 1872 begann ein Streit über die Frage der Beteiligung der Minister am Storthing (Landtag). Die Verfassung verlangte ihre Nichtbeteiligung an den Versammlungen, das Storthing verlangte in drei Sitzungen das Gegenteil. Damit hätte der König sein suspensives (aufschiebendes) Veto verloren, denn nach dreimaliger Wiederholung war ein Beschluß gültig. Nun hatte aber der König in eigentlichen die Verfassung umändernden Gesetzen ein absolutes Veto, und es handelte sich nun um die Frage, ob die Beteiligung der Minister am Storthing eine Verfassungsfrage sei oder nicht. Die Regierung behauptete das Erstere, das Storthing das Letztere. Die Gegensätze dauerten fort.

für das ganze Reich gültiges Militärgesetz kam zustande, und ein Antrag auf Abfassung eines Reichsgesetzbuches für das Civilrecht drang endlich im Bundesrate durch (Dezbr. 1876).

In Preußen selbst hatte der Reichskanzler mit feudalen Elementen und veralteten Ansichten und Einrichtungen zu kämpfen, welche in den modernen Staat nicht mehr paßten. Der mit dem Namen „Junker" bezeichnete Grundadel, „die kleine, aber mächtige Partei", welche früher auf Staat und Kirche einen großen Einfluß geübt, konnte sich in die fortschreitende Entwickelung des öffentlichen Lebens und in die neuen Aufgaben des preußischen Staates nicht finden, und suchte ihre überlieferten Vorrechte und ihre patriarchalische Stellung den Gemeinden und Bauernschaften gegenüber mit gewohnter Zähigkeit festzuhalten. Nun hatte die Regierung für die östlichen Provinzen eine Kreisordnung im Geiste des Freiherrn von Stein ausgearbeitet, um die Gemeinden zur Beteiligung an der Verwaltung ihrer Angelegenheiten heranzuziehen und durch ein „Selfgovernment" die Willkür der Beamten zu beschränken. Diese Kreisordnung, welche einer künftigen gleichmäßigen Organisation aller Provinzen zu Grunde liegen sollte, ward im Abgeordnetenhause mit großer Stimmenmehrheit angenommen (23. März 1872), stieß aber im Herrenhause auf den heftigsten Widerstand des Feudaladels. Schließlich blieb der Regierung kein anderes Mittel übrig, als daß sie fünfundzwanzig neue Mitglieder in das Herrenhaus berief, um durch diesen „Pairsschub" die Macht des Junkertums zu brechen und die neue Kreisordnung durchzusetzen.

Schon längst war durch eine maßlose Spekulations- und Gründungssucht einzelner Unternehmer, unter denen besonders Stroußberg zu nennen ist, ein Schwanken in den Geldgeschäften zu Tage getreten, das manche Unerfahrene und Leichtgläubige um ihr Vermögen brachte. Am 14. Januar 1873 unterwarf der Abgeordnete Lasker besonders die Vorgänge bei neueren Eisenbahnbauten einer scharfen Kritik und erhob die Klage, daß der Staat so viele Konzessionen bei Privateisenbahnen erteile, wodurch oft die Unternehmer auf Kosten der Aktienkäufer sich unbillige Vorteile verschafften. Infolge einer von der Regierung angestellten Untersuchung

trat im Handelsministerium ein Personenwechsel ein. Bei dem nun folgenden allgemeinen Mißtrauen suchte man dann bei der Gesetzgebung Schutz gegen Betrügerei, und die übergereizte Spekulations- und Gründerwut führte zu dem großen „Krach", der das Geschäftsleben auf Jahre hinaus lähmte.

Mit großen Schwierigkeiten war die Verwaltung der wiedergewonnenen Provinzen Elsaß und Lothringen verbunden. Sie wurden als Reichslande mit dem deutschen Reiche verbunden; die Reichsverfassung sollte aber erst mit dem 1. Januar 1874 in Kraft treten. Inzwischen wurde die Gesetzgebung vom Kaiser im Einverständnis mit dem Bundesrate ausgeübt. Am 6. September 1871 wurde der Oberpräsident von Hessen-Nassau, von Möller, zum Oberpräsidenten in Elsaß-Lothringen ernannt, der unmittelbar unter dem Reichskanzler stand und einen kaiserlichen Rat als beratende Behörde zur Seite hatte. In Berlin wurde im Reichskanzleramt für die Reichslande eine eigene Abteilung unter dem Unterstaatssekretär Herzog gebildet. Die deutsche Bevölkerung in Elsaß-Lothringen hielt mit großer Zähigkeit an ihrem Franzosentum fest, das besonders in den klerikalen Kreisen Nahrung fand. Daher wurde in den Jahren 1872 und 1873 das ganze Unterrichtswesen unter Aufsicht des Staates gestellt; Lehrerseminarien wurden gegründet, die allgemeine Schulpflicht eingeführt, der Gebrauch der deutschen Sprache in den Elementarschulen der deutschredenden Bevölkerung eingeführt und der Einfluß des Klerus auf die Schule beseitigt. Die Jesuiten und die ihnen verwandten Orden wurden nach dem Reichsgesetz aus den Reichslanden ausgewiesen. Die Universität zu Straßburg ward am 1. Mai 1872 eröffnet. Während die Franzosen mit Besorgnis sahen, mit welchen geistigen Waffen die Reichsregierung die wiedergewonnenen Provinzen für sich zurückzuerobern suchte, nährte die französische oder Protestpartei die Meinung, daß die deutsche Herrschaft nur eine vorübergehende sein und die französische Tricolore bald wieder von den Türmen Straßburgs herabwallen werde. Große Aufregung und Unzufriedenheit erregte die Optionsfrage, wonach sich die Elsaß-Lothringer bis zum 1. Oktober 1872 zu erklären hatten, ob sie künftig dem deutschen oder dem französischen Reiche angehören wollten; im letzteren Falle mußten sie ihren Wohnsitz in Elsaß-

Lothringen aufgeben und nach Frankreich übersiedeln, widrigenfalls die Option als ungültig angesehen und die Zugehörigkeit zum deutschen Reiche festgehalten wurde. So wanderten ungefähr 50 000 aus, von denen jedoch viele, unterstützt durch das nachsichtige Verfahren der Behörden, wieder zurückkehrten.

Mit dem Jahre 1874 nahm Elsaß-Lothringen an den Reichstagswahlen teil. Zwar hatte sich eine „elsässische“ oder „autonomistische Partei“ gebildet, die für die Reichslande eine gesetzgebende Versammlung, überhaupt alle politischen Einrichtungen der übrigen Bundesstaaten erlangen wollte, aber diese Partei war den beiden anderen, den Klerikalen und Protestmännern gegenüber noch in bedeutender Minorität. Am 16. Februar traten die klerikal-französisch gesinnten Abgeordneten von Elsaß-Lothringen in den Reichstag ein und erregten gleich durch ihre zwei ersten Anträge Erstaunen und Befremden. Sie verlangten die Erlaubnis, sich im deutschen Reichstage der französischen Sprache bedienen zu dürfen, und beantragten, daß die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen nachträglich darüber befragt werde, ob sie die Einverleibung in das deutsche Reich billige oder nicht. Selbstverständlich wurden solche von Hochmut und Unverschämtheit eingegebenen Anträge verworfen. Die Protestmänner und einige Klerikale verließen hierauf den Reichstag und kehrten in ihre Heimat zurück. Die Zurückbleibenden schlossen sich an die Centrumsfraktion an und ergingen sich in Klagen über den auf ihrem Lande lastenden Druck; der Reichskanzler aber gab ihnen den Trost: „wenn sie erst zweihundert Jahre zu Deutschland gehört haben würden, würden sie sich überzeugt haben, daß sie bei uns angenehmer gelebt hätten, und daß sie an der ursprünglichen Stammesgemeinschaft mit eben so warmer Energie hängen würden, wie jetzt diejenige Anhänglichkeit sei, welche die Herren in einem so vortrefflich geläufigen Deutsch für Frankreich kund gäben.“

Im Oktober 1874 wurde für Elsaß-Lothringen ein Landes-Ausschuß gebildet, der über Gesetzentwürfe und den Landeshaushaltsetat eine beratende Stimme haben sollte. Durch ein Reichsgesetz vom 5. Mai 1877 wurde die Bedeutung des Landesausschusses erhöht, indem alle Landes-

gesetze, welche die Genehmigung des Landesausschusses erhalten hatten, vom Kaiser mit Zustimmung des Bundesrates erlassen, der Reichstag nur im Falle des mangelnden Einverständnisses zwischen Regierung und Landesausschuß mitzugezogen werden sollte. Die Besuche des Kaisers in den Reichslanden (1877 und 1879) wurden mit Teilnahme und Begeisterung aufgenommen. Der autonomistische Abgeordnete Schneegans stellte am 21. März 1879 einen Antrag, daß Elsaß-Lothringen eine eigene Verwaltung als Bundesstaat mit dem Sitze der Regierung in Straßburg erhalte. Die Folge davon war, daß in den Reichslanden ein Statthalteramt mit einem Ministerium errichtet wurde, und so traten denn nach der umsichtigen und gerechten Verwaltung von Möller's der Generalfeldmarschall von Manteuffel und der Staatssekretär Herzog am 1. Oktober 1879 ihr Amt in Straßburg an. Letzterer erhielt am Minister Hofmann im Jahr 1880 einen Nachfolger. Manteuffel schlug, um die berechtigten Eigentümlichkeiten der Bevölkerung zu schonen, eine Politik der Versöhnung ein und suchte durch Beförderung der Autonomie ein freundlicheres Verhältnis zum deutschen Vaterlande anzubahnen. Doch verharren die Elsaß-Lothringer noch immer in ihrem Hasse gegen die deutsche Annexion.

Nachdem im Reichstag ein Preßgesetz (vom 7. Mai 1874), das die Strafbestimmungen über Preßvergehen feststellte, unter schweren Kämpfen zustande gekommen war, wurde das Militärgesetz in Beratung gezogen. Im Jahre 1871 war vom Reichstag ein jährliches Pauschquantum von 675 Mark für den Kopf auf drei Jahre bewilligt worden; im Jahr 1874 ward ein Reichsmilitärgesetz vorgelegt, daß mit Ausschluß der Einjährig-Freiwilligen die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Unteroffizieren und Mannschaften bis zum Erlaß einer anderweitigen gesetzlichen Bestimmung 401 659 Mann betragen sollte. Durch die Fassung dieses Paragraphen wollte die Regierung dem Heerwesen einen unverrückbaren Bestand sichern und dasselbe von den schwankenden Reichstagsmehrheiten unabhängig machen. Aber gerade diese einmalige Feststellung der Friedenspräsenzstärke schien unvereinbar mit dem Rechte des Reichstages, sämtliche Ausgaben jährlich vorauszuberaten. Dieses Recht wurde zwar von der Regierung nicht beanstandet, aber die Zweckmäßigkeit

und Rechtzeitigkeit seiner Anwendung aus politischen Gründen in Zweifel gezogen. Generalfeldmarschall von Moltke trat bei der ersten Beratung (am 16. Febr. 1874) für das Gesetz ein, indem er in seiner Rede die militärischen Verhältnisse Deutschlands und der anderen Staaten, besonders Frankreichs, beleuchtete und zur Sicherung des Friedens die Notwendigkeit nachwies, die Militärmacht in der vorgeschlagenen Höhe zu erhalten und nicht den alljährlichen Schwankungen der Reichstagsdebatten zu überlassen. Die Beratungen über die Militärvorlage zogen sich in die Länge, und die drohende Ablehnung des Paragraphen schien die bedenkliche Konfliktzeit wieder herbeiführen zu wollen (vgl. XXIV.). Die Regierung, ihrer Pflichten gegen das Reich sich bewußt, beharrte auf ihrem Entwurf, aber auch die Bevölkerung, für die Sicherheit des Vaterlandes besorgt, verlangte in ihren Anweisungen an die Abgeordneten die Annahme des Regierungsentwurfes. Endlich kam auf Grund eines vom Abgeordneten von Bennigsen gemachten Vorschlags ein annehmbarer Kompromiß zustande. Er beantragte, die Feststellung der vollen Friedenspräsenzstärke nicht für immer, sondern nur auf sieben Jahre zu genehmigen. Die Regierung ging auf den Antrag ein, und am 20. April 1874 wurde das ganze Gesetz angenommen (Septennat). Doch gab es dabei noch manche Kämpfe, da Centrum und Socialdemokraten eine Verkürzung der Dienstzeit forderten, die Fortschrittspartei das konstitutionelle Princip gewahrt wissen wollte. Da das Gesetz nur auf sieben Jahre Gültigkeit hatte, so hatte sich der Reichstag von 1880 aufs neue mit demselben zu beschäftigen. Inzwischen hatten sich die politischen Verhältnisse geändert, indem Deutschland auf die Freundschaft Rußlands nicht mehr rechnen durfte. Frankreich und Rußland hatten ihre Heere so bedeutend vermehrt, daß sie einzeln den deutschen Streitkräften überlegen waren. Demgemäß erkannte die Reichsregierung die Pflicht und Notwendigkeit, bei Vorlegung des neuen Reichsmilitärgesetzes eine Vermehrung des Heeres zu beantragen. Bei der Beratung wiederholten sich die Vorgänge von 1874. Moltke beleuchtete auch diesmal die militärisch-politischen Verhältnisse, bis dann am 16. April das Gesetz angenommen ward, welches vom 1. April 1881 bis zum 31. März 1888 die Friedenspräsenzstärke von 401 659 auf

427 250 Mann erhöhte und durch Heranziehung der Reserve erster Klasse die Zahl der ausgebildeten Mannschaften vermehrte, ohne auf ältere Jahrgänge zurückgreifen zu müssen.

In Preußen wurden auf Grund der neuen Kreisordnung von 1872 dem Landtage über die Verwaltungsorganisation der älteren Provinzen Vorlagen unterbreitet, die auf starke Opposition stießen, weil man einerseits deren Ausdehnung auch auf Westfalen und Rheinland wünschte, andrerseits der Freisinnigkeit der neuen Provinzialordnung entgegentreten zu müssen glaubte. Auch hier half ein Kompromiß, so daß die neue Organisation am 1. Januar 1876 in den fünf alten östlichen Provinzen in Kraft trat. Zweck derselben war nach dem Vorgange Steins eine kommunale und landschaftliche Selbstthätigkeit unter Oberleitung des Staates hervorzurufen und provinzielle Selbstverwaltung unter staatlicher Einheit zu ermöglichen.

Wie durch das Reichsmilitärgesetz die Einheit des deutschen Heeres befestigt und gesichert ward, so wurde auch durch die neuen Justizgesetze der innere Ausbau des Reichs seiner Vollendung entgegengeführt. Die zur Beratung der Entwürfe im Januar 1875 gewählte Kommission hatte am 3. Juli 1876 ihre umfangreiche Arbeit vollendet. Zwischen der Regierung und der Justizkommission traten hauptsächlich zwei auf die Presse bezügliche Differenzpunkte hervor. Die Justizkommission wollte die Preßvergehen den Schwurgerichten zuweisen und den Zeugniszwang beseitigen; der Bundesrat weigerte sich, der Presse eine Ausnahmestellung einzuräumen, verwies die Preßvergehen vor die gewöhnlichen Gerichte und verlangte die Bestrafung nicht bloß der Redaktion, sondern auch des Verfassers und Einsenders unter Festhaltung des Zeugniszwanges. Der Reichstag entschied sich im Sinne der Kommission. Schließlich kam auch hier ein Kompromiß zustande, demgemäß die Verweisung der Preßvergehen an Geschworene da, wo sie schon gesetzlich eingeführt war (in Süddeutschland), bestehen bleiben, nirgends aber neu eingeführt, auch der Zeugniszwang beibehalten werden sollte. Als Termin für die Einführung der Justizgesetze wurde der 1. Oktober 1879 festgestellt. Auf Grundlage des Kompromisses wurden sämtliche Gesetze trotz des Widerspruchs des Centrums und der Fortschrittspartei am 21. Dezember 1876 ange-

nommen. Nun entstand die Frage über den Sitz des zu gründenden Reichsgerichtes. Der Bundesrat entschied sich für Leipzig, und diesem Vorgang folgte der Reichstag. Am 1. Oktober 1879 traten die neuen Justizgesetze in ganz Deutschland in Kraft, und das Reichsgericht, zu dessen Präsidenten Dr. Simson ernannt war, ein seit dem Jahre 1848 durch seine Teilnahme an den wichtigsten öffentlichen Ereignissen hochbewährter Mann, ward zu Leipzig eröffnet. Kurze Zeit darauf schied der um die Durchführung der Justizgesetze so verdiente preußische Minister Leonhardt wegen Krankheit aus dem Amt, um im folgenden Jahre auch aus dem Leben zu scheiden.

Inzwischen ließ der Revanchegedanke, der in Leon Gambetta seine höchste Spitze und Verkörperung gefunden, den Franzosen keine Ruhe. Da sie in dem Dreikaiserbündnis vom September 1872 eine ihnen feindselige Demonstration sahen, so glaubten sie dieser durch Erhöhung ihrer Militärmacht entgegentreten zu müssen. Die Vermehrung derselben um 144000 Mann, eine neue raschere Art der Mobilmachung und große Pferdeaufkäufe deuteten auf keine friedlichen Absichten, und eine Berliner Zeitung, die „Post", brachte einen Artikel: „Ist der Krieg in Sicht?" Schon schien sich infolge der Wachsamkeit der deutschen Regierung, der politische Himmel wieder etwas aufzuheitern, wozu auch die Anwesenheit des Kaisers Alexander in Berlin auf seiner Durchreise nach Ems beigetragen haben mag, als eine Zusammenkunft des Kaisers von Östreich mit König Viktor Emanuel in Venedig den Verdacht einer katholischen Liga wachrief, in welcher Östreich, Italien und Frankreich sich unter den Auspicien des Papstes zu gemeinsamer Politik vereinigen sollten, um das Dreikaiserbündnis aufzulösen. Bei diesem diplomatischen Spiel war, wie man meinte, Graf Beust, der ja selbst von sich sagte: „Mein Herz ist französisch," nicht ohne Einfluß. Seine spätere Versetzung als Botschafter nach Paris mußte in Berlin neues Mißtrauen erwecken, da man eine Annäherung Östreichs an Frankreich befürchtete. Doch blieben Bismarck und der östreichische Kanzler Andrassy unentwegt, und die Reise des deutschen kronprinzlichen Paares nach Italien, namentlich aber die Kaiserfahrt Wilhelms nach Mailand (18.—23. Okt. 1875) zeigten das bis-

herige Freundschaftsverhältnis im hellsten Lichte. Das italienische Volk jubelte begeistert dem Kaiser „Weißbart" entgegen, dessen Anwesenheit in Mailand, an die alten Römerfahrten der deutschen Imperatoren erinnernd, mit glänzenden Festlichkeiten gefeiert ward. Meldete doch Kaiser Wilhelm selbst seiner Gemahlin: „Ich habe in meinem ganzen Leben nie etwas Ähnliches gesehen!" Italien erkannte, daß es seine neue politische Stellung dem deutschen Reiche vorzugsweise danke, und daß beide Staaten gemeinsame Interessen und gemeinsame Kämpfe für die Ideeen des Fortschritts vereinigten. Auch die vorausgegangene Zusammenkunft der Kaiser von Rußland und Östreich (Juni 1875) in Eger konnte noch als günstiges Zeichen für das Fortbestehen des Dreikaiserbündnisses gedeutet werden, als es im Jahre 1878, durch den Berliner Friedenskongreß (vergl. XXXI.) erschüttert ward. Fürst Bismarck, der auf dem Kongreß das Präsidium und die entscheidende Stimme führte, half nicht die wesentlichsten Punkte des Friedensvertrages von San Stefano verwirklichen, unterstützte vielmehr Östreich in seiner Forderung eines europäischen Mandats zur Besetzung Bosniens und der Herzegowina und erregte dadurch in Rußland die größte Unzufriedenheit. Man klagte Deutschland der Undankbarkeit an und warf ihm vor, daß es der Dienste Rußlands von 1866 und 1870 vergessend, diesem nicht im Jahre 1878 seinen vollen Beistand angeboten habe, wobei man außer Acht ließ, daß Preußen während des Krimkrieges und 1863 während der polnischen Revolution Rußland anerkennenswerte Dienste geleistet hatte, und daß Rußlands spätere Dienste nur in einem ruhigen Geschehenlassen, ohne alle Gefahr für dieses selbst, bestanden, Deutschland aber die russischen Forderungen nur mit Gefahr eines Krieges mit England und Östreich unterstützen konnte. Starke Truppenansammlungen an der preußisch-russischen Grenze, der Haß der Panslavisten gegen Deutschland, das durch seine höhere Kultur und seine Machtstellung ihren Neid erregte, die Vorliebe, die der Kanzler Gortschakow und der Kriegsminister Miljutin für Frankreich zur Schau trugen, der Verkehr russischer Großfürsten mit französischen Staatsmännern zu Paris: das alles legte die Gefahr eines russisch-französischen Bündnisses nahe genug. Da für Deutschland die Möglichkeit, von zwei Seiten

zugleich angegriffen zu werden, in Aussicht stand, so wandte sich Bismarck an Östreich, das seiner Lage und seiner zum Teil slavischen Bevölkerung wegen von russischen Angriffen am meisten bedroht war. Im September 1879 unterhandelte der Reichskanzler in Gastein und in Wien mit dem Grafen Andrassy und dem Baron Haymerle über den Abschluß eines Defensivbündnisses zwischen dem deutschen Reiche und Östreich-Ungarn. Kaiser Franz Joseph empfing den Fürsten Bismarck mit Auszeichnung, und Kaiser Wilhelm unterzeichnete, wenn auch schmerzlich bewegt, den langjährigen Verbündeten nicht mehr als solchen anerkennen zu können, den Vertrag. Die Umwandlung des Dreikaiserbundes in einen Zweikaiserbund nötigte die französischen und russischen Friedensstörer zur Ruhe, da einem solchen Bunde gegenüber ein Erfolg doch nicht zu erwarten war. Von da an gehen Deutschland und Östreich in der orientalischen Frage denselben Weg. Eine Folge dieses Einverständnisses war die Aufhebung einer Bestimmung des Prager Friedens, welche eine Abtretung gewisser Distrikte in Nordschleswig an Dänemark vorbehielt (11. Oktober 1878). Und so mächtig wirkte die deutsche Reichspolitik, daß sogar König Christian von Dänemark im Jahre 1879 den Kaiser Wilhelm besuchte, wie dies im Jahre 1875 Oskar II. von Schweden gethan hatte. Das innige Verhältnis zwischen Deutschland und Schweden wurde durch die Vermählung des schwedischen Kronprinzen Gustav Adolf mit der badischen Prinzessin Viktoria, einer Enkelin des Kaisers, noch mehr befestigt. Zwar gestaltete sich das Verhältnis zu Rußland wieder günstiger, aber die Ermordung Alexanders II. durch die Nihilisten am 13. März 1881 machte dieses Verhältnis von neuem zweifelhaft. Doch der neue Kaiser, Alexander III., fortwährend von den Dynamitpatronen der Verschwörer bedroht, veranstaltete, in der Überzeugnng, daß Deutschland der zuverlässigste Bundesgenosse sei, mit Kaiser Wilhelm die Zusammenkunft in Danzig am 9. September 1881. Diese Zusammenkunft, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten durch den Staatssekretär Giers, der an Stelle des alten Gortschakow zum Minister des Auswärtigen ernannt ward, die Entlassung des Deutschhassers Ignatjew waren Beweise, daß Kaiser Alexander III. den Panslavisten zum Trotze, mit Deutschland in gutem

Vernehmen stehen wolle. — Wie in Europa, so wußte das deutsche Reich auch in den Gewässern Südamerikas und Australiens, wie an der Westküste Afrikas durch seine junge Flotte seine Machtstellung zum Schutze der Reichsangehörigen zu behaupten, und deutsche Kunst und Industrie zeigte sich auf der Weltausstellung zu Sidney und Melbourne, wenn auch der Plan des Reichskanzlers, für Deutschland eine Kolonisationspolitik zu gründen (Samoa-Inseln) vorläufig noch am Widerstande des Reichstages scheiterte. (1880).

Je mehr die weise Politik des Reichskanzlers zur Erhaltung des Friedens für Deutschland und Westeuropa beigetragen hatte, um so mehr fühlte sich das deutsche Volk beunruhigt durch die Erklärung desselben, sich von den Staatsgeschäften zurückziehen zu wollen. Zwistigkeiten mit dem General von Stosch, dem Chef der Admiralität und sonstige „Friktionen" scheinen die nächste Veranlassung gegeben zu haben. Doch es fand sich ein Ausweg. Der Kaiser erteilte dem Reichskanzler einen Urlaub von unbestimmter Dauer, aber die Besorgnisse der Nation und die Unsicherheit der politischen Situation wurden dadurch eben so wenig gehoben, wie durch die Ernennung des Grafen Otto Stolberg, des bisherigen Botschafters in Wien zum Vicekanzler des Reiches infolge eines Stellvertretungsgesetzes vom 17. März 1878. Der gleichzeitige Wechsel in mehreren Ministerien vermehrte die Unruhe; dazu kam noch die unheimliche Furcht vor der immer wachsenden Macht der Socialdemokratie.

Durch Ferdinand Lassalle gegründet, war die Socialdemokratie nach dem Falle der französischen Kommune von Frankreich nach Deutschland hinübergeführt, wo nach der Meinung des Reichskanzlers die Neigung des deutschen Volkes zur Unzufriedenheit, das Freizügigkeitsgesetz, das Preßgesetz und andere liberale Einrichtungen den socialdemokratischen Agitatoren günstig waren. Auch die oben erwähnte Gründerperiode infolge des Milliardensegens mit ihren hohen Tagelöhnen und ihrer maßlosen Genußsucht, dann aber nach dem „Krach" die zunehmende Arbeitslosigkeit bei hohen Lebensmittelpreisen mögen zum Wachstum der Socialdemokratie beigetragen haben, vollends aber ward diese Gegenstand der allgemeinen Aufmerksamkeit, als Bebel im Reichstage „Krieg den Palästen!"

ausrief, und Hasselmann den mörderischen Klassenkampf ankündigte, den Kampf zwischen Arbeit und Nichtsthun, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Mühe und Genußsucht. Die Partei hatte zum Ziel, die Religion, die staatliche Ordnung, die Kultur und die gesellschaftlichen Einrichtungen zu stürzen, um auf deren Trümmern ein Chaos zu schaffen, in dem es kein Eigentum, keine Familie, keine Religion mehr gab. Um dieses Ziel zu erreichen, schreckte sie vor keinem revolutionären Mittel, auch vor dem Morde nicht zurück. Diese Partei hatte ihre Hauptsitze in Berlin und in Sachsen, später in Hamburg und Altona. Durch die leidenschaftlichste Aufreizung in Vereinen, Versammlungen und durch die Presse wurden die niederen Klassen zum tödlichsten Hasse gegen die besitzenden entflammt und ihnen nach errungenem Siege goldene Tage des müheloſen Genusses vorgespiegelt. Die Regierung erkannte die Gefahr und brachte im Dezember 1875 eine Gesetznovelle an den Reichstag, welche Mängel und Lücken des Strafgesetzbuches beseitigen sollte und einen speciell gegen die Socialdemokratie gerichteten Paragraphen enthielt, aber aus Furcht vor Ausnahmegesetzen und reaktionärer Politik ward der Paragraph einstimmig abgelehnt. Um so üppiger schoß die Socialdemokratie empor.

Da durchzuckte die Kunde von einem entsetzlichen Verbrechen die gesamte Nation. Als der Kaiser am 11. Mai 1878 nachmittags mit seiner Tochter, der Großherzogin von Baden, im offenen Wagen die Linden entlang fuhr, feuerte der Klempnergeselle Hödel aus Leipzig zwei Schüsse auf ihn ab. Zum Glück blieb der Kaiser unverletzt. Der Mörder, ein durchaus verkommener junger Mensch, hatte bei einem zuchtlosen Leben in Versammlungen und Schriften das Gift der socialistischen Revolution eingesogen. Er ward zum Tode verurteilt und im Hofe des Zellengefängnisses zu Moabit enthauptet (17. Aug. 1878). Gleich auf die Nachricht von der ruchlosen That erteilte der Reichskanzler von Friedrichsruhe aus die Weisung, ein Gesetz gegen die Socialdemokratie und ihre revolutionären Versammlungen und Agitationen vorzubereiten. Das Gesetz ward vom Bundesrate genehmigt und dem Reichstage vorgelegt. Der Entwurf fand jedoch wegen der vor Ausnahmegesetzen herrschenden Furcht keinen Beifall und ward abgelehnt (24. Mai). Sofort wurde der Reichstag

geschlossen. Kaum war dies geschehen, so kam die Trauerbotschaft vom Untergange des mächtigen Panzerschiffes „Großer Kurfürst“ an der englischen Küste, wobei ungefähr 250 Menschen den Tod in den Wellen fanden (31. Mai). Zwei Tage darauf erschütterte die Kunde von einem abermaligen Mordanfall auf den Monarchen die Gemüter. Der Kaiser fuhr am 2. Juni nachmittags nach dem Tiergarten, als aus einem Fenster eines Hauses „Unter den Linden“ rasch nach einander zwei Schüsse fielen; der Kaiser wurde durch Schrotkörner an Gesicht, Schulter und Arm verletzt. Der Urheber der fluchwürdigen That war ein Dr. Nobiling, der Landwirtschaft studiert und nihilistische und socialdemokratische Ideeen in sich aufgenommen hatte. Da er sich bei seiner Verhaftung eine Kugel in den Kopf geschossen hatte und infolge dessen in einen Zustand geistiger Unzurechnungsfähigkeit verfallen war, so konnte eine genauere Untersuchung nicht vorgenommen werden. Er starb den 10. September. Die Verwundungen des Kaisers, glücklicherweise nicht lebensgefährlich, hinderten denselben auf längere Zeit an den Regierungsgeschäften, und der Kronprinz übernahm die Stellvertretung (4. Juni). Dieses zweite Attentat erregte in ganz Deutschland ungeheuere Aufregung, und das Verhalten des Reichstags erfuhr die schärfste Mißbilligung. Da zu erwarten war, der Reichstag werde ein neues Socialistengesetz wiederum ablehnen, so ward die Auflösung desselben beschlossen und der Termin für die Neuwahlen auf den 30. Juli festgesetzt. Allenthalben rüsteten sich die Parteien zu neuem Wahlkampf. Die nationalliberale Partei hatte wegen der Zurückweisung des früheren Gesetzentwurfes gegen die Socialdemokraten viele Angriffe zu erleiden, und die Wähler waren bereit, dem Reichskanzler zu jeder Maßregel ihre Zustimmung zu geben, wenn nur Ruhe und Ordnung den Gefahren der Socialdemokratie gegenüber aufrecht erhalten würde. Aber wenn auch die Zahl der Nationalliberalen im Reichstag abgenommen hatte, so trug doch derselbe keinen wesentlich verschiedenen Charakter.

Dem Reichstage wurde ein neues Gesetz gegen die Socialdemokratie vorgelegt (9. Septbr. 1878). Es kam zu leidenschaftlichen Kämpfen; denn wenn man auch im allgemeinen bereit war, der Regierung zur Bewältigung des social-

demokratischen Unwesens die nötigen Mittel zu bieten, so herrschte doch auf der anderen Seite die Besorgnis vor Ausnahmegesetzen und reaktionären Schritten, da das Gesetz der Regierung die Möglichkeit gewährte, über solche Orte und Bezirke, welche durch socialdemokratisches Treiben bedroht waren, den „kleinen Belagerungszustand" zu verhängen und gefährliche Personen auszuweisen. Endlich wurde das Gesetz auf die Probezeit von dritthalb Jahren, bis zum 31. März 1881, angenommen und bestätigt (21. Okt. 1878) und der Reichstag geschlossen. Nun ging die Regierung energisch vor: Vereine und Genossenschaften, Zeitungen und sonstige Preßerzeugnisse socialistischer Richtung wurden verboten, über Berlin der „kleine Belagerungszustand" verhängt, und eine Anzahl von Agitatoren, unter ihnen die Reichstagsabgeordneten Fritzsche und Hasselmann, aus Berlin ausgewiesen. Doch war die Partei damit keineswegs erdrückt, trieb vielmehr jetzt ihre Propaganda im Stillen fort und führte die im Auslande gedruckten Zeitungen und Flugschriften heimlich ein. Es traten zwei Parteien, eine extreme und eine gemäßigte hervor, ohne erheblichen Unterschied; Most, der frühere Reichstagsabgeordnete, forderte zu London in seiner Zeitung „Die Freiheit" offen zur Revolution auf; Bebel und Liebknecht standen an der Spitze der gemäßigten und ließen ihr Organ „Der Socialdemokrat" zu Zürich erscheinen. Revolutionär waren beide Parteien, und der Umsturz von Staat und Kirche ihr gemeinsames Ziel. Nach Ablauf der Probezeit wurde die Gültigkeit des Socialistengesetzes wie auch der „kleine Belagerungszustand" über Berlin verlängert, und auch über Hamburg und Altona (1880), später über Leipzig ausgedehnt (1881).

Der Kaiser, durch sorgfältige Pflege und den Gebrauch der Bäder wieder hergestellt, kehrte am 5. Dezember nach Berlin zurück und übernahm wieder die Regierung. Die Nation sprach in ihren freiwilligen Beiträgen zur „Wilhelmsspende", einer wohlthätigen Stiftung, ihren aufrichtigen Dank für seine Erhaltung aus.

Von höchster Bedeutung sind dermalen die wirtschaftspolitischen Fragen. Schon im Jahr 1875 trat der Reichskanzler mit der Notwendigkeit einer Steuer-, Zoll- und Finanzreform des Reiches hervor, um eine bedeutende Er-

höhung seiner Einnahmen zu erzielen. Die Matrikularbeiträge belasteten die einzelnen Bundesstaaten, so daß von einer noch stärkeren Anspannung derselben abgesehen werden mußte; vielmehr war es allgemeiner Wunsch der Regierungen, welche der Bevölkerung eine Vermehrung der Steuern nicht aufbürden mochten, daß die Matrikularbeiträge beseitigt würden, und das Reich seine sämtlichen Ausgaben aus seinen eigenen Einnahmen bestreiten möge. Der Hinblick auf Frankreich und die vereinigten Staaten von Nordamerika führte zu der Erkenntnis, daß eine stärkere Ausbeutung des indirekten Steuerwesens und die Erhöhung des Schutzzolles, die Einführung einer hohen Tabaksteuer oder gar des Tabaksmonopols die Möglichkeit höherer Einnahmen darboten. Bei seiner Beschäftigung mit der Steuerreform neigte sich der Reichskanzler immer mehr der schutzzöllnerischen Richtung zu, die seit dem Rücktritt des Reichskanzleramtspräsidenten Delbrück in den Regierungskreisen den Sieg über die bisherige freihändlerische Richtung davongetragen hatte. Im Jahr 1878 setzte der Reichskanzler zur Vorbereitung seiner Vorlagen eine Kommission ein unter dem Vorsitz des schutzzöllnerischen Reichstagsabgeordneten und früheren würtembergischen Ministers von Varnbüler und entwickelte seine weitgehenden Pläne über eine Umwandelung des Steuersystems und des Zolltarifs, unter denen das Tabaksmonopol seine Lieblingsidee bildete. Seine Absicht war, durch Erhöhung der indirekten Steuern die Matrikularbeiträge zu beseitigen oder doch zu vermindern, und durch die Überschüsse der Reichseinnahmen eine Herabsetzung der direkten Staats- und Kommunalsteuern zu ermöglichen. Zu diesem Zwecke sollte namentlich, wie in Frankreich, Östreich, Italien, das Tabaksmonopol eingeführt werden, um die Fabrikation des Rohtabaks und den Vertrieb der Ware dem Staate zuzuweisen. Der neue Zolltarif sollte die einheimische Industrie und Landwirtschaft durch Schutzzölle gegen die Konkurrenz des Auslandes sichern. Als die neuen Vorlagen dem am 12. Februar 1879 eröffneten Reichstag vorgelegt wurden, erhob sich die äußerste Aufregung. Wenn schon seit einiger Zeit eine Spannung zwischen dem Reichskanzler und der liberalen Partei des Reichstags, die ihm früher treu zur Seite gestanden, eingetreten war, so wurde diese Spaltung durch die Neuerungen auf dem wirtschaftlichen

Gebiete noch erweitert. Am stärksten war die Agitation gegen das Tabaksmonopol, dessen Einführung zahllose Fabriken und Unternehmungen vernichtet und viele Millionen zur Entschädigung der Benachteiligten erfordert haben würde. Die Liberalen huldigten zum großen Teil dem Freihandelssystem und hegten außerdem konstitutionelle Bedenken, da sie in einer Bewilligung höherer Zölle eine Schmälerung ihres Bewilligungsrechtes der Staatsausgaben zu sehen meinten. Von ihnen verlassen, aber entschlossen, „seine Bundesgenossen zu nehmen, wo er sie finde", ließ der Reichskanzler zwar das Tabaksmonopol vorläufig fallen, setzte aber seine ganze Kraft ein, das neue Zoll- und Steuersystem im Reichstage durchzubringen. Dies geschah mit Hülfe der Konservativen und des Centrums. Der Reichskanzler ging auf den von von Franckenstein im Namen des Centrums gestellten Antrag ein, nach welchem sämtliche Zollsätze fixiert und der Überschuß von den Zoll- und Tabaksteuererträgen den einzelnen Bundesstaaten zugewiesen werden sollte. Am 12. Juli 1879 wurde das Zolltarifgesetz angenommen.

Den Bestrebungen der Socialdemokratie schien nichts einen so wirksamen Widerstand bieten zu können, als wenn das Reich durch seine Institute für die materiellen Interessen der Arbeiter eintrat. Die Regierung machte daher, um, wie Bismarck sagte, praktisches Christentum zu üben, dem Reichstage von 1881 die Vorlage eines Unfallversicherungsgesetzes, demgemäß alle in Bergwerken, Salinen, Brüchen und Gruben, Bauwerken, Fabriken u. dgl. beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten, deren Einkommen jährlich nicht über 2000 Mark beträgt, bei einer Reichsversicherungsanstalt gegen Unfälle versichert sein sollten. Die Versicherungsprämie sollte teils von den Arbeitgebern, teils von den Arbeitern, für diejenigen aber, welche 750 Mark und weniger jährlich einnehmen, vom Reiche übernommen werden. Aber gerade der Umstand, daß für die am niedrigsten bezahlten Arbeiter das Reich eintreten sollte, war Ursache, daß der Gesetzvorschlag damals noch zu keinem Ergebnis führte.

Da in Preußen die Privateisenbahnen eine größere Ausdehnung besaßen als die Staatseisenbahnen, die Aktionäre der ersteren aber das Interesse einer möglichst hohen Dividende hatten, dazu noch die einzelnen Bahnverwaltungen ohne

Vereinbarung mit den anderen ihre Tarife festsetzten, so war eine Reihe wirtschaftlicher Übelstände die unausbleibliche Folge, und es lag die Gefahr nahe, daß Frankreich, das seine Produkte zu den billigsten Transportpreisen an die Absatzstellen schicken konnte, auf die deutsche Produktion einen lähmenden Einfluß ausüben werde. Die Organisation des deutschen Eisenbahnwesens nach einheitlichem System lag daher im Interesse des Reiches. Der Reichskanzler errichtete schon im Jahre 1873 ein Reichseisenbahnamt, dessen Präsident im Jahre darauf Maybach ward. Er legte dem Bundesrate einen Eisenbahngesetzentwurf vor, dessen Annahme daran scheiterte, daß die Bundesregierungen sich weigerten, ihre Staatsbahnen ebenso wie die Privatbahnen behandelt zu sehen. Da ein Reichseisenbahngesetz bei den partikularistischen Sonderinteressen der Regierungen auf unüberwindliche Schwierigkeiten stieß, so beschloß der Reichskanzler, seine Idee auf Preußen zu beschränken und dieses durch Ankauf der Privatbahnen seitens des Staates in den Besitz eines großartigen Eisenbahnnetzes zu setzen. Präsident Maybach führte von 1879 an das Staatsbahnsystem durch, und der Landtag erteilte seine Genehmigung.

War durch die Verstaatlichung der preußischen Privatbahnen ein weiterer Schritt zur Vollendung der Reichseinheit geschehen, so geschah dies noch mehr durch den Anschluß der Hansestadt Hamburg an den Zollverein. In der Reichsverfassung von 1871 war den Hansestädten Bremen und Hamburg eine Stellung als Freihäfen außerhalb des Zollgebietes zugewiesen, in der Erwartung, daß sie ihren Anschluß späterhin selbst beantragen würden. Da sich dies in die Länge zog, der Reichskanzler aber die Zollvereinseinheit herstellen wollte, so wurde durch Aufnahme der bis dahin außer der Zollgrenze stehenden Stadt Altona in den Zollverein, wie durch Aufhebung des Hauptzollamtes zu Hamburg diese Hansestadt genötigt, sich zu Unterhandlungen herbeizulassen.

Im Mai 1881 schloß der Reichskanzler mit Hamburg unter sehr günstigen Bedingungen für dieses einen Vertrag über seinen Anschluß an den deutschen Zollverein ab, der am 15. Juni von der Bürgerschaft bestätigt wurde. Von diesem Zollanschluß, der nach dem 1. Oktober 1888 eintreten soll, erwarten beide Teile eine Hebung des deutschen Exports und

der deutschen Industrie. Die Unterhandlungen mit Bremen führten damals noch zu keinem Erfolge.

So steuert der Reichskanzler Fürst Bismarck, über den Parteien stehend, bald die eine, bald die andere zu seinen Zwecken benutzend, bald von der einen, bald von der anderen geliebt und gehaßt, rücksichtslos gegen Freund und Feind, seinem erhabenen Ziele zu, der Vollendung und Befestigung der deutschen Einheit, treu seinem Kaiser und König, dem am 6. Mai 1882 die seltene Freude der Geburt eines Urenkels zu Teil ward, den der greise Monarch selbst über die Taufe hob, die vier Kaiser und vier Generationen vereinigte.*)

XXIX.

Frankreich, Italien und die Schweiz.

In Frankreich trat der vierundsiebzigjährige, aber geistig noch rüstige Thiers, seit Februar 1871 Chef der vollziehenden Gewalt (der Exekutive) nach Niederwerfung der Kommune an die Spitze der Regierung. Das Land war von Parteien durchwühlt; es gab Legitimisten, d. h. Anhänger der alten Bourbonen, die in dem Grafen Heinrich von Chambord, dem Enkel Karls X., ihr Haupt sahen; es gab Bonapartisten, Orleanisten und Republikaner verschiedener Färbung. Man wählte die „konservative Republik", weil sie für die damalige Lage des Landes die sicherste Bürgschaft der Ordnung bot, und Herrn Thiers, weil er für den Augenblick beim Mangel einer anderen Persönlichkeit der geeignetste Mann schien. Die Monarchisten wie die Republikaner der äußersten Linken betrachteten die neue Republik nur als ein Provisorium, aus dem sie, die einen zum Königtum der Bourbonen oder zum

*) Prinz Wilhelm, Enkel des Kaisers, hatte sich am 26. Februar 1881 mit der Prinzessin Augusta Viktoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg vermählt. Der erste kaiserliche Urenkel heißt Friedrich Wilhelm.

napoleonischen Empire mit seiner Kriegsherrlichkeit, die anderen zu den Errungenschaften der ersten Revolution zurückzukehren gedachten. Thiers hatte die Aufgabe, sich mit politischer Klugheit zwischen der demokratischen Partei und den Monarchisten hindurchzuwinden. Da die deutschen Truppen bis zur Abtragung der Kriegskosten auf französischem Boden blieben, so mußte er mit Mäßigung und Besonnenheit die Leidenschaften des Volkes und den allenthalben hervorbrechenden Deutschenhaß in die nötigen Schranken zurückdrängen. Zur Abzahlung der Kriegsentschädigung machte er mit Genehmigung der Nationalversammlung wiederholt Anleihen, deren hohe Überzeichnung den Beweis für die außerordentlichen Hülfsquellen des reichen Landes und dessen ungeschwächten Kredit bot und ihm die Möglichkeit gewährte, durch frühere Zahlung der Kriegskontribution die Räumung des Landes von den Okkupationstruppen zu beschleunigen (Herbst 1873). Am 31. August 1871 wurde er von der Versammlung zu Versailles zum „Präsidenten der französischen Republik" erwählt. Nach Befreiung der besetzten Provinzen von der Okkupation betrieb Thiers mit gleicher Energie die Reorganisation des Heerwesens, wofür die preußischen Einrichtungen zum Muster genommen wurden. Die allgemeine Wehrpflicht und das Institut der Einjährig-Freiwilligen ward eingeführt, doch hatte letzteres bei der Mangelhaftigkeit des Schulwesens keinen Erfolg. Die Landmacht wurde in eine aktive Armee und eine Territorialarmee eingeteilt. Jeder wehrfähige Franzose hatte 20 Jahre zu dienen, und zwar 5 Jahre in der aktiven Armee, 4 Jahre in der Reserve, 5 Jahre in der Territorialarmee und 6 Jahre in deren Reserve. Gelangte auch die allgemeine Wehrpflicht nicht zur vollen Durchführung, so wurde doch die französische Heeresmacht in den folgenden Jahren zu einer enormen Höhe erhoben, besonders durch das Cadresgesetz vom 13. März 1875, durch welches die Regimenter von 3 auf 4 Bataillone erhöht und damit die Armee um 144 000 Mann vermehrt, zugleich aber auch ein Rahmen gegeben ward, um große Massen in die neue militärische Organisation hineinzufügen. Welche Aufregung diese neue Einrichtung in Deutschland machte, so daß im April 1875 „Krieg in Sicht" zu sein schien, ist bereits erwähnt worden. Da alle Parteien Frankreichs im

Revanchekrieg einig waren, so wurden der Regierung von der Nationalversammlung die höchsten Summen für die Heeresorganisation ohne Murren verwilligt. Die französische Kriegsmacht übertrifft an Zahl jede andere.*)

Die Stellung des Präsidenten zur Nationalversammlung verlor immer mehr an innerem Halt. Die Monarchisten sammelten unablässig ihre Kräfte und sahen in der Republik nur eine einstweilige Ordnung der Dinge, bis zur Errichtung einer Monarchie und hintertrieben alle Versuche, die „konservative Republik" definitiv zu gestalten. Aber auch die Linke, an deren Spitze Gambetta durch seine agitatorische Thätigkeit einen solchen Einfluß gewann, daß man ihn den „Dauphin" nannte, war mit der neuen Schöpfung nicht zufrieden und verlangte eine Selbstauflösung der Nationalversammlung und Anordnung neuer Wahlen, da sie mit Herstellung des Friedens ihre Aufgabe erfüllt habe und verpflichtet sei, der Nation ihr Mandat zurückzugeben. Da der Präsident nach keiner Seite energisch genug auftrat, da auch im Centrum Verschiedenheit der Ansichten herrschte, so nahm die Regierung immer mehr den Charakter des Schwankens und der Unsicherheit an, und weder die Errichtung einer „Art erster Kammer" noch eine genauere Bestimmung über die Stellung des Präsidenten und die Verantwortlichkeit der Minister konnte durchgeführt werden. Ein „Dreißiger Ausschuß" zur Beratung der künftigen Verfassung brachte kein Ergebnis. Die Republik bestand, aber ohne verfassungsmäßige Institutionen.

So groß auch die Verdienste des Präsidenten um Frankreich waren durch die frühe Beendigung der Okkupation, durch Herstellung des Heerwesens und der Finanzwirtschaft, so arbeiteten doch die drei monarchistischen Parteien an seinem Sturz, da er sich ihren Restaurationsplänen nicht fügen wollte. Seit dem Tode Napoleons III. in Chislehurst (bei London; 9. Jan. 1873) entwickelten die Anhänger der Monarchie eine größere Thätigkeit und die Opposition gegen Thiers gewann immer mehr Boden. Auch die Klerikalen fingen nach dem Beginn des deutschen Kulturkampfes an, immer

*) Die Heeresorganisation soll 1885 vollendet sein und würde dann den Zahlen nach eine Streitmacht von mehr als 2 Millionen Soldaten geben!

offener ihr Haupt zu erheben. Wallfahrten und Prozessionen von außerordentlichem Umfang wurden veranstaltet, der Marien- und Heiligenkult gedieh zu unerhörter Blüte, und die Wundererscheinungen und Wunderquellen zu Lourdes lockten unzählige Gläubige an. Die Abneigung Thiers gegen dieses politisch-klerikale Treiben, das den irreligiösen Geist der großen Mehrheit der Nation schlecht verdeckte, steigerte die Opposition seiner Gegner. Der Umstand, daß Thiers bei einem Wechsel im Ministerium im Mai 1873 die monarchische Mehrheit nicht berücksichtigt und nur Mitglieder der gemäßigten Linken in das Kabinett berief, gab ihnen Veranlassung, ein Tadelsvotum gegen ihn zu beantragen. Dieses wurde am 24. Mai angenommen; Thiers und seine Minister nahmen ihre Entlassung, und Marschall Mac Mahon, Herzog von Magenta, wurde zum Präsidenten der Republik erwählt. Er ernannte ein aus Mitgliedern der drei monarchistischen Parteien gebildetes Ministerium, in welchem der Herzog von Broglie, der Urheber der gegen Thiers gespielten Intrigue, den Vorsitz führte und das Auswärtige übernahm. Dieser Wechsel im Regierungssystem vollzog sich ohne alle äußere Störung. Am meisten regten sich jetzt die Bonapartisten, die Napoleons III. Sohn, der im März 1874 die Feier seiner Großjährigkeit beging, als Napoleon IV. anerkannten, der aber mit seiner Mutter, der Kaiserin Eugenie noch in der Verbannung weilte. Diese Partei hatte nicht nur die Republikaner, sondern auch die Orleanisten, die nach Rückerstattung ihrer Familiengüter eine einflußreiche Stellung einnahmen, und die Legitimisten zu Gegnern, deren Haupt, von seinem Schlosse Chambord unweit Blois genannt, von seinen Anhängern, den Klerikalen als künftiger „Roy", als Heinrich V. auserkoren war.

Die neue Regierung stützte sich auf die Geistlichkeit. Die Erziehung und der Unterricht der Jugend blieb in ihren Händen; im äußeren Leben ward eine übertriebene bigotte Kirchlichkeit zur Schau getragen, zu welcher in den höheren Kreisen der Gesellschaft des Marschalls frömmelnde Gemahlin den Ton angab. Wallfahrten, Wundererscheinungen und Heiligenkulte steigerten sich, wie in der Zeit des Mittelalters, besonders die Verehrung des „heiligen Herzens Jesu", dem auf dem Montmartre eine Kirche erbaut werden sollte, um

auf Frankreich und die Hauptstadt Gottes Barmherzigkeit und Schutz herabzuflehen. Mit diesem religiösen Fanatismus verschmolz der politische Revanchekrieg zu einem konfessionellen, zu einer Art von Kreuzzug gegen Deutschland, je mehr die deutsche Reichsregierung in ihrem Kampfe gegen Rom vorging. Es wurden Glaubenslieder mit einem Revanche-Schlußvers gesungen: „Rette Frankreich und Rom und hilf uns Elsaß und Lothringen wieder befreien." Doch war die nächste Aufgabe der neuen Regierung nicht die Eröffnung des Kriegs, sondern die Bekämpfung des republikanischen Geistes im Innern. Hierzu schien eine Fusion oder Verschmelzung der beiden Zweige der bourbonischen Dynastie, der älteren (legitimen) mit den Orleanisten das beste Mittel zu bieten. In der That reiste der Graf von Paris, als Chef der Familie Orleans, am 5. August 1873 nach Frohsdorf (südlich von Wien), um im Namen seiner Familie den Grafen Chambord als den Chef des Hauses Bourbon-Orleans und als den alleinigen Vertreter des monarchischen Princips in Frankreich anzuerkennen. Die klerikal-legitimistische Partei ergab sich den ausschweifendsten Hoffnungen. Mit dem legitimen „Henry-Quint" an der Spitze konnte Frankreich der Mittelpunkt der ultramontanen Parteien aller Länder werden, konnte den Papst, der sich den Gefangenen im Vatikan nannte, wieder in seine weltliche Herrschaft einsetzen und das neue preußisch-deutsche Kaisertum der protestantischen Hohenzollern wieder zu Fall bringen. Alle Staaten Europas mußten dann wieder die Suprematie Frankreichs anerkennen. Die monarchisch-klerikale Partei spannte alle ihre Kräfte an, ihr politisches Ideal zu verwirklichen und die „Fusion" in der Nationalversammlung zur Annahme und Geltung zu bringen. Aber bald zeigte sich die Verschiedenheit der Ansichten unter den beiden Parteien. Die Legitimisten wollten den Grafen Chambord als den einzig berechtigten Inhaber der Krone bedingungslos zurückrufen, die Orleanisten verlangten, daß Chambord vor seiner Zurückberufung als König sich verpflichte, die Regierung innerhalb der Schranken einer konstitutionellen Monarchie zu führen; für jene galt die weiße Fahne der alten Bourbonen, für diese die Tricolore, die Frankreich zu Sieg und Ruhm geführt, als Symbol. Endlich einigte man sich zu einem Programm,

dessen Inhalt darauf hinauslief, die erbliche Monarchie mit zwei Kammern unter Beibehaltung der Tricolore herzustellen. Dieses wurde dem Grafen vorgelegt. Während Frankreich, ja ganz Europa der Restauration des bourbonischen Königtums entgegensah, zerstörte des Grafen Brief vom 27. Oktober 1873 alle Erwartungen. Er verlangte eine bedingungslose Zurückberufung und wollte weder in der Fahnen- noch in der Verfassungsfrage zum voraus eine bindende Erklärung abgeben, er wolle nicht der „legitime König der Revolution" sein. Damit war das Werk der Wiederherstellung der Bourbonen gescheitert. Um nun der Stellung des Präsidenten mehr Festigkeit zu geben, beschloß die Nationalversammlung am 19. November 1873, dem Wunsche Mac Mahons entsprechend, die Dauer der Präsidentschaft auf sieben Jahre (Septennat) festzusetzen. Durch diesen Beschluß ward das Provisorium der Republik verlängert und ein Tummelplatz für Intriguen und Parteibestrebungen eröffnet. Die neue Regierung fuhr fort vorzugsweise die Klerikalen zu begünstigen. Da die Bischöfe sich in ihren Hirtenbriefen die heftigsten Angriffe gegen die deutsche Reichsregierung erlaubten, ließ Bismarck seinen „kalten Wasserstrahl" auf die Hetzer los, indem er der französischen Regierung erklärte, daß, wenn sie sich von der klerikalen Partei zu einem Kriege forttreiben lasse, Deutschland nicht erst auf eine den Franzosen gelegene Zeit warten, sondern ihnen zuvorkommen werde (Jan. 1874). Dies wirkte; es erfolgte eine beruhigende Erklärung, und die Leidenschaftlichkeit hielt sich mehr in Schranken.

Die Franzosen konnten den Gedanken nicht fassen, daß sie die Niederlagen des letzten Krieges nur der Überlegenheit der preußisch-deutschen Waffen und der Kriegskunst ihrer Gegner zu verdanken hatten: sie wollten nicht besiegt, sondern nur von ihren Feldherren verraten sein. Die Regierung schmeichelte der nationalen Eitelkeit und stellte die Kommandanten, die französische Festungen dem Feinde übergeben hatten, vor ein Kriegsgericht, das die meisten wegen Unfähigkeit oder Schwäche an ihrer militärischen Ehre strafte. Das größte Aufsehen machte der Prozeß gegen den Marschall Bazaine, den Kommandanten von Metz, dessen angeblichem Verrate die ganze Schuld des unglücklichen Ausgangs zugeschrieben ward. Über zwei Monate dauerten die kriegsge-

richtlichen Verhandlungen, zu denen Hunderte von Zeugen verhört wurden. Der Marschall hatte vielleicht bei der Verteidigung von Metz nicht die volle Energie entwickelt, aber Verrat konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Doch man forderte ein Opfer; ein Schreiben des Prinzen Friedrich Karl zu Gunsten des Angeklagten reizte den Volkshaß noch mehr, und das Kriegsgericht verurteilte ihn zum Tode nach vorausgegangener Degradation (10. Dezbr. 1873). Mac Mahon begnadigte den ehemaligen Kriegsgefährten unter Erlassung der Degradation zu zwanzigjähriger Verbannung nach der Insel Marguerite im Mittelmeer, von wo er am 10. August 1874 entfloh und sich nach Belgien, später nach Spanien begab.

Da Broglie ein das allgemeine Stimmrecht beschränkendes Wahlgesetz für die Abgeordnetenwahlen vorlegte, näherten sich die Bonapartisten, die nur von dem allgemeinen Stimmrecht ihre politischen Erfolge erwarten konnten, den Republikanern und nötigten das Ministerium Broglie zum Abgang, an dessen Stelle der Kriegsminister Cissey trat (Mai 1874). Die Begünstigung der Klerikalen und Bonapartisten dauerte fort, und nun fanden sich die gemäßigten Orleanisten zu den gemäßigten Republikanern, um die Verfassungsfrage im Sinne der letzteren zu entscheiden. Endlich kam das „Gesetz über die Organisation der öffentlichen Gewalten" zu stande. Der Präsident der Republik sollte von den beiden Kammern zusammen auf sieben Jahre gewählt werden mit der Möglichkeit der Wiederwahl; die Zahl der Senatoren wurde auf 300 bestimmt, von denen 75 von der Nationalversammlung, 225 durch die Departements und die Kolonieen auf neun Jahre gewählt werden sollten; die Deputiertenkammer bildete sich aus allgemeinen Volkswahlen. Diese Verfassung wurde am 24. Februar 1875 von der Nationalversammlung angenommen.

Das neue Ministerium unter dem Vorsitze Buffets, der an Cisseys Stelle getreten war, zeigte eine strengkonservative Richtung. Die Regierung ernannte die Maires, brachte nur Konservative in die höheren Verwaltungsämter und ließ den Belagerungszustand in den Hauptstädten Paris, Lyon, Marseille bestehen, um Presse und Vereine schärfer überwachen zu können. Die Jesuiten und Ultramontanen fuhren fort,

durch die oben erwähnten Mittel den Fanatismus der Massen zu nähren. Sie hatten bereits den ganzen Volksunterricht in ihren Händen und strebten jetzt danach, auch den höheren Unterricht in ihre Gewalt zu bringen, um die ganze Erziehung und Ausbildung der jüngeren Generation zu beherrschen. Bischof Dupanloup von Orleans, ein besonderes Rüstzeug der päpstlichen Kirche, stellte einen Antrag auf „Freiheit des höheren Unterrichts", durch welchen auch Klerikern der Zugang zum Universitätsunterricht gestattet werden sollte, das aber keinen anderen Zweck hatte, als unter dem Aushängeschilde „Freiheit des Unterrichts" die Universitäten der Auktorität der Kirche zu unterwerfen. Das Gesetz vom 12. Juli 1875 bewilligte den Klerikalen ihre Forderungen, das Recht, ganze Universitäten oder einzelne Fakultäten zu gründen, und zum Teil auch das Recht, die akademischen Grade zu erteilen, welche in Frankreich die Stelle der juristischen und medicinischen Staatsprüfungen vertreten. Infolgedessen wurden in Paris eine Universität mit sämtlichen Fakultäten und in sechs anderen Städten einzelne Fakultäten errichtet. Sie wurden unter päpstliche Auktorität gestellt; die Ernennung der Rektoren hing von der Bestätigung des Papstes ab, und die Professoren wurden zu unbedingtem Gehorsam gegen denselben, wie zur Befolgung der kirchlichen Lehre eidlich verpflichtet. Die Studierenden standen unter strenger Überwachung. Dennoch bewies der Ausfall der Wahlen, daß die Bevölkerung im ganzen republikanisch gesinnt war, und Buffet, in keine der beiden Kammern gewählt, reichte seine Entlassung ein (Febr. 1876). Dufaure, ein gemäßigter Republikaner, ward zum Ministerpräsidenten ernannt. In seinem Ministerium hatten Ricard das Innere, Waddington das Unterrichtswesen, Leon Say die Finanzen; die Liberalen waren in der Mehrheit. Nun begann eine Zeit des Konfliktes zwischen den Staatsgewalten, die sich bis zum Mai 1877 hinzog. Republikaner und Monarchisten machten einander den Kampfplatz streitig. Das Ministerium schickte sich an, das Beamtentum im republikanischen Sinne umzuwandeln; der protestantische Minister Waddington traf Anstalten, den Volksunterricht und das ganze Erziehungswesen der Geistlichkeit zu entziehen und das katholische Universitätsgesetz aufzuheben; auf der anderen Seite raffte die monarchisch-klerikale Opposition alle

Kraft zusammen, diese Gesetze, besonders das Unterrichtsgesetz zu bekämpfen, und der politisch beschränkte Marschall-Präsident neigte sich zu der Partei hin, der er seine Erhebung verdankte. So stand die Regierung dem Abgeordnetenhause gegenüber in einem Verhältnis des fortwährenden Kampfes, das sich auch nicht änderte, als an Dufaure's Stelle Jules Simon zum Minister ernannt ward. Während die Liberalen den ultramontanen Wühlereien entgegentraten, klagten die Klerikalen über die Gefangenschaft des Papstes und stellten es als die Pflicht Frankreichs hin, dem heiligen Vater wieder zur Freiheit und zu seinem Rechte zu verhelfen, zumal auch der Papst selbst seine Lage als die eines Gefangenen bezeichnete. Da richtete die Deputiertenkammer eine Interpellation an die Regierung, welche Maßregeln sie zu treffen gedenke, um die klerikale Agitation, die einer Kriegserklärung an Italien gleich sei, zu unterdrücken, und der Minister Simon erklärte, die sogenannte Gefangenschaft des Papstes sei eine Fabel: angesichts der italienischen Garantiegesetze, welche demselben seine volle geistliche Unabhängigkeit sicheren, könne von einer Gefangenschaft des Papstes keine Rede sein. Darauf beklagte sich der Papst öffentlich, daß der französische Ministerpräsident ihn als „Lügner" bezeichnet habe. Nun hielten Broglie und die anderen Parteiführer der Monarchisch-Klerikalen den rechten Augenblick für gekommen und bestimmten den Marschall-Präsidenten, in einem Schreiben an Simon diesem Vorwürfe zu machen über seine Schwäche der Deputiertenkammer gegenüber, auf die er nicht mehr den erforderlichen Einfluß besitze. Sofort reichte das Ministerium Jules Simon seine Entlassung ein (16. Mai). Tags darauf wurde ein aus Legitimisten, klerikalen Orleanisten und Bonapartisten zusammengesetztes Ministerium gebildet, in dem Broglie den Vorsitz und die Justiz, Fourtou das Innere übernahm. Durch eine Botschaft des Marschall-Präsidenten wurden die Kammern auf einen Monat vertagt, „damit sich die Aufregung beruhige". Um die politische Umkehr außer Zweifel zu setzen, entfernte das Ministerium Broglie 50 Präfekten und 150 andere höhere Beamte, und ließ Vereine und Versammlungen aufs strengste überwachen. Beim Wiederzusammentritt der Kammern verlangte eine Botschaft Mac Mahons die Zustimmung des Senates zur Auflösung der

Abgeordnetenkammer. In letzterer ward eine Tagesordnung angenommen, daß das neue Ministerium das Vertrauen der Nation nicht besitze. Darauf wurden die für die Reorganisation der Armee nötigen Kredite bewilligt, die Beratung des übrigen Budgets abgelehnt. Am 22. Juni wurde durch die vom Senate genehmigte Auflösung der Abgeordnetenkammer der Sieg der Reaktion vollendet.

Beide Parteien, Regierung und Republikaner, rüsteten sich zum Kampfe, um die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Die Beamten mußten das Volk im Sinne der Regierung bearbeiten und die Freiheit der Presse unter scharfer Kontrolle halten; der Marschall machte mehrere Rundreisen und erließ zwei Manifeste; auch die Gegner durchzogen das Land und veröffentlichten Gegenmanifeste. In einer Rede zu Lille sprach Gambetta am 15. August das Schlagwort: „Wenn Frankreich sein souveränes Verdikt gesprochen haben wird, wird man (nämlich Mac Mahon) sich unterwerfen oder zurücktreten müssen." (il faudra se soumettre ou se démettre). Sogar das Leichenbegängnis des am 3. September plötzlich verstorbenen Thiers gab Gelegenheit zu politischen Kundgebungen. Das Resultat der Oktoberwahlen brachte den Republikanern, wenn auch nicht die gehoffte, doch immerhin eine starke Mehrheit. Im Elysée, dem Palaste Mac Mahons, schwankte man in ratloser Verlegenheit zwischen der Bildung eines parteilosen Geschäftsministeriums und einem neuen Versuche einer Kammerauflösung, zu der aber weder die konstitutionellen Orleanisten, noch der Staat die Einwilligung geben wollten, und sogar der Gedanke an einen Staatsstreich auf Gefahr eines Bürgerkrieges ward in Beratung gezogen. Endlich gab der Marschall-Präsident nach und ernannte ein aus lauter Republikanern bestehendes Ministerium unter dem Vorsitze Dufaure's. Marcère erhielt das Innere, Waddington das Auswärtige, Léon Say die Finanzen, Bardoux das Unterrichtswesen. Eine Botschaft des Präsidenten kündigte den Kammern die Umkehr der Regierung zu republikanischen Einrichtungen an. (14 Dez. 1877). Die gefährliche Krisis war durch die Niederlage des Präsidenten beseitigt. Mit den Präfekten und anderen hohen Beamten der klerikal-reaktionären Richtung wurde gründlich aufgeräumt. Das ganze Jahr 1878 hin-

durch blieb das gemäßigte republikanische Ministerium Dufaure am Ruder. Am 1. Mai wurde in Paris die Weltausstellung eröffnet, an welcher die deutsche Reichsregierung die Beteiligung abgelehnt hatte. Doch gestattete der Kaiser die Beteiligung an der damit verbundenen Ausstellung der Werke der Kunst, nachdem die französische Regierung an Stelle des klerikal gesinnten Botschafters in Berlin den Grafen von Saint-Vallier gesandt und dadurch den Weg der Versöhnung betreten hatte.

Da durch die am 5. Januar 1879 vorgenommene Senatorenwahl die Republikaner auch im Senate die Mehrheit erlangten, so forderten sie vom Ministerium die Absetzung mehrerer bonapartistischen Corpskommandanten und deren Ersetzung durch jüngere, von Gambetta begünstigte Generale. Der Marschall, der Republik innerlich abgeneigt und die Unhaltbarkeit seiner Lage erkennend, verweigerte die Unterschrift zu dieser Maßregel, von der er eine Desorganisation der Armee befürchtete, und reichte noch vor Ablauf des Septennats seine Entlassung ein (30. Jan. 1879). Darauf traten Senat und Kammer zu einem Kongreß zusammen und wählten Jules Grèvy, den bisherigen Präsidenten der Deputiertenkammer, zum Präsidenten der Republik auf sieben Jahre, worauf das Abgeordnetenhaus am 31. Januar Gambetta zu seinem Präsidenten erwählte. Hieran schloß sich der Rücktritt des hochbejahrten Ministers Dufaure. Waddington bildete ein neues Kabinett von gemäßigter Haltung. Dieser Regierungswechsel ging ohne alle Störung der Ruhe und Ordnung vor sich. Im Juni 1879 wurde durch einen Kongreß die Verlegung der beiden Häuser von Versailles nach Paris beschlossen und als Termin der Rückkehr der 1. November festgesetzt.

Seit mehreren Jahren war die Amnestiefrage ein Gegenstand der Verhandlungen, welche die Begnadigung der nach Niederwerfung des Kommuneaufstandes Verurteilten betraf. Waren unmittelbar nach der Katastrophe die Strafgerichte mit voller Strenge, ja wohl auch mit Grausamkeit gegen die gefangenen Kommunards vorgegangen, so waren jetzt, nachdem acht Jahre verflossen, versöhnlichere Gefühle zur Geltung gekommen. Schon früher war eine Anzahl weniger Schuldiger begnadigt worden, aber die Führer der

Linken, nicht zufrieden mit einer nur teilweisen oder bedingten Amnestie, verlangten eine volle und unbeschränkte Begnadigung und wußten durch ihre Agitationen die Frage zu einer volkstümlichen Bewegung zu erheben, der auch Gambetta und der ihm gleichgesinnte Minister Freycinet nicht entgegentreten mochten. So wurde denn am 9. Juli 1879 die volle und unbedingte Amnestie von beiden Kammern angenommen und vom Präsidenten unterzeichnet. Darauf kehrten die flüchtigen Führer der Kommune, die sich meist in der Schweiz aufgehalten, nach Paris zurück und auch die deportierten Kommunarden wurden nach Frankreich zurückgebracht. Rochefort eröffnete sofort in seinem Journal „Intransigeant" einen unversöhnlichen Kampf gegen Gambetta, und die Versammlungen der Mörder und Brandstifter, die nun wieder im Besitz ihrer bürgerlichen Rechte sich in Paris niederließen, erscholl von Rachegeschrei gegen die Bourgeoisie.

Neben der Amnestiefrage zog das neue Unterrichtsgesetz des Ministers Ferry das allgemeine Interesse auf sich. Um den seit 1875 herrschenden übermächtigen Einfluß der Geistlichkeit auf das Unterrichtswesen zu brechen, verlangte der Gesetzentwurf Ferrys einen aus Laien zusammengesetzten obersten Unterrichtsrat von fünfzig Mitgliedern, übertrug die Verleihung der akademischen Grade ausschließlich dem Staate und entzog allen nicht autorisierten Kongregationen und geistlichen Genossenschaften das Recht der öffentlichen Unterrichtserteilung. Letztere Bestimmung, der Artikel 7 des Entwurfes, war gegen die Jesuiten gerichtet. In der Deputiertenkammer wurde das Gesetz mit überwiegender Majorität angenommen (10. Juli 1879), aber noch drohte der Widerstand des Senats. Die Herbstferien und eine neue Ministerkrisis schoben die Entscheidung hinaus. Waddington und Say traten aus, und der Gambettist Freycinet bildete ein neues Ministerium, das, als ein „verhülltes Ministerium Gambetta" galt, in dem aber Ferry das Unterrichtswesen behielt. Die Agitationen der beiden Parteien setzten ganz Frankreich in Bewegung; die Regierung hatte die Liberalen für sich, die Klerikalen das Landvolk und die Frauen, und bischöfliche Hirtenbriefe riefen zum Kampfe gegen das gottlose Gesetz auf. So hatte auch Frankreich seinen Kulturkampf. Im Jahre 1880 lagen die Ferryschen Unterrichtsgesetze dem Se-

nate zur Beratung vor. Der gegen die Jesuiten gerichtete Artikel 7 ward von den reaktionären Parteien mit Entrüstung abgelehnt. Aber die Regierung, günstiger gestellt als die preußische im Jahr 1871, konnte sich auf ältere Gesetze berufen, die niemals aufgehoben, alle noch in Kraft standen, namentlich auf die napoleonischen von 1804. Gestützt auf diese Gesetze und einen auf diese sich berufenden Bericht des Justiz- und des Kultusministers erließ der Präsident am 30. März 1880 zwei Dekrete, welche der „nicht anerkannten, sogenannten Gesellschaft Jesu" binnen drei Monaten die Auflösung anbefahlen und die nicht anerkannten Kongregationen aufforderten, binnen drei Monaten bei der Regierung um Prüfung und Genehmigung ihrer Statuten und Anerkennung ihrer Anstalten nachzusuchen. Da dies nicht geschah, vielmehr in einer Versammlung der Oberen der Kongregationen beschlossen ward, die Statuten nicht mitzuteilen und die Autorisation nicht einzuholen, so ließ die Regierung die Ordenshäuser der Jesuiten und ihre Lehranstalten schließen, eine Anordnung, die ohne Ruhestörung vor sich ging. Da aber Freycinet nicht energisch genug vorging, so bewirkten seine von Gambetta beeinflußten Gegner seinen Rücktritt. Am 23. September 1880 bildete sich unter Ferrys Präsidentschaft, welcher das Unterrichtswesen behielt, ein neues Kabinett, unter welchem die Ausführung der Märzdekrete zum Abschluß kam.

Gambetta hatte bisher die Ministerien beherrscht und ihnen seine Politik aufgenötigt; jetzt ging er darauf aus, eine ihm unterwürfige Kammer zu bilden, den Senat umzugestalten und in Frankreich gleichsam als Alleinherrscher zu gebieten. Diese Stellung suchte er durch das sogenannte Listenskrutinium zu erreichen, womit es folgende Bewandtnis hat. Während nach dem bisherigen Wahlgesetz jedes Arrondissement (Wahlbezirk) einen Abgeordneten wählte, sollten von nun an die Wähler eines ganzen Departements eine auf einer Liste (daher der Name Listenskrutinium) verzeichnete Anzahl von Kandidaten auf einmal wählen. Da die Republikaner in den meisten Departements die Mehrheit hatten, so war Gambetta sicher, daß bei den Wahlen eines Departements eine überwältigende Mehrheit von Republikanern gewählt würde. Die Anfertigung solcher Listen konnte von Paris aus durch ein

Komitee in der Art überwacht werden, daß nur erklärte Anhänger Gambettas auf die Liste kamen, schließlich dieser selbst über die Aufnahme entschied. Der Name des „großen Bürgers" Gambetta, des von Hunderttausenden Erwählten, mußte dann jedenfalls an die Spitze der Listen treten. Diese Idee Gambettas erregte großen Widerspruch. Die einen fühlten sich auf diese Weise bei den Wahlen von Gambettas Gnade abhängig, die anderen befürchteten die allzufrühe Eröffnung des Revanchekrieges. Während die Regierung sich bei der wichtigen Frage neutral verhielt, nahm die Kammer das Gesetz an. Die nun folgende Reise Gambettas nach seiner Geburtsstadt Cahors glich dem Triumphzug eines siegreichen Monarchen. Darauf kam die Frage vor den Senat und Waddington erklärte, die Bewilligung der Listenabstimmung bedeute nichts anderes als die Umwandlung der parlamentarischen Republik in eine cäsarische. Der Senat lehnte die Beratung ab (9. Juni): Gambetta hatte eine Niederlage erlitten. Doch gab er seine Sache noch nicht auf; er stellte eine partielle Verfassungsrevision in Aussicht, um den Senat von sich abhängig zu machen, und hoffte die Listenwahl doch noch durchzusetzen. Die neuen Wahlen fielen entschieden zu seinen Gunsten aus (Aug. und Sept. 1881). Die öffentliche Meinung sprach den Wunsch aus, Gambetta möge an die Spitze eines Ministeriums treten. Er machte eine rätselhafte Reise nach Deutschland, und das Gerücht ließ ihn eine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck haben. Nach seiner Rückkehr, als Ferry seine Entlassung eingereicht, übernahm er am 14. November die Präsidentschaft und das Auswärtige in einem neuen Ministerium, in welchem, „dem großen Ministerium", nur „Nullitäten" waren, die er nach seinem Willen lenkte, weshalb Rochefort dasselbe das „Bedientenministerium" nannte. Die Ernennung des Atheisten Paul Bert zum Unterrichtsminister erregte vielfaches Mißfallen. Die Pariser Börse und die hohe Finanzwelt betrachtete Gambettas finanzielle Pläne mit mißtrauischen Augen. Auch blieb er nicht frei von dem Verdachte, daß er die tunesische Expedition (s. unten) nur unternommen habe, um am Ankauf der tunesischen Papiere zu den niedrigsten Preisen Millionen zu gewinnen. So viel steht fest, daß Gambetta, der als Advokat nichts hatte, ein Vermögen von 27 Millionen Francs hinter-

ließ. Nach den neuen Senatorwahlen im Januar 1882 brachte er in der Kammer den Entwurf einer beschränkten Verfassungsrevision ein, nämlich eine Änderung des Wahlgesetzes für den Senat und Einführung der Listenwahl für die Kammer, erklärte letztere für die Grundlage des demokratischen Prinzips und als sein politisches Ziel „die Wiederaufrichtung des Vaterlandes". Aber die Kammer lehnte aus Besorgnis vor den Folgen des Revanchekrieges die ganze Regierungsvorlage ab (26. Jan. 1882). Gambetta reichte seine Entlassung ein. Freycinet bildete ein neues Kabinett, in dem er die Präsidentschaft und das Äußere, Say die Finanzen, Ferry den Unterricht übernahmen. — Der Tod Gambettas in der letzten Stunde des Jahres 1882 setzte dem ehrgeizigen Streben dieses Repräsentanten des Revanchekrieges ein Ziel.

Zu der oben erwähnten tunesischen Expedition hatten die räuberischen Einfälle der Krumir, an der Grenze von Algerien, den Franzosen einen erwünschten Anlaß gegeben. Ein französisches Corps landete in Biserta, und General Bréard zwang den Bei zum Vertrage von Bardo (12. Mai 1881), der alle wichtigen Plätze den Franzosen übergab und die Verwaltung des Landes durch französische Beamte gestattete. Die Großmächte erkannten Frankreichs Protektorat über Tunis, das zugleich die Annexion in sich schloß, an; England konnte trotz seiner Zugeständnisse seine Eifersucht über diese Ausdehnung des französischen Einflusses über das Mittelmeer nicht verhehlen, und Italien sah sich in seinen Hoffnungen auf den dereinstigen Besitz von Tunis getäuscht. Die Pforte protestierte gegen den Einmarsch der Franzosen in Tunis, das ein Teil des türkischen Reiches sei, stand aber aus Furcht vor einem Kriege mit Frankreich von der beabsichtigten Aussendung des Panzergeschwaders nach Tunis ab. Frankreich bekümmerte sich nicht um die türkischen Proteste; England aber gab zu verstehen, daß es eine Einmischung Frankreichs in Tripolis, die gleichfalls befürchtet ward, nicht zulassen werde. Doch hatten die Franzosen ihre Truppen zu früh wieder eingeschifft, und ein Aufstand der tunesischen und algerischen Stämme machte größere Truppensendungen nötig. Die Franzosen rückten siegreich bis zu der vom Feinde verlassenen heiligen Stadt Kahiruan vor, aber die Mobilmachung

der kleinen Expedition hatte die Schwerfälligkeit und Unfertigkeit der französischen Armeeorganisation in ein keineswegs günstiges Licht gesetzt.

Das Jahr 1879 hatte der bonapartistischen Partei in Frankreich einen empfindlichen Stoß versetzt. Der Sohn Napoleons III. hatte sich, um seinen Namen mit kriegerischem Ruhm zu umgeben, der englischen Expedition gegen die Zulukaffern in Südafrika angeschlossen, war aber bei einer Rekognoscierung in einen Hinterhalt geraten und getötet worden (1. Juni 1879). Seine Mutter, die Kaiserin-Witwe Eugenie, durch das Schicksal tief gebeugt, machte eine Reise nach der Stätte, wo ihr Sohn gefallen, und ließ ihm daselbst ein Denkmal errichten. Als Haupt der bonapartistischen Partei galt seitdem Prinz Jérome, ein Mann ohne besondere politische Bedeutung.

Pius IX. hatte am 8. Dezember 1854 das neue Dogma von der unbefleckten Empfängnis der Jungfrau Maria verkündigt, und zehn Jahre später an demselben Tage sprach eine Encyklika mit Syllabus über das gesamte moderne Staatsleben und seine geistige Bildung das Verdammungsurteil aus. Nur die dogmatische Machtbefugnis des Papstes schien noch eine Lücke zu haben, da auch das Tridentinische Koncil es unentschieden gelassen hatte, ob der Begriff der Unfehlbarkeit in Glaubenssachen der allgemeinen Kirchenversammlung oder dem römischen Papste zuzuschreiben sei. Der päpstliche Jesuitismus neigte zu letzterer Anschauung hin. Allen Abmachungen der bedeutendsten Bischöfe, ja sogar des Kardinalkollegiums zum Trotz ward ein ökumenisches Koncil berufen, das die Aufgabe hatte, die Unfehlbarkeit des Papstes zu erklären, als Gegengewicht gegen alles Wanken und Schwanken menschlicher Auktorität. Vergebens waren auch die wissenschaftlichen Angriffe des Münchener Stiftsprobstes Döllinger (s. oben) gegen das im Entstehen begriffene Dogma. Am 8. Dezember 1869 ward das ökumenische Koncil in der Peterskirche zu Rom eröffnet, dem stets ungefähr 700 berufene Teilnehmer beiwohnten. Eine eigentümliche Geschäftsordnung legte alle Macht über den Gang und die Verhandlungen des Koncils dem Papste in die Hand

Die Opposition, an deren Spitze die Kardinäle Schwarzenberg und Rauscher, Bischof Hefele von Rottenburg u. a. standen, richtete nichts aus. Nach langwierigen Vorarbeiten über den katholischen Glauben kam das Hauptkapitel, die Unfehlbarkeit des Papstes, zur Beratung. Zwei ganze Monate dauerten die Debatten, bis endlich am 18. Juli 1870, als bereits die Wetterwolken des deutsch-französischen Krieges den politischen Horizont umzogen, das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes erklärt ward, wenn derselbe in Angelegenheiten des Glaubens und der Sitten als Hirt und Lehrer der Christenheit auftritt. Solche Bestimmungen waren an und für sich selbst bindend und bedurften nicht der Zustimmung der Kirche, deren Bischöfe zu bloßen Beauftragten des Papstes herabgewürdigt waren.

Kaum war durch die Infallibilitätslehre der päpstliche Absolutismus zum Abschluß gelangt, als nach dem Abzuge der französischen Truppen der Kirchenstaat zusammenbrach. Da der Papst alle Vorschläge zu einer friedlichen Ausgleichung mit den Einheitsbestrebungen Italiens abwies, rückte das Heer Viktor Emanuels bis an die Mauern Roms vor. Die päpstlichen Truppen, zusammengerafftes Volk, leisteten einigen Widerstand, aber eine dreistündige Kanonade zwang Rom zur Übergabe. Eine Volksabstimmung sprach sich für den Anschluß an das Königreich Italien aus (3. Okt.). Ein Garantiegesetz erklärte die Person des Papstes für heilig und unverletzlich, gewährte ihm den Rang eines Souveräns mit einem Jahreseinkommen von 3 225 000 Lire und räumte der Kirche die umfassendsten Rechte ein. Aber Pius IX. ging auf nichts ein, wies die Civilliste zurück und schleuderte gegen Viktor Emanuel den Bannstrahl.

Die Einverleibung des Kirchenstaates, wie früher die Erwerbung Venetiens, war nur eine Frucht der preußisch-deutschen Siege. Dennoch herrschte unter dem italienischen Volke eine Hinneigung zu Frankreich, und die Teilnahme an den Schicksalen dieses Landes ging so weit, daß der Gedanke an ein italienisch-französisches Bündnis nicht fern lag. Aber die ultramontan-klerikale Strömung in Versailles, welche die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes verlangte und einen Kriegszug zur Wiedereinsetzung des „Gefangenen im Vatikan“ in Aussicht stellte, brachte die italienische

Regierung bald zu der Einsicht, daß sie nur im Bunde mit Preußen und Deutschland einer gesicherten Zukunft entgegen gehen könne. Während Frankreich gegen Italien wie gegen Deutschland denselben Haß hegte, war es klar, daß letzteres nicht daran dachte, die mittelalterliche Verbindung des Kaisertums mit Italien und die alten Römerfahrten zu erneuern. Die erwähnten Besuche der Königsfamilien sicherten das politische Verhältnis beider Staaten. Italien ging nun an die Organisation seines Heerwesens und an die von der öffentlichen Meinung in Italien verlangte Einziehung der Klöster. Im Mai 1873 ward von dem Parlamente das Klostergesetz angenommen, nach welchem die Klöster in Rom und im ehemaligen päpstlichen Gebiete eben so wie im übrigen Italien aufgehoben werden sollten, und nur die Generalate der Orden aus Rücksicht für das katholische Ausland noch fortbestehen durften. Gegen die gerade damals von einer Wiedereinsetzung des Grafen von Chambord dem neuen Königreiche zu Gunsten der päpstlichen Herrschaft drohenden Gefahren boten die durch Viktor Emanuels Reise über Wien nach Berlin (Sept. 1873) befestigten freundschaftlichen Beziehungen Schutz und Hülfe.

Dem Ministerium Sella-Lanza, welches seit Dezember 1869 im Amte war, folgte im Juli 1873 das Kabinett Minghetti, das sich auf eine den deutschen Nationalliberalen entsprechende Mittelpartei stützte. Nach seinem Sturze übernahmen die Führer der Linken, Depretis und Nicotera, das Ministerium. Es bestanden überhaupt vier liberale Gruppen, deren Führer außer den beiden genannten noch Crispi und Cairoli waren, und deren Namen bei allen Kabinettswechseln bald als siegreich, bald als unterliegend genannt werden. Die Staatsregierung ging darauf aus, den Einfluß der Hierarchie zu brechen, dieser das Schulwesen zu entziehen, den Unterricht und das Steuerwesen zu verbessern. Aber die Durchführung dieser wohlgemeinten Pläne scheiterte größtenteils an der Kammer, die bei ihrer Vorliebe für Interpellationen und auswärtige Politik für die eigentlichen Aufgaben keine Zeit fand. Unter Parteikämpfen aller Art blieb des Volkes Treue und Liebe zum König, dem Schöpfer der Einheit Italiens, sich unwandelbar gleich. Das Leichenbegängnis des nach kurzer Krankheit am

9. Januar 1878 verstorbenen Königs war ein Trauerfest der ganzen Nation, an dem sich auch der deutsche Kronprinz beteiligte. Bald darauf (7. Februar) folgte ihm Pius IX. im Tode nach. Bei der Beisetzung seines Leichnams in der Kirche von St. Lorenzo, die erst in der Nacht vom 12. Juli 1881 geschah, fanden die größten Störungen und Beschimpfungen seitens der Radikalen statt, und sogar der Ruf: „Werft ihn in den Tiber!“ wurde gehört.

Der neue König Humbert I. leistete am 19. Januar vor versammeltem Parlamente den Eid auf die Verfassung und erließ für alle politischen Verbrecher Amnestie. Mit dem deutschen Kaiserhause stand er in engen Beziehungen und erfreute sich auch der Liebe seines Volkes. Doch zeigte sich in mehreren Städten Italiens socialdemokratisches Treiben. Zu Bologna, Florenz und Pisa wurden während der Anwesenheit des Königs mehrere Verhaftungen vorgenommen; an Häusern dieser Städte hatten sich Plakate gefunden mit den Worten: „Tod dem Könige!“ „Nieder mit der Monarchie!“ Ja, bei dem am 17. November 1878 erfolgten Einzug des Königs in Neapel machte ein ruchloser Mensch, der Koch Passanante, einen Anfall auf den Wagen des Königs, bei welchem dieser leicht, sein Minister Cairoli schwer verwundet wurde. So sehr aber auch das Volk seine Anhänglichkeit an den König und die konstitutionelle Monarchie bei öffentlichen Veranlassungen an den Tag legt, so kommt es doch bei der Rohheit und Verwilderung der Massen und der Leidenschaftlichkeit der Parteien zu keinem gedeihlichen Fortschritt. Der Bund der „Italia irridenta“ (des unerlösten Italiens), d. h. der noch unter fremder Herrschaft stehenden italienischen Provinzen, sprach allen diesen das Recht zu, sich dem Mutterlande anzuschließen, und hat es dabei auf Südtyrol, Görz, Triest, den Kanton Tessin abgesehen. Dazu kommt, daß die Finanzlage mit jedem Jahre ein größeres Defizit ergab, drückende Steuern (die Mahlsteuer) und einen Zwangskurs der Staatspapiere zur Folge hatte; auch die öffentliche Unsicherheit in Unteritalien und Sicilien ist im Steigen begriffen. Allen diesen Übelständen gegenüber entwickeln die Minister keine energischen Maßregeln. Die Parteien liegen mit einander in stetem Hader, und Ministerwechsel mit Kammerauflösungen gehören zur Tagesord-

nung. Die „demokratische Liga“ unter Garibaldis Führung schärfte die Agitationen der „Italia irridenta“ und ihrer ausschweifenden Politik, die alle freundlichen Beziehungen mit Österreich zu lähmen suchte. Aber während die Rücksichtslosigkeit, mit welcher Italien von Frankreich in der tunesischen Frage behandelt wurde, den größten Ingrimm in Italien hervorrief, ohne die Abneigung gegen Österreich aufzuheben, machte König Humbert mit seiner Gemahlin im Oktober 1881 einen Besuch in Wien. Die Aufnahme war eine ebenso freundliche als glänzende, und viele bedeutende Städte Italiens bezeugten ihre volle Uebereinstimmung mit dieser Reise des Herrscherpaares. Seitdem geht Italien in allen auswärtigen Fragen mit Deutschland und Österreich Hand in Hand. Papst Leo XIII., von dessen Wahl nach dem Tode Pius IX. bereits die Rede war, beharrte, in den Angelegenheiten der Kirche jeden Ausgleich zurückweisend, auf dem früher vom hl. Stuhle eingenommenen Standpunkt, der sich auch in der durch eine Encyklika empfohlenen Philosophie des hl. Thomas von Aquino als Grundlage der theologischen Studien kundgab.

In dem transalpinischen Nachbarlande Italiens, der Schweiz, hatte es die Regierung mit der Revision der Bundesverfassung und der Abwehr ultramontaner Übergriffe zu thun.

Da die Bundesverfassung von 1848 dem Partikularismus der einzelnen Kantone zu sehr Rechnung trug, so handelte es sich darum, die sämtlichen Kantonen gemeinsamen Angelegenheiten dem Bunde zuzuweisen. Die Revision war der Centralisation günstig; die Jesuiten sollten von der Schweiz ausgeschlossen, die Todesstrafe und alle anderen körperlichen Strafen abgeschafft und die Mitglieder geistlicher Orden vom Volksunterrichte fern gehalten werden. Aber der neue Bundesverfassungs-Entwurf wurde am 12. Mai 1872 verworfen. Doch wurde die Revisionsarbeit fortgesetzt und am 19. April 1874 der neue Revisionsentwurf, der hinsichtlich des Rechts- und Militärwesens den Einzelkantonen einige Zugeständnisse machte, in kirchlichen Fragen den Klerikalen entgegentrat und Bundesgesetze allgemeinerer Art der Volksabstimmung unterwarf, mit überwiegender Mehrheit angenommen. Nach einer neuen Militärorganisation sollte die

Schweizer Armee statt aus Auszug, Reserve und Landwehr nur aus Auszug und Landwehr bestehen, die Hauptsache der militärischen Erziehung in die Volksschule und die folgenden Jahre bis zum Beginn des militärpflichtigen Alters verlegt und zu diesem Zwecke eine angemessene turnerische Ausbildung angeordet werden. Am Polytechnikum in Zürich wurde eine militär-wissenschaftliche Fakultät gegründet. Das Gesetz über Einführung der obligatorischen Civilehe wurde 1874 angenommen, die Todesstrafe, außer für politische Vergehen, wieder eingeführt (Mai 1879). Da die Verfassung vielen nicht radikal genug erschien, wurde die Frage im betreff einer Revision dem Volke vorgelegt, aber von der Volksabstimmung vom 31. Oktober 1880 verneint. Eine wegen des Defizits beantragte Erhöhung des Zolls auf Tabak, Petroleum, Kaffee u. s. w. wurde im Jahre 1879 angenommen. Socialistische Flüchtlinge, welche dem Asylrecht zuwider offen zu Aufruhr und Königsmord aufforderten, wurden in den Jahren 1879 und 1881 ausgewiesen.

In Genf war es den Wühlereien eines gewissenlosen Parteiführers, James Fazy, gelungen an die Spitze der Regierung zu gelangen und eine entschieden demokratische Verfassung, wie überhaupt eine große Umwälzung der Verhältnisse zustande zu bringen. Da er sich jedoch von Intriguen mit Napoleon III. und den Ultramontanen nicht frei hielt, ward er 1863 gestürzt. Jetzt aber begannen die Versuche der Klerikalen, die Stadt Genf wieder für den Katholicismus zu gewinnen. Obgleich die katholische Kirche in Genf unter dem Episkopate von Freiburg stand, ernannte doch der Papst den Genfer Pfarrer Mermillod zum apostolischen Vikar und Bischof in Genf und erhob ihn zugleich zum Bischof von Hebron in partibus infidelium. Der Genfer Staatsrat protestierte gegen diese Eigenmächtigkeit, erkannte den ernannten nur als Pfarrer von Genf, aber nicht als Diöcesanbischof an und wandte sich an den Bundesrat. Dieser verfügte, als Mermillod fortfuhr, seine bischöflichen Funktionen auszuüben, die Ausweisung desselben aus der Schweiz, die im Februar 1873 ausgeführt wurde. Der große Rat unternahm jetzt eine neue Anordnung der katholischen Gemeindeverhältnisse. Die Geistlichen, von den Gemeinden gewählt, mußten den Eid auf das neue Kirchen-

gesetz leisten. Der durch glänzende Beredsamkeit ausgezeichnete Pater Hyacinth (eigentlich Loyson), Gegner des Unfehlbarkeitsdogmas, der sich 1872 verheiratet hatte, wurde in Genf Gründer einer altkatholischen Gemeinde*).

Ein ähnlicher Vorfall trug sich mit dem Bischof Lachat von Basel zu, der in Solothurn seinen Sitz hatte. Da dieser mehrere Pfarrer, welche das Unfehlbarkeitsdogma nicht annahmen, abgesetzt und exkommuniciert, die Forderung der Kantonalregierungen um Zurücknahme dieser Maßregeln abgelehnt hatte, wurde seine Amtsentsetzung von der Diöcesankonferenz ausgesprochen (Jan. 1873). Lachat siedelte nach Luzern über, das Bistum aber blieb unbesetzt. Gegen die Amtsentsetzung Lachat's protestierte fast die gesamte Geistlichkeit des Jura bei der Berner Regierung, worauf diejenigen, die ihren Protest nicht zurücknahmen, der Zahl nach 69, abgesetzt wurden. Ruhestörungen in einzelnen Gemeinden wurden durch militärische Besetzung gedämpft, die Geistlichen mit Ausweisung aus dem Jura bestraft. Da aber eine solche Ausweisung Schweizer Bürger mit der Bundesverfassung im Widerspruch stand, so nötigte der Bundesrat auf die Beschwerde der Geistlichen den Berner Regierungsrat zur Zurücknahme des Ausweisungsdekrets, aber ein freisinniges Kirchengesetz (1874) und ein Kultuspolizeigesetz (1875) traten doch weiteren Übergriffen entgegen. Die jurassischen Geistlichen kehrten in ihre Gemeinden zurück. Da der Papst gegen alle diese Maßregeln protestierte, verließ der päpstliche Nuntius auf Aufforderung des Bundesrats die Schweiz. Infolge dieser Kämpfe bildeten sich in Bern altkatholische Gemeinden mit einer Fakultät und einem Bistume.

Ein Unternehmen von europäischer Bedeutung war der Bau der Gotthardtsbahn. Dies große Unternehmen war ins Stocken geraten und mußte durch Nachbewilligung der beteiligten Staaten, der Schweiz, Deutschlands und Italiens, fortgeführt werden, worüber sich die Unterhandlungen bis ins Jahr 1878 hinzogen. Die Durchstechung des Gotthardt im Jahre 1872 begonnen, wurde am 29. Februar

*) In Genf starb am 18. August 1873 der verbannte Herzog Karl von Braunschweig und hinterließ sein Vermögen (30 Mill. Francs) der Stadt Genf mit der Bedingung, ihm ein Mausoleum mit seiner Reiterstatue zu errichten.

1880 vollendet. Die Einweihung der Bahn geschah durch einen Festzug von Mailand nach Luzern und zurück in den Tagen vom 21. bis 24. Mai 1882, an dem sich der Schweizer Bundespräsident Bavier, der deutsche Minister Böttticher und der italienische Minister Baccarini beteiligten. Die Eröffnung des Verkehrs erfolgte am 1. Juni.

XXX.

Österreich-Ungarn.

Nach dem unglücklichen Kriege von 1866 begann in Österreich eine Wiedergeburt des gesamten Staates in liberaler Richtung. Die Politik Belcredis, welche, die slavischen Stämme begünstigend, die Monarchie in einzelne fast nur durch Personalunion verbundene Teile zu zerreißen drohte, ward aufgegeben. An Belcredis Stelle übernahm Freiherr von Beust die Leitung des Ministeriums (7. Febr. 1867). Seine Thätigkeit mußte sich zunächst auf Ungarn lenken.

Hier hatte Franz Deak, ein einsichtsvoller und von edlem Rechtssinn durchdrungener Staatsmann, schon längst den Grundsatz verteidigt, daß Ungarn zwar mit Österreich verbunden bleiben, aber eine selbständige Regierung und eine eigene, den Zeitbedürfnissen entsprechende Verfassung, sowie durch Vereinigung mit den Nachbarlanden im Süden und Osten eine festere Abgrenzung erhalten müsse. Lange hatte die Wiener Regierung diesen Forderungen Widerstand geleistet, bis sie endlich, durch den Tag von Königgrätz in neue politische Bahnen gedrängt, dem gewünschten Ausgleich mit Ungarn nicht weiter entgegentrat. So wurde denn zwischen Deak und dem Ministerpräsidenten von Beust eine neue Verfassung vereinbart, welcher Kaiser Franz Joseph im Februar 1867 die Bestätigung erteilte. Die ungarischen, durch die Revolution von 1848 und 1849 verwirkten Rechte wurden wiederhergestellt und die Nebenländer Siebenbürgen und Kroatien mit Ungarn vereinigt. Das neue Königreich jenseit der Leitha verpflichtete sich zu einem Beitrag zur Ver-

zinsung der Gesamtstaatsschuld Österreichs; ein ungarisches Ministerium aus der Deak'schen Partei unter dem Grafen Julius Andrassy ward eingesetzt und schon im Juni 1867 erfolgte in Pesth die feierliche Krönung Franz Josephs und seiner Gemahlin als König und Königin von Ungarn. In dem cisleithanischen Teile der Monarchie, welcher die deutschen und slavischen Ländergebiete umfaßte, ward das sog. „Bürgerministerium" Auersperg-Giskra berufen und auch hier eine freiere Verfassung eingeführt (Dezbr. 1867). Über dem transleithanischen und cisleithanischen Ministerium steht das Reichsministerium, um in militärisch-diplomatischer Hinsicht die Einheit des österreichisch-ungarischen Doppelreiches zu wahren, und die Reichsvertretung, um die allgemeinen Interessen zu beraten und das friedliche Zusammenleben der verschienen Nationalitäten zu ermöglichen. Das Konkordat mit dem Papste wurde zwar nicht aufgehoben, aber die Wirksamkeit desselben durch ein Schul- und Ehegesetz, welches die Schule und die Eheschließung von der Herrschaft der Kirche befreite, sowie durch ein interkonfessionelles Gesetz, welches die Gleichberechtigung aller Konfessionen aussprach, bedeutend abgeschwächt (Mai 1868).

Für die Slaven in den österreichischen Ländern war der Ausgleich mit Ungarn eine verführerische Lockspeise. Die Deutschen, obwohl in der Minderzahl, hatten bisher die Herrschaft behauptet, wozu sie durch das historische Recht, durch ihre höhere Bildung, durch industrielle und finanzielle Verhältnisse berechtigt waren. Während die Slaven sich nur an der Stütze deutscher Bildung zu einem Kulturleben zu erheben vermögen, strebten dieselben dennoch in der cisleithanischen Hälfte, besonders die Czechen in Böhmen, nach derselben vorherrschenden Stellung, wie sie die Magyaren jenseit der Leitha errungen hatten. Eine aus slavischen, feudalen und ultramontanen Elementen bestehende Partei trat gegen deutsche Bildung und deutsches Wesen auf den Kampfplatz und suchte das Übergewicht im österreichischen Reichsrate zu gewinnen. Im Februar 1871 bildete der ultramontane Graf Hohenwart ein Ministerium, in welchem er die Präsidentschaft und das Innere übernahm; Czechen und der schwäbische Partikularist und Preußenfeind Schäffle standen ihm zur Seite. Dieses aus Slaven, Jesuiten und Feudalen

zusammengesetzte Kabinett, als „föderalistischer Rattenkönig“ bezeichnet, erregte in weiten Kreisen das höchste Befremden. Zunächst untersagte das neue Kabinett die öffentlichen Kundgebungen für die deutschen Siege, denen die Deutsch-Österreicher mit reger Teilnahme gefolgt waren, trat dann aber im Widerspruch mit der Dezember-Verfassung mit einer Reihe von Gesetzvorlagen hervor, welche auf Kosten der Reichseinheit die politische Autonomie der einzelnen Nationalitäten in Cisleithanien erweitern, insbesondere den Czechen in Böhmen einen dem ungarischen ähnlichen Ausgleich und den Polen in Galizien eine größere Selbständigkeit gewähren, die Kompetenz der Einzellandtage unter Schädigung der Bedeutung des Reichsrates und des Reichsministeriums erhöhen und das Übergewicht der deutschen Sprache und Schule zurückdrängen sollten. Vergebens waren die Bestrebungen der Verfassungspartei gegen die neuen Gesetzvorlagen; der Kaiser erklärte auf eine Adresse des Abgeordnetenhauses, daß das Ministerium sein volles Vertrauen besitze. Auf diese Erklärung hin ging das Ministerium in der Durchführung seiner föderalistischen Pläne um so rücksichtsloser vorwärts. Um den Widerstand der Verfassungstreuen zu brechen, wurden das Abgeordnetenhaus und diejenigen Landtage, in denen das deutsche Element die Mehrheit hatte, aufgelöst (Aug. 1871) und neue Wahlen angeordnet. Damit begann für die verfassungstreuen Deutschen ein Kampf um ihre politische Existenz, da ein ungünstiger Ausfall der Wahlen die Herrschaft der Klerikalen, Slaven und Feudalen zur unausbleiblichen Folge hatte. Die Aufregung unter den Deutschen in allen Provinzen der Monarchie erreichte den höchsten Grad. Und doch vermochten die Anstrengungen der deutschen Patrioten nichts gegen die Macht der Regierung und den gewaltigen Einfluß der Feudalen, Klerikalen und Föderalisten: sie hatten eine Niederlage erlitten, als am 14. September die Landtage wieder eröffnet wurden. Auf dem böhmischen Landtage wurden „Fundamentalartikel“ beraten, welche zunächst die „historisch-politische Individualität“ des Czechentums, dann aber auch in der ganzen cisleithanischen Reichshälfte eine föderalistische Verfassung begründen sollten. Als nun sämtliche deutsche Abgeordnete austraten, wurde die neue Verfassung einstimmig angenommen und eine Adresse an den Kaiser geschickt, mit

der Bitte, den Böhmen diese neue Verfassung in einem „Majestätsbriefe“ zu verkündigen. Nach dieser neuen Landesordnung sollte Böhmen, abgelöst vom Reichsrate, seine eigene Autonomie haben, und Justiz, Verwaltung, Unterricht, Steuerwesen unter die Kompetenz des böhmischen Landtages fallen. Da sich Mähren, Krain und Tirol mit denselben föderalistischen Gelüsten herumtrugen, so wären die Deutschen in den Provinzen, in denen sie in der Minderzahl waren, rechtlos der Herrschaft der Slaven preisgegeben worden. Das waren die letzten Ziele des Ministeriums Hohenwart und seiner czechischen Genossen Dr. Rieger und Clam-Martinitz. Eine Bestätigung dieser „Fundamentalartikel“ durch den Kaiser würde die Reichseinheit Östreichs geradezu aufgehoben und einen verhängnisvollen Zerbröckelungsprozeß der Monarchie angebahnt haben. Soweit sollte es jedoch nicht kommen. Noch zur rechten Stunde hatte Graf Beust dem Kaiser die Bedeutung des „böhmischen Ausgleichs“ klar gemacht und ihm die für die Reichseinheit gefährlichen Folgen desselben nachgewiesen. Der Kaiser lehnte daher die Bestätigung ab und erklärte die bestehende Verfassung samt dem Reichstag für den gemeinsamen Rechtsboden, der allen Verfassungsänderungen zu Grunde liegen müsse. Das Ministerium Hohenwart erhielt die gewünschte Entlassung (30. Okt. 1871). Graf Beust, der die glückliche Wendung der Dinge hervorgebracht, erhielt zum allgemeinen Erstaunen einige Tage darauf seine Entlassung als Reichskanzler und ward als Botschafter nach London gesandt: der Rachsucht seiner Gegner mußte ein Opfer gebracht werden.

An Beusts Stelle trat als Minister des Auswärtigen und Vorstand des Reichsministeriums Graf Andrassy, bisher Ministerpräsident in Ungarn, wogegen in Pesth Graf Lonyay die Leitung des ungarischen Ministeriums übernahm. In Wien folgte Fürst Adolf Auersperg, Bruder des bekannten Dichters, in der Leitung des cisleithanischen Ministeriums, der sich von November 1871 bis Februar 1879 behauptete. Das Programm der Minister Auersperg und Andrassy beruhte auf dem Prinzip der Erhaltung der Verfassung und des Gesamtstaates im Gegensatze zu den föderalistischen Gelüsten der Slaven und auf dem des Zusammengehens mit dem deutschen Reiche in allen wichtigen Fragen

der auswärtigen Politik. Zunächst wurden Neuwahlen angeordnet, durch welche die verfassungstreuen, liberalen Elemente wieder das Übergewicht im Abgeordnetenhause erhielten. Durch ein „Notwahlgesetz“ wurden, falls die Landtage die Wahl von Delegierten in den Reichstag verweigerten, direkte Volkswahlen durch die Wahlbezirke bestimmt (Febr. 1872). Auf das „Notwahlgesetz“ folgten Wahlreformen, um die Abhängigkeit des Reichsrates von den Provinziallandtagen, in denen oft föderalistische und klerikale Tendenzen die Oberhand gewannen, zu beseitigen. Diese Wahlreformen wurden im März 1873 von beiden Häusern angenommen und im April vom Kaiser sanktioniert. So wurden unter der patriotischen Leitung des Ministeriums Auersperg die föderalistischen Umtriebe in ihre Schranken gewiesen, das Bewußtsein des einheitlichen Gesamtstaates in den Wählern erweckt und gekräftigt und die Überzeugung befestigt, daß die habsburgische Monarchie nur durch strenges Festhalten an der Verfassung und dem Reichstage, wie durch engen Anschluß an Deutschland sicheren Bestand haben könne.

Wie Österreich in politischer Hinsicht wieder in freiere Bahnen einlenkte, so erkannte man in Wien auch das Bedürfnis, den Staat von den Banden der Kirche zu befreien und die Verhältnisse zwischen Kirche und Staat, unabhängig von Rom, selbständig zu ordnen. Der Unterrichtsminister Stremayr legte dem Reichsrate vier konfessionelle Gesetzentwürfe vor, die nach schweren Kämpfen zwischen Liberalen und Ultramontanen in beiden Häusern durchgesetzt und vom Kaiser bestätigt wurden (Mai 1874). „Das erste hob das Konkordat auch formell auf; das zweite ordnete die Rechtsverhältnisse der klösterlichen Genossenschaften; das dritte die Beiträge aus den Pfründen zum Religionsfonds behufs der Deckung der Bedürfnisse des katholischen Kultus; das vierte brachte Bestimmungen über die gesetzliche Anerkennung der noch nicht gesetzlich anerkannten Religionsgenossenschaften.“ Doch wurde bei dem großen Einfluß der Geistlichkeit die Ausführung dieser Gesetze abgeschwächt und milde gehandhabt, so daß sich die Liberalen wenig befriedigt fühlten, wie denn auch die obligatorische Civilehe „dem katholischen Staate“ fern blieb.

Im Jahre 1873 wurde die österreichisch-ungarische Mon-

archie von einem furchtbaren Schlage auf finanziellem Gebiete betroffen. Die ins maßlose gesteigerte Spekulationssucht und unersättliche Gier nach Reichtum und Gewinn hatte eine verhängnisvolle Börsenkrisis, der „große Krach“ genannt, zur Folge, welche alle Klassen der Gesellschaft mit schweren Verlusten heimsuchte und Elend und Not in viele Familien brachte. Die aufs gewissenloseste betriebenen Schwindelgeschäfte erzeugten das Gefühl der Unheimlichkeit und Unsicherheit und die Besorgnis, daß die Tugenden der Ehrlichkeit und Rechtlichkeit in der Handels- und Geschäftswelt eine schwere Einbuße erlitten haben möchten. Einen schroffen Gegensatz zu dieser allgemeinen Not bildete die Wiener Weltausstellung in demselben Jahre (vom Mai bis November), welche die früheren in London und Paris an Glanz und Herrlichkeit weit überbot und zugleich Veranlassung wurde, daß eine große Anzahl fürstlicher Personen, insbesondere die Glieder der kaiserlichen Familie von Berlin, den großartigen Weltmarkt mit ihrer Gegenwart beehrten und mit dem österreichischen Herrscherhause die Gesinnungen des Friedens und der Freundschaft befestigten. Sogar Viktor Emanuel stattete der Kaiserstadt an der Donau seinen Besuch ab und bekundete dadurch, daß die alte Feindschaft zwischen den beiden Reichen zu Grabe getragen sei. Bald nach dem Schluß der Weltausstellung wurde das fünfundzwanzigjährige Regierungsjubiläum Franz Josephs in beiden Reichshälften glänzend gefeiert.*)

Der Umstand, daß die östreichische Monarchie aus Deutschen, Magyaren und vielen slavischen Stämmen, aus Nationalitäten verschiedenen Bildungsstandes und Charakters zusammengesetzt ist, steigert die Schwierigkeit des Regierens in außerordentlichem Maße. Nicht nur, daß das Königreich Ungarn sich immer mehr als selbständiges Ganze zu organisieren suchte und seine Interessen den allgemeinen des Gesamtreiches voranstellte, setzten auch die Slaven, insbesondere die Czechen und Böhmen, ihr Streben nach nationaler Autonomie unausgesetzt fort, ein Streben, dessen letztes Ergebnis kein anderes sein könnte, als die Auflösung der Monarchie

*) Im Jahre 1873 durchzog der Schah von Persien, „der König der Könige“, mit Gefolge in orientalischer Pracht die europäischen Residenzen.

in „Vereinigte Staaten Österreichs“ mit bloßer Personalunion. Solchen verschiedenen Interessen und Sondergelüsten gegenüber fiel der österreichischen Staatskunst die schwierige Aufgabe zu, die Idee des Gesamtstaates und seinen deutschen Charakter, sowie das Gefühl der politischen Zusammengehörigkeit und die Überzeugung von deren Notwendigkeit zum Gedeihen des Ganzen zu bewahren und stets von neuem zu beleben. Die Durchführung dieser Aufgabe war zunächst in Ungarn mit schweren Kämpfen verbunden. Hier suchte man nach erlangtem Ausgleich die Herrschaft der Deutsch-Österreicher zu schwächen, die dem transleithanischen Königreiche zugewiesenen Völkerstämme, die Deutschen in Siebenbürgen, die Slaven in Kroatien und Slavonien zu unterdrücken, ihre Rechte zu schmälern und das Magyarentum auf jede Weise zu heben und zu stärken. Und doch entrichteten die Magyaren zu den gemeinsamen Reichslasten, zum Heeresbestand, zur Marine, zur Verzinsung der Staatsschuld, zu den Gesandtschaften, kaum den dritten Teil; ihr Staat stand selbständiger und unabhängiger da als die cisleithanische Reichshälfte. Trotzdem arbeitete die äußerste Linke auf ein vollständig autonomes Reich, höchstens mit Personalunion, fortwährend hin. Nur mit Mühe konnte der gemäßigte Deak unter den Magyaren die Überzeugung verbreiten, daß der Ausgleich von 1867 der völligen Trennung vorzuziehen sei, und es dahin bringen, daß eine „Deakpartei“ immer mehr Boden gewann, welche die ungarischen Interessen nur im Anschluß an Österreich gefördert wissen wollte. Auch der Führer des linken Centrums, Koloman Tisza, gab den Widerstand auf und trat sogar an die Spitze des Ministeriums (Okt. 1875). Mit Hülfe der liberalen Partei suchte er durch Zoll- und Handelsverträge mit dem österreichischen Staate und durch Lösung der Bankfrage die finanziellen Zustände Ungarns zu heben, aber bei seinen „übertriebenen Anforderungen zu Gunsten Ungarns“, durch welche dieses Reich allzu sehr bevorzugt, die cisleithanische Hälfte allzu schwer bedrückt worden wäre, zogen sich die Verhandlungen lange Zeit hinaus. Unter solchen Umständen war der Tod Deaks (28. Jan. 1876), der auf seine Landsleute stets einen beruhigenden Einfluß ausgeübt und für ein friedliches Zusammenleben gewirkt hatte, ein nationaler Verlust für beide Reichsteile. So

dauerte die Spannung fort, und erst im Mai 1876, als die kriegerischen Verhältnisse in der Balkanhalbinsel (vgl. XXXI.) die Notwendigkeit eines Ausgleichs immer klarer legten, kamen zwischen den Ministerien Tisza und Auersperg die „Maistipulationen" zustande, in denen festgestellt wurde, daß „das Zoll- und Handelsbündnis auf weitere zehn Jahre erneuert und die Nationalbank in ein dualistisches Bankinstitut umgewandelt" werden sollte. Dieses Abkommen erregte in beiden Reichshälften heftigen Widerspruch, und bei dem Mangel an Billigkeitssinn bei den Ungarn, die dem Nachbarstaate die größten Lasten aufbürden wollten, dauerte es noch zwei Jahre, bis im Mai 1878 eine Verständigung über sämtliche Ausgleichspunkte erzielt wurde, die der Kaiser im Juni unterzeichnete. Auch jetzt gab die verfassungstreue Partei nur deshalb nach, um den bevorstehenden Rücktritt Auerspergs, der schon sein Entlassungsgesuch eingereicht hatte, noch abzuwenden.

Mit Kroatien wurde ebenfalls ein neuer Ausgleich erzielt. Zwar hatte der Banus von Kroatien eine selbständige Stellung, und ein kroatischer Minister vermittelte die Beziehungen zu Ungarn; aber die Kroaten waren mit dem im Jahre 1879 ablaufenden Vertrage nicht mehr zufrieden, da sie für die gemeinsamen Angelegenheiten Ungarns und Österreich-Ungarns eine zu große Summe zu leisten hatten und doch mit Ungarn nicht die volle Parität genossen, wie dieses mit Österreich. Der neue Ausgleich kam 1880 zustande, und 1881 ward auch die Einverleibung der Militärgrenze in das Königreich Kroatien durch ein kaiserliches Manifest ausgesprochen.

Die orientalischen Wirren verursachten der Wiener Regierung neue Schwierigkeiten und offenbarten den Gegensatz zwischen den politischen Anschauungen der verschiedenen Nationalitäten. Die Magyaren teils aus Furcht vor dem drohenden Übergewicht des Panslavismus, teils aus altem Hasse gegen Rußland, dem sie den Tag von Vilagos nicht vergessen konnten, suchten die österreichische Regierung zu einem Bündnisse mit der Türkei und zu einem Kriege gegen das moskowitische Reich hinzudrängen. Während aber die Magyaren für die Osmanen schwärmten und die Unfälle der Russen bei den ersten Angriffen auf Plewna (vgl. XXXI.) durch glänzende

Festlichkeiten feierten, verlangten die Kroaten ein Bündnis mit Rußland und die Besitznahme von Bosnien und der Herzegowina, forderten die Befreiung der Christen in der Balkanhalbinsel vom türkischen Joche und verherrlichten die Einnahme von Plewna durch festliche Kundgebungen. Graf Andrassy hatte die schwierige Aufgabe, das gefährdete Staatsschiff zwischen den auf beiden Seiten drohenden Klippen sicher hindurchzulotsen. Die Wiener Regierung beobachtete vor allem strenge Neutralität; Rußlands Macht und Einfluß in den Balkanländern durften nicht zur Vorherrschaft gelangen, besonders Serbien und Rumänien dem slavischen Großstaate nicht anheimfallen, die Handelsinteressen an der unteren Donau und am Bosporus mußten gewahrt und die Grenzländer gegen eine panslavistische Propaganda gesichert werden. Andrassy wußte ebenso wohl den Lockungen Rußlands, mit ihm gemeinsam gegen die Türken vorzugehen, wie dem Drängen der Magyaren zu widerstehen, dem bedrohten Osmanenreiche die helfende Hand zu reichen. Seine Politik war die des „Zuwartens", um im rechten Augenblicke zu Gunsten der östreichischen Interessen einschreiten zu können; sie hatte dabei eine Vergrößerung und Abrundung des schmalen dalmatinischen Küstenstriches durch die Hinterlande Bosnien und die Herzegowina, gleichsam als Ersatz für die verlorenen italienischen Provinzen, unverrückt im Auge. Andrassy konnte sich hierbei eng an die Politik des deutschen Reiches anschließen, denn wie er, hegte auch Bismarck die Überzeugung, daß hinsichtlich der Balkanhalbinsel Deutschland und Östreich das gleiche Interesse hatten, dem Vordringen der panslavistischen Politik Rußlands entgegenzutreten.

Als Östreich auf dem Berliner Kongreß (Juli 1878, vgl. XXXI.) die Zustimmung der Mächte zur Besitznahme von Bosnien und der Herzegowina erhielt, stießen die östreichischen Truppen anfangs auf unerwarteten Widerstand. In Serajewo, der Hauptstadt Bosniens, brach sogar ein Aufstand aus, und die Stadt mußte mit Sturm genommen werden. Erst als die Östreicher mit drei Armeecorps einrückten, gelang die Unterwerfung beider Länder. Die gewonnenen Provinzen wurden zunächst für Reichslande erklärt, und der kommandierende General, Feldzeugmeister Herzog Wilhelm von Würtemberg, an die Spitze der Landes-

regierung gestellt (Jan. 1879). Im April 1879 kam eine Konvention mit der Pforte zustande, in der sich diese die Souveränität über die besetzten Provinzen vorbehielt, die Regierung aber dem östreichischen Kaiserstaat überließ. Im September besetzten die Östreicher auch den Sandschak (Bezirk) Novibazar. Diese Erfolge, welche dem Doppelstaate Östreich-Ungarn eine höchst günstige Stellung für seine politischen und kommerciellen Orientbeziehungen gewährten, wurden durch den engen Anschluß an die deutsche Reichspolitik befestigt und gesichert. Die Zusammenkunft der beiden Kaiser von Deutschland und Östreich-Ungarn zu Gastein (9. und 10. März 1879) und die ihrer Reichskanzler erst an demselben Orte, dann in Wien (Sept.) führte zu einem „Einvernehmen" zwischen den beiden Reichen, das auch durch den Rücktritt Andrassys von den Staatsgeschäften unter seinem Nachfolger, Baron Haymerle, keine Änderung erlitt.*)

Inzwischen dauerte in den inneren Angelegenheiten des Kaiserstaates der Kampf zwischen den Föderalisten und den Anhängern des Gesamtstaates, der Verfassungspartei, ohne Unterbrechung fort. Fürst Auersperg hatte im Februar 1879 die erbetene Entlassung erhalten, und Graf Taaffe bildete im August ein neues Kabinett, in dem er selbst die Präsidentschaft übernahm. Um die Böhmen, die sich der Wahlen zum Reichsrat enthalten hatten, wieder zur Teilnahme an demselben zu gewinnen, wurden ihnen Zugeständnisse im betreff des czechischen Nationalitätsprincips in Aussicht gestellt. Nun traten die Böhmen wieder in den Reichsrat, die Verfassungstreuen erlitten eine Niederlage und begingen, nachdem sie ihren bedeutendsten Führer, Dr. Giskra, durch den Tod verloren, noch den politischen Fehler, daß sie gegen den durch die politisch-militärische Lage Europas wohlbegründeten Regierungsantrag, wonach das Wehrgesetz und die damalige Kriegsstärke für die nächsten zehn Jahre beibehalten werden sollten, mit aller Heftigkeit auftraten, obgleich es feststand, daß, wenn die liberale Partei bei ihrem Widerstande be-

*) Weniger erfreulich waren die kommerciellen Beziehungen zwischen beiden Reichen. Nachdem der Handelsvertrag 1877 gekündigt war, konnte nur ein provisorischer Vertrag zustande kommen, mit der Zusicherung, sich in Zollsachen gegenseitig auf dem Fuß der meistbegünstigten Nation behandeln zu wollen.

harrte, das Abgeordnetenhaus aufgelöst werden und bei den Wahlen eine weitere Schwächung der Partei unausbleiblich sein würde. Erst infolge einer Spaltung der Partei selbst, in der ein zweiter politischer Mißgriff lag, konnte der Antrag zum Gesetz erhoben werden (Dec. 1879).

Nun kam die Forderung in betreff der Sprache zur Verhandlung. Die deutsche Sprache sollte aufhören, amtliche Sprache zu sein, und jede Nationalität nur in ihrer Sprache abgefaßte Schriftstücke anzunehmen verpflichtet sein. Eine Verordnung, die sogar vom Justizminister Stremayr unterzeichnet war, befahl den Beamten in Böhmen und Mähren, sich der Sprache derjenigen Partei zu bedienen, mit der sie zu verkehren hatte (April 1880). Damit war in allen Provinzen, in welchen Deutsche mit Slaven oder Magyaren zusammenlebten, der Geist des Widerstandes entfesselt, und Feindseligkeiten gegen die deutsche Sprache, ja sogar gegen die deutsche Bevölkerung traten offen hervor. Die Föderalisten oder Autonomisten gewannen immer mehr Boden, und es schien, als sollte ein Ministerium Hohenwart zum zweiten Mal ans Ruder kommen. Diejenigen Minister, die ein in Föderativstaaten zerfallenes Östreich nicht wünschten, traten aus dem Kabinett, das einen durchaus slavisch-deutschfeindlichen Charakter annahm, zumal da der Czeche Prazak Justizminister war. Den czechischen Forderungen gemäß wurde denn auch die Universität Prag, an welcher bisher die deutsche Sprache die Unterrichtssprache war, in zwei Universitäten geteilt, in deren einer die deutsche, in der anderen die czechische Sprache als Unterrichtssprache galt (1882). Trotzdem dauerten die Gewaltthätigkeiten gegen die Deutschen, denen man das Leben in Prag unmöglich machen wollte, sogar unter den Augen der Behörden fort. Da mußten endlich die Deutsch-Östreicher für ihre Sprache und Nationalität aus allen Kräften in die Schranken treten. Sie gaben ihre Fraktionsunterschiede auf, konstituierten sich als „vereinigte Linke" und stellten sich die Aufgabe, das Deutschtum und den östreichischen Einheitsstaat entschlossen zu verteidigen, das Ministerium Taaffe aber auf gesetzmäßigem Wege zu bekämpfen. Die böhmischen Excesse riefen im deutschen Reiche die größte Entrüstung hervor. Die deutschen Universitäten sandten den deutschen Studenten in Prag Adressen, in denen sie ihre

vollen Sympathieen aussprachen, und der im Jahre 1880 gestiftete östreichische Schulverein, der durch Gründung von Schulen und Schulbibliotheken der Schwächung des deutschen Elementes entgegenarbeitete und sich über die ganze Monarchie ausdehnte, erhielt von den deutschen Unterstützungsparteien, deren Centralstelle in Berlin ist, regelmäßige Beiträge.

Dieselbe feindselige Haltung gegen das Deutschtum bewiesen die Ungarn. In den Schulen sollte nur die magyarische Sprache gelten, um die Deutschen vollständig zu Magyaren zu machen. Am meisten hatten die Deutschen in Siebenbürgen durch die ausgesuchtesten Brutalitäten und Plackereien von den Ungarn zu leiden. An den Behörden und in den Schulen ward die deutsche Sprache verboten, die Professoren an der von sächsischen Studenten besuchten Rechtsakademie zu Hermannstadt durften ihre Vorträge nicht mehr in deutscher Sprache halten, ja den protestantischen Sachsen wurde die Annahme von Unterstützungen vom Gustav-Adolf-Verein untersagt. Ein Gesetz über die „Regelung des Königsbodens“ beraubte die Sachsen ihrer uralten Rechte und ihrer Selbstverwaltung. Vergebens riefen diese die Hülfe des Kaisers an; man scheint die Magyaren nun einmal als souveräne Herren zu betrachten. Wenn die Wiener Regierung durch die Besetzung von Bosnien und der Herzegowina der slavischen Bevölkerung eine größere Berücksichtigung schuldig zu sein glaubt, so wird die Zukunft lehren, ob es gelingt, die slavischen Stämme zum aufrichtigen Anschluß an das Habsburgische Kaiserhaus zu bestimmen.

Nach dem Tode Haymerles (10. Okt. 1881) trat Kalnocky an das Ruder des Staates. Ein provisorisches Wahlgesetz (Okt. 1881) verpflichtete in Bosnien und der Herzegowina Mohammedaner wie Christen zum Militärdienst, um diese Provinzen allmählich der Gesamtmonarchie einzuverleiben. Nun mußte folgerecht auch den Bocchesen der Krivoscie in Süd-Dalmatien, die einst ihre Befreiung vom Kriegsdienste mit den Waffen durchgesetzt hatten, dieser wieder auferlegt werden. Sie griffen abermals zu den Waffen, und der Aufstand, von den benachbarten Slaven und den russischen Panslavisten unterstützt, nahm eine gefährliche Ausdehnung an, bis endlich im Jahre 1882 die völlige Niederwerfung des-

selben gelang. — Im Gegensatz zu so manchen unerquicklichen Vorgängen in der österreichisch-ungarischen Monarchie war die Vermählung des Kronprinzen Rudolf (geb. 1858) mit der Prinzessin Stephanie (geb. 1864) am 10. Mai 1881 ein freudiges Ereignis.

XXXI.

Die orientalische Krisis. Der russisch-türkische Krieg (1877—1878). — Rußland.

Durch den Pariser Frieden vom 30. März 1856 war die Türkei in das europäische Konzert aufgenommen worden. Durch diesen Vertrag wurde die Unabhängigkeit und der Territorialbestand des osmanischen Reiches garantiert, zugleich aber auch der Pforte die Pflicht auferlegt, die rechtliche Gleichstellung ihrer christlichen Unterthanen mit den Mohammedanern zur Ausführung zu bringen. So gern aber die türkische Regierung auf ihre Rechte pochte, so wenig kam es ihr in den Sinn, ihre zu Gunsten der Christen gemachten Versprechungen zu erfüllen. Das Los derselben blieb nach wie vor ein bedauernswertes. In der Türkei leben etwa fünf Millionen Christen neben viertehalb Millionen Türken, aber die Mehrheit steht unter der Herrschaft der Minderheit und schleppt in einem Verhältnis der Dienstbarkeit, unter hohem Pachtzins, ein kümmerliches Dasein dahin. Die Barbareien der türkischen Beamten gegen die Christen bei Festsetzung und Eintreibung der Steuern, die empörenden Frevel gegen Ehre und Leben nahmen allen von der Regierung gegebenen Versprechungen zum Trotz kein Ende. Dazu kam, daß die Finanznot in Konstantinopel den höchsten Grad erreichte. Die Verschwendungssucht des Sultans Abdul Aziz verschlang den größten Teil der Staatseinkünfte, die türkischen Statthalter und Beamten waren gezwungen, die zum Staatshaushalt erforderlichen Gelder, ebenso wie ihre eigenen Besoldungen und den Unterhalt der Truppen, durch Druck und Erpressung aufzubringen. Das System der

Regierung, die Steuern zu verpachten, führte zu Mißhandlung der Unterthanen, besonders der Christen, von Seiten der Pächter und Einnehmer. Der Staat war dem Bankrotte nahe und sah sich im Oktober 1875 zu der Erklärung genötigt, daß er von den Zinsen der Staatsschuld nur die Hälfte bezahlen könne. Die türkische Mißwirtschaft war in der That eine Schmach für Europa.

In Bosnien und der Herzegowina, wo infolge einer schlechten Ernte große Not herrschte, wurden trotzdem die Steuern mit unmenschlicher Härte eingetrieben. Die Bevölkerung, die auf Östreich hoffte und auf den Haß der Montenegriner baute, die durch ein von den Türken in Podgoritza angerichtetes Blutbad (Okt. 1874) aufs höchste gereizt waren, griff zu den Waffen. Frauen, Greise und Kinder flüchteten mit dem Vieh und all' ihrer Habe auf östreichisches und montenegrinisches Gebiet. Der Aufstand brach im Juli 1875 aus, und in wenigen Tagen war das ganze Land in voller Gährung. Die Christen in Bosnien und der Herzegowina, von Serbien und Montenegro heimlich unterstützt, waren entschlossen, lieber mit den Waffen in der Hand zu sterben, als unter den Mißhandlungen der Türken mit den Ihrigen elend zu Grunde zu gehen. Die türkischen Streitkräfte unter Mukhtar Pascha vermochten nicht den Aufstand zu dämpfen. Auf Betreiben Östreichs, dessen Grenzlande durch die Tausende von Flüchtlingen schwer zu leiden hatten, versuchten die Mächte, welche den Pariser Frieden gewährleistet hatten, eine Vermittelung, aber die Aufständischen, nur zu oft durch nicht erfüllte Verheißungen getäuscht und von der Treulosigkeit der Pforte überzeugt, erklärten, daß sie zu den in mehreren Erlassen und in einem großherrlichen Ferman (Okt. und Dec. 1875) in Aussicht gestellten Reformen kein Vertrauen haben könnten, wenn nicht die Mächte selbst für deren Erfüllung Bürgschaft leisteten. Um dem Aufstand Einhalt zu thun und der rechtlosen Lage der Christen ein Ende zu machen, kamen die drei Ostmächte, Östreich, Rußland und Deutschland, überein, der Pforte einen vom Grafen Andrassy ausgearbeiteten Entwurf zu unterbreiten, mit Vorschlägen zu Verwaltungsreformen, welche die Verwirklichung der vollen Religionsfreiheit, die Aufhebung der Verpachtung der Steuern und die Ver-

wendung derselben zur Hebung der Landwirtschaft in den beiden Provinzen zum Zweck hatten. Auch Frankreich und Italien gaben der Andrassyschen Note ihre Zustimmung, zuletzt England, das russische Eroberungsgelüste befürchtete. Am 31. Januar 1876 wurde die Note der Pforte vorgelegt. Die Pforte erklärte sich, wenn auch ungern, zur Annahme der Vorschläge bereit, versprach den Aufständischen Amnestie und den Ausgewanderten straflose Rückkehr. Aber die Insurgenten beharrten auf ihrer Bedingung, daß die Mächte die Ausführung der Zugeständnisse gewährleisten sollten. Da dies nicht geschah, blieb die Note ohne allen Erfolg. Die Feindseligkeiten zwischen den Aufständischen und den Türken zogen sich den Winter über hin; im Frühling 1876 entbrannte der Krieg mit neuer Heftigkeit. Als der türkische Oberbefehlshaber Mukhtar Pascha die Festung Nikšitsch entsetzen und verproviantieren wollte, wurde er im Duga-Paß von den Insurgenten angegriffen und mit bedeutendem Verlust zurückgeschlagen (April), wobei eine montenegrinische Hülfe von 7000 Mann mitgewirkt haben sollte. Kaum ließ sich die Pforte durch den russischen und östreichischen Botschafter abhalten, an Montenegro den Krieg zu erklären. Doch ward jetzt an der serbischen Grenze ein türkisches Lager für 40000 Mann aufschlagen. Die Aufregung ergriff die ganze Balkanhalbinsel, und die Flamme der Empörung drohte von dem „Bischen Herzegowina“ aus, wie sich einst Bismarck ausdrückte, die ganze europäische Türkei in Brand zu stecken. Unter solchen Umständen glaubten die drei Ostmächte der Andrassyschen Note einen energischeren Nachdruck geben zu müssen. Im Mai 1876 fand in der deutschen Reichshauptstadt eine Konferenz der drei Reichskanzler Bismarck, Gortschakow und Andrassy statt; das Ergebnis derselben war das sog. „Berliner Memorandum“, in dem man der türkischen Regierung gegenüber die von den Insurgenten verlangte Garantie für die Reformen als notwendig und berechtigt anerkannte, die Durchführung derselben den Konsuln und den Vertretern der Mächte zuwies und im Falle der Resultatlosigkeit der bestimmten Frist von zwei Monaten „wirksamere Maßregeln“ in Aussicht stellte. Frankreich und Italien stimmten dem „Memorandum“ zu, das englische Kabinett Disraeli lehnte es ab, um nicht bei der angedrohten Kriegserklärung die

Ausführung der „wirksameren Maßregeln" Rußland in die Hände fallen und dieses dadurch zum Vollstrecker des Gesamtwillens der europäischen Mächte werden zu lassen.

Indessen waren in der Türkei Ereignisse eingetreten, welche die orientalische Frage immer schärfer zuspitzten und ganz Europa zur regsten Teilnahme fortrissen. Noch vor der Berliner Konferenz erscholl von Salonichi die Nachricht, daß am 6. Mai infolge von Streitigkeiten, die der Übertritt eines bulgarischen Mädchens zum Islam veranlaßt hatte, der deutsche und der französische Konsul von den Mohammedanern in einer Moschee ermordet worden seien. Deutschland und Frankreich schickten ihre Geschwader nach dem Hafen von Salonichi und erzwangen durch ihre drohende Haltung von der Pforte, die am liebsten die Sache hingezogen und verschleppt hätte, die Einsetzung einer Untersuchungskommission, deren Erkenntnis dahin ausfiel, daß mehrere Schuldige aus dem niederen Stande hingerichtet, andere zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Wie das energische Auftreten der Reichsregierung das deutsche Volk mit nationalem Stolz zu erfüllen wußte, so fühlten die Moslemin den Ausgang des Strafgerichts, den sie nur zu gern vereitelt hätten, als empfindliche Demütigung. In Konstantinopel herrschte eine dumpfe Gährung, und der national-religiöse Fanatismus machte sich endlich in einer Palastrevolution Luft. Sultan Abdul-Aziz hatte sich durch schrankenlose Willkür, durch Wollust und Verschwendung, namentlich aber durch sein Streben, die Thronfolge seinem Neffen, dem rechtmäßigen Nachfolger, zu entziehen und seinem eigenen Sohne zuzuwenden, den Haß und den Abscheu seiner Unterthanen zugezogen. Die Softas (Studenten der Theologie) rückten in Masse vor den Palast des Großherrn und verlangten die Absetzung des Großveziers und des Scheich-ul-Islam. Der erschrockene Sultan bildete sofort ein neues Ministerium und ernannte Mehemed Rudschi-Pascha zum Großvezier und Hussein Avni-Pascha zum Kriegsminister. Da aber der Sultan, der den Ausgang der Bewegung nicht mit Unrecht in seinem Neffen suchte, die ihm Verdächtigen verhaften ließ, andrerseits die Verschworenen die Wiederherstellung eines mächtigen Osmanenreiches von dem schwachen Abdul-Aziz nicht erwarteten, so richtete sich der Streich schließlich gegen ihn selbst. Am 29. Mai 1876 wurde der Sultan ab-

gesetzt, und sein Neffe als Murad V. auf den Thron erhoben. Einige Tage darauf, am 4. Juni, starb Abdul-Aziz, der sich, wie es hieß, in einem Anfall von Irrsinn mit einer Scheere die Pulsadern geöffnet hatte, wahrscheinlicher ein Opfer der Verschwörer, die sich vor seiner Rache sicherstellen wollten. Damit hatte die Palastrevolution noch nicht ihr Ende erreicht. Am 15. Juni wurden der neue Kriegsminister Hussein-Avni, und Raschid Pascha, Minister des Auswärtigen, von einem fanatischen Cirkassier Namens Hassan mitten in der Ratssitzung ermordet. Zum Schluß wurde der neue Sultan Murad, dessen Gemütsleiden eine zeitlang verborgen geblieben, der aber durch Ausschweifungen geistig und körperlich gebrochen war, am 31. August wieder abgesetzt, und sein Bruder Abdul-Hamid II. als Sultan verkündigt.

Ohne daß diese Vorgänge auf den Gang der äußeren Ereignisse von Einfluß waren, hatte sich der Aufstand in Bosnien und der Herzegowina bereits auf Bulgarien übertragen, wo das Volk erbittert war, daß die aus dem Kaukasus übergesiedelten Tscherkessen ungestraft Raub und Mord unter den Christen begingen. Zur Niederwerfung des Aufstandes ließ die türkische Regierung die Baschi-Bozuks (Freischaren) und die Tscherkessen auf die Bulgaren los, und nun geschahen Greuel, die das Entsetzen von ganz Europa hervorriefen (Mai 1876). Über hundert bulgarische Ortschaften wurden niedergebrannt, an 15000 christliche Einwohner ohne Unterschied des Alters und Geschlechtes hingemordet und verstümmelt, bulgarische Mädchen zum Verkauf ausgeboten, Frauen in die türkischen Harems geschleppt und Barbareien aller Art verübt. Und die Regierung in Konstantinopel hatte für die Führer ihrer Mordbanden noch Belohnungen und Auszeichnungen! Sogar in England, wo man anfangs die Nachrichten für übertrieben und die Schuld auf die Bulgaren geworfen, erfuhr das Ministerium scharfen Tadel, daß es durch Ablehnung des „Memorandums“, durch Absendung einer Flotte nach der Besika-Bai (in der Nähe der Dardanellen) und durch Verheimlichung des Sachverhalts „England zum Mitschuldigen der Türkei gemacht und vor aller Welt bloßgestellt habe.“

Inzwischen hatten Fürst Milan von Serbien und Nikita von Montenegro der Pforte den Krieg erklärt, in der Hoff-

nung, die aufständischen Provinzen ihrer Herrschaft zu unterwerfen, und im Vertrauen auf die panslavistischen Pläne Rußlands, von dem man Unterstützung erwartete. Ende Juni (1876) rückte Milan mit seinem Heere, bei welchem der russische General Tschernajew den Oberbefehl führte und viele russische Offiziere und Soldaten freiwillig Dienste genommen hatten, über die Grenze. Auch die Montenegriner drangen in die Herzegowina ein und erfochten nach einer ersten Niederlage einige Siege; weniger richteten die Serben aus, und der Krieg nahm überhaupt für die Aufständischen keinen günstigen Verlauf, da sie den türkischen Soldaten an Ausdauer nicht gewachsen waren. Der türkische Oberbefehlshaber Abdul-Kerim drängte die Serben allenthalben zurück, und in Konstantinopel hoffte man auf einen glücklichen Erfolg, da bei der schwankenden Haltung der europäischen Mächte und dem Widerstreben Englands, das die Einmischung Rußlands fürchtend für den Bestand der Türkei besorgt war, das Berliner „Memorandum" der Pforte nicht übergeben werden konnte. So waren die Insurgenten mit ihren serbischen und montenegrinischen Bundesgenossen auf ihre eigene Kraft angewiesen. In Konstantinopel suchte man die Mächte durch Verheißung gründlicher Reformen zu blenden und die Engländer durch diese Scheingründe in ihrer türkenfreundlichen Gesinnung zu befestigen. Während der Krieg in den aufständischen Provinzen seinen Fortgang nahm, rangen in Konstantinopel die englischen und russischen Diplomaten mit einander um die Oberhand, ohne daß es zu einer Verständigung kam. Ein sechsmonatlicher Waffenstillstand, den die Pforte vorschlug, um aus allen Teilen ihres Reiches größere Streitkräfte herbeizuziehen, ward von Rußland und den Fürstentümern abgelehnt, zum großen Verdruß Englands, das eine Verschleppung der Orientfrage sehr gern gesehen hätte und vergebens den Reichskanzler Bismarck ersuchte, durch seinen Einfluß auf eine Umwandlung der russischen Politik hinzuwirken.

Im September begann in Serbien von neuem der Krieg. Im Oktober durchbrach Abdul-Kerim nach achttägigen Kämpfen im Thale der Morawa die serbische Hauptlinie und erstürmte die Festung Alexinatz: der Weg nach Belgrad stand ihm offen. Fürst Milan rief die Vertreter der europäischen

Regierungen um ihre Vermittelung zur Herbeiführung einer Waffenruhe an; aber die Pforte wies hochmütig alle Vorschläge der Mächte zurück, da ja bei der aufs höchste gespannten Eifersucht, mit der England auf die „Expansiv-Politik" Rußlands hinsah, die Türkei keine bewaffnete Intervention zu befürchten hatte. Die Pforte wollte daher von einer selbständigen (autonomen) Verwaltung für Bosnien, die Herzegowina und Bulgarien nichts wissen, in der sie den Anfang einer Zerbröckelung ihres Reiches sah, und gab die Erklärung ab, daß sie damit umgehe, für das ganze ottomanische Reich eine Gesamtverfassung zu begründen.

Indessen konnte Zar Alexander nicht ruhig zuschauen, wie Serbien von den Türken zertreten, wie die Christen in den drei aufständischen Provinzen hingeschlachtet wurden. Man hatte am Petersburger Hofe nicht ohne Besorgnis die tief einschneidende nationale Bewegung erkannt, welche die blutigen Vorgänge auf der Balkanhalbinsel in den panslavistischen Kreisen hervorriefen. Die fortwährenden Zuzüge von Freiwilligen aus Rußland nach Serbien und der glühende Eifer der Hülfskomitees, die in Moskau ihr Centrum hatten, lieferten den überzeugenden Beweis, daß das russische Volk von dem leidenschaftlichen Verlangen beseelt war, seinen slavischen Brüdern auf der Balkanhalbinsel die längst ersehnte Erlösung vom türkischen Joche zu bringen. Der Zar, der mit Kaiser Franz Joseph zu Reichstadt in Böhmen persönlich zusammengekommen, war zu der Überzeugung gelangt, daß Östreich, in Bundestreue zu Rußland verharrend, sich durch die Agitationen der Magyaren nicht zu einer Intervention zu Gunsten der Türkei werde hinreißen lassen; er wußte ferner, daß Preußen und das deutsche Reich am Dreikaiserbündnis festhalten und seine Stellung als Friedensvermittler nicht überschreiten werde. Von Frankreich, das Rußlands Hülfe zu einem Revanchekriege gegen Deutschland wünschte, war eben so wenig eine Einsprache zu erwarten, als von Italien, das, falls Östreich Bosnien und die Herzegowina annektierte, sich durch das Trentino oder in Dalmatien zu bereichern hoffte. Solche Erwägungen wurden in dem kaiserlichen Lustschlosse Livadia in der Krim gepflogen, wo auch der Reichskanzler Gortschakow und General Ignatjew, seit Jahren Botschafter an der Pforte, sich befanden, als am 30. Oktober das ser-

bische Telegramm in Livadia anlangte, das den Zaren um schleunige Hülfe anrief. Alexander war entschlossen, seinen christlichen Brüdern auf der Balkanhalbinsel, den bedrängten Slaven, die nachgesuchte Hülfe zu gewähren. Ein Ultimatum stellte der Pforte die Wahl zwischen Krieg mit Rußland und Einstellung der Feindseligkeiten auf zwei Monate. Zugleich waren Unterhandlungen mit Rumänien im Gang, das als Durchgangsland zu berücksichtigen war. Der Sultan unterzeichnete den Vertrag, und auf den Kriegsschauplätzen trat Ruhe ein. Aber damit waren die Übelstände in den unruhigen Provinzen noch nicht beseitigt; es handelte sich noch immer um Durchführung der Reformen in Gemäßheit der Andrassyschen Note und des Berliner „Memorandums", vor allem um zuverlässige Bürgschaften für dieselbe. Da gelang es der englischen Diplomatie, den Ausbruch des russisch-türkischen Krieges noch einmal aufzuhalten. Infolge einer dem englischen Botschafter, Lord Loftus, vom Zaren gegebenen beruhigenden Versicherung, daß Rußland keine Eroberungen beabsichtige, schlug England, als sich die Entrüstung über die bulgarischen Greuel immer lebhafter kundgab, im Interesse der Friedenserhaltung eine in Konstantinopel zu eröffnende Konferenz vor. Sämtliche Mächte stimmten zu, und Midhat Pascha, seit dem Thronwechsel Großvezier, ward beauftragt, in Verhandlungen über die Bedingungen eines dauernden Friedens einzutreten. Daß man aber in das Gelingen der Friedenskonferenz nur wenig Vertrauen setzte, bewies die Rede Disraelis bei dem Lordmayorbankette, in der er von den unerschöpflichen Hülfsmitteln Englands im Falle eines Krieges sprach, nicht weniger als die des Zaren bei Entgegennahme einer Adresse des Adels und des Stadtrates in Moskau auf der Durchreise von Livadia nach Petersburg, in welcher er die Absicht aussprach, selbständig zu handeln, wenn die Türkei nicht volle Garantie gewähre, daß die Forderungen Rußlands erfüllt würden. „Ich bin überzeugt," schloß er, „daß in diesem Falle ganz Rußland meinem Rufe Folge leisten würde, wenn ich es für nötig erachte und die Ehre Rußlands es fordert." Die Panslavisten, durch diese Worte des Kaisers begeistert, glaubten jetzt die Zeit gekommen, wo Rußland als berufene Vormacht aller Slaven auftreten und die Organisation ihrer Staaten zu seiner Aufgabe machen würde.

Die Aufstellung von sechs russischen Armeecorps und das Ausschreiben einer Anleihe von 100 Millionen Rubel bezeugten ebensowohl wie die Ernennung des Großfürsten Nikolaus, des Bruders des Zaren, zum Oberfeldherrn den Ernst der kriegerischen Lage.

Am 12. Dezember ward unter dem Vorsitze Ignatjews die Vorkonferenz der europäischen Botschafter ohne Teilnahme eines türkischen Bevollmächtigten eröffnet. Zur Besserung der Lage der Christen in der Türkei stellte man ein gemeinsames Programm auf über Reformen, welche die Pforte unter Kontrolle der europäischen Garantiemächte in Bosnien, der Herzegowina und in Bulgarien einführen sollte. Wenn sich die türkische Regierung einer solchen Bevormundung unterwarf, so war ihre Selbständigkeit und Souveränität dahin. Lieber zog man einen Krieg mit Rußland vor, um die völkerrechtliche Unabhängigkeit bis aufs äußerste zu verteidigen. Um jedoch die drohenden Konferenzbeschlüsse nicht geradezu abzuweisen, beschloß die türkische Regierung, durch ein selbständiges Vorgehen die Intentionen der Mächte zu lähmen. Wie oben gesagt, war man in Konstantinopel seit einiger Zeit damit beschäftigt, für das ganze türkische Reich eine Verfassung zu erlassen, welche für alle Provinzen ohne Rücksicht auf Religion und Abstammung gleiche Freiheiten und Rechte und ein gesetzgebendes Parlament aus Abgeordneten aller Reichsländer gewähren sollte. Die Konferenz wurde am 23. Dezember unter dem Vorsitz des Ministers Savfet Pascha eröffnet; aber an demselben Tage wurde auch die neue Verfassung, deren Haupturheber der Großvezier Midhat Pascha war, unter Kanonendonner feierlich verkündet. Die türkische Regierung konnte nun der Konferenz gegenüber erklären, daß nach Verkündigung der Verfassung keine Provinz eine Ausnahmestellung oder besondere Zugeständnisse beanspruchen könne. Damit war die Wirksamkeit der Konferenz durchkreuzt, doch wurden die Verhandlungen noch nicht sofort abgebrochen. Als schließlich den türkischen Bevollmächtigten ein Ultimatum überreicht wurde, das Ernennung der Statthalter in den christlichen Provinzen unter Zustimmung der Großmächte, und Einsetzung eines aus europäischen Bevollmächtigten bestehenden Überwachungsrates verlangte, als dann Midhat Pascha dieses Ultimatum den türkischen Würdenträgern, dem großen Rate,

vorlegte, wurde dasselbe von dieser Versammlung, die darin mit Recht das Ende der Unabhängigkeit der Türkei erkannte, unter dem Rufe: „Lieber Tod als Entehrung!“ einstimmig abgelehnt. Am 20. Januar ward die Konferenz ohne alles Resultat geschlossen, und sämtliche Botschafter verließen die osmanische Hauptstadt.

Hatte die europäische Diplomatie ihr Ziel nicht erreicht, so zog jetzt Rußland in seinen Südprovinzen eine mächtige Armee zusammen. Eine Verständigung stand um so weniger in Aussicht, als der Großvezier Midhat Pascha, ein Mann von Bildung, der als Schöpfer der Reformen dem Sultan nicht behagte, abgesetzt und verbannt ward, und Edhem Pascha an seine Stelle trat. Rußland hätte gern den Krieg als Vollstrecker einer europäischen Mission geführt, konnte aber auch zufrieden sein, wenn es der Neutralität der übrigen Mächte sicher war, und in diesem Sinne wirkten die russischen Botschafter Ignatjew und Schuwalow. Von Deutschland und Östreich, von Frankreich und Italien war keine Einmischung zur Unterstützung der Türkei zu erwarten. Wollte doch Bismarck für solche dem deutschen Reiche fern liegende Zwecke „nicht die Knochen auch nur eines pommerschen Musketiers zerschießen lassen.“ Rußland hatte also nur mit England zu verhandeln. Aber das Toryministerium hatte keinen Sinn dafür, zum Schutz der Christen auf der Balkanhalbinsel, zur Förderung humaner Zwecke in die Selbständigkeit des barbarischen Osmanenreiches einzugreifen; es kannte nur seine britischen Interessen, zu denen der Suezkanal, Ägypten und der Weg nach Indien, in Europa die Dardanellen und der Bosporus gehörten, und schwebte in steter Furcht, daß sich Rußland Konstantinopels und des Schwarzen Meeres bemächtigen könne. Doch war die Entrüstung im englischen Volke über die „bulgarischen Greuel“ noch zu mächtig, als daß die Regierung mit der Pforte ein Defensivbündnis hätte schließen mögen; sie nahm daher die Stellung einer beobachtenden Neutralität an, sandte Schiffe in die Nähe der türkischen Küsten zum Schutz Konstantinopels, legte Verwahrung gegen Rußlands Vorgehen ein, als dieses sich anschickte, im Auftrage der europäischen Mächte deren Beschlüsse mit den Waffen durchzusetzen (März 1877) und leistete auf diese Weise der Türkei wenigstens eine moralische Unterstützung.

Unter solchen Umständen blieb dem Zaren Alexander nichts anderes übrig, als die orientalische Verwickelung mit dem Schwerte zu lösen. Am 23. April 1877 traf er bei seiner Armee in Kischenew ein, in der Nähe der rumänischen Grenze. Am 24. erklärte er in einer Proklamation, daß er ausziehe, „um für seine leidenden Glaubensgenossen auf türkischem Boden mit Waffengewalt diejenigen Bürgschaften zu erlangen, die für die Sicherung ihrer künftigen Wohlfahrt unumgänglich notwendig seien.“ Die Russen gingen an drei Punkten über den Pruth und rückten durch Rumänien, mit dem ein Durchgangsvertrag abgeschlossen war, auf die Donau los. Der Kaiser befand sich selbst im Hauptquartiere zu Plojesti (nördlich von Bukarest), um durch seine Anwesenheit die Truppen zur höchsten Tapferkeit zu begeistern. In Moskau verkündete die Zeitung „die Wiedergeburt der slavischen Welt“ und „die Morgenröte des großen slavischen Tages“; in ganz Rußland erwartete man sogar in den Kreisen der Radikalen, daß der siegreich geführte äußere Krieg auch im Innern zu zeitgemäßen Reformen führen werde. Fürst Karl von Rumänien erklärte sich für unabhängig und zog mit den Russen vereinigt gegen den Sultan, seinen bisherigen Suzerän. Die türkische Donauflotille erlitt durch die russischen Strandbatterieen und durch die Torpedos, die zwei Panzerschiffe in die Luft sprengten, bedeutenden Schaden, und die Russen gingen bei Galatz und Braila (22. Juni), dann bei Simnitza (27. Juni) über die Donau. Von Braila aus ward die Dobrudscha besetzt, von Simnitza aus Sistowa genommen; die Türken zogen sich zurück und gaben Tirnowa, die alte Bulgarenhauptstadt, preis, in der Großfürst Nikolaus sein Hauptquartier aufschlug. Anfangs Juli waren die Russen Herren des Landes bis zum Fuße des Schipka-Passes, der über den Balkan führt. Ein Erlaß des Zaren verkündete den bulgarischen Christen ihre Befreiung vom Joche der Moslemin, und in der Verwaltung des Landes begann eine neue Ordnung der Dinge. Am 16. Juli fiel die wichtige Donaufestung Nikopoli in die Hände der Russen; General Gurko bemächtigte sich nach hartnäckigen Kämpfen des Schipka-Passes; seine leichte Reiterei drang allenthalben, Furcht und Schrecken verbreitend, im Thale der Maritza bis Adrianopel und Philippopel vor, und es schien, als würden die Russen

in raschem Siegeslauf demnächst in Konstantinopel einziehen. Die Straßen wimmelten von Flüchtigen, die Bulgaren erhoben sich in religiösem Fanatismus zur Rache an ihren langjährigen Drängern, in Konstantinopel, wo man revolutionäre Scenen befürchtete, ward der Belagerungszustand erklärt. Das englische Kabinett, durch den moskowitischen Siegeszug erschreckt, bot der Pforte an, Kriegsschiffe in den Bosporus zu schicken oder Gallipoli zu besetzen, aber diese wollte nur für den Fall eines wirklichen Bündnisses auf den Antrag eingehen, ein Schritt, zu dem man sich in London doch nicht entschließen mochte. Auch die Unterhandlungen der Engländer mit Östreich zerschlugen sich, da Graf Andrassy am Dreikaiserbündnis unverbrüchlich festhielt.

Indessen waren die bisherigen Niederlagen der Türken keineswegs eine Folge wirklicher Untüchtigkeit und Schwäche; sie waren vielmehr der grenzenlosen Schlaffheit und Trägheit zuzuschreiben, mit der man in Konstantinopel die Dinge hatte gehen lassen. Jetzt ermannte sich die Pforte und raffte sich auf in alter Kraft, der türkische Fanatismus ward entflammt, als der Scheich-ul-Islam die Glaubensfahne des Propheten zu entfalten sich anschickte. Der saumselige Oberbefehlshaber Abdul-Kerim und der Kriegsminister Redif Pascha wanderten nach Lemnos in die Verbannung: Mehemed Ali Pascha, von Geburt ein von Hugenotten abstammender Magdeburger, Namens Detroit, übernahm das Oberkommando über die Donauarmee, und Osman Pascha besetzte die Stadt Plewna in Bulgarien, deren günstige, von Hügeln geschützte Lage er durch Schanzwerke noch mehr befestigte. Seine Truppen verstärkte er auf 50 000 Mann. So ward denn nach dem ersten Angriff am 20. Juli auch ein zweiter Angriff der Russen auf Plewna unter General Krüdener am 30. Juli zurückgeschlagen, und die Russen ließen 8000 Tote und Verwundete auf dem Schlachtfelde. Dieser Mißerfolg machte in Petersburg und Moskau einen niederschlagenden Eindruck. Man zweifelte an der strategischen Befähigung des Großfürsten Nikolaus und fand in der militärischen Oberleitung Fehler und Mängel. Die Siegeszuversicht sank, und mit ihr fiel das Papiergeld im Werte. Erst jetzt gewann man die Überzeugung, daß größere Streitkräfte erforderlich seien, den tapferen Feind in seinen festen Schanzwerken zu überwinden.

Zum Glück für die Russen machte auch Osman Pascha keinen Versuch, nach der Donau vorzudringen, sondern begnügte sich, Plewna durch einen Ring von Verschanzungen und durch zahlreiche Batterieen zu einem uneinnehmbaren Platz zu erheben. Neue russische Armeecorps erschienen auf dem Kriegsschauplatz, und Rumänien ward durch eine besondere Konvention zur Teilnahme am Kampfe gegen die Türkei bestimmt. Die rumänischen Truppen gingen unter ihrem Fürsten Karl über die Donau und vereinigten sich mit der russischen Belagerungsarmee, welche die Aufgabe hatte, die Türken aus Plewna herauszuschlagen. Noch weitere Verstärkungen langten an, einige glückliche Kämpfe unter dem tüchtigen General Skobelew belebten wieder das Vertrauen, aber ein allgemeiner Sturm der Russen am 11. und 12. September ward zurückgeschlagen und kostete den Angreifern 16 000 Mann. Alle Russenfeinde in Europa jubelten über diese Niederlage und träumten schon vom Rückzuge der Moskowiter über die Donau.

Auch auf anderen Kriegsschauplätzen waren die Anstrengungen der Türken nicht ohne Erfolg. Sie verteidigten mit Glück die Städte Kars und Batum in Armenien, zwangen die Russen, Bajasid wieder zu räumen und sich, von Aufständen mohammedanischer Stämme bedroht, nach den Grenzlanden zurückzuziehen. Aber im Herbst, nachdem Verstärkungen angekommen, änderte sich die Lage; die Russen drangen wieder vor, lieferten eine Reihe siegreicher Gefechte bei Aladscha-Dagh und durchbrachen am 15. Oktober das Centrum Mukhtar Paschas, dessen Armee fast vernichtet ward; er selbst mußte sich in die Festung Erzerum flüchten. In der Nacht vom 17. auf den 18. November erstürmte General Loris Melikow die Festung Kars, wobei 17 000 Mann, darunter zwei Paschas und 800 Offiziere, und über 700 Geschütze in die Hände der Sieger fielen. Darauf hielt Großfürst Michael, Statthalter von Tiflis, seinen feierlichen Einzug in die eroberte Stadt.

In Montenegro hatten die Türken gehofft, den Krieg mit einem Hauptschlage beendigen zu können. Said Pascha, Mehemed Ali und Suleiman Pascha rückten mit 40 000 Mann in das kleine Land ein. Aber der kriegerische Fürst Nikita an der Spitze seiner 25 000 Mann drängte sie über

die Grenzen zurück und ging dann zum Angriff vor. Er zwang die Festung Nikšisch durch längere Einschließung und Beschießung zur Kapitulation (8. Sept. 1877), nahm den Küstenstrich in Nordalbanien, bemächtigte sich des Hafenortes Spizza, zwang die Festung Antivari zur Übergabe (10. Jan. 1878) und erstürmte Dulcigno (19. Jan.).

In Bulgarien waren die Türken im Vorteil. Als Suleiman Pascha Montenegro verlassen, griff er, am Balkan angekommen, die Russen an, zwang sie siegreich zum Rückzug und legte sich dann mit 40 Bataillonen quer vor den Schipka-Paß (Aug.). Wie er dadurch den Russen jedes weitere Vordringen unmöglich machte, so scheiterten dagegen auch seine Versuche, die Feinde aus ihren Verschanzungen herauszutreiben. Die Russen blieben unter fortwährenden blutigen Kämpfen im Besitz ihrer Positionen. In Nordbulgarien ward von Juli bis Mitte Dezember mit abwechselndem Glücke gefochten. Mehemed Ali schlug die Russen in mehreren Gefechten, konnte sie aber nicht über die Donau zurückwerfen und ward nach einer Niederlage bei Tscherkowna abberufen. Aber auch sein Nachfolger Suleiman Pascha richtete nicht viel aus.

Die Russen, die noch immer vor Plewna lagen, gaben das bisherige System des Stürmens auf und gingen vom Angriffs- zum Belagerungskrieg über. Da nämlich Osman Pascha von Sofia und Orkhanje her, wo jetzt Suleiman den Oberbefehl über die Truppen erhielt, immer neue Streitkräfte und Zufuhr an Proviant und Munition an sich ziehen konnte, so sollte ihm nach dem Plane des schon aus dem Krimkriege durch die Verteidigung Sebastopols berühmten Generals Totleben diese Möglichkeit abgeschnitten, und Osman Pascha, wie einst Bazaine in Metz, mit einem ehernen Gürtel von Belagerungswerken umschlossen werden, der ihm nur die Wahl ließ, entweder einen Durchbruch zu wagen oder zu kapitulieren. Zunächst schlug General Gurko die bei Orkhanje verschanzten Türken unter Suleiman zurück (24. und 28. Okt.), ohne daß der gleichzeitig durch einen Angriff festgehaltene Osman Pascha ihm zu Hülfe kommen konnte. Nun war letzterer auf sich selbst beschränkt. Die Lage der in Plewna eingeschlossenen türkischen Armee ward immer verzweifelter, zumal da auch General Skobelew im Süden der Stadt den Belagerungsring immer fester gezogen hatte. Als endlich

die Vorräte der Türken erschöpft waren, Hunger und Krankheiten unter dem Heere wüteten, versuchte der tapfere Osman Pascha am 10. Dezember einen Durchbruch. Nach einem mörderischen Kampfe auf Plewna zurückgeworfen, blieb dem heldenmütigen Feldherrn, der selbst von einer Kugel am Oberschenkel verwundet war, nichts anderes übrig, als mit seiner Armee auf Gnade und Ungnade zu kapitulieren, nachdem er fast sechs Monate lang den Platz gegen die feindliche Übermacht aufs glänzendste verteidigt hatte. Mehr als 2000 Offiziere und über 30 000 Soldaten kamen in russische Gefangenschaft. Zar Alexander gab dem überwundenen Osman den Degen zurück und wies dem „Löwen von Plewna" die russische Stadt Charkow zum Aufenthalt an. Mit der Einnahme von Plewna war der Ausgang des russisch-türkischen Krieges entschieden. Der schon für den Sommer entworfene Feldzugsplan konnte jetzt zur Ausführung kommen. In der Weihnachtszeit, bei einer Kälte von 22 Grad, zogen zwei russische Heere, das eine unter General Gurko, das andere unter Radetzky, beim heftigsten Schneegestöber auf verschiedenen Pässen über den von Eis und Schnee starrenden Balkan und schlugen die entgegenstehenden türkischen Befehlshaber. Am Fuße des Schipka-Passes mußten sich nach neunstündigem Kampfe 32 000 Türken ergeben, und am 19. Januar 1878 ward Adrianopel von den Russen besetzt. Eine Reihe anderer wichtiger Plätze folgte, und der Weg nach Konstantinopel lag offen. Die rumänische Armee, nach dem Falle von Plewna auf das linke Donauufer zurückgegangen, nahm die Festung Widdin (24. Jan.). Die Serben besetzten nach einer neuen Kriegserklärung gegen die Pforte Nisch (Nissa) und einige kleinere Orte, und die Montenegriner bedrohten Skutari. In Thessalien und Epirus rückten griechische Truppen ein, um die Grenzlande vor den Barbareien der zuchtlosen türkischen Soldaten zu schützen und dem Niedermetzeln von Christen vorzubeugen. Die letzte Stunde der Türkenherrschaft in Europa schien gekommen, die Pforte lag in den letzten Zügen; in Moskau hoffte man, der Zar werde bald siegreich in Konstantinopel einziehen, und das griechische Kreuz den Halbmond auf der Hagia Sophia verdrängen.

In ihrer höchsten Not rief die Pforte die Vermittelung der Großmächte an, deren Vorschläge sie früher abgelehnt

hatte, und der Sultan schrieb einen Brief an die Königin Viktoria von England, die dem russischen Kaiser die Abschließung eines Waffenstillstandes empfahl. Lord Beaconsfield, der für die „britischen Interessen" am Bosporus fürchtete, ließ sich vom Parlamente einen Kredit von sechs Millionen Pfund Sterling zu außerordentlichen Rüstungen bewilligen und schickte eine Flotte durch die Dardanellen in die Nähe von Konstantinopel, um das Einrücken der Russen in die osmanische Hauptstadt zu hindern. Doch kam es nicht zu Feindseligkeiten, da am 31. Januar zwischen Ignatjew und den türkischen Botschaftern der Waffenstillstand von Adrianopel geschlossen ward. Am 3. März folgte der Präliminarfriede von San Stefano (südwestlich von Konstantinopel am Marmormeere), der, ein Werk Ignatjews, im Interesse des Panslavismus ausgefallen war. Bulgarien sollte ein autonomes, jedoch tributäres Fürstentum unter einer christlich-nationalen Regierung werden, 5 Millionen Einwohner zählen und von der Donau bis ans ägeische Meer reichen. Montenegro, Serbien und Rumänien wurden zu unabhängigen Fürstentümern mit Gebietserweiterungen, nur sollte Rumänien das im Jahre 1856 von Rußland abgetretene Bessarabien gegen die Dobrudscha abtreten, ein Tausch, gegen welchen Fürst und Volk vergebens protestierten, da Rußland diese demütigende Bestimmung des Pariser Friedens aufzuheben entschlossen war. Die Pforte sollte 1410 Millionen Rubel Kriegskosten zahlen, wovon 1000 Millionen durch Gebietsabtretungen in Asien ausgeglichen werden konnten. Der Zar bestätigte den Vertrag am 17. März.

Aber das englische Kabinett, in dem Lord Salisbury das auswärtige Amt übernommen, war mit dem einseitigen Vorgehen Rußlands nicht zufrieden und verlangte, daß der Gesamtvertrag einem europäischen Kongresse vorgelegt werde. Auch Östreich-Ungarn sah die Gründung eines Großbulgariens unter Rußlands übermächtigem Einfluß, das dadurch zum Herrn auf der Balkanhalbinsel wurde, höchst ungern, und so beantragte Graf Andrassy ebenfalls die Berufung eines europäischen Kongresses. Da aber Rußland einem solchen Kongresse nur „die Fragen, welche das europäische Interesse berührten," unterziehen wollte, nahmen die diplomatischen Verhandlungen bald einen so drohenden Charakter an, daß,

zumal England neue Rüstungen machte, die Wahrscheinlichkeit nahe lag, der bisher lokalisierte Krieg werde sich doch noch zu einem allgemeinen Weltbrande erweitern. Die im letzten Todeskampf liegende Türkei atmete im Hinblick auf England wieder auf, doch nur für den Augenblick, denn in London und Petersburg wünschte man doch den Krieg zu vermeiden. Lord Beaconsfield hoffte bei der Zerreißung der Türkei dem britischen Reiche seinen Beuteanteil auf diplomatischem Wege zu sichern, und auch Andrassy glaubte, sein Ziel, die Erwerbung Bosniens und der Herzegowina, durch den Anschluß an Deutschland in friedlicher Weise erreichen zu können.

Rußland willigte schließlich ein, die Bestimmungen des Friedens von San Stefano einem europäischen Kongresse zur Entscheidung vorzulegen, und Berlin ward zum Sitze desselben gewählt. Daß die Wahl auf die Hauptstadt des deutschen Reiches fiel, war eine glänzende Anerkennung der Politik des Reichskanzlers Bismarck, dem es die Welt zu danken hatte, daß der Krieg auf seinen eigentlichen Schauplatz beschränkt geblieben war. Unter dem Vorsitze des Fürsten Bismarck waren außer anderen Diplomaten und Staatsmännern in Berlin versammelt die Reichskanzler Gortschakow und Andrassy, dann Lord Beaconsfield für England, Waddington für Frankreich, Corti für Italien, Karatheodory und Mehemed Ali für die Türkei. Die Versammlung dauerte vom 13. Juni bis zum 13. Juli 1878. Nach schweren Kämpfen einigte man sich auf dem Kongreß dahin, daß die Gebietserweiterungen für Serbien und Montenegro beschränkt, für Rumänien aber der Austausch Bessarabiens gegen die Dobrudscha aufrecht erhalten würden. Die Bestimmung der Gleichberechtigung aller Glaubensbekenntnisse rief hinsichtlich der Juden in Rumänien große Aufregung hervor, nicht sowohl aus religiösen, als aus wirtschaftlichen Gründen, da ein großer Teil des adeligen Grundbesitzes den Juden verschuldet war. Die Regierung suchte daher das Land durch Specialgesetze vor einer Judenherrschaft zu sichern und gewährte nur „einigen näher bezeichneten Klassen ansässiger Juden, nicht aber der Gesamtheit die nationalen Rechte.“ Auch die im Präliminarfrieden von Rußland in Kleinasien beanspruchte Vergrößerung ward herabgemindert. Doch blieb ihm die Festung Kars, die Seestadt Batum und ein Teil

von Lasistan am Schwarzen Meere. Am meisten verändert wurde der Vertrag in Bezug auf Bulgarien. Das neue Fürstentum Bulgarien sollte sich nicht bis ans ägeische Meer erstrecken, sondern durch den Balkan begrenzt werden. Nordbulgarien tritt unter einen von einer Notablenversammlung zu wählenden Fürsten, die türkischen Festungen an der Donau werden geschleift und die vollständige Freiheit der Donauschiffahrt wird gewährleistet. Südbulgarien, fortan Ostrumelien genannt, bleibt bei der Türkei, steht aber unter einem christlichen, von der Pforte zu ernennenden und von den Mächten zu bestätigenden Statthalter. Eine wenn auch begrenzte Selbständigkeit in der Verwaltung, Unparteilichkeit der Justiz und Gleichheit der Bekenntnisse werden garantiert. Die Organisation von Ostrumelien ward dem russischen General-Gouverneur von Bulgarien, Dondukow-Korsakow, übertragen. Über Bosnien und die Herzegowina enthielt der Vertrag von San Stefano keine Bestimmung, aber der Kongreß billigte den Plan Andrassys, diese Länder mit Östreich-Ungarn zu vereinigen, und so erhielt denn die Wiener Regierung die Weisung, Bosnien und die Herzegowina, wenn nötig, auch den Sandschak von Novibazar zu besetzen (vgl. XXX). Über Novibazar behielt sich der Sultan die nur auf Wahrung einiger Ehrenrechte hinauslaufende Souveränität vor (April 1879). Als sich die Albanesen, die eine eigene Liga gebildet hatten, der Besitznahme von Novibazar und der Gebietsabtretung an Montenegro widersetzten, sandte die Pforte den vom Berliner Kongreß zurückgekehrten Mehemed Ali ab, um die Aufständischen zu beruhigen, aber diese überfielen ihn und ermordeten ihn mit seinem Gefolge (7. Sept. 1878).

England, das nur Geldopfer gebracht, ließ sich, um aus der Verkleinerung der Türkei für seine selbstsüchtige Handelspolitik doch auch seinen Profit zu ziehen, in einem eigenen Vertrage die Insel Cypern von der Pforte abtreten und garantierte dafür dieser unter der Bedingung einzuführender Reformen ihren Besitzstand in Asien. Der Gewinn von Cypern sicherte den Engländern ihre maritime Stellung im Südosten des Mittelmeeres und ihre Verbindung mit Ägypten, Arabien und Indien.

Griechenland, für welches der Kongreß der Pforte Ge-

bietserweiterungen empfohlen hatte, die aber von dieser verweigert wurden, mußte zwar seine nach Thessalien und Epirus abgeordneten Truppen bald wieder zurückziehen (Febr. 1878), erlangte aber nach schweren diplomatischen Kämpfen, die sogar einen Krieg zwischen der Türkei und Griechenland herbeizuführen drohten, in der zwischen der Pforte und den Großmächten abgeschlossenen Konvention vom 22. Mai 1881 so viel, daß ihm Thessalien südlich vom Salambria-Fluß (Peneos) und Epirus südlich vom Arta-Fluß eingeräumt wurde.

Auch Montenegro hatte in betreff der Gebietsabtretungen, die ihm vom Kongreß bewilligt waren, aber von den Albanesen streitig gemacht wurden, lange Zeit zu kämpfen. Die Großmächte hatten schließlich der Pforte zur Abtretung der Festung Dulcigno geraten und setzten, da die Pforte nicht darauf einging, auf Englands Rat eine Flottendemonstration ins Werk. Aber erst der Einfluß Deutschlands, zu dessen Politik die türkische Regierung das meiste Vertrauen hatte, brachte die Pforte dahin, die Übergabe Dulcignos an Montenegro zu verwirklichen (Nov. 1880). Die übrigen Streitigkeiten wegen der Grenze wurden im Januar 1881 erledigt.

Die Verkündigung der Bestimmungen des Berliner Kongresses, der am 13. Juli von sämtlichen Botschaftern unterzeichnet wurde, rief in Rußland die größte Aufregung und Entrüstung hervor, und die panslavistische Partei unterließ es nicht, ihrem Ingrimme rücksichtslos die Zügel schießen zu lassen. Nachdem man so ungeheuere Opfer gebracht, 100 000 Mann in den Tod gegeben, die Finanzen geschwächt, endlich den Feind bis zur Vernichtung niedergeworfen hatte, durfte man andere Resultate erwarten, als die dürftigen Errungenschaften des Kongreßfriedens, in dem man eine unerträgliche Demütigung, einen Verrat an der Sache Rußlands und des Slaventums erkannte. Auch ein Teil des Hofes und der Regierung vertrat diese Anschauung. Man wußte, daß zwischen dem Zaren und dem Thronfolger Meinungsverschiedenheiten obwalteten, und daß die „Opposition des jungen Hofes" dem Monarchen das Leben mannigfach verkümmerte. Während der Thronfolger, sowie Gortschakow und Ignatjew, der Volksstimmung nachgebend, sich den Drohungen der Westmächte gegenüber für eine kriegerische Politik aussprachen,

zögerte die Petersburger Regierung, wenn sie auch keinen neuen Krieg hervorrufen wollte, wenigstens mit der Ausführung der Kongreßbeschlüsse und zog die Räumung der besetzten Landschaften in die Länge. Doch hielt im Mai 1879 der von der Pforte ernannte General-Gouverneur Alexander Vogorides, als türkischer Würdenträger Aleko Pascha, seinen Einzug in die Hauptstadt Philippopel und eröffnete im November die erste Provinzialversammlung. Im Fürstentum Bulgarien, dessen Trennung vom Gesamtlande die Großbulgaren mit Unwillen ertrugen, wurde Prinz Alexander von Battenberg, Sohn des Prinzen Alexander von Hessen und Neffe des Zaren, einstimmig zum erblichen Fürsten erwählt. Dieser nahm die Wahl an, besuchte die Monarchen der Großstaaten und den Präsidenten von Frankreich, empfing in Konstantinopel vom Sultan den Investitur-Ferman und hielt nach Beschwörung der Verfassung am 13. Juli 1879 seinen Einzug in Sofia, der Hauptstadt Bulgariens. Da das anfangs regierende gemäßigte Ministerium einem radikalen weichen mußte, Fürst Alexander aber den radikalen Beschlüssen der Nationalversammlung seine Genehmigung versagen mußte, so erließ er im Mai 1881 eine Proklamation an das Volk, in dem er ihm die Wahl stellte, ob es seine siebenjährige Diktatur, die er zu neuen Einrichtungen, wie zu einem Staatsrat und zur Verbesserung der Verwaltung bedürfe, oder seine Abdankung wolle. Man ging auf seine Wünsche ein. Nun wurde ein neues Ministerium gebildet, und im Januar 1882 trat der Staatsrat zusammen.

Das Fürstentum Rumänien mußte sich dem vom Kongreß beschlossenen Gebietstausche fügen und nahm die Dobrudscha an. Ein gegen den Ministerpräsidenten Bratianu gerichtetes Attentat (14. Dez. 1880), das diesen leicht verwundete, ging von einer Partei aus, die es auf anarchistische Zustände abgesehen hatte. Eine Reise des Fürsten nach Berlin, in Begleitung Bratianus, hatte die bei der Kinderlosigkeit des Fürsten Karl notwendige Regelung der Thronfolge und die Erhebung des Fürstentums zu einem Königreiche zum Zweck. Die erste Frage ward im Jahre 1880 dahin entschieden, daß der zweite Sohn des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern, dessen spanische Kandidatur dem Kaiser Napoleon III. den Anlaß zur Kriegserklärung gab, der 1865

geborene Prinz Ferdinand, als mutmaßlicher Nachfolger seines Oheims Karl betrachtet wird. Im März 1881 nahm letzterer den Titel eines Königs von Rumänien an; die Krönung geschah am 22. Mai in Bukarest. Dem Beispiele Rumäniens folgte Serbien, indem Fürst Milan im März 1882 den Titel eines Königs von Serbien annahm und von fast allen Großmächten in dieser Würde anerkannt wurde.

War auch der Hauptzweck des Krieges, den Zar Alexander bei Eröffnung desselben in den Vordergrund gestellt hatte, die Befreiung der russischen Stammes- und Glaubensgenossen vom türkischen Joche, vollkommen erreicht, so waren doch die Hoffnungen der Nation auf große Gebietserweiterungen und alleinherrschenden Einfluß auf der Balkanhalbinsel durch den Berliner Kongreß bedeutend herabgedrückt worden. Regierung und Armee, alle Kreise der moskowitischen Bevölkerung waren über diese fehlgeschlagenen Erwartungen aufs tiefste entrüstet. Diese Entrüstung äußerte ihre Wirkung auch auf das bisher günstige Verhältnis zwischen Rußland und dem preußisch-deutschen Reiche. Zwischen Kaiser Wilhelm und dem Zaren Alexander bestand seit Jahren die innigste persönliche Freundschaft. Dieses freundschaftliche Verhältnis hat zur Zeit des deutsch-französischen Krieges wesentlich zur Lokalisierung desselben beigetragen, und der deutsche Kaiser konnte in einem Telegramm an den Zaren erklären: „Preußen wird es nie vergessen, daß es Ihnen zu verdanken ist, wenn der Krieg nicht die äußersten Dimensionen angenommen hat.“ Diese wohlwollende Gesinnung dauerte auch nach dem Kriege noch fort, und Alexander legte bei der Feier des Georgs-Ordensfestes zu Petersburg, bei welchem Prinz Friedrich Karl und die Spitzen der preußisch-deutschen Armeeen zugegen waren, seine Sympathieen für Kaiser Wilhelm, den „ältesten Ordensritter“, so offen an den Tag, daß das Ordensfest den Charakter einer deutschen Siegesfeier anzunehmen schien. Sein Trinkspruch schloß mit den Worten: „Ich wünsche und hoffe, daß die innigste Freundschaft, die uns verbindet, in künftigen Geschlechtern fortdauern wird, ebenso wie die Waffenbrüderschaft beider Armeeen, welche aus unvergeßlicher Zeit datiert. Ich sehe darin die beste Garantie für den Frieden und die

gesetzliche Ordnung in Europa." Auch zu Östreich traten mit der Zeit freundlichere Beziehungen ein, und die erwähnte Zusammenkunft der drei Kaiser zu Berlin (Sept. 1872) lieferte der Welt ein Zeugnis von der Übereinstimmung der drei Großmächte in den wichtigsten Fragen der europäischen Politik. Aber diese Gesinnung des Zaren Alexander war nicht die der russischen Aristokratie und des moskowitischen Volkes, das es an Äußerungen des Mißtrauens nicht fehlen ließ und an den Gefühlen der Eifersucht, mit denen das slavische Element dem Übergewicht des germanischen Anerkennung und Geltung verweigert. Der Berliner Kongreß, auf welchem Deutschland die hochfahrenden Pläne Rußlands in betreff seiner Herrschaft auf der Balkanhalbinsel nicht unterstützen konnte, warf auf das bisherige freundschaftliche Verhältnis zwischen beiden Reichen einen düsteren Schatten. In maßloser Wut über ihre getäuschten Hoffnungen warfen die Russen Deutschland Undankbarkeit vor, daß es nicht für Rußland, das doch den Deutschen im Kriege gegen Frankreich freie Hand gelassen, mit ihnen den Vertrag von San Stefano aufrecht erhalten habe. Der Ingrimm der Russen äußerte sich so mächtig und unverhohlen, daß die Gefahr eines russisch-französischen Bündnisses nahe trat, und Deutschland und Östreich ein Defensivbündnis für geraten hielten. Wenn auch Zar Alexander nicht für den Krieg war, so schien doch die politische Lage drohend genug, daß Kaiser Wilhelm mit seinem Neffen zu Alexandrowo zu einer Besprechung zusammenkam (3. Sept. 1879). Doch die Beziehungen Rußlands nach außen traten bald zurück vor den schweren Stürmen, die seinen eigenen Organismus erschütterten.

Kaiser Alexander hatte vom Anfang seiner Regierung an seine hauptsächlichste Thätigkeit den von ihm beabsichtigten Reformen gewidmet. War das Streben seines Vaters, des Zaren Nikolaus, darauf ausgegangen, alles freie Leben im Innern Rußlands zu ersticken, ihm aber nach außen eine Art Diktatur über Europa zu verschaffen, so hatte sich sein Sohn Alexander die Hebung und Förderung der materiellen und geistigen Wohlfahrt seines Volkes zur Aufgabe gemacht. Sein Ziel war, sein Volk auf die Höhe der anderen civilisierten Völker zu erheben und dadurch dem übrigen Europa einzufügen und anzupassen. Der durchgreifendsten seiner Reformen,

der Aufhebung der Leibeigenschaft, ist bereits oben Erwähnung geschehen (vgl. XXI.). Zugleich wurden Eisenbahnen, Dampfschiffahrt, Telegraphen, das gesamte Verkehrswesen zu wirtschaftlichen und militärischen Zwecken fortwährend erweitert und vervollständigt, Handel und Industrie gehoben und gefördert. Die strenge Absperrung gegen das Ausland hörte auf. Wie die Reisen in fremde Länder sich mehrten, seitdem die Erwerbung von Pässen bedeutend erleichtert war, so stieg auch die Zahl der nach Rußland reisenden oder einwandernden Fremden, seitdem die argwöhnische Beaufsichtigung derselben seitens der Polizei wegfiel und die Niederlassung im Lande durch Beseitigung der früheren Hindernisse erleichtert war. Auch in geistiger Beziehung traten Reformen ins Leben. Der Glaubens- und Gewissenszwang, mit dem Kaiser Nikolaus die Geister in Fesseln geschlagen, indem er jede von der griechischen Kirche abweichende Konfession verfolgte, ward aufgehoben; nicht nur ward der römisch-katholischen und evangelischen Kirche volle Lehr- und Glaubensfreiheit gestattet, auch die Zwangsgesetze gegen die Juden wurden gemildert. Ebenso wurde die Aufklärung des Volkes gefördert, indem die Censur liberaler gehandhabt und der deutschen Wissenschaft und Litteratur eine größere Verbreitung und Geltung ermöglicht wurde. Infolgedessen hob sich im Innern des Landes das Zeitungs- und Bücherwesen. Wie auf diese Weise der Austausch von Gedanken, Kenntnissen und Kunstfertigkeiten zunahm, so erfreute sich auch das Unterrichtswesen einer besonderen Sorgfalt der kaiserlichen Regierung. Der Volksunterricht wurde nach deutschem Muster umgestaltet, die Schulen, besonders die Mittelschulen, vermehrten und hoben sich, und Lehrer wurden auf Staatskosten ins Ausland geschickt, um das Schulwesen anderer Staaten kennen zu lernen und sich in ihren Fächern weiter auszubilden. Auch Universitäten wurden errichtet. Im Jahre 1864 erfolgte die Justizreform mit Geschwornengerichten, öffentlichem Verfahren und mündlicher Verhandlung. Die Städte erhielten eine neue Städteordnung mit Selbstverwaltung und die Gouvernements Landesverwaltung. Eine neue Heeresorganisation trat ins Leben, und im Januar 1874 ward durch ein Gesetz die allgemeine Wehrpflicht eingeführt mit einer Dienstzeit von 15 Jahren, die aber durch den Nachweis bestimmter Bil-

dungsgrade abgekürzt werden können. Die Umgestaltung des Steuerwesens hob die Steuerfreiheit der Privilegierten auf und bewirkte eine größere Ausgleichung unter den Ständen. Alle diese Reformen drückten dem inneren Leben der russischen Nation ein neues Gepräge auf und legten den Grund zu einer neuen Entwickelung.

Die polnische Insurrektion (vgl. XXI.) äußerte auf diese Entwickelung einen nachteiligen Einfluß. Die Presse, das Vereinswesen, der geistige Verkehr erlitten manche Beschränkung. Die panslavistische Partei, die in Moskau ihren Mittelpunkt hatte, und deren Vorkämpfer die Publicisten Katkow und Aksakow waren, war für ihre Propaganda nicht nur in Rußland selbst, sondern auch in den türkischen und östreichischen Slavenländern rastlos thätig und gewann immer mehr Einfluß auf die Umgebung des Kaisers. Wie einst unter dem Zaren Nikolaus, wandelte sich das Bestreben der Regierung allmählich um und ward immer mehr darauf gerichtet, allem politischen, kirchlichen und nationalen Leben den Stempel der russischen Uniformität aufzuprägen. So ward nicht nur Polen russificiert, sondern auch gegen die übrigen nichtrussischen Volkselemente, gegen die Schweden in Finnland und die Deutschen in den Ostseeprovinzen, kam die Uniformitätspolitik in Anwendung. In den letzteren wurde die russische Sprache zur Sprache der Regierungsbehörden erhoben, und der Protest des livländischen Landtages gegen diese Verletzung der Landesprivilegien durch kaiserlichen Machtspruch beseitigt. Außer dem polnischen Aufstande übte das Attentat eines Russen, Namens Karakasow, der eine Pistole auf die Brust des gerade aus dem Schloßgarten tretenden Kaisers richtete, die nur durch das entschlossene Eingreifen eines Handwerkers, Kommissarow, ihr Ziel verfehlte (16. April 1866), einen verstimmenden Einfluß auf den Zaren. Der Jubel des Volkes über die Rettung desselben war allgemein und aufrichtig*); Kommissarow wurde in den Adelstand erhoben und reich belohnt.

*) Ein schwerer Schlag für den Zaren war der Tod des Großfürsten Thronfolgers, der am 24. April 1865 zu Nizza in den Armen seines herbeigeeilten Vaters verschied. Die Braut des Verstorbenen, die dänische Prinzessin Dagmar, vermählte sich 1866 mit dem Großfürsten Thronfolger Alexander.

Am 1. Juni 1867 traf Alexander auf Einladung Napoleons III. zur Weltausstellung in Paris ein, fühlte sich aber in der französischen Hauptstadt unangenehm berührt durch die Sympathieen, welche die Franzosen, wo er sich nur zeigte, für die Polen an den Tag legten. Bei einer Ausfahrt schoß ein Pole, Bernzowsky, nach dem Wagen, in welchem die beiden Kaiser saßen (6. Juni 1867). Der Verbrecher erlitt die verdiente Strafe; aber die beiden Attentate steigerten die Mißstimmung und den Groll des Zaren und gaben der moskowitischen Partei Veranlassung, in den Uniformitätstendenzen nicht nur in Polen, sondern auch in den Ostseeprovinzen schonungslos fortzufahren. Auch Einzelne wurden durch das Treiben der Panslavisten betroffen, wie denn ein deutscher Professor an der Dorpater Universität, Namens Schirren, seines Amtes entsetzt wurde, weil er sich gegen Samarin, den Wortführer der moskowitischen Partei, verantwortet hatte. Neben diesen Uniformitätsbestrebungen hatten im Innern Rußlands die Reformen ihren Fortgang.

Aber ungeachtet aller Reformen war die russische Bildung „kein inländisches, sondern ein aus dem Auslande herübergepflanztes Gewächs." Sie bestand aus fremdländischen Elementen, die in fremder Erde gezeitigt und entwickelt, fertig und vollendet auf den rauhen moskowitischen Boden hinübergetragen wurde. Sie bewegte sich zu sehr in realistischem, dem Auslande abgelernten Wissen, in erborgten Erfindungen und mechanischen Kunstfertigkeiten, als daß sie das Reich der Ideeen zum Gegenstand ihrer Pflege gemacht und dem Geiste ein idealeres Gepräge verliehen hätte. Eine Folge davon war, daß sich eine materialistische Richtung Bahn brach, die besonders unter den jüngeren Generationen Platz griff, ernstere Studien verdrängte und die persönliche Selbstüberschätzung steigerte. Die Reformen gingen über das Niveau der Masse hinweg, ohne das Volk zu politischer Selbständigkeit und zur Teilnahme am öffentlichen Leben heranzubilden. Das Beamtentum war durchaus korrumpiert; Bestechlichkeit und Unterschleife in außerordentlichem Maße zeigten sich auf allen Gebieten des Staatswesens, besonders aber in der Armeeverwaltung. Eine allgemeine Unzufriedenheit verbreitete sich im russischen Reiche. Am verhaßtesten war die von Kaiser Nikolaus eingeführte, sogenannte „Dritte Abteilung", eine Behörde,

die unmittelbar unter dem Kaiser stand und willkürlich jeden Beliebigen unter polizeiliche Aufsicht stellte, verbannte oder zeitlebens im Gefängnis behielt. Die Zahl der „Verschickungen“ nach Sibirien oder anderen Provinzen nahm immer mehr zu. Durch die ungenügenden Resultate des türkischen Krieges wurden Unzufriedenheit und Mißstimmung noch genährt. Schon längst hatte sich eine Opposition gebildet, eine revolutionär-terroristische Partei, welche den Umsturz aller von Sitte, Kultur und Politik gestellten Ordnungen zum Zweck hatte und unter dem Namen „Nihilisten“ (nihil) eine neue Ordnung der Dinge auf socialistischer Grundlage erstrebte. Der Nihilismus war besonders unter der studierenden Jugend männlichen und weiblichen Geschlechtes vertreten und verbreitete sich allmählich durch alle Schichten der Bevölkerung, selbst in die Adels- und Offizierskreise, ja in die Organe der geheimen Polizei. Seit dem Jahre 1879 hatte die Partei eine geschlossene Organisation mit einer leitenden Kommission und einem Exekutivkomitee an der Spitze, ohne dessen Wissen und Willen nichts geschehen durfte, und dem durch Geschenke und Erpressungen reiche Geldmittel zur Verfügung standen. Das Programm der Nihilisten von 1880 forderte Volksvertretung mit allgemeinem Wahlrecht, Selbstverwaltung, Preß- und Vereinsfreiheit und Umwandelung des stehenden Heeres in ein territoriales, eine Forderung, deren sofortige, unvermittelte Verwirklichung bei dem größtenteils noch ungebildeten und halbbarbarischen Volke einen Zustand höchster Verwirrung und Zerrüttung hervorbringen würde. Dem geheimen Treiben dieser im Finstern wirkenden anarchistischen Macht gegenüber waren die Staatsbehörden beinahe wehrlos. Das Exekutivkomitee hatte seine weitgreifenden Arme über das ganze Reich verbreitet, erließ Todesurteile gegen verhaßte Beamte, bewirkte deren Vollstreckung und bestrafte Verräter innerhalb der Partei mit dem Tode. Aus geheimen Druckereien ergingen aufreizende Proklamationen, Flugblätter und Maueranschläge, voll blutdürstiger Drohungen gegen die Regierung und den Kaiser selbst. Selten gelang es der Regierung, sich der geheimen Druckereien zu bemächtigen; Mordanfälle gegen hochgestellte Personen waren an der Tagesordnung, und der Kaisermord galt der Partei als das geeignetste Mittel zur Erreichung ihrer verbrecherischen Ziele. So viele der ergrif-

fenen Attentäter auch mit Tod oder Verbannung büßten, die Attentate nahmen kein Ende.

Aus der großen Zahl dieser blutigen Verbrechen können hier nur die hervorragendsten erwähnt werden. Großes Aufsehen erregte es, als am 5. Februar 1878 die Nihilistin Vjera Sassulitsch den Petersburger Stadthauptmann General Trepow, den mächtigsten Staatsbeamten des Reiches, durch einen Revolverschuß schwer verwundete, und die Freisprechung der Attentäterin durch das Geschwornengericht, wie der Jubel, mit dem dieses Urteil bis in die höheren Kreise hinauf aufgenommen wurde, eröffnete einen Blick in den Abgrund moralischer Versumpfung, an welchem die moskowitische Gesellschaft angelangt war. Unter den von den Nihilisten zum Tode Verurteilten befand sich namentlich der Chef der „Dritten Abteilung" der kaiserlichen Kabinettskanzlei, der geheimen Polizei, General Mesenzow, der sich durch harte Behandlung politischer Verbrecher den Haß der Verschwörer zugezogen hatte. Er wurde am 16. August 1878 auf offener Straße erdolcht; der Thäter blieb unentdeckt. Die Regierung überwies nun die Aburteilung politischer Verbrecher nicht mehr den Geschwornen-, sondern den Militärgerichten, und hob das Moskauer Wohlthätigkeitskomitee unter Katkow und Aksakow, das unter diesem harmlosen Titel radikale Ziele verfolgte, ohne weiteres auf. Gleichwohl fehlte ihr ein sicheres Mittel zur Vernichtung der Verschwörerbande, die jetzt den wegen seiner Strenge gegen gefangene Nihilisten verhaßten Gouverneur von Charkow, Fürsten Krapotkin, dem Tode weihte. Von einem Balle heimkehrend, ward er am 21. Februar 1879 im Wagen erschossen, als „Werkzeug der Tyrannei und des Despotismus", wie es in der Proklamation des Exekutivkomitees hieß. Die Mörder entkamen. Der nächste Mordanfall traf den neuen Chef der „Dritten Abteilung", General von Drentelen, auf den in den Straßen Petersburgs zwei Schüsse abgefeuert wurden. Der General blieb unverletzt; der Thäter entkam, wurde aber später verhaftet und zum Tode verurteilt, dann zu Zwangsarbeit begnadigt. Auch zur Brandfackel griffen die Nihilisten, und eine Anzahl von Städten wurde durch Anlegung von Feuer schwer heimgesucht. Endlich schritt das Exekutivkomitee sogar zum Kaisermord. Ein von demselben an „Herrn

Alexander Nikolajewitsch" gerichtetes Schreiben stellte das entsetzlichste Verbrechen in Aussicht. Ein gewisser Solowjew, ein unsteter, damals als Hauslehrer beschäftigter Mensch, feuerte am 14. April 1879 auf den Kaiser, der seinen Morgenspaziergang in der Nähe des Winterpalais machte, drei Revolverschüsse ab, die den Mantel des Zaren durchlöcherten, ihn selbst unverletzt ließen. Der Frevler büßte am Galgen. Infolge dieses schrecklichen Attentats griff die Regierung zu Ausnahmemaßregeln. In Petersburg, Charkow, Odessa wurden Generalgouverneure mit den weitesten Vollmachten eingesetzt, und die Generale Gurko, Loris-Melikow und Todleben mit diesen Stellen bekleidet. Auch den Militärgouverneuren in den übrigen Städten wurden die umfassendsten Vollmachten übertragen. Aber weder diese Maßregeln, noch Kriegsgerichte und Belagerungszustand vermochten die geheimen Herde der Verschworenen auszurotten, die in der Teilnahmlosigkeit der Bevölkerung und in der Abneigung gegen das herrschende Regierungssystem noch eine Art von Unterstützung fanden. Nur durch einen Zufall entging der Zar einem neuen Attentate. Am 1. Dezember sollte er bei der Einfahrt des Eisenbahnzuges in Moskau vermittelst eines von einem benachbarten Hause bis unter die Schienen reichenden Minenganges in die Luft gesprengt werden und entkam der Gefahr nur dadurch, daß sein Zug, statt wie gewöhnlich hinter dem Bagagezug, diesmal vor diesem anlangte.*) Das revolutionäre Komitee ging in seiner Unverschämtheit so weit, dem Kaiser nach seiner Ankunft in Petersburg in einer gedruckten Proklamation mit weiteren Mordanfällen zu drohen, wenn er nicht seine Herrschaft einer Nationalversammlung übertragen wolle, und kurz darauf wurde ihm angezeigt, er werde in die Luft gesprengt werden. Am 17. Februar 1880 abends nach 6 Uhr zertrümmerte eine Dynamitexplosion vom Souterrain des Winterpalais aus die darüber liegende Wachstube, tötete und verwundete viele Soldaten und erschütterte das höher liegende Stockwerk. Der Umstand, daß das

*) Der Hauptattentäter, Hartmann, entfloh nach Frankreich, ward zwar auf Bestreben des russischen Botschafters verhaftet (Febr. 1880), dann aber von der durch die Radikalen gedrängten Regierung freigelassen und nach England befördert.

Diner zufällig um eine halbe Stunde verschoben, der Speisesaal also im Augenblicke der Explosion leer war, rettete den Kaiser und seine Familie. Der Attentäter, der als Tischler im Souterrain gearbeitet hatte, ward nicht entdeckt. Nach diesem neuen Frevel wurde an Stelle des aufgehobenen Petersburger Generalgouvernements zur Aufrechthaltung der Ordnung und Sicherheit eine oberste Exekutivkommission errichtet unter der Leitung von Loris-Melikow, der jetzt alle politische und militärische Gewalt in seiner Hand vereinigte. Er suchte durch Reformen in der Verwaltung die allgemeine Unzufriedenheit zu beschwichtigen, das Volk für die Regierung zu gewinnen und auf diesem Wege dem Nihilismus Abbruch zu thun. Die „Dritte Abteilung" ward aufgehoben und ebenso wie die oberste Exekutivkommission mit dem Ministerium des Innern vereinigt, zu dessen Vorstand Melikow ernannt wurde. War auch gleich der Antritt seiner Diktatur von einem Attentate auf seine Person begleitet, so gelang es ihm doch, in Petersburg einen Zustand der Ruhe und Sicherheit zu begründen, wie er daselbst seit längerer Zeit nicht geherrscht hatte.

Am 2. März 1880 feierte Kaiser Alexander II. sein fünfundzwanzigjähriges Regierungsjubiläum, an welchem er auf eine Reihe großartiger Fortschritte in der Civilisierung seines Volkes zurückblicken konnte. Auch die Gemahlin des Kaisers, Maria, Tochter des Großherzogs Ludwigs II. von Hessen, die seit längerer Zeit krank in Cannes darniederlag, hatte sich zur Festfeier nach Petersburg begeben. Am 3. Juni erlag sie ihrer Krankheit. Zar Alexander ließ sich im Juli in der Kapelle des Winterpalais in aller Stille mit der Fürstin Dolgoruki trauen. Doch nicht lange sollte er sich des neuen Ehebündnisses erfreuen. Am 13. März 1881 ereilte ihn das ihm längst angedrohte Schicksal. Bei der Rückfahrt von der Michaelreitbahn nach dem Winterpalais wurde der Wagen nachmittags 3 Uhr von einer Sprengbombe getroffen, wodurch mehrere Personen verwundet wurden, und als der Zar aus dem Wagen stieg, ward er selbst von einer zweiten Bombe getroffen, die ihm beide Beine zerschmetterte, den Unterleib aufriß und das Gesicht verletzte. Er wurde bewußtlos nach dem Winterpalais getragen und starb dort gegen 4 Uhr. Er erlag dem sechsten gegen ihn gerichteten

Attentate.*) Seine Leiche ward in der Gruft der Peter-Pauls-Kapelle beigesetzt, zu welcher Feierlichkeit der deutsche Kronprinz und andere Fürstlichkeiten erschienen waren.

Nach dem Tode des Kaisers ward sein ältester Sohn als Kaiser Alexander III. ausgerufen, und die Truppen leisteten den Eid der Treue. Schon am 14. März erließ das Exekutivkomitee eine Proklamation, in welcher es nicht nur seine Freude über das gelungene Attentat an den Tag legte, sondern auch den neuen Kaiser warnte, dem Beispiele seines Vaters zu folgen und wie dieser „ein Tyrann" zu werden. Infolgedessen bestimmte der Kaiser bei der Minderjährigkeit des Großfürsten Thronfolgers Nikolai Alexandrowitsch (geb. 1868) für den Fall seines Todes den Großfürsten Wladimir, seinen ältesten Bruder, zur Regentschaft. Da indessen der Wunsch nach einer Umgestaltung der absolutistischen Staatsform nicht allein im Volke immer mehr sich regte, sondern auch bei einem Teile der hohen Reichsbeamten Anklang fand, so mußte der neue Zar der Frage, ob dem Drängen der Nihilisten nach einer konstitutionellen Verfassung nachzugeben sei, um so näher treten, als er selbst früher als Thronfolger seinem Vater gegenüber sich für Reformen entschieden hatte, und das letzte Reskript Alexanders II. vom 9. März dieselben in Aussicht stellte. Aber nach längeren Beratungen mit den Ministern erklärte Alexander III. in einem Manifeste vom 11. Mai seinen festen Entschluß, die ihm von Gott verliehene „selbstherrscherliche Gewalt" zu bewahren und zu kräftigen und forderte seine Unterthanen auf, ihn in der Ausrottung der verbrecherischen Verschwörung der Anarchisten zu unterstützen. Nun legte Loris-Melikow, der für liberale Institutionen war, sein Amt nieder, und Graf Ignatjew ward Minister des Innern. Auf das Manifest des Kaisers erfolgte von Seiten des Exekutivkomitees eine Erklärung, in welcher derselbe mit dem Schicksal seines Vaters bedroht wurde. Nun wurden zum Schutze des Zaren die weitgehendsten Vorsichtsmaßregeln getroffen. Der Kaiser resi-

*) Die Attentäter wurden außer einem, der an äußeren Verletzungen vorher starb, durch den Strang hingerichtet, eine Frau, Jesse-Helfmann, mit Rücksicht auf ihren damaligen Zustand, zu Zwangsarbeit verurteilt.

dierte bald zu Gatschina, bald zu Petershof, von Polizei und Militär aufs sorgsamste bewacht.

Die von Alexander III. ausgehende Zusammenkunft desselben mit Kaiser Wilhelm (Sept. 1881) hatte dem Treiben des Panslavismus gegenüber eine Erneuerung der alten Bundesgenossenschaft zum Zweck und machte, zumal da der Deutschenhasser Ignatjew nicht im Gefolge des Kaisers war, den Eindruck der Friedensliebe.

Inzwischen nahmen die nihilistischen Attentate ihren Fortgang; in Petersburg ward General Tscherewin durch einen Schuß gestreift (25. Nov. 1881), in Odessa General Sternikow erschossen (30. März 1882), beide energische Verfolger der Nihilisten. Unter solchen Umständen mußte die Krönungsfeier in Moskau, um nicht die ganze kaiserliche Familie der äußersten Gefahr auszusetzen, immer von neuem aufgeschoben werden.

Bei den in mehreren Städten, besonders in Warschau, stattgehabten Excessen gegen die Juden hatte Ignatjew eine solche Lauheit bewiesen, daß er beinahe auf Seiten der Ruhestörer zu stehen schien und in der deutschen Presse als Verfolger der Juden und Aufhetzer zum Deutschenhaß hingestellt ward. An die Stelle des vierundachtzigjährigen Reichskanzlers, Fürsten Gortschakow, trat sein bisheriger Vertreter, der friedliebende Geheimrat Giers (April 1882), und Graf Tolstoi folgte dem entlassenen Ignatjew als Minister des Innern (Juni 1882). Beide Ernennungen waren ein Zeugnis für die Friedensliebe Alexanders und wurden um so freudiger aufgenommen, als General Skobelew in seinen in Paris gehaltenen Brandreden mit einem Kriege gegen Deutschland drohte. Die Zeitungen, die sich einer gereizten Sprache bedient, erhielten eine Weisung, sich eines gemäßigteren Tones zu befleißigen, und so zogen sich denn auch in der Presse die aufgeregten Wogen der öffentlichen Meinung in ihr gewohntes Bett zurück.

XXXII.

Die außereuropäischen Staaten. Asien. Aufstand der einheimischen Truppen in Indien (1857—1859). Afghanistan. Vorgehen der Russen. Die Holländer auf Sumatra. — Der Bürgerkrieg in Nordamerika (1861—1865). Verhältnisse der Union. Maximilians Kaisertum in Mexiko (1864—1867). Haiti. Die Republiken in Mittel- und Südamerika. — Die afrikanischen Staaten. Ägypten. Abessinien. König Theodorus (1868). Krieg gegen die Aschantis. Die Transvaal-Republik. Zanzibar. — Australien.

In Asien hat sich Rußland, das hier Englands Handel und ostindische Besitzungen zu beeinträchtigen droht, der Mündung des Amurstromes bemächtigt (vgl. S. 120), wo das im Jahre 1853 gegründete Nikolayeffsky rasch aufblüht. Nachdem in Turan Rußlands Pläne 1840 scheiterten (vgl. S. 120), gelang es ihm in neuester Zeit, seine Grenzen weiter nach Süden vorzuschieben (1866). Die Völkerschaften am Kaukasus wurden nach Schamyls Gefangennahme zu einer, übrigens noch immer ungewissen Unterwerfung gebracht (vgl. S. 119). In Persien war seit dem Frieden von Turkmantschai im Februar 1828 (vgl. S. 63) der Einfluß Rußlands vorherrschend, welches nun den Schach Mahommed zur Eroberung von Herat, eines persischen Vasallenstaates, obwohl ohne Erfolg, anreizte, um von dort aus den Engländern in Afghanistan entgegenzuwirken (vgl. S. 154). An Japan erging 1851 vom Präsidenten der nordamerikanischen Union die Erklärung, „daß keine Nation das Recht habe, sich gegen jeden Handelsverkehr mit anderen Nationen abzuschließen", worauf die Haupthäfen den Amerikanern, dann den Briten (1854) und Russen (1856) eröffnet wurden. Auch China wurde durch den Frieden von Peking 1860 dem Welthandel eröffnet (vgl. S. 148). Die Holländer waren infolge der

Ausdehnung der britischen Macht durch einen Vertrag (1824) von dem Festlande Indiens zurückgewiesen und auf die hinterindischen Inseln beschränkt, aber diese stets wachsende Ausbreitung der Engländer in Vorderindien führte zu einem furchtbaren Aufstande.

Die ganze ungeheure Ländermasse vom Himalaya nördlich bis zum Kap Komorin südlich war der Herrschaft der ostindischen Kompagnie unterworfen. Die englische Regierung ernannte nur den Generalgouverneur und den Oberbefehlshaber; alle Verwaltungsbeamten wurden von den zwölf Direktoren der Kompagnie eingesetzt und vom Gouverneur bestätigt; nur in den wichtigsten Fällen übte eine königliche Kommission eine Kontrole über die Verwaltung. Zwischen den Engländern und den Eingeborenen herrschten die schroffsten Gegensätze in Glauben, Sitte und Sprache. Die englische Herrschaft hatte wenig zur Verbreitung des Christentums in Indien gethan, und der Hochmut und das Unterdrückungssystem der Briten hatte den Haß der einheimischen Bevölkerung gegen die fremde Herrschaft fortwährend genährt. Dieser Haß war in allen Klassen lebendig. Die einheimischen Fürsten, zuletzt noch der König von Oude (Audh), waren vertrieben oder entsetzt worden, oder standen, wo sie noch einen Schein von Gewalt behaupteten, in Abhängigkeit von den Behörden der ostindischen Kompagnie, deren Direktoren ihren Sitz zu London hatten.*) Der höhere Lehnsadel war durch das gewaltthätige Verfahren der Eroberer in seinen Vermögensverhältnissen herabgekommen und den willkürlichen Eingriffen derselben in seine inneren Angelegenheiten preisgegeben. Die kleinen Grundbesitzer und die arbeitenden Klassen wurden durch die Last der Abgaben und die Härte ihrer Erhebung zu Boden gedrückt. Die Bewohner Ostindiens gehören teils dem Brahmaismus, teils dem Islam an; die Anhänger des ersteren fühlten sich durch die Geringschätzung verletzt, die der Engländer, überhaupt gewohnt, mit Verachtung auf alles Fremde zu sehen, gegen ihre Kastenunterschiede bewies; die

*) Schon im Jahre 1853 sagte Macaulay im Parlament: „Indien muß in Indien selbst und nicht in London regiert werden. Erziehung der Eingeborenen zum Self-goverment ist die Losung!“

Moslemin, deren religiöser Eifer durch ihre Pilgerfahrten nach Mekka immer neu belebt wurde, ertrugen mit Ungeduld und Unwillen das aufgelegte Joch. Die Anhänger des Brahmaismus und des Islams traten einander näher, und ein den Briten Verderben drohender Geist begann sich unter den Einheimischen zu regen. Um eine Bevölkerung von 180 Millionen zu beherrschen, hätte es eines ganz aus Engländern und Europäern zusammengesetzten Heeres bedurft, dessen Aufstellung unmöglich war; unter den 250 000 Soldaten der ostindischen Kompagnie waren aber nur 30 000 Briten, die übrigen waren Eingeborene, die von den englischen Offizieren mit der größten Verachtung behandelt wurden. So trafen die Sipahis, d. h. die aus den Einheimischen gebildete Infanterie, ihre Vorbereitungen zu einem furchtbaren Aufstand, der der englischen Herrschaft in Ostindien den Untergang zu drohen schien.

Den Anlaß zur Erhebung gab die Einführung neuer Patronen, die mit Rinder- oder Schweinefett eingerieben sein mußten, wovon ersteres das religiöse Gefühl der Hindus, letzteres das der Mohammedaner verletzte. Am 9. Mai 1857 verweigerten die in Mirut bei Delhi liegenden Sipahis die Annahme der neuen Patronen, töteten die englischen Offiziere, deren Frauen und Kinder und zündeten die Kaserne an. Zwei Tage später erhob sich Delhi, die alte Hauptstadt des mongolischen Reichs; 150 Kanonen, unermeßliche Kriegsvorräte und ein Schatz von 200 Millionen Pfund Sterling fielen in die Hände der Sipahis. Die gesamte europäische Bevölkerung, Männer, Weiber, Kinder, wurde meist unter gräßlichen Martern umgebracht. Der ehemalige Großmogul Akbar, ein Nachkomme Timurs, wurde zum Beherrscher Indiens ausgerufen, für welchen, da er schon zweiundneunzig Jahre alt war, seine Söhne und Enkel eintraten. Gleichzeitig brach der Aufstand in allen bengalischen Garnisonsstädten aus. Der erfinderischen Grausamkeit der Orientalen genügte die bloße Ermordung der Engländer nicht; sie wurden unter den ausgesuchtesten Martern hingeschlachtet, lebendig verbrannt, in Stücke zerhauen; es wurden ihnen die Augen ausgerissen, die Finger und Zehen langsam abgeschnitten, die Haut abgezogen, die Kinder auf dem Pflaster zerschmettert, und alle ersinnlichen Greuel verübt. Der Aufstand verbreitete

sich mit Blitzesschnelle über Nordindien und war überall von denselben Freveln begleitet. Jetzt erholten sich die Briten von ihrer anfänglichen Betäubung und entwickelten, aus ihrer gewohnten Weichlichkeit und Üppigkeit aufgerüttelt, eine bewundernswürdige Kraft und Todesverachtung. Zum Glück für die Engländer blieben ihnen die kriegerischen Gorkhas im Himalaya und die tapferen Sikhs im Pendschab getreu und leisteten gegen die Sipahis wesentliche Dienste; auch beteiligte sich die große Volksmasse nicht an den Plünderungen und Metzeleien. So blieben die Sipahis auf sich beschränkt. Nach einer dreimonatlichen Belagerung konnte General Wilson Delhi mit Sturm nehmen. Der alte Kaiser Akbar ward gefangen nach Kalkutta abgeführt, zwei Söhne und drei Enkel von ihm, die sich an der Empörung beteiligt, wurden erschossen. Das Heer, welches Delhi verteidigt, ergoß sich in regelloser Flucht an beiden Ufern der Dschumna hin, wurde aber von den Engländern vollends auseinandergesprengt. Ein Teil desselben warf sich in das Gebirgsland von Audh in den Vorketten des Himalaya, das erst seit 1856 den Engländern gehörte, und dessen Einwohner sich dem Aufstande anschlossen. Dort hatten sich die Engländer mit 400 Frauen und Kindern in die Citadelle von Lucknow, der Hauptstadt des Landes, geworfen, die Tag und Nacht von den Rebellen beschossen und unaufhörlich bestürmt wurde. Schon war die englische Besatzung, die unter Sir Lawrence alle Angriffe zurückgeschlagen, entschlossen, sich samt Frauen und Kindern in die Luft zu sprengen, schon glaubte man nur noch auf 24 Stunden Lebensmittel zu haben, als es dem edlen und tapferen General Havelock gelang, die fünffach überlegene Belagerungsarmee zu durchbrechen und nach schwerem Verlust in die Citadelle einzuziehen (25. Sept. 1858). Die Stadt Lucknow selbst, wo 50 000 Sipahis lagen, konnte Havelock nicht einnehmen; am 16. November wurde er durch den von Kalkutta herbeieilenden General Campbell entsetzt. Havelock, allgemein verehrt und bewundert, starb bald nachher an der Cholera.

In England hatte man unterdessen die gewaltigsten Anstrengungen gemacht, um die Truppen in Ostindien zu verstärken; alle Parteien und Klassen waren fest entschlossen, die englische Herrschaft daselbst zu behaupten. Nach und nach

wurden 100 000 Mann nach Ostindien geschickt, die durch 20 000 Gorkhas und 15 000 Sikhs verstärkt wurden. Im Dezember 1857 und Januar 1858 siegten die Engländer in mehreren Schlachten. Am 13. März ward Lucknow nach einem dreitägigen Sturm genommen. Die Streitmacht der Rebellen schmolz jetzt rasch zusammen; die letzten Siege über sie wurden im Sommer und Herbst 1858 gewonnen. Der Mahrattenführer Tantia Topi wurde (18. April 1859) hingerichtet, aber der blutige Nana Sahib entging der Rache der Engländer. Über die Aufständischen erging ein strenges Gericht; unzählige wurden gehenkt oder erschossen, besonders indem man sie an die Mündung der Kanonen band. Lord Canning, Sohn des berühmten Staatsmannes, trug als erster Vicekönig Indiens (seit Dezember 1857) durch seine Mäßigung viel zur völligen Dämpfung der Unruhen bei. Am 28. Juli 1859 wurde im britischen Reiche ein großes Dankfest für die Besiegung des Aufstandes gefeiert. Die wichtigste Folge desselben aber war die Aufhebung des Privilegiums der ostindischen Kompagnie, deren Herrschaft von nun an völlig an die Krone überging. Damit hat für Indien und sein Verhältnis zu Großbritannien eine neue Epoche begonnen, von der man eine Verbesserung der Lage der einheimischen Bevölkerung erwartet. Die Oberhoheit über ganz Indien steht jetzt bei der Königin und dem Ministerium unter Mitwirkung des Parlamentes. Die mediatisierten indischen Fürsten traten zu der englischen Regierung in ein ähnliches Verhältnis, wie die hohe Aristokratie des Mutterlandes zu dem Staatsoberhaupte. Die englische Regierung, die einheimischen Großen zur Teilnahme an den hohen Staatsämtern heranziehend, suchte durch zweckmäßige Einrichtungen das Staats- und Rechtsleben zu heben und durch Eisenbahnen und Telegraphen, Verkehrswege und Bildungsanstalten die einheimische Industrie und Kultur zu fördern. Sie war bemüht, das Prinzip der Selbstregierung zur Geltung zu bringen und die Interessen der indischen Großgrundbesitzer mit denen des Gesamtorganismus des indobritischen Reiches zu verbinden. Dabei war sie mehr auf Erhaltung und Befestigung des Reiches im Innern als auf weitere Ausdehnung der Grenzen bedacht. Diese friedliche Thätigkeit ward durch nichts gestört. Im Jahr 1876 nahm die Königin von England in bezug auf

die indischen Angelegenheiten den Titel einer „Kaiserin von Indien“ an.

Ein im Jahr 1868 von den Engländern an der Grenze Indiens gegen Afghanistan unternommener Zug endete glücklich. — Im Jahre 1873 unternahm Rußland einen Feldzug gegen den Chan von Chiwa, dem Steppenlande am unteren Amu, nachdem es zuvor England über seine Absichten beruhigt hatte. Der Chan mußte Abschaffung des Sklavenhandels versprechen, gestattete die Anlage russischer Faktoreien am linken Ufer des Amu-Darja und stellte das Land an dessen rechtem Ufer zu Rußlands Verfügung. Bei den Verhandlungen zwischen England und Rußland über Feststellung einer Grenzlinie im Jahr 1873 hatte Rußland Afghanistan als „außerhalb seiner Aktionssphäre liegend“ bezeichnet. Die Engländer hatten mit Schir Ali, dem Emir von Afghanistan, vergebliche Unterhandlungen über ein Schutz- und Trutzbündnis und über die Zulassung englischer Agenten in den großen Städten des Landes gepflogen (1877). Dagegen eröffnete dieser im Jahre 1878 Unterhandlungen mit Rußland. Nun verlangte England in seiner Besorgnis vor der russischen Eroberungssucht die Abberufung der russischen Gesandtschaft und von Schir Ali die Zulassung einer englischen. Da die letztere verweigert ward, rückte im November 1878 ein englisches Heer in drei Kolonnen in Afghanistan ein, wagte aber noch nicht nach Kabul vorzugehen. Im Februar 1879 starb Schir Ali, es folgte ihm sein Sohn Yakub-Khan, der, von Feinden umgeben, mit den Engländern wieder in freundschaftliche Beziehungen zu treten wünschte. Im Mai 1879 schloß er mit diesen den Vertrag zu Gundamak, worin er ihnen die östlichen Gebirgspässe überließ und das Recht einer Gesandtschaft in Kabul zugestand. Als aber nun Cavagnari als englischer Resident mit Gefolge seinen Einzug in Kabul hielt und von Yakub Khan ehrenvoll empfangen ward, erhob sich ein Soldatenaufstand, und Cavagnari ward mit seinen 67 Begleitern ermordet. Yakub-Khan flüchtete vor seinen eigenen Leuten ins Lager der Engländer, die ihn nach Indien sandten. General Roberts rückte gegen Kabul vor, besetzte die Stadt und hielt, um den Gesandtenmord zu rächen, ein Strafgericht, infolgedessen Hunderte von Teilnehmern am Galgen starben. Aber die Erbitterung wuchs. Roberts mußte

sich vor einem überlegenen Afghanenheere zurückziehen, drang dann wieder vor und nahm Kabul zum zweiten Male. Er versprach, das Land zu räumen, wenn die Afghanen einen neuen Emir wählen würden, der Ordnung im Innern und mit England freundschaftliche Beziehungen halten würde. Es wurde Abdurrhaman gewählt (1880). Der Krieg zog sich hin, da nun auch noch ein Prätendent des neuen Emirs, Ejub-Khan, sich erhob; aber im Jahr 1880 waren die Engländer Herren von Kabulistan, und Abdurrhaman nur ein Schützling der englischen Regierung. Der Friede war hergestellt, doch die Aufstände wiederholten sich. Die Engländer erlitten eine Niederlage durch Ejub, die jedoch durch einen Sieg Roberts ausgeglichen ward. Abdurrhaman versprach der englischen Regierung, ohne ihre Zustimmung nichts zu unternehmen und sie über den Stand der Angelegenheiten in Afghanistan in genauer Kenntnis zu erhalten.

Rußland schloß im Mai 1875 einen Vertrag mit Japan, nach welchem dieses die Insel Sagchalin gegen die Kurilen an Rußland abtrat. Wegen Kaschgar (in Ost-Turkestan), einer früheren Provinz des chinesischen Reiches, mit welcher Rußland einen Handelsvertrag abgeschlossen hatte, entstand ein Streit mit China, das die Russen von da zu verdrängen suchte, der aber durch englische Vermittelung beigelegt ward. Ein weiterer Streit mit China entstand wegen des im chinesischen Turkestan liegenden Kuldscha-Gebietes, das Rußland besetzte, angeblich zum Schutz seiner Grenzen gegen räuberische Einfälle (1871). Die Entscheidung zog sich lange hin, und erst im Jahre 1880 kam ein Vertrag zustande, nach welchem Rußland nur einen kleinen Bezirk des Kuldscha-Landes behielt. Im Jahr 1875 marschierte General Kaufmann siegreich in das Khanat Khokand ein, das nach weiteren Siegen des Generals Skobelew dem russischen Reiche einverleibt ward (1876). Im Jahr 1879 begann der Krieg gegen die Tekke-Turkmenen, die Skobelew nach Erstürmung ihrer Hauptbollwerke unterwarf. Ihr Gebiet ward ebenfalls russisch.

Die Holländer strebten nach dem völligen Besitz der Insel Sumatra. Um vor den Engländern freie Hand zu haben, überließen sie diesen ihre Besitzungen an der Küste von Guinea, wogegen diese die Unabhängigkeit Atchins preis-

gaben, dessen Seeräubereien den Holländern den Anlaß zum Kriege verschafften. Aber ihr Angriff auf das Hauptbollwerk des Sultans von Atchin, den Kraton, schlug fehl (1873), und erst einer zweiten größeren Expedition gelang dessen Erstürmung (1874). Der Krieg dauerte fort, und die Küstenstädte kamen in die Gewalt der Holländer, während der Sultan im Widerstande beharrte.

Im nördlicheren Amerika bestehen Kolonieen der Engländer, Dänen (in Grönland) und Russen. Rußland hat im April 1867 seine Besitzungen in Nordwest-Amerika für 7 Millionen Dollars an die Union überlassen. Der Abfall Canadas, der bedeutendsten englischen Besitzung, wurde 1840 durch Einführung einer freieren Verfassung verhütet (vgl. S. 148). Die Expeditionen behufs Auffindung einer Durchfahrt im Norden Amerikas haben wenigstens die vollständige Erforschung der Nordküste zur Folge gehabt.

Nach einem glorreichen zehnjährigen Kampfe hatten die nordamerikanischen Kolonieen ihre Unabhängigkeit von dem englischen Mutterlande errungen und durch weise Verfassungen ihre innere und äußere Freiheit befestigt. An der Spitze der jungen Freistaaten, die bewundernswürdig schnell heranblühten, standen Männer, gleich ausgezeichnet durch Weisheit und Thatkraft wie durch republikanische Einfachheit und jegliche Bürgertugend. Eine Menge trefflicher Gesetze verlieh dem geistigen und politischen Leben der nordamerikanischen Nation einen nie gesehenen Aufschwung, während glückliche Handelsverträge, verbunden mit einem wohlgeregelten Zollsystem, lebendige Schiffahrt, fortschreitender Anbau und eine stets zunehmende Bevölkerung das kommerzielle Leben zu einer staunenswerten Größe erhoben. Ein ausgedehntes Kanalsystem — jetzt von etwa 90 Kanälen — verbindet die beiden größten Stromgebiete des Kontinents von Nordamerika, das des Mississippi und St. Lorenzo, sowohl unter einander als mit den Küstenflüssen der östlichen Abdachung, und diese wieder unter einander, so daß eine Binnenschiffahrt zwischen den großen Seeen, dem atlantischen Ocean und dem Golf von Mexico hergestellt ist. In Dampfschiffahrt und Eisenbahnen, von welchen letzteren jetzt 180 ge-

zählt werden,*) wurde die neue Welt das Vorbild der alten. Der Mississippi, Ohio, Illinois, Missouri u. a. bedeckten sich mit Flottillen von Dampfern. Die Zahl der Staaten beträgt jetzt 38. Sobald nämlich ein Landstrich 60 000 freie Männer über 25 Jahre hat, kann er als besonderer Staat auftreten, oder sich von einem schon vorhandenen Staate lostrennen, in welchem Falle die Flagge der Union jedesmal einen neuen Stern erhält. Landstriche, welche die angegebene Bevölkerung nicht erreichen, heißen Territorien. Die Zahl der Einwohner der vereinigten Staaten, die besonders durch die massenhafte Einwanderung aus Europa in fortwährendem Steigen begriffen ist, beträgt jetzt mehr als das dreizehnfache der Zahl von 1783, nämlich über 40 Millionen. Die vereinigten Staaten bilden eine Bundesrepublik; in den einzelnen Staaten herrscht die Selbstverwaltung (self-goverment). Die gesetzgebende Gewalt in dem Bundesstaate wird von einem Kongreß geübt, der aus einem Repräsentantenhause oder Volkskammer mit Vertretung nach der Kopfzahl, und einem Senate oder Staatenhause, zu welchem jeder Staat zwei Abgeordnete sendet, besteht; die Exekutivgewalt ruht in den Händen eines verantwortlichen Präsidenten, der durch Wähler, die von sämtlichen Staaten ernannt werden, auf 4 Jahre gewählt wird, und höchstens zweimal nach einander wiedergewählt werden darf.**) In Hinsicht auf Religion herrscht völlige

*) Am 10. Mai 1869 wurde die Atlantic-Pacific-Eisenbahn, die den stillen Ocean mit dem atlantischen verbindet, vollendet, auf der man in $6^1/_2$ Tagen von Newyork nach San Francisco in Kalifornien gelangen kann.

**) Hier folgt die Reihe der Präsidenten mit den wichtigsten Momenten der Geschichte der nordamerikanischen Staaten; Washington (1787—97); John Adams (1797—1801), unter welchem Washington zur Bundesstadt erklärt wurde; Thomas Jefferson (1801—1809), ordnete der Kontinentalsperre Napoleons gegenüber eine Handelssperre für Nordamerika an, die aber, dem Volke zuwider, bald wieder aufgehoben wurde; Maddison (1809—1817), drängte wegen des von England beanspruchten Durchsuchungsrechtes neutraler Schiffe und wegen Beeinträchtigung der Freiheit nordamerikanischer Bürger durch Matrosenpressen zur Kriegserklärung gegen England (April 1812); der Krieg wurde teils an den Nordgrenzen zu Lande, teils auf dem Meere geführt; die Engländer nahmen und verbrannten die Bundesstadt Washington (Juni 1814), wogegen ihr Angriff auf New-Orleans durch General Jackson siegreich zurückgewiesen ward

Duldung, und die Zahl der Sekten ist sehr groß. Kirchen und Schulen sind Angelegenheit der Gemeinden. Die materielle Kultur und praktische Volksbildung, besonders durch Zeitungen, steht in hoher Blüte, Wissenschaft und Kunst hauptsächlich im Dienste des äußeren Nutzens.

Als die jungen Freistaaten nach ihrer Losreißung vom Mutterlande unter langen Kämpfen zur Ruhe gelangt waren, begann schon frühzeitig ein innerer Gegensatz zwischen den Nord- und Südstaaten der Union sich zu entwickeln, der auf der Verschiedenheit der materiellen Interessen beruhte. In den nördlichen Staaten herrscht Ackerbau und Gewerbwesen vor, in den Südstaaten der Plantagenbau (auf Zucker, Reis, besonders Baumwolle u. s. w.), der durch Sklaven betrieben wird, während in den Nordstaaten die Sklaverei (seit 1776) abgeschafft ist. Die letzteren waren die Vertreter des Acker-

(Jan. 1815); im Frieden (Febr. 1815) wurde Herausgabe der gegenseitigen Eroberungen und Regelung der Grenzen bedingt; — Monroe (1817—1825), erklärte sich durch die Monroe-Doctrin (1823) gegen jede Einmischung der europäischen Mächte in irgend einem Teil Amerikas zur Einführung des monarchischen Prinzips, womit später die Errichtung eines Kaisertums in Mexiko für Maximilian von Östreich (1864) in Widerspruch trat. Unter Monroe wurden die beiden Floridas (1819) erworben und die Raubstaaten in Nordafrika nach einem heftigen Bombardement von Algier zur Genugthuung genötigt (1816). Eine Gesellschaft in Nordamerika gründete im Jahr 1821 an der Westküste Afrikas die Kolonie Liberia zur Aufnahme freigekaufter Sklaven, um dem Sklavenhandel durch Civilisierung der Neger entgegenzuwirken; — Quincy Adams (1825—1829); Jackson (1829—1837), der Sieger bei New-Orleans, unter dem die Verpflanzung der Indianer über den Mississippi beschlossen und zum Teil, nicht ohne Härte, vollzogen ward; Buren (1837—1841); Harrison, (starb schon 1841); Tyler (1841—1845), unter welchem die Republik Texas in die Union aufgenommen ward, worüber es, da Mexiko seine Ansprüche auf dieses Gebiet behauptete, unter dem folgenden Präsidenten Polk (1845—1849) zum Kriege mit Mexiko kam, in welchem General Taylor sich auszeichnete, und der im September 1848 durch einen Frieden beendigt ward, in dem Neumexiko und Kalifornien an die vereinigten Staaten abgetreten ward, wo bald durch Goldreichtum und Handel auf dem großen Ocean San Francisco aufblühte, das in den ersten sechs Monaten nach Entdeckung der Goldminen eine Ausbeute von 20 Millionen Dollars lieferte. Auf Polk folgte als Präsident Taylor (1849—1853); Pierce (1853 bis 1857); Buchanan (bis 1861); Abraham Lincoln (1861 bis April 1865); Andrew Johnson (April 1865—1869); Grant, durch den Bürgerkrieg berühmt, (vom 4. März 1869 an; s. u.).

baues und des geistigen Fortschritts, die Südstaaten die des Handels, der Industrie und des Sklavensystems. Unter dem Einfluß eines bedeutenden durch die Üppigkeit der Vegetation gesicherten Reichtums hatte sich hier eine zwar kleine, aber mächtige Partei von Grundbesitzern herausgebildet, welche, den Plantagenbau einigen Millionen Sklaven überlassend, sich wie Patricier und die intelligente, arbeitsame, sklavenlose Bevölkerung des Nordens wie Plebejer betrachteten. Die Sklavenfrage führte zwischen dem Norden und Süden eine immer drohendere Spaltung herbei, da die letzteren am Sklavensystem, in dem sie die Grundlage ihres ungeheueren Reichtums sahen, mit unbeugsamer Starrheit festhielten. Bei der Einheit und Entschiedenheit ihres Strebens war es ihnen gelungen, bei der Besetzung der Präsidenten-Würde, im Senat, im Repräsentantenhause und in den Regierungsgewalten der Einzelstaaten das Übergewicht zu erringen und alle einflußreichen Stellen mit Männern ihrer Partei zu besetzen, welche den Interessen des Südens huldigten und die Macht der Sklavenhalter durch Gesetze, wie das berüchtigte Sklaven-Auslieferungsgesetz, zu sichern wußten. Endlich aber siegte der Geist der Humanität des Jahrhunderts über die schrankenlose Selbstsucht der Sklavenstaaten, und diese erlitten durch die Wahl des republikanischen Kandidaten, des Advokaten Abraham Lincoln, zum Präsidenten eine so schwere Niederlage, daß sie, um ihre Machtstellung besorgt, ihren längstgehegten Plan der Losreißung von der Union rasch zu verwirklichen suchten.

Abraham Lincoln, im Jahr 1809 im Staate Kentucky geboren, verlor im Alter von sieben Jahren seinen Vater, einen einfachen Landmann, der mehrere Kinder und kein Vermögen hinterließ. Seine Familie zog nach Indiana, wo Lincoln bei sehr dürftigem Schulunterrichte erst das Vieh hütete, dann Lehrling in einer Maschinenfabrik ward und später auf Dampfschiffen und Eisenbahnen arbeitete. Im Jahr 1830 wanderte er nach Illinois aus, wo er auf einem Landgute bei Springfield für Tagelohn arbeitete, unablässig bemüht, seine vernachlässigte Schulbildung zu ergänzen. Später wurde er Gehülfe in einem Handelsgeschäfte, trat alsdann in ein Corps Freiwilliger und zeichnete sich in der Grenzverteidigung gegen räuberische Indianerstämme so aus,

daß ihn seine Kameraden zu ihrem Führer wählten. Er hatte sich inzwischen eine so genaue Kenntnis der nordamerikanischen Gesetze, insbesondere der Verhältnisse von Illinois, erworben, daß er als Anwalt vor Gericht auftreten konnte und in die gesetzgebende Versammlung seines Staates gewählt wurde. Im Jahr 1846 trat er in das Repräsentantenhaus ein und zog von jetzt an die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. Besonnenheit und Mäßigung bei aller Entschiedenheit seiner Grundsätze zeichneten Lincoln aus, und durch seinen Widerstand gegen die von den Südstaaten beabsichtigte Ausdehnung der Sklaverei empfahl er sich der Partei der Republikaner, der er angehörte.

Was Lincoln im Norden empfahl, genügte, im Süden den Entschluß des Ausscheidens aus der Union zur Ausführung zu bringen. Noch vor dem Amtsantritte Lincolns, am 4. Februar 1861, konstituierten sich sieben Sklavenstaaten, denen bald noch vier andere beitraten (Virginien, Nord- und Süd-Karolina, Tennessee, Arkansas, Georgia, Florida, Alabama, Mississippi, Louisiana und Texas), als einen besonderen Staatenbund unter dem Namen „konföderierte Staaten von Amerika", errichteten eine provisorische Regierung, wählten den bisherigen Kriegsminister Jefferson Davids zu ihrem Präsidenten und Richmond in Virginien zur Hauptstadt des neuen Bundes. Die elf Staaten umfaßten $5\frac{1}{2}$ Millionen Weiße und 4 Millionen Sklaven, denen die 23 Nordstaaten (mit Kolumbia) nebst den Territorien mit einer Bevölkerung von $22\frac{1}{2}$ Millionen Weißen und $\frac{1}{2}$ Millionen Sklaven gegenüberstanden. Die Konföderierten begannen mit der Wegnahme des Fort Sumter bei Charleston in Südkarolina am 14. April 1861 den Krieg.

Man glaubte in Nordamerika wie in Europa, daß die Süd-Staaten, an Bevölkerung den nördlichen weit nachstehend, keinen ernsten Kampf gegen die Übermacht wagen würden, und selbst Lincoln hoffte, den Aufstand der übermütigen Sklavenhalter in wenigen Wochen zu unterdrücken. Doch diese Hoffnung sollte völlig zu schanden werden. Der Norden verwandte in vornehmer Unterschätzung seiner Gegner anfangs einen nur geringen Teil seiner Mittel zum Kriege, und zersplitterte nachher, als er zu bedeutenden Kraftanstrengungen fortgeschritten, seine Streitkräfte durch einen zu um-

fassenden Kriegsplan, dem zufolge die Grenzen der konföderierten Staaten von allen Seiten überschritten und durch stetes Vordringen nach dem Innern die Empörung erstickt werden sollte. Dazu kam, daß der Norden sein Heerwesen gänzlich vernachlässigt hatte, und die inneren Parteikämpfe der Abolitionisten, d. h. derer, welche die Sklaven-Emancipation durchführen wollten, der Republikaner, aus deren Mitte die damalige Regierung hervorgegangen, und der Demokraten, der Anhänger des Sklavenwesens in den Nordstaaten, die Kampfführung durchaus lähmten, zumal die letzteren auch den Verrat der Operationspläne nicht scheuten. Dagegen stand den Konföderierten ein tüchtigeres Heerwesen und Führer von höherer militärischer Ausbildung zu Gebote, sie koncentrierten von vorn herein ihre Kräfte, verfügten mit diktatorischer Gewalt über Staats- und Privateigentum und hatten das Glück, von anfang an tüchtige Generale aufzustellen. So kam es, daß die Konföderierten in den ersten Jahren des Krieges in entschiedenem Übergewicht waren, bis die Unierten die begangenen Fehler erkannten und beseitigten und dadurch dem ganzen Kriege eine andere Gestalt gaben.

Die Südstaaten hofften auf die Anerkennung von seiten Englands und Frankreichs, da die aus denselben bezogene Baumwolle für diese ein unentbehrliches Bedürfnis war. Die Regierung in Washington betrachtete die Erhebung der Südstaaten als Rebellion und erklärte, sie würde sich der Anerkennung derselben von seiten der europäischen Staaten widersetzen. Obgleich England und Frankreich beide Teile als kriegführende Mächte anerkannten, so erklärten sie sich doch vorläufig neutral. Zwar fehlte es nicht an Verwickelungen zwischen ihnen und der Union, aber die weise Mäßigung des Präsidenten Lincoln wußte es zu bewirken, daß Europa diesem Kriege fern blieb und die Union nicht in mehrere Kämpfe zugleich verflochten wurde.

Der Krieg begann. Die sogenannte Potomac-Armee, die den Marsch gegen Richmond in der Richtung von Manassas Junction antrat, erlitt am Bache Bull-Run, der sich in einen kleinen Nebenfluß des Potomac ergießt, durch Beauregard eine schmachvolle Niederlage (21. Juli 1861). Wie dieser Sieg die Hoffnungen des Südens hob, so nötigte er den Norden zur Entwickelung größerer Machtmittel. Der

Kongreß bewilligte statt der von Lincoln geforderten 400 000 Mann ein Aufgebot von 500 000 Mann, und statt der verlangten 400 Millionen Dollars die Summe von 500 Millionen. Lincoln erklärte die ganze Küste der Südstaaten in Blockadezustand, verbot allen Handel mit denselben und befahl die Konfiskation ihres Eigentums, wogegen die Südstaaten alle Zahlungen an den Norden einstellten und Kaperbriefe gegen dessen Schiffe ausstellten. Die angebotene Vermittelung Englands und Frankreichs wurde von der Union abgelehnt.*)

Nachdem der siebenundsiebzigjährige Scott entlassen worden, trat der im kräftigsten Mannesalter stehende M'Clellan, der sich durch erfolgreiche Unternehmungen in diesem Kriege bereits einen Namen erworben hatte, als Obergeneral an die Spitze. Er faßte den Plan, gegen Richmond in Virginien vorzudringen, wohin die Konföderierten von Montgomery den Sitz ihrer Regierung verlegt hatten. Die Ausführung dieses Planes erforderte viel Zeit. Zwar mußten die Konföderierten unter Beauregard nach den Schlachten um Richmond am 31. Mai und 1. Juni zurückweichen, aber vom 26. Juni bis zum 2. Juli kam es in der Umgegend von Richmond zu neuen siebentägigen Kämpfen, in denen M'Clellan geschlagen

*) Es wäre beinahe zwischen der Union und England zum Kriege gekommen, da der unionistische General Wilkes im November zwei nach London und Paris bestimmte Kommissare des Südens, Mason und Slidell, welche in Neworleans die Blockade durchbrochen hatten und ungehindert bis Havanna gelangt waren, in der Bahamastraße an Bord eines englischen Postdampfschiffes gefangen nahm und nach Newyork schleppte. In England herrschte gegen die Union eine sehr gereizte Stimmung, da die Baumwollenausfuhr aus den Südstaaten seit dem Beginn des Krieges fast ganz aufgehört hatte, so daß in kurzer Zeit in den englischen Fabrikorten Hunderttausende brotlos zu werden drohten. Da nun die Union sogar die englische Flagge beschimpft hatte, forderte die englische Regierung sofortige Freilassung der Gefangenen und stellte im Weigerungsfalle den Krieg in Aussicht. Die Union leistete indessen durch Herausgabe der Gefangenen die verlangte Genugthuung. Dagegen forderte die Union für die durch die in englischen Häfen ausgerüsteten Kaperschiffe entstandenen Verluste — man nannte die Angelegenheit nach einem dieser Fahrzeuge die Alabamafrage — Entschädigung von England. Die Sache zog sich hin bis ins Jahr 1872, wo ein Schiedsgericht zu Genf die Engländer zur Zahlung einer Entschädigungssumme von 15 Millionen Dollars verurteilte.

wurde und sich mit der Bundesarmee über den Rappahannock zurückziehen mußte. Die siegreichen Konföderierten bedrohten schon die Hauptstadt Washington, als M'Clellan wieder vorrückte und bei Antietam (16. Sept. 1862) einen Sieg errang, der den Unierten 14 000 Mann kostete, die Konföderierten aber mit einem Verluste von 12 000 Mann zum Rückzug über den Potomac nötigte. Gleichwohl herrschte im Norden eine solche Erbitterung über M'Clellans Kriegsführung, der man Zaudern und Schwanken vorwarf, daß Lincoln ihm den Oberbefehl entzog und General Burnside zu seinem Nachfolger ernannte (November). Dieser ging über den Rappahannock vor, aber sein Angriff auf die von General Lee besetzten Höhen von Fredericksburg führte hier am 13. Dezember eine Schlacht herbei, in der er mit einem Verlust von 13 000 Mann geschlagen und zum Rückzug gezwungen ward. Auf keinem der Kriegsschauplätze wurde im Jahr 1862 eine eigentliche Entscheidung herbeigeführt, und die Wiederherstellung der Union stand in Frage, gelang es dem Norden, an verschiedenen Orten Vorteile zu erringen. Am 28. April fiel sogar Neworleans in seine Hände, nachdem die vor der Stadt in der Mississippi-Mündung liegenden Forts Philipp und Jackson sechs Tage lang bombardiert waren.

Schon im September 1862 hatte Präsident Lincoln den Konföderierten in einer Proklamation angekündigt, daß er ihnen eine neue hunderttägige Frist zur Rückkehr in die Union bewillige, aber auch, wenn dieselbe unbenutzt bleibe, am 1. Januar 1863 die Befreiung sämtlicher in den feindlichen Staaten befindlichen Sklaven aussprechen werde. Am Neujahrstage 1863 erfüllte Lincoln seine Drohung. Allmählich schlug die öffentliche Meinung immer mehr zu Gunsten der Sklaven-Emancipation um, und am 1. Januar 1865 war bereits der Umschwung ein so vollständiger, daß Lincoln dem Kongreß einen Gesetzentwurf zu völliger Abschaffung der Sklaverei im ganzen Gebiete der Union vorlegen konnte. Außer der Emancipations-Proklamation zeugten noch andere Maßregeln von einem energischeren Auftreten des Nordens. Eine 6prozentige Anleihe von 900 Millionen Dollars, die Ausgabe verzinslicher Schatzscheine zu 400 Millionen und Vermehrung des Papiergeldes sollten die Mittel zur Fortsetzung des Krieges liefern und die Anwerbung von Negern

zum Land- und Seedienst die Verluste der Heere ersetzen, die durch Schlachten, Krankheiten und Desertionen auf 300 000 Mann angegeben wurden. Die Sklaven-Emancipation und die Negerbewaffnung erregten im Süden eine solche Erbitterung, daß man beschloß, gefangene Unionsoffiziere fortan zu Zwangsarbeit zu verwenden, die in Negerregimentern dienenden aber sofort zu erschießen. Während sich die Hoffnung des Nordens von der Sklaven-Emancipation nur zu geringem Teile erfüllte, erreichten die Preise aller Lebensmittel in den Südstaaten durch die Blockade ihrer Häfen eine furchtbare Höhe. Die Zerrüttung der Finanzen stieg immer höher, und um die Armee zu ergänzen, wurde die ganze weiße Bevölkerung unter die Waffen gerufen, ja im Jahre 1864 sah man sich genötigt, auch die Neger zum Kriegsdienst heranzuziehen.

Nachdem der unionistische General Hooker mit der reorganisierten Potomac-Armee über den Rappahannock gegangen, suchte er den feindlichen General Lee auf Richmond zurückzuwerfen; aber die Konföderierten siegten endlich in der dreitägigen Schlacht bei dem Gehöfte Chancellorsville, westlich von Fredericksburg (2.—4. Mai). Sie verloren ihren trefflichsten Führer, Jackson; aber die Unionisten, die in neun Tagen 17 000 Mann und 120 Geschütze verloren hatten, mußten über den Rappahannock zurückweichen und konnten nicht hindern, daß Lee in Maryland und Pennsylvanien eindrang und Washington bedrohte. An Hookers Stelle trat General Meade, der in der dreitägigen Schlacht bei Gettysburg in Pennsylvanien (1.—3. Juli) den General Lee schlug und durch diesen Sieg die Union rettete. Bis zum Frühjahr 1864 trat hier Waffenruhe ein.

Auch von anderen Seiten des Kriegsschauplatzes trafen für die Union günstige Nachrichten ein. Vicksburg hatte sich nach längerer Belagerung am 4. Juli dem General Grant, Port Hudson am 9. Juli dem General Banks ergeben. Damit war die Konföderation vom Westen abgeschnitten, und die Union beherrschte den ganzen Lauf des Mississippi. Im Juli brachen infolge der Intriguen der Demokraten gegen die Durchführung der Konskription in mehreren großen Städten Aufstände aus; in Newyork dauerte der Aufruhr vier Tage lang (13.—16. Juli) und konnte nur nach den blutigsten Straßenkämpfen durch Herbeiziehung des Militärs ge-

dämpft werden, unter dessen Schutze die Konskription endlich durchgesetzt wurde. Die Belagerung der Stadt Charleston in Südkarolina blieb trotz aller Anstrengungen der Unionisten erfolglos.

Im Spätherbst gelang der Union die Eroberung von ganz Tennessee. Zwar wurde General Rosenkranz, nachdem er mit glücklichem Erfolge vorgedrungen, in der zweitägigen blutigen Schlacht am Chickamauga (19.—20. Sept.) besiegt, aber General Grant schlug in der viertägigen Schlacht bei Chattanoga (23.—26. Nov.) die Konföderierten zurück, worauf auch hier Waffenruhe bis zum Mai 1864 eintrat.

Beim Beginn des Feldzuges von 1864 konnten sich die Unionsheere auf 400—500 000 Mann belaufen, wogegen die Konföderierten bei ihrer stets zunehmenden Erschöpfung auch mit Aufbietung aller Kräfte nur 200—240 000 Mann aufzustellen vermochten. Nachdem im Anfang des Jahres vereinzelte Unternehmungen gegen Florida, Alabama und Louisiana die Nachteile der Zersplitterung der Kräfte nochmals dargethan hatten, erhielt der durch sein Glück und seine Tüchtigkeit gefeierte General Grant den Oberbefehl über die ganze Kriegsmacht des Nordens (März 1864). Er stellte die Unternehmungen auf den unbedeutenderen Kriegsschauplätzen ein und zog alle entbehrlichen Truppen in Virginien und an der Nordgrenze von Georgien zusammen. Während General Sherman in das Innere Georgiens vordringen und am Golf von Mexiko die Fabriken und militärischen Etablissements zerstören sollte, welche dem Süden die Mittel zur Fortsetzung des Kampfes boten, übernahm General Grant die Bekämpfung der konföderierten Armee unter Lee und die Eroberung von Richmond durch die Potomac-Armee. Mit dieser ging er in den ersten Tagen des Mai über den Rapidan, trieb Lee durch eine ganze Reihe blutiger Schlachten, welche diesen Monat zum denkwürdigsten des ganzen Krieges gemacht haben, immer weiter zurück und drang bis Richmond vor, ohne jedoch imstande zu sein, die Stadt völlig einzuschließen. Plötzlich verlegte er den größeren Teil seines Heeres nach dem Süden von Richmond und versuchte das nahe gelegene Petersburg durch einen unerwarteten Überfall in seine Gewalt zu bringen, aber der Überfall mißlang und Grant mußte sich zu einer langwierigen Belagerung ent-

schließen. Während er dem General Lee die Verbindung mit dem Süden abzuschneiden suchte, ging das ganze Jahr hin, und wiederholt kam es zu den blutigsten Kämpfen. Die Versuche der Konföderierten, in Maryland vorzudringen und sich im Shenandoahthale festzusetzen, wurde durch die Unionstruppen unter Sheridan vereitelt.

Inzwischen hatte Sherman nach mehreren glücklichen Gefechten den General Johnston nach Atlanta in Georgien zurückgedrängt und dann den an seine Stelle getretenen Hood zur Räumung von Atlanta genötigt (1. Septbr.). Sherman faßte jetzt den kühnen Plan, mitten durch Georgien nach dem atlantischen Ocean vorzudringen und führte ihn in meisterhafter Weise aus. Am 12. November brach er mit 50 000 Mann von Atlanta auf und drang, alle Eisenbahnen und Militär-Etablissements zerstörend, unaufhaltsam mitten durch feindliches Gebiet vor, bis im Dezember die Konföderierten die Stadt Savannah an der Küste des atlantischen Oceans räumten und den Siegern 150 Kanonen und 30 000 Ballen Baumwolle überlassen mußten. Da ein Versuch Hoods, in Tennessee einzufallen, mißlang, so wurde durch den glänzenden Zug Shermans der Kriegsschauplatz auf Nord- und Süd-Karolina und den Süden von Virginien beschränkt.

Auch die am 8. November stattfindende Präsidentenwahl nahm die Aufmerksamkeit der streitenden Parteien in hohem Grade in Anspruch. Die demokratische Partei stellte als Kandidaten M'Clellan, die republikanische zum zweiten Mal Lincoln auf. Letzterer ging mit einer Majorität von mehr als 400 000 Stimmen als Sieger aus dem Wahlkampfe hervor. Seine Wiederwahl drückte die Hoffnungen des Südens tief herab, der jetzt nur durch völlige Unterwerfung und Anerkennung der Sklaven-Emancipation den Frieden erlangen konnte. Am Schlusse des Jahres 1864 hatte er nur noch über 150 000 Mann zu verfügen, während der Norden über 350 000 Mann aufstellte, und Lincoln neue 300 000 Mann unter die Waffen rief. Die Staatsschuld des Nordens war zwar auf 2200 Millionen Dollars gestiegen, aber bei dem Reichtum und den Hülfsquellen des Landes war dessen Lage viel günstiger als die des Südens, der eine Schuld von nur 1550 Millionen besaß, aber weder im Inlande noch im Auslande Kredit hatte und sein Papiergeld entwertet sah.

Um die Mitte Januar 1865 nahm Sherman seine Operationen wieder auf. Abermals brach er von Savannah auf, durchzog unter steten Verwüstungen Süd- und Nord-Karolina und schnitt die Verbindung von Charleston und Georgestown mit dem Westen und Süden so vollständig ab, daß die Konföderierten beide Hafenplätze räumen mußten. Während er Beauregard und Johnston nach dem Norden zurückdrängte und sich mit Grant zu vereinigen beabsichtigte, brachte der Fall von Richmond und Petersburg die Entscheidung des Kampfes.

Hier hatte sich Sheridan zu Ende März mit Grant vereinigt. Lees Lage ward immer unhaltbarer; er hatte im Frühjahr 1865 nur noch über 60 000 Mann zu verfügen. Mit diesen machte er am 25. März den Versuch, das Einschließungsheer zu durchbrechen, wurde aber mit großem Verluste zurückgeschlagen. Bald darauf durchbrachen Grant und Sheridan die feindliche Befestigung und nötigten Lee nach einer fünftägigen Schlacht (29. März bis 2. April), in der er fast die Hälfte seines Heeres einbüßte, zur Räumung von Richmond und Petersburg. Von den Siegern verfolgt, mußte er am 9. April mit dem Reste seiner Truppen kapitulieren: dasselbe that Johnston in Nord-Karolina (26. April) und nach und nach alle Truppen der Konföderierten. Am 12. April ergab sich auch die Festung Mobile in Alabama den Unierten.

So war denn der Krieg, der auf beiden Seiten über eine Million Streiter weggerafft hatte, beendigt. Während Lincoln die Herstellung der Union und die Emancipation der Sklaven zu verwirklichen, dem besiegten Gegner aber die Rückkehr zur Union und zu ihren Gesetzen zu erleichtern suchte, war es ihm nicht beschieden, die völlige Wiederherstellung des Friedens zu erleben. Die Rebellion raffte sich noch einmal auf, ihrer Sache eine günstigere Lage zu verschaffen. Lincoln und alle hervorragenden Persönlichkeiten der Union sollten an einem Tage fallen. Lincoln wurde im Theater zu Washington von dem fanatischen Schauspieler Wilkes Booth durch einen Schuß in den Hinterkopf verwundet und starb am folgenden Tage (14. April 1865). Zu gleicher Zeit machte ein gewisser Payne einen Mordanfall auf den Staatssekretär Seward und brachte ihm mehrere, jedoch nicht tödliche Dolchstiche bei. Grant und mehrere andere aus-

erkorene Opfer wurden nicht in ihren Wohnungen aufgefunden. Der Mörder des Präsidenten wurde einige Tage nachher, nachdem er sich durch einen Schuß tödlich verwundet hatte, verhaftet. Vier der Schuld überwiesene Verschworene wurden zum Strang, die übrigen zu schweren Kerkerstrafen verurteilt und die meisten Mitglieder der konföderierten Regierung als Mitwisser des scheußlichen Komplottes verhaftet. Auch der Präsident des Südbundes, Jefferson Davis, der nach seiner Flucht aus Richmond gefangen worden, wurde in einen Prozeß verwickelt, aber 1866 wieder freigelassen.

Der Verfassung gemäß übernahm der bisherige Vicepräsident Andrew Johnson die Präsidentschaft. Er war, wie sein Vorgänger, von geringer Herkunft, im Jahre 1808 Nordkarolina geboren und wurde nach dem frühen Tode in seines Vaters schon in seinem zehnten Jahre zu einem Schneider in die Lehre gebracht. Das Lesen lernte er durch eigenes Studium, und das Schreiben, als er bereits Schneidermeister zu Greenville in Tennessee geworden, von seiner Frau. Er wußte sich die allgemeine Achtung seiner Mitbürger in solchem Grade zu erwerben, daß er im Jahr 1843 als Abgeordneter ins Repräsentantenhaus und 1853 zum Gouverneur von Tennessee gewählt wurde. Als Präsident hielt Johnson vorläufig an Lincolns Grundsätzen fest und suchte die aufgeregten Gemüter zu beruhigen. Er hob alle Beschränkungen des Binnenhandels auf, öffnete die geschlossenen Häfen und erteilte eine Amnestie (29. Mai), die freilich viele Beschränkungen enthielt, welche aber dadurch wieder gemildert wurden, daß jedem von der Amnestie Ausgeschlossenen gestattet war, sich mit einem Begnadigungsgesuch an den Präsidenten zu wenden. Auf diese Weise erlangten General Lee und andere Führer der Konföderation Begnadigung. Die Unionsarmee wurde auf 100 000 Mann, die Flotte von 530 auf 117 Schiffe herabgesetzt, wodurch das Kriegsbudget von 516 auf 33 Millionen Dollars verringert wurde. Im März 1866 hat der Kongreß das Gesetz angenommen, das allen Bürgern aller Staaten ohne Unterschied der Rasse die volle Gleichheit vor dem Gesetz, mit Ausnahme des Wahlrechtes, sichert.*)

*) Johnson geriet wegen seiner Hinneigung zum Süden, welche die Aufhebung der Sklaverei wieder zu beseitigen drohte, in Konflikt

Im November 1868 wurde der im Kriege bewährte Grant zum Präsidenten gewählt und die „Rekonstruktion" der Bundesrepublik vollendet.*) Unter seiner Verwaltung (vom März 1869 bis März 1873) trat eine Korruption der Beamten hervor, die, wofern sie dem Präsidenten unbedingt ergeben waren, im Besitz der einträglichsten Stellen sich allerlei Pflichtwidrigkeiten erlaubten. Es bildete sich daher eine Partei der Reform-Republikaner, die sich gegen eine Wiederwahl Grants aussprach. Dennoch wurde dieser wieder gewählt und trat im März 1873 seine zweite Präsidentschaft an, ohne daß die Übelstände beseitigt wurden. Die republikanische Mehrheit war den Demokraten gegenüber bei den Wahlen im Abnehmen. In Philadelphia wurde im Mai 1876 die Weltausstellung eröffnet. Das Territorium Kolorado ward als achtunddreißigster Staat in die Union aufgenommen.

Vor der neuen Präsidentenwahl (1876) erließ die Partei der Reform-Republikaner eine vom Senator Karl Schurz entworfene Ansprache an das Volk, worin erklärt ward, daß die Fortdauer der Korruption zur Anarchie führen würde. Aus den Wahlen ging endlich Hayes als Sieger hervor, der im März 1877 den Eid leistete und Reform des Civildienstes, in dem nur Tüchtigkeit zu Ämtern führen sollte, Wiederaufnahme der Hartgeldzahlung gegenüber der Papiergeldwirtschaft und die Unterstützung der Freischulen durch die Staatsregierungen als die Ziele seiner Politik bezeichnete. Der Senator Karl Schurz erhielt das Ministerium des Innern. Dieser reiste, da der kleine Krieg mit den Indianern immer fortdauerte, selbst zu diesen Stämmen im fernen Westen und forderte sie auf, sich der Feldarbeit und der Viehzucht zu widmen und ihre Kinder in die Schulen zu schicken, was von mehreren Stämmen günstig aufgenommen ward.

---

mit dem Kongreß, der ihn, doch ohne Erfolg, einer öffentlichen Anklage und einem Staatsprozesse aussetzte. — Im März 1868 wurde Johnson wegen Verfassungsverletzung vor den Senat geladen, aber der Prozeß endigte mit seiner Freisprechung, da an den zwei Dritteln, die zur Verurteilung nötig sind, eine Stimme fehlte.

*) Die Union hatte im Jahr 1867 von Rußland das Territorium Alaska, von Dänemark die Inseln St. Thomas und St. Jean durch Kauf erworben.

Im März 1881 übernahm Garfield die Präsidentschaft, ward aber bald das Opfer eines Attentats. Am 2. Juli feuerte Guiteau, ein Mann kanadisch-französischer Herkunft, aus nächster Nähe zwei Schüsse auf ihn ab, die beide trafen. Seine Absicht war, durch Ermordung des Präsidenten die Reformer-Partei zu vernichten. Der Mörder wurde nach langen Verhandlungen im Januar 1882 zum Tode verurteilt und am 30. Juni durch den Strang hingerichtet. Garfield starb am 19. September 1881. Die Wahl des Vicepräsidenten Arthur, der dem Gesetze nach folgen mußte, ward zwar beanstandet, da man von ihm die Wiederholung des Grantschen Korruptionssystems befürchtete, doch ließen sich keine verfassungsmäßigen Gründe gegen ihn vorbringen, und er trat im September sein Amt an. Als am 19. Oktober zur Erinnerung an den Sieg vom 18. Oktober 1781 bei Yorktown ein Nationalfest gefeiert wurde, zu welchem die Nachkommen der damaligen Mitkämpfer, der Generale von Steuben und von Lafayette, eingeladen waren, hielt Arthur eine Rede, in welcher er die alte Freundschaft mit Deutschland und Frankreich, besonders aber die neue mit England hervorhob. Die Union nahm die alleinige Oberaufsicht über den projektierten Panamakanal für sich in Anspruch und erklärte ihr Streben, in die Streitigkeiten der südamerikanischen Staaten sich einzumischen. Die Finanzlage der vereinigten Staaten war eine sehr günstige.

Mexiko, der größte der aus den ehemaligen spanischen Kolonieen entstandene Freistaat, wurde seit dem Jahre 1822 durch unaufhörliche Parteikämpfe erschüttert (vgl. S. 30), in denen bald die Liberalen, bald die Klerikalen die Oberhand gewannen. Im Jahr 1861 übernahm Juarez, ein Advokat indianischer Rasse, von den Liberalen und Demokraten gewählt, die Präsidentschaft. Die demokratische Partei sprach jetzt die Abschaffung der meisten Mönchs- und Nonnenklöster aus und zog die geistlichen Güter ein. Aber auch gegen europäische Mächte erlaubte sich der Präsident Kränkungen und Rechtsverletzungen mancher Art: Europäer wurden gewaltsam zum Kriegsdienst ausgehoben, europäische Konsuln verhaftet und ein Beschluß des Kongresses verkündet (17. Juli 1861), nach welchem die Auszahlung aller Interessen an das Ausland auf zwei Jahre suspendiert wurde. Deshalb

vereinigten sich Spanien, Frankreich und England in einem Vertrage von London (31. Okt. 1861), um von der mexikanischen Regierung Genugthuung für die Verletzungen des Völkerrechts und Entschädigung für die Verluste ihrer Unterthanen zu verlangen, aber ein von Frankreich und England gestelltes Ultimatum (24. Nov. 1861) wurde keiner Antwort gewürdigt. Nun langte zuerst ein spanisches Corps an und besetzte Veracruz, und im Januar 1862 folgten Franzosen und Engländer. Aber die 6000 Spanier unter General Prim, Grafen von Reus, 3000 Franzosen, zu denen später eine Verstärkung unter General Grafen Lorencez stieß, und 1000 englische Seesoldaten reichten nicht hin, um einen so großen Staat wie Mexiko zu unterwerfen. Da sie in der kleinen und ungesunden Hafenstadt kein Unterkommen finden konnten, so rückten die Franzosen und Spanier in die in einem gesunden Klima gelegenen Städte Cordova, Orizaba und Techuacan, während die Engländer sich wieder einschifften (April 1862), sowohl um den tödlichen Einflüssen des Klimas zu entgehen, als auch um den weiter sich entwickelnden Plänen Napoleons III. nicht förderlich zu sein. Bald folgten ihnen auch die Spanier (Mai 1862).

Napoleon hatte nämlich mit dem von Juarez verbannten General Almonte den Plan verabredet, in Mexiko eine Monarchie zu gründen und die Krone dem östreichischen Erzherzog Ferdinand Maximilian, dem ältesten Bruder des Kaisers Franz Joseph, anzutragen, wozu Spanien und England ihre Mitwirkung versagten. Napoleon hoffte auf diese Weise Handelsvorteile für Frankreich zu gewinnen, vielleicht auch durch Abtretung einer mexikanischen Provinz in Amerika festen Fuß zu fassen, besonders aber durch Gründung eines Thrones seiner Dynastie neuen Glanz zu verleihen und die Aufmerksamkeit der Franzosen von den heimischen Zuständen abzulenken. Er rechnete dabei auf eine Massenerhebung der mexikanischen Bevölkerung gegen Juarez und auf einen Sieg der konföderierten Staaten über die Union in Nordamerika. Aber beide Berechnungen erwiesen sich als trügerisch.

Der französische General Lorencez rückte mit nur 5000 Mann gegen Puebla vor, mußte sich jedoch nach wiederholten Gefechten vor der 12 000 Mann starken mexikanischen Armee nach Orizaba zurückziehen, schlug aber hier den Angriff des

mexikanischen Generals Ortega zurück. Napoleon sandte den General Forey mit einem 45 000 Mann starken Heere nach Mexiko. Doch fiel Puebla, welches Ortega heldenmütig verteidigte, erst nach dreimonatlicher Belagerung (17. Mai 1863). Nun konnten sich die Mexikaner nicht länger halten; Juarez verließ die Hauptstadt (31. Mai) und zog sich nördlich nach San Luis Potosi zurück. Am 10. Juni hielt Forey mit Almonte an der Spitze von 15 000 Mann seinen Einzug in Mexiko und berief eine Versammlung der Notablen, welche einstimmig die Einführung einer beschränkten Erbmonarchie beschloß und nach dem Wunsche des Kaisers Napoleon den Erzherzog Ferdinand Maximilian von Österreich zum Kaiser wählte.

Maximilian nahm die verhängnisvolle Krone an und schloß mit Frankreich einen Vertrag, dem zufolge 25 000 Mann Franzosen in Mexiko bleiben und erst dann zurückgezogen werden sollten, wenn Maximilian aus Fremden und Einheimischen ein Heer zu organisieren vermöge. Die Kosten der französischen Expedition wurden bis zum 1. Juli 1864 auf 270 Millionen Franks berechnet; von da ab sollten alle Ausgaben für die Armee aus mexikanischen Staatsmitteln bestritten werden. Sogleich sollten 66 Millionen in Anleihescheinen an Frankreich gezahlt werden, dann aber jährlich 25 Millionen baar.

Kaiser Maximilian hielt am 12. Juni 1864 seinen Einzug in Mexiko. Er war ein Fürst von hoher Geistesbildung und edlem Charakter, aber ohne jene Schärfe und Klarheit des Blickes, ohne jene durchgreifende Thatkraft, welche unentbehrlich sind, um in einem von Parteikämpfen zerrissenen Lande eine gänzliche Umgestaltung der bisherigen Verhältnisse durchzuführen. Er trat die Regierung unter trostlosen Aussichten an. Maximilian war nur von der Hälfte des Landes als Souverän anerkannt, und mußte die andere republikanische Hälfte, in der Juarez als gesetzlicher Präsident stand, erst erobern. Dazu kam die zerrüttete Finanzlage des Landes: die Republik war unter Juarez nicht imstande gewesen, die an Engländer, Spanier und Franzosen schuldigen Kapitalien zu verzinsen; jetzt sollte sie die Interessen einer wenigstens dreifach so großen Schuld bezahlen und dazu noch ein aus Franzosen, Österreichern, Belgiern und

Einheimischen bestehendes Heer besolden! Das war eben so unmöglich, als die Befriedigung der einander schroff gegenüberstehenden Parteien der Liberalen und Klerikalen. Juarez hatte die reichen Kirchengüter eingezogen, jetzt verlangte ein päpstliches Schreiben Zurückgabe der säkularisierten geistlichen Güter, Wiederherstellung der Klöster, Anerkennung der katholischen Kirche mit Ausschluß jeder anderen Konfession. Solche Forderungen ließen sich nicht durchsetzen. Maximilian entwickelte die größte Thätigkeit und suchte durch Errichtung von Kreditanstalten, Eisenbahnen, Telegraphen, in Schiffahrt, Handel und Unterrichtswesen Reformen in der Verwaltung anzubahnen, aber seine Lage wurde immer schwieriger. Die größte Gefahr drohte dem mexikanischen Kaisertum von der nordamerikanischen Union. In Gemäßheit der Monroe-Doktrin vom Jahr 1823 (vgl. S. 592 die Anmerk.) weigerte sich die Union eine von einer europäischen Macht auf den Trümmern der republikanischen Staatsform errichtete Monarchie anzuerkennen, und stellte einen Konflikt in nahe Aussicht.

Der französische General Bazaine, der dem im Oktober 1863 nach Frankreich zurückgekehrten Forey gefolgt war, hatte zwar Juarez zur Flucht nach Texas gezwungen, dieser war aber nach dem Obsiegen der Union zurückgekehrt; der Norden von Mexico blieb dem Präsidenten treu, der auch in dem von Juaristischen Guerillas durchschwärmten Süden noch viele Anhänger zählte. Napoleon III. durfte es nicht auf einen Bruch mit den vereinigten Staaten ankommen lassen, bei dem die Ehre und die Interessen Frankreichs auf dem Spiele standen; der Krieg in Mexiko verschlang ungeheure Summen und war in Frankreich durchaus unpopulär; ein Kampf mit der Union mußte der französischen Industrie tiefe Wunden schlagen und konnte wohl gar mit einer Niederlage Frankreichs enden. Napoleon begann für seinen eignen Thron zu fürchten und zog es vor, Maximilian seinem düstern Schicksal zu überlassen, als seinetwegen einen Krieg mit der Union zu wagen. Die Kaiserin Charlotte, eine Tochter des belgischen Königs Leopold, die ihrem Gemahle zur Ausdauer in seiner Stellung geraten, eilte jetzt nach Paris, um Napoleon III. persönlich an den geheimen Artikel des Vertrages zu erinnern, nach welchem die französischen Truppen auf des Kaisers Verlangen bis Ende des Jahres 1868 in Mexiko bleiben sollten; ihre

Bitten und Klagen scheiterten, da Napoleon es für eine Unmöglichkeit erklärte, ihnen willfahren zu können. Vergebens reiste sie (August 1866) über Miramar nach Rom, Pius IX. konnte ihr nur Trost, keine Hülfe spenden. Ihre Gesundheit brach unter dem Sturm der Bedrängnisse: sie verfiel in Irrsinn und trat vom politischen Schauplatz ab.

Napoleon, von der Union gedrängt, gab Befehl zur Einschiffung der französischen Truppen. Im Februar 1867 verließen sie unter dem Jubel der Bevölkerung die Hauptstadt Mexiko und wurden im März in Veracruz eingeschifft. Maximilian, auf den die Nachricht von der Geisteskrankheit seiner Gemahlin einen erschütternden Eindruck gemacht, und dessen Gesundheit durch Sorgen und Mühen geschwächt war, neigte sich im Gefühl seiner Verlassenheit dem Gedanken an Thronentsagung zu, aber eine von ihm nach Orizaba berufene Versammlung seiner Minister und Staatsräte sprach sich für Aufrechthaltung des Kaiserreichs aus und stellte die Ansicht auf, daß, wenn Maximilian I. an das Land appelliere, eine große Majorität sich zu seinen Gunsten erklären würde. So blieb er denn und begab sich am 19. Februar 1867 nach Queretaro, wo er von den Republikanern belagert wurde. Für den 15. Mai war ein allgemeiner Angriff auf die Belagerungsarmee vorbereitet, aber der kaiserlich mexikanische Oberst Lopez, schon längst in geheimer Verbindung mit dem republikanischen Hauptquartier, schritt jetzt zu offenem Verrate, indem er bei nächtlichem Dunkel eine Abteilung des feindlichen Heeres in die Stadt einließ, die den Platz umringte, auf dem sich der Kaiser befand. Maximilian übergab dem General Escobedo seinen Degen; mit seiner Gefangennehmung ließen die Seinen von allem Widerstande ab.

Das Kriegsgericht verurteilte Maximilian und seine mitgefangenen Generale Miramon und Mejia zum Tode durch Erschießung (14. Juni). Alle Gründe der Humanität und der Politik, die Vollziehung des Urteils zu hindern, waren vergeblich.*) Am 19. Juni traten Maximilian und seine

*) Die Verwendungen des preußischen Ministerresidenten von Magnus, sogar die des nordamerikanischen Gesandten Lewis Campbel und Garibaldis, welche letztere gewiß keine Vorliebe für Monarchie hegten, waren erfolglos bei Juarez, der ohne alle Großmut und ohne alles menschliche Gefühl handelte.

Unglücksgefährten, jeder auf einem besonderen Wagen, und einen Geistlichen zur Seite, den Weg zu dem Platze an, auf welchem sich Maximilian ergeben hatte und wo das Exekutionskommando aufgestellt war. Die beiden Generale blieben von den erhaltenen Schüssen auf der Stelle tot; Maximilian, der dem Tode unerschrocken entgegensah, richtete sich noch einmal auf und wurde erst durch einen auf ihn in nächster Nähe abgefeuerten Schuß vollends getötet.*) So endete Maximilian, im Alter von fünfunddreißig Jahren, ein Opfer napoleonischer Politik, die ihn zu ihren selbstsüchtigen Zwecken mißbrauchte und ihn schonungslos preisgab, als diese Zwecke unerreichbar erschienen. — Am 15. Juli kam Juarez mit seinen Ministern wieder in der Hauptstadt an. Er behauptete die Präsidentenwürde bis an sein Ende (1872).

Nach ihm folgte als Präsident Lerdo de Tejada, dann bemächtigte sich der General Porfirio Diaz der Gewalt und ward im Mai 1877 vom Kongreß zum Präsidenten gewählt. Seine Regierung war im ganzen friedlich und für das Land günstig. Am Ende des Jahres 1880 übergab er die Präsidentschaft dem General Manuel Gonzales. Durch Gesetze von 1873 und 1874 war die obligatorische Civilehe eingeführt, Staat und Kirche getrennt, das Mönchswesen untersagt und religiöse Duldung ausgesprochen. Der Protestantismus breitete sich immer mehr aus. Wie stark indessen der alte jesuitische Fanatismus noch nachwirkte, zeigte ein unter den Protestanten in Atzala (Staat Puebla) angerichtetes Blutbad (Nov. 1878).

In Westindien, dessen Inseln unter mehrere europäische Nationen geteilt sind, hat sich auf Haiti ein selbständiger Negerstaat entwickelt, wo seit 1822 der Mulatte Boyer,

*) Man hatte ihm die Gunst gewährt, nicht nach seinem Gesichte zu zielen, weil er wünschte, daß man seine Leiche seiner Familie möglichst ohne Entstellung ausliefere. Er hatte jedem Soldaten des Exekutionskommandos ein Geschenk von 20 Piastern ausgesetzt und auch die Söhne des Generals Miramon in seinem Testamente freigebig bedacht. — Seine Leiche ward erst nach langen Unterhandlungen ausgeliefert und in vaterländischer Erde bestattet. Die unglückliche Kaiserin Charlotte lebt seit 1867 auf einem Schlosse bei Brüssel.

Pétions Nachfolger (vgl. S. 32), als Präsident regierte. Er hatte stets mit inneren Parteiungen zu kämpfen, und der Druck der Steuern erregte solche Unzufriedenheit, daß er 1843 zur Flucht nach Jamaica genötigt und abgesetzt wurde. Im Jahre 1844 riß sich der ehemals spanische Anteil der Insel unter dem Namen „Republik Santo Domingo“ oder „dominikanische Republik“ von Haiti los und bildete unter dem Mulatten Santana einen eigenen Staat. In Haiti erklärte sich der Negergeneral Soulouque im Jahr 1849 unter dem Namen Faustin I. zum Kaiser und ließ sich am 18. April 1852 krönen. Sein Hofwesen war dem Napoleons I. nachgebildet; er ernannte Fürsten, Herzoge (z. B. von Marmelade, von Limonade, von gefrorenen Bonbons) Grafen (z. B. von der Spritze, vom Diamanten), Barone und Ritter. Die immer zunehmende Schuldenlast unter seiner Regierung führte seinen Sturz herbei. Im Dezember 1858 proklamierte General Geffrard die Republik und wurde zum Präsidenten ausgerufen. Soulouque dankte im Januar 1859 ab. Auch die Republik Dominica kam unter ihren Präsidenten Santana, Ximenez, Baëz nicht zur Ruhe und unterwarf sich endlich wieder der spanischen Herrschaft (März 1861). Aber schon im August 1863 erhob sich ein Aufstand gegen Spanien, das 1865 wieder auf die ganze Erwerbung verzichten mußte. In Haiti hatte Geffrard mit Aufständen, die seinen Sturz bezweckten, zu kämpfen, wie mit dem von Lieutenant Salnave unternommenen, der von Mai bis November 1865 dauerte. In der Folge gelang es Salnave als Sieger in die Hauptstadt einzuziehen (Mai 1867), worauf er Soulouque zur Rückkehr einlud. Das Staatsleben bewegt sich in revolutionären Kämpfen, welche Wohlstand, Bildung und öffentliche Sicherheit zu Grunde richten. Einzelne Versuche, die politische Verbindung des Inselstaates mit den nordamerikanischen Freistaaten zustande zu bringen, sind bis jetzt nicht gelungen.

Im Jahre 1821 hatte sich Guatemala unabhängig gemacht (vgl. S. 31), und am 1. Juli 1823 proklamierte der Kongreß die Staaten Guatemala, San Salvador, Honduras, Nicaragua und Costarica als „Republik der vereinigten Staaten von Mittel-Amerika.“ In diesen kleinen Republiken entbrannte ein fortwährender Kampf zwischen den konservativen (klerikalen) und liberalen (demokratischen) Elementen, eine

stete unfruchtbare Agitation, die sich gleichsam im Kreise drehte, und bei der ungeachtet einzelner heftiger Ausbrüche zuletzt alles wieder auf dieselbe Stelle zurückkehrte. Anfangs herrschten die Konservativen unter dem Präsidenten Arco, bis ihn 1829 die Demokraten unter General Morazan stürzten, der 1830 zum Präsidenten der Bundesrepublik ernannt wurde. Neue Kämpfe, die in einen förmlichen Rassenkrieg ausarteten, führten auch Morazans Sturz herbei. Die Union löste sich 1839 auf. Rafael Carrera, von indianischer Herkunft, ein Schweinehirt, der weder lesen noch schreiben konnte, wußte sich in Guatemala zum Diktator zu erheben, wo er der Geistlichkeit und den Jesuiten große Rechte einräumte und über zwanzig Jahre bis an seinen Tod (15. April 1865) die Präsidentenwürde bekleidete. Sein Nachfolger war der General Cerna. Einige Monate nachher wurde Carreras langjähriger Gegner Barrios von San Salvador, als er die verlorene Präsidentenstelle wieder zu erlangen suchte, auf Befehl seines siegreichen Nachfolgers Duenas erschossen (1865). Die Jesuiten wurden 1872 ausgewiesen, die Klöster aufgehoben (1873).

In dem von Parteistreitigkeiten zerrissenen Nicaragua landete, von den Demokraten gerufen, im Juni 1855 ein nordamerikanischer Abenteurer, William Walker, schlug die ihm entgegenstehenden Truppen und errichtete eine neue Regierung. Der Präsident Rivas schloß sich ihm anfangs an, trat aber, als Costarica, von England ermutigt, einen Einfall in Nicaragua machte, auf Seite seiner Gegner. Walker machte sich durch seine Willkürherrschaft und Grausamkeit verhaßt. Der Präsident von Costarica, General Rafael Mora, unterstützt von Guatemala und San Salvador, unternahm einen Angriff auf Walker; dieser erlag und mußte (Mai 1857) abziehen. Er gab jedoch seine Pläne nicht auf; im Dezember landete er abermals in Nicaragua, wurde indes gezwungen, sich wieder nach Nordamerika einzuschiffen. Als er im Jahr 1860 einen nochmaligen Versuch machte, mußte er sich einem englischen Kriegsschiffe ergeben und wurde nach seiner Auslieferung an die Behörden von Honduras erschossen (12. Sept. 1860).

In Constarica wurde der Präsident Rafael Mora durch eine geheime Verbindung der Liberalen und Fremden gestürzt

(Mai 1859). An seine Stelle trat Montealegre, der, als Mora einen Versuch zur Wiedererlangung seiner Gewalt machte, diesen, seinen Schwager, gefangennehmen und erschießen ließ (1860). — So führen die fünf Staaten von Central-Amerika ihr Dasein ohne Central-Auktorität und ohne politische Bedeutung unter steten Parteikämpfen im Innern fort.

Zu den südamerikanischen Republiken gehören Venezuela, die vereinigten Staaten von Kolumbia (Neu-Granada), Ecuador, Peru, Bolivia (Ober-Peru), Chile, die argentinische Konföderation (ein Staatenbund von 14 Provinzen), Uruguay und Paraguay. Der allgemeine Charakter der politischen und socialen Zustände in diesen Republiken zeigt keinen wesentlichen Unterschied von dem in den mittelamerikanischen. Aus den ununterbrochenen inneren Kämpfen erheben sich Gewalthaber, die unter republikanischen Formen als Despoten regieren und gewöhnlich nach einiger Zeit von gleichgesinnten Gegnern und Nebenbuhlern gestürzt werden. Ein charakteristischer Zug dieser Anarchie ist, daß sich in derselben die Ereignisse wie Wogen auf Wogen drängen, ohne zu irgend einem Abschluß oder Ergebnis zu gelangen.

Nach Bolivars Tode (vgl. S. 32) hatte sich die Republik Kolumbia in die drei Staaten Venezuela, Neugranada und Ecuador aufgelöst, 1832 aber wieder zu einer Union verbunden.

In den vierziger Jahren herrschten in Venezuela anarchische Zustände, durch die es der Familie Monágas gelang, durch Korruption und Aufstände eine zehnjährige Herrschaft zu behaupten. Im Jahr 1859 ward durch die Partei der Konservativen der General Castro zum Präsidenten erhoben, der einen Nationalkonvent berief und die Verfassung zustande brachte. Aber Castro, der es keiner Partei recht machte, ward gestürzt, und in den nun folgenden Parteikämpfen zwischen Liberalen, Föderalisten und Oligarchen (Konservativen) wechselte mehrmals die Präsidentenwürde, bis im Juni 1864 Falcon, das Haupt der Föderalisten, zur höchsten Würde gelangte. Mit einer neu berufenen konstituierenden Versammlung brachte er nach dem Muster der nordamerikanischen Union eine Verfassungs-Revision zustande, nach der achtzehn unter sich von einander unabhängige Staaten die Bundesrepublik

der „Vereinigten Staaten von Venezuela“ bildeten mit einem Präsidenten und Kongreß zu Caracas. Aber bald brachen neue Revolutionen aus, und die Präsidenten folgten rasch auf einander. Im Jahre 1873 ward die Civilehe eingeführt.

Unter den Stürmen liberaler, klerikaler und militärischer Revolutionen stritten in Neugranada die Anhänger Bolivars mit den Patrioten oder Liberalen um die Präsidentenwürde. Nach einem Siege der letzteren erregten jene unter General Obando einen Aufstand, der einen zweijährigen Bürgerkrieg (1839—41) nach sich zog. Erst unter den gemäßigteren Präsidenten Herran und Mosquera kamen ruhigere Zustände, und Verfassung, Finanzen, Unterricht und Handel wurden geordnet. Aber die demokratischen Präsidenten Lopez und Obando setzten die Decentralisation durch, so daß sich jede Provinz zu einem unabhängigen Staate erklären und mit dem Mutterstaate Neugranada in das Verhältnis der Föderation treten konnte (z. B. Panama 1856). Bald folgte wieder ein mehrjähriger Bürgerkrieg zwischen Mosquera und dem konstitutionellen Präsidenten Ospina. Endlich kam eine neue föderalistische Verfassung zustande, infolge deren sich Neugranada den Namen der „Vereinigten Staaten von Kolumbia“ beilegte (Sept. 1861). Mosquera war zweimal Präsident, ohne daß sich die inneren Aufregungen und Kämpfe legten, die das reiche Land zu keiner Blüte gelangen lassen.

Ecuador war seit Mai 1830 unabhängige Republik unter dem General Juan Jose de Flores. Bald folgte eine ununterbrochene Reihe von Revolutionen und Kämpfen mit den Nachbarrepubliken, besonders mit Peru. Die Verfassung von 1835 ward durch die im März 1843 proklamierte im wesentlichen beibehalten, indem der Präsident die vollziehende, der Kongreß von zwei Kammern die gesetzgebende Gewalt ausübten. Flores, 1843 zum dritten Mal Präsident, Haupt der konservativen Partei, mußte 1845 infolge der Erhebung der Liberalen das Land verlassen. Von 1851 bis 1860 folgte die Herrschaft der ultrademokratischen Partei, bis nach einem Siege der Konservativen unter Flores der Professor Garcia Moreno Präsident ward (Aug. 1860). Dieser, ein Mann von wissenschaftlicher Bildung, suchte Handel

und Verkehr zu heben, aber die Demokraten trachteten nach seinem Sturz. Sie benutzten dazu den Verdacht, in dem Moreno stand, als wollte er das Land unter ein Protektorat Frankreichs stellen. Dazu kam noch seine Hinneigung zu Rom und sein Mißgeschick in einem zwischen Ecuador und Kolumbia ausgebrochenen Kriege, in dem er die von Mosquera angeregte Idee einer staatlichen Vereinigung beider Republiken bekämpfte. Um sich in der Geistlichkeit eine Stütze für seine konservativen Bestrebungen zu schaffen, hatte er sie nicht nur zum Teil von der weltlichen Gerichtsbarkeit befreit, sondern auch den Unterricht in die Hände der Jesuiten gelegt. Dies alles steigerte die Opposition der Liberalen. Dennoch hielt sich Moreno durch seine geistige Überlegenheit bis 1865, wo der gleichfalls konservative Carrion zum Präsidenten gewählt ward, der jedoch in der äußeren Politik einen anderen Weg einschlug. Während Moreno in dem zwischen Peru und Spanien ausgebrochenen Kriege für die Spanier wirkte, trat Carrion dem Bündnisse Perus und Chilis gegen das ehemalige Mutterland bei. Im Januar 1869 schwang sich Moreno von neuem an die Spitze der Republik und herrschte mit Hülfe des Klerus und der Jesuiten aufs gewaltthätigste, bis er im August 1875 aus Privatrache ermordet ward. Der neue Präsident Borrero erlag 1876 dem liberalen Veintemilla, weil er sich ebenfalls den Ultramontanen anschloß.

Nach der Niederlage der spanischen Armee bei Ayacucho (vgl. S. 32) herrschten in Peru zwanzig Jahre fortwährende Umwälzungen und Bürgerkriege. Ruhe und Reorganisation des Staates führte erst der Regierungsantritt des Präsidenten Ramon Castilla zurück (April 1845), dem Echénique folgte (April 1851). Aber ein Aufstand Castillas und dessen Sieg bei Lima (Jan. 1855) erhob diesen wieder zum Präsidenten und führte endlich zur Annahme einer neuen Verfassung (1860). Wenn auch die Wiederwahl Castillas von der Opposition gehindert ward, so behielt er dennoch einen bedeutenden Einfluß auf die Staatsgeschäfte. Da es in Südamerika den Anschein gewann, als suche man in Europa die Verwirrung der ehemals spanischen Kolonieen zu benutzen, um die alte Herrschaft wieder aufzurichten, so gründete Castilla in seinen Gegenbestrebungen in Lima eine „Gesellschaft der

Verteidiger der Unabhängigkeit" und suchte alle südamerikanischen Republiken zu einem Bunde zu vereinigen und die Monroe-Doctrin (vgl. S. 592, Anm.) auch für Südamerika zur Geltung zu bringen. Im April 1864 nahmen die Spanier die Chincha-Inseln an der Küste von Peru in Besitz wegen Vergewaltigung einer baskischen Kolonie zu Talambo. Diese Inseln enthalten das kostbare Düngmittel, den Guano, dessen Verkauf durchschnittlich sieben Millionen Piaster einbringt. Da die Minister den Anforderungen des Volks gegenüber erklärten, die peruanische Marine sei nicht in der Lage einen Kampf mit Spanien einzugehen, so erhob sich auf dem nächsten Kongreß ein solcher Sturm, daß die Minister den Gerichten zugewiesen wurden (1864). Der Kongreß beschloß, alle Mittel anzuwenden, die Chincha-Inseln den Spaniern zu entreißen und die Eingriffe von Seiten Europas in die Rechte der südamerikanischen Freistaaten abzuweisen. An der Spitze der Opposition stand Castilla. Da aber der spanische Befehlshaber die Stadt Callao mit einem Bombardement bedrohte, gab der Präsident Pezet nach und gewährte volle Entschädigung; die Spanier räumten die Inseln (Jan. 1865). Die Erbitterung gegen den Präsidenten war furchtbar. Im Jahr 1865 erhoben sich in Peru Militäraufstände; Pezet wurde als Landesverräter erklärt und mußte sich auf ein englisches Schiff retten. Eine Volksversammlung erhob den Oberst Prado, den Leiter des Aufstandes, zum Diktator (Nov. 1865). Mit Chile kam ein Schutz- und Trutzbündnis zustande; an Spanien ward der Krieg erklärt, Ecuador und Bolivia traten dem Bunde bei (1866). Nachdem der spanische Admiral die wehrlose Handelsstadt Valparaiso mehrere Tage bombardiert hatte (März 1866), mußte er nach einer vierstündigen Beschießung von Callao ohne Erfolg mit seiner Flottille abziehen. Prado wurde zum Dank für die glänzende Verteidigung der Republik zum Präsidenten gewählt. In den nächsten Jahren ward die Westküste Perus durch ein schreckliches Erdbeben heimgesucht, und politische Unruhen kamen noch hinzu. Der Präsident Balta wurde bei einem von den Brüdern Gutierrez veranlaßten Aufstande ermordet (Juli 1872), die darauf vom Pöbel in Stücke gehauen wurden. In die Jahre 1872—76 fallen liberale Reformen und kostspielige Eisenbahnbauten unter Präsident Pardo.

In Bolivia, das sich 1826 eine Repräsentativ-Verfassung gegeben, zeigten sich seitdem dieselben Erscheinungen, wie in den übrigen Republiken: Parteikämpfe zwischen Konservativen und Liberalen, Aufstände und Bürgerkriege und Verfassungsänderungen im Sinne der Sieger. Die Präsidentschaft von Santa-Cruz brachte bessere Zeiten und eine gedeihlichere Entwickelung. Da er aber in einer mit Peru zustande gebrachten Union als Protektor an der Spitze der Centralgewalt stehen wollte, erhoben in Peru Gamarra und in Bolivia Velasco die Fahne der Empörung, und Santa-Cruz mußte die Republik verlassen (1839). In Bolivia dauerten die Feindseligkeiten mit Peru fort, bis man den General Ballivian zum Präsidenten wählte, der nach einem Siege über Gamarra den Frieden mit Peru erzwang (1842). Aber bald zerrütteten neue Aufstände den Staat. Ballivian wurde von Velasco verdrängt, dieser von Belzu; allenthalben kämpften Bewerber gegen einander, und Anarchie herrschte im ganzen Lande. Belzu behauptete sich jedoch und sorgte für Herstellung des Staatswesens und des Handels, bis er durch einen Soldatenaufstand gestürzt ward (Aug. 1855). Nun kehrten anarchische Zustände und Verschwörungen zurück. An die Stelle des Diktators Linares trat General Cordova, der wieder von Acha verdrängt ward (Jan. 1861). Auf die Kunde, daß eine neue Verschwörung im Werke sei, ließ der Befehlshaber von La-Paz in einer Nacht hundert und sechs Personen, unter ihnen Cordova und einen Bruder Belzus, erschießen (Okt. 1861). Achas Präsidentschaft, von Verschwörungen bedroht, die jedoch unterdrückt wurden, hatte längeren Bestand und war auf Hebung des Staatswohles bedacht, bis im Jahr 1865 der frühere Präsident Belzu die Fahne der Empörung erhob und seine Gegner schlug; aber neue Parteiführer und innere Kämpfe ließen den Staat nicht zur Ruhe gelangen.

Chile hatte sich 1818 zur Republik erklärt (vgl. S. 31) und erfreute sich, wenn auch keineswegs ohne alle bürgerlichen Unruhen, doch einer festeren politischen Ordnung als die übrigen Republiken Südamerikas, da die Bevölkerung vorwiegend europäischer Abkunft ist, und Konservative wie Liberale von höheren politischen Zielen geleitet wurden. Die Regierung des Präsidenten Prieto war dem Staate ersprießlich. Der

Krieg mit Bolivia unter Santa-Cruz wurde zwei Jahre lang von Chile energisch zu Wasser und zu Lande geführt (1837 bis 1839). In den vierziger Jahren nahm Chile eine geachtete Stellung ein und ward von Spanien als unabhängiger Freistaat anerkannt (1844). Seit der Besitznahme Kaliforniens durch die Union in Nordamerika mehrte sich der Handelsverkehr Chiles. Der Präsident Bulnes, zum zweiten Mal gewählt, förderte in seiner zehnjährigen Verwaltung (1841—51) ebenso, wie sein Nachfolger Montt, die Blüte und Wohlfahrt des Staates. Nützliche Einrichtungen erweckten das Vertrauen der europäischen Einwanderer. Nach Montts Abgang kam Perez an die Spitze der Regierung (1861). Zwischen Bolivia und Chile erhob sich Streit über das an Guano reiche Küstengebiet Atacama. In der Hauptstadt Santiago brach bei einem Feste in der hellerleuchteten Kirche ein Brand aus, der 2000 Menschen das Leben kostete (8. Dez. 1863). Chile ward in den spanisch-peruanischen Krieg hineingezogen und hatte eine Blokade seiner Küsten und das oben erwähnte Bombardement von Valparaiso (31. März 1866) zu erdulden, das durch die Zerstörung der dort niedergelegten Waren viele europäische Handelshäuser schädigte. Im folgenden Jahre kam es durch Vermittelung der Regierung von Washington zu einem Waffenstillstande und zu einem Schadenersatz für Valparaiso.

In dem Streite über die guanoreiche Provinz Atacama, in der man nachher noch weite Salpeterschichten und reiche Silberadern entdeckte, war ausgemacht (1866), daß dieselbe den Staaten Chile und Bolivia in der Art gemeinsam sein sollte, daß der Ertrag der Steuern und Zölle geteilt würde, und Bolivia die chilenischen Bearbeiter der Salpeterminen nicht belästigen sollte. Aber Bolivia, von Peru aufgereizt, hielt den Vertrag nicht, besteuerte eine chilenische Handelsgesellschaft in der neuen Hafenstadt Antofagasta und besetzte deren Eigentum, ein Vorgehen, das von Peru nicht ungern gesehen ward. Da Chiles Beschwerden erfolglos blieben, schickte es eine Flotte ab, ließ (Febr. 1879) Antofagasta besetzen und das Salpetergebiet mit Beschlag belegen. Im März 1879 erfolgte die Kriegserklärung Bolivias, das im April mit Peru ein Bündnis abschloß. Zwar mußten die Chilenen die Blockade einiger südperuanischer Häfen wieder

aufheben, aber bald gelang es ihnen die Bolivianer und Peruaner zu Lande zu schlagen und den Peruanern ihre guano- und salpeterreiche Provinz Tarapaca zu entreißen. Noch glücklicher war der Feldzug der Chilenen im Jahr 1880. Sie schlugen die Feinde bei Tacna und erstürmten Arica. Die unter Vermittelung der nordamerikanischen Union gepflogenen Friedensunterhandlungen führten zu keinem Erfolg. Die Chilenen landeten in Peru, rückten gegen Lima vor und brachten dem Feinde noch zwei weitere Niederlagen bei (Jan. 1881). Lima wurde von den Chilenen besetzt, das peruanische Heer war kampfunfähig. In Peru ward Calderon Präsident und von der Union anerkannt; aber der chilenische General Lynch, der mit ihm in Konflikt geriet, ließ ihn absetzen und verhaften. Die Union erklärte den Chilenen, daß sie auf einer Gebietsabtretung als Vorbedingung für Friedensunterhandlungen nicht bestehen dürften, und daß die Union eine europäische Einmischung nicht dulden werde. Während neue Verhandlungen geführt wurden, und Chile auf der Forderung einer Gebietsabtretung beharrte, wurde der Abschluß des Friedens in weite Ferne gerückt, und Chile behielt die besetzten Territorien.

Das einzige Reich, das auf dem amerikanischen Kontinent das monarchische Prinzip vertritt, ist Brasilien. Der Grund dieser Erscheinung liegt namentlich in dem langen Aufenthalte der portugiesischen Königsfamilie in Brasilien, wodurch der monarchische Einfluß hier erhalten blieb, während sich die spanischen Kolonieen in Republiken verwandelten. Seit 1840 regiert Kaiser Pedro II. Im Mai 1867 wurde die allmähliche Abschaffung der Sklaverei gegen Entschädigung von Staats wegen beschlossen. Brasilien, von jeher der gefährlichste Feind der Republik Paraguay, wo seit 1862 Solano Lopez als Präsident regierte, war seit 1865 im Kriege mit den Paraguiten begriffen, in dem es von der argentinischen Konföderation und Uruguay unterstützt ward. Die Brasilianer und ihre Verbündeten behaupteten die Hauptstadt Asuncion. Der Krieg nahm einen langsamen Fortgang, endigte aber mit dem Siege der Verbündeten und Lopezs Sturz (März 1870). Dieser glückliche Ausgang übte einen bedeutenden Einfluß auf Brasiliens Ansehen und Stellung als Großmacht Südamerikas aus. Nun folgten einander Ministerien verschiedenster Rich-

tung; 1871 wurde ein Gesetz über Emancipation der Sklaven, das bis 1878 durchgeführt werden sollte, erlassen. Die intolerante Anmaßung des Klerus und sein Ungehorsam gegen die Staatsgesetze führten 1873 zu einem Konflikt. Der Bischof von Olinda bedrohte die Freimaurer seiner Diöcese mit dem Bann. Der Staatsrat entschied, daß päpstliche Bullen die Genehmigung der Regierung bedürften, und deshalb die gegen die Freimaurer gerichtete Strafmaßregel keine bürgerliche Gültigkeit habe. Da dennoch der Bischof die päpstliche Exkommunikation gegen die Freimaurer öffentlich verkünden ließ, ward er vor Gericht gestellt und wegen Ungehorsams gegen die Staatsgesetze zu vierjährigem Zuchthaus verurteilt (1874), vom Kaiser aber zu Festungshaft begnadigt und auf Ansuchen des Papstes vollständig amnestiert (1875). Wenn auch Brasilien unter der Regierung Pedros II. im politischen und geistigen Leben einen bedeutenden Aufschwung nahm, so ist doch die Regierung keineswegs als tolerante zu bezeichnen. Nur Katholiken sind Staatsbürger im vollen Sinne des Wortes, die übrigen Glaubensbekenntnisse sind nur geduldet, Nichtkatholiken und Naturalisierte vom Wahlrechte und Parlamente ausgeschlossen.

Von Afrika hat bis jetzt nur die am Mittelmeer gelegene Nordküste geschichtliche Bedeutung. Des Krieges, den Marokko im Jahre 1859 bis 1860 mit Spanien zu führen hatte, ist bereits gedacht worden (vgl. S. 136 Anmerk.). Die Kolonisierung Algeriens durch die Franzosen hat einen Hauptsitz der Seeräuberei am Mittelmeer zerstört. Aber in der Verwaltung der Kolonie mangelte noch ein fester Plan seitens der Regierung, die zwar europäische Ansiedler herbeiziehen, ihnen aber keine freie Thätigkeit gewähren wollte, ohne die sie nicht gedeihen kann. Ackerbau und Handel können nur durch Einwanderung gehoben werden, die sich jedoch durch die dort herrschende Militärdiktatur nicht angezogen fühlt. In den Jahren 1864—1866 brachen Aufstände der Araber gegen die Franzosen aus, die von diesen siegreich unterdrückt wurden.

Tunis war früher nur durch sein Seeräuberwesen bekannt, dem die Eroberung Algiers durch die Franzosen ein Ende

machte. Seitdem ist die Bevölkerung dem Landbau und dem Handel zugethan. Tunis erkennt den Sultan in Konstantinopel noch als seinen Schutzherrn an, zahlt einen jährlichen Tribut und stellt sein Kontingent. Aber der Bey von Tunis befolgt die Befehle der Pforte nur, in soweit sie mit seinem Vorteil übereinstimmen. An Aufständen gegen den Bey und Unruhen im Innern hat es nicht gefehlt. Franzosen und Engländer machten sich den politischen Einfluß streitig. Ganz ähnliche Verhältnisse bestehen in Tripolis. — Die französische Expedition gegen Tunis im Jahr 1881 ist oben erwähnt. (S. 532.)

In Ägypten fuhren die Nachfolger Mehemed Alis und Ibrahims (vgl. XIV.) fort, an der Vermehrung ihrer Macht und der allgemeinen Civilisation ihres Landes zu arbeiten. Der Vicekönig Said Pascha, europäischer Bildung ergeben, neigte sich dem Freihandel zu und schaffte den Sklavenhandel in seinen Staaten ab. Die größte Bedeutung erwarb er sich durch seine Beteiligung an der Anlegung des Suezkanals, zu welchem er dem Franzosen Ferdinand Lesseps die Konzession erteilte. Im Jahre 1856 bildete sich eine Aktiengesellschaft, deren Kapital 200 Millionen Francs betrug. Nach den umfassendsten wissenschaftlichen und technischen Vorarbeiten wurde im April 1859 am Strande des alten Pelusiums der Anfang mit der Durchgrabung gemacht. Nach Überwindung der größten Hindernisse und Schwierigkeiten ist die Vollendung des Kanals endlich gelungen und derselbe am 17. November 1869 eröffnet worden. Der Kanal verbindet Port Said am mittelländischen mit Suez am roten Meere.

Seit Januar 1863 war Ismael Pascha Vicekönig. Mit Umgehung seines Bruders Mustapha führte er im Jahre 1866 mit Bewilligung der Pforte die direkte Thronfolge in seiner Dynastie ein. Ein Freund europäischer Reformen, verlieh er im November 1866 seinen Staaten eine Art Repräsentativverfassung. Der Eintritt zum Parlament steht den Bekennern jedes Glaubens offen. Der Vicekönig beschäftigte sich besonders mit der inneren Landeskultur. Doch schon im Jahre 1869 zwang ihn die Pforte, seine Panzerschiffe auszuliefern, sein Heer zu vermindern, keine Steuern zu erheben und keine Anleihe zu machen ohne Erlaubnis der Pforte. Der Vicekönig (Khedive) setzte indessen seine civilisatorischen

Bestrebungen fort durch Einführung europäischer Gerichte und sonstiger Einrichtungen und dehnte die Grenzen seines Reiches nach Süden hin über Kordofan und Dar For aus; aber ein unglücklicher Krieg gegen Abessinien (1873) und die gänzliche Zerrüttung seiner Finanzen zwangen ihn, seine sämtlichen Suez-Kanal-Aktien an England zu verkaufen. Ismael ward auf Betrieb der Mächte im Juni 1879 vom Sultan abgesetzt und sein Sohn Tewfik zum Khedive ernannt. Dieser unterwarf sich einer englisch-französischen Kontrolle der Finanzen und geriet in Abhängigkeit von der nationalen Partei, welche Ägypten für die Ägypter" verlangte. Ihr Haupt, der Kriegsminister Arabi Pascha, nahm, insgeheim von der Pforte begünstigt, im Juli 1882 den Kampf gegen die zum Schutz der britischen Interessen vor Alexandria erschienene Flotte unter Seymour auf, ohne den inzwischen in Konstantinopel zusammengetretenen Kongreß zu berücksichtigen. Nach der Eroberung Alexandrias durch die Engländer begab sich der Khedive unter britischen Schutz, während sich Arabi mit den Trümmern seines Heeres ins Innere zurückzog.

In Abessinien, einem Lande, das unter fortwährenden Unruhen im Innern bisher ohne Verbindung mit Europa gewesen, hatten mehrere Jahrhunderte lang Fürsten unter dem Namen Negus (König der Könige) geherrscht. Die Geistlichkeit ist der weltlichen Macht untergeordnet, ihr Oberhaupt heißt Abuna (unser Vater). Nachdem die alte Dynastie, die ihren Ursprung fabelhafter Weise auf Salomons Zeit hinauf führt, in Verfall geraten, begannen vieljährige Kriege ehrgeiziger Häuptlinge, von denen es einem gelang, sich unter dem Namen König Theodorus II. der Oberherrschaft zu bemächtigen (1855). Er war der Sohn eines Statthalters und zeichnete sich durch Tapferkeit, Charakterstärke und Unternehmungsgeist so sehr aus, daß er alle seine Nebenbuhler nach und nach überwand. Im Innern seines Reiches führte er eine seit langer Zeit nicht gekannte Ordnung und Sicherheit ein. Eifrig bemüht, den ehemaligen Glanz Abessiniens wieder herzustellen, suchte er dessen alten Namen Äthiopien wieder zur Geltung zu bringen. Gegen den Katholizismus trat er feindselig auf, da er dessen Proselytismus fürchtete, während er gegen den Protestantismus nachsichtiger war, ohne ihm jedoch besondere Freiheiten zu gestatten.

Infolge wiederholter Aufstände und Verschwörungen gegen sein Leben entwickelte Theodorus allmählich die wildeste Grausamkeit. Zahllose Hinrichtungen verdächtiger oder mißliebiger Personen fanden statt, Kriegsgefangenen wurden Hände und Füße abgehauen, ganze Provinzen der Wut seiner zuchtlosen Soldaten preisgegeben. Zuletzt wagte er es, den englischen Konsul Cameron in Ketten zu legen und englische Unterthanen zu mißhandeln. Da er Genugthuung verweigerte, unternahmen die Engländer eine Expedition gegen Abessinien. Die Operationen begannen von Massowah aus am roten Meere. Nach vielen Mühseligkeiten langten die Engländer unter Lord Napier vor Magdala an, wo es am 10. April 1868 zu einer Schlacht kam, in der Theodorus geschlagen wurde. Von seinen Häuptlingen verlassen, schloß er sich mit einem Häuflein Getreuer in Magdala ein. Am Ostermontage stürmten die Engländer die Festung. König Theodorus hatte sich, um nicht in die Hände der Feinde zu fallen, durch einen Pistolenschuß getötet. Die Engländer verbrannten Magdala und räumten darauf das Land. Seitdem hat ein König Johannes sich wieder zum Negus emporgeschwungen. — Ein weiterer Krieg Englands in Afrika wurde durch die Feindseligkeiten der Aschantis, eines Volkes an der Küste von Oberguinea, gegen die englischen Ansiedelungen hervorgerufen. In den Jahren 1873 und 1874 unternahmen die Engländer unter Wolseley einen siegreichen Feldzug gegen diese Barbaren, bei denen noch Menschenschlächterei zu den Hoffesten gehörte.

Drei Jahre später erfolgte die Einverleibung der Transvaal-Republik in das britische Reich. Diese Republik war Ende der vierziger Jahre von holländischen Boern (Bauern) gegründet, die sich von der Kapkolonie trennten und durch Erbauung einer Eisenbahn in dem portugiesischen Hafen Lorenzo-Marguez den direkten Import europäischer Waren erstrebten. Nun hatte zwar England die Transvaal-Republik anerkannt (1854), jetzt aber, wo Englands Handel bedroht schien, verlangte dasselbe ohne alle Rücksicht auf den Vertrag die Einverleibung der Republik, und diese, aus Furcht, die Engländer möchten die schwarze Bevölkerung des Staates, die eine Million betrug, gegen die weiße, die nur 40 000 zählte, zu einem Vertilgungskriege aufreizen, mußten sich der

englischen Forderung unterwerfen. In der Hauptstadt Prätoria wurde die englische Flagge aufgehißt (April 1877). Damit war die englische Herrschsucht noch nicht zufrieden. An Cetewayo, den streitbaren König der Zulukaffern, erging die Forderung, seine Truppen zu entlassen, die Bai von Santa Lucia an England abzutreten und einen englischen Residenten in seinem Gebiete aufzunehmen. Da der Zulukönig sich weigerte, rückten zwei englische Kolonnen in sein Land ein, ohne etwas auszurichten. Da gab General Wolseley dem Kriege eine günstigere Wendung. Unter seinem Oberbefehl rückte Lord Chelmsford von neuem ins Feld. An diesem Zuge beteiligte sich Prinz Louis, Sohn Napoleons III., und fand bei einer Rekognoscierung, von den Assagais der Zulus durchbohrt, seinen Tod (1. Juni 1879). Die Zulus erlitten bei Ulundi eine vollständige Niederlage (4. Juli). Der flüchtige König Cetewayo mußte sich ergeben, sein Land gehörte dem Sieger. Während des Kriegs hatten die Boern in Transvaal die Gelegenheit benutzt, die verhaßte englische Herrschaft abzuschütteln, und mit ihrem kleinen Heere den Engländern empfindliche Verluste beigebracht. England war zum Frieden bereit, um nicht vor ganz Europa die Schmach der Vernichtung eines tapferen deutschen Stammes auf sich zu laden, und so kam es schließlich zu einem Vertrage, der dem Transvaal die volle Selbständigkeit in der inneren Verwaltung einräumte, aber die Anerkennung der Oberhoheit der Könige von England verlangte (Okt. 1881).

Auf der Ostküste Afrikas wurde der Sultan von Zanzibar durch das Erscheinen eines englischen Geschwaders unter Canning genötigt, seinen einträglichen Sklavenhandel abzustellen (Juni 1873).*)

Australien verdankt seine Civilisierung den Engländern, die hier Kolonieen (Botany-Bay, Sidney-Town, van Diemensland) anlegten, teils um sich der zahlreichen Verbrecher zu entledigen, die unter christlicher Zucht zu einem geordneten Leben zurückgeführt wurden, teils um neue Absatzwege für

*) Am 1. Mai 1873 starb der berühmte Afrika-Reisende David Livingstone. Seine Forschungen setzte Stanley fort.

seine in stetem Steigen begriffene Industrie zu eröffnen. An der Westküste von Neu-Holland besteht am Schwanenflusse eine Kolonie freier Anbauer, an der Südküste die freie Kolonie Adelaide. Seit 1851 zogen neuentdeckte Goldgruben im Südosten viele Goldgräber (vgl. S. 148), selbst aus Kalifornien, an, und die Viktoria-Kolonie ist seitdem rasch aufgeblüht. Auf den Inseln des großen Oceans haben die Engländer durch Missionen für die Ausbreitung des Christentums gewirkt. Das europäische Leben gedeiht besser, seitdem das System der Deportation von Verbrechern aufgegeben und die freie Kolonisation an dessen Stelle getreten ist.